

Kirchenkampf in Recklinghausen 1933-45

Beiträge und Biographien zum Verhältnis von NS-Regime und Katholizismus



Titelseite „Der Stürmer“,
März 1938

**„Herr, vergib ihnen. Warum
manche Pfaffen Groß-
deutschland hassen?“**

Das von Julius Streicher herausgegebene Wochenblatt „Der Stürmer“ mit einer Auflage von 500.000 Exemplaren war nicht nur im Handel zu haben, sondern wurde landesweit in den sogenannten „Stürmer-Kästen“ öffentlich ausgehängt. Das NS-Agitations- und Hetzorgan mit massiv antisemitischer und antikirchlicher Ausrichtung beeinflusste daher die Bevölkerung weit über den Käuferkreis hinaus.

IMPRESSUM

Redaktion: Georg Möllers

Titelseite: Ludger Linneborn

Vorarbeiten: Kreisdekanatsbüro, Erich-Klausener-Haus, Kemnastr. 7, 45657 RE

Druck: Druckerei Peters, Recklinghausen-Suderwich

Titel: Der kriegszerstörten Christus-Torso in St. Peter mit Fotos v.l.n.r.:

oben: Albin Ortman, Hans Niermann, Gertrud Schüermann

Clemens August v. Galen, P. Alkuin Gassmann, Fr. Johannes Goebels

August Wissing, Luise Löwenfels, Dr. Erich Klausener

Sr. Johanna Eichmann, Ludwig Grindel, P. Tadeus Wiluicki

Kirchenkampf in Recklinghausen 1933-45
Beiträge und Biographien zum Verhältnis von
NS-Regime und Katholizismus vor Ort

Herausgegeben
vom Stadtkomitee der Katholiken Recklinghausen

Recklinghausen 2023

Vorwort des Herausgebers

Der vorliegende Sammelband, so schrieben Heinz Bernd Terbille und Georg Möllers zu einer Auflage 2012 „will am Beispiel der Stadt Recklinghausen an den *Verrat des Staates*¹ ab 1933 an seinen Bürgerinnen und Bürgern erinnern.“ Nicht thematisiert wird deshalb die Rolle des politischen Katholizismus, seiner Verbände, Parteien, Publikationsorgane und des Klerus in der Weimarer Republik. Deren tragende gesellschaftliche Gruppen, parteipolitisch engagiert in DDP, SPD und katholischem Zentrum konnten die Demokratie letztlich nicht gegen die Agitation radikaler Antidemokraten und Ideologen verteidigen.

Anlass der damaligen Herausgabe waren Vesper und Festakt mit Nuntius Jean-Claude Périsset und Bischof Dr. Felix Glenn anlässlich des 75. Jahrestages der Verlesung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius IX. am Palmsonntag 1937. Mit seiner grundsätzlichen Herausarbeitung christlicher und naturrechtlicher Überzeugungen und deren Unvereinbarkeit mit Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus und totalitären Herrschaftsansprüchen ging es diesem weltweit verbreiteten Manifest – über den damaligen Kirchenkampf hinaus – um die Wahrung von Menschlichkeit und menschlicher Rechte.

Unsere Kirchengemeinden, vertreten durch das Stadtkomitee, sind in vielfältiger Weise in die Recklinghäuser Gedenkkultur eingebunden und arbeiten im „Bündnis Toleranz und Zivilcourage“ mit, das im Jahre 2000 gegründet wurde. Die jährlichen Gedenk- und Gebetsbrücken zum Tag der Opfer der NS-Herrschaft verbinden uns in besonderer Weise mit den Karmelitinnen in Regina Maria Martyrum/Berlin mit der Urne des ermordeten Dr. Erich Klausener in der Krypta und in Ikskile bei Riga, deren Gebetsgemeinschaft auch dem Gedenken der dort ermordeten jüdischen Familie unserer Stadt gilt.

Bereits mit der Namensgebung ***Erich-Klausener-Haus*** für das Katholische Zentrum an der Kemnastraße setzte die Stadtkirche nach einem demokratischen Entscheidungsprozess in den Gemeinden 1992 ein deutliches Zeichen: Die Ehrung und Erinnerung galt und gilt einem sozial und gesellschaftlich engagierten Christen, Demokraten, Politiker und Verwaltungsmann, der sich in den Dienst der Menschlichkeit und der menschlichen Rechte stellte und diesen Einsatz am 30. Juni 1934 durch die Kugel eines SS-Kommandos mit dem Leben bezahlte.

Auch dieses Beispiel muss uns heute verpflichten, die im christlich-jüdischen Glauben an die Gottesebenbildlichkeit des Menschen und im christlichen Bekenntnis der Einzigartigkeit der Nähe Gottes zu und mit den Menschen in Jesus Christus gründende Überzeugung von menschlicher Würde und persönlichen Rechten zum Maßstab unseres auch weltweiten Engagements zu machen.

Georg Möllers

Vorsitzender des Stadtkomitees der Katholiken

¹ Martin Buber, *Der Jude und sein Judentum*, Köln 1963, S. 648

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers

01. Der nationalsozialistische Kirchenkampf in Recklinghausen
02. Die Entlassung eines katholischen Pazifisten 1933
03. Das Ende des „politischen Katholizismus“
04. Der Mord an Dr. Erich Klausener
05. Die Zerschlagung des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter
06. „Das Maß der Erziehung...“ - Gleichschaltung einer kath. Schule
07. „Die Schule kippt“ – Ein Schüler erlebt die Wende
08. Statt Abitur Haft im Konzentrationslager
09. Die Zerschlagung der katholischen Jugendbewegung
10. „Verlagsdirektor Bitter ist ein Staatsfeind“
11. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, Palmsonntag 1937
12. Ausschaltung „der Pollacken...“
13. Von der Paulus- zur „Ernst-vom-Rath-Schule“
14. „Treu deutsch und treu katholisch“ – Bischof Galen
15. „Staatsfeinde im Priesterrock“
16. Wahrung „religiöser Tiefenschichten“ 1933-1945
17. St. Peter: Die Sprache der Trümmer
18. Luise Löwenfels - Aus dem Kloster deportiert nach Auschwitz
19. Elisabeth Cohaupt – Opfer der Euthanasie-Aktion
20. Heinrich Kroes, Heinrich Köster und die Kolpingsfamilie
21. Verhaftungswelle Razzia im Internat: Frater Johannes Goebels
22. Pfarrer Althoff: „Der Angeklagte bildet nach wie vor eine Gefahr“
23. Reinhold Friedrichs – verhaftet in Essel – KZ Dachau
24. Gertrud Schüermann – „gestorben fern von ihren Angehörigen“
25. Tadeusc Wilucki: Geboren auf der Hillerheide – ermordet im Hungerbunker
26. Hans Niermann (1913-40) - Protest der katholischen Jugend in Rom
27. Jüdin - „Halbarierin“ - Katholikin: Johanna Eichmann und ihre Familie
28. Ermordet als „Polenkaplan“: August Wessing (1880-1945)
29. Gedenken 2010: Erich Klausener – Staatsdiener und Kirchenmann

30. Gedenken 2012: Predigt von Bischof Genn zur Enzyklika von 1937

31. Gedenken 2012: Vortrag von Nuntius Périssot zur Enzyklika von 1937

Orientierungsdaten zum Kirchenkampf

Literatur zur NS-Diktatur in Recklinghausen (Auswahl)

Presse-Auswahl

Quellen:

- 01 Georg Möllers, Der nationalsozialistische Kirchenkampf und der Recklinghäuser Katholizismus, in: G. Möllers/R. Voigt (Hg.), 1200 Jahre Christliche Gemeinde in Recklinghausen, Recklinghausen 1990, S. 221-204
- 02 Georg Möllers, Die Entlassung Albin Ortmanns 1933. Dokumentation zur Anwendung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am Beispiel eines Recklinghäuser Studienrats, in: Vestische Zeitschrift 86/87 (1987/88), hg. v. W. Burghardt, S. 307-327
- 02-03, 05-06, 09-10, 12-15, 17 Georg Möllers, Diverse Beiträge in: Helmut Geck/Georg Möllers/Jürgen Pohl, „Wo du gehst und stehst. Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes, in Recklinghausen 1933 bis 1945, Recklinghausen 2002, S. 30-32, 50-52, 88-90, 60-61, 42-43, 103-105, 109-112, 114-116, 155-158
- 04 Georg Möllers, Dr. Erich Klausener: Überzeugter Demokrat, engagierter Christ, politischer Beamter, in: G.Möllers/R.Voigt (Hg.), Dr. Erich Klausener (1885-1934), Überzeugter Christ – Engagierter Demokrat, 4. Neu überarbeitete und ergänzte Auflage, Recklinghausen 2010, S. 18-36
- 07 Hans Werners, Die Schule kippt, in: L.Linneborn/G. Möllers/H. Seifert (Hg.), Das Petrinum unterm Hakenkreuz. Zur Geschichte des Gymnasium Petrinum in Recklinghausen in der Zeit von 1933-1945, Recklinghausen 2001, S. 35-39
- 08 Georg Möllers, Statt Abitur Haft im Konzentrationslager. Das Schicksal des Oberprimaners Ludwig Grindel, in: „Der Unterricht ging pünktlich weiter“. Zur Geschichte des Gymnasium Petrinum in Recklinghausen in der Zeit von 1933 bis 1945, Essen 2016, S. 104-116
- 09 Ingo Anderbrügge, Die Recklinghäuser Gruppe des Schülerbundes „Neu-Deutschland“, in: L.Linneborn/G. Möllers/H.Seifert, Das Petrinum unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 100-109
- 11 Georg Möllers (Original)
- 16 Georg Möllers, Wahrung „religiöser Tiefenschichten“ 1933-45, in: G.Möllers/L.Linneborn (Hg.), Gymnasialkirche Recklinghausen 1958-2008. 350 Jahre Stadt-, Schul- und Kirchengeschichte im Spiegel der ehemaligen Franziskanerkirche, Recklinghausen 2008, S. 155-158
- 18-26 u. 28 Georg Möllers, Diverse Beiträge, abgedruckt im „Opferbuch“ des Online-Gedenkbuch der Stadt Recklinghausen „Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstands 1933-45“: www.recklinghausen.de/gedenkbuch
- 27 Georg Möllers (unveröffentlicht), siehe die Biographie Rosenthal/Eichmann im Online-Gedenkbuch
- 29 Tilmann Pünder, Erich Klausener – Staatsdiener und Kirchenmann. Worte des Gedenkens in Recklinghausen anlässlich der Gedenkfeier des Stadtkomitees der Katholiken im Rathaus am 30. Januar 2010
- 30 Dr. Felix Genn, Bischof von Münster, Predigt in St. Peter anlässlich der Gedenkveranstaltungen des Stadtkomitees der Katholiken am 12.12.2012 zur 75-Jahr-Feier der Enzyklika „Mit brennender Sorge“
- 31 Dr. Jean-Claude Périsset, Apostolischer Nuntius in Deutschland, Vortrag anlässlich der Gedenkveranstaltung des Stadtkomitees der Katholiken am 12.12.2012 in der Aula des Gymnasium Petrinum

Der nationalsozialistische Kirchenkampf und der Recklinghäuser Katholizismus

Georg Möllers

Konfrontation vor 1933

„Mit stolzer Kraft erneuern wir das Bekenntnis zum katholischen Glauben am Katholikentag, der alle Glaubensbrüder von Recklinghausen und Umgebung nach Recklinghausen zusammenruft. Aus dem Dämmerlicht von Verwirrung und Not war das Vest Recklinghausen stets als eine Hoch- und Trutzburg des Katholizismus hervorgegangen.“

Als die „Recklinghäuser Volks-Zeitung“ (RVZ) mit solchen Worten den ersten Katholikentag Recklinghausens vom 6. bis 8. 12. 1919 ankündigte, war gerade ein Jahr nach dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands vergangen. Bei dieser Gelegenheit präsentierte sich die Recklinghäuser Kirche als eine in Stände und Verbände (Jünglinge, Jungfrauen, Lehrer und Lehrerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Beamte, Gesellen und Meister, Kaufleute, Frauen) gegliederte Gemeinschaft, die entschlossen war, in den nun einsetzenden „Kampf der Weltanschauungen“, wie es der vorbereitende Ausschuß formulierte, einzugreifen. Dabei war die, einem kirchlich-religiösen Fundament entspringende, in Verbänden organisierte gesellschaftlich wirksame Kraft des Katholizismus politisch-parlamentarisch durch das Zentrum vertreten, das sich im Kulturkampf als Partei der katholischen Minderheit ($\frac{1}{3}$ der Reichsbevölkerung) profiliert hatte. Lehnte die kirchliche Lehrmeinung auch die Revolution als gewaltsamen Sturz der Obrigkeit ab, so verpflichtete sie sich gleichzeitig im Interesse des Gemeinwohls nach einem vollzogenen Umsturz zur Mitarbeit an der neuen Ordnung. So hatte sich das Zentrum 1919 „entschlossen auf den Boden der Tatsachen“ stellen und zusammen mit der SPD und der liberalen DDP die Weimarer Verfassung durchsetzen können. War dieser Aufbau der Demokratie zunächst gegen Widerstände aus adeligen, großbürgerlichen und akademischen Kreisen mit dem Wesen einer „Verfassungspartei“ begründet worden, so hatten sich Parteitage in den zwanziger Jahren immer eindeutiger hinter die „deutsche Republik mit ihren Symbolen“ gestellt; Prälat Müller, Präses der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bekannte sich zur demokratischen Verfassung als dem „heiligen Dokument“, das „Einheit, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt“ garantiere. Diese politische Äußerung eines Geistlichen auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen im September 1932 war kein vereinzelt Signal politischen Engagements in der Untergangsphase der Republik. Wirtschaftskrise, Dauerwahlkampf, Straßenterror und Saalschlachten hatten die anderen Parteien der Mitte zum Verschwinden gebracht, während der politische Katholizismus seine Stabilität hatte bewahren können.

Im 88 242 (1930) Einwohner zählenden Recklinghausen, das mehrheitlich katholisch war (68 %), konnte das Zentrum bei den Reichstagswahlen 1930–32 gar um 2000 Stimmen auf 13 000 zulegen. Das Zusammenrücken des politischen Katholizismus hatte sich vor allem nach Brüning's Sturz bemerkbar gemacht. In zahllosen Großkundgebungen – eine bis dahin im Zentrum unbekannt Wahlkampfmethod – wurde der Ex-Kanzler, unterstützt vom Verbandskatholizismus, zum „Führer“ stilisiert; im Saalbau marschierten am 30. 10. 1932 die Banner von 50 Recklinghäuser Verbänden auf.

Schon im Juni/Juli war es bei den Reichstagswahlen zu einer Welle von Großveranstaltungen gekommen: Sprach der „Kreuzzugsprediger des Ruhrgebiets“, Kaplan Klinkhammer, vor 3000 Zuhörern im Saalbau gegen „Hakenkreuz und Sowjet-

stern“, so folgten Kundgebungen der katholischen Arbeitervereine mit den Verbandssekretären Hoppe und Winkelheide (Recklinghausen) und Bernhard Letterhaus (Köln), der Frauenverbände mit Helene Weber (Mdr) und des Katholischen Jungmännerverbandes (KJMV, 310 000 Mitglieder), der reichsweit das „Sturmjahr“ 1932 ausgerufen hatte. Für die Entschlossenheit, sich gegenüber den Radikalen zu behaupten, stand schließlich die Gründung einer „Volksfront“, zu der sich im Juli die katholischen Arbeiterverbände der Bezirke Recklinghausens (1933: 5380 Mitglieder, davon in der Stadt 2500 in 16 Vereinen) und die christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Parallel zur Gründung der „Eisernen Front“ auf sozialistischer Seite ging es in ganz Westdeutschland, der Hochburg der katholischen Arbeiterbewegung, darum, sich als „Abwehrtruppe von beachtlicher Macht“ vorzustellen, oder wie es Gewerkschafts-Sekretär Gutermuth bei der Kundgebung im Saalbau am 29. Juli 1932 formulierte:

„Diese Stunde soll unserer Heimat davon Kenntnis geben, daß der Weg zur nationalsozialistischen Diktatur nur über die Leichen der Volksfront geht.“

Publizistisch unterstützt wurden die Kampagnen von Verbandszeitungen, wie der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ (WAZ) der katholischen Arbeitervereine und der „Jungen Front“ (JF) des KJMV, die als ebenso eindeutiges, politisches Kampforgan seit Juli 1932 mit wachsendem Erfolg erschien, schließlich von der 434 Titel umfassenden katholischen Tagespresse, zu denen die RVZ, seit 1922 vom Verleger Bitter herausgegeben, zählte.

MASSE Um letzten Schutz u. Freiheit gegen Reaktion u. Diktatur Demonstrationenkundgebung

Sonntag 3. Juli.

der kath. Arbeiter des Bezirksverbandes Recklinghausen im Städtischen Saalbau zu Recklinghausen

Aufmarsch: 10.30 Uhr. Kundgebung: 11 Uhr.

Es spricht: Verbandssekretär Landtagsabgeordneter Letterhaus, Köln.

Thema: Für einen freien, gerechten und sozialen Volksstaat!

Kundgebung

Sonntag 26. Februar

der christlich-nationalen Volkskräfte, nachmittags 4 Uhr auf dem Marktplatz Recklinghausen

Redner: Landesgeschäftsführer **Kaiser, M. d. R., Köln**

Unser Aufmarsch gilt einem christlich-nationalen u. sozialen Volksstaate sowie der Freiheit und dem Rechte der Nation

Ersehnt in Massen!

Aufrufe zu Kundgebungen des politischen Katholizismus; RVZ 2. 7. 32 und 24. 2. 33.

Berücksichtigt man allerdings, daß etwa 70 Prozent der in den Arbeitervereinen Recklinghausens Organisierten arbeitslos waren, das Zentrum soziologisch als Volkspartei auch von den Mittelschichten gewählt wurde, die anderenorts das bevorzugte Reservoir des NS-Erfolges ausmachten, so darf die stabilisierende Rolle des Klerus nicht übersehen werden. Dabei spielten Gemeindepfarrer und Verbandspräsidenten eine ebenso große Rolle wie die Bischöfe, die sich 1932/33 regelmäßig anlässlich der Wahlen äußerten:

„Wählet Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt für ihr Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der

konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Hütet euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind. Schöpft Belehrung aus bewährten katholischen Blättern.“

Wenn die RVZ am 7. 7. 1932 den Nationalsozialismus als eine „von der Kirche verurteilte Häresie“ bezeichnete, so konnte sie sich dabei auf verschiedene bischöfliche Stellungnahmen seit 1930 berufen, die schließlich hinsichtlich des Ausschlusses von den Sakramenten Nationalsozialisten mit atheistischen Kommunisten und Sozialisten gleichsetzten. So hatte es im häufig aufgegriffenen bayerischen Erlaß geheißen:

„Führende Vertreter des Nationalsozialismus stellen die Rasse höher als die Religion . . . In § 24 des Programms soll das ewig gültige Sittengesetz an dem Moralgefühl der germanischen Rasse nachgeprüft werden. Auffassungen vom Recht der Revolution . . . und vom Vorrecht der Macht vor dem Recht stehen im Widerspruch zur christlichen Gesellschaftslehre. Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht das Christentum Christi. Die Bischöfe müssen also als Wächter der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre vor dem Nationalsozialismus warnen, solange und soweit er kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind.“

Hitlers Kanzlerschaft und der erneute Wahlkampf im Februar/März 1933 änderten an der prinzipiellen Ablehnung nichts. Während 13 katholische Organisationen in einer reichsweiten Stellungnahme vor „Bolschewismus . . . auch unter nationalen Vorzeichen“ warnten, die NSDAP mit Beschlagnahmungen von Zeitungen, Wahlkampfmaterial, Terror gegen Veranstaltungen antworteten, versammelten sich am 26. Februar Arbeiter- und Gesellenvereine, KJMV und christliche Gewerkschafter zur letzten „Volkskundgebung“, einer „Freiheits-Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Recklinghausens mit der Jugend“ auf dem Marktplatz. Gelang es der NSDAP auch erstmals bei den Reichstagswahlen am 5. März und später den Kommunalwahlen am 12. 3. 1933 stärkste Partei zu werden, so war sie doch mit 34,1 % erheblich unter dem Reichsergebnis (43,9 %) geblieben, da ihr ein Einbruch in die Zentrumswählerschaft (26,7 % Recklinghausen, 13,9 % Reich) nicht gelungen war, wie überhaupt Katholizismus und Arbeiterbewegung sich in Deutschland als letztes Widerstandspotential erwiesen hatten.

Zwischen Resignation und Anpassung. Das Jahr 1933

Der Sieg des NSDAP/DNVP-Bündnisses bei den Reichstagswahlen, dem eine Woche später ein ähnliches Ergebnis bei den Kommunalwahlen folgte, wo die NSDAP 18 (1929: 1) Sitze gewann, ihre Bündnispartner DNVP 3 (2) und Evangelischer Volksdienst 2 (1), das Zentrum 13 (17) und die Polenliste 1 (2), SPD 4 (7) und KPD 6 (7), hatte nicht nur die Schlüsselstellung der katholischen Partei zerstört. Im Trommelfeuer der NS-Kampagne gegen die „schwarz-rote Bonzenherrschaft“, das „marxistische Zentrum“ und die „schwarzen Ratten“ schien ihr als langjährigem Koalitionspartner der SPD in Preußen und in Recklinghausen auch das gleiche Schicksal zu blühen, das die KPD im Zuge der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. 2. 1933 schon erlitten hatte. Der inszenierte Sturm auf das Rathaus am 17. März, bei dem Sozialdezernent Dünnebacke gewaltsam entfernt (und später entlassen) wurde, die Kampagne gegen Handwerkskammerpräsident Bielefeld (MdR), Syndikus Severin u. a. im Zuge der Gleichschaltungswelle schienen in diese Richtung zu weisen. Die Alternativlosigkeit angesichts der Machtverhältnisse, Illusionen über partielle Mitwirkungsmöglichkeiten und den Wert der Zusagen Hitlers hatten am 23. März im Reichstag zur Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz geführt. Angesichts der Gegnerschaft des organisierten Katholizismus zur siegreichen „Bewegung“ standen zudem die Angst

vor einem neuen Kulturkampf gegen die Kirche und einer Neuauflage des Vorwurfs nationaler Unzuverlässigkeit im Raum. Geschickt nutzte Hitler die Unsicherheit, als er als Reichskanzler der Messe zur Reichstagsöffnung demonstrativ fernblieb und – propagandistisch geschickt – erklären ließ:

„Die katholischen Bischöfe in Deutschland . . . haben Führer und Mitglieder der NSDAP als Abtrünnige bezeichnet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürfen . . . Diese Erklärungen sind bis heute nicht widerrufen.“

Auch auf Ortsebene drängten die „nationalen“ Verbände, deren Wahlkampf mit einer christlich-nationalen Phraseologie verbrämt worden war, nun demonstrativ in die Kirche. Wer sich ihnen in den Weg stellte, wie „Zentrumspropst Heiermann“ von St. Peter oder der „unduldsame Pfarrer Plake“ (Süd), die den Aufmarsch von geschlossenen Formationen und Fahnen am Volkstrauertag (12. 3.) verweigerten, wurden der „Sabotage“ und des „geistlichen Zentrumsterrors“ bezichtigt. Unter dem immer größer werdenden Druck kam es am 23. März in der Liebfrauenkirche erstmals zu einem kirchlichen Begräbnis eines Nationalsozialisten. Meldungen wie diese aus dem gesamten Reichsgebiet schürten bei den Bischöfen die Angst, daß ihnen angesichts der Dynamik der nationalen Aufbruchsstimmung die Entwicklung aus der Hand glitt. In dieser Situation gab Hitlers Regierungserklärung vom 23. März, die nicht nur eine Garantie der Bekenntnisschulen und Konkordate, sondern auch positive Äußerungen zur Rolle der Kirchen enthielt, den Ausschlag. Am 28. März erklärten die Bischöfe, zwar die „Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer“ aufrechtzuerhalten, andererseits in bezug auf Hitlers Rede das „Vertrauen hegen zu können, daß die . . . Warnungen nicht als notwendig betrachtet zu werden brauchen“. Unterdessen ging die Doppelbödigkeit der NS-Strategie bei der Behandlung bisher noch nicht gewonnener Bevölkerungsgruppen weiter. Während einerseits der 1. Mai, bis dahin Kampftag der sozialisti-



SA-Terror gegen den Gesellentag: Überstürzter Aufbruch der Recklinghäuser Gruppe in München (Foto: Haunert).

schen Arbeiterbewegung, zum Feiertag erklärt wurde und auch die katholischen Jugend- und Arbeiterverbände beim Aufmarsch auf der Hillerheide mitmachten, wurden am nächsten Tag bekanntlich die ADGB-Gewerkschaften zerschlagen; die Besetzung des christlichen Gewerkschaftshauses, Martinstraße 11, folgte im Juni.

Wenige Tage zuvor hatte der 1. Deutsche Gesellentag in München ein spektakuläres Ende gefunden. Angesichts der sich steigernden Übergriffe von SA und SS auf die 25 000 Teilnehmer und der Passivität der Polizei hatte die Veranstaltung vorzeitig abgebrochen werden müssen. Auch die Recklinghäuser Gruppe der Unterorganisation „Kolpings Wandernde Gesellen“ geriet in den Trubel der überstürzten Abreise auf dem Münchener Hauptbahnhof, wo Leuten die orangeschwarzen Hemden vom Leib gerissen und andere niedergeschlagen worden waren.

Drei Wochen später, am 1. Juli 1933, wurden alle von der Auflösung katholischer Verbände erfaßt, die in Recklinghausen in der aufsehenerregenden Verhaftung von „Hetzkaplan Bombitzki“ mündete, nachdem der Geistliche in der Pauluskirche Vergleiche mit „bolschewistischen Methoden“ gezogen hatte. Dabei gehörte die Aktion zu den Begleiterscheinungen der Konkordatsverhandlungen und wurde nach der Paraphierung des Abkommens zwischen Reich und Vatikan zurückgenommen. Auch die innerkirchlichen Gegner des Vertragsabschlusses hatten nunmehr die Überzeugung gewonnen, allein dadurch noch den Untergang des organisierten Katholizismus abwenden, zumindest aber verzögern zu können. Mochte Kardinalstaatssekretär Pacelli auch ausdrücklich die Interpretation einer Anerkennung des Regimes durch das Konkordat zurückweisen, wie Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz bereits die Erklärung vom 28. März „keineswegs als restlose Empfehlung des Nationalsozialismus“ verstanden wissen wollte; so ließ er der katholischen Presse ausdrücklich mitteilen; beide Dokumente wirkten – verstärkt durch die massive NS-Propaganda – doch wie eine vom Regime auch angestrebte Quasi-Approbation.

Hetzkaplan Bombitzki wegen Beleidigung Der Regierung festgenommen

**Von der Kanzel unterschob er dem preussischen Staat bolschewistische
und spanische Methoden**

Erzieher der deutschen Jugend!

Basist Ortman zwangsbeurlaubt

**Eine Maßnahme des Oberepräsidenten - Ortman und Mothers als Propagandisten vatikanischer
Ideen an der Oberrealschule - Verliert die „Recklinghäuser Volkzeitung“ einen Mitarbeiter?**

Schlagzeilen der National-Zeitung vom 4. 7. und 19. 9. 1933.

Verfiel so der resistent gebliebene Teil des Katholizismus enttäuscht in Resignation oder wurde weiterhin das Opfer der Gleichschaltungswelle, wie der stadtbekannt Studiererrat Albin Ortman von der Hittorf-Oberrealschule, der seines Engagements in der katholischen Friedensbewegung wegen aus dem Schuldienst entlassen wurde, so konnte sich der „fortschrittliche“ Teil um so unbefangener der nationalen Aufbruchstimmung anschließen. Illusionäre Überzeugungen, Zweckoptimismus, Existenzangst und Taktik führten hier zur Entdeckung von Gemein-

samkeiten wie Autoritätsdenken, Antiliberalismus oder, wie beim „*Vaterländischen Kommers des CV*“ im Saalbau am 26. Mai anlässlich der Schlageter-Ehrungen, Antimarxismus und Antipazifismus. Das Verbleiben von Bürgermeister Niemeyer im Amt – er war am 10. 2. 1932 vom konservativen Zentrumsteil mit Hilfe der Rechtsparteien gegen den offiziellen, von der SPD mitunterstützten Zentrums-kandidaten durchgesetzt worden – und die nach der Parteiauflösung erfolgte Übernahme von fünf Zentrumshospitanten in die NS-Rathausfraktion mochten den Zweckoptimismus eines Modus vivendi nach der „revolutionären Übergangsphase“ ebenso schüren wie der Aufruf des neuernannten Münsteraner Bischofs Graf von Galen zur Volksabstimmung im November 1933:

„Es erscheint uns deswegen als vaterländische Pflicht, dem deutschen Vaterland und Volk wie bisher, so auch in der gegenwärtigen Schicksalsstunde die Liebe und Treue zu wahren und am 12. November die Einmütigkeit mit den übrigen Volksgenossen zu beweisen. Dabei vertrauen wir auf des Herrn Reichskanzlers Wort, daß nun endgültig unter die für viele treue Staatsbürger schmerzliche Vergangenheit ein Strich gezogen ist und uns Katholiken das Friedenswerk des Konkordats unter Ausschluß von Abstrichen, Umdeutungen und Übergriffen gesichert bleibt.“

Die Tatsache, daß eine gleichzeitige Erklärung der bayerischen Bischöfe, die ihre Zustimmungserklärung noch deutlicher mit Hinweisen auf Übergriffe verbunden hatten, verboten worden war, signalisierte schon am Jahresende die Brüchigkeit der beiderseitigen Beziehungen.

Der Kampf um „Neuheidentum“ und Verbände

Hatte die Volksabstimmung 1933 in Recklinghausen 99,3 % Zustimmung verbuchen können, waren es beim zweiten Plebiszit anlässlich der Übernahme des Präsidentenamtes durch Hitler am 19. 8. 1934 nur noch 82,6 % Ja- und 17,4 % Nein-Stimmen. Während die „Nationalzeitung“ (NZ) nach mehrtägiger Bedenkzeit das in Westfalen-Nord insgesamt schlechte Abschneiden (84,2 %, im Reich: 89,9 %) angesichts der ehemals „schwarzen Hochburgen“ als „erfreuliches Ergebnis“ feierte, machten interne Gestapo-Berichte Klerus und „politischen Katholizismus“ verantwortlich.

Zum frühen Ende der Illusionsphase hatten mehrere Faktoren beigetragen: Dazu gehörten die Ermordung führender Katholiken im Zuge des sogenannten „Röhm-Putsches“ am 30. Juni 1934. Mit dem Leiter der Katholischen Aktion Berlin, Dr. Erich Klausener, einem „gefährlichen Katholikenführer“, wie sich Göring als Verantwortlicher später äußerte, war ein Mann dabei, der sich als „sozialer Landrat“ (1919–1924) gerade in Recklinghausen großes Ansehen erworben hatte. Daß man ausgerechnet diesen überzeugten Christen als Selbstmörder hinzustellen trachtete, hatte die Erbitterung noch verschärft.

Bereits im Januar 1934 war Alfred Rosenberg zum weltanschaulichen Schulungsleiter der NSDAP ernannt worden, eine Maßnahme, die von der Kirche als Herausforderung betrachtet wurde, konnte er doch jetzt seine christentumsfeindlichen Aktivitäten auf eine breite Basis stellen und seine Anhänger offen hervortreten lassen. So erklärte Regierungsrat Reimpell auf einer Tagung des NS-Lehrerbundes am 5. 2. 1934 im Saalbau öffentlich:

„Durch falsches Christentum suchte man den germanischen Menschen in seiner Seele zu töten. Seit 2000 Jahren besteht der Kampf zwischen Germanentum und jener Clique, die in falscher Beurteilung . . . oder aber im Mißbrauch des Christentums eine Priesterherrschaft aufrichten wollen, um das deutsche Volk beherrschen zu können.“

Hatte Galen schon seinen Oberhirtenbrief 1934 zur Kampfansage an „das neue Heidentum“ genutzt, das „auf dem Boden von Blut und Rasse eine neue Religion mit nationalen Sinnbildern und Vorbildern zu schaffen“ versuche, so stellte er im Oktober das Kirchliche Amtsblatt zur Veröffentlichung einer umfangreichen Studie gegen Rosenbergs „Mythus des XX. Jahrhunderts“ zur Verfügung, „das Buch“, gegen dessen Verbreitung als „Grundlage der Weltanschauung für alle Volkskreise“ durch „Partei- und Staatsstellen“ er bei zahlreichen Großkundgebungen, so am 23. 9. 1934 auf dem Petruskirchplatz, heftig protestierte, wobei der Bischof dabei demonstrativ aus dem „unbegreiflicherweise beschlagnahmten“ Hirtenwort der deutschen Bischöfe vom 7. Juni zitierte. Ihren Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen beim Gauparteitag im Juli 1935 in Münster, als der Bischof gegen den Auftritt Rosenbergs Protest einlegte, was mit heftigen Angriffen gegen den „politischen Katholizismus“ beantwortet worden war.

Die Weiterexistenz katholischer Verbände schien zwar durch das Konkordat (Art. 31) gesichert, doch war es entlarvenderweise zu einer Einigung über die Liste der geschützten Verbände nie gekommen. Nachdem Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), bereits im Juni 1933 konfessionelle Gesellen- und Arbeitervereine für „staatsfeindlich“ erklärt hatte, rissen die Versuche zur Vereinnahmung dieser größten Berufsverbände nicht mehr ab. Die Umgestaltung des Gesellenvereins zur „Deutschen Kolpingsfamilie“ im September 1933 war Ausdruck des Bemühens, durch Aufgabe politischen und berufsständischen Rollenverständnisses den Angriffen des Regimes die Spitze zu nehmen. Angesichts der Übernahme gewerkschaftlicher Unterstützungskassen durch die DAF und der zunehmenden Koppelung von Mitgliedschaft und Arbeitsplatzvergabe bedeutete das von Ley 1934 erlassene Verbot, gleichzeitig DAF und katholischen Verbänden



1934 klärt die Fronten: Ermordung Erich Klauseners, hier Auftritt beim Berliner Katholikentag 1934, Besuch Bischof Galens in Recklinghausen (Archiv).

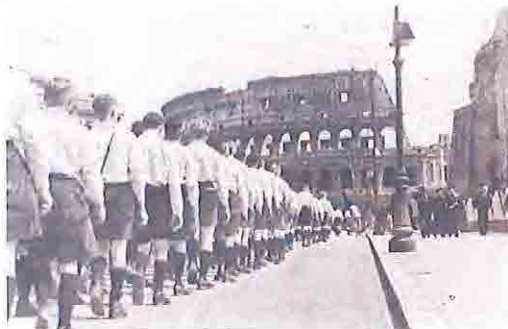
anzugehören, eine akute Existenzgefährdung vieler Mitglieder. Doch die „Kerntruppe“ christlichen Gedankenguts, wie Verbandspräses Müller, auch er wie die katholischen Arbeitersekretäre Könzgen, Letterhaus und Groß später NS-Opfer, in einem Grußwort zum Silberjubiläum der Recklinghäuser Vereine in St. Paul, St. Gertrudis und Liebfrauen die Arbeiterbewegung am 16. 7. 1934 nannte, blieb stabil. Im September bezogen noch 1925 Mitglieder die WAZ, nur fünf weniger als zu Jahresbeginn, wobei Suderwich (265), St. Peter (255), König Ludwig (200) und Röllinghausen (195) die größten Zahlen aufwiesen. Daß Bezirkspräses Heeke in Liebfrauen aus gleichem Anlaß bei seinem Predigtaufruf, „bis zum Letzten zu kämpfen“ auf Bischof Ketteler hinwies, hatte seinen besonderen Grund. Angesichts der Zurückdrängung des Verbandes ins „rein Religiöse“ hatten die katholischen Verbände neue Formen und Dimensionen der schon früher durchgeführten Wallfahrten entdeckt. Die erste, aus Anlaß des 57. (!) Todestages dieser großen Gestalt des politisch engagierten Sozialkatholizismus, hatte 30 000 Arbeiter im Mainzer Dom, eine „Gedächtnisfeier für die Gefallenen“ ebenso viele am 21. 11. 1934 in Münster, die „Kreuzwallfahrt“ des Recklinghäuser Bezirksverbandes am 7. 7. 1935 auf dem Annaberg 10 000 Teilnehmer zusammengeführt. Wenige Monate später, am 16. 9. 1935, wurden die Arbeitervereine im Regierungsbezirk Münster wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ aufgelöst, nachdem man bei einem Bezirkssekretär Briefe des Diözesanpräses Konermann mit Anweisungen gefunden hatte, sich gegenüber der DAF zur Wehr zu setzen. Während beide ins Recklinghäuser Gestapo-Gefängnis eingeliefert wurden, wurden in sämtlichen Pfarreien Protokollbücher, Fahnen, Kassenbestände und Knappenuniformen beschlagnahmt, das Vereinsleben beendet.

Hatte Hitler seine berühmte Reichenberger Rede 1938 über die totale organisatorische Erfassung aller Deutschen in NS-Verbänden ganz offen in dem Ausruf gipfeln lassen: „Sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben“, so mußte der Ansatzpunkt zur Durchsetzung dieses Ziels, gemäß der Führerparole „Wer die Jugend hat, hat Zukunft“, die Beseitigung aller Jugendgruppen außerhalb der HJ sein. Waren vor 1933 in den katholischen Jugendverbänden der Stadt mit 39 Gruppen und 4000 Mitgliedern nahezu 50 % aller Organisierten erfaßt, so waren sie ab Ende 1933 als einzige Überlebende der Gleichschaltungswelle Hauptangriffsziele von Partei und HJ, die schon von ihrer offiziellen Ernennung zur Staatsjugend am 1. 12. 1936 den Monopolanspruch erhob. Als Reichsjugendführer Baldur von Schirach bei einer Großkundgebung in Essen unter Anspielung auf die katholische Sportorganisation Deutsche Jugendkraft (DJK), die 250 000 Mitglieder umfaßt hatte, polemisch fragte: „Wißt ihr denn, was eine katholische Bauchwelle ist?“ (NZ, 1. 4. 1935), war es noch kein Jahr her, daß der DJK-Jugendführer Probst im Zuge der Exekutionswelle des „Röhm-Putsches“ „auf der Flucht erschossen“ worden war. Während man einerseits mit staatlichen Machtmitteln, wie etwa des HJ-Monopols auf sportliche Aktivitäten, das schließlich 1935/36 zum Untergang der DJK führte, die Attraktivität der Konkurrenz zu schmälern versuchte, gleichzeitig gegen die Verbandsführungen als „Drahtzieher, die sich nicht schämen, die Kirche zum Deckmantel ihrer politischen Interessen zu nutzen“ (NZ 27. 3. 1935) polemisierte, lautete die Propaganda gegenüber der „Basis“ suggestiv: „Warum stehst Du noch abseits?“ „Konfessionellen Sonderinteressen“ wurde der „Geist der Volksgemeinschaft“, die Teilnahme am „erwachenden Deutschland“ gegenübergestellt. Propaganda, Pressionen in Schule und am Arbeitsplatz und Druck auf Elternhäuser hatten zwar reichsweit die Mitgliederzahlen etwa des KJMV um ½ auf 252 000 (Mai 1934) sinken lassen; gleichzeitig aber stiegen die Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen und die Auflage der Jugendzeitschrift „Junge Front“ (beim Verbot 1936: 330 0000), die sich durch das Verteilsystem in den Pfarreien zur größten katholischen Wochenzeitung entwickelt hatte. Dazu hatte nicht nur die Resonanz beigetragen, die die Auseinandersetzungen in den Gemeinden hervorge-

rufen hatte, sondern auch der Ideenreichtum, wie etwa die „Vereins- und Pfarrkinos“, die – so der Süder Jungvolk-Führer – „wie Pilze aus dem Boden geschossen“ seien, was ihn dazu veranlaßte, seinen Mitgliedern im Februar 1934 den Besuch des offenbar erfolgreichen Kath. Jünglingsheims an der Marienstraße zu verbieten. Mit der Rom-Wallfahrt hatten die Jugendverbände Ostern 1935 noch einmal vor der Weltöffentlichkeit ihren Anspruch auf Selbständigkeit eindrucksvoll demonstrieren können. Das geschlossene Auftreten in (heimlich mitgeführten) Uniformen mit Abzeichen und Bannern und die Aufmerksamkeit, die die Papstbotschaft an sie erregt hatten, wurden bei der Rückkehr an der Grenze mit Schikanen beantwortet. Wurde am Petrinum eine Schulsekretärin entlassen, weil ihr Bruder, Hermann Lensker, zu den Mitorganisatoren gehörte, so war das Jahr 1935 – das Regime brauchte nach der erfolgreichen Saarabstimmung keine Rücksicht mehr zu nehmen – überhaupt entscheidend. Während Schirach im Zuge der „Frühjahrsoffensive der HJ“ in Essen erklärte: „Jeder Jugendverband außerhalb der HJ verstößt gegen den Geist der Gemeinschaft, der Geist unseres Staates ist“, meldete Goebbels beim Gautag den Anspruch des Regimes ganz offen an: „Die Jugend gehört uns, und wir geben sie an niemand ab.“ Daß es bei der Welle von Großveranstaltungen in Rheinland und Westfalen nicht nur um die Jugend ging, machten die Forderungen nach der „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ klar, die Reichsinnenminister Frick in Münster formuliert hatte und schließlich Görings Erlaß „gegen den politischen Katholizismus“ im Juli 1935.



Aufbruch der Recklinghäuser Gruppe nach Rom mit Auto Wessels (Foto: Lenfers).



Katholische Jugend in Rom, 1935 (Foto: Lenfers).



Jungschar St. Michael 1933/34 (Foto: Jendrike).

Die praktischen Folgen blieben nicht aus: Am 23. 7. 1935 wurde der katholischen Jugend in Fortsetzung ähnlicher regionaler Verbote (28. 6. 1934, Regierungsbezirk Münster) reichsweit durch die Gestapo alles untersagt, was nach damaligem Verständnis attraktiv Gemeinschaft und Zusammenhalt hätte demonstrieren können (Uniformen, Abzeichen, Musik, Zeltlager, Sport, Wanderungen, Christus-Banner . . .); Zuwiderhandlung galt nunmehr als staatsfeindliche Betätigung. Was das bedeuten konnte, zeigte sich gerade in diesen Tagen im Stadtteil Ost: Das Fehlen zahlreicher Schüler der Liebfrauenschule bei der HJ-Sonnenwendfeier wurde nicht nur mit Bußgeldbescheiden gegenüber den Eltern geahndet, sondern führte auch zur Einlieferung des katholischen Jungscharführers Ludwig Grindel in das KZ Esterwegen. Damit hatte man sich eines offenbar erfolgreichen Gegners brutal entledigt. Waren in diesem Fall die Schulleitungen offenbar nicht unbeteiligt, Grindel selbst war Oberprimaner am Petrinum, so mußte umgekehrt an vielen Schulen erst „gleichgeschaltet“ werden, um NSDAP und Schule Hand in Hand arbeiten zu lassen: Am Petrinum war Anfang 1934 der Direktor und Zentrumsvorsitzende Dr. Hülsen im Zuge einer „Säuberungswelle“ gegen sieben katholische Schulleiter höherer Schulen Westfalens durch einen Nationalsozialisten ersetzt worden. Kaplan Schultes (St. Marien) wurde auf Betreiben der HJ wegen der Besprechung von (katholischen) „Vereinsangelegenheiten“ an der Feldschule am 11. Juli 1935 als Religionslehrer entfernt; an der Volksschule am Graveloher Weg mußte sich der Rektor des Vorwurfs erwehren, „heimtückischerweise der Staatsjugend entgegenzuwirken“. Es war wohl diese Art „Überzeugungsarbeit“, die den HJ-Anteil an dieser Schule von 19 % (September) auf 57 % der Jungen und 60 % der Mädchen (November) schnellen ließ. Am Petrinum stieg der Anteil von 57 % (Ende 1934), als immer noch 33 % in katholischen Verbänden organisiert waren, auf 72 % im September 1935 nach der „freiwilligen“ Auflösung des katholischen Schülerbundes Neu-Deutschland (ND) in Recklinghausen. Dazu hatte mit beigetragen, daß im Vorjahr ND-Mitgliedern die Hochschulreife nicht



Katholischer Jungmännerverband Liebfrauen (1932) mit Jugendführer Ludwig Grindel (vorne 3. v. l.) – (Foto: Kalina).

zuerkannt worden war und nunmehr im Rahmen der Entkonfessionalisierungskampagne städtische und staatliche Bedienstete verpflichtet wurden, die Verbandszugehörigkeit ihrer Familienmitglieder offenzulegen.

Die Tatsache, daß am Jahresende die katholischen Volksschulen erst 72 % Organisierte (evangelische: 90 %) aufweisen, das Gymnasium erst im April 1936 nach intensivstem Engagement des Schulleiters 98 % melden konnte, sind Indikatoren für die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Jugenderziehungsmonopols, das im Oktober 1937 zum Verbot des KJMV im Bistum Münster wegen seines „provokanten Verhaltens“ führte. Die nunmehr illegal gewordenen Zusammenkünfte in Privatwohnungen der Kapläne oder der Sakristei wie in Liebfrauen, Ausflüge, Zeltlager usw. führten immer wieder zu Verhaftungen. Kaplan Oslislos Ausflug mit 40 Meßdienern aus St. Michael etwa mündete in einer dreieinhalbmonatigen Gestapohaft, ehe er, am 23. 10. 1939 wegen der „Führeramnestie“ zum Kriegsausbruch entlassen, aus dem Regierungsbezirk Münster ausgewiesen wurde.

Zurückdrängung ins „Sakristeichristentum“

Hatte die NS-Propaganda die Auseinandersetzungen bisher als Kampf gegen den „politischen Katholizismus“ dargestellt, so machten die Entkonfessionalisierungskampagne und die Essener Rede des Reichstagsministers Goebbels im August 1935 deutlich, wie man sich das „positive Christentum“ vorstellte: Die „Macht“, so hatte er erklärt, „gehört uns allein“, „freigiebig überlassen“ wolle man den Kirchen das „Reich im Jenseits“. Damit war klar, daß im „Diesseits“ die Kirchen als gesellschaftliche und weltanschauliche Gegenkräfte aus der Öffentlichkeit verdrängt werden sollten. Das betraf nicht nur den Einfluß in allen erziehungsrelevanten Bereichen und in der Publizistik, sondern, wie sich noch zeigen sollte, auch die kirchliche Verkündigung selbst.

Nachdem in internen Lageberichten immer wieder der Klerus als Hauptagitator ausgemacht und Görings Erlaß „Maßnahmen gegen Staatsfeinde im Priesterrock“ angedroht hatte, sahen sich die Geistlichen, gemäß Hitlers schon 1933 ausgesprochenen Taktik, nicht „Märtyrer“, sondern „simple Verbrecher“ zu schaffen, einem raffiniert eingefädelten Verleumdungsfeldzug ausgesetzt. Mit der Verhaftung der Barmherzigen Brüder, die die Pflegeanstalt Maria-Lindenhof in Dorsten leiteten, begann im Juni 1935 eine Welle von Schauprozessen wegen angeblicher Sittlichkeits- und Devisenvergehen, die, im Zuge der Berliner Olympiade 1936 abgebremst, als Antwort auf die päpstliche Enzyklika 1937 massiv fortgesetzt wurde. Die Kirchenaustrittskampagne, die mit dem Versuch, die Glaubwürdigkeit des Klerus zu erschüttern, verbunden war, erreichte 1937 (108 000 Anträge gegenüber 34 000 im Jahr 1935) ihren Höhepunkt. Auch in den Altstadtgemeinden St. Peter und St. Paul hatte sich die Zahl auf 0,7 % (1937/39) mehr als verdoppelt, ohne daß allerdings ein dramatischer Einbruch gelungen wäre.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung kam es am Palmsonntag 1937 zur Verlesung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ in allen Kirchen. Darin griff Pius XI. nicht nur die „verhüllten und sichtbaren Zwangsmaßnahmen, Einschüchterungen“ gegen die Verbände und die Auseinandersetzungen um das „Neuheidentum“ auf. Mit seiner Anklage gegen die „rechtswidrigen und menschlich unwürdigen Praktiken“, die „Vertragsumdeutungen, Vertragsumgehungen“ und „öffentlichen Vertragsverletzungen“ des Konkordats und die „Machenschaften, die von Anfang an kein anderes Ziel kannten als den Vernichtungskampf“ riß er dem Regime die Maske der Legalität und Vertrauenswürdigkeit vom Gesicht – und das bewußt vor der Weltöffentlichkeit zu einem Zeitpunkt außenpolitischer Erfolge des Reiches. Seine „Ermutigung“ an Jugendliche, Eltern und alle Gläubigen zum Durchhalten angesichts der „dunklen Absichten“ der „Gegner“ mußten die heftigen Reaktionen des Regimes herausfordern. So warfen denn auch die Begleitumstände der Veröf-

fentlichung ein bezeichnendes Licht auf die kirchliche Situation. In ständiger Angst vor der Beschlagnahme durch die Gestapo waren von der Nuntiatur in Berlin aus jedem Bischof zwei Druckexemplare per Kurier zugestellt worden. Binnen einer Woche wurden sie in einer Auflage von 300 000 nachgedruckt und an die Pfarreien zeitgleich zur Verlesung verteilt; allein 120 000 Exemplare davon entfielen auf das Bistum Münster, so daß die Recklinghäuser Gemeinden relativ gut ausgestattet waren. Die beteiligten 13 Druckereien wurden entschädigungslos enteignet, was den Gestapo-Mißerfolg bei den Razzien vorher zwar nicht mindern konnte, dafür aber ein weiterer Schritt im Kampf gegen die katholische Publizistik bedeutete, den die Recklinghäuser am Beispiel der Unternehmungen des Verlages Bitter miterleben konnten.

Verlagsdirektor Bitter ist ein Staatsfeind!

Angelaubliche Äußerungen des Verlagsleiters der „Recklinghäuser Volkszeitung“ über den Staat und die Bewegung - Die „National-Zeitung“ deutet staatsfeindliche Bestrebungen an - Das Material wurde der Staatspolizei übergeben - Inschutzhaftnahme des Volksverrätters ist angebracht

Der katholische Jugendbund Neu-Deutschland stellt die Arbeit ein

Die Vereinigung der katholischen höheren Schüler des Gymnasiums löst sich freiwillig auf
Ein begrüßendwerter Entschluß - Wann folgen die anderen Bünde?

Auflösung des kathol. Jungmännerverbandes der Diözese Münster

Dauernder Verstoß gegen die Verordnungen

Über die Weidigung der funktionellen Jugendverbände vom 23. Juli 1935 verfahren.
Schwere Staatspolizei, Staatspolizeiführer.
Dr. Bille u.

Schlagzeilen der Recklinghäuser Presse: NZ 16. 3. 34, NZ 21. 9. 35, RZ 30. 10. 37.

Hatte die Hetzkampagne des NS-Konkurrenzorgans NZ gegen die „Zentrums-tante“ RVZ bereits im Juni 1933 zum Entzug der Erlaubnis auf Abdruck amtlicher Bekanntmachungen der Stadt geführt, so erreichte sie mit der Forderung nach „Inschutzhaftnahme des Volksverrätters“ und „Staatsfeindes“ Bitter am 16. 3. 1934, die tatsächlich zur Verhaftung führte, einen ersten Höhepunkt. Nach mehrwöchiger Haft, in der er den Erpressungsversuch zur Überschreibung des Verlages hatte abwehren können, kam Wilhelm Bitter wieder frei, um in den nächsten Jahren zwei weitere Verhaftungen, Bespitzelungen, das Ende der „Vestischen Verlags und Druckerei AG“ (Vesdruvag) 1939 und der, bereits wesentlich geschrumpften, RVZ 1941 zu erleben. Angesichts der auch inneren Gleichschaltung der Tagespresse hatten kirchliche Zeitungen, wie „Unser Kirchenblatt“, das am 17. 12. 1933 gegründet worden war, an Bedeutung gewonnen. Lag die Schriftleitung bei den Caritasdirektoren Schlüsener, ab 1935 Brockmann, so gelang es Bitter, die Abonnentenzahl von 45 000 (19 000 Recklinghausen) auf 90 000 zu steigern, ehe das Blatt, nach mehrmaligen Beschlagnahmungen, am 7. 3. 1937 verboten wurde. Anlaß war die Weigerung, eine der angeordneten „Auflagen-Nachrichten“ über die Schauprozesse zu veröffentlichen. Nach sechsmonatigem Totalverbot, das

selbst den Druck von Handzetteln mit Gottesdienstzeiten umfaßte, wurde am 12. 9. 1937 das wesentlich reduzierte „St. Paulusblatt“ herausgegeben, bis auch dieses am 1. 6. 1941 „aus kriegswirtschaftlichen Gründen“ eingestellt wurde. Große Bedeutung für den gesamten deutschsprachigen Katholizismus erlangte der Verlag ab 1939 durch die Übernahme von Mitarbeitern des Jugendhauses Düsseldorf, der aufgelösten KJMV-Reichszentrale. Sie gaben nicht nur mit dem „Deutschen Kulturwart“ eine bis zu ihrem Verbot 1942 erfolgreiche Zeitschrift heraus, sondern auch zahlreiche Jugendkalender und Kleinschriften. Die bei der Vesdruvag, später dem Paulus-Verlag herausgegebenen Schriften, teilweise im Ausland gedruckt, gelangten zu Hunderttausenden in konspirativen Transporten an die österreichischen und deutschen Bistümer.

Am 1. April 1939 geschah mit der Auflösung der 24 katholischen und 14 evangelischen Bekenntnisschulen der einschneidendste Bruch mit der „alten Tradition in Recklinghausen, daß Kirche und Schule, Geistlichkeit und Lehrer immer im besten Einvernehmen zusammenarbeiten“, die Propst Heiermann noch beim Kirchweihfest von St. Elisabeth am 24. 9. 1934 in Anwesenheit von Bischof, Oberbürgermeister und Stadtschulrat beschworen hatte. Art und Weise der Durchsetzung nationalsozialistischer Bildungsideale und der Zurückdrängung des Einflusses der Kirche hingen angesichts der Ortstradition stark von den persönlichen Konstellationen ab. So waren trotz mehrerer Strafverfahren und -versetzungen bis zuletzt 20 (von 33) Rektoren und 88 (von 151) Lehrern ohne Parteibuch, wobei der katholische Anteil, allein mit 65 Lehrerinnen, überwog. Die Entwicklung hatte nicht zuletzt mit der Person von Stadtschulrat Dr. Hellermann zu tun, der seinen, von überzeugten Nationalsozialisten kritisch beargwöhnten, Einfluß als anerkannter Fachmann immer wieder entsprechend eingesetzt hatte, ehe er 1943 nach dem Versuch verhaftet wurde, Voraussetzungen für die Haftentlassung eines Lehrers zu schaffen. Trotzdem hatten schon 1933 Angriffe gegen die „schwarzen Ratten“ der „Zentrumslehrerschaft“ (NZ 16. 3. 1933) eingesetzt, war mit Kaplan Erdbürger (St. Marien) 1934 und Pfarrer Althoff (St. Gertrudis) 1935 auch schon einzelnen Priestern wegen „Gefährdung“ der Erziehung „im nationalsozialistischen Geist“, wie es im letzteren Fall hieß, der Unterricht untersagt worden, ehe im September 1937 alle Pfarrgeistlichen aus den Schulen verwiesen wurden. Da gleichzeitig vielfach Druck auf die Lehrerschaft ausgeübt wurde, die Aufsicht bei Schulgottesdiensten und Prozessionen sowie den Religionsunterricht niederzulegen, das Fach also vielfach gekürzt unterrichtet wurde und zudem die Gefahr bestand, daß es auch inhaltlich – etwa bezüglich des „jüdischen“ Alten Testaments – tendenziös unterrichtet wurde, reagierten die Pfarreien mit dem Aufbau eigener Katechesestunden. Der Besuch der erfaßten Klassen 4–8 lag etwa in der Paulusgemeinde 1938 bei etwa 92 %. Mit der sich abzeichnenden räumlichen (die Benutzung der Schulgebäude wurde untersagt) und personellen Trennung (der Druck auf die Lehrerschaft zeigt auch hier Wirkung) zeichnete sich schon das Auseinandertreten von Schule und Kirche ab, in dessen Konsequenz die Aufgabe des Konfessionsprinzips liegen mußte. Zusätzlich durch die schon vollzogene Auflösung der im Konkordat ausdrücklich garantierten Bekenntnisschulen in Süddeutschland gewarnt, begann ab 1936 im Bistum Münster eine offensive Aufklärungskampagne, deren Ergebnis die Süder NS-Ortsgruppe im März 1937 so formulierte:

„Das Hauptthema im Munde der Bevölkerung ist die Gemeinschaftsschule. Die Versammlungen in Kirchengemeinden, die Hausbesuche der Geistlichen und die sogenannten Jugendstunden . . . halten die Frage dauernd lebendig.“

Als im April 1937 der Rektor der Rombergschule eigenmächtig eine Abstimmung für die Gemeinschaftsschule durchzuführen begann, protestierten die Altstadtpfarrer in öffentlichen Kanzelerklärungen, die zur Verwarnung von Pfarrer Zumhülsen (St. Elisabeth) durch die Gestapo führte. Daß die Aktion von Partei- und Regie-

rungsstellen nicht aufgegriffen wurde, obwohl sie mit der Verwarnung und Androhung der Dienstentlassung gegenüber dem Teil des Kollegiums, der sich der Kampagne der Schulleitung – der Konrektor war zugleich Ortsgruppenleiter – widersetzt hatte, eindeutige Signale gesetzt hatten, war ein Stillhalten taktischer Art. Wegen des zu erwartenden Proteststurms in Westfalen verzögerte sich das Verfahren nicht nur, sondern sollte hier auch nicht pseudo-plebiszitär durchgesetzt werden. Statt dessen entschied man sich für den „kalten Verwaltungsweg“: Die Bürgermeister erklärten einheitlich, „wegen der besseren Beschulung“ die „Deutschen Gemeinschaftsschulen“ unter Garantie des Religionsunterrichts zum 1. April einführen zu wollen und wiesen auf eine Einspruchsfrist von vier Wochen hin. Vom Bischof ermutigt, erfolgten bistumsweit öffentliche Proteste der Ortsgeistlichkeit, denen am 26. Februar ein Hirtenbrief folgte. In der Recklinghäuser Erklärung, die am 22. Januar von allen Kanzeln verlesen wurde, reklamierte man „die Pflicht und ein natürliches von Gott gegebenes Recht“ der Eltern auf eine schulische Erziehung im „christlichen Geiste“, und der Klerus erhob „schärfsten Widerspruch“. Nach Hinweisen auf die schon in den Vorjahren erfolgte Zurückdrängung des „kirchlich religiösen Geistes“ hieß es weiter:

„Jetzt beginnt man die katholischen Bekenntnisschulen völlig abzuschaffen. Dann werden das gemeinsame Gebet, das Kruzifix und alle religiösen Zeichen aus der Schule verbannt werden. In dem veröffentlichten Beschluß heißt es noch, der Religionsunterricht sei sichergestellt. Aber auch der Fortbestand der katholischen Bekenntnisschulen war durch das Schulgesetz und das Konkordat sichergestellt . . .

Der Aufforderung des realistischen und ohnmächtigen Protestes, von der „heiligen Gewissenspflicht“ des christlichen Einspruchs Gebrauch zu machen, folgten in der Stadt 2400 Bürger, im ganzen Bistum wurden 70 000 Einwände registriert. Am 26. Februar folgte der Verlesung des Hirtenwortes der Höhepunkt der Auseinandersetzung, als Bischof von Galen in den Kirchen seinerseits ein Plebiszit durchführen ließ, eine einmalige Herausforderung an die propagierte Parole von der Einheit von Volk und Führer: Mit dem Ergebnis von 98,7 % Zustimmung der 824 122 Gottesdienstteilnehmer zur Bekenntnisschule wandte er sich – natürlich vergeblich – am 8. März an Hitler, der nach dem Einmarsch in die „Rest-Tschechei“ eine Woche später einen neuen Triumph feiern konnte. Mittlerweile waren die Unterzeichner zwecks „Überprüfung“ der Unterschriften zum persönlichen Erscheinen ins Rathaus bestellt worden, während ihre Namen an NS-Gauleitung und Regierungspräsident übermittelt worden waren. Wie Kaplan van Ooyen (Liebfrauen), der im Zusammenhang der Verlesung des Recklinghäuser Protests wegen persönlicher Anmerkungen zum Konkordat, als habe der „Führer sein Wort nicht gehalten“, so die Anzeige, im August vom Sondergericht in Recklinghausen zu einer Geldbuße verurteilt worden war, verhinderte die Amnestie bei Kriegsbeginn weitere Reaktionen des Regimes. Als Bormanns Wunsch, „daß bis zum Ende des Jahres keine konfessionellen Schulen und keine Ordens- und Klosterschulen mehr im Deutschen Reich bestehen“ am 9. 6. 1939 als Rundschreiben herausging, war auch das Juvenat der Maristen-Schulbrüder schon seit zwei Monaten aufgelöst worden.

Die Entfernung von Kreuzen aus den Schulen, Umbenennungen von Schulen in der Folgezeit (Liebfrauen = Widukind-, Paulus = E.-v-Rath-, Marien = U.-v-Hutten-Schule) und Straßen im Zuge der Feierlichkeiten zum 50. „Führergeburtstag“ am 20. 4. 1939, denen zahlreiche christlich geprägte Namensgebungen zum Opfer fielen, waren äußere Zeichen dafür, daß die Hinausdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben weitgehend gelungen war.

Totaler Krieg – brutaler Terror

Das NS-Regime hatte sein Ziel, das Christentum „mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern . . . auszurotten“, wie Hitler es am 6. 4. 1933 im internen Kreis formuliert hatte, zwar nicht aufgegeben, doch schien bei Kriegsausbruch ein – wenn auch taktisch bedingter – „Burgfrieden“ möglich. Zwar hatte die Gestapo am bistumsweit „für die Dauer der Kriegszeit“ für das Sonntagshochamt angeordneten Gebet des Bischofs auszusetzen, daß es zwar Bitten um den Schutz und die Stärkung der Wehrmacht und der Heimat enthielt, aber eben auch um „die Sicherheit des Friedens und Gerechtigkeit und Freiheit“ für „alle Völker“ (!), nicht dagegen um den deutschen Sieg, doch konnte kein Zweifel daran bestehen, daß die deutschen Katholiken in der äußeren Gefährdung des Reiches, wie es viele aufgrund der Propaganda sahen, an Loyalität für das Vaterland und damit den Staat, den sie davon nicht zu trennen vermochten, hinter der Mehrheit nicht zurückstehen wollten.

Die ersten, unmittelbaren Opfer des Überfalls auf Polen waren in Recklinghausen die polnisch-katholischen Vereine der Stadt: In St. Joseph und St. Marien wurden sie verboten; in der Süder Gemeinde kam es zur Verhaftung der Leiter des Rosenkranz- und Michaelsvereins. Während Stanislaus Quisiszewski ein Jahr inhaftiert war, wurde Martin Olejnik, ein 58jähriger Bergmann von der Ruhrstraße, am 30. 12. 1939 in einem KZ ermordet. Erst knapp einen Monat später konnte er, „überführt aus Berlin“ (so das Sterbe-Register der Pfarrei), in seiner Heimatstadt beerdigt werden. Bei Pfarrer Klapheck (St. Antonius) kam es wegen der Abhaltung „polnischer Messen“ zu Gestapo-Verhören und Hausdurchsuchungen. Die Seelsorge für die polnischen Zwangsarbeiter, die er ab November 1940 hatte ausüben sollen, wurde ihm ebenso verwehrt.

Inzwischen war deutlich geworden, daß „kriegsbedingte Gründe“ ein vortreffliches Argument zur Fortsetzung des Kirchenkampfes boten, wobei die Zunahme von Eingriffen in den unmittelbaren innerkirchlichen oder liturgischen Bereich eine neue Qualität der Auseinandersetzungen offenbarten. Der Rückgang gesellschaftlicher Wirkungsmöglichkeiten war mit der verstärkten Bedeutung von „Bekennnistagen“ der Jugend, Exerzitien, religiösen Vorträgen, Wallfahrten und „großen demonstrativen Prozessionen und Kirchenfesten“ mit „noch nie dagewesener Aufmachung und Werbung“ einhergegangen, die Göring schon am 17. 7. 1935 als Provokation gewertet hatte. So war es nicht verwunderlich, daß bereits in diesem Jahr die „Buß- und Bittprozession“ der Altstadt, die 1934 erstmals unter Teilnahme von 2500 Männern durchgeführt worden war, wieder verboten wurde. Ab 1938 war aus „verkehrstechnischen Gründen“ die Verbannung der traditionellen Fronleichnamsprozessionen von repräsentativen Straßen, wie etwa Westfalen- oder Hohenzollernstraße, erfolgt, 1940 kam „wegen Fliegergefahr“ das Verbot überhaupt, ebenso für die Karfreitags-, die St.-Peter-und-Paul- und die Bockholter Hagelprozession sowie die Wallfahrten nach Kevelaer und Neviges. Als mit der Abschaffung kirchlicher Feiertage auch noch bestimmt wurde, daß nicht mehr Messen als an Werktagen abzuhalten seien, selbst die Anzahl der innerhalb der Kirche gestatteten Umzüge reglementiert wurde und endlich die Gottesdienstzeiten nach Fliegeralarm am Vortag festgelegt wurden, war die Fadenscheinigkeit der Argumentation allzu deutlich, zumal Geistlichen gleichzeitig untersagt wurde, von sich aus in Kranken- und Pflegehäusern Seelsorge auszuüben.

Das Vorgehen gegen die Geistlichkeit, das reichsweit 1937 einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, nahm in der Kriegszeit quantitativ und qualitativ zu. Nachdem es in St. Gertrudis bereits 1937 zur Verhaftung eines Bochumer Redemptoristenpaters gekommen war, der in der Gemeinde die alljährliche „Kreuzwoche“ abhielt, gelang dem Ortsgruppenleiter am 3. 6. 1940 die Inhaftierung Pfarrer Althoffs „wegen feindseliger Haltung gegen das Dritte Reich“. Nach der Aburtei-

lung wurde Althoff am 31. 12. 1940 aus dem Recklinghäuser Gerichtsgefängnis entlassen, nachdem er zur Aufgabe seiner Pfarrstelle gezwungen worden war. Ein Jahr später kam es am 8. März in Essel zur aufsehenerregenden Festnahme des bistumsweit bekannten, bereits amtsenthobenen Religionslehrers Friedrichs. Die im Rahmen der von dem Priester durchgeführten religiösen Woche angesetzte Schlußpredigt mußte ausfallen, doch hatte die Gemeinde auf die Verhaftungsnachricht hin die Kirche dicht gefüllt, um im Gebet Solidarität zu demonstrieren. Bereits am 3. 9. 1939 hatte eine religiöse Woche in der Pfarrei Hl. Geist mit einer Festnahme geendet, als der Franziskanerpater Alkuin – zwei Tage vor Kriegsausbruch – vom „sogenannten Feld der Ehre“ gesprochen hatte. War der Priester aus Stuckenbusch damals unter Mithilfe eines Gestapobeamten noch knapp der KZ-Einweisung entgangen, so wurde er wegen „defätistischer Hetz- und Wühlarbeit“ am 11. 8. 1942 erneut festgenommen. Beide Priester trafen im berüchtigten „Priesterblock“ Dachau zusammen und gehörten damit zu den insgesamt 412 deutschen katholischen Priestern, die in KZ-Haft dorthin deportiert wurden.

Mit der Ankunft des Maristenpaters Wolterkessen aus dem aufgehobenen Kloster Meppen in der Paulusgemeinde und dem Zwangsverkauf des Recklinghäuser Maristenhauses an die Stadt hatte der „Klostersturm“, dem in der ersten Jahreshälfte 1941 über 120 Ordenshäuser zum Opfer gefallen waren, auch Recklinghausen erreicht. Es war nicht nur dieser Gestapo-Terror, der Clemens August von Galen bewog, die mittlerweile zwischen den Bischöfen umstrittene Linie interner Protestbriefe an die Staatsführung zu verlassen und massiv an die Öffentlichkeit zu treten. Aus verschiedenen Anstalten und Gemeinden hatten sich Nachrichten von der Verlegung psychisch Kranker und ihrem „plötzlichen Tod“ zur Gewißheit eines planmäßigen „Euthanasieprogramms“ verdichtet. Auf dem Höhepunkt militärischer Siegesmeldung weiteten sich seine drei Predigten vom Juli/August 1941, von konkreten Einzelfällen wie dem des Religionslehrers Friedrichs ausgehend, zum Protest gegen die verletzte Rechtsordnung überhaupt:

„Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird . . .“

„Ich bin mir bewußt, daß ich als Bischof, als Verkünder und Verteidiger der von Gott gewollten Rechts- und Sittenordnung, die jedem einzelnen ursprüngliche Rechte und Freiheiten zuspricht, . . . berufen bin, . . . die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung Schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen . . .“

„Wenn man einmal den Grundsatz aufstellt und anwendet, daß man den ‚unproduktiven‘ Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden . . . Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volk, wenn das heilige Gottesgebot ‚Du sollst nicht töten‘, . . . das Gott, unser Schöpfer, von Anfang an in die Gewissen der Menschen geschrieben hat, nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und ungestraft ausgeübt wird . . .“

Was die Bedeutung dieser Predigten ausmachte, waren nicht nur Offenheit und Wortwahl oder ihre hunderttausendfache Verbreitung durch abgeworfene britische Flugblätter, sondern mehr noch die Resonanz in der Bevölkerung. Hatte Bischof Galen seit seinem erwähnten Osterhirtenbrief 1934 die Katholiken seines Bistums hinter sich scharen können, triumphale Empfänge wie in Recklinghausen 1934 waren deutliche Zeichen der Zustimmung zu seinem Kurs, so wurden die Texte nun massenhaft abgeschrieben und auch in protestantischen Kreisen, wie beim „evangelischen Prediger und der Gemeindeschwester“ (Pfarrchronik St. Paul), verbreitet. In St. Suitbert und St. Paul wurden Gemeindemitglieder verhaftet, die

als Angestellte des Kaufhauses Althoff ihr dortiges Büro zu Vervielfältigungszwecken genutzt hatten, in St. Peter kam es zu Verhaftungen des Präfekten der Männerkongregation (MC) und seiner Mithelfer. Die Verhöre der nach ein bis zwei Wochen mit Androhungen von KZ-Haft Entlassenen zeigten deutlich, daß man an Belastungsmaterial gegen Geistliche interessiert war, so gegen Kaplan Kösters, Präfekt des MC St. Peter und Präses der Kolpingsfamilie, deren Mitglieder hektographierte Blätter in Briefkästen gesteckt und per Post an die Front gesandt hatten. Erst am 13. 12. 1944 fand man wegen „zersetzender Äußerungen im Luftschutzkeller des Kolpinghauses“ einen Vorwand zu Kösters' Festnahme. Galet selbst, der vor den Predigten von seiner Festnahme ausgegangen war, hatte der Rückhalt in der Bevölkerung geschützt. Das Ersuchen Gauleiter Meyers, ihn öffentlich hinzurichten, war von Hitler und Goebbels mit dem taktischen Hinweis abgelehnt worden, es sei besser, nach dem Krieg „Rache kalt“ zu genießen, als im Krieg das „Münsterland abzuschreiben“.

Das scheinbare Zurückweichen hier – Beschlagnahmungsaktionen und Euthanasieprogramm wurden zunächst eingestellt – rächte die Gestapo, nachdem der Bischof selbst dem Zugriff vorerst entzogen war, mit der KZ-Haft von 37 seiner Priester.



Eva Pander (89), 1942 verschleppt aus dem Altenheim Grullbad, ermordet in Theresienstadt; ihr Koffer befindet sich in Auschwitz (Foto: Vestisches Museum).



Luise Löwenfels (27), verschleppt aus dem Kloster Lütterade, ermordet in Auschwitz 1942 (Foto: Eppmann).

Von öffentlichen Protesten gegen den sich verschärfenden Antisemitismus, die judenfeindliche Gesetzgebung und schließlich die Deportation aus Recklinghausen ist nichts bekannt. Dabei war das Verhältnis zwischen Katholiken und Juden in der Stadt wohl nicht anders als zwischen den beiden christlichen Konfessionen. Man war sich der Unterschiede bewußt, versuchte aber miteinander auszukommen. Jüdische Geschäftsinhaber bezogen Christen in ihre Wohltätigkeit ein: Das Textilkaufhaus Alsberg stattete jährlich Kinder des katholischen Waisenhauses aus, Aris stiftete Kommunion- und Konfirmationsbekleidung für Bedürftige und war mit Werbeanzeigen selbstverständlich auch in Festschriften der St.-Johannes-Gemeinde vertreten. Jüdische Kinder besuchten christliche Volksschulen und Kindergärten. Daran änderte die „Machtergreifung“ zunächst nicht viel, so daß der Propst 1934 die Hochzeit des Rabbiners besuchte. Symptomatisch für den Kampf der Nationalsozialisten gegen diese Einstellung der Recklinghäuser Bevölkerung sind die Auseinandersetzungen der NZ mit dem „*Judeneldorado RVZ*“ (3. 6. 1933). Die katholische Tageszeitung hatte damals einen im Zuge der Boykottaktion bei Althoff entlassenen jüdischen Mitarbeiter angestellt und veröffentlichte – allen Pressionen zum Trotz – mindestens bis 1935/36 auch weiterhin Privat- und Geschäftsanzeigen jüdischer Bürger. Auch einige Jahre später, anläßlich des Pogroms vom 9./10. November, hatte sich das NS-Blatt mit „*jenen Moralaposteln*“ auseinandersetzen, „*die glauben, ihre Mitleidsdrüsen in Tätigkeit setzen und ihr Sprüchlein vom armen verfolgten Juden hersagen zu müssen*“. Verantwortlich für diese Haltung war u. a., wie Ortsgruppenleiter Klein drei Wochen später beklagte, die

„Stellungnahme des Papstes zur Rassenfrage, die bei allen rassebewußten Völkern Enttäuschung und Empörung ausgelöst hat . . . Die gottgegebenen rassischen Wertunterschiede der Menschheit werden einfach geleugnet, der Arier wird mit dem Buschmann und dem Hottentotten auf eine Stufe gestellt“ (NZ, 2. 12. 1938).

So hatte es in der erwähnten Enzyklika 1937 geheißen:

„Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt und andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung . . . zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefehlende Ordnung der Dinge.“

Die Ablehnung des NS-Terros gegen ihre jüdischen Mitbürger beim katholischen Bevölkerungsteil war unübersehbar. Sie äußerte sich in privaten Hilfeaktionen einzelner Handwerker und Händler auch bei der Gettoisierung und Isolierung der Juden in fünf „Judenhäusern“ oder in der ohnmächtigen Hilflosigkeit, wie sie die Schwestern des Versorgungsheims Grullbad erlebten, als die letzten Juden der Stadt, Eva Pander (89 Jahre), Frau Sternberg (88) und Tochter (60) aus dem Altenheim deportiert wurden:

„Leider war uns verboten worden, die alten Frauen im Hause unterzubringen, und so bekamen sie ein Zimmer im Anbau. Die alten Mütterchen waren gerne hier, und wir waren froh, ihnen ihr schweres Los etwas zu erleichtern . . . Am 27. Juli wurden sie mit dem Krankenauto zum Bahnhof gebracht. Angeblich sollten sie mit einem Transport nach Theresienstadt geschickt werden. Ein herzzerreißender Anblick war es, als die 88jährigen Mütterchen mit einem Rucksack auf dem Rücken und einer Tasche in der Hand, in der sie ihre ganze Habe hatten, die Reise antraten. Es war ein furchtbarer Abschied, den wir nicht vergessen werden. Wir mußten zusehen, ohne helfen zu können“ (Chronik der Schwesterngemeinschaft 1942).

Öffentliche, demonstrative Solidarität haben die 215 ermordeten Juden der Stadt aber nicht erlebt, eine bedrückende Tatsache, über deren Hintergründe nachzudenken es eines eigenen Beitrages bedürfte.

Von einem Opfer des NS-Vernichtungssystems wurde nach dem Krieg bekannt, daß gerade ein öffentlicher Protest der Kirche und die Reaktion des NS-Apparates darauf den Weg in den Tod bedeutet hatten. Anders als die deutschen Bischöfe hatten ihre holländischen Amtsbrüder von den Kanzeln gegen die Deportationen Stellung bezogen, obwohl die Besatzungsmacht hier Repressalien angedroht hatte. Daraufhin waren auch alle katholischen Juden Hollands – die protestantischen Kirchen hatten wegen der Drohung geschwiegen – nach Auschwitz deportiert worden. Neben der bekannten Edith Stein befand sich auch die 27jährige Luise Löwenfels unter den Opfern, die 1935 als Kindermädchen der Familie Aron nach Recklinghausen gekommen war. Über das Paulusstift hatte sie Kontakt mit den Schwestern aufgenommen, war konvertiert und von einem Gemeindemitglied über die Grenze gebracht worden, wo sie als Sr. Aloysia ins Kloster Lütterade eingetreten war, aus dem sie am 12. 1. 1942 verschleppt wurde.

Bilanz

Als erste Gesamtdarstellung des Recklinghäuser Katholizismus 1933–1945 hat sich der Aufsatz auf einen Überblick über den Kirchenkampf beschränken müssen. Detailuntersuchungen müßten folgen, andere Problemstellungen ergänzt werden, die hier nur noch kurz angerissen werden konnten: Was das Regime als Widerstand gegen die Durchsetzung seines totalitären Anspruchs wertete und mit Repressionen und Terror ahndete, war aus kirchlicher Sicht nicht als solcher gedacht. Galens Worte bei der Großkundgebung auf dem Petruskirchplatz am 23. 9. 1934, „*Treu deutsch sind wir – wir sind auch treu katholisch*“, oder die DJK-Parole beim letzten Kreistreffen, „*Alles für Deutschland, Deutschland für Christus*“ (RVZ 16. 4. 1935), formulierten das Selbstverständnis als das „deutscher Katholiken“. Erst der organisatorische und weltanschauliche Gleichschaltungsdruck des Regimes, den der Katholizismus mit dem Versuch zur Verteidigung seines Freiraumes und also mit Nichtanpassung beantwortete, führte zu einer Konfrontation, die das System als Angriff, die Kirche aber als defensive Identitätsbewahrung verstand: „*Wir sind Amboß, nicht Hammer*“, hieß es in der Galenpredigt vom 3. 8. 1941, die mit dem Öffentlichkeitsgrad des Protests und der Einforderung universaler menschlicher Rechte allerdings eine neue Widerstandstufe erreichte. Trotzdem wurde gerade hier deutlich, daß eine aus der Feststellung kontinuierlicher Rechtsverletzungen zu folgernde prinzipielle Ablehnung des Regimes im Sinne einer Gehorsamsverweigerung nicht erfolgte. Die Teilnahme am politischen Umsturz blieb der Gewissensentscheidung einzelner ebenso überlassen wie die Kriegsdienstverweigerung. Die Gesamtkirche sah sich hier, gefangen in traditioneller Staatsrechtslehre und dem Nachweis patriotischer Gesinnung, nicht gefordert.

Das hinderte Zeitgenossen, sowohl Gläubige als auch Nationalsozialisten und später die Alliierten nicht daran, die Kirchen als die einzigen Großgruppen zu würdigen, bei denen der totalitäre Machtanspruch sich nicht hatte durchsetzen können. Andererseits mußte man auch in Recklinghäuser Pfarreien nach 1945 festhalten, daß auch Gemeindemitglieder, ja ehemals führende Verbandsmitglieder zu Parteifunktionären oder Denunzianten geworden waren. Der Großteil der bekenntnistreuen Gläubigen sah sich aber aus einer Lage befreit, in der

„das nationalsozialistische Gift wirkte und . . . nahe daran (war), mehr und mehr den katholischen Lebensnerv zu töten“.

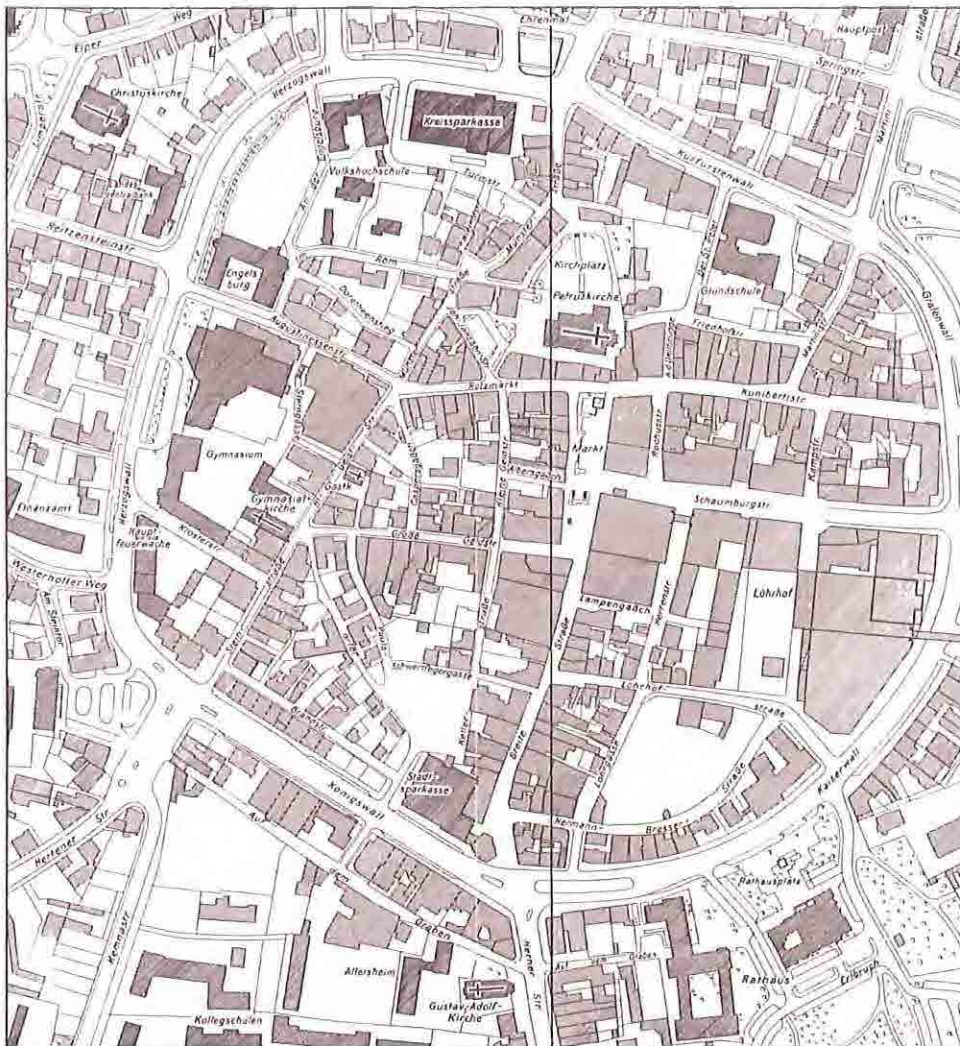
Als in der Pfarrchronik St. Paul im September 1945 diese Bilanz gezogen wurde, hatte mit der feierlichen Verbringung blumengeschmückter Kreuze in die wiedereröffneten Bekenntnisschulen der Versuch zu einem Neubeginn des öffentlichen Lebens im Geist des Christentums begonnen.

Literatur

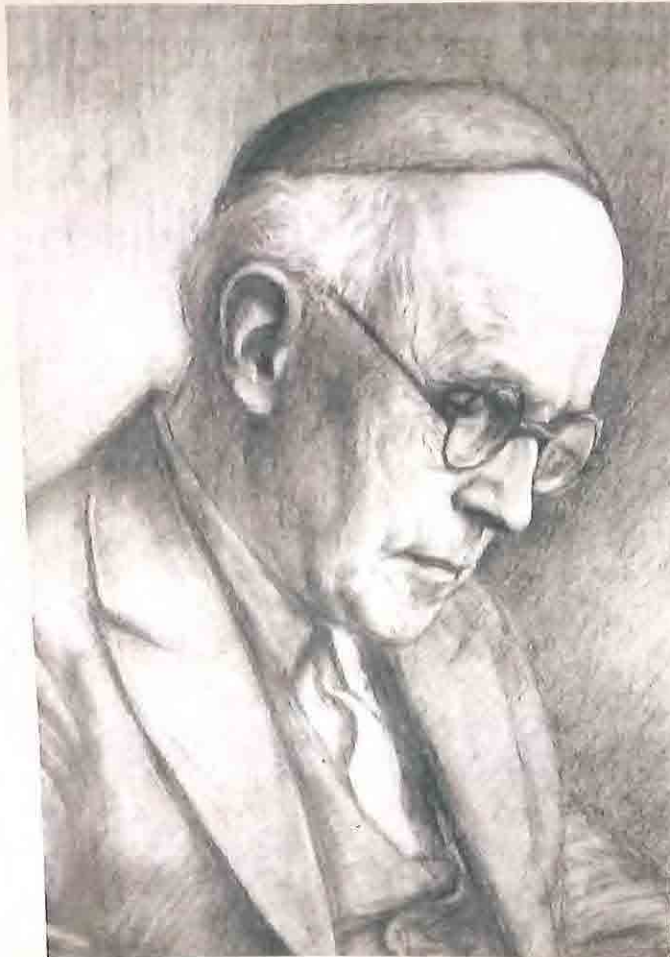
Manfred P. Becker, Fünfzig Jahre Kirchenpresse im Bistum. Als alten Akten des Druck- und Verlagshauses Bitter in Recklinghausen, in: kirche und leben, 1. 10. 1972; Wilhelm Damberg, Der Kampf um die Schulen in Westfalen 1933–1945, Mainz 1986; Klaus Gotto/Konrad Reppen (Hrsg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980; Ulrich von Hehl, Priester unter Hitlers Terror, Mainz 1984; Horst D. Mannel/Georg Möllers, 1933–1945. Die Nazizeit in Recklinghausen, in: Das Vestische Museum in Recklinghausen, hrsg. v. F. Ullrich, Recklinghausen, 1988, S. 251–263, 266–300; Georg Möllers, Die Entlassung Albin Ortmanns 1933; Dokumentation der Anwendung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am Beispiel eines Recklinghäuser Studienrats, in: Vestische Zeitschrift 86/87 (1987/1988), S. 307–328; Ders., 75 Jahre Gemeindeleben in St. Paul, in: 75 Jahre St. Paul Recklinghausen. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der katholischen Pfarrgemeinde, Recklinghausen 1981, S. 7–44; Ders., Vor 50 Jahren: Die Enzyklika „Mit brennender Sorge...“, in: RZ, 21./22. März 1987; Ders., Vom Petrinum ins Konzentrationslager. Das Schicksal des Oberprimaners Ludwig Grindel, in: Petrinum 21 (1989), S. 79–88; Ders., Pogrom unter den Augen der Polizei, in: RZ 9./10./11. November 1988; Georg Möllers/Horst D. Mannel, Zwischen Integration und Verfolgung. Die Juden in Recklinghausen. Dokumentenmappe zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets, hrsg. von H. Geck, Bd. 2, Recklinghausen 1988; Rudolf Morsey, Clemens August Kardinal von Galen, Düsseldorf 1987. Rudolf Padberg, Kirche und Nationalsozialismus am Beispiel Westfalens, Paderborn 1984.

Archive

Bistumsarchiv Münster. Pfarrchroniken und Pfarrarchive von St. Franziskus, St. Marien, St. Michael, St. Paul, St. Peter. Stadtarchiv Recklinghausen. Privataarchiv Bitter.



Karte der Altstadt, Stadtvermessungsamt 1983.



Zeichnung von Jan Vissen, Geldern (1950)

Albin Ortmann

Albin Ortmann, geboren am 7. Oktober 1880 in Küllstedt (Kreis Mühlhausen in Thüringen), wurde in einem belgischen Jesuitenkolleg erzogen und absolvierte 1908 seine Lehramtsprüfung. Nach zwei Vorbereitungsjahren, die er in Hagen, Arnsberg, Schwelm und Recklinghausen verbrachte, erhielt er am 1. Oktober 1910 an eine Festanstellung an der Hittorf-Oberrealschule (heute Gymnasium). Ab 1923 war er dort Studienrat und galt als in der Öffentlichkeit sehr engagierte Persönlichkeit. Er war Mitglied der Zentrumsparlei und gehörte dem Friedensbund deutscher Katholiken an.

Im Juni 1933 wurde Albin Ortmann vermutlich von eigenen Kollegen wegen seiner pazifistischen Haltung, der er auch im Unterricht Ausdruck verlieh, bei der NSDAP denunziert. Vor allem seine Position zu Völkerverständigung und Antimilitarismus stieß bei den Nationalsozialisten auf harte Reaktionen. Ortmanns unveränderliches Einstehen für seine Überzeugungen hatte im September 1933 seine Entlassung zur Folge. Die NSDAP berief sich dabei auf das kürzlich verabschiedete Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das der Gleichschaltung diene und das Entfernen von Beamten mit anderer politischer Gesinnung erleichterte.

Nach der Entlassung aus dem Schuldienst zog Albin Ortmann, Vater von vier Kindern, nach Godesberg, um der zweitältesten Tochter den Besuch der dortigen Gartenbauschule ermöglichen zu können. Eine weitere Tochter musste aufgrund der Ereignisse das Philosophiestudium abbrechen, der jüngsten Tochter wurde 1934 die Hochschulreife verweigert – mit der Begründung: „... weil Ortmann ein alter eingeschworener Zentrumsman[n] [ist], der sich der heutigen Zeit noch nicht anpassen kann.“ Erst nach sehr langer Zeit wagte man in Godesberg, Ortmann um Nachhilfestunden zu bitten, durch die er seine spärliche Rente aufbessern konnte.

1949 erlitt Albin Ortmann einen Schlaganfall, der eine linksseitige Lähmung zur Folge hatte. Er starb am 3. Juli 1960 in Godesberg.

„Retro-Station“. Institut für Stadtgeschichte

Die Entlassung Albin Ortmanns 1933

Dokumentation der Anwendung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am Beispiel eines Recklinghäuser Studienrates

Georg Möllers

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 gehört mit seinen Ausführungsbestimmungen in den Gesamtzusammenhang der nationalsozialistischen „Gleichschaltungswelle“ des Jahres 1933, die alle staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereiche zu erfassen suchte. Es bot die Handhabe zu Eingriffen in den Behördenapparat, der durch die Entlassung politisch mißliebiger Beamter, Angestellter und Arbeiter oder allein durch die von dieser gesetzlichen Möglichkeit ausgehenden latenten Drohung schnell für die Bedürfnisse des NS-Staates zur Verfügung stand. Neben „Beamten, die nicht arischer Abstammung sind“ – aufgrund der Intervention des Reichspräsidenten gab es 1933 noch Ausnahmeregelungen für „Frontkämpfer“ –, waren es naturgemäß vor allem die Anhänger des sogenannten „Systems“ (SPD, Zentrum, DDP), die sich der Repressionen ausgesetzt sahen.

Wenn dann unter den Lehrern der höheren Schulen, soweit bisher bekannt, nur eine Entlassung veranlaßt wurde¹, so erhält die Frage nach den Umständen dieses Vorgangs ihren besonderen Stellenwert. Ausgesprochen parteipolitisch hervorgetreten war Albin Ortmann, der Betroffene, nicht, im Gegensatz zu seinem Kollegen Dr. Hermann Bitter (DVP), dem Petriener Hugo Leichter (DNVP) und Wilhelm Deppe (Evang. Volksdienst) von der Aufbauschule, die dem Stadtrat angehörten.² Wenn diese drei „nationalen Parteien“ auch in Recklinghausen ein Bündnis mit der NSDAP eingegangen waren, so galt das so nicht für die Zentrumspartei, der Ortmann nahestand oder angehörte und die traditionell die stärkste Fraktion bildete, ehe sie bei den letzten Kommunalwahlen im März 1933 von der NSDAP überholt wurde. Ihr Vorsitzender war Studiendirektor Dr. Wilhelm Hülsen³, seit 1914 zunächst im Probejahr, dann nach dem Krieg ab 1919 Hilfslehrer und ab 1920 Oberlehrer am Recklinghäuser Gymnasium, ab 1931 dann auch Leiter des Petrinum. Als Dr. Hülsen, der 1931 als Nachfolger des aus Recklinghausen verzogenen Oberbürgermeisters Hamm in den Provinziallandtag⁴ eingezogen war und sich damit parteipolitisch so offenkundig exponiert hatte, dann erst mit Wirkung zum 21. Juni 1934 (!) beurlaubt wurde, „bedeutete es doch eine gewisse Überraschung“,

1 Vgl. Reinhard Dreischer, Zur Durchführung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 in Recklinghausen, in: Vestische Zeitschrift, Bd. 84/85 (1985/86), S. 445–452.

2 Vgl. Gert Dieter Dunke, Schul-Sachen. Interessantes und Amüsantes aus Recklinghäuser Schulchroniken, Recklinghausen 1984, S. 106–108.

3 Ebda., S. 107.

4 Verwaltungsbericht 1931/32, bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt Recklinghausen, StA, S. 28.

wie der stellvertretende Leiter, Dr. Kurt Gaertner, es 1939 in der Recklinghäuser Zeitung formulierte.⁵ Ein halbes Jahr später wurde er dann, zurückgestuft als Studienrat, an der Aufbauschule in Arnsberg eingestellt, nicht ohne daß dem dortigen Direktor mit den Personalblättern Dr. Hülsens auch der Hinweis aus Recklinghausen zuzuging: „Herr Direktor Hülsen ist noch nicht auf den Führer vereidigt.“⁶

Während Dr. Hülsen erst Mitte 1934 als Schulleiter gemäßregelt wurde, weil er offenbar für die schleppende Gleichschaltung der Schülerschaft des Petrinum verantwortlich gemacht wurde, hatte der Vorgang, der zur Entlassung Albin Ortmanns führte, bereits im Juni 1933, ein Jahr vorher also, begonnen. Wenn der Beschluß letztlich auch mit dem § 4 des Gesetzes begründet wurde, in dem es hieß:

„Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden“⁷,

so spielte die Mitgliedschaft in einer Partei nicht die entscheidende Rolle⁸, sondern ein als politisch gefährlich eingestuftes Engagement anderer Art, wie die nunmehr aufgefundenen Dokumente nachweisen:

5 Kurt Gaertner, Festtage für unser altes Gymnasium. Sonderabdruck aus der Recklinghäuser Zeitung, 18./19. März 1939. In der entsprechenden Passage heißt es: „... Mehrere Lehrkräfte suchten und fanden schon bei der Gründung des NSLB (Nationalsozialistischer Lehrerbund – Anm. d. Verf.) Anschluß an die Bewegung, andere folgten zögernder; aber der Geist des Nationalsozialismus marschierte. Direktor Dr. Hülsen trug ihm Rechnung, indem er bei den angeordneten Schulfeiern mit der gleichen Korrektheit verfuhr, wie er sie bei allen Dienstobliegenheiten beobachtet hatte . . . so daß nach außen hin der Eindruck entstehen konnte, als sei die Ausrichtung des Gymnasiums im Geiste des Nationalsozialismus bereits eine vollzogene Tatsache. Je dennoch, die totale Durchdringung blieb aus; der Anschluß an die Hitler-Jugend war nicht nur beschämend gering, sondern wurde von mancher Seite sogar bekämpft. Trotzdem bedeutete es eine gewisse (!) Überraschung, als durch Verfügung des Reichsministers vom 21. Juni 1934 Studiendirektor Dr. Hülsen mit sofortiger Wirkung von der Leitung der Anstalt beurlaubt . . . wurde.“

Gekürzt und leicht modifiziert geht die Passage 16 Jahre später noch einmal in Druck: Dr. K. Gaertner, Die Zeit von 1930 bis 1945, in: 125 Jahre Gymnasium Petrinum Recklinghausen, Recklinghausen 1955, S. 7–10. Dort heißt es nunmehr: „Auch die Wochen nach dem 30. Januar 1933 vergingen noch ohne wesentliche Reaktionen seitens der Lehrer- und Schülerschaft, zumal Direktor Dr. Hülsen unter Wahrung der Amtswürde allen Verfügungen der vorgesetzten Behörde mit der gleichen Korrektheit Rechnung trug; die er stets bei Dienstobliegenheiten beachtet hatte. Es bedeutete deshalb eine *unverständliche (!)* Überraschung (Hervorhebung durch d. Verf.), als . . .“

6 Der kommissarische Direktor des Petrinum an den Direktor der Aufbauschule in Arnsberg, 14. Dezember 1934, Schularchiv Petrinum.

7 Stadtarchiv Recklinghausen (StA), Repositor III, Aktennummer 1384.

8 Die von Reinhard Dreischer, a. a. O., S. 450 gemachte Angabe „(§ 4 BBG, SPD-Mitgliedschaft)“ beruht auf einer Annahme, die durch den Quellenhinweis (ebda., Anm. 12) nicht gedeckt wird. Denn unter Städtische Hittorf-Oberrealschule zu Recklinghausen, Bericht über das Schuljahr 1933, StA, J 130, findet sich nur der Satz: „Im Herbst wird entlassen (§ 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) Herr Studienrat Ortmann.“ Ähnlich lapidar übrigens eine Notiz, die das Ausscheiden aus dem Schuldienst mit Wirkung vom 1. Januar 1934 ganz ohne Angabe von Gründen vermerkt, in: Verwaltungsbericht 1933/34, bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt Recklinghausen, StA, S. 66

Am 1. Juni 1933 erhielt Oberstudiendirektor Paul Junius, seit 1923 Leiter der Oberrealschule, ein „streng vertrauliches“ Schreiben des Staatlichen Untersuchungsausschusses beim Oberpräsidenten, in dem es um den damals 53jährigen Studienrat Ortmann ging, der nach der Lehramtsprüfung 1908 und Vorbereitungsjahren in Hagen, Arnsberg, Schwelm und Recklinghausen seit dem 1. Oktober 1910 eine feste Anstellung an der Recklinghäuser Oberrealschule erhalten hatte, seit 1. Oktober 1923 als Studienrat⁹:

Dokument I¹⁰

Staatlicher Untersuchungsausschuß
beim Oberpräsidenten der
Provinz Westfalen
Abt. für höheres Schulwesen
Nr. 0 1

Münster, den 1. Juni 1933,
Schloßplatz 7

Herrn Oberstudiendirektor Junius
Recklinghausen

streng vertraulich!

Gegen den Studienrat Ortmann sind schwerwiegende Anklagen erhoben von der Kreisleitung der NSDAP und dem NSLB Recklinghausen. Wir bitten Sie um Beantwortung der folgenden Fragen und um Ihre Beurteilung Ortmanns.

1. Stimmt es, daß Ortmann in einer Unterrichtsstunde im Jahre 1927 die Militärdienstpflicht und den Kriegsdienst in gemeiner Weise heruntergezogen und die Offiziere und die Industriellen in übelster Art beleidigt hat; daß er das französische Volk als friedliebend in Schutz genommen und das Verhalten der deutschen Soldaten in Belgien verurteilt hat?
2. Ist O. als Pazifist bekannt und hat er sich noch kurz vor der Machtübernahme der nationalen Regierung in unverantwortlicher Weise als Pazifist im Schulunterricht, bei *Diktaten* usw. gezeigt?
3. Haben sich Schüler häufig über O. beschwert und durch ihre Beschwerden Schaden erlitten? War das auf die politische Gesinnung der Schule zurückzuführen?
4. Ist Ihnen bekannt, daß O. Vorsitzender der Friedensliga in Recklinghausen ist und als solcher zersetzend auf die Schüler wirkt?

⁹ Daten nach: acta personalia, betreffend Oberlehrer Ortmann, hier: Personalblatt A für Direktoren, Wissenschaftliche Lehrer und Kandidaten des höheren Lehramtes, Archiv Hittorf-Gymnasium.

¹⁰ Ebda. Das zweiseitige Originalschreiben liegt handschriftlich vor. Der Name des Unterzeichners wurde vom Verfasser gekürzt.

5. Stimmt es, daß O. 1927 gelegentlich einer Goethefeier Goethe *absichtlich* als Kosmopolit hingestellt hat, der sich ausdrücklich gegen jeden Nationalismus ausgesprochen habe.
6. Hat O. die nationale Bewegung oder die Regierung der nationalen Erhebung bekämpft?
7. Sind Sie der Meinung, daß O. nach seiner bisherigen politischen Stellungnahme die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten wird oder halten Sie ihn für politisch unzuverlässig?
8. Sind Ihnen besondere für die politische Haltung oder den Charakter des O. bezeichnende Fälle bekannt?

Wir wären Ihnen für möglichst *baldige* Beantwortung unseres Schreibens dankbar.

Heil Hitler!

i. A. (B.) Studienrat

Schon dieses erste bekannte Schreiben offenbart ein wesentliches Charakteristikum des Verfahrens gegen den Beschuldigten, das sich auch im weiteren Verlauf noch als existenzgefährdend erweisen sollte: Die Urheber saßen in Recklinghausen; direkt benannt werden hier Partei und Lehrerbund, doch legen einige Detailfragen (1, 2, 5) schon hier den Verdacht der Denunziationen aus der Schule heraus nahe. Ehe auf die – hier noch in Frageform gekleideten – Vorwürfe inhaltlich einzugehen ist, sei zunächst die Antwort dokumentiert, die der Adressat des Fragebogens zu geben versuchte; sie liegt als handschriftlicher Entwurf vor:

Dokument II ¹¹

Staatlicher Untersuchungsausschuß beim Oberpräsidenten der Provinz Westfalen
Abt. für höheres Schulwesen. Münster

Zum Schreiben Nr. 01 vom 1. Juni 1933

10 Anlagen

Zur ersten Frage scheint es mir das Einfachste und Förderlichste in der Anlage (10 Stücke) die Verhandlungen über die Unterrichtsstunde im Jahre 1927 einzuschicken.¹² Meine Stellung zu dem Vorfall läßt vielleicht am besten die Abschrift meines Schreibens an Herrn Bergrat W.¹³ erkennen (vgl. Anlage 1).

11 Ebda. Der handschriftliche Briefentwurf ist nicht immer gut lesbar; z. T. wurde er korrigiert. Unklare Lesarten sind durch eckige Klammern gekennzeichnet. Die erwähnten Anlagen waren weder in der Schule noch im NRW-Staatsarchiv Münster auffindbar.

12 Dazu könnte Ortmanns Stellungnahme gehört haben (Dokument III).

13 Aus Gründen des Datenschutzes vom Verfasser gekürzt. Die Namen W. in Nr. 1 und 3 sind nicht identisch.

Zu 2.) Ohne Zweifel wird H. Ortm. zugeben, sich als Pazifist bekannt („betätigt“ am Briefrand d. Vf.) zu haben. Er wird wohl Mitglied eines Bundes katholischer Pazifisten gewesen sein. Für seine Stellung wird er den bekannten Paragraphen der Weimarer Verfassung anführen.¹⁴ In Reinalkten nichts gefunden.¹⁵ Heute einen Satz im Schulausschuß vorgelesen.¹⁶ Diktat in Kladde oder mitgeschriebene [ung]. Ich erklärte, daß mir darin eine Verächtlichmachung des Drückebergers zu liegen scheine. [Strafe] gestellt. Zusam[menhang] wesentlich! Ich erinnere mich, in Diktaten, die H. O. während der Besetzung Recklinghausens durch die Franzosen den Schülern gegeben hatte, ganz boshafte ironisierende Sätze über französ. Militär gelesen zu haben. So [ei]gen, daß sich nicht verkneifen kann.¹⁷

Zu 3.) Bei mir ist leider nur eine Beschwerde der Schüler über Studienrat O. eingelaufen. Wohl habe ich auf Umwegen gehört, daß Eltern Anstoß an Äußerungen auch *außerhalb der Schule* erfolgten etwa über den ehemaligen Reserveoffizier, das Kriegsvereinswesen, die Hohenzollern genommen hatten. Es blieb dann nur übrig (es wird zweimal geschehen sein) in der Lehrerkonferenz auf den Erlaß hinzuweisen, bzw. ihn zu verlesen, der uns Lehrern Rücksicht und Schonung der Gefühle anderer und Zurückhaltung bei öffentlichen Äußerungen zur Pflicht macht. Klagen über ungerechte Behandlung, die mit der politischen Gesinnung der Schüler zusammenhängen könnten, sind nie erfolgt, demnach auch keine Strafen. Auch im Fall W. (vgl. zu 1.), der aber nicht hierhin gehört, ist eine Rüge nur erfolgt, weil der Schüler hinterrücks vorgegangen war. Sein Abgang von der Schule ist trotz Abratens des Klassenleiters (OSt. Rat Schürholz)¹⁸ erfolgt.

Zu 4.) (vgl. 2.) Eine zersetzende Wirkung ist durch pazifistische Einstellung des Lehrers sicher nicht erfolgt. Vielmehr wird vom ganzen Kollegium der Ansicht zugestimmt, der ich in Konferenzen Ausdruck gegeben habe, daß in den Klassen, in denen zufällig Lehrer unterrichteten, die einer republikanischen

14 Gemeint ist wohl Art. 148 Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, in dem es heißt: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.“ (Zitiert nach: Deutsche Verfassungen, hrsg. v. Rudolf Schuster, München 1978, S. 125). In den Heidelberger Richtlinien des Friedensbundes deutscher Katholiken wurde die Verwirklichung dieses Verfassungsgebotes ausdrücklich angemahnt (Nach Dieter Riesenberger, Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen 1985, S. 166.).

15 Gemeint sind Schülerhefte, in denen Hausaufgaben und Klassenarbeiten in „Reinschrift“ eingetragen wurden. Es scheint also, daß Direktor Junius diese Hefte kontrolliert hat.

16 Die angesprochene Sitzung konnte bisher nicht weiter dokumentiert werden.

17 Gemeint ist wohl die „eigene Art“ Ortmanns, zu der die Gabe der Ironie gehörte.

18 Der Physiker Professor Paul Schürholz (1908–1947) gehörte zu den profiliertesten Persönlichkeiten der Schule.

Gesinnung Ausdruck gaben¹⁹, gerade die stärksten nationalistischen Strömungen auftraten, eine etwa beabsichtigte Beeinflussung also in das Gegenteil umschlug. (z.B. gelegentlich einer vom Ministerium angeordneten Revision der Anstalt wegen einer sozialdemokratischen Beschwerde über Heil-Hitler-Rufe von Schülern beim Maizug 1931).

Zu 5.) Die fragliche Goethefeier wird März 1932 stattgefunden haben.

Zu 6.) Seitdem die Regierung der nationalen Bewegung am Ruder ist, hat sich H. Studienrat O. sicher jeder Bekämpfung enthalten.

Zu 7.) Er wird jetzt äußerste Zurückhaltung üben.

Zu 8.) (vgl. 3) Eine führende Rolle spielt Studienrat Ortmann in allen karitativen Veranstaltungen der katholischen Kirche. Das ist ihm wirklich Herzenssache, wie er auch durch Hilfe für ev. Schüler gezeigt hat. Und nun ist es kennzeichnend für seine verquere Eichsfelder Art (sagt man hier in Recklinghausen)²⁰, daß er trotzdem mit den kirchlichen, städtischen Leitungen immer wieder Konflikte hat. Es ist seine eigenmächtige, eigensinnige Haltung, durch die er immer wieder anstieß. Von allem ist seit einiger Zeit nichts mehr zu merken. Derselbe Vater in 2) erzählte, [. . .]

Über den V. D. A. berichtet H. StR Dr. Keller.²¹

19 Davon gab es an der Hittorf-Oberrealschule wohl einige: „Hätte es an deutschen Schulen und Universitäten in den kritischen Jahren mehr humanistische Pädagogen vom Schlage eines Franz Nauen, eines Karl Roters, eines Xaver Verron, eines Albin Ortmann und anderer aus dem Kreise meiner Lehrer gegeben, dann hätte das einen Anstoß zur kritischen Wachsamkeit und zum Widerstand . . . bilden können.“ (Heinrich Schirmbeck, Franz Nauen und meine Lehrer an der Hittorf-Oberrealschule 1925–1934, in: Hittorf-Gymnasium Recklinghausen 1904–1979. Festschrift zum 75jährigen Bestehen, Recklinghausen 1979, S. 147–171, S. 163.

20 Albin Ortmann war am 7. Oktober 1880 in Küllstedt, Kreis Mühlhausen/Thüringen, geboren. Er stammte damit aus dem Eichsfeld, einer Landschaft, die sich durch die Zugehörigkeit zum Erzbistum Mainz zur katholischen Enklave im mitteldeutschen Raum entwickelt hatte. Wegen ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit hat sie jahrhundertlang ihre Bewohner zur Auswanderung gezwungen.

Dr. Heinrich Große-Boes, Geistlicher, Kollege und Freund Ortmanns, charakterisierte ihn so: „Eichsfelder von Geburt, vereinigte er ein cholerasches Temperament mit tiefverwurzelter religiöser Überzeugung und unnachgiebige Dickköpfigkeit mit seltenem Feingefühl für das Echte in Wort, Schrift, Bild und jeglicher Ausdruckskunst.“ (Nach: Heinrich Wimmershoff, Von der Realschule zum Hittorf-Gymnasium, in: Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Städtischen Hittorf-Gymnasiums Recklinghausen, Recklinghausen 1954, S. 9–38, S. 22.)

Als weiterer Vertreter dieser „Eichsfelder Art“ galt Studienrat Linge, der am Gymnasium Petrinum zu den unangepaßten Mitgliedern des Kollegiums gehörte und deshalb in Konflikt mit dem systemkonformen Nachfolger Dr. Hülsens, Wenner, geriet. Der Zweifel an der rechten „inneren Gesinnung“ verschärfte sich angesichts des Verhaltens Linges gegenüber dem letzten jüdischen Schüler des Petrinum 1938. Vgl. dazu: Heribert Seifert, „Schwierigkeiten mit dem jüdischen Schüler Feuerstein, in: Petrinum 20 (1988), S. 75–79.

21 Gemeint ist der „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“. Dr. Alfred Keller war seit 1919 an der Schule; er fiel 1943.

Zu 5.) Ich glaube mich zu entsinnen, daß Herr Studienrat Ortmann seinem Bedauern Ausdruck gegeben hat, das er als überzeugter Christ darüber empfindet, daß Goethe dem kirchlichen Christentum fern gestanden hat. Um nun seinen Helden nicht überall tadeln zu müssen, wird er dessen Stellung zu Napoleon in den Freiheitskämpfen, die ja wirklich nicht einfach und einwandfrei ist, verständlich haben machen wollen. Durch Hervorhebung der übernationalen, der damaligen Kleinstaatsmisere in Deutschland entspringenden, das rein Menschliche gegenüber staatlicher Gebundenheit betonenden Haltung und darin Ausgleich und Befriedigung suchenden Haltung Goethes.²²

Zweifelsohne gehörte Direktor Junius nicht zu denjenigen, die Ortmann aus dem Dienst entfernen wollten. So versuchte er im Antwortbrief die Einflußmöglichkeiten republikanisch gesinnter Lehrer zu relativieren (Nr. 4), Ortmanns Haltung zu erklären (Nr. 5), seinen Patriotismus während der französischen Besatzungszeit (Nr. 2) nachzuweisen und ihn von dem Verdacht zu befreien, „nationaldenkende“ Schüler möglicherweise benachteiligt zu haben (Nr. 3), und attestiert ihm endlich, „sich jeder Bekämpfung“ der „nationalen Bewegung“ zu enthalten, „seitdem die Regierung . . . am Ruder ist“ (Nr. 6), ja, er verspricht der Behörde sogar Ortmanns „äußerste Zurückhaltung“ (Nr. 7). Nichtsdestotrotz muß er, müsse Ortmann „zugeben, sich als Pazifist . . . betätigt zu haben“ (Nr. 2), dessen „Äußerungen auch außerhalb der Schule“ (Nr. 3) Anstoß erregt hätten.

Studienrat Ortmann, so wird deutlich, wurde seiner Gesinnung wegen denunziert, einer Gesinnung wegen, die er mit „unbekümmerter Entschiedenheit“²³ in der Recklinghäuser Öffentlichkeit jahrelang vertreten hatte.

An die Öffentlichkeit getreten war er dabei vor allem mit seinen kulturellen und kirchlichen Aktivitäten. So gründete er 1926 einen 40–45 Sänger umfassenden Kirchenchor an der Schule, der nicht nur die Sonntagsgottesdienste um 10 Uhr in der Gymnasialkirche, der Kirche für die höheren Schulen, gestaltete, sondern auch sonst in Recklinghausen und auswärts Konzerte bestritt. Intensiv widmete er sich der Bildung von Sprechchören, die bei Schulveranstaltungen im Saalbau auftraten, gestaltete Schulfeste und trat publizistisch vor allem auch als „gefürchteter und geschätzter Zeitungskritiker“²⁴ von Theater- und Musikaufführungen oder als Schiedsrichter bei Gesangswettstreiten hervor. Darüber hinaus geben zahlreiche Veröffentlichungen Zeugnis von seinen heimat- und kirchenhistorischen For-

22 Heinrich Große-Boes erinnert sich an die „inhaltlich wie formell ganz ausgezeichnete Festrede“ bei der Goethe- und der Beethovenfeier. A. a. O., S. 23. Auf diese „tiefgründige Festrede“ verweist auch sein langjähriger Kollege Dr. Hermann Bitter, In memoriam. Studienrat Albin Ortmann, in: Das Türmchen. Mitteilungsblatt der Vereinigung ehemaliger Schüler des Hittorf-Gymnasiums, 15 (1961), S. 43.

23 Hermann Bitter, a. a. O., S. 44.

24 Heinrich Große-Boes, a. a. O., S. 22, vgl. auch Hermann Bitter, a. a. O.

schungsinteressen.²⁵ Wenn dabei die Beschäftigung mit dem karitativen Grundzug des Christentums einen Schwerpunkt einnahm, so war das keine wissenschaftlich notwendige Schwerpunktsetzung, sondern die notwendige Folge seines eigenen Engagements in diesem Bereich. Direktor Junius traf also den Kern der Persönlichkeit Ortmanns, wenn er dies als dessen „Herzessache“ (Nr. 8) charakterisierte. Ortmann gehörte dem Kuratorium der 1919 in der Nachkriegsnot gegründeten „Familienpflege vom III. Orden des hl. Franziskus“ ebenso an wie dem Vinzenzverein, einer katholischen Laienvereinigung, die sich in Fortführung der vorbildlichen Arbeit des hl. Vinzenz von Paul (1581–1660) ab 1833 zuerst in Frankreich, dann auch in anderen Ländern ausgebreitet hatte. In Recklinghausen waren Vinzenz- und Elisabethvereine die wesentlichen Träger der pfarrlich organisierten Sozial- und Krankenhilfe und im Juni 1916 die Begründer des Caritasverbandes.

Pierre Costes dreibändiges Werk „Le grand Saint du grand siecle Monsieur Vincent“ im Bücherschrank Ortmanns weist zugleich auf seine Verbundenheit mit der französischen Kultur hin. Sie hatte während seiner Schulzeit begonnen, als er zwischen dem 12. und 17. Lebensjahr auf Empfehlung seines Eichsfelder Pfarrers auf ein belgisches Jesuitenkolleg gegangen war²⁶, ehe er 1902 am Gymnasium Paulinum in Münster das Abitur als Externer gemacht hatte. Die Zeit in Belgien, das Zusammenleben mit Flamen und Wallonen hatten ihn die Beschränktheit nationalistischen Denkens überwinden und den nationalistischen Militarismus als Hauptgegner einer Völkerverständigung erkennen lassen. So war Albin Ortmann dem 1918/19 von Dr. Max Josef Metzger, Matthias Erzberger, dem Dominikaner Franziskus Stratmann u. a. gegründeten Friedensbund deutscher Katholiken (FDK) beigetreten²⁷, der sich nach der Deutschen Friedensgesellschaft zum zweitgrößten Verband der 30 pazifistischen Organisationen der Weimarer Republik entwickelte. Von 4011 Mitgliedern (1927) stieg die Zahl auf 9000 Mitglieder in 104 Ortsverbänden (1930), ehe sie wieder auf 6000 in 92 Gruppen (1933) zurückging. Dazu kamen 31 000 korporative Mitglieder (1930).²⁸ Personelle Verknüpfungen dieser, innerhalb des Verbandskatholizismus der Weimarer Republik eher kleinen, Organisation gab es vor allem zu den Jugendverbänden, darunter auch zur Windthorstjugend, dem Jugendverband des Zentrums. Auch die Zahl der etwa 300 Geistlichen unter den Mitgliedern darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Friedensbund nicht die Massenbasis des politischen Katholizismus repräsentierte, wie ja auch die insgesamt 40 000 Mitglieder pazifistischer Organisationen in der Masse anderer, darunter

25 Vgl. Albin Ortmann, Nächstenliebe vor 100 Jahren, in: Recklinghäuser Volks-Zeitung 9. 12. 1919, ders., Zur Geschichte des Kirchen- und Armenwesens in Recklinghausen, in: Alt-Recklinghausen 1 (1920), S. 57 ff.; ders., Ein Jahrhundert katholischer Wohlfahrts-pflege, in: Festschrift zum 50jährigen Priesterjubiläum Bernhard Hauschops, Recklinghausen 1920, S. 44–51; ders., Zur Innenausstattung der Petruskirche zu Recklinghausen, in: Alt-Recklinghausen 2 (1921), S. 38–41; ders., Kaplan Kemnas Chronik des Prosper-Hospitals, in: Alt-Recklinghausen 3 (1922), S. 24–32, 34–40; ders., Das Gasthaus zu Recklinghausen, in: Alt-Recklinghausen 4 (1923), S. 49–52, 65–67, 81–84.

26 Lt. freundlicher Mitteilung von Dr. Burkhard Ortmann, seinem Sohn.

27 Zu Ortmanns Mitgliedschaft vgl. Heinrich Große-Boes, a. a. O.

28 Vgl. dazu Konrad Breitenborn, Der Friedensbund deutscher Katholiken, Berlin (Ost) 1979, S. 65 ff.

offen militaristischer Großverbände unterzugehen drohten. Dazu kam die Spaltung der pazifistischen Bewegung, die 1929 zum Auseinanderbrechen des Friedenskartells führte, das auch der FDK nach der Friedensgesellschaft und der Liga für Menschenrechte verließ. Während die radikale, „antimilitaristische“ Richtung des deutschen Pazifismus jeden Krieg ablehnte und Kriegsdienstverweigerung propagierte, wurde der FDK eher der „gemäßigten, völkerrechtlich orientierten Richtung“ zugerechnet.²⁹ So forderten die Hildesheimer Richtlinien (1924) den Verzicht auf Revanche zugunsten einer Friedenspolitik, den Eintritt in den Völkerbund und eine Erziehung im Sinne der Völkerverständigung. Die allgemeine Wehrpflicht wurde abgelehnt, da man zwar von der Möglichkeit gerechter Kriege ausging, ihre ethische Voraussetzung unter den derzeitigen technischen und kulturellen Verhältnissen aber als nicht gegeben betrachtete.

Von den Nationalsozialisten als „politisches Werkzeug des französischen Militarismus, des jüdischen Finanzimperialismus und der Züchtung der feigen Gesinnung“³⁰ diffamiert, hatte der Pazifismus nach dem verlorenen Krieg und den allgemein als „Schanddiktat“ apostrophierten Versailler Friedensbedingungen kaum eine Chance; selbst aus dem republikanischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurden führende Vertreter der Friedensbewegung 1926–28, also noch vor den großen Wahlerfolgen der NSDAP, herausgedrängt.

In diesem Zusammenhang ist der Vorgang des Jahres 1927 zu sehen, der bei der Entlassung Ortmanns 1933 offenbar erneut eine Rolle spielte. Ausgelöst wurde er wohl schon damals durch die Anzeige eines Schülers, zu der Studienrat Ortmann Stellung nahm:

Dokument III³¹

Bericht über die Vertretungsstunde in der Unterprima vom 13. 1. 1927.

Ich habe in friedlich-kameradschaftlicher Aussprache, an der sich die ganze Klasse in Rede und Gegenrede beteiligte, die Ideen des gerade in den Tagen gespielten Dramas „Das Grabmal des unbekanntes Soldaten“ behandelt. Der von mir geschilderte Eindruck auf das Publikum brachte sofort Einwände seitens der Klasse. Ich machte aus meiner persönlichen Überzeugung durchaus keinen Hehl, die Schüler nicht aus der ihrigen. Da ich die Ideen des Stückes vertrat, meldeten sich hauptsächlich Gegner zu Wort, am meisten der Schüler W., der seine Meinung zwar recht konfus, aber sehr frisch vertrat.

Es wurde der Krieg als Irrsinn bezeichnet, der Militarismus als Kulturverneinung abgelehnt, das Menschenverbindende als notwendig herausgestellt. Die Frage aus der Klasse, wem der Krieg genutzt habe, wurde eingehend behandelt.

29 Dieter Riesenberger, a. a. O., S. 148 ff. und S. 165 ff.

30 Alfred Rosenberg, Was ist Pazifismus?, in: Völkischer Beobachter, 4. April 1928, wiederabgedruckt in: ders., Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921–1932, hrsg. v. Thilo von Trotha, München 1938, S. 619–623, S. 622.

31 Privatbesitz Dr. Burkhard Ortmann. Maschinenschriftlich.

Vor allem galt es, den Begriff „Vaterland“ klarzustellen, sowie Heimat, Besitz, Volksgemeinschaft und Gesellschaft. Es wurde von mir festgestellt, daß der Krieg weder in Frankreich noch in Deutschland dem Volke als solchem zugute gekommen sei bzw. wäre. Einzig das Großkapital, das sein Vaterland überall habe, hätte wirklich Nutzen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit gezogen. Man habe sich aufgeregt über den Millionenbesitz der Fürsten und mit dem Schlagwort „Fürstenenteignung“ die sozialistischen Massen düpiert³², aber das „arbeitslose Einkommen“ von weit höheren Summen der Aufsichtsräte verschwiegen. Die „Millionen des Fürsten“ seien sehr oft als Kulturgüter (Kunstinstitutionen, Wohlfahrtspflege usw.) in beträchtlichem Maße dem Volk wieder zugeflossen. Die Herren des Großkapitals hätten ähnliches kaum aufzuweisen.

Das Menschenunwürdige gewisser militaristischer Praktiken in Frankreich und im Vorkriegs-Deutschland, die vielfach einer Mißhandlung und einer Mißachtung des Menschen gleichkämen und eine friedliche kulturelle Entwicklung der Völker geradezu verhinderten, aber auch das Entseelende dieser ganzen Denkweise wurde eingehend erörtert. Schwierig war es, den Jungen den Begriff „Militarismus“ verständlich zu machen, da sie den Geist einer auf Verteidigung ausgerichteten Wehrmacht diesem gleichsetzten. Ein sich als Selbstzweck betrachtendes Militär, wie z. B. auch das französische, sei nicht ohne weiteres mit der Bevölkerung eines Landes zu verwechseln. Ich wies darauf hin, daß nach dem Krieg im Jahre 1919 ein Ausschuß französischer Menschenfreunde trotz stärkster Anfeindung und Verunglimpfung eine Sammlung für deutsche Kinder veranstaltet hätten. Ein Einwurf, der diese Handlung herabsetzen wollte, wurde entkräftet. Das hochstehende Christentum dieser Menschen sei gar nicht in Zweifel zu ziehen. Der Einwurf „Landau“³³ bot Gelegenheit, das oben Gesagte noch genauer darzulegen. Für den Militarist ist das Militär im Volk eine Klasse für sich und denke anders als andere Menschen. Schon im Frieden sei es kriegerisch eingestellt. Landau müsse als „Kriegsprodukt“ angesehen werden.

32 Gemeint sind das von SPD und KPD im Jahre 1926 betriebene Volksbegehren und der anschließende Volksentscheid, mit dem die entschädigungslose Enteignung des 1918/19 beschlagnahmten Vermögens der ehemals regierenden Fürstenhäuser der deutschen Länder angestrebt worden war. Es war zwar gescheitert, doch hatte der Antrag bei beiden Abstimmungen mehr Stimmen erhalten, als beide Parteien bei den Reichstagswahlen 1924.

33 Landau. Das Stichwort „Landau“ ist offensichtlich den Zeitgenossen 1927 so geläufig, daß eine Erläuterung überflüssig erscheint. Der Zusammenhang läßt auf Übergriffe französischer Militärs in den besetzten Rheinlanden schließen. Tatsächlich hatte der „Fall Rouzier“ Ende 1926 die deutsche Öffentlichkeit erregt. Der französische Unterleutnant hatte in der Nacht vom 26./27. 9. 1926 in Landau/Pfalz fünf junge deutsche Zivilisten mit einer Reitpeitsche und einer Pistole z. T. schwer verletzt und einen Arbeiter erschossen. Am 21. 12. 1926 hatte das französische Kriegsgericht in Landau Rouzier freigesprochen; die Zivilisten, darunter einen durch Rouzier schwer verwundeten, dagegen zu Gefängnisstrafen verurteilt (vgl. dazu: Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918-1930, hrsg. v. Bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1930, S. 308-314). Auch in der Recklinghäuser Ortspresse fand u. a. der Prozeß große Aufmerksamkeit. Am 22. 12. 1926 beherrschten die Aufmacher „Französisches Schandurteil...“ (RZ) und „Ein Hohnschrei aus Landau“ (RVZ) die Titelseiten.

Unsere Kriegsgerichte in Belgien hätten sich der Bevölkerung gegenüber in einer ganz ähnlichen Lage befunden. Den psychologischen Hintergrund der Offiziersmentalität in solchen Fällen zu erläutern, ließ der Schluß der Stunde leider nicht mehr zu.

Die von dem Schüler W. gegebene Formulierung einiger aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze muß ich entschieden zurückweisen. Er hat ganz offensichtlich Zusammenhänge nicht erfaßt und nichtgesagtes behauptet. Ausdrücke wie „Generäle, diese Schafsköpfe“, „Stinkluder von Direktoren“ sind nicht gefallen. Den „stinkfaulen Aufsichtsrat“ will ich als möglich unterstellen, der Ton einer ungezwungenen Unterhaltung macht hier die Musik. Ich liebe eine bilderreiche Sprache und konkrete Vergleiche, aber ich werde doch nicht gemein. Schon die elementarste Selbstachtung verbietet mir einen solchen Jargon.

Sowohl mir selbst, wie auch den Schülern, war die Stunde eine Erfrischung.

Die Darstellung Ortmanns wirft ein bezeichnendes Licht auf seine schwierigen Versuche, den Gedanken der Völkerverständigung und des Antimilitarismus Schülern nahezubringen. Für den kulturell sensiblen Mann ist es charakteristisch, bei einem Theaterstück anzusetzen, ein zudem naheliegender Versuch bei einem Deutsch- und Französischlehrer. Das 1924 in Paris uraufgeführte Stück wurde 1926 erstmals in Berlin gespielt. Paul Raynal, bei Kriegsausbruch 29 Jahre alt, verarbeitete seine Erfahrungen der Sinnlosigkeit des Krieges hier in einer solchen Intensität, daß die Tragödie als „das Kriegsstück von internationalem literarischem Rang“³⁴ gilt. Im Streit zwischen dem, dem Tod geweihten, durch die blutige Realität des Krieges desillusionierten Sohn und seinem Vater heißt es an einer Schlüsselstelle: „Weil niemals die ins Feuer gehen, die den Krieg entfachen, weil die Alten mit den vertrockneten Herzen fortfahren, die Geschicke der Menschen zu regieren, darum wird es immer Kriege geben.“ Bemerkenswert ist nun die Interpretation Ortmanns. Zu den „Kriegsentfachern“ zählte er das „Großkapital, das sein Vaterland überall habe“ und den Geist des Militarismus, nicht aber das französische Volk, dessen nichtmilitaristischen Kreise seinen Schülern nahezubringen ihm offensichtlich ein Anliegen war.

„Sein Glaube an die Völkerversöhnung trieb herrlichste Blüten und fand in der Gestaltung seiner Unterrichtsstunden lebendigen Ausdruck“, hieß es denn auch im breitangelegten Artikel der nationalsozialistischen „National-Zeitung“ nach seiner Entlassung.³⁵ „Oft genug“, so hieß es dann weiter, „wurde von ihm der Stolz Deutschlands, die alte ruhmreiche Armee in nicht anständiger Weise durch den Dreck gezogen“, womit zweifelsohne – wie im Bericht über die Unterrichtsstunde erkennbar – auch seine Kritik an „militaristischen Praktiken in Frankreich (ein Aspekt, den die NZ unterschlägt) und im Vorkriegsdeutschland, die vielfach einer

34 Reclams Schauspielführer, hrsg. v. Otto C. A. zur Nedden und Karl H. Ruppel, Stuttgart, 4. Aufl. 1956, S. 1048–1051, S. 1048.

35 National-Zeitung (NZ) 19. September 1933.

Mißhandlung und einer Mißachtung des Menschen gleichkämen“, gemeint war. Charakteristische Vorfälle dieser Art waren bekanntlich die Zabern-Affäre in Deutschland und die Affäre Dreyfus in Frankreich. Mit seiner Ablehnung der Heroisierung des Militärs, etwa bei sogenannten Heldengedenkfeiern, stand Ortmann, zusammen mit Kollegen wie Nauen und Roters, weitgehend allein da. So soll er 1928 anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten des Lohtor-Kriegerdenkmals in einer Klasse Kritik geübt haben. Statt der Heroisierung des Heldentodes sollte man bei solchen Gelegenheiten der Opfer der Kriege gedenken, indem man jeden einzelnen Namen verlese. Zur Demonstration habe er das Klassenbuch aufgeschlagen, die Namen der Schüler langsam vorgelesen und dabei die Zeit gestoppt, um alsdann die Gesamtzahl der Weltkriegstoten mitzuteilen. Es waren wohl solche Verhaltensweisen, die ihn zum „abgestempelten aktiven Pazifisten“³⁶ machten und ihm die Feindschaft derer einbrachten, die darin nur „eine Beschimpfung der Toten des Weltkrieges“³⁷ zu erblicken vermochten.

Weitere Anfeindungen hatte er sich offensichtlich durch ein anderes Charakteristikum seiner Auffassung über die Jugenderziehung zugezogen, nämlich – so die NZ –, „daß er in den Klassen, in denen er unterrichtet, das Sudelblatt ‚Das andere Deutschland‘, das Publikationsorgan der deutschen Liga für Menschenrechte auf den Katheder legte, damit sich seine Schüler mit dem Gedankengut der pazifistisch-demokratischen Welt vertraut machen konnten. Als Herausgeber dieser Hetzpresse zeichnete Professor Förster . . . Es ist bezeichnend, . . . (daß) Studienrat Ortmann die Zeitung dieses Lumpen zur Propagierung des Pazifismus benutzte.“³⁸

Tatsächlich hat der 1869 geborene, „heftig umstrittene, meist mißverständene und häufig verleumdete“³⁹ Friedrich Wilhelm Foerster, „Patriot, Weltbürger, Moralist und Pazifist“⁴⁰, großen Einfluß auf die katholische Friedensbewegung, insbesondere

36 So der ehemalige Schüler P. in einem Gespräch am 5. 4. 88, in dem er auch die oben beschriebene Unterrichtsstunde erwähnte. Ortmann habe konsequent gegen diese Heroisierung gearbeitet, „obwohl damals alle dabei mitmachten“.

37 NZ, 19. 9. 1933.

38 Ebda., so ist es konsequent, daß das Blatt gleichzeitig gegen Studienrat Roters polemisiert, der „das Sudelblatt“ „Le Volontaire“ (Untertitel in der Übersetzung „Für den Frieden und die Jugend“) auslegte und daraus vorlas. Herausgeber war Marc Sangier, Politiker und eine der herausragenden Gestalten der katholischen Friedens- und Sozialbewegung Frankreichs, von dem wesentliche Initiativen für deutsch-französische Begegnungen und einen Jugendaustausch ausgingen, an dem sich auch Studienrat Roters mit Schülern beteiligte. Vgl. dazu auch Peter Riesenberger, a. a. O., S. 204–208, und Heinrich Schirmbeck, a. a. O., S. 161–163, der als Schüler von Roters und Nauen „entscheidend geprägt“ wurde.

39 Dieter Riesenberger, a. a. O., S. 174.

40 So jetzt der Obertitel von Franz Pöggelers Beitrag „Leben und Werk Friedrich Wilhelm Försters“, in: Bilder der Gegenwart. Beilage zu: Christ in der Gegenwart, Freiburg, Dezember 1988. Sein Schlußresümee lautet: „Gewiß war Foersters Persönlichkeit voller Widersprüche: radikaler Pazifist und leidenschaftlicher Kämpfer für eine gute Sache, ethischer Rigorist und liberaler Christ zwischen den Konfessionen, scharfer Kritiker Preußens und doch Preuße vom Scheitel bis zur Sohle, Prophet, der den politischen Zusammenbruch Deutschlands voraussagte, und zugleich ein Leben lang voller Heimweh nach der Heimat war.“ Deshalb plädiert der Autor „endlich (für) eine gerechte historische Würdigung“ von Foersters Lebenswerk.

deren „geistigen Leiter“, Pater Stratmann, gehabt – auch Albin Ortmanns Vorstellungen wurden von Foerster mitgeprägt.⁴¹ Obwohl zeitlebens konfessionslos, gehörte der Pädagogikprofessor zu den Begründern eines ethischen Pazifismus auf den Grundlagen des Evangeliums, vor allem der Bergpredigt. Seine Anerkennung der deutschen Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die heftige Kritik am preußisch-deutschen Militarismus hatte schon früh heftige Polemiken gegen den „Sittlichkeitsfanatiker und erfolgreichen Beschmutzer des deutschen Volkes“⁴² auf der politischen Rechten provoziert, die ihn bereits 1920 zum Verlassen seines Münchener Pädagogiklehrstuhls und zur Übersiedlung in die Schweiz veranlaßten, wo er als freier Mitarbeiter (nicht als Herausgeber) u. a. an der Zeitschrift „Das andere Deutschland“ mitwirkte. Dieses größte pazifistisch orientierte Blatt Deutschlands (1925: 10 000, 1928: 40 000, 1932: 25 000 Exemplare) war das Organ des von Küsters geführten Westdeutschen Landesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft, was darauf hindeuten könnte, daß Albin Ortmann auch dieser Vereinigung angehörte; Mehrfachmitgliedschaften waren innerhalb der pazifistischen Bewegung nicht ungewöhnlich. Dabei gehörte Ortmann, was an seiner Einstellung zur Frage der Fürstenenteignung, die ja von einem Teil der pazifistischen Bewegung unterstützt worden war, ebenso deutlich wird, wie an dem Bemühen, den von ihm abgelehnten „Militarismus“ von „einer auf Verteidigung ausgerichteten Wehrmacht“ zu unterscheiden, zur gemäßigten Richtung, wie der Großteil des Friedensbundes und die republikanisch-katholische Rhein-Mainische Volkszeitung um Walter Dirks. Gemeinsam war allen Richtungen die massive Ablehnung des Nationalsozialismus. Wenige Tage nach dem Erdrutschserfolg der NSDAP bei den Septemberwahlen 1930 warnte „Das andere Deutschland“⁴³:

„Die Nationalsozialisten wollen Freiheit des Rüstens. Sie wollen Raum und Weltgeltung für ein Hundertmillionen-Volk. Sie wollen Zertrümmerung der Demokratie und Herrschaft jener machtlüsternten Herren- und Abenteuer-Kaste, der sich aus ehemaligen Offizieren und Reserve-Offizieren, aus jenem alldeutschen Klüngel zusammensetzt, der die Kriegserklärung von 1914 mit dem frohlockenden Bekenntnis begrüßte: Diesen Tag haben wir ersehnt.“

Der Friedensbund deutscher Katholiken rief im August 1932 seine Mitglieder auf, „sich gegen die Flut des unwahren, überheblichen und zerstörerischen Nationalismus und Militarismus (zu) stemmen . . .“ So galt nach dem Sieg des Nationalsozialismus der Kampf gegen seine Gegner auch diesen Organisationen. „Das andere Deutschland“ wurde am 3. März 1933 verboten, die Friedensgesellschaft wenige Tage später aufgelöst und führende Vertreter in Konzentrationslager gebracht. Am 1. Juli 1933 löste die Gestapo den Friedensbund mit fünf weiteren katholischen Vereinigungen auf, da diese „Hilfsverbände des Zentrums sich staatsfeindlich betätigt haben und durch systematische Hetze die natürliche Eingliederung großer Teile des katholi-

41 Mitteilung von Dr. Burkhard Ortmann.

42 Alfred Rosenberg, Neueste Heldentaten Försters, in: Völkischer Kurier, 17. Oktober 1924, wiederabgedruckt in: ders., Kampf um die Macht, a. a. O., S. 323–327, S. 323.

43 Nach Dieter Riesenberger, S. 238. Vgl. auch zum folgenden dort Kapitel VII.

schen Volkes in das nationale Deutschland zu sabotieren suchten“.⁴⁴ Dessauer, Dirks, Stratmann u. a. wurden verhaftet, zahlreiche führende und weniger prominente Mitglieder als Beamte entlassen.

Am Beispiel Albin Ortmanns wird deutlich, in welcher Weise auf örtlicher Ebene auch Denunziationen eine verhängnisvolle Rolle spielten. Während sein Kollege Nauen, trotz Mitgliedschaft in Friedensbund, Zentrum und dem republikanischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold⁴⁵ jedenfalls in dieser Hinsicht unbehelligt blieb, war Ortmann offenbar weiterhin, und zwar aus Kreisen der Schülerschaft, gezielt angezeigt worden, wie besonders aus den Fragen 4 und 5 des Schreibens hervorgeht, das dem Studienrat nunmehr direkt am 1. September 1933 vom Untersuchungsausschuß zugesandt wurde:

Dokument IV⁴⁶

Staatlicher Unters.-Ausschuß beim Oberpräsidenten d. Provinz Westfalen, Abt. f. höh. Schulw. Münster.

Münster, den 1. Sept. 33

Herrn Studienrat Ortmann
Recklinghausen

Wir ersuchen Sie, uns *umgehend* folgende Fragen zu beantworten:

1. *Sind Sie Mitglied irgend einer Vereinigung gewesen, die pazifistische Ziele verfolgte? Haben Sie sich in einer solchen Vereinigung betätigt?*
2. *Haben Sie im Unterricht pazifistische Gedanken vertreten?*
3. *Haben Sie in der Schule die nationalsozialistische Bewegung kritisiert bzw. verächtlich gemacht?*
4. *Ist von Ihnen Friedrich der Große einmal im Unterricht als „alter Krüppel“ bezeichnet worden?*
5. *Haben Sie in der Zeit der Schlageterfeier in einer O III auf die falsche Darstellung des Redners (Primaners) bzgl. der Erschießung Schlageters hingewiesen?*

Und haben Sie bei dieser Gelegenheit *die großen Gefahren* erwähnt, *die sich aus den Sabotageakten für die Bevölkerung des Ruhrgebietes* ergaben?

i. A. B.

44 Zitiert nach: Heinz-Albert Raem (Hrsg.), *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, Paderborn 1980, S. 38. Die anderen waren vier Jugendverbände und der „Volksverein“, als insbesondere publizistisch tätiger Bildungsverband.

45 Vgl. Heinrich Schirmbeck, a. a. O., S. 154.

46 Privatbesitz Dr. Ortmann. Der Text liegt handschriftlich vor. Lediglich der Absender ist als Stempelabdruck mit dem preußischen Adler aufgesetzt worden. Der Name des Unterzeichners wurde gekürzt.

Sieht man einmal von der Bemerkung zum Preußenkönig ab, dem Ortman wie große Teile zumal des rheinisch-westfälischen Katholizismus sicherlich nicht Sympathie, geschweige die im Sinne der national-deutschen Geschichtsschreibung gebotene Hochachtung entgegengebracht haben (von seinem Kollegen Dr. Pennings, Geschichtslehrer am Petrinum und Stadtarchivar, erzählte man sich, er habe, beharrlich „den Großen“ vermeidend, stets von „Friedrich dem Preußen“ gesprochen), den Ortman aber aus seiner christlich-karitativen Grundeinstellung heraus wohl kaum als „Krüppel“ bezeichnet haben dürfte, so scheint vor allem der Vorwurf bzgl. der „Schlageterfeier“ gravierend gewesen zu sein:

Wie ein Großteil seiner Mitschüler war Albert Leo Schlageter bei Beginn des Weltkrieges nach dem Notabitur als Freiwilliger in die Armee eingetreten. Als Leutnant zurückgekehrt, hatte sich der vom Krieg geprägte Schlageter in den Universitätsbetrieb Freiburgs nicht einfügen können und sich dann als „eine Art Landsknecht“⁴⁷ in einem Freikorps an den Kämpfen im Baltikum und anschließend in Oberschlesien beteiligt. Nach einem Intermezzo als Spion in Danzig, das unter das Mandat des Völkerbundes gestellt worden war, kam er 1923 ins Ruhrgebiet. Dort waren zu Anfang des Jahres fünf belgische und französische Divisionen unter dem Vorwand eingerückt, Deutschland komme seinen Reparationsleistungen nicht nach. Während die Reichsregierung (DVP-Zentrum-DDP) gegen diese Repressionsmaßnahme Protest eingelegt und den passiven Widerstand ausgerufen hatte, der in eindrucksvoller Geschlossenheit befolgt wurde, hatten das Vorgehen der Okkupationsarmeen und der Haß auf die Franzosen nationalistische Kreise zu Sabotageakten greifen lassen, die die Spannungen verschärften und die durch den disziplinierten passiven Widerstand aufgebaute „moralische Position Deutschlands“⁴⁸ in den Augen der Weltöffentlichkeit diskreditierten, was nach einer Bilanz von 150 000 Ausgewiesenen und 132 Toten zusammen mit den katastrophalen wirtschaftlichen Folgen die neugebildete Regierung Stresemann (DVP-Zentrum-DDP-SPD) zum Abbruch des Widerstands zwang. Von den elf Todesurteilen, die die französische Militärjustiz verhängt hatte, wurde das gegen Schlageter „wegen Spionage und Sabotage“ am 26. Mai 1923 vollstreckt. Während man Urteil und Hinrichtung in Deutschland als Terrorakt verurteilte, gingen die Urteile über Schlageters Aktionen auseinander. Sprachen die Demokraten von „Heißspornen“, die „unrechtmäßiger Gewalt mit unrechtmäßiger Gewalt zu begegnen“ suchten, was man ablehnen müsse, wenn „ihre Tat auch menschlich doch durchaus begreifbar“ sei⁴⁹, so war Schlageter für die Nationalisten zum Inbegriff für „Leben und Sterben eines deutschen Helden“⁵⁰ geworden. Zudem NSDAP-Parteimitglied, ließ sich das Opfer der auf beiden Seiten geschürten deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ ideal in die nationalsozialistische Heldengenealogie einreihen, die in „Hitler (als) . . . Garant und Vollender des Willens Schlageters“⁵¹ mündete.

47 So er selbst, nach: Rolf Brandt, Albert Leo Schlageter, Hamburg 1938, S. 94.

48 So urteilt Walter Tormin, Die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Hannover, 9. Aufl. 1973, S. 82–136, S. 126.

49 So die liberale „Kölner Zeitung“ nach: Rolf Brandt, a. a. O. S. 92 f.

50 Untertitel des Buches von Rolf Brandt, a. a. O.

51 Oberpräsident von Lüninck bei den Düsseldorfer Feiern (NZ 28. 5. 1933).

„Deutschlands Bekenntnis zu Schlageter“⁵², eine mehrtägige Gedächtnisfeier rund um die mit einem 24 m hohen Kreuz versehene Hinrichtungsstätte in der Gatzheimer Heide führte nicht nur die nationalsozialistische Führungsspitze mit Hitler, Göring, Röhm, Epp, von Schirach, Rust, Kerrl u. a. zu verschiedenen Großkundgebungen nach Düsseldorf; Schlageter-Feiern gab es zum 10. Jahrestag der Hinrichtung im ganzen Reich. Damit bildeten sie nicht nur den Auftakt zu einer ganzen Serie von „Heldengedenktagen“, die zum Jahresritual des Regimes gehören sollten. Sie reihten sich auch ein in die Serie patriotischer Feiern, die vom „Tag von Potsdam“ über „Führergeburtstag“ und „Tag der nationalen Arbeit“ die Phase der NS-Machteroberung und Gleichschaltung begleiteten und mit dem dabei vermittelten Gefühl der verwirklichten „Volksgemeinschaft“ ihren Eindruck auf weite Bevölkerungskreise nicht verfehlt hatten. Während Regimegegner terrorisiert und in die ersten Konzentrationslager eingeliefert wurden, dienten diese Nationalfeiertage als propagandistische Mittel zur Erfassung bisher noch nicht gleichgeschalteter Bevölkerungskreise, deren kooperationswillige Teile sich so noch eine Weile in der Illusion einer eigenen Rolle innerhalb des „Neuen Staates“ wiegen konnten. Hatte so die organisierte Arbeiterschaft zur Teilnahme am Maifeiertag bewegt werden können, so schien Schlageter, die Gestalt „des sich nur Gott und dem Vaterlande verantwortlich fühlenden fromm-katholischen Christen, des mannhaft für seine Ideale kämpfenden Helden“⁵³, die Chance zu bieten, auch die katholische Minderheit als national zuverlässig und damit würdig zur Mitarbeit an der von Schlageter vorbereiteten „nationalen Erhebung“ darzustellen. Dies war der Hintergrund der Feierstunde der katholischen Studentenverbindung CV im Recklinghäuser Saalbau, in der Studienrat Leichter des „unvergeßlichen Cartellbruders“ gedachte und die Teilnahme des CV „an dem großen CV-Aufmarsch“ in Düsseldorf ankündigte. Während schon die unterschiedlichen Akzente der Recklinghäuser Presse verdeutlichten, daß die NSDAP der Vereinnahmung des Helden durch Gruppen des Katholizismus nicht zuzustimmen bereit war, versuchte ein Teil des politischen Katholizismus ganz offensichtlich, mit der Teilnahme an der Heroisierung Schlageters ein Ende der politischen „Säuberungswelle“ im Rathaus zu erreichen. So fand sich neben ausgiebigen Berichten über die Feierlichkeiten und ganzseitigen Würdigungen Schlageters in der katholischen „Recklinghäuser Volks-Zeitung“ (RVZ), auch die Wiedergabe der Predigt des Caritasdirektors Schlüsener. Der Geistliche hatte bei einer Messe in St. Peter das „schlichte, tiefe Katholischsein“ Schlageters gewürdigt, um daraufhin „eine einseitig informierte Jugend“ für das Vorgehen der neuen Machthaber gegen katholische Magistratsmitglieder verantwortlich zu machen. Unter Hinweis auf das Verfahren gegen den Leiter des Tiefbauamtes,

52 Titel der NZ, 29. Mai 1933.

53 StR Leichter als Redner beim „Vaterländischen Kommers des CV im Saalbau“, nach: Recklinghäuser Volks-Zeitung (RVZ), 27./28. 5. 33. Im NZ-Artikel vom selben Tag fehlt im Zitat der „fromm-katholische Christ“, dafür werden fettgedruckte Passagen hervorgehoben, „der CV sei nicht so eitel, zu behaupten, Schlageter geformt zu haben“; dieser habe die „nationale Erhebung“ vorbereitet. Der Artikel trägt die Überschrift: „Der CV ehrt den Nationalsozialisten Schlageter“.

Jörling, kommentierte die RVZ selbst: „Man ehrt Schlageter nicht besser, als wenn man die Leidensgefährten seiner Zeit in ehrerbietiger Gerechtigkeit behandelt.“⁵⁴

Angesichts dieser öffentlichen, teils aus nationalistischer Überzeugung, teils aus Zweckmäßigkeitserwägungen geäußerten Zustimmung auch aus dem katholischen Raum, die auf der CV-Feier von heftigen Angriffen auf Marxismus und Pazifismus begleitet waren⁵⁵, standen Kritiker auf gefährlichem, ja verlorenem Posten. Anfang Juni war bereits ein „Zentrumsprovokateur“ in „Schutzhaft“ genommen worden.⁵⁶ Der Bäckermeister hatte Schlageter in einer Gastwirtschaft als „Franktireur“ (Freischärler) bezeichnet, der genauso rechtmäßig erschossen worden sei, wie es umgekehrt während des Krieges von deutschen Truppen gegenüber Franzosen geschehen sei.

Sicherlich wird man sich Ortmanns Stellungnahme anders vorzustellen haben. Sie wurde ausgelöst durch das, was an der Hittorf-Oberrealschule anlässlich der Feierlichkeiten geschah. Während eine Gruppe von etwa 30 Schülern am HJ-Aufmarsch in Düsseldorf teilnahm, versammelte sich die Schülerschaft vor dem „schlanken . . . Schlageterkreuz“, das von je drei Jungen mit HJ- und deutschen Fahnen flankiert wurde, in der Aula.⁵⁷ Nach der Aufführung des Liedes „Zu Mantua in Banden“⁵⁸ und dem Vortrag der dreiteiligen Ballade „Schlageters Tod“ durch einen Schüler, hatte ein anderer Unterprimaner eine Rede über Schlageter gehalten, „dessen Leben er packend schilderte, dessen Opfermut und grenzenlose Liebe zum Vaterlande er immer wieder hervorhob, so ihn zum Vorbild erhebend für alle deutschen Menschen“. Mit dem Horst-Wessel-Lied, der Mahnung des Direktors, sich an diesem Beispiel „deutschen Heldentums“ zu orientieren, und dem abschließenden Deutschlandlied endete die Feierstunde. Albin Ortmann hat die Rede offenbar in der Obertertia, die er in beiden Fächern insgesamt sieben Wochenstunden unterrichtete, kritisiert; so macht denn auch sein Kollege Dr. Große-Boes den „Versuch, in einer Schulklasse bei der Besprechung des Heldentums Schlageters die innere Opfergesinnung als das Wesentlichere gegenüber seinen äußeren Taten hervorzuheben“⁵⁹, für die Entlassung verantwortlich.

54 RVZ, 29. Mai 1933. Vgl. die Reaktion der NZ, 1. 6. 1933: „Der Recklinghäuser Volkszeitung ins Stammbuch“, in der der Vergleich Jörlings, der während der französischen Besatzungsmacht 1923 nach Zweibrücken verbracht worden war, mit Schlageter scharf zurückgewiesen wurde und die mit dem drohenden Zuruf endete: „Wir wundern uns nur über eins: daß Ihr überhaupt noch da seid . . . Wie lange noch?“

55 „Es bleibe die größte Sünde der marxistischen Bewegung und ihrer Mitläufer, daß man die Revolution zu rechtfertigen suchte durch eine pazifistische Welle, die alles, was Leben und Existenz einsetzte für seine deutschen Ideale, als hirnverbrannt, als abenteuerlustig ansah und als Schädlinge, ja als Landesverräter bezeichnete. Der Held, der Kampf und Krieg sei nach Möglichkeit aus den Geschichtsbüchern entfernt worden. Mit diesem Pazifismus sei es nun endgültig vorbei“ (nach: NZ, 29. 5. 1933).

56 NZ, 1. Juni 1933.

57 Darstellung der Recklinghäuser Zeitung (RZ), 29. Mai 1933.

58 Das Lied über Andreas Hofer, den Freiheitshelden Tirols, der von napoleonischen Truppen in Mantua erschossen wurde, begleitete auch die CV-Feier. Es wirft ein Schlaglicht auf die Interpretation von Person und Tat Schlageters.

59 Heinrich Große-Boes, a. a. O., S. 23.

Tatsächlich wird die neuerliche Denunzierung Direktors Junius' Versicherung, Ortmann werde von nun an „äußerste Zurückhaltung“ üben, unglaublich gemacht haben. Dem Fragebogen vom 1. September muß sofort eine mündliche Vernehmung gefolgt sein; denn schon am 5. September 1933 teilte die Abteilung für höheres Schulwesen beim Oberpräsidenten Münster dem Ministerium das Ergebnis mit:

Dokument V⁶⁰

Der Oberpräsident
Abteilung höhere Schulen
I Nr. 16827 gen.

Münster, den 5. Juni 1933

Betrifft: Dienstentlassung für Studienrat Albin Ortmann an der Oberrealschule in Recklinghausen auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Aus dem in der Anlage überreichten Bericht des Untersuchungsausschusses über den Studienrat Albin Ortmann von der Oberrealschule in Recklinghausen ergibt sich, daß Ortmann pazifistische und marxistische Ideen in den Unterricht gebracht hat. Es handelt sich dabei nicht um gelegentliche Entgleisungen, sondern um den Ausdruck innerer Überzeugung. Es ist meines Erachtens nicht zu erwarten, daß Ortmann bei seinem Unverständnis für das nationale Fühlen der Jugend sich umstellen wird. Ich schließe mich dem Ratschlag des Ausschusses an, Ortmann *auf Grund des § 4 des Gesetzes* zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst zu entlassen. Beigefügt sind der Fragebogen und ein Aktenstück, das die Vernehmung Ortmanns und Zeugenaussagen enthält. Ortmann ist von mir mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden.

An den Herrn Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
Berlin



Am 15. September 1933 erhielt Oberstudienrat Junius die Entscheidung des Oberpräsidenten vom 12. September. Darin wurde er beauftragt, Studienrat Ortmann davon die beigelegte Verfügung auszuhändigen und den Empfang bestätigen zu lassen. In dem Schreiben heißt es:⁶¹

60 Schulkollegium Münster, Personalakten A, Nr. 038 (NRW-Staatsarchiv Münster). Es handelt sich um ein handschriftlich ausgefülltes Formular. Die drei Anlagen, die auf dem Formblatt angekündigt werden, fanden sich in den Akten nicht. Dr. Burkhard Ortmann, der Einsicht in diese Personalakten nahm, gewann den Eindruck, daß sie nicht vollständig sei, so finden sich auch die oben zitierten Dokumente dort nicht.

61 acta personalia, betreffend Oberlehrer Ortmann, Schularchiv Hittorf-Gymnasium. Das maschinengeschriebene Blatt trägt den Eingangsstempel der Schule vom 15. September.

„Auf Grund von § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 entbinde ich Sie vorläufig von Ihren Amtsgeschäften und beurlaube Sie bis auf weiteres. Sie wollen den Empfang dieser Verfügung umgehend bestätigen.“

Wenige Tage nach dieser Entscheidung, die den engagierten Pädagogen schwer getroffen haben muß, feierte die nationalsozialistische Ortspresse unter den Schlagzeilen „Erzieher der deutschen Jugend! Pazifist Ortmann zwangsbeurlaubt“⁶² öffentlich die Entscheidung des Oberpräsidenten Freiherr von Lüninck, aus der sie wörtlich (!) zitiert. „Diese Nachricht“, so die National-Zeitung, „löst in Recklinghausen kein Erstaunen aus, denn gerade Studienrat Ortmann war wegen seiner offenen Propaganda für den pazifistischen Gedanken *berüchtigt*“. Ortmann und „Rothers“ (sic!)⁶³, gegen den das Blatt bei dieser Gelegenheit ebenfalls hetzt, hätten sich „unzweifelhaft große Verdienste um die Erziehung der Jugend zur Wehrlosmachung Deutschlands erworben.“ Mehr als der bürokratische Vorgang offenbart dieser Artikel, welchen Haß sich Ortmann in den NS-Kreisen Recklinghausens, insbesondere im Nationalsozialistischen Schülerbund zugezogen hatte, der z. B. 1931, wie aus dem Artikel hervorgeht, auch Studienrat Roters bei der NS-Ortsgruppe denunziert hatte, „um dem landesverräterischen Treiben . . . Einhalt zu gebieten“. Man wird Ortmanns Denunzianten also nicht zu Unrecht in diesen Kreisen seiner Schülerschaft des Jahres 1933 suchen müssen, für deren Denkweise der NZ-Artikel insofern repräsentativ ist, als sein Autor selbst führendes Mitglied des NS-Schülerbundes und Schüler Ortmanns gewesen war und noch nicht lange zuvor am Hittorf das Abitur abgelegt hatte.

Symptomatisch für die Häme der damaligen Auseinandersetzung ist die Schlußpassage des Artikels: *„Studienrat Ortmann ist außerdem seiner ‚pädagogischen Tätigkeit‘ noch durch publizistische Arbeiten in der ‚Recklinghäuser Volkszeitung‘ sowie in den Kirchenzeitungen bekannt. Der ‚Volkszeitung‘ kommt dieser Entscheid des Oberpräsidenten vielleicht erwünscht, vielleicht aber auch unerwünscht. Dann wenn sich Herr Ortmann der ‚Recklinghäuser Volkszeitung‘ ganz zur Verfügung stellt. Verwunderlich wäre es nicht, wenn die ‚Volkszeitung‘ ihn als Mitarbeiter beschäftigen würde, da sie doch Juden beschäftigt – wir erinnern an den Juden Christeller, der, nachdem er von dem Warenhaus Karstadt fortgegangen war, bei der ‚Volkszeitung‘ ‚herummanagte‘ – und infolgedessen Pazifisten nicht ablehnen kann.“*

Abgesehen davon, daß die NZ erneut ihre, angesichts der Festigung des Regimes, gefährlichen Angriffe gegen ihr katholisch geprägtes Konkurrenzblatt, das im Bitter-Verlag erschien und dem Zentrum nahegestanden hatte, fortsetzte, wird gleichzeitig deutlich, daß es darum ging, Gegner „fertigzumachen“, selbst wenn sie ihren Arbeitsplatz schon verloren hatten. Hatte die NZ bereits die Übernahme des Karstadt-Angestellten durch die RVZ, der aufgrund der NS-Boykottaktion gegen

62 NZ, 19. September 1933.

63 Zu Roters vgl. oben und Anm. 38. Er hatte inzwischen vom Hittorf-Gymnasium zum Oberlyzeum gewechselt.

jüdische Geschäfte im April 1933 seinen Arbeitsplatz verloren hatte⁶⁴ – dies angesichts der Massenarbeitslosigkeit eine wirtschaftliche Existenzvernichtung –, mit Angriffen auf die „Feinde der nationalsozialistischen Revolution“ beim „Judeneldorado“⁶⁵ RVZ beantwortet, so greift die NZ diesmal gleich zur Prävention.

Der potentielle Arbeitgeber konnte sich so ausrechnen, als „Juden- und Pazifistenblatt“ abgestempelt zu werden.

Zutreffend war die Unterstellung, daß sich Studienrat Ortmann „ganz“ einer anderen Tätigkeit zuwenden könnte.

Während der Oberpräsident am 21. September den Schuldirektor noch darauf hinwies, daß er den Stundenausfall durch „unentgeltlich beschäftigte Studienassessoren . . . und durch Studienreferendare“ zu bewältigen habe, da für Ortmanns „Vertretung . . ., solange er beurlaubt ist, keine Kosten entstehen“⁶⁶ dürften, entschied das preußische Ministerium am selben Tag aufgrund der ihm am 5. September zugesandten Unterlagen, den Studienrat „aus dem öffentlichen Schuldienst zu entlassen“.⁶⁷

Fünf Tage später wurden Direktor und Magistrat von der Entscheidung und der damit anstehenden „Wiederbesetzung“ der Stelle informiert, während Ortmann seinen endgültigen Bescheid erhielt:

Dokument VI⁶⁸

Der Oberpräsident
der Provinz Westfalen
Abteilung für höheres Schulwesen
II Nr. 17870

Münster, den 26. September 1933

In der Anlage übersende ich Ihnen eine Ausfertigung der Entscheidung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über Ihre Entlassung aus dem öffentlichen Schuldienst. Auf die Dauer von drei Monaten nach Ihrer Entlassung, also für die Monate Oktober, November und Dezember 1933 werden Ihnen Ihre bisherigen Bezüge belassen. Vom 1. Januar 1934 ab erhalten Sie drei Viertel des Ruhegehaltes. Wegen Regelung Ihrer Versorgungsbezüge erhalten Sie noch nähere Nachricht.

(Unterschrift)

An den Studienrat Albin Ortmann in Recklinghausen, Oberrealschule.

64 Vgl. zu den Vorgängen um Karstadt und den Angestellten Christalla (so: NZ 3. Juni 1933): Georg Möllers/Horst Mannel, Zwischen Integration und Verfolgung. Die Juden in Recklinghausen. Eine Sammlung ausgewählter Dokumente (= Dokumentenmappen zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets, hrsg. v. Helmut Geck), Recklinghausen 1988, S. 3–5 und Dokumente 14–16, 28, 29.

65 NZ, 3. Juni 1933.

66 Der Oberpräsident der Provinz Westfalen an den Direktor, in: acta personalia, a. a. O.

67 Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, in: acta personalia, a. a. O.

68 Die Briefe des Oberpräsidenten befinden sich ebenfalls in: acta personalia, a. a. O.

Die Folgen der Entlassung für die Schule, die Familie und den Betroffenen selbst zu schildern, ginge zu sehr in den persönlichen Bereich vieler Beteiligten. Doch scheinen alle Hinweise unumgänglich, die für sich sprechen.

Die O IIIa beschäftigte sich unter Ortmanns Nachfolger mit Aufsatzthemen wie „Männer der NS-Bewegung“, „Was ich von der HJ weiß“, „Heldenehrung in Recklinghausen“.⁶⁹ Der Studienrat selbst, Vater von vier Kindern, mußte von Recklinghausen nach Godesberg ziehen, um der zweitältesten Tochter den Besuch der dortigen Gartenbauschule finanziell überhaupt ermöglichen zu können. Eine weitere Tochter mußte das Philosophiestudium abbrechen, während die jüngste das Oberlyzeum in Recklinghausen 1934 noch abschließen sollte. Als es nach dem Abitur um die Zuteilung der zusätzlichen, sogenannten „Hochschulreife“ ging, die erst den Zugang zum Studium erlaubte, wurde ihr dies als einziger Schülerin mit dem Hinweis verweigert, „Ortmann ist alter eingeschworener Zentrumsmann, der sich der heutigen Zeit noch nicht anpassen kann“.⁷⁰

Für Albin Ortmann dauerte es „niederdrückend lange“⁷¹, bis man es in Godesberg wagte, ihn durch Nachhilfestunden das kärgliche Ruhegehalt aufbessern zu lassen. Dagegen nahm er seine wissenschaftliche Arbeit und vor allem sein karitatives Wirken, zu dem bis zu 13 Vormundschaften gleichzeitig gehörten, wieder auf, ehe ihn am 9. Mai 1949 ein Schlaganfall mit einer linksseitigen Lähmung zu jahrelangem Siechtum verurteilte. Am 3. Juli 1960 starb er in Godesberg.

69 Städtische Hittorf-Oberrealschule zu Recklinghausen. Bericht über das Schuljahr 1933, StA, J 130. Der Bericht für 1930 nennt charakteristische Themenstellungen Ortmanns für seine damalige U IIa: „Ein friedlicher Sieg (Die deutsche Luftfahrt nach dem Kriege)“, „Helden des Alltags“, „Wie denke ich über die Friedensfrage?“.

70 Schulkollegium Münster. Akten des Oberlyzeums (NRW-Staatsarchiv Münster). Die Liste der Abiturientinnen umfaßt 17 Namen, wobei die Positionen 1–10 und 12–17 jeweils eingeklammert den Vermerk „keine Bedenken“ tragen. Der Einspruch gegen Roswitha Ortmann wurde vom Leiter des Gaupersonalamts des NSDAP-Gaues Westfalen-Nord in die Liste eingetragen.

Zu ähnlichen Vorgängen 1934 am Gymnasium Petrinum, wo es um die Mitgliedschaft in katholischen Jugendverbänden ging, vgl. jetzt den Beitrag eines Betroffenen: Hans Werners, Erinnerungen an die Jahre 1933/34 auf dem Petrinum, in: Petrinum 20 (1988), S. 69–72.

71 Hermann Bitter, a. a. O., S. 43 auch zur weiteren Passage.

Das Ende des „politischen Katholizismus“

Einflussreichste politische Kraft in Recklinghausen bis 1933 war die Zentrums-Partei, die auf Reichsebene zusammen mit liberaler DDP und SPD die demokratische Weimarer Verfassung durchgesetzt hatte. Bis zum Staatsstreich gegen die preußische Regierung 1932 regierte diese demokratische „Weimarer Koalition“ auch das mit Abstand größte Land Deutschlands. Im Gegensatz zu anderen Parteien der politischen Mitte überstand die Partei auch die wirtschaftliche und politische Krise ab 1929/30 mit erstaunlicher Stabilität. Bei den Reichstagswahlen zwischen 1930 und 1932 konnten im Kampf „gegen jede Diktatur-, Partei-, Klassen- oder Kastenherrschaft“ (RVZ 15.7.1932) sogar noch 2000 Stimmen in der Stadt gewonnen werden; mit ca. 29% blieb das Zentrum stärkste Partei. Dabei nahmen die Spannungen innerhalb der soziologisch divergierenden katholischen Volkspartei zu, so dass sich die Fraktion der Stadtverordnetenversammlung im Konflikt um die Neuwahl des Oberbürgermeisters im Februar 1932 sogar vorübergehend in einen „Mittelstands“- und einen „Gewerkschaftsflügel“ teilte. Fritz Niemeyer, seit 1922 Bürgermeister, war von einer Fraktionsminderheit mithilfe bürgerlich-nationaler

Parteien und dem einzigen NSDAP-Verordneten durchgesetzt worden.

Die Parteizentrale an der Wickingstraße 17 signalisierte dabei mit dem programmatischen Namen „Kettelerhaus“ die Stärke der christlich-sozialen Kräfte innerhalb des politischen Katholizismus der Stadt. Rückgrat des Zentrums war nämlich nicht die schwache Parteiorganisation, sondern die Verankerung im weitgefächerten katholischen Verbandswesen. Dazu gehörten an die 50 religiös-spirituell, caritativ, bildungs- oder gesellschaftspolitisch ausgerichteten Vereinigungen mit Einzelgruppen in allen Stadtteilen. Dabei spielten die Frauenvereinigungen in allen Pfarreien die quantitativ größte, die Gesellen-, Jugend- (4000 Mitglieder) und Arbeitervereine (2500 Mitglieder) im industriell geprägten Recklinghausen die öffentlich prägnanteste und politisch entschiedenste Rolle.¹

Der letzte Wahlkampf stand landesweit bereits unter Ausnahmerecht, wie z.B. der „Reichstags-Brandverordnung“. Terror, Einschüchterungen und SA-Aktionen gegen das Büro im Kettelerhaus² einigten den politischen Katholizismus im Kampf gegen den „Hakenkreuzgeist“³. Gemeinsame Erklärungen aller



Wickingstraße 17

Katholiken!

Hitler ließ unseren Klausener und Broß ermorden!
Hitler ließ Ihre Reliquien verbrennen!
Hitler schied unsere Weislichen in die Gefängnisse!
Hitler vergewaltigt unsere Jugend!
Hitler ist der Feind der Katholiken!

Kein Katholik kann Hitler wählen!

Handwritten note: Handwritten note: Obispo. 74.

Illegaler Flugzettel zur Volksabstimmung am 18.8.1934.

Widerstand und Verfolgung in Dortmund, Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Nr. 493

katholischen Verbandszentralen gegen die Nationalsozialisten, Wahlaufufe der Bischöfe und Großkundgebungen stabilisierten bei der Reichstagswahl am 5.3.33 zwar die Wählerschaft mit 13129 Stimmen (26,7%), doch fiel sie erstmals deutlich hinter den von 9767 auf 16737 (34,1%) Stimmen hochgeschwellten Wahlerfolg der NSDAP zurück. Eine Woche später wurde die NSDAP auch bei der Kommunalwahl stärkste Fraktion und erhielt mit ihren „nationalen“ Verbündeten die Mehrheit im Rathaus.

Mehrheitsverlust und Abbau demokratischer Rechte folgten persönliche Arrangements oder aber Verfolgungen nicht nur im Rathaus. Verleumdungskampagnen gegen die „Bonzenherrlichkeit“ und Aufdecken von „Skandalen“ und „Verfehlungen“ führender Demokraten gehörten zur „Gleichschaltungswelle“ der NSDAP, die alle gesellschaftlichen Bereiche umfasste. Franz Bielefeld (MdR) wurde 1933 als Handwerkskammerpräsident Westfalens, der letzte Parteivorsitzende Dr. Wilhelm Hülsen 1934 als Schulleiter abgesetzt und nach Arnsberg abgeschoben. Nachdem im März das Zentrum dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und die Bischöfe ihre Ablehnung des Nationalsozialismus öffentlich relativiert hatten, suchten katholische Verbände und Gewerkschaften Mitte 1933 etwa mit Aufrufen zur Teilnahme an den Maifeiern den Anschluss an den „nationalen Aufbruch“. Unter dem Gleichschaltungsdruck löste sich am 5. Juli als letzte Partei auch das Zentrum auf. Zum wechselhaften Stimmungsbild gehörten die gewaltsame Auflösung des Münchener Gesellentages im Juni 1933 und die Verbote katholischer Verbände am 1. Juli, mit denen gleichzeitig der staatliche Druck auf die Konkordatsverhandlungen verschärft wurde. Nicht zuletzt dieser Vertragsabschluss förderte die Illusionen eines modus vivendi, die allerdings nicht lange Bestand hatte:

Besonderes Aufsehen erlangte die Hinrichtung Dr. Erich Klauseners, Vorsitzender der Katholischen Aktion in Berlin, der am 30.6.1934 in seinem Büro im Berliner Regierungsviertel von der SS ermordet wurde. Der Verwaltungsfachmann und Zentrumspolitiker, der sich als „sozialer Landrat“ (1919-1924) in Recklinghausen und Vorsitzender seiner Fraktion



im Ruhsiedlungsverband Ansehen erworben hatte, war bis 1926 im preußischen Wohlfahrtsministerium, dann als Mitarbeiter Severings im Innenministerium tätig gewesen, wo er als Verfechter eines harten rechtsstaatlichen Kurses gegen die Republikfeinde galt. Der Mord auf Anordnung Görings galt dem „gefährlichen Katholikenführer“, nicht seiner letzten Rolle als Ministerialrat im eher unpolitischen Reichsverkehrsministerium, wohin er abgeschoben worden war. Dass das Regime Klausener nicht nur die Beteiligung am sogenannten „Röhm-Putsch“ unterstellte, sondern den gläubigen Christen zur Vertuschung der Tat zudem als Selbstmörder hinzustellen versuchte, erregte die Bevölkerung zusätzlich. Die Mordaktionen und andere Konfliktfelder waren mitverantwortlich für das schlechte Abschneiden Hitlers bei der 2. Volksabstimmung 1934.⁵ Dabei war die Zustimmung in Recklinghausen von 99,3% (1933) auf 82,6% (Reichsdurchschnitt: 89,9%) bei 17,4 % Nein-Stimmen abgestürzt.⁶

Verantwortlich machte die Partei intern und öffentlich den „politischen Katholizismus“, womit vor allem der gesellschaftliche Einfluss und das Engagement der unter Konkordatsschutz stehenden Verbände gemeint war. Gerade ihre Zurückdrängung ins „rein Religiöse“ hatte neue Formen und Dimensionen der schon früher durchgeführten Wallfahrten entfacht. Die erste, aus Anlass des 57. (!) Todestages des Bischofs Emmanuel von Ketteler, der großen Gestalt des deutschen Sozialkatholizismus,



Sonderzug zur Ketteler-Wallfahrt 1934 mit Teilnehmern des Arbeitervereins St. Paul

Fotoarchiv St. Paul

hatte 30000 Mitglieder von Arbeitervereinen 1934 in den Mainzer Dom⁷, die „Kreuzwallfahrt“ des Recklinghäuser Bezirksverbandes als vierte binnen eines Jahres am 7.7.1935 ca. 10000 Teilnehmer auf den Annaberg geführt. Görings Erlass „gegen den politischen Katholizismus“ – so die RZ-Titelseite vom 19.7.1935 und die Proklamation der „völligen Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ durch Reichsinnenminister Wilhelm Frick leiteten eine Welle von Einschränkungen der Vereinstätigkeit ein. Hinzu kam die systematische Erfassung konfessioneller Verbandsmitgliedschaften, um Austritte aus Fachverbänden zu erreichen und mindestens mit der Versagung „besonderen Wohlwollens“ bei „oppositionellem Geiste“⁸ zu drohen. Die Fragebögen im Rathaus erfassten auch die Mitgliedschaften aller Familienangehörigen.

Angeichts der Resistenz der Arbeiter gegen die Gleichschaltung in der DAF wurden am 16.9.1935 ihre Verbände im Regierungsbezirk Münster wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ aufgelöst; die Verbandsführung im Polizeipräsidium verhört. Die arbeitslos gewordenen Arbeitersekretäre Anton Hoppe und Bernhard Winkelheide – letzterer hatte zu den Mitorganisatoren der Wallfahrten gehört – wurden zunächst im Verlagshaus Bitter angestellt. Über

die vor 1933 strikt antinationalsozialistische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, von 1935 bis zum endgültigen Verbot 1938 „Ketteler Wacht“ blieben eingeschränkte Möglichkeiten des Zusammenhalts; ihre Redakteure, wie die zentrale Verbandsführung im Kölner Kettelerhaus, wurden 1944 nach dem Hitlerattentat hingerichtet.

G.M.

¹ Vgl. Georg Möllers, *Milieubildung und politischer Katholizismus sozialer Prägung: Die Entwicklung des sich formierenden Katholizismus im Zeitalter der Massenzuwanderung*, in: Klaus Bresser/Christoph Thüler (Hg.), *Recklinghausen im Industriezeitalter, Recklinghausen 2000*, S. 371-400, S. 383ff.

² Lt. RVZ 2.3.33 wurden dabei „im Auftrage des Polizeipräsidiiums“ Flugblätter beschlagnahmt

³ Vgl. die RVZ-Sonderseite am Vortag der Kommunalwahl (11.3.1933) „Hakenkreuzgeist darf im Rathaus nicht herrschen“ und die NZ-Antwort „Hakenkreuzgeist im Recklinghäuser Rathaus. Die Aufräumarbeit beginnt“ (21.4.33)

⁴ Vgl. Werner Burghardt, *Im Vest; Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), Dr. Erich Klausener und Tilmann Pünder, Erich Klausener*

⁵ „Wo blieb bei vielen katholischen Glaubensgenossen am 19. August die Tat?“ fragte vorwurfsvoll die NZ 25.9.1934 unter Hinweis auf das Ergebnis der Volksabstimmung anlässlich ihrer Kommentierung des Bischofsbesuches in der Stadt.

⁶ Vgl. Georg Möllers, *Der nationalsozialistische Kirchenkampf*, S. 227f

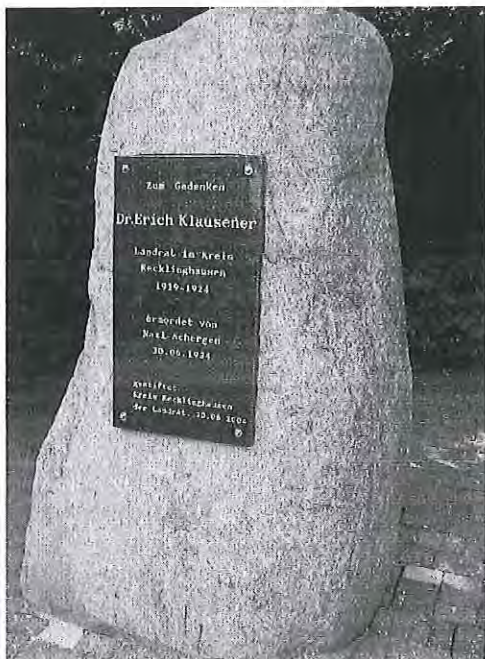
⁷ Der Lagebericht der Staatspolizei schätzte allein die Teilnehmerschaft des Sonderzuges aus dem Ruhrgebiet auf 1500, nach: Joachim Kuropka, *Clemens August Graf von Galen. Sein Leben und Wirken in Bildern und Dokumenten*, Cloppenburg 1992, S. 157

⁸ „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“, Sta III 1386 zitiert das Schreiben von Regierungspräsident Klemm vom 27.7.1935 an die Kommunen.

Dr. Erich Klausener (1885-1934) - Überzeugter Demokrat, engagierter Christ, politischer Beamter

von Georg Möllers

Am 24. Juni 2009 wurde mit Gedenkveranstaltungen in Hoppegarten bei Berlin der Ermordung Erich Klauseners gedacht. Sechs Tage nach jenem 24.06.1934, als er zum Abschluss des von ihm organisierten Märkischen Katholikentags auf der Galopprennbahn Hoppegarten seine letzte öffentliche Rede hielt, wurde er Opfer eines SS-Mordkommandos. Der Festakt im Rathaus und der anschließende Gedenkgottesdienst mit Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky und Nuntius Dr. Jean-Claude Perisset machten deutlich, dass Klausener ein dreiviertel Jahrhundert nach seinem Tod auch in der Bundeshauptstadt unvergessen ist.



Gedenkstein in Ahsen 2004

Foto: R. Voigt



Benennung des Erich-Klausener-Platzes in
Hoppegarten durch Erzbischof Georg Kardinal
Sterzinsky, 24. Juni 2009

Foto: G. Möllers

Dies gilt ebenso für den Kreis Recklinghausen, wo Landrat Hans-Jürgen Schnipper am 30. Juni 2004 anlässlich des 70. Jahrestags der Ermordung einen Gedenkstein auf dem Dorfplatz in Ahsen enthüllte und die benachbarte Brücke über den Dortmund-Ems-Kanal nach seinem Amtsvorgänger benannte.¹ Auch als 1990 die katholischen Gemeinden und Organisationen in der Stadt und im Kreisdekanat Recklinghausen einen Namensgeber für ihr Zentrum an der Kemnastraße suchten, entschieden sie sich für Klausener.² Dabei hatten mit Edith Stein, Clemens August Kardinal von Galen³ oder Oskar Romero⁴ durchaus andere bekannte und weltweit angesehene Persönlichkeiten auf der Vorschlagsliste gestanden.

¹ Als „Klausenerbrücke“ ist sie bereits abgebildet in: Landkreis Recklinghausen, bearb. u. hg. v. Kurt Angermann, Berlin 1929, S. 80. Sie gehörte zum Verkehrsprogramm des Landrates. Jetzt wurde mit einem Namensschild daran erinnert.

² Zur Namensgebung am Stadtpatronatsfest 1992 erschien: Dr. Erich Klausener 1885-1934. Eine Dokumentation hg. im Auftrag des Stadtkomitees der Katholiken von Georg Möllers und Richard Voigt, 3. erw. Aufl. 1994.

³ EDITH STEIN (1881-1942), vom Judentum konvertiert, Philosophin, Karmelitin, 1942 in Auschwitz ermordet, 1998 heiliggesprochen; CLEMENS AUGUST VON GALEN (1878-1946), als Bischof ab 1933 profilierte er sich als „Löwe von Münster“ und klagte den Terror des NS-Regimes an, 2005 seliggesprochen. In Recklinghausen werden beide mit Straßennamen geehrt.

⁴ OSCAR ARNULFO ROMERO (1917-1980), entwickelte sich als Erzbischof von San Salvador zum Anwalt der Menschenrechte, am Altar während einer Messe erschossen.

Was macht das Ansehen Dr. Erich Klauseners bis heute aus? Weshalb wird seiner an vielen Stellen in der Bundesrepublik gedacht? Der Beitrag versucht einigen Grundzügen seines Lebens zu folgen:

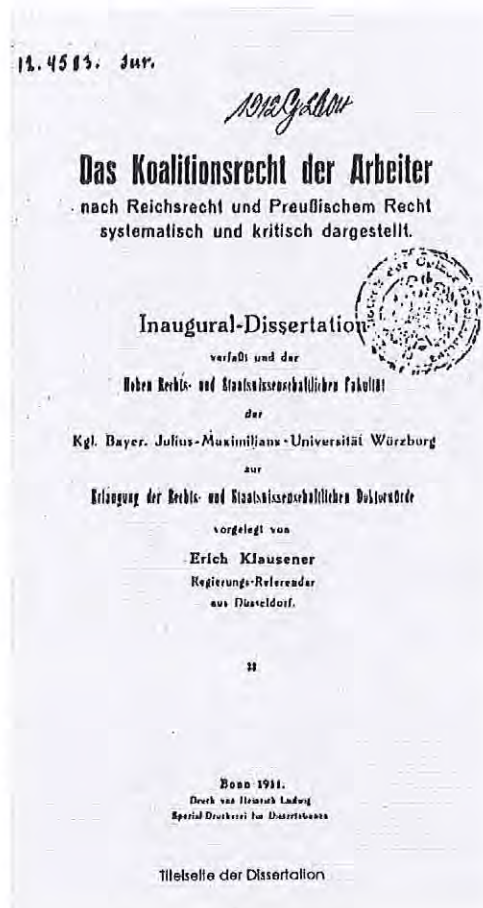
„Sozialer Landrat“ in Recklinghausen

Der am 25. Januar 1885 in Düsseldorf geborene Erich Klausener wurde 1919 als Kandidat der Zentrumspartei Landrat in Recklinghausen. Bewusst hatte Klausener nach juristischen und volkswirtschaftlichen Studien 1903-06 und 1910/11 – dazwischen liegt der Militärdienst – in Kiel, Berlin und Bonn diese Laufbahn eines hauptamtlichen Verwaltungsbeamten angestrebt:

„Ich habe keinen Augenblick daran gedacht, Rechtsanwalt oder Richter zu werden. Der Gedanke, den mein Vater lebhaft unterstützte, dass ein Richter nur tätig wird, wenn man die Sache an ihn bringt; dass er die Täter bestraft, aber nicht die Schlägerei verhindern kann, den Rechtsstreit entscheiden, aber nicht vorher zu den Streithähnen hingehen darf, ihn zu verhüten; dass aber vor dem Verwaltungsbeamten, insbesondere dem Landrat, das ganze Leben offen liegt, zum Hingreifen offen, war für mich entscheidend...“⁵

Diese Erwägungen wurden 1923 während seiner Inhaftierung durch die französischen Besatzer im Gefängnis niedergeschrieben, als er zur Tatenlosigkeit gezwungen war.⁶ Seinem Idealbild eines keineswegs nur verwaltenden, sondern gestaltenden, zupackenden Beamten hat er sich zeitlebens verpflichtet gefühlt. Sicherlich hat die Prägung durch den Vater dazu beigetragen, der als Leiter des Wohlfahrtsreferats der Rheinischen Provinzialverwaltung für Arbeiterkolonien, Blindenanstalten und entlassene Strafgefangene zuständig war. Angesichts dieser sozialen Grundeinstellung aus einer tiefen religiösen Überzeugung ist es nicht überraschend, dass Erich Klausener 1911 seine Dissertation „Über das Koalitionsrecht der Arbeiter“ (s. Abb. oben) schrieb. Dies geschah noch zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches, als die Tariffähigkeit der Gewerkschaften oder das Streikrecht ja noch keineswegs staatlich anerkannt waren.

Der Tätigkeit in Recklinghausen waren 1917–1919 die Amtsgeschäfte als Landrat in Adenau, einem der ärms-



ten Kreise Preußens, voraus gegangen. Klausener geriet hier mitten hinein in die Endphase des Weltkrieges mit seiner Zwangsbewirtschaftung des Mangels sowie dem militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands und der anschließenden Besatzungszeit im Rheinland. Hier setzte er in der kurzen Amtszeit als „Volks-Landrat“ deutliche Akzente, insbesondere durch den Aufbau einer Kriegsofperorganisation.

Eine wesentlich größere Herausforderung für den 34-jährigen bedeutete die am 13. August 1919 er-

⁵ Walter Adolph, Erich Klausener, Berlin 1955, S. 58

⁶ Vgl. Tilman Pündler, Erich Klausener. Staatsdiener und Kirchenmann, in: VZ 97/98 (1989/99), hg. v. Werner Burghardt, S. 255-301, S. 258



Sitz des Landrates (heute: Musikschule)

Foto: G. Möllers

folgte Amtsübernahme als hauptamtlicher Landrat des Landkreises Recklinghausen. Die damals größte Gebietskörperschaft Preußens hatte die zehnfache Einwohnerzahl des Kreises Adenau. Wiederum ist es die „Wohlfahrtspflege“ (bezeichnenderweise auch das Thema seines Aufsatzes in der von ihm 1925 herausgegebenen Monographie über den Landkreis), der sein besonderes Augenmerk gilt:

„Kaum hätte man dem verzweifelt Resignierten einen Vorwurf machen können, und doch war es die erste Pflicht aller Verantwortlichen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die unermesslichen Schäden [...] wenn nicht auszubessern, so doch wenigstens zu lindern. Es ist naturgemäß, daß im Industriegebiet die Bedeutung der öffentlichen Wohlfahrtspflege [...] einen fast unbegrenzten Inhalt hat. Hier gab es keinen „Abbau“.“⁷

Der industriell geprägte Kreis war durch den Krieg und seine wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen besonders betroffen: 1920 scheiterte der „Kapp-Putsch“ monarchistisch-konservativer Kreise in Berlin am Generalstreik und dem Widerstand der Republikaner. In Recklinghausen rief Landrat Dr. Klausener in einem gemeinsamen Aufruf mit Zentrum, SPD, DDP, Polenfraktion und den christlichen, freien und polnischen Gewerkschaften die Bevölkerung am 13. März 1920 auf „sich zum Schutz der in der Reichsverfassung verbürgten Rechte und Freiheiten“ hinter die Unterstützer der „verfassungsmäßig gewählten Regierung“⁸ zu stellen.

Dem Scheitern des Rechtsputsches folgten unmittelbar Aufstände radikaler Teile der politischen Linken. Mit derselben Entschlossenheit, mit der er in der Kreistagssitzung am 19. März das „Unheil“ des Kapp-Putsches kritisierte, wandte er sich nun gegen den „Bruch der Verfassung“ der Radikalen von links.⁹ Im Zuge der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen

⁷ Dr. Erich Klausener, Wohlfahrtspflege (Allgemeine Kreispolitik), in: Monographien deutscher Landkreise, Bd. I Der Landkreis Recklinghausen, hg. v. Erich Klausener und Erwin Stein, Berlin 1925, S. 116 ff. – Abdruck S. 39
⁸ RZ 15.3.1920. Die Zeitung titelte an diesem Tag: „Die Gegenrevolution in Berlin“
⁹ RZ 20.3.1920

zungen mit Todesopfern in der Stadt geriet er auch selbst nach dem erfolgreichen Versuch, vom Postamt aus Kontakt mit dem Regierungspräsidium in Münster aufzunehmen, auf dem Weg zurück zum Landratsamt in das Maschinengewehrfeuer der Spartakisten und floh aus seinem Haus.¹⁰

1923 besetzten belgische und französische Truppen das Ruhrgebiet, um ihren Reparationsforderungen Nachdruck zu verleihen. Wenige hundert Meter vom Sitz des Landrates entfernt bezog die französische Besatzungsdivision im Gebäude des Gymnasium Petrinum in Recklinghausen ihr Hauptquartier. Der „passive Widerstand“, zu dem die Reichsregierung die Bevölkerung aufgefordert hatte, verschärfte die schwierige Beziehung zwischen Besatzungstruppen und Bevölkerung und ihren Behörden. Dies führte am 23. April 1923 auch zur Inhaftierung Erich Klauseners, nachdem der sich im Amt Marl unerschrocken gegen Übergriffe auf die Bevölkerung verwahrt hatte. Das brachte ihn vor das Kriegsgericht im belgischen Hauptquartier Sterkrade, das ihn zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe verurteilte. Nach Abbüßung der Haft in Moers und Duisburg hatte die Besatzung die Ausweisung aus dem Kreisgebiet verhängt, ehe er am 1. Dezember 1923 zurückkehren durfte. Doch waren auch sein Haus und seine Familie weiterhin bis zum beruflichen Wechsel nach Berlin 1925 durch einquartierte Militärs beeinträchtigt.¹¹

Im September 1923 hatte der „passive Widerstand“ abgebrochen werden müssen, da die wirtschaftliche und finanzielle Belastung des Reiches mit der Inflation zum völligen Zusammenbruch geführt hatten. Es bedurfte schon eines „Meisters der Initiative, eines Mannes des Beharrens, eines Mannes der Tat“¹², eines Mannes mit Überzeugungskraft, Ausdauer und Durchhaltewillen, um angesichts dieser Katastrophen nicht zu resignieren. Kein Wunder, dass der Kreistag dem scheidenden Landrat 1924 die Statue eines Marathonläufers überreicht. Die Bilanz seiner fünfjährigen Tätigkeit gibt Zeugnis von einem imponierenden und zielgerichteten Arbeitsethos. Zahlreiche zukunftsweisende Verkehrs-, Bau-, Agrar- und Bankprojekte gehen auf seine Initiative zurück. Zur Stärkung der Identitätsbildung der Menschen der

Region gründete er 1923 den „Vestischen Kalender“ der Geschichtsvereine und 1925 den gemeinsamen Museumsverein von Stadt und Landkreis sowie der Vereine für Orts- und Heimatkunde Recklinghausen und Herten, dessen Erfolg dann 1927 in der Präsentation des Vestischen Museums in der Turmschule bei St. Peter (heute: Ikonenmuseum) mündete. Das heutige Vestische Museum/Haus der Geschichte an der Hohenzollernstraße setzt diese Tradition fort. Im Sozialbereich gelang ihm der Aufbau von Mütterberatungs-, Tuberkulose-, Säuglingsfürsorgestellen in den Städten des Kreises. Für Klausener war gerade der Sozial- und Gesundheitsbereich „Chefsache“. Im Vorwort der großen Kreis-Monographie von 1925 schrieb er:

„Die Säuglings- und Tuberkulosen-Fürsorge sind derart ungeheuer weite Gebiete, daß sie die ganze Hingabe des leitenden Verwaltungsbeamten fordern, wenn wirklich Gutes geleistet werden soll.“¹³



Zeichnung v. Bernhard Funke, Vestischer Kalender 1926

¹⁰ Adolph, Erich Klausener, a.a.O., S. 62f

¹¹ Vgl. Recklinghausen unter französischer Besatzung 1923/25, hg. im Auftrage der Stadtverwaltung von Klenke/Schnitzler, Recklinghausen 1927, S. 60, 314, 318

¹² Kreistagsmitglied Dr. Weskamp bei der Verabschiedung Klausener, Recklinghäuser Volkszeitung 25.11.1924

¹³ Vorwort zu: Der Landkreis Recklinghausen, hg. v. Erich Klausener/Erwin Stein (= Monographien Deutscher Landkreise, Bd. I), Berlin 1925, S. 9-11, S. 11

Allein im Krisenjahr 1923 konnten 23.000 gesundheitlich gefährdete Kinder in Sommerlagern untergebracht werden. Der systematischen Bekämpfung der damals bei Kindern weitverbreiteten Tuberkulose dienten die vom Kreis gepachteten Einrichtungen im Solbad Rothenfelde in Lippspringe; diese Lungenheilstätte umfasste zunächst 60 Betten mit modernster medizinischer Ausstattung. Zusammen mit den Nachbarkreisen erwarb die neu gegründete „Vestische Kinderklinik GmbH“ zudem Erholungsheime für Kinder auf Norderney und an den Externsteinen. Wie stark Klausener hier auch persönlich involviert war, kann man dem Aufsatz „Wohlfahrtspflege (Allgemeine Kreispolitik)“ in der bereits erwähnten Monographie entnehmen:

„Meine liebsten Dienstreisen waren die in unsere Heime, und der Beschluß des Kreistages, unser Kinderheim in Bad Rothenfelde nach dem Namen meiner Frau „Hedwighaus“ zu benennen, ist mir die liebste Erinnerung an den schönsten Zweig meiner Tätigkeit in Recklinghausen.“¹⁴

Innerhalb weniger Jahre hatte sich Klausener als überzeugender Repräsentant des Sozialkatholizismus Anerkennung über alle Partei- und Konfessionsgrenzen hinaus erworben. Im zweiten, 1921 demokratisch gewählten Kreistag hatte das Zentrum seine 1919 erworbene absolute Mehrheit verloren. Mit 18 Sitzen war sie stärkste Fraktion geblieben; es folgten SPD (9), KPD (5), DVP (3), Polenliste (3) sowie mit je einem Sitz USPD, DNVP und DDP.

„Dass die meisten Anregungen auf sozialem Gebiet stets von einer Person kamen“, hatten ihm kommunistische Kreistagsvertreter bei der Verabschiedung zugestanden und der Dorstener Zentrumsabgeordnete Dr. Albert Weskamp konnte im Namen des gesamten Parlaments sagen, dass „die Notleidenden... sich keinen besseren Fürsprecher und Anwalt“ hätten aussuchen können. Wenn er ihn darüber hinaus als „Mann des Friedens und des Ausgleichs“ nennen konnte, so wird ein weiterer Charakterzug seiner Persönlichkeit deutlich. Erich Klausener, Abgeordneter der Zentrumsparterie im Westfälischen Provinziallandtag in Münster, hatte es ganz offensichtlich verstanden, über

Parteigrenzen hinweg Überzeugungsarbeit zu leisten und konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen. Das war durchaus keine Selbstverständlichkeit in der zersplitterten Parteienlandschaft der Weimarer Republik, die stark von weltanschaulichen Gegensätzen und ausgesprochenen Interessenparteien geprägt war. Schon die bürokratischen Hindernisse vor seiner offiziellen Ernennung waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass ihm einflussreiche Kräfte vorgeworfen hatten, sich zu sehr um die Interessen der Arbeiterschaft, weniger um die von Mittelstand und Großindustrie zu kümmern.¹⁵ Auf diese Konfliktlinien spielte Erich Klausener selbst in seiner Abschiedsansprache im Sitzungssaal des damaligen Kreishauses am Herzogswall in Recklinghausen an:



Sitzungssaal des Kreishauses, 1905-1980 am Herzogswall

Foto: G. Möllers

„Jeder weiß, wie ich politisch und weltanschaulich gesinnt bin. Aber ich habe aus allem heraushören können, daß ich stets ein objektiver Landrat gewesen bin (Sehr richtig!).¹⁶ Gerade weil ich keinen Hehl aus meiner Überzeugung gemacht habe, wurde mir die objektive Arbeit um so leichter“.

Als „sozialer Landrat“ blieb er denn auch „im Vest unvergessen“¹⁷, wie Dr. Burghardt seine kreisweit veröffentlichten Beiträge anlässlich des 50. Todestages 1984 betitelte. In Dorsten und Herten wurden Realschulen nach ihm benannt; Straßen tragen in Ahsen, Datteln, Dorsten, Herten, Marl und Recklinghausen seinen Namen.

¹⁴ Klausener, Wohlfahrtspflege a.a.O., S. 119

¹⁵ So z.B. der Vorbehalt des Regierungspräsidenten Felix Graf von Merveldt, selbst 1893-1913 Landrat in Recklinghausen:

Vgl. Pünder, Erich Klausener, a.a.O., S. 264f

¹⁶ „(Sehr richtig!)“ ist ein Zuruf aus dem Kreistag, den das Wortprotokoll vermerkt: Recklinghäuser Volkszeitung 25.11.1924

¹⁷ Werner Burghardt, Im Kreis unvergessen: Landrat Dr. Erich Klausener. Vor 50 Jahren von den Nazis ermordet, in: VK 55 (1984), S. 157-162 und in: RZ 16./17. Juni 1984



Historisches Ministerialensiegel (13. Jhd.): Petrus im Hauptfenster des Sitzungssaals Foto: J. Pohl

Klauseners sozialpolitisches Profil war es auch, das ihn 1924 zum beruflichen Aufstieg als Abteilungsleiter für Jugend- und Erwerbslosenfürsorge im Wohlfahrtsministerium des Landes Preußens nach Berlin führte. Heinrich Hirtsiefer (1876-1941), christlicher Gewerkschafter, Zentrums Politiker und Minister der preußischen Koalitionsregierung, war auf den engagierten Landrat bei der Arbeit im Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk aufmerksam geworden und hatte ihn um diese Amtsübernahme gebeten.

Engagierter Katholik in Recklinghausen

Bei der Namensgebung 1990 in Recklinghausen wollte für das Stadtkomitee der Katholiken ausdrücklich einen „engagierten Laien“¹⁸ ehren. Der katholischen Volksbewegung galt Klauseners Engagement neben

¹⁸ So der Ausschuss Erwachsenenbildung in der Vollversammlung des Gremiums als Antragsteller.

¹⁹ ILDEFONS HERWEGEN (1874-1945), Abt von Maria Laach, Förderer der liturgischen Bewegung

²⁰ ERICH PRZYWARA (1889-1972), Jesuit und Redakteur der „Stimmen der Zeit“ bis zum Verbot 1941

²¹ Der Franziskaner DIONYSIUS ORTSIEFER galt als Domprediger in Münster (1906-12) und Köln (1913-42) und Redner bei Katholikentagen als einer der besten Prediger Deutschlands

seinen beruflichen und familiären Einbindungen. Seine Mitarbeit in der Recklinghäuser Sektion des Katholischen Akademikerverbandes, schließlich als ihr Vorsitzender, setzte sich auf Reichsebene durch die Mitarbeit im Zentralvorstand fort. Persönliche Beziehungen verbanden ihn mit Generalsekretär Prälat Dr. Franz Xaver Münch und anderen führenden Vertretern des deutschen Katholizismus, wie Abt Ildefons Herwegen¹⁹, Erich Przywara SJ²⁰ oder Dionysius Ortsiefer ofm²¹. Es war die Erinnerung an diesen Aspekt seines Recklinghäuser Lebens, die nach dem 2. Weltkrieg zur Gründung des „Klausenerbundes“ führte. Mit dem programmatischen Namen beabsichtigte Dr. Josef Sprenger, damals Direktor am Gymnasium Petrinum, die Öffnung der regen Vortrags- und Debattenkultur über konfessionelle und gesellschaftliche Grenzen hinweg. Die Zusammenarbeit von Klausenerbund und Evangelischer Akademie gab der Ökumene wesentliche Impulse.

Sohn Erich jun. erinnert sich an ein selbstverständlich gelebtes und „frohes Christentum“ im Elternhaus:



Hedwig und Erich Klausener 1933 (Privatfoto)

„Sonntags gingen wir zusammen in die Kirche, aber in der Kirche stand es uns Jungen frei, wohin wir uns setzten. Die Eltern saßen nebeneinander. Dann gab es aber einen Ritus, der nach einer Weile auch in der Gemeinde respektiert wurde. An der Kommunionbank fanden wir alle vier zusammen, so daß wir nebeneinander knieten. Das geschah unaufdringlich, war aber

selbstverständlich. Und am Ende der heiligen Messe sammelte sich die Familie bei der „Immerwährenden Hilfe“, einem Gnadenbild, das hinten in vielen katholischen Kirchen hängt [...]. Es war Tradition in der Familie Klausener, so habe es schon sein Vater gehalten, so haben wir es auch gehalten und ein „Gegrüßet seist Du Maria“ bei der Gottesmutter gebetet, und dann sind wir gemeinsam nach Hause gegangen. Wir sind immer fröhlich aus der Kirche hinausgegangen. [...] Mein Vater konnte durchaus auf die Idee kommen zu sagen: „Kommt, uns unter den Arm zu nehmen und einmal im Kreise herumzudrehen. Meine Mutter war entsetzt: „Was sollen die Leute denken.“ [...] Mein Vater erklärte schlicht und einfach: „Laßt doch die Leute denken, was sie wollen, wir sind fröhlich und haben Freude.“ Das war ein Stück seines Christentums.“²²

So war das kirchliche und gesellschaftliche Engagement im Hause Klausener familiär getragen. Frau Hedwig Klausener (1888–1971) unterstützte nicht nur die Arbeit im Akademieverband, sondern setzte sich als stellvertretende Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes der Stadt ihrerseits besonders für caritative Belange ein. Sowohl sie, als auch Sohn Erich (1917–1988), der spätere Domkapitular in Berlin, berieten Klausener oder schrieben gar an seinen Redeentwürfen.²³

„Katholische Aktion“ im multi-weltanschaulichen Berlin

Der Umzug Dr. Erich Klauseners nach Berlin war schon von den äußeren Voraussetzungen her ein Schritt vom Milieuchristentum zum Entscheidungs-christentum. Aus den mehrheitlich katholischen Gebieten des Rheinlandes und Westfalens war Klausener nunmehr in die nicht katholisch, ja vielfach geradezu

anti- oder areligiös geprägte Millionenstadt Berlin gekommen.

*„Wir wollen Christen sein! Auch in dieser Stadt!
Auch im Lawinsturm ihres Heidentums! Auch
in der Gletscherkälte ihrer Skepsis!“*

schrrieb der weit über die weltanschaulichen Grenzen hinweg bekannte „Großstadtseelsorger“ Carl Sonnenschein (1876–1929)²⁴ am 5. Februar April 1928 im „Berliner Vater Unser“²⁵ seiner „Weltstadtbetrachtungen“, einem eindrucksvollen Zeugnis der Herausforderungen einer großstädtischen Gesellschaft an das Christentum. Als Klausener nach Berlin kam, gehörte die Stadt kirchenrechtlich noch zum Erzbistum Breslau. Nach dem Verschwinden katholischer Gemeinden in Brandenburg und Pommern während der Reformation war erst 1747–1773 mit St. Hedwig überhaupt wieder eine katholische Kirche in Berlin entstanden. Erst Industrialisierung und die Reichseignung 1871 hatten die nunmehrige Hauptstadt des Deutschen Kaiserreiches zu einem rasch wachsenden industriellen und politischen Zentrum gemacht. Hunderttausende verließen ihre Heimat, um Arbeit in den Fabriken der Millionenstadt zu finden. Die sozialen Probleme dieser Migrationsbewegung sah Sonnenschein als unmittelbare Herausforderung an das Christentum:

*„Ihr seht ihre grauen Gesichter nicht. Die
schmalen Witwen. Die hohlen Kinder. Das stein-
gewordene Proletariat jeder Schicht. Arbeitslose!
Ohne Schimmer von Ausblick. Zerquält. In
dem einen Zimmer. In dem Korridor! In dem
Hinterhaus!
Erst, wenn die Leiche im Schauhaus gebahrt
wird! Erst, wenn die Zeitung die Gashähne
nummeriert! Die sich in dieser Nacht öffneten!
Erst dann seht ihr sie. [...] Dann seid ihr, auf ein
paar Minuten, entsetzt!
Laßt das posthume Entsetzen! Seid Christen!
Faßt zu! Helft!“²⁶*

²² Erich Klausener (jun.), Erich Klausener – Ein Leben als Christ und Politiker = Abdruck: S. 125 ff.

²³ Vgl. dazu die Aussagen von Erich Klausener jun. bei seinen Besuchen in Herten, Dorsten, Recklinghausen. Mit Hedwig Klausener übernahm 1952 erstmals eine Frau das Präsidium des 75. Deutschen Katholikentags in Berlin. Sie starb am 6.7.1971 und ist auf dem St. Matthias-Friedhof in Berlin begraben.

²⁴ Dr. phil., Dr. theol. CARL SONNENSCHN (1876–1929), Priester, Sozialpolitiker, Publizist, Schriftleiter des Kath. Kirchenblattes Berlin. Beim Studium am Collegium Germanicum in Rom begegnete er dem Sozialkatholizismus Italiens. In Rat und Tat unterstützte er in Deutschland den Aufbau der christlichen Gewerkschaftsbewegung sowie von Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen. In Berlin war er ab 1918 an der Gründung von Lesehallen, einer Volkshochschule, zweier Siedlungen beteiligt und zudem übte durch seine publizistische Tätigkeiten großen Einfluss auch über den konfessionellen Rahmen hinaus aus.

²⁵ Carl Sonnenschein, Notizen aus den Weltstadtbetrachtungen, Bd. 2, hg. v. Maria Grote, Frankfurt 1952, S. 116 ff = Abdruck S. 54 f

²⁶ Carl Sonnenschein, Notizen a.a.O., 23. Januar 1927, S. 16

Hinzu kam insbesondere für die zuwandernden Katholiken die Gefahr auch der religiösen Entwurzelung. Erst am 13. August 1930 entstand ein eigenes Bistum Berlin mit ca. 550.000 Katholiken, von denen etwa 150.000 regelmäßig die Sonntagsgottesdienste besuchten. Die neue Organisation dieser konfessionellen Minderheit in der Millionenstadt und ihrem Umland sah sich bald heftigen Auseinandersetzungen mit weltanschaulichen Gegnern ausgesetzt. Dr. Erich Klausener dazu 1931:

„Noch nie ist ein so unerhörter Kampf gegen alles Christliche und insbesondere alles Katholische, gegen alle Grundsätze unseres Glaubens und unserer Moral geführt worden, wie in unserer Zeit. Im Materiellen entwurzelte Menschen folgen allen Bannern, die in glühenden Fahnen vorangetragen werden. Sie treibt das Sehnen, irgendwo irgendwie eine Erlösung zu finden. So findet der politische Kampf der radikalsten Kräfte sein Objekt...“²⁷

Die politische Radikalisierung ging einher mit systematischen antireligiösen Kampagnen kommunistischer „Gottlosenverbände“, einer Kirchnaustreibungsbewegung, Jugendweihe-Propaganda, atheistischer Straßenagitation, Theater- und Pressearbeit.

In dieser Situation wurde Dr. Klausener am 24. Oktober 1928 – schon vor der Bistumsgründung – der Vorsitz der „Katholischen Aktion Berlin“ angetragen. Weihbischof Dr. Josef Deitmer war von Carl Sonnenschein auf den engagierten Mann hingewiesen worden.²⁸ Für Dr. Carl Sonnenscheins Verständnis von der Rolle der Kirche gehörte auch das Engagement für eine soziale und eine demokratische Republik dazu: „Die deutsche Republik, die uns Pflicht und Liebe ist, lebe hoch!“²⁹ notierte er zum Verfassungstag 1928 in sein Tagebuch. Einen Monat nach seiner Amtsübernahme legte der neue Vorsitzende Erich Klausener am 21.11.1928 vor 5000 Kundgebungsteilnehmern im Berliner Sportpalast erste programmatische Ziele vor, die zugleich eine deutliche Absage an alle Radikalen war:

„Du sollst katholisch sein in deinem Berufsleben, treu bei der Arbeit, beim Tragen ihrer Mühe Last; du sollst eine katholische Persönlichkeit sein.“

„Dem Glauben des Nationalismus und des Kommunismus setzen wir die Glaubenstat der Katholischen Aktion entgegen.“³⁰

Klausener baute eine Plattform gemeinsamer Initiativen aller katholischen Verbände und Organisationen auf. So wurde angesichts der Massenarbeitslosigkeit von hier aus die Caritashilfe ausgebaut und koordiniert, Maßnahmen insbesondere zur Unterstützung jugendlicher Arbeitsloser durchgeführt, die Winterhilfe der Wohlfahrtsorganisationen unterstützt. Die Katholische Aktion förderte den Aufbau der katholischen Kinderwohlfahrt, der Familienpflege; sie unterstützte die Arbeit der Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbände, gab Initiativen zum Ausbau eines profilierten Presse-, Schul- und Bildungswesens, förderte Jugendpflege und Jugendbildung und bildete Multiplikatoren aus. Klausener selbst übernahm am 10. Mai 1932 in diesem Zusammenhang auch den Vorsitz des katholischen „Presseapostolats“, dem es um die Förderung der katholischen Tageszeitungen, der Kirchenzeitung und anderer Publikationen ging.

Das öffentlich sichtbarste Zeichen des gesellschaftlichen Engagements und des Selbstverständnisses der katholischen Glaubensgemeinschaft waren die Berliner Großveranstaltungen. In dem kleinen Team der „Katholischen Aktion“ mit drei Geistlichen und drei Laien ordnete ihn deren Sekretär Walter Adolph „in die Reihe der großen katholischen Organisatoren“³¹ ein. Die Großveranstaltungen signalisierten auch das Selbstverständnis, mit dem Dr. Klausener die Katholische Aktion leitete:

Optimismus und Aktion, oder wie wir es heute formulieren könnten, die Prinzipien Hoffnung (E. Bloch) und Verantwortung (H. Jonas) vermittelte der 29. Märkische Katholikentag in Potsdam 1929 unter dem Motto „Die Kirche und ihre Jugend“. Ein Jahr später lautete das Leitwort in Berlin „Das Kreuz – unser Sieg“, 1931 folgte Stettin, 1932 erneut Berlin als Veranstaltungsort: Die beiden letzten Märkischen

²⁷ Erich Klausener, Haben wir Berliner Katholiken Grund zum Optimismus?, in: Märkischer Kalender 1931, S. 24-28 = Abdruck, S. 56 ff.

²⁸ Nach Erich Klausener (Jun.), Erich Klausener – ein Leben als Christ und Politiker = Abdruck, S. 125 ff.

²⁹ Carl Sonnenschein, Notizen a.a.O., S. 154

³⁰ Adolph, Erich Klausener, a.a.O., S. 21

³¹ Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem Nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935 – 1943, bearb. v. Ulrich Hehl (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 28). Mainz 1982, S. 18.

WALTER ADOLPH (1902-1975), Priester, 1930 Mitarbeiter des Bischöflichen Ordinariats, und Geistlicher Sekretär der Katholischen Aktion, 1945 Domkapitular, 1961-69 Generalvikar. Als Publizist veröffentlichte er zahlreiche Beiträge zur Situation des Bistums in NS-Herrschaft und SED-Diktatur. Mit dem Mord an Klausener beschäftigten sich auch viele seiner heimlich notierten Aufzeichnungen 1935-37.

Katholikentage, die Klausener vorbereitete, bildeten Höhepunkte seines Engagements in der Kirche. Diese Großveranstaltungen in Grunewald (1933) und Hoppegarten (1934) fanden aber bereits im Zeichen der vollzogenen NS-Machtübernahme statt – und gehören selbst zu den Gründen der Ermordung ihres Organisators.

Demokratischer Staatsbeamter in der Agonie der Republik

Nach zweijähriger Tätigkeit im Wohlfahrtsministerium war Dr. Erich Klausener ab 8. Oktober 1926 als Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium in eine Schlüsselstellung gelangt. Preußen, mit 2/3 der Bevölkerung und Fläche bei weitem das größte Land der jungen Republik, galt als entscheidende „republikanische Festung“ der jungen Demokratie. Im Land Preußen regierte kontinuierlich eine Koalition aus SPD, katholischem Zentrum und liberaler DDP, d. h. der Parteien, die Träger der freiheitlichen Weimarer Verfassung und des demokratischen Staates waren.

Robert M. W. Kempner³², damals Klauseners Mitarbeiter und in der Nachkriegszeit US-Ankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, nennt ihn „hundertprozentig einen Förderer der Republik“³³ zu einer Zeit, in der es in der Ministerialbürokratie nur wenige überzeugte Demokraten gab. Zu ihnen gehörten neben Klausener auch Dr. Wilhelm Abegg³⁴ von der liberalen DDP, von dem er die Position übernommen hatte. Dafür war Dr. Abegg zum Staatssekretär aufgerückt, nachdem mit Albert Grzesinski³⁵ (1926-30) ein Sozialdemokrat das Innenministerium übernommen hatte, dem 1930-32 Carl Severing



Preußischer Adler, Hauptportal des Polizeipräsidiums Recklinghausen

Foto: G. Möllers

(SPD)³⁶ folgte. In der gefährdeten Lage der jungen Republik sah Klausener die Rolle der Polizei als eine entscheidende Säule der Demokratie.³⁷ Das wesentlich von Erich Klausener, Robert Kempner und Christian Kerstiens entwickelte Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 schuf dazu die Voraussetzungen und gehört zu den erfolgreichsten Gesetzen des modernen Verwaltungsrechts; auch den amtlichen Gesetzeskommentar schuf das Trio selbst.³⁸ Die Pole Polizeieffizienz und Rechtsstaatlichkeit mit dem Schutz persönlicher Freiheitsrechte wurden hier austariert aufeinander bezogen. Diese Leistungen wurden nach dem Zusammenbruch des totalitären Staates und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1952 mit der Benennung der Landespolizeischule in Düsseldorf nach Erich Klausener besonders gewürdigt.³⁹

In der politischen Agonie der Republik bis 1933 gehörte Klausener zu den Befürwortern einer wehrhaften Demokratie gegen die radikalen Republikfeinde in KPD und NSDAP. Bei der offiziellen Übergabe des Polizeipräsidiums und der Polizeiunterkünfte in Recklinghausen 1929 hatte Klausener die Rolle der preußischen Polizei als des in vielen Regionen „ein-

32 DR. ROBERT M.W. KEMPNER (1899-1993), Jurist, Staatsanwalt, dann Beamter im preußischen Innenministerium, 1933 wegen politischer Unzuverlässigkeit und als Jude entlassen, 1935 Inhaftierung, dann Emigration, 1939 US-Regierungsberater, 1945/46 stellv. Hauptankläger der USA beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

33 Robert M.W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1983, S. 46

34 DR. WILHELM ABEGG (1876-1951) wurde im Juli 1932 nach dem „Preußenschlag“ aus dem Staatsdienst entlassen, emigrierte 1933 in die Schweiz und unterstützte von hier aus den Widerstand.

35 ALBERT GRZESINSKI (1879-1947) begann seinen Aufstieg als Funktionär des Metallarbeiter-Verbandes. 1919-33 gehörte für die SPD der preuß. Landesversammlung bzw. dem Landtag an, wurde 1922 Präsident des Landespolizeiamtes, 1925/26 Polizeipräsident in Berlin, 1926 Innenminister Preußen. 1930-32 erneut Polizei-präsident. Am 20. Juli 1932 wurde er beim „Preußenschlag“ abgesetzt. 1933 emigrierte er und starb 1947 in New York.

36 CARL SEVERING (1875-1952), Aufstieg über die Arbeit im Metallarbeiter-Verband, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, dann MdB bis 1933, gleichzeitig Abg. des preuß. Landtages 1919-33, 1928-30 Reichsinnenminister 1920-26 und 1930-1932 Innenminister Preußens, faktisch abgesetzt beim „Preußenschlag“ 1932, de jure 1933

37 Pünder, Erich Klausener, a.a.O., S. 277ff verweist dazu auf verschiedene Aufsätze Klauseners im Staatslexikon des Herder-Verlages 1931

38 Vgl. Stefan Naas, Die Entstehung des Polizeiverwaltungsgesetzes von 1931, Tübingen 2003

39 Vgl. Die Streife, hg. v. Innenminister des Landes NRW, 1967 Nr. 6. Die Schule wurde mehrfach verlegt und verändert: Heute liegt das Bildungszentrum „Erich Klausener“ in 33758 Schloß Holte-Stukenbrock

zigen Garanten staatlicher Macht“⁴⁰ programmatisch in diesem Sinne eindeutig definiert: Den Prinzipien der „Gerechtigkeit“ und der „Freiheit“ verpflichtet, sei sie „stark genug, jeden Versuch der Umwälzung zu bekämpfen; niemand möge den Versuch unternehmen, die Macht und Schlagfähigkeit unserer Polizei auf die Probe zu stellen. Die Polizei ist für alle Fälle gewappnet und gerüstet.“ Schon ein Jahr später unterstützten rechte und linke Extremisten gemeinsam Volksentscheide und Landtagsbeschlüsse zum Sturz der preußischen Regierung, und SA und Rotfrontkämpferbund lieferten sich untereinander und gegenüber der Polizei blutige Kämpfe. Bereits 1927 - also noch vor dem großen Durchbruch der NSDAP 1930 - gehörte Klausener zu den Protagonisten des Kampfes gegen diese neue rechtsradikale Gruppe und sorgte für ein Verbot der Auftritte Adolf Hitlers als Redner.⁴¹ Später unterstützte der Ministerialrat im Ministerium Kempners Idee, „eine Anklage gegen Hitler wegen Meineids und Hochverrat“⁴² durchzusetzen, um ihn dann als österreichischen Staatsbürger ausweisen zu können.



Klausener bei der Inspektion der Schutzpolizei, Rheydt

Foto: W. Adolph

Als Reichskanzler Franz von Papen mit einer „Notverordnung“ am 20. Juli 1932 die preußische Landesregierung staatsstreichartig unter dem Vorwand absetzte, sie könne nicht mehr für die Sicherheit



Die republikanische Führung des preußischen Innenministeriums beim Amtswechsel des Polizeipräsidenten 1930: v.l. Staatssekretär Abegg, neuer Polizeipräsident Grzesinski, Innenminister Severing, Polizeipräsident Karl Zörbiegel und Ministerialrat Klausener

Foto: W. Adolph

der Bürger garantieren, plädierte Erich Klausener⁴³ innerhalb des Innenministeriums zusammen mit Polizeikommandeur Heimannsborg (SPD) und unterstützt von Albert Grzesinski (SPD)⁴⁴, 1926-30 selbst Innenminister Preußens, den entschlossenen Einsatz der Polizei gegen diesen Kanzler und meinte, dies politisch flankiert durch einen Generalstreik wie 1920 beim „Kapp-Putsch“ durchsetzen zu können. Innenminister Carl Severing und die ADGB-Gewerkschaftsführung hatten aber angesichts ihrer Einschätzung der Machtverhältnisse bereits resigniert⁴⁵ und votierten für den legalen Weg von Wahlen und einer Klage vor dem Verfassungsgericht. Dass Klausener überhaupt noch im Ministerium verbleiben konnte, obwohl Reichskanzler und nunmehr Reichskommissar in Preußen Franz von Papen ihn als „ganz linksstehenden Mann“ einschätzte, der „aus Berlin verschwinden“⁴⁶ müsse, war der persönlichen Intervention von Bischof Schreiber und dem Einfluss der Zentrumsführung zu verdanken, die von Papen nicht glaubte völlig ignorieren zu können.

Wenige Monate später am 30. Januar 1933 wirkte Franz von Papen als Vizekanzler an der Regierungsbildung der Koalitionsregierung von NSDAP und

⁴⁰ RVZ und RZ 22.10.1929: Das bezog sich damals auch darauf, dass die Reichswehr im Rheinland nicht stationiert werden durfte. Die RVZ titelte Klauseners Ansprache mit „Die Polizei ist Dienerin der Republik. Bemerkenswerte Worte von Ministerialdirektor Dr. Klausener“

⁴¹ Vgl. Abdruck S. 52

⁴² Robert Kempner, in: Petrusblatt 30 Jg., Nr. 26, 30.6.1974, S. 5 f

⁴³ Joachim Fest, Hitler, Bd I, Frankfurt a. M./Berlin/Wien, S. 472 nennt außer Klausener (Zentrum) und Grzesinski (SPD) auch Polizeikommandeur Heimannsborg (SPD) als diejenigen, die im Innenministerium den Einsatz der Polizei und den Generalstreik der Gewerkschaften als Kampfmittel vorgeschlagen hatten.

⁴⁴ Albert Grzesinski war beim „Preußenschlag“ am 20.7.1932 vorübergehend inhaftiert und dann seines Postens als Polizeipräsident enthoben worden. Er emigrierte 1933.

⁴⁵ Vgl. Wolfgang Benz/Manuel Geiss, Staatsstreich gegen Preußen 20. Juli 1932, Bergisch Gladbach 1982, S. 28ff.

⁴⁶ Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen, a.a.O., S. 34

Deutschnationalen mit. Obwohl die NSDAP mit Adolf Hitler als Reichskanzler und Wilhelm Frick als Reichsinnenminister in der Regierung zunächst nur zwei Positionen besetzte, war die konservative Ministerriege deren unbedingten Machtwillen nicht gewachsen:

So konnte Hitler nahezu widerstandslos seine Forderung nach der dritten Reichstagsauflösung und – neuwahl innerhalb eines dreiviertel Jahres (!) durchsetzen (31.5.1932, 6.11.1932, 5.3.1933), so dass das wirtschaftlich und politisch chaotisierte Land nun erneut propagandistisch aufgewühlt werden konnte.

So übernahm mit Hermann Göring (NSDAP) ein brutaler und skrupelloser Nationalsozialist das Amt des Reichskommissars für Preußen und damit das Innenministerium. Damit war die Polizeigewalt im größten Teil des Reiches in die Hand eines Nationalsozialisten gefallen: In der sofort folgenden Entlassungswelle an der Spitze der Behörden, in deren Verlauf auch in Recklinghausen Polizeipräsident Ernst Wündisch (SPD)⁴⁷ durch den Nationalsozialisten Kurt Klemm ersetzt wurde, war auch Klauseners Position im Innenministerium unhaltbar geworden. Entschlossen baute Hermann Göring zudem die Polizei noch vor und während der letzten Reichstagswahl im März 1933 zum Terror-Instrument gegen alle politischen Gegner aus und ernannte ausgerechnet die NS-Schlägertruppe SA zur „Hilfs-Polizei“. Den Verboten der KPD, dann der SPD folgte bis Sommer 1933 das Ende aller Parteien und Gewerkschaften. Am 11. September 1933 war auch Heinrich Hirtsiefer, Klauseners erster Vorgesetzter und stellvertretender Ministerpräsident Preußens verhaftet worden. Es folgten weitere Verhaftungen und öffentliche Demütigungen in seiner Heimatstadt Essen.⁴⁸ Klausener selbst wurde in das „unpolitische“ Reichsverkehrsministerium (Abteilung Wasserstraßen) abgeschoben, das mit Paul Freiherr von Eltz-Rübenach noch von einem konservativen katholischen Minister geleitet wurde. Hier arbeitete er sich mit der ihm eigenen Effizienz schnell ein und war noch kurz vor dem Mord von einer Dienstreise wegen der Aufsichtsratssitzung der Rhein-Main-Donau-AG aus Bayern mit dem Eindruck zurückgekehrt, dass Gauleiter Wagner dort seine Entfernung betrieb.⁴⁹

Glaubensbekenntnis versus totalitärer Anspruch des Regimes

Mit den Mitteln von mitreißender Propaganda und brutaler Gewalt versuchten NSDAP und SA-Verbände 1933/34 ihren Machtanspruch in einer „Gleichschaltungswelle“ aller gesellschaftlichen Gruppen durchzusetzen. So führte das Regime propagandistisch geschickt 1933 den 1. Mai als staatlichen Feiertag der „nationalen Arbeit“ ein, so dass die unter Druck geratenen sozialistischen und christlichen Gewerkschaften zur Teilnahme an den Großkundgebungen aufriefen. Die Katholische Aktion Berlin lud die „Katholiken Berlins, Arbeiter der Hand und des Geistes“ zu Gottesdiensten ein: „Bekennet Euch am 1. Mai zur Soziallehre der Kirche, zum christlichen Staat, zur deutschen Volksgemeinschaft!“⁵⁰ Einen Tag nach der Demonstration von „Volksgemeinschaft“ besetzten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die unabhängigen Arbeiterorganisationen. Die Doppelstrategie aus propagandistischer Umarmung der Anhängerschaft und Zerschlagung oder Vereinnahmung der Organisationen sollte auch die Kirchen treffen. In der synodal in Landeskirchen unterteilten evangelischen Kirche führte dies zu langjährigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen zwischen den nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ und der „Bekennenden Kirche“.

Der Katholizismus hatte zusammen mit der organisierten Arbeiterschaft bis in der Schlussphase der Republik der Propagandamaschinerie der NSDAP widerstanden. Seit 1930 hatten die Bischöfe den Nationalsozialismus mehrfach als christentumsfeindliche Weltanschauung und Irrlehre ausdrücklich verurteilt. Entsprechend waren NS-Funktionäre wie Kommunisten von den Sakramenten ausgeschlossen worden. Bis hinein in die letzten Wahlen 1933 hatten die Bischöfe zudem öffentlich „vor Agitatoren und Parteien“ gewarnt, „die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind“. Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes wurde am 16. Februar 1933 der „Bekenntnis- und Mahnruf der katholischen Volksverbände“ von

47 ERNST WÜNDISCH (1883-1955), Jurist, Dezember 1931 – 27.2.33 Polizeipräsident in Recklinghausen, 8.3.33 Versetzung in den Ruhestand; KURT KLEMM (1894-1973), Jurist, DVP, ab 1931 NSDAP-Mitglied, ab 28.2.33 Polizeipräsident Recklinghausen, ab 1935 Regierungspräsident in Münster, ab 1941 Generalkommissar in der besetzten Ukraine

48 HEINRICH HIRTSIEFER (1876-1941), 1921-1932/33 Minister für Volkswohlfahrt Preußens. Mit dem Schild „Hungerleider Hirtsiefer“ wurde der christliche Gewerkschafter und langjährige stellvertretende Ministerpräsident Preußens durch die Straßen Essens geführt. Es folgte KZ-Haft in mehreren Lagern, an deren Folgen er 1941 starb.

49 Vgl. Erich Klausener [jun.], Erich Klausener, a.a.O. = Abdruck S. 125 ff.

50 Vgl. Adolph, Erich Klausener, S. 91

13 großen katholische Organisationen veröffentlicht, der im Blick auf die NSDAP vor „Bolschewismus... auch unter nationalen Vorzeichen“⁵¹ warnte. Die Reaktionen waren Beschlagnahmungsaktionen gegen katholische Tages- und Wochenzeitungen und die Auflösung von Veranstaltungen der katholischen Zentrumsparterie. So lag das Stimmresultat der NSDAP in Wahlkreisen mit katholischer Bevölkerungsmehrheit bis zuletzt reichsweit deutlich unter anderen Wahlkreisen.

Nach dem Sieg der NSDAP/DNVP-Koalition bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erhöhte Hitler auch den Druck auf die katholische Minderheit (33% der Deutschen). So nahm er am Tag der Reichstagsöffnung nicht an der traditionellen Messe der katholischen Abgeordneten teil und erklärte demonstrativ und drohend: „Die katholischen Bischöfe... haben Führer und Mitglieder der NSDAP als Abtrünnige bezeichnet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürfen... Diese Erklärung wurde bis heute nicht widerrufen.“ Einerseits erhöhte das nun an die Macht gekommene Regime den Druck auf katholische Verbände und löste sie am 1. Juli 1933 auf. In Recklinghausen mündete das in der Verhaftung von „Hetzkaplan Bombitzky“ - so die National-Zeitung -, der in der Pauluskirche Vergleiche mit „bolschewistischen Methoden“ gezogen hatte.⁵² Andererseits gehörte der Terror zu den Begleiterscheinungen der Verhandlungen der Regierung mit dem Vatikan über einen Staatsvertrag. Als dieses Konkordat zustande kam, vom Vatikan als Rechtsschutz zum Überleben der Kirche im „Dritten Reich“ gedacht, vom NS-Regime als offizielle Anerkennung gewertet und propagandistisch genutzt, verstärkte es die durch den politischen Umsturz ausgelösten Verunsicherungen im Katholizismus noch. Der Vertrag mit dem Vatikan weckte bei manchen Illusionen über eine Einigung zwischen Kirche und Staat. Während eine konservative Minderheit um Vizekanzler Franz von Papen nun gar Übereinstimmungen mit dem Regime betonte, schwankten weite Teile des Katholizismus zwischen Resignation angesichts des Sieges der bis 1933 bekämpften NSDAP und Hoffnungen auf eine irgendwie geartete „Mitarbeit“ der katholischen Minderheit im neuen Staat.

Gleichzeitig wurde aber 1933/34 deutlich, dass der NS-Anspruch auf organisatorische und weltanschauliche Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft und der katholische Wille zur Wahrung der eigenen Identität unvereinbar waren. Feld der Auseinandersetzungen war u. a. die Existenz katholischer Verbände, die das Konkordat doch anscheinend wieder gesichert hatte. Im März 1934 war ein katholisches Jugendtreffen bei Berlin mit 1500 Teilnehmern von der HJ gewaltsam gesprengt worden; der Bericht in der Kirchenzeitung hatte zu deren Beschlagnahmung geführt. Angesichts der öffentlichen Angriffe des Reichsleiters der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, gegen die Weiterexistenz christlicher Arbeiterverbände wagten nur wenige wie Dr. Erich Klausener den öffentlichen Widerspruch. Auf dem Märkischen Katholikentag am 25. Juni 1933, zu dem er einerseits den neuen Reichskanzler eingeladen hatte, wies Klausener andererseits diese Versuche, die „katholischen und evangelischen Arbeitervereine schlechthin als Staatsfeinde“⁵³ zu erklären, unter dem Beifall der 50.000 Teilnehmer öffentlich zurück. Darauf reagierte NSDAP-Partei-Ideologe Alfred Rosenberg gegenüber dem „Zentrumsmann“ im NS-Parteiorgan Völkischer Beobachter unverhohlen mit einer Drohung:

Am 27. Juni 1933 warnte er den „bald vergessenen Ministerialrat“ vor „Konsequenzen“, die „unerträgliche Redensarten heraufbeschwören könnten“. Ungeachtet dieser gefährlichen Einschüchterungsversuche mobilisierte Erich Klausener am 11. Februar 1934 im Berliner Sportpalast zur Begrüßungsfeier für den neuen Bischof Nicolaus Bares und am 24. Juni 1934 beim 32. Märkischen Katholikentag auf der Hoppegarten-Rennbahn Zehntausende. Der unübersehbare Bekenntnischarakter dieses Tages von Hoppegarten, an dem 60.000 Menschen mit Hunderten von Bannern der Verbände den Selbstbehauptungswillen ihrer Glaubensgemeinschaft öffentlich demonstrierten, wurde von den Nationalsozialisten als Kampfansage an ihren totalitären Machtanspruch verstanden. Klauseners Forderung in einer spontanen Schlussansprache, dieses Bekenntnis zum Glauben „mit in den Alltag“ zu nehmen, bedeutete letztlich die Absage an den Monopolanspruch einer ausschließlich nationalsozialistischen Prägung des gesellschaftlichen Lebens.

51 Abgedruckt auch in: Recklinghäuser Volks-Zeitung, 16.2.1933

52 Vgl. Helmut Geck/Georg Möllers/Jürgen Pohl, Wo Du gehst und stehst...Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945, Recklinghausen 2002, S. 114 f

53 Nach Adolph, Erich Klausener, S. 84

Hitlers Mordaktion vom 30. Juni 1934

Nicht zuletzt unter dem unmittelbaren Eindruck dieses „Tages von Hoppegarten“, über den Gestapobeamte ausführlich Bericht erstatteten, kam der Name des „gefährlichen Katholikenführers“ – so Hermann Göring später im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess – auf dessen Veranlassung hin auf eine Erschießungsliste. Erich Klausener wurde damit eines der Opfer der berichtigten reichsweiten Mordaktion vom 30. Juni 1934, die in Geschichtsbüchern häufig den irreführenden NS-Begriff von der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ trägt.

In der Tat sah sich die SA, die bewaffnete Hauptkampftruppe der NSDAP vor 1933, nach der so genannten „Machtergreifung“ Hitlers im Hinblick auf die Umsetzung ihren eigenen Ambitionen enttäuscht. Wesentliche Positionen in Staat und Wirtschaft waren entweder von mächtigen NS-Parteführern oder den alten konservativen Macht- und Facheliten besetzt. SA-Chef Ernst Röhm suchte den Unmut seiner Führerschaft dadurch zu kanalisieren, dass er einer „zweiten Revolution“ gegen die „Reaktion“ und der Umwandlung der Reichswehr und Teilen der SA in eine gemeinsame, von ihm geführte Miliztruppe das Wort redete. Das aber hätte das Ende der besonderen Rolle der Reichswehr bedeutet, die während der Zeit der Republik als „Staat im Staate“ überlebt hatte, geführt von konservativ-monarchistischen Offizieren und laut Verfassung dem Reichspräsidenten als ihrem Oberbefehlshaber unterstellt. Dies war seit 1925 mit Paul von Hindenburg zudem ein hoch dekoriertes kaiserliches Generalfeldmarschall des Ersten Weltkrieges mit dem Nimbus des Siegers der „Schlacht bei Tannenberg“ in Ostpreußen 1914.

Der Konflikt zwischen SA, NSDAP-Parteführerschaft und den alten Eliten in Armee und Ministerialbürokratie spitzte sich 1934 zu. Mit Hindenburg im Rücken wagte Vizekanzler von Papen sogar, in einer Rede vor Studenten am 17. Juni 1934 in Marburg zu mahnen: „Kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten“, zumal unter dem „Deckmantel der deutschen Revolution“. Dabei wandte er sich auch gegen den „widernatürlichen Totalitätsanspruch“ im „religiösen

Bezirk“⁵⁴. Die erste Reaktion erfolgte unmittelbar: Obwohl Joseph Goebbels, inzwischen NS-Minister im neu gegründeten Reichspropagandaministerium, jede Veröffentlichung dieser Ansprache verbot, kursierten maschinengeschriebene Abschriften,⁵⁵ in der Papen warnte, dass „einer zweiten Welle [der Revolution] leicht eine dritte folgen kann, dass, wer mit der Guillotine droht, am ehesten unter das Fallbeil gerät.“ Das erste Opfer wurde dann allerdings Dr. Edgar Julius Jung, der Verfasser der Rede des Vizekanzlers, den Heinrich Himmler am 25. Juni 1934 verhaften ließ. Der sich abzeichnende Tod des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg zwang Hitler zu einer Entscheidung zwischen den rivalisierenden Kräften, denn Papen besaß das Vertrauen Hindenburgs, der ihn am 30. Juni 1934 auf Gut Neudeck in Ostpreußen empfangen wollte. Noch besaß der Reichspräsident mit Art. 48 der Reichsverfassung das rechtliche Mittel zu einer anderen Art der Regierungsbildung und mit dem Oberbefehl über die Reichswehr auch das Machtinstrument zur Durchsetzung. Mit dem bevorstehenden Tod stand zudem die Frage nach dem Oberbefehl über die Reichswehr auf dem Spiel. Für Eroberungspläne für den „Lebensraum im Osten“ brauchte Hitler unbedingt die militärischen Fachleute der Reichswehr als Kern des Aufbaus der späteren Wehrmacht. Gleichzeitig wollte er damit die Machtfrage im Reich unwiderruflich in seinem Sinne klären. So entschied er im Konflikt zwischen den „Alten Kämpfern“ und der Reichswehr gegen die SA und organisierte mit Unterstützung der damals noch der SA unterstellten kleinen SS-Truppe die Mordaktion gegen Röhm und die SA-Spitze.

Die Generalität dankte Hitler ihren scheinbaren Sieg über die SA, so dass alle Soldaten unmittelbar nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 2. August 1934 einen persönlichen Gehorsamseid auf den „Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, den Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht“ ablegen mussten. Erst am Tag zuvor hatte die Regierung die Verfassungsänderung „mit Wirkung vom Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten“ beschlossen. Hitler seinerseits dankte der Reichswehr für diesen auf „ihren Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueid“ und versprach, „die Armee als einzigen Waffenträger der Nation zu verankern.“⁵⁶

⁵⁴ Walter Hofer (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1957, S. 67

⁵⁵ Eine findet sich im Nachlass des von der NSDAP aus dem Amt getriebenen Recklinghäuser Stadtrats Josef Dünnebacke im Stadtarchiv Recklinghausen: NL IX/D-2-01/117

⁵⁶ Brief an Reichswehrminister Generaloberst v. Blomberg vom 20.8.1934, zitiert nach: Hofer (Hg.), a.a.O., S. 71

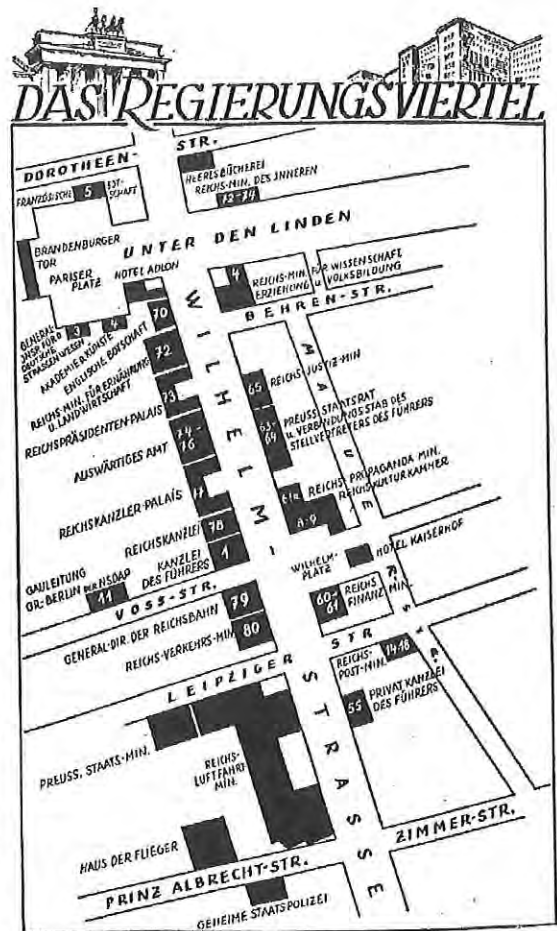
Für Hitler waren deshalb die erfolgreiche Mordaktion, ihre nachträgliche (!) „Legalisierung“ durch ein besonderes Reichsgesetz und die folgende, komplikationslose Übernahme des militärischen Oberbefehls die entscheidenden Schritte zum totalen Führerstaat. Für Himmler und die SS bedeutete der 30. Juni 1934 den Durchbruch zu ihrem Aufstieg im „Dritten Reich“. Himmler als Reichsführer SS erhielt den Rang eines Reichsleiters; die SS wurde eine selbständige Organisation und dabei ein immer mächtiger werdender „Waffenträger“.

Der Öffentlichkeit gegenüber wurden die Erschießungen durch die SS-Kommandos als Schlag gegen einen angeblich unmittelbar bevorstehenden „Röhm-Putsch“ dargestellt, was angesichts des brutalen SA-Terrors in den letzten Jahren der Republik und v. a. während der „Machtergreifung“ 1933 vielen Bürgern als durchaus glaubhaft erschien.

Gleichzeitig hatten die neben Hitler entscheidenden Hauptakteure Hermann Göring, Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich weitere Regimegegner als vermeintliche Mitverschwörer auf zusätzliche Erschießungslisten gesetzt, nachdem sie sich der stillschweigenden Duldung auch durch die Reichswehrführung glaubten sicher zu sein.

Darunter waren auch Ex-General v. Bredow, Ex-General und Ex-Kanzler von Schleicher und seine Ehefrau, der NSDAP-Abweicher Gregor Strasser sowie der Münchner Rechtsanwalt und Publizist Edgar Jung, der die „Marburger Rede“ des Vizekanzlers Franz von Papen entworfen hatte.

Zu den bekanntesten Katholiken unter den Mordopfern gehörte auch Adalbert Probst, der 34-jährige Reichsführer der katholischen Jugendsportorganisation DJK, die der Gleichschaltung der Jugend durch die Hitlerjugend im Wege stand. Mit Fritz Gerlich, Herausgeber der bereits 1933 verbotenen katholischen Wochenzeitung „Der gerade Weg“, wurde ein unbeugsamer publizistischer Gegner liquidiert. Gerlich hatte in seiner vor allem in Süddeutschland verbreiteten Zeitung unmissverständlich und massiv in Berichten, Aufrufen und scharfen Karikaturen Front gegen die NSDAP gemacht: „Der Nationalsozialismus ist eine Pest“ titelte er seinen Aufruf zur



(Rürup, Reinhard (Hrsg. Topographie des Terros, a. a. O.)

Reichstagswahl am 31. Juli 1932, in dem es hieß: „Nationalsozialismus heißt: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Inneren, Bürgerkrieg, Völkerkrieg, Lüge, Hass, Brudermord und grenzenlose Not.“

Dieser fast vergessene „mutige Streiter wider den Ungeist“⁵⁷ wurde bereits bei der gewaltsamen Machtübernahme des Landes Bayern durch die NSDAP am 9. März 1933 inhaftiert und gefoltert. Im Zuge der Mordaktion in den Abendstunden des 1. Juli 1934 im KZ Dachau⁵⁸ wurde er erneut gefoltert und dann erschossen. Adalbert Probst war während seines Besuchs bei Präses Prälat Ludwig Wolker im Kurhotel in Braunlage von vier Männern verhaftet worden und hatte sich von ihm mit den Worten verabschiedet:

57 S.1 der Titel der Sondersseite von Johannes Bernard in „Kirche und Leben“ am 20. Juni 2009

58 In einem ökumenischen Gottesdienst am 5.7.2009 in Dachau wurde der ermordeten Fritz Gerlich und Edgar Jung gedacht; am 1.7.2009 feierte Erzbischof Reinhard Marx in St. Bonifaz einen Gedenkgottesdienst für Fritz Gerlich.

59 Der Vergangenheit eine Zukunft. 75 Jahre Jugendhaus Düsseldorf, Düsseldorf, 1984, S. 48

„Ich bleibe treu bis zuletzt.“⁵⁹ Am selben Tag wurde er angeblich „auf der Flucht“ erschossen. Im Gegensatz zu diesen Morden im Verborgenen vollzog sich die kaltblütig organisierte Hinrichtung Dr. Erich Klauseners am helllichten Tag mitten im Berliner Regierungsviertel.

Mordaktion im Regierungsviertel

Hauptsturmführer Kurt Gildisch⁶⁰ von der SS-Leibstandarte erhielt den Mordbefehl direkt von Gestapo-Chef Reinhard Heydrich. Mit einem Gestapo-Beamten und 18 SS-Leuten fuhr er vom Gestapo-Hauptquartier an der Albrechtstraße zum wenig entfernten Reichsverkehrsministerium, das gegenüber dem Reichsfinanzministerium und in unmittelbarer Nähe des Reichskanzlei und anderer Ministerien an der Wilhelmstraße lag. Gildisch betrat in voller SS-Uniform mit Koppel, Dienstpistole und Stahlhelm das Ministerium und eilte mit einem Gestapo-Beamten in Klauseners Dienstzimmer im 1. Stockwerk.

Dort erklärten beide das Opfer gegen 13 Uhr mittags wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“⁶¹ für verhaftet. Nachdem Klausener einige persönliche Dinge auf seine Bitte hin in der Schreibtischschublade deponieren durfte, wartete Gildisch den Moment ab, als der Ahnungslose ihm den Rücken zuwandte, um seine Jacke anzuziehen und erschoss ihn mit einer versteckt mitgebrachten Pistole aus 1,50 Meter Entfernung.

Die sofortige telefonische Vollzugsmeldung des Mörders beantwortete Heydrich mit dem Befehl, die Tat als Selbstmord auszugeben. Zwei SS-Posten vor der Tür verhinderten den Eintritt selbst des Ministers, der den Schuss gehört und herbei geeilt war. Dies galt ebenso im Verlaufe des Tages für Frau Klausener und ihrem Sohn. Stattdessen wurde die Leiche von der Gestapo abgeholt und unverzüglich eingäschert, ohne dass den Angehörigen ein Abschied ermöglicht worden wäre. So erging es auch der Ehefrau von Adalbert Probst. Erst Tage später konnte eine Urne von der Familie Klausener im ehemaligen preußischen

Herrenhaus, unweit der Mordstelle im Regierungsviertel, abgeholt werden.

Diese Begleitumstände des Mordes wurden allerdings erst nach 1945 bekannt. 1934 sahen sich Familie und Katholische Aktion mit offiziellen Aussagen konfrontiert, die sie angesichts der Verbrennung der Leiche nicht selbst überprüfen konnten. Alle Morde des 30. Juni 1934 waren zudem nachträglich durch das erwähnte Reichsgesetz als „Staatsnotwehr“ generell legitimiert worden, ein einzigartiger Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien, zumal sich Hitler im Reichstag unwidersprochen als des „Reiches oberster Gerichtsherr“⁶² ausrief. Das war denn auch die unverhüllte Proklamation des Endes jeder Gewaltenteilung: Hitler beanspruchte nach der Vereinigung von Exekutive und Legislative durch das so genannte „Ermächtigungsgesetz“ vom März 1933 nun auch die Jurisdiktion ganz offen für sich. Zudem verbreiteten Gestapo, Reichsverkehrsminister und Reichskanzlei einheitlich die amtliche Version, Klausener habe sich der Verhaftung wegen seiner Teilnahme am Umsturzversuch durch Selbstmord entzogen: Damit wurde der preußische Beamte als Vaterlandsverräter, der gläubige Katholik als Selbstmörder diffamiert.



Reichsverkehrsministerium Wilhelmplatz

Foto: W. Adolph

Gegen die NS-Propaganda

Während Bischof Nicolaus Bares und Hedwig Klausener in internen Schreiben im Juli 1934 u. a. direkt an Hitler⁶³ (vergeblich) und später auch an Göring die Aufklärung des Geschehens verlangten, wurden ihre öffentlichen Aktionen

⁶⁰ Kurt Gildisch (1904-1956) kannte Klausener nicht; ihm gegenüber wurde der als „gefährlicher Katholikenführer“ bezeichnet. Nach dem Klausenermord am Mittag erledigte Gildisch am 30. Juni die Verhaftungen von drei SA-Führern, die ermordet wurden. 1951 wurde er wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Zuchthaushaft verurteilt. Nach Feststellung eines unheilbaren Krebsleidens traten Witwe und Sohn Klauseners für seine Haftentlassung ein; kurz darauf starb er im März 1956.

⁶¹ Vgl. Robert Kempner, SS im Kreuzverhör, München 1964, S. 404 ff. = Abdruck S. 68 ff.

⁶² Abdruck S. 67

⁶³ Vgl. Dokumente, S. 78 f

vom Regime als demonstrative Akte aufgefasst. Dazu gehörte auch das geplante Requiem in der St. Hedwigs-Kathedrale, auf das die Familie aufgrund ihrer eigenen Bedrohung verzichtete. Der Versuch der Gestapo, eine Sondernummer der Kirchenzeitung zu verhindern, misslang allerdings, so dass die Auflage von 120.000 Exemplaren weit über die Bistumsgrenzen hinaus Verbreitung fand, ehe ein Nachdruck erfolgreich verhindert werden konnte. Selbst die private Todesanzeige mit dem Vermerk „Er wurde uns nach einem Leben der Liebe und des Opfers für Kirche, Familie und Vaterland am 30. Juni 1934 plötzlich entrissen“ konnte nur in wenigen Tageszeitungen, wie der katholischen „Recklinghäuser Volks-Zeitung“⁶⁴ am 4. Juli 1934, hier mit einem ungewöhnlich breiten Trauerrand, unzensuriert erscheinen.⁶⁵

Die Ermordung hatte Klausener als Leiter der Katholischen Aktion gegolten. Bezeichnenderweise hatte die Gestapo nicht die Familie, sondern das Bischöfliche Ordinariat von dem „Selbstmord“ unterrichtet. „Dies lässt erkennen“, so Werner Pünder, damals Anwalt des Bischofs, „dass das Vorgehen gegen Klausener in erster Linie auf sein mutiges Auftreten als Leiter der Katholischen Aktion während des unmittelbar voraus gegangenen Katholikentages zurückzuführen war.“⁶⁶ So wurde sie von der kirchlichen Öffentlichkeit auch verstanden. Auch der „Osservatore Romano“, die offizielle Zeitung des Vatikans widersprach unverblümt der „doppelten Diffamierung“⁶⁷, deren „Absurdität“ ganz offensichtlich sei. Nur im Saarland, das damals noch als Folge des Weltkrieges unter französischer Kontrolle stand, wurde über die Morde offen berichtet.

In den Augen der katholischen Öffentlichkeit machte allerdings allein die Tatsache, dass für den angeblichen Selbstmörder am 3. Juli 1934 eine Messe von Bischof und Domkapitel in der Hauskapelle des Ordinariats gefeiert wurde, der vier Tage später auf dem katholischen St. Matthias-Friedhof ein Requiem und das kirchliche Begräbnis im Beisein des Bischof und des Domkapitels folgte, die staatliche Propaganda un-

gläubwürdig. Die Hervorhebung dieser Liturgie in der Sonderausgabe des Kirchenblattes war ein demonstrativer Akt⁶⁸. Albert Coppenrath, seit 1929 Pfarrer von St. Matthias in Berlin-Schöneberg, ließ zudem keinen Zweifel an seiner Wertung des Geschehens. Unter ausdrücklicher Berufung auch auf den „Osservatore Romano“ hatte er seine Gemeinde am 8. Juli 1934 in einer Kanzelvermeldung nicht nur ausführlich über die Beteiligung von Bischof und Domkapitel an der „Beisetzung der Aschereste“ informiert. Er fügte auch unter Berufung auf den „Osservatore Romano“ hinzu, „dem Gerücht, dass Klausener an staatsfeindlichen Bestrebungen beteiligt gewesen sei und sich selbst das Leben genommen habe, werde niemand Glauben schenken, der diesen treukatholischen und kerndeutschen Mann gekannt habe.“⁶⁹ Drei Monate später gab Pfarrer Coppenrath der Walderholungsstätte in Lichtenrade den Namen „Erich-Klausener-Platz“⁷⁰ und im Jahr 1935 rief die Katholische Aktion zu Spenden für einen Gedenkstein auf dem Gemeindefriedhof auf. Geplant war an Klauseners Grab die Errichtung der 1. Station eines Kreuzweges („Jesus wird unschuldig angeklagt“). Die Resonanz auf den Aufruf war groß; die Gestapo beschlagnahmte die Gelder⁷¹.

Todesanzeige, Totenzettel, die Gedenkausgabe der Kirchenzeitung des Bistums Berlin kursierten auch im Landkreis Recklinghausen wie vor allem in den Teilen des Reiches, in denen der Ermordete gewirkt hatte. Auch die Kirchenzeitung des Bistums Münster dokumentierte den Nachruf von Bischof Bares.⁷² Bischof Clemens August von Galen war selbst mit Berlin und der Pfarrei St. Matthias sehr verbunden. Ab 1906 nahm er seine erste Kaplanstelle in St. Matthias an und war dort 1919-1929 Pfarrer in der Pfarrei des Diasporabistums Berlin, die traditionell von Priestern des Bistums Münster geleitet wurde, ehe ihm Pfarrer Coppenrath folgte.

In der Propsteikirche St. Peter in Recklinghausen setzte Propst Karl Heiermann (1872-1939) am 13. Juli 1934, einem Freitagmorgen mit der Feier des Requi-

64 Zur Rolle von RZ und RVZ vgl. Helmut Geck/Georg Möllers/Jürgen Pohl, a.a.O., S. 60f

65 Abdruck: S. 89

66 Lothar Guchmann, Erlebnisbericht Werner Pünders über die Ermordung Erich Klauseners und ihre Folgen, in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 19, 1971 = Abdruck S. 91 ff.

67 Osservatore Romano 2./3.7.1934 zitiert nach Adolph, Erich Klausener, a.a.O., S. 122

68 Abdruck S. 80 ff.

69 Kanzelvermeldung vom 5. September 1934 = Abdruck, S. 87, ALBERT COPPENRATH (1883-1960), Pfr. von St. Matthias 1929-1945 hatte wegen seiner häufigen Auseinandersetzungen mit den Gestapo-Denunzianten alle Kanzelvermeldungen schriftlich fixiert und veröffentlichte sie später.

70 Der von Klausener für das Gelände vermittelte Eisenbahnwaggon war Thema des letzten Telefongesprächs mit Pfarrer Coppenrath eine Stunde vor der Ermordung. Er steht bis heute auf dem Gelände und eine Gedenktafel erinnerte an ihn. Vgl. Tilmann Pünder, Erich Klausener, a.a.O., S. 298, Anm. 247 und Festschrift zur Gedenkveranstaltung für Erich Klausener, Hoppegarten 24.6.2009, S. 35

71 Vgl. dazu Abdruck S. 101; vgl. Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen, a.a.O., S. 6ff.

72 Vgl. dazu Abdruck S. 88

ems ebenfalls ein deutliches Zeichen; aus Dortmund ist die Trauermesse von Pfarrvikar Emil Rath in Hl. Geist bekannt.⁷³

Im Saargebiet, 1934 als Folge des Ersten Weltkrieges noch außerhalb des Reichsgebietes unter französischer Kontrolle, gab es eine Reihe solcher Seelenmessen, so des Katholischen Akademikerverbandes Saarbrücken. Hier konnte die Tagespresse auch über den Mord berichten, wie auch die Neue Freie Presse (Wien) und das Presseorgan der Katholischen Aktion in Italien.⁷⁴

Für das familiäre und befreundete Umfeld der Familie hatte die Auseinandersetzung mit dem Unrechtsregime noch weitere Folgen. Am 16. April 1935 wurden Dr. Werner Pünder und Dr. Erich Wedell, die Anwälte der Familie inhaftiert.⁷⁵ Pünder, ein entfernter Verwandter Erich Klauseners und mit ihm freundschaftlich verbunden, fungierte zugleich als Vertrauensanwalt des Bischofs von Berlin. Zur Wahrung der Ansprüche der Hinterbliebenen hatten die Anwälte nach ergebnislosen Verhandlungen mit staatlichen Institutionen am 27. März 1935 Klage gegen das Reich eingereicht: Danach hätten keinerlei Voraussetzungen für ein Vorgehen gegen Erich Klausener vorgelegen, für die das Reich die Verantwortung trage. Zwar war die Schrift unter den Umständen nach Ansicht der Anwälte „äußerst vorsichtig abgefasst. Sie enthielt nichts, was im Interesse der rechtlichen Klarheit nicht gesagt werden musste, um das Erlöschen der Ansprüche zu verhüten“⁷⁶. Allerdings wurde in ihr ja klar der staatlichen Verschwörungs- und Selbstmordbehauptung widersprochen. Zudem unterstellte die Gestapo den Anwälten eine politische Aktion, um den Fall Klausener im In- und Ausland zu thematisieren. Beide wurden nach der Inhaftierung getrennt verhört, Wedell im SS-

Gefängnis „Columbia-Haus“, sein Kollege Pünder im Gestapo-Gefängnis an der Prinz-Albrecht-Straße. Die Gefangenen waren massiven Bedrohungen und Schikanen ausgesetzt. Dr. Werner Pünder, der täglich in seiner Zelle auf jene Blutflecken sah, welche die Erschießung Gregor Strassers am 30. Juni 1934 hier hinterlassen hatte, rechnete durchaus auch mit seiner „Liquidierung“. Am 16. Mai 1935 wurden beide überraschend wieder frei gelassen, möglicherweise auf Grund von Interventionen, darunter der schwedischen Gesandtschaft, deren Rechtsberater sie waren.⁷⁷

Wirkungsgeschichte 1934 bis heute

Zwei Monate nach der Gewaltaktion rief die NS-Propagandamaschinerie am 19. August 1934 zur zweiten „Volksabstimmung“ auf. War der Einpartei-enstaat schon 1933 durchgesetzt, so ging es nun um die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und der des Reichspräsidenten mit seinem Oberbefehl über die Wehrmacht in der Person Adolfs Hitlers und damit um die Legalisierung des Führerstaates. Im Gegensatz zum Novemberplebiszit 1933 sank die Zahl der Ja-Stimmen selbst nach offiziellen Angaben reichsweit um 5% auf 89,9 Prozent: In Recklinghausen waren es sogar nur 82,6% Ja-Stimmen bei 17,4 Prozent Nein-Stimmen. Gestapoberichte machten für die überdurchschnittlich schlechten Ergebnisse

Katholiken!

Hitler greift nach einer Krone! Er will die Allmacht, sein Streben ist Vermessenheit, es widerstreitet irdischem und göttlichem Recht.

Christus ist König!

Darum legt Zeugnis ab für Ihn! Gedenket derer, die mit ihrem Leben Zeugnis abgelegt haben, denkt an den unbergeßlichen Dr. Klausener, den Führer der katholischen Aktion, denkt an Probst, denkt an unsere Märtyrer. Bekennt Euch gegen menschliche Vermessenheit, die zur Lästerung wird. Belasdet nicht euer Gewissen, indem ihr Zeugnis für Hitler ablegt. Gedenket der tiefen Besorgnisse des Heiligen Vaters und der mahnenden Worte der hochwürdigsten Herren Bischöfe. Bekennt Euch gegen Hitler!

Illegaler Aufruf

73 Vgl. Rudolf Padberg, Kirche und Nationalsozialismus am Beispiel Westfalen, Paderborn 1984, S. 132; Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, hg. v. Günther Högl, Dortmund 1992, S. 282

74 Vgl. Pünder, Erich Klausener, a.a.O., S. 294ff.

75 Vgl. Guchmann, Erlebnisbericht Werner Pünders, a.a.O. = Abdruck S. 91 ff.

76 Ebd.

77 Vgl. Pünder, Erich Klausener, a.a.O., S. 299f sowie Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, hg. v. Reinhard Kürup, Berlin, 4. verbesserte Aufl. 1988, S. 92

in Westfalen und im Rheinland den „politischen Katholizismus“ verantwortlich und verwiesen auch auf kursierende illegale Klebezettel, die an die Ermordung von Adalbert Probst und Erich Klausener erinnert hatten.⁷⁸

Bereits im Vorfeld hatten „Lageberichte“ des westfälischen Regierungspräsidiums darauf hingewiesen, dass die Morde an Dr. Erich Klausener und Adalbert Probst die Werbeaktionen gegenüber der katholischen Jugend konterkariert hätten.⁷⁹



Karmel-Schwester bei Gebet am Grab

Foto: W. Sygnecki

Als Bischof Clemens August von Galen, seit 1933 Bischof von Münster, noch 1936 bei einer Predigt im Xantener Dom an die „frischen Gräber“ derer erinnerte, „die das katholische Volk für Märtyrer ihres Glaubens hält“, wurde er von Reichskirchenminister Hanns Kerrl heftig angegriffen. In seinem Antwortschreiben bezog sich der Bischof ausdrücklich auf das Schicksal des Ermordeten.⁸⁰

Erst durch den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und die Verurteilung des Mörders Gildisch traten die Begleitumstände der Hinrichtung offen zutage.⁸¹

Erich Klauseners Urne wurde 1963 in der Kirche Maria Regina Martyrum in Berlin beigesetzt, die den Opfern der NS-Diktatur gewidmet ist und in der wie in der KZ-Gedenkstätte Dachau Karmeliterinnen ihr Leben und Gebet dem Gedenken der Ermordeten des Terrorregimes widmen.



Gedenktafel an der Rennbahn Hoppegarten

Foto: G. Möllers

Im Zentrum der heutigen Bundeshauptstadt erhielt der große Saal des neuen Bundesverkehrsministeriums im Jahr 2000 im Beisein von Dr. Tilman Pünder, eines Neffen des Ermordeten, Klauseners Namen. Auf die Gedenkfeier des Erzbistums Berlin in Hoppegarten am 24. Juni 2009 wurde zu Beginn des Beitrages verwiesen.

In Recklinghausen erinnert auch die im Rahmen des Projekts „Denk-Mal“ des Vereins für Orts- und Heimatkunde vor zwei Jahren an der ehemaligen Landratsvilla in Recklinghausen angebrachte Haus-tafel an Klausener: „Erster Landrat des demokratisch legitimierten Kreises 1919 war Dr. Erich Klausener (1919-1925; ermordet von der SS in Berlin 1934)“.

Die Recklinghäuser Katholiken gedenken immer wieder dieses engagierten Mannes, so zuletzt beim Festgottesdienst mit Bischof Dr. Felix Genn zum Stadtpatronatsfest am 27. Juni 2009 auf dem Altstadtmarkt und in der Propsteikirche St. Peter mit der Fürbitte anlässlich des 75. Jahrestages der Ermordung Klauseners am 30. Juni 1934.⁸² Zeitgleich begannen

⁷⁸ Flugzettel zum 19.08.1934 in: *Widerstand und Verfolgung in Dortmund*, a.a.O., Abb. 493, S. 278

⁷⁹ Vgl. Padberg, *Kirche und Nationalsozialismus*, a.a.O., S. 66

⁸⁰ Dokument, S. 102

⁸¹ Vgl. dazu die Dokumente S. 68 f und S. 111

⁸² Vgl. den Beitrag „Von Nazis hinterrücks erschossen“, RZ 30. Juni 2009

die Vorbereitungen des Stadtkomitees der Katholiken für die Veranstaltungen zum 125. Geburtstag Klauseners. Dazu werden eine Gedenkfeier mit Dr. Tilman Pünder gehören sowie der Gottesdienst mit Domkapitular Martin Hülskamp und Kreisdechant Jürgen Quante in St. Peter am 30. Januar 2010. Mitwirkende werden auch Schülerinnen und Schüler der Bischöflichen Erich-Klausener-Realschule in Herten sein. Ebenfalls vorbereitet werden diese Neuauflage der Veröffentlichung zu Erich Klausener und eine Studienfahrt zu den Wirkungsstätten Klauseners in Berlin im Frühjahr 2010.

Gedenkort und -feiern halten die Erinnerung an Erich Klausener aufrecht. Sie gelten einem innovativen, engagierten und sozial eingestellten Spitzenbeamten, einem aufrechten und unerschrockenen Demokraten und einem überzeugten und überzeugenden Christen. Sie erinnern an Grundsätze, nach denen er zu leben und arbeiten suchte. Überzeugungen wie diejenigen, die handschriftlich fixiert im Schreibtisch seines Dienstzimmers nach der Ermordung aufgefunden wurden:

**„Sei wahrhaftig in deinem Handeln
Breche nie dein Wort
Zeige kein falsches Prestige
Komme zuerst – gehe zuletzt
Habe gerechten Zorn, aber
verschwende niemals
deinen Zorn!“**

Der „eiserne Heinrich“

Die Zerschlagung des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter

In der Martinistraße 11 befand sich bis 1933 der Sitz des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaft und des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter. Die Mitglieder der christlich-nationalen Gewerkschaften rekrutierten sich aus dem gesamten Spektrum der nicht sozialistischen, demokratischen Parteien, vor allem aber – in Recklinghausen – aus dem Zentrum. Die christlichen Gewerkschaften verstanden sich als Standesorganisation der Arbeiterschaft. Die Solidarität der Stände bildete die Grundlage der „Volks-gemeinschaft“, die, ähnlich der Propaganda der NSDAP, als Schicksals- und Kulturgemeinschaft gesehen wurde. Damit war die politische Programmatik klassenübergreifend, national bestimmt und stand in ausdrücklichem Gegensatz zum Internationalismus und Sozialismus der Freien Gewerkschaften.

Die unübersehbaren Anpassungsbemühungen der Freien und der Christlichen Gewerkschaften an die Politik der Nationalsozialisten waren einzig bestimmt von der Maxime der Rettung der eigenen Organisation. Besonders die Christlichen Gewerkschaften schienen dem Pathos der „Nationalen Revolution“ zu erliegen. Am Sonntag, dem 9. April 1933, erklärte der Gewerkschaftssekretär Heinrich Gutermuth in der Generalversammlung des Bezirkskartells der christlich-nationalen Gewerkschaft Recklinghausens, dass er in den aktuellen politischen Veränderungen durchaus eine Revolution sehe. „Tage der Revolution sind immer Tage der Unruhe, es sind Tage zerstörender Kraft. Aber es sind auch Tage des Aufbaus... Die christlichen Gewerkschaften sind ja seit ihrem Bestehen die Bewegung, die sich aus der christlichen Idee dem Klassenkampf entgegenstellte, die sich in starkem nationalen Willen dem internationalen Zug des Sozialismus entgegenstemmte.“ Kritisch bemerkte er: „Jede Regierung wird unsere Unterstützung fin-

den, die deutsches Recht mutig und sicher durchkämpft. Ehre, Freiheit und Würde Deutschlands aber sind keine Sache einer Partei, sondern der ganzen Nation... Wo organische Volkskräfte zerstört werden, stürzt sich die Revolution ins Sinnlose.“¹ Am 5. Mai besetzte die SA die Geschäftsstelle an der Martinistraße. Die Hoffnung der christlichen Gewerkschaftsführer, nicht dasselbe Schicksal zu erleiden wie die Gewerkschaften, die sich der „Sache des Klassenkampfes“ verschrieben hatten, erfüllten sich also nicht.

Die Gleichschaltung traf den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter am 23. Juni 1933. Er wurde von der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) übernommen. Für zwölf Jahre verlor Heinrich



Martinistraße 11



Heinrich Gutermuth 1928, Bezirkssekretär des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, 1956 bis 1964 Erster Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
 Jäger/Tenfelde, Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, München 1989

Gutermuth, der erfahrene Organisator der Arbeiterbewegung und Bezirksleiter des Gewerkevereins seine Gewerkschaftsfunktionen. Gutermuth wurde 1898 geboren, erlernte das Schlosser- und Schmiedehandwerk, wurde im 1. Weltkrieg zweimal verwundet, arbeitete nach dem Krieg als Grubenschlosser und legte 1924 seine Meisterprüfung ab. 1926 wurde er hauptamtlicher Funktionär in Recklinghausen, wo er auch als Abgeordneter der Zentrumspartei im Stadtrat tätig war. Seine Hauptaufgaben in der Gewerkschaft waren die Bearbeitung des Betriebsrätewesens und Jugendfragen. Seit März 1931 leitete er die Bezirksstelle in Recklinghausen. Nach dem Verbot der Gewerkschaft durch die Nationalsozialisten wurde er Vertreter einer Bielefelder Bekleidungsfirma. Er nutzte seine alten Partei- und Gewerkschaftskontakte,

Aufruf

zu einer

Kundgebung

Sonntag

26.

Februar

der christlich-nationalen Volkskräfte, nachmittags 4 Uhr auf dem Marktplatz Recklinghausen

Redner: Landesgeschäftsführer

Kaiser, M. d. R., Köln

Unser Aufmarsch gilt einem christlich-nationalen u. sozialen Volksstaate sowie der Freiheit und dem Rechte der Nation

Erscheint in Massen!

Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine:
 gez.: Hecke, Kaplan, Bezirkspräsident; Hoppe, Arbeiterssekretär.

Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften:
 gez.: Gutermuth, Bezirksleiter.

Bezirksverband der katholischen Gesellenvereine:
 gez.: Tiplemper, Kaplan, Bezirkspräsident; Kroes, Bezirksleiter.

Bezirksverband der katholischen Jungmännervereine:
 gez.: Witte, Kaplan, Bezirkspräsident; Frackowiak, Bezirksleiter.

Windthorstbund Recklinghausen.
 gez.: B. Bathe, Vorsitzender.

Verantwortlich: Hoppe, Arbeiterssekretär; Gutermuth, Gewerkschaftssekretär.
 Druck: Vesdruvag, Recklinghausen.

Mobilisierung der katholischen Vereine und Gewerkschaften zur Reichstagswahl am 5. März 1933

um Stoffe für Anzüge oder Aussteuern zu verkaufen. Nach Krieg und Gefangenschaft war Gutermuth, der „eiserne Heinrich“, wie ihn die Bergleute nannten, führend am Aufbau der Einheitsgewerkschaft beteiligt, wurde schließlich 1956 zum 1. Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie gewählt. Von 1964 bis 1967 war er Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes. Er starb am 28. Juni 1977 in Bochum.² J.P.

¹ Recklinghäuser Zeitung, 10. 4. 1933

² Zu Gutermuth siehe: Ruhr-Nachrichten 1.9.1970, StA, hier: ehemaliges IGBE-Archiv und Archivalsammlung „Bergarbeiterführer“, WAZ 29.6.1977, RZ 29.6.1977

„Das Maß der Erziehung ist nicht der Einzelmensch“

Im Rahmen der ideologischen und organisatorischen Erfassung der Jugend kam den Schulen eine besondere Aufgabe zu. Wie die im Gleichschritt von „Schule, Elternschaft und Hitler-Jugend“ zu erreichenden Ziele definiert wurden, beschrieb die Ortspresse anlässlich eines Treffens der „Schulgemeinde“ des Gymnasium Petrinum 1936. Aus der Ansprache des Schulleiters Paul Wenner wurde zitiert: „Das Maß der Erziehung sei nicht der Einzelmensch, sondern die völkische Gemeinschaft, es sei nicht mehr die Sorge für das Individuum, sondern sei Dienst am Volk. Die besondere Aufgabe der höheren Schule sei es, diesen Menschen, der fähig und entschlossen für den Dienst am Volke sei, zu erziehen, daß er in Gehorsam, Hingabe und Opferwille in der politischen Kampffront nicht mitmarschieren, sondern vorangehen kann.“¹²

Mit Einführung des „Führerprinzips“ auch an den Schulen 1933 kam dabei der Schulleitung eine zentrale Bedeutung zu. Zudem waren die Mitspracherechte der Eltern durch die Einführung sogenannter „Jugendwalter“ ersetzt worden, über deren Ernennung die Partei mitbestimmte. So lehnte 1936 die NS-Kreisleitung eine Benennung der Ehefrau des Superintendenten Kramm wegen „Interesselosigkeit gegenüber dem Staat“ ab.

Am traditionsreichen Gymnasium Petrinum, der ältesten weiterführenden Schule der Stadt, wurde mit der Degradierung und Strafversetzung des bisherigen Schulleiters Wilhelm Hülsen 1934 ein deutliches Zeichen gesetzt. Galt Hülsen auf Grund seines Engagements in einer demokratischen Partei (Zentrum) der „Staatlichen Untersuchungskommission“ bereits im August 1933 als „zu stark belastet“, so waren es zusätzliche Denunziationen aus Kreisen nationalsozialistischer Schüler, die seine Absetzung hervorgerufen hatten. Sie hatten ihm „Sabotage“ an der nationalen Aufbauarbeit, mangelndes Engagement bei den allgegenwärtigen Feiern und Behinderung der HJ vorgeworfen. So herrschte in den Jahren 1933–35 ein Klima des Misstrauens, der Bespitzelung und der Denunziation auch innerhalb der Schülerschaft.

In der Tat gelang es unter Hülsens Nachfolger binnen eines Jahres, nahezu die gesamte Schülerschaft in die Hitlerjugend oder andere NS-Organisationen zu überführen. Dazu waren ab 1933/34 selbst die Reifeprüfungen politisch instrumentalisiert worden, nachdem auf der Basis von ministeriellen Erlassen die nationale Gesinnung (belegt durch die Mitgliedschaft in NS-Organisationen) zum Beurteilungsmaßstab erhoben worden war.



Gymnasium Petrinum, Herzogswall



„Uniformiert“: Abiturjahrgang 1938 mit geistlichem Studienrat Alexander Cantauw

Foto H. Röttger

Zum Repertoire der Maßnahmen gehörten zudem der Druck der Stadt auf ihre Beamtenschaft und sogar der Einsatz der Gestapo. Nachdem mit dem Oberprimaner Grindel 1935 ein engagierter Jugendführer von der Gestapo ins KZ Esterwegen verschleppt worden war, scheute sich Schulleiter Wenner nicht, anderen Schülern mit diesem Fallbeispiel zu drohen, so dass sich der katholische Schülerbund „Neu-Deutschland“ als stärkste Organisation auflöste.

Trotzdem war an der Schule noch mit Resistenz und Zivilcourage zu rechnen: 1935 verweigerten die Schüler des Abiturjahrgangs die Teilnahme an der Abschlussfeier, nachdem ihr Schulkamerad Hans Aris als „Nicht-Arier“ von der Veranstaltung ausgeschlossen werden sollte; 1938 musste sich mit Studienrat Clemens Linge ein Mitglied des Lehrerkollegiums rechtfertigen, weil er den letzten jüdischen Schüler der Schule im Unterricht seiner Klasse gelobt hatte, statt ihn auszugrenzen. Am 23.7.1938 meldete Familie Feuerstein ihren Sohn Isbert aufgrund des zunehmenden Drucks ab. Walter Schönholz, als Sohn einer bekannten Medizinerfamilie bereits in „dritter Generation“ an der Schule, war als zweitletzter jüdischer Schüler bereits 1937 unter dem Eindruck einer Isolation durch die Mitschüler mit seinen Eltern nach Palästina emigriert.

Wenn der Schulleiter auch die „innere Bejahung“ des Nationalsozialismus noch 1938 beim eben zitierten und auch bei anderen Kollegen bezweifelte, so war doch die äußere Anpassung der Schule gelungen: Rassekunde im Biologieunterricht, heldisch-nationale Aufsatzthemen im Deutschunterricht, Fach-

konferenzbeschlüsse zur „nationalsozialistischen Sicht“ des Geschichtsunterrichts, die Deklaration des Kunstunterrichts zum „Gesinnungsfach“ oder die Sammlung von Kriegsberichten über „Blitzkriege“ in Erdkundeheften waren Belege dafür, wenn auch die dokumentierte Gleichförmigkeit nicht unbedingt mit der Realität des Unterrichtsgeschehens korrespondieren musste.

Für die wichtigen Rituale nationalsozialistischer Feierstunden war im ersten Obergeschoss eine eindrucksvolle Weihehalle mit Brandschalen vor der Gedenktafel der Kriegstoten des Ersten Weltkriegs errichtet worden. Die Einweihung eines Boxraumes, die Ausweitung des Sportunterrichts, wehrsportliche Veranstaltungen und „nationalpolitische Lehrgänge“ sollten „straffe soldatische Zucht“ und die Erziehung zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft unterstützen.

Die Verschärfung der Kriegssituation durch die Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet und die damit später verbundene Kinderlandverschickung nach Bayern veränderten die Rahmenbedingung schulischen Unterrichts. Für viele Schüler der älteren Jahrgänge endete die Erziehung im Grauen und im Tod des Krieges: Das Bild des ersten gefallenen Abiturienten hatte der Schulleiter als „Vorbild“ im Klassenraum aufhängen lassen: „Sie waren bereit, für Gesetz und Vaterland zu sterben“, hieß es dazu auf manchem Totenzettel. Insgesamt ließen 75 Abiturienten der Jahrgänge 1934-44 ihr Leben. G.M

¹ RZ 30.10.36; vgl. insgesamt Ludger Linneborn/Georg Möllers/Heribert Seifert, *Das Petrinum*

Schul-Feiertage am Beispiel des Schuljahres 1935/36

„Das Schuljahr 1935/36, das wie üblich mit der Flaggenhissung vor dem Schulgebäude und der Ansprache von Oberstudiendirektor Wenner zum Gedächtnis des Geburtstages unseres Führers begann, brachte neben dienstlichen Zusammenkünften u.a.:

1. die Beteiligung der Anstalt an den Kundgebungen des Tages der nationalen Arbeit;
2. eine Versammlung der Schulgemeinde mit Vorführung des Borkumfilmes;
3. eine Gedenkstunde am Muttertag;
4. den Besuch des Filmes „Triumph des Willens“;
5. die Teilnahme der Schule an der Beerdigung von Prof. Mummenhoff,
6. den Besuch der Luftfahrtausstellung;
7. Wanderungen am Staatsjugendtag;
8. die Feier des Festes der deutschen Jugend und des Tages des Jungvolkes;
9. die Sonnenwendfeier der HJ., an der sich die Schülerschaft geschlossen beteiligte;
10. den 21. Bannerwettkampf der westfälischen Schulen;
11. die Rundfunkübertragung des Appells der HJ. vom Reichsparteitag;
12. eine Memel-Gedenkstunde;
13. eine Besichtigungsfahrt der Untersekunda in Münster;
14. eine Feierstunde gelegentlich der Überführung des Sarkophages von Hindenburg in das Tannenberghdenkmal;
15. die Rundfunkrede der Führerrede bei Eröffnung des Winterhilfswerkes,
16. den Besuch einer Ausstellung in der Berufsschule;
17. den allgemeinen Wandertag;
18. die Feier aus Anlaß der Woche des deutschen Buches, bei der Buchspenden verteilt wurden;
19. die Gedenkstunde für die Kriegsgräber, wobei festzustellen ist, daß alle Klassen die Mitgliedschaft beim Volksbund der Kriegsgräberfürsorge erwarben;
20. die Gedenkfeier zum 9. November;
21. die Veranstaltung des Vortragskünstlers Pam-bach;
22. die Übergabe einer Traditionsfahne der HJ. an den Bannführer;
23. den Vortrag für Abiturienten über die Offizierslaufbahn;
24. eine Weihnachtsfeier, bei der arme Familien beschenkt wurden;
25. einen Vortrag über: „Lieder und Bräuche deutschen Volkstums“;
26. die nationale Gedenkfeier am 30. Januar;
27. eine Zeichenausstellung in der Turnhalle;
28. die Rundfunkübertragung bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele;
29. einen Werbeabend für deutsche Hausmusik;
30. die Horst-Wessel-Gedenkstunde;
31. die Vorführung des Films „Hände am Werk“;
32. Übertragung der Gedenkfeier für Hans Schemm;
33. Übertragung der Führerrede anläßlich der Besetzung des Rheinlandes,
34. die Heldengedenkfeier am 9. März und endlich
35. ein Kriegsspiel aller Klassen in der Haard.

Die lange Aufzeichnung soll den Abiturienten früherer Jahrgänge zeigen, wie unendlich vielseitiger das neue Leben im Gymnasium geworden ist und andererseits, wie nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte der Schulgemeinde zur Gemeinschaftsleistung die Durchführung der zahlreichen Veranstaltungen möglich ist.“

(Aus: K. Gärtner, Festtage für unser altes Gymnasium. Sonderdruck in: RZ 18./19.3.1939)

„Flaggenappell“
und „Antreten“
beim Borkum-
aufenthalt der
Schule 1935
Foto H. Röttger



Die Schule kippt: Ein Schüler erlebt die Wende

Erinnerungen an die Jahre 1933-1934 auf dem Petrinum

Wenn ich versuche, einige Erfahrungen aus den Jahren 1933 und 1934, also meiner Unter- und Oberprimazeit, aufzuzeigen, dann geschieht das aus der bloßen Erinnerung heraus an eine Zeit vor nunmehr 55 Jahren. Ich habe in diesem Zeitraum keine Aufzeichnungen gemacht; ich wollte auch keine schriftlich vorliegenden Quellen benutzen, so daß in Einzelheiten u. U., vom rein Historischen her, diese oder jene Unstimmigkeit sichtbar werden könnte. Ich möchte mich ganz auf meine Erinnerungen verlassen. Dabei bitte ich um Verständnis, wenn ich keine Namen nenne, weder von Lehrern noch von Mitschülern.

Obwohl wir die gesellschaftlichen und politischen Unruhen damals unmittelbar vor Augen hatten (z. B. die unbeschreiblich große Arbeitslosigkeit mit einem Elend, das wir uns jetzt kaum vorstellen können, oder die Zusammenstöße zwischen den nationalsozialistischen Verbänden SA und SS und kommunistischen Gruppen), blieb im großen und ganzen unsere Schule ziemlich unpolitisch. Wir wurden praktisch von keiner Seite beeinflusst. Wohl konnte man den Eindruck haben, daß die meisten Lehrer sich in der politischen Mitte aufhielten. Der einzige, der sich gezielt politisch in der Öffentlichkeit profiliert hatte, war wohl der damalige Direktor, der seit einigen Jahren Vorsitzender der Zentrumspartei in Recklinghausen bis zu ihrer Auflösung war; aber das drückte sich in seinem Unterricht in keiner Weise aus. Es bedeutete sicher auf der einen Seite einen Vorteil, daß diese Neutralität eingehalten war, auf der anderen Seite aber spürte ich später, daß dadurch auch unser Bewußtsein für den kommenden mächtigen Umbruch nicht gerüstet war. Höchstens unser Geschichtslehrer zeigte eine unverhohlene Gegnerschaft gegenüber den national bestimmten Traditionen und Ideologien, die Wegbereiter des Nationalsozialismus wurden. So sprach er (um nur ein Beispiel zu nennen) im Unterricht nie von „Friedrich dem Großen“, sondern immer von „Friedrich dem Preußen“. Wir konnten weiter nicht das Gefühl haben, daß unsere junge, noch so empfindliche und wenig geprüfte demokratische Ordnung mit Überzeugung bejaht wurde. Es gab keine entschiedene Erziehung dazu. Ich habe noch die langweiligen Feiern in Erinnerung, die am Verfassungstag mit der gesamten Schule gehalten wurden. Von dort sprang kein Funke über.

Soweit ich mich erinnere, waren höchstens zwei Schüler in unserer Klasse (es gab noch eine Parallelklasse, in der die Situation ähnlich war) nationalistisch orientiert, etwa im Sinne der Stahlhelm-Idee und der Deutschnationalen Volkspartei; unterschwellig trug - allerdings zunehmend - der sogenannte VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) nationalistische Prägung. Ich selber fühlte mich mit verschiedenen Mitschülern mehr zu einer pazifistisch orientierten Haltung motiviert, allerdings ohne mich irgendwie organisatorisch und äußerlich zu betätigen. Das Buch „Im Westen nichts Neues“ hatte auf einige von uns tief eingewirkt, ebenso die Stellungnahme mancher Lehrer, die z. T. als Verwundete aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt waren und das Geschehen sehr kritisch beurteilten. Es wuchs in uns der Gedanke: Nie wieder in und mit Deutschland ein Krieg! Das schien uns angesichts der ungeheuren Opfer unsinnig zu sein.

Erst im Laufe des Jahres 1932 entschieden sich deutlich zwei oder drei Mitschüler zur Idee und Bewegung des Nationalsozialismus. Es gab damals heftige Diskussionen mit ihnen, aber sie wurden von den meisten gar nicht recht ernst genommen. Was sie vertraten, kam uns so unstimmig und wenig geistig vor. Außerdem hatten doch die Bischöfe so eindeutig die Idee der neuen Bewegung als neues Heidentum verurteilt, ja die Zugehörigkeit zu den Kampfverbänden verboten. Ich konnte mir nicht denken, wie ein gläubiger Mensch dieser Idee anhängen konnte.

Das wurde schnell anders, als im Januar 1933 Hitler mit der Regierung beauftragt wurde. Ich erinnere mich noch gut an die Stimmung in diesen Tagen. Irgendwie spürten zumindest alle geistig Wachen, daß hier eine große Entscheidung gefallen war. Es bewegte sich etwas, was von den einen mit großer Begeisterung und Hoffnung und den anderen mit tiefer Bestürzung wahrgenommen wurde. Es erhob sich die bange Frage: Wird Hitler die radikalen Aussagen in seinen Reden und in seinem Buch „Mein Kampf“ realisieren, oder wird er sich einfügen in das vorgegebene politische Muster? In unserer Klasse entstand eine wachsende Sympathie für die Bewegung, auch wenn sie sich zunächst zögernd äußerte. Etwas davon wurde deutlich, als im März 1933 nach dem Wahlsieg der Rechten in Potsdam jener feierliche Akt stattfand, bei dem Hitler sich vor dem greisen Feldmarschall Hindenburg verpflichtete, die Erneuerung Deutschlands aus dem Geist von Potsdam, also dem preußischen Geist, anzustreben. Anlässlich dieses Aktes war allgemein eine Schulfeier angeordnet. Diese geschah bei uns, weil wir keine Aula hatten, in der schlecht ausgestatteten Turnhalle, wo wir immer die Feiern erlebten. Wir hörten die Rundfunkübertragung der Rede aus der Garnisonkirche an. Vielen mag es so ergangen sein wie mir, daß sie sich sagten: ganz so radikal könne doch wohl die jetzige Regierung nicht werden, da sie sich in eine alte Tradition eingebunden habe und über allem ja noch ein religiöser Hauch liege. Am Schluß der Feier wurde - wie bei ähnlichen Anlässen - das Deutschlandlied mit seinen drei Strophen gesungen. Als es verklungen war, rief einer aus meiner Klasse, der sich schon ganz nach der „Bewegung“ hin orientiert hatte: „Das Horst-Wessel-Lied“. Es wurde damals zum ersten Mal, freilich nur von einer kleinen Gruppe, gesungen. Die Lehrer verhielten sich, so wie ich mich heute erinnere, schweigend. Sie erhoben allerdings auch keinen Einspruch. Ich erinnere mich nur noch, wie in der folgenden Geschichtsstunde mit dem Blick auf diesen Schüler der Studienrat sagte: Der Schüler solle sehen, daß ihm „der Geist von Potsdam (also der Geist der Ordnung und der Disziplin) nicht an den Ballon fliege“ (ich habe das Wort noch deutlich in Erinnerung). Der Schüler nahm diese Anspielung schweigend zur Kenntnis. Er war sich seiner Sache sehr sicher.

In den folgenden Wochen und Monaten begann ein Gesinnungswandel. Gewiß hatten sich auch einige Fakten geändert. Die Bischöfe z. B. hatten ihre Bedenken gegen die Weltanschauung wohl nicht zurückgenommen, aber doch ein positives Wort zur neuen Regierung gesagt. Das entsprach der damaligen Ethik über den staatlichen Gehorsam. Die Zentrumspartei hatte dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, und bald darauf wurde sie mit allen anderen demokratischen Parteien aufgelöst. Bezeichnend war für mich der 1. Mai 1933, der als Tag der Arbeit jetzt mit einem neuen nationalen Triumph gefeiert wurde. An einem gewaltigen Zug mit den verschiedenen Organisationen nahm auch die Schule teil; sie wurde einbezogen in eine Demonstration des Sieges der „Bewegung“. Im Sommer 1933 wurde der Wandel dann ganz deutlich. Fast alle Mitschüler traten der Hitlerjugend oder anderen Parteiorganisationen bei. Manche von ihnen erhielten dort auch bald eine führende Stellung, einige mit der Begründung, „Schlimmeres“ zu verhindern. Einer aus meiner Klasse dagegen war aus klarer Entscheidung noch dem katholischen Schülerbund Neudeutschland (ND) (1) beigetreten, zu dem von der Oberstufe noch eine tapfere kleine

Gruppe gehörte; sie wurde aber bereits von Mitgliedern der Hitlerjugend heftig belästigt. Ich war nach wie vor in meiner Pfarrei eingebunden in die Jugendarbeit, vor allem in die sportliche Gruppe der DJK (Deutsche Jugendkraft) Auch jene, die wir als überzeugte Christen und demokratisch orientierte Mitschüler eingestuft hatten, bekannten sich nun mehr oder weniger zur nationalen „Bewegung“ gegen das verrottete „System“, wie man damals die demokratische Regierung nannte. Nun begann eine Zeit, in der wir jedes Wort überlegen mußten, obschon wir damals noch keine Ahnung hatten, was totalitäre Machtausübung gegen die freie Meinungsäußerung bedeutet. Der „Deutsche Gruß“ wurde verpflichtend eingeführt, Lehrer und Schüler haben sich ihm nicht verweigert.

Der Stadtschulrat (3)

Recklinghausen, den 28. Juli 1933.

Gesch.-2. 60.

An sämtliche Herren Leiter der Volks- und Hilfsschulen!

Der Reichsminister des Inneren hat nachstehende zwei Rundschreiben an die obersten Reichsbehörden, die Reichsstatthalter und die Landesbehörden gerichtet:

I. „Es ist allgemein Übung geworden, beim Singen des Liedes der Deutschen und des Horst-Wessel-Liedes (I. Strophe und Wiederholung der 1. Strophe an Schluß) den Hitlergruß zu erweisen ohne Rücksicht darauf, ob der Grüßende Mitglied der NSDAP. ist oder nicht. Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitlergruß erweisen. Nach Niederkämpfung des Parteienstaats ist der Hitlergruß zum Deutschen Gruß geworden.“

II. „Nachdem der Parteienstaat in Deutschland überwunden ist und die gesamte Verwaltung im Deutschen Reich unter der Leitung des Reichskanzlers Adolf Hitler steht, erscheint es angebracht, den von ihm eingeführten Gruß allgemein als deutschen Gruß anzuwenden. Damit wird die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Führer auch nach außen hin klar in Erscheinung treten.

Die Beamtenschaft muß auch hierin dem deutschen Volk vorangehen.

Deshalb und um eine gleichmäßige Übung innerhalb der Behörden zu gewährleisten, bitte ich, für Ihren Geschäftsbereich anzuordnen:

1. sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter von Behörden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes.
2. Beamte in Uniformen grüßen in militärischer Form; wenn sie keine Kopfbedeckung tragen, grüßen sie durch Erheben des rechten Armes.
3. Es wird von den Beamten erwartet, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.

Für meinen Geschäftsbereich habe ich dementsprechende Anordnung getroffen.“

Ich ordne hiermit an, daß die Lehrpersonen der Volks- und Hilfsschulen der Stadt Recklinghausen den Hitlergruß in der oben angegebene Weise im Lehrkörper anwenden und auch die Schuljugend zu Beginn und am Ende der Tagesschularbeit mit dem Hitlergruß begrüßen.

Dr. Hellermann

Abdruck erhalten die Herren Direktoren der höheren Schulen und der Berufs- u. Handelsschule zur gefl. Kenntnisnahme und mit der Bitte, ein Gleiches anzuordnen.

Recklinghausen, den 28. Juli 1933

Der Stadtschulrat.

Aus dem Diensttagebuch

250	8.3.35 I 3994 gen.	4		Oberpr.	Hinweis auf den Erlaß im Min.-Anschbl. betr. Deutschen Grupp.
-----	--------------------------	---	--	---------	--

Tit. 0107

Auch einige unserer Lehrer hatten sich gewandelt. Der Geschichtslehrer sagte nun zu meiner Verwunderung, wie die nationale „Erhebung“ ganz in der Linie einer guten deutschen Tradition liege und wie wir nun diese Bewegung mittragen müßten. Ein anderer der Lehrer, der noch vor einem Jahr etwa den Ausspruch tat: „Wir sind damals als Freiwillige im Wahn in den Krieg gegangen“, trug nun bewußt die Orden aus dem Ersten Weltkrieg. Der Unterricht blieb sonst auch jetzt noch unpolitisch, nur wenig von der Ideologie infiziert. Von verschiedenen Seiten wurde mir dringend geraten, doch einer Parteigruppe beizutreten, weil sich sonst meine Zukunftsaussichten sehr verschlechterten. Ich spürte einen inneren Widerwillen gegen Wort und Haltung der „Bewegung“. Wie tief hat sich mir eingepreßt, wenn die nationalsozialistischen Kampflieder etwa in der Pause oder vor der Stunde gesungen wurden: Z. B. „Hängt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand“. Keiner erhob dagegen Einspruch. Man schwieg. Diese Lieder waren ja auch als Kampflieder offiziell legitimiert. Diejenigen, die diese schlimmen Lieder sangen, haben sich wahrscheinlich nie an den dort angekündigten Verbrechen beteiligt, aber im Singen und Schweigen dazu wurde ein Boden mitbereitet, der solche Dinge grundsätzlich möglich machte.

Was mich heute im Rückblick so sehr beschäftigt, ist die Tatsache, daß innerhalb von wenigen Monaten ein solcher Umschwung unter dem Einfluß des Nationalsozialismus erfolgen konnte. In den bisherigen acht Jahren waren wir mehr oder weniger von dem Klima unserer Schule geprägt worden, das bestimmt war von einem antik orientierten Humanismus und der christlichen Glaubens- und Kulturtradition. Wie konnte in einer so kurzen Zeit das alles zusammenbrechen?

Um den Gedanken der rassistischen Orientierung der Ideologie mehr an die Schüler heranzutragen, wurden für die Oberprima amtlich mehr Biologiestunden wöchentlich angesetzt. Unser Mathematik- und Biologielehrer aber konnte den Unterricht ohne tieferen Bezug auf die rassistischen und politischen Konsequenzen geben. Aus dem Bemühen heraus, die einseitige intellektuelle gymnasiale Ausbildung zu ergänzen oder zu durchbrechen durch wehrsportliche und politische Momente, wurde im Winter ein 14tägiger Lageraufenthalt (2) angeordnet, den wir in einer Jugendherberge im Sauerland verbrachten. Aber teilweise wurde die dem Aufenthalt mitgegebene Absicht von den Lehrern unterlaufen, indem wir z. B. als politische Orientierung die „Politeia“ von Plato auf griechisch lasen; und die sportliche Ertüchtigung bestand nicht im Wehrsport, sondern im bescheidenen Skifahren. Das Abitur mit den Vorbereitungen verlief zunächst ganz nach den bisherigen Regeln und Anordnungen. Die Themen, vor allem im Deutschen (3), waren von den Lehrern so erstellt, daß man ohne Bekenntnis und weltanschauliche Prägung wählen konnte. Es wurde schon bald bekanntgegeben, daß nur etwa ein Drittel der Abiturienten mit einer Zulassung zu einem Universitätsstudium rechnen konnte. Damals gab es, vor allem auch infolge der großen wirtschaftlichen Misere, eine so gut wie keine Aussicht für akademische Berufe. In mancher Beziehung erinnert das an die heutige Situation. Durch eine sogenannte „Hochschulreife“ wollte man den Zugang zum Studium drosseln. Nach dem Abitur warteten wir bis wenige Tage vor Beginn des Sommersemesters 1934 auf die Mitteilung, ob wir die Hochschulreife, die von einer Instanz in Münster ausgesprochen wurde, erhielten. Uns waren wohl allgemein die drei Kriterien dieser Auswahl bekannt: Wissenschaftlich-schuli-

sche Leistung, sportliche Tüchtigkeit und „nationale Zuverlässigkeit“. Das letzte Kriterium bezog sich sicherlich auf die Einstellung zum Nationalsozialismus. Ein Mitschüler und ich bestanden das Abitur mit der Note „Mit Auszeichnung“, eine Wertung, die damals neben der Kennzeichnung „Gut“ möglich war. Also erfüllten wir die schulisch-wissenschaftlichen Bedingungen. Im Sport hatten wir beide auch mit einer „Eins“ abgeschlossen. Und doch erfuhren wir durch den Direktor, daß wir nicht zu den sieben oder acht Schülern von den 21 unserer Klasse gehörten, welche die Hochschulreife erhielten. Also konnte es sich nur um die „nationale Zuverlässigkeit“ handeln. Der Direktor und der Klassenlehrer waren darüber ratlos und versicherten uns nochmals, was wir auch wußten, daß die Schule alles Mögliche getan habe und jetzt machtlos sei. Der Direktor selber war in seiner Stellung gefährdet (wenige Monate nach unserem Abitur wurde er seiner Stellung enthoben und ins Sauerland versetzt). Es drängte sich uns und anderen der Verdacht auf, daß hier ein besonders belastender Vorgang geschehen war. Wir beiden waren die einzigen der Klasse, die nicht der Hitlerjugend oder einer anderen Parteiorganisation beigetreten waren. Wir hatten uns für das Fach katholische Theologie entschieden. Aber diese Tatsache allein konnte nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn aus der Parallelklasse erhielten zwei Mitschüler, die ebenfalls katholische Theologie wählten und nicht der Hitlerjugend, sondern dem ND angehörten, die Hochschulreife. Also vermuteten wir, daß aus unserer Klasse eine Denunziation wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ vorlag. Beweisen kann man natürlich nichts. Offensichtlich wollte man in unserem Falle ein Exempel statuieren. Ich konnte mein Studium trotzdem beginnen, weil der damalige Bischof Clemens August von Galen Abiturienten auch ohne Hochschulreife ins Collegium Borromäum aufnahm, während der andere Schüler sein Studium im Germanicum in Rom begann. Eine gesonderte Erteilung der „Hochschulreife“ hat nur 1934 stattgefunden.

Das von Mißtrauen belastete Klima in der Klasse in diesem letzten Schuljahr, das schnelle Umkippen der Schüler und einiger Lehrer und ihr Eintreten für die Ideologie und die Praxis der nationalsozialistischen Bewegung haben bei mir zu einer Distanz zur Klassengemeinschaft geführt, so daß ich mich später nicht mehr an Treffen beteiligte außer an einem Treffen Ende 1949, als ich aus der russischen Gefangenschaft als letzter der ehemaligen Schüler zurückgekehrt war; um unseres alten, beliebten Klassenlehrers willen nahm ich die Einladung an. Dieses Treffen zeigte keinen Ansatz von Aufarbeiten der Situation von 1933/34. Die meisten aus der Klasse, soweit sie zurückgekommen waren, hatten sich schon offensichtlich den neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt. Ich hätte mir bei dieser letzten Begegnung oder in der folgenden Zeit ein offenes Gespräch gewünscht über die damaligen Vorgänge in unserer Klasse und über die Gründe, warum die Haltung in unserem letzten Schuljahr so schnell umschlug. Selbst heute, nach so vielen Jahren, hielte ich das nicht für ganz überflüssig.

Dr. Hans Werners, Abiturientia 1934

Anmerkungen der Herausgeber:

- 1 Vgl. dazu Kapitel III: Die Zerschlagung der katholischen Jugendbewegung
- 2 Dr. Kurt Gaertner („Festtage für unser altes Gymnasium“ a.a.O., vgl. auch Kapitel VI, ab Seite 145) hebt die nationalpolitischen Lehrgänge in Neuastenburg besonders hervor; zum Ablauf vgl. H. Seifert, „Wehe du hoch am Mast, Fahne, Steig auf!“, ab Seite 57.
- 3 vgl. dazu Seite 44 ff

Statt Abitur Haft im Konzentrationslager

Das Schicksal des Oberprimaners Ludwig Grindel

Am Anfang stand der Hinweis eines Mitschülers, der sich erinnerte, daß sein Klassenkamerad Ludwig Grindel 1935 ins KZ verschleppt wurde.¹ Wer diese Spur weiterverfolgte, traf weitere Mitschüler, Freunde, Bekannte. Was genau geschehen war, konnte niemand mehr sagen. Die Ursachen der Verhaftungen lagen zweifelsohne im Engagement Ludwig Grindels in der katholischen Jugendbewegung; über den Anlaß gab es Spekulationen. Immerhin fanden sich Zeitzeugen, die damals gegen Ludwig Grindel auf „der anderen Seite“ standen. Ergänzt werden können die Vorgänge jetzt (2016) durch Quellen, die sich im Schularchiv fanden.

So sind die Recherchen, die zu diesem Aufsatz führten, über das Ergebnis hinaus mit zwei Erkenntnissen verbunden, die sich bei der Beschäftigung mit der NS-Zeit immer wieder aufdrängen: Gemeint sind die Fragwürdigkeiten der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 und die Verantwortung der noch lebenden Zeitzeugen, sich den Fragen einer neu herangewachsenen Generation zu stellen, um so gemeinsam diese noch ausstehende Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit zu leisten.

Der Konflikt um den am 22. April 1913 geborenen Ludwig Grindel, der Ostern 1925 am Petrinum eingeschult worden war, gehört in den Zusammenhang des nationalsozialistischen Kirchenkampfes, dessen Auswirkungen ab 1934 unübersehbar wurden. Die Ermordung führender Katholiken im Zusammenhang mit dem sogenannten „Röhm-Putsch“, darunter des Jugendführers Probst und des ehemaligen Recklinghäuser Landrats Klausener, die Auseinandersetzung um das von Rosenberg, dem weltanschaulichen Schulungsleiter der NSDAP, vertretene „Neuheidentum“, die im Sommer 1935 im Umfeld des NS-Gauparteitages in Münster eskalierte, und der Konflikt um die Verbände – am 17.9.1935 wurde der Katholische Arbeiter-Verein aufgelöst – bestimmten das Klima. Dabei stieß das Ziel des totalitären Staates und seiner Ideologie, die Kirche als gesellschaftliche und weltanschauliche Gegenmacht aus der Öffentlichkeit, v. a. den erziehungsrelevanten Bereichen zu verdrängen, auf Widerstand. Schwerpunkt der Auseinandersetzungen vor Ort mußte dabei naturgemäß die Frage nach dem Einfluß auf die Jugend sein.

Hatte dabei in Recklinghausen schon vor 1933 die katholische Jugend in 39 Gruppen mit fast 4.000 Mitgliedern nahezu 50 % aller organisierten Jugendlichen² erfaßt, so war sie nach 1933 als einzige Überlebende der „Gleichschaltungswelle“ Hauptangriffsziel von HJ und Partei. Massive Pressionen in Schule und Arbeitsplatz, Druck auf die Eltern, die Einführung eines schulfreien „Staatsjugendtages“ für HJ-Mitglieder und die Attraktivitätssteigerung des NS-Jugendverbandes bei gleichzeitigen Verboten gegenüber der kirchlichen Konkurrenz hatten zwar reichsweit die Mitgliederzahlen des Katholischen Jungmännerverbandes (KJMV) um 1/3 auf 252.000 Mitglieder (Mai 1934) sinken lassen, doch stieg gleichzeitig die Teilnehmerzahl seiner Veranstaltungen. So sollte die „Frühjahrsoffensive der HJ“ 1935, begleitet von einer Propagandawelle im rheinisch-westfälischen Raum, den Durchbruch bringen.

Reichsjugendführer Baldur von Schirach richtete an die Gegner in seiner „Abrechnung mit den konfessionellen Jugendverbänden“ bei einer Großkundgebung in Essen „eine deutliche Warnung und Mahnung, über deren Ernst sich die verantwortlichen Drahtzieher hoffentlich klar sein werden“, und machte deutlich: „Jeder Jugendverband außerhalb der HJ verstößt gegen den Geist der Gemeinschaft, der der Geist unseres Staates ist.“³ Reichsinnenminister Frick forderte in Münster die „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“⁴ und die Abschaffung der konfessionellen Jugendverbände, und Reichspropagandaminister Goebbels meldete beim Gautag in Essen den totalitären Anspruch des Regimes ganz offen an: „Die Jugend gehört uns, und wir geben sie an niemand ab.“⁵

Ende 1934 waren am Petrinum erst 169 Schüler (57 %) in NS-Organisationen registriert; 98 gehörten zur katholischen Jugend, meist zum Schülerbund Neu-Deutschland (ND) oder den pfarrlich organisierten „Sturmscharen“. Ludwig Grindel war Jugendführer in dieser entschlossensten Gruppe des KJMV in der Gemeinde Liebfrauen/Ost. Mit ihrer 2.000 Teilnehmer zählenden Rom-Wallfahrt, dem dabei gezeigten geschlossenen Auftreten in Kluften, mit Abzeichen und Bannern, hatten sie Ostern 1935 vor der Weltöffentlichkeit noch einmal ihren Anspruch auf Selbständigkeit demonstrieren können. Der Prestigeerfolg war vom Regime mit Beschlagnahmungsaktionen und Repressalien beantwortet worden, die bereits bei der Rückfahrt an der Grenze begannen. Am Petrinum gehörte die Schulsekretärin Johanna Lensker zu den ersten Opfern der Kampagne: ⁶

Städtisches
Gymnasium Petrinum

Recklinghausen, den 16.5.1935

Bescheinigung

Hierdurch bescheinige ich, daß ich Fräulein Lensker als Schreibhilfe des Gymnasiums entlassen musste, weil nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Rottmann die Beschäftigung einer weiblichen Hilfskraft in einer solchen Stelle unerwünscht ist, solange geeignete männliche Bewerber vorhanden sind. Außerdem liegt der Stadtverwaltung daran, daß Mitglieder konfessioneller Verbände, die sich den Einigungsbestrebungen in der Staatsjugend entziehen, an unseren höheren Schulen in derartigen Stellungen nicht tätig sind.

Wenner, komm. Studiendirektor

Wenn schon Johanna Lensker gewissermaßen in „Sippenhaftung“ für ihre Brüder treten mußte, die in den „Sturmscharen“ führend tätig waren – Hermann Lensker hatte die Romfahrt mitorganisiert –, so gerieten „Hochburgen der katholischen Jugendarbeit“⁷, wie die Liebfraue ngemeinde, erst recht ins Blickfeld. Es kam zu bedrohlichen HJ-Aufmärschen vor dem Jugendheim an der Rosenstraße, zum Versuch tätlicher Angriffe selbst auf dem Kirchengrundstück, die nur durch das Eingreifen des stattlichen Kaplans Witte (1,90 m groß) abgewehrt werden konnten, während die Polizei tatenlos zusah. Ziel von Überfällen waren auch die Austräger der Wochenzeitschrift „Michael“, die sich von einer Jugendzeitung des KJMV zu einer der wichtigsten katholischen Wochenzeitungen (Auflage 330.000 bis zum Verbot 1936) hatte entwickeln können.⁸ Mehrere solcher Angriffe betrafen Ludwig Grindel, der in den Augen der HJ-Führung als „fanatischer Katholik“ galt, „der partout von den Bestrebungen nach 1933 nichts wissen wollte und deshalb auffiel“⁹. „Aufgefallen“ ist auch, wie bei der Reifeprüfung des Ostertermins 1935 mit Ludwig Grindel umgegangen wurde. Der Prüfungsvorsitzende änderte gleich drei Fachlehrernoten für die schriftlichen Arbeiten (Deutsch, Latein, Griechisch), so daß Grindel das Abitur nicht schaffte. Nur deshalb befand er sich im neuen Schuljahr ab Ostern 1935 erneut in der Oberprima (vgl. in diesem Buch Seite 20/21).

Sein „gefährlicher Einfluß“ muß beträchtlich gewesen sein: Anfang Juni 1935 wandte sich der neue kommissarische Leiter der Liebfrauenschule Herr Thiet jedenfalls an den Stadtschulrat, der ihn allerdings mit dem Bescheid abblitzen ließ, „Tatsachen festzustellen und dem Leiter des Gymnasiums zu melden“¹⁰. Prompt wandte sich Thiet am 27. Mai mit einer „Beschwerde der Schule gegen Grindel“ an Direktor Wenner, der seinerseits Herrn Grindel am 18. Juni 1935 schriftlich aufforderte, „seinem Sohn jegliche Betätigung in der Jungschar (zu) untersagen“, nachdem er Ludwig selbst verwarnt und mit schweren Strafen durch den Oberpräsidenten gedroht hatte.



Ludwig Grindel (rechts) mit der Jungschar
(Kindergruppe der „Sturmscharen“) der
Kirchengemeinde Liebfrauen
Foto: Archiv G. Möllers

Prompt wandte sich Herr Thiet am 27.5.1935 als „Ortsgruppenleiter des NSLB und als Leiter der kath. Volksschule“ mit einer „Beschwerde gegen das Verhalten des Oberprimaners Grindel“ an Wenner:¹¹

„Grindel betätigt sich als Führer der Jungschar (Sturmschar) in Recklinghausen-Ost. Da die Lehrerschaft sich bewußt und aktiv für die deutsche Jugend einsetzen muß, besteht ein Gegensatz zwischen der Führerschaft der Sturmscharen und der Schule. Um zu vermeiden, daß der Streit auf die Schüler übergreift, hat die Schule für das Jungvolk [der HJ, Anm. d. Verf.] als auch für die Jungschar das Verbot erlassen, auf dem Schulbeimweg sich anzusammeln oder sich mit ihren Führern zu irgend einer Absicht zusammenzuschließen. Grindel ist dieses Verbot bekannt. Ich habe den Herrn Kaplänen davon Kenntnis gegeben.“

Ganz selbstverständlich verbindet Rektor Thiet hier seine berufliche Rolle und die Parteifunktion in der NS-Lehrerschaft, um sich eines Störfaktors der geplanten Gleichschaltung der Schülerschaft zu entledigen. Ludwig Grindel und der offenbar aktiven katholischen Jugend attestiert er einen „weltanschaulichen Gegensatz“ und eine (erfolgreiche) Behinderung der Lehrerschaft

bei ihren Werbeaktionen für die HJ. Angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft von Kirche und Schule in Ost ließ sich sein Versammlungsverbot schwer durchsetzen, da die Mitglieder der katholischen Jugend sich auf dem gegenüber liegenden Kirchengelände sammelten. So seien aktuell „schulentlassene Jungen“ trotz des Verbots vom Schulhof über die Straße zu „ihm hin (weil auch einige Eltern in den Streit eingreifen)“ gelaufen. Thiet wertet dies als Provokation; deshalb wolle er die „Stellungnahme Grindels gegen mich, meine Lehrerschaft und das Jungvolk nicht weiter dulden“ und fordert Wenner zum Eingreifen auf: „Sollte auch dieser Versuch vergeblich sein, werde ich den Fall durch die Organisation [also die Partei, Anm. d. Verf.] regeln lassen.“ Im Antwortschreiben informiert Wenner den Schulleiter am 13.6.1935, den Oberprimaner warnt¹² und dem Vater schriftlich die „Entscheidung des Oberpräsidiums und ein Verfahren der politischen Leitung“ für den Fall der weiteren Störung des Schulfriedens angekündigt zu haben. Den Vater forderte er am 18. Juni schriftlich auf, dass Ludwig wegen seiner schulischen Leistungen „seine Nebenbeschäftigung in der Jungschar einzustellen“ und seine gegnerische Haltung zur Lehrerschaft der Liebfrauenschule und der Hitlerjugend zu beenden habe. Käme es zudem zu einem Verfahren „über die politische Leitung“, könne dies, so die eine unverhohlene Drohung an den Vater, auch für „Sie als Reichsbahn-Beamter nicht gerade erwünscht“ sein.

Welche Wirkung diese massive Pression auf Vater und Sohn gemacht hat, läßt sich nicht sagen. Nur wenige Tage später kam es nämlich zu einem offenen Konflikt in Recklinghausen-Ost, der offensichtlich zum Anlaß für das Vorgehen gegen Ludwig Grindel genommen wurde.¹³

Anlaß für den Konflikt war die sogenannte „Sonnenwendfeier“, zu deren Teilnahme alle Kinder und Jugendlichen, die noch nicht in der III erfaßt worden waren, im Rahmen der Schule verpflichtet werden sollten. Während die beiden anderen Recklinghäuser Zeitungen den Vorfall und das Bußgeldverfahren gegen die Eltern in einer Kurznotiz abhandelten, ging es der „National-Zeitung“ (NZ) nicht nur darum, gegen die „geistigen Urheber“ der „Sabotage“ Maßnahmen zu fördern, sondern überhaupt das nationalsozialistische Konzept durchzusetzen, die katholische Jugend aus der Öffentlichkeit hinaus in die „rein religiöse Betreuung“ eines Sakristeichristentums zurückzudrängen. Tatsächlich wird kurz darauf, in der Preußischen Polizeiverfügung vom 23. Juli 1935, den Jugendverbänden nicht nur jede politische und sportliche Betätigung untersagt. Auf der Basis der Notverordnung vom 28.2.1933 (erlassen bekanntlich „zur Abwehr kom-

National-Zeitung

Beobachter für Recklinghausen und Vest

Randbemerkungen

K. P. Von der Pressestelle der Stadtverwaltung erhalten wir die Mitteilung, daß eine große Anzahl Eltern im Stadtteil Ost ihre Kinder von der Sonnenwendfeier ferngehalten hat. Nach ministerieller Anordnung und einer Verfügung der örtlichen Schulverwaltung war die Teilnahme aller Schulpflichtigen an der Sonnenwendfeier Pflicht und die Nichtteilnahme daher ein Schulverfehlen. Aus diesem Grunde hat die Ortspolizeiverwaltung 48 (achtundvierzig) (!) Eltern mit einer Geldstrafe von fünf RM, ersatzweise zwei Tage Haft, bestraft.

Die Mitteilung der Stadtverwaltung mutet deshalb merkwürdig an, weil aus dem ganzen Stadtbezirk allein der Ortsteil Ost einen derartigen Vorfall meldet und die große Zahl der in Geldstrafe genommenen Eltern nachdentlich macht.

Wer aber nach den Ursachen dieser Bestrafung forscht, merkt, wohin der Hase läuft!

Um 19.30 Uhr sollten die Jungen und Mädchen der Schule an der Liebfrauenstraße in Ost antreten, um gemeinsam zur Sonnenwendfeier auf dem Viktoriasportplatz zu marschieren. Zur angelegten Zeit waren nur wenige Kinder anwesend, da ein großer Teil — ohja! — an der feierlichen Einführung des neuen Präsesen der katholischen Jung- und Sturmscharen teilnahm! Als die Jugend der Schule zur Sonnenwendfeier abrückte, bildete ein Teil der Elternschaft, der auch an der Einführung des Präsesen teilgenommen hatte, Spalier. Zwei Väter traten heran und holten ihre Sprößlinge aus den marschierenden Reihen heraus und das — man höre und staune — unter dem Beifall (!) eines Teiles der Zuschauer. Am anderen morgen erklärte ein großer Teil der Schüler, die nicht an der Sonnenwendfeier teilgenommen hatten, die Eltern hätten ihnen die Teilnahme verboten. Als Ortspolizeibehörde hat dann Bürgermeister Pg Kollmann 48 Eltern mit einer Geldstrafe belegt.

Es ist bedauerlich, daß derartiges geschehen kann. Das aber soll hier mit aller Offenheit festgestellt werden: Niemand hätte den Eltern ihren Kindern die Teilnahme an der Sonnenwendfeier verboten, wenn nicht von irgendeiner Seite die Sabotage dieser Feier befohlen worden wäre! Wir glauben kaum, daß die Elternschaft von sich aus so gehandelt hätte, denn in keinem anderen Stadtteil hat sich ein derartiger Vorfall zugetragen. Wir gehen keinesfalls fehl in der Annahme, daß die Opposition zu der vom Minister angeordneten Feier, die allein im Stadtteil Ost stattgefunden war, in engem Zusammenhang mit der Einführung des neuen Präsesen der katholischen Jung- und Sturmscharen in Verbindung stehen muß. Wer dann als der geistige Urheber des Vorfalls zu bezeichnen ist, liegt auf der Hand.

Das vom nationalsozialistischen Staat mit dem Vatikan geschlossene Konkordat räumt der katholischen Kirche das Recht ein, Jugendverbände zu dem Zweck ausschließlich religiöser Betreuung zu stiften. Ist Ost scheint uns der Rahmen der religiösen Betreuung bei weitem überschritten zu sein! Trotz Verbot der Staatspolizei zeigte sich die Sturmschar am Sonntag in Uniform der Öffentlichkeit. Aus der Kirche marschierte sie mit mehreren PK-Fahnen zum Veststrauenstift.

In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, einmal das Gebaren der Sturmscharen in Ost unter die Lupe zu nehmen. Wir denken keinesfalls daran, die der katholischen Jugendbewegung im Konkordat eingeräumten Rechte zu schmälern, wachen aber darüber, daß der ihnen angebotene Rahmen keinesfalls verletzt wird. Und das scheint in Ost so tatsächlich der Fall zu sein. Wenn wir vorher schon festgestellt, daß jener bei Sonnenwendfeier gegenüber oppositionell eingestellte Teil der Elternschaft von gewisser Seite beeinflusst sein muß, so erscheint uns diese Vermutung noch begründeter, wenn man die sonstige Arbeit der unter geistlicher Aufsicht stehenden Sturmschar betrachtet, die anscheinend gewillt ist, einen Keil zwischen Erzieherkraft auf der einen Seite und Elternschaft und Jugend auf der anderen Seite zu treiben.

Führer der Sturmschar Ost ist neben dem geistlichen Präsesen ein Oberprimaner des Gymnasiums. Durch Aussagen der Schüler ist protokolllarisch festgestellt, daß dieser Oberprimaner bewußt die Autorität der Lehrerschaft an der Liebfrauenstraße zu untergraben versucht. Die nationalsozialistisch denkende Bevölkerung Recklinghausens verbilgt es sich, daß dieser Oberprimaner, der nicht nur gegen die Einheit der Jugend, sondern auch gegen die Erzieherkraft arbeitet, von ihren Steuergeizigen die zum Studium am Gymnasium notwendigen Zuschüsse erhält. Der Herr Stadtschulrat Dr. Hellermann mag aus der bei ihm anscheinend vorhandenen Reserve gegenüber diesen Dingen ruhig herausgehen.

Zum Schluß soll noch einmal betont werden, daß weder Bewegung noch Staat eine Tätigkeit dulden werden, die bewußt eine Untergrabung der Autorität der Erzieherkraft und eine Gefährdung der Einheit der Jugend darstellt. Was den Sturmscharen im Rahmen des Konkordats zugestillt ist, wird von uns geachtet, aber in Ost werden die gesteckten Grenzen weit überschritten. Aufgabe der Verantwortlichen ist es, hier die Sturmscharen zurückzuweisen.

munistischer staatsgefährdender Gewaltakte“) wird auch alles verboten, was nach damaligem Verständnis attraktiv Gemeinschaft und Zusammenhalt öffentlich hätte demonstrieren können (Märsche, Musik, Uniformen, Abzeichen, Christus-Banner, Einheitskleidung jeder Art ...); Zuwiderhandlungen galten nunmehr als staatsfeindliche Betätigung.

Gefährlich war der vom Lokalredakteur verfaßte Artikel (vgl. vorige Seite) aber auch vor allem deshalb, weil er den Konflikt personalisierte, zum einen durch den direkten Angriff auf Ludwig Grindel, zum zweiten auf den Stadtschulrat, dem Passivität vorgeworfen wurde. Tatsächlich zeigte der Artikel Wirkung, denn am 5. Juli traf bei Dr. Hellermann ein Schreiben ein, in dem die Oberbehörde in Münster den NZ-Artikel mitschickte, auf den sie sich offenbar berief.¹⁴ Solchermaßen zur Stellungnahme verpflichtet, antwortete der Schulrat:

Betrifft: Fehlen von Schülern und Schülerinnen der kath. Schule an der
Liebfrauenstrasse bei der Sonnwendfeier am 23. Juni 1935

Durch Regierungsverfügung vom 3.7., eingegangen am 5.7., wurde mir der Zeitungsausschnitt aus der National-Zeitung vom 27.6. zum eingehenden Bericht zugestellt. Ich habe heute persönlich in den Klassen der 5. bis 8. Jahrgänge die Feststellungen getroffen, deren Ergebnisse im nachstehenden Bericht festgelegt sind [...]

Die 5. bis 8. Jahrgänge Knaben zählen insgesamt 126 Schüler. Von diesen haben 24 ohne Entschuldigungen und 5 mit Entschuldigungen gefehlt. Eigenartigerweise fehlten außerdem noch von den dem Deutschen Jungvolk angehörigen Schülern dieser Jahrgänge 14. Einer von diesen 14 ist krank gewesen.

Von den 24 ohne Entschuldigung fehlenden Knaben gehörten 15 der kath. Jungschar an, und die 9 anderen sind in keiner Organisation. Von allen Knaben des 5. bis 8. Jahrganges haben insgesamt 32 sowohl an der kirchlichen Nachmittagfeier der kath. Jungschar wie auch an der Sonnwendfeier teilgenommen. Diese haben also damit bewiesen, daß die Teilnahme an der einen Feier die an der anderen nicht unmöglich machte. Außerdem habe ich in den Klassen einwandfrei feststellen können, daß der Pfarrer den Jugendlichen und deren Eltern, die sich nach der kirchlichen Feier im kath. Jugendheim zwecks Einführung eines neuen Präses der kath. Jugendvereine zusammengefunden hatten, erklärt hat, diese Feier solle auf einen anderen Tag verlegt werden, da nach der Anordnung des Staates alle Jugendlichen an der Sonnwendfeier teilzunehmen verpflichtet wären.

Der komm. Rektor T. berichtete mir am gleichen Abend auf dem Platz der Sonnwendfeier, daß viele Schüler und Schülerinnen seiner Schule heute fehlten, und daß 2 Väter ihre Jungen von dem Schulhofe, ohne sich um den Schulleiter zu kümmern, heruntergeholt hätten. Ich habe dem Rektor T. erklärt, daß das Fehlen bei der Sonnwendfeier dem Fehlen in dem Unterricht gleichzusetzen wäre, daß er daher die Schüler als unentschuldig fehlend bei der Polizei zu melden habe, die alsdann entsprechende Strafe verhängen würde. Bei der Meldung müsse er insbesondere die üblen Übergriffe der beiden Väter melden, damit sie in eine besondere Strafe genommen würden, was auch geschehen ist.

In der Führung der kath. Jungschar in der Liebfrauenpfarre hat sich ein Oberprimaner Grindel beteiligt. Über das Verhalten dieses Grindel hat sich vor einigen Wochen der komm. Rektor T. einmal mündlich beschwert. Ich habe dem Rektor T. in dieser Besprechung aufgegeben, Tatsachen festzustellen und dem Direktor des Gymnasiums zu melden, da mir die Schüler der höheren Lehranstalten nicht unterstünden. – Dieses hätte übrigens auch der Verfasser der Randbemerkungen in der Nationalzeitung wis-

sen können, zumal er auch noch bis vor 3 Jahren Schüler der hiesigen Oberrealschule war. – Der Direktor hat dem Schüler eine Verwarnung erteilt, hiervon auch dem Vater Mitteilung gemacht und gefordert, daß er seinem Sohne jegliche Betätigung in der Jungschar untersagen solle, und weiterhin erklärt, daß eine schwere Bestrafung durch den Herrn Oberpräsidenten herbeigeführt werde, wenn diese Verwarnung erfolglos bliebe. Rektor T. wurde außerdem von dem Direktor um Mitteilung gebeten, falls dieser Schüler weiterhin Anlaß zur Beschwerden gebe. Der Direktor hat von T. bisher keine weitere Mitteilung erhalten. T. selbst kann ich dazu nicht hören, da er z. Zt. zur Teilnahme an einem Lehrgang beurlaubt ist. Der Direktor des Gymnasiums ist der Auffassung, daß seine Verwarnung gewirkt hat.

Deutlich wird der Rechtfertigungscharakter des Schreibens. Der Schulrat, den man in NS-Kreisen als ehemaligen Zentrumsmann sowieso für einen unsicheren Kantonisten hielt¹⁵ und der später sein Amt verlor, versucht den Vorfall zunächst herunterzuspielen und sodann die „Unschuld“ der katholischen Jugend an den Ereignissen herauszustellen – seine Söhne waren ND-Mitglieder. Was seine eigene Rolle betrifft, geht es um den Nachweis der Pflichterfüllung und der nötigen Entschlossenheit zum Eingriff in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich. Glaubt man dem Brief, so hat sich Ludwig Grindel seit der erwähnten Verwarnung durch Wenner weiter „nichts zuschulden kommen“ lassen.

Das Schreiben hat aber den nun einsetzenden Mechanismus des Terrors nicht mehr aufzuhalten vermocht. So hatte die Liebfrauenschule am 25.6. bereits Bürgermeister Rottmann, den eigentlichen NS-Machthaber im Rathaus über die Ereignisse unterrichtet, der seinerseits ein Schreiben der ihm unterstellten Ortspolizeibehörde an das Petrinum veranlassen mußte.

Dort hatte Direktor Wenner inzwischen die Initiative ergriffen, um in Schreiben zur „Angelegenheit Grindel“ – so jeweils das Dienstragebuch – an die Liebfrauenschule (9.7.), den Oberpräsidenten (10.7.), die Stadtverwaltung (11.7.), die Gestapo (15.7.), den Schulrat (17.7.) und erneut den Oberpräsidenten (17.7.), eine Schulverweisung „gem. Abschnitt IV, 2 des Auslese-Erlasses“ wegen „seines die Volksgemeinschaft schädigenden Verhaltens“¹⁶ zu betreiben. Noch vor einer Rückantwort der Liebfrauenschule über Vorwürfe im konkreten Konflikt beantwortete Wenner die Gestapo-Anfrage am 15. Juli so, dass er nicht daran zweifele, „daß Grindel an der Entwicklung der Spannungen in Recklinghausen-Ost beteiligt ist.“ Deshalb habe er den Schüler am 10. Juli 1935 „wegen des Verdacht weiterer Handlungen, die gegen die Volksgemeinschaft sich auswirken“ beurlaubt, „um zu vermeiden, daß er über die Untersuchung gleichgesinnten (!) Mitschülern Mitteilung mache, die nicht objektiv sind.“ Am Tag nach dieser Einschätzung gegenüber der Gestapo habe die „Staatspolizeistelle in Recklinghausen auf Grund der Untersuchung über die gegen Grindel erhobenen Vorwürfe den Schüler vorläufig (für die Dauer von 4 Monaten) in Schutzhaft genommen“¹⁷, teilte Wenner am 17.7.1935 dem Oberpräsidenten als oberster Schulbehörde mit.

Folgt man dieser Aktenlage, so ist die Verhaftung Ludwig Grindels am 16. Juli 1935 wohl nicht in der Schule erfolgt, wie einige Mitschüler aus der späteren Erinnerung annahmen. Sein Fensterplatz in der ersten Reihe des Klassenraums blieb in den Tagen leer und die Mitschüler erhielten auf Nachfragen auch keine Antwort auf seinen Verbleib.

Wenner setzte für den Tag nach der Verhaftung die Klassenkonferenz an, um die Verweisung formal korrekt durchzusetzen: „Diese Verfügung trifft der Anstaltsleiter nach Anhören der die Klasse unterrichtenden Lehrer.“

Zwei Versionen der Klassenkonferenz der Oberprima vom 17.7.1935

Handschriftliche Fassung, unterschrieben von Dr. Weiß

Disziplinarfall Grindel

Der Herr Direktor gibt aus den Akten eine Darstellung des Falles; sodann verliest er den Brief an den Vater Grindel vom 18. Juni.

Herr Gr. Boes meint, wir müßten vor einer Verweisung wissen, weshalb Gr. in Schutzhaft genommen worden ist.

Was das von der Polizei als Grund angegebene „öffentliche Auftreten“ angehe, so sei die Sturmschar vom Jugendheim zur Kirche gezogen und zurück¹⁸.

Herr Sprenger bemerkt, der Umstand, daß Gr. in Schutzhaft genommen worden sei, genüge, ihn von der Anstalt zu entfernen. Sollte sich seine Unschuld herausstellen, so würde wohl nichts im Wege stehen, ihn wieder aufzunehmen.

Herr Gärtner bemerkt, daß Gr. sich im Unterricht wenig eifrig und angenehm gezeigt hat.

Herr Gr. Boes bemerkt, er glaube nicht, daß das Vergehen Grindels ein politisches sei. Er halte seine Tätigkeit nach dem Konkordat für erlaubt. Es sei auch zu fragen, ob das Verbot des Rektor Thiet zweckmäßig gewesen sei.

Der Herr Direktor versichert, es handle sich wohl nicht nur um die Disziplin in der Kirche. Gr. sei wiederholt ermahnt, er möge seine Tätigkeit in der Sturmschar aufgeben und habe es nicht getan.

Der Herr Direktor teilt anschließend mit, daß er beabsichtigt, Gr. nach vorheriger Befragung des Oberpräsidenten von der Anstalt zu verweisen.

Offizielle Abschrift der Niederschrift, unterzeichnet von Dr. Weiß und Schulleiter Wenner

Beginn: 12.30 Uhr.

Anwesend sind alle Herren, die in der Oberprima unterrichten.

Der Direktor gibt unter Benutzung der Akten eine ausführliche Darstellung des Disziplinarfalles Grindel.

In der anschließenden Besprechung weist Studienrat Dr. Große-Boes darauf hin, daß vor einer Bestrafung des Schülers eindeutig klaggestellt sein müsse, weshalb Grindel in Schutzhaft genommen ist. Das von der Staatspolizei angegebene „öffentliche Auftreten der Sturmschar“ sei eine durchaus erlaubte Handlung und könne nicht zur Bestrafung eines Schülers führen.

Studienrat Sprenger sieht allein in der Entscheidung der Staatspolizei Grund genug, um gegen Grindel mit der schärfsten Schulstrafe vorzugehen.

Studienrat Dr. Große-Boes bringe zum Ausdruck, daß Grindels Verhalten nicht von politischen Beweggründen diktiert sei.

Der Direktor betont, daß Grindel nach der Verwarnung wußte, wie er sich einzustellen hatte. Da er sein Vorgehen trotzdem nicht wesentlich geändert hat, muß er die Folgen tragen. Ausdrücklich lehnte der Direktor es ab, von der Schule aus eine kritische Nachprüfung der Entscheidung der Staatspolizei zu verlangen. Grindels Verhalten sei auch ohne diese Entscheidung der Staatspolizei ausreichend belastet. Nachdem aber die Staatspolizei über ihn die Schutzhaft verhängt habe, sei es unmöglich, ihn auf der Schule länger zu dulden.

Schluß: 13.50 Uhr

Nach Lektüre beider Versionen wird erkennbar, dass Schulleiter Wenner die Verweisung, die er ja bereits vor der Inhaftierung Grindels eingeleitet hatte, nunmehr offensiv betrieb. Das Lehrerkollegium befand sich angesichts der Massivität und Gleichzeitigkeit der Pressekampagne der Nationalzeitung, der Inhaftierung und der Entschlossenheit von Partei und Schulleitung während der Konferenz offenbar in einer „Schockstarre“. Josef Sprenger hielt 1946 fest, nach der Aufforderung Wenners zur „Meinungsäußerung“ habe es – mit Ausnahme der sofortigen Reaktion von Dr. Große-Boes – eine „Pause allgemeinen Schweigens“ gegeben. Er selbst habe sich – anders als in der den Teilnehmern nie vorgelegten offiziellen Niederschrift vermerkt – nie für „schärfste Schulstrafen“ ausgesprochen. Stattdessen habe er angesichts der Situation in das Schweigen hinein gesagt: „Wo die Geheime Staatspolizei Grindel in den Händen hat, brauchen wir uns mit dem Fall nicht mehr zu befassen.“¹⁹ Die Resignation der Lehrerschaft, die Ludwig Grindel in Vorbereitung auf das Abitur 1935 als „gutmütig“, humorvoll, sportbegeistert und engagiert in der Jugendarbeit charakterisiert hatte,²⁰ kennzeichnet das inzwischen geschaffene Klima. Nur ein einziger Lehrer wagte in dieser Zuspitzung noch den offenen Widerspruch. Der Geistliche Studienrat Dr. Heinrich Große-Boes, damals noch ND-Kaplan, hatte sogar den Mut, die Rechtmäßigkeit der Begründung und des Vorgehens von Gestapo und Liebfrauenschule nicht nur zu hinterfragen, sondern ihr auch offen zu widersprechen. Das konnte die Entscheidung des Schulleiters nicht mehr beeinflussen, der in der offiziellen Version Grindel bereits aus schulischer Sicht für „ausreichend belastet“ bewertete und dies allein wegen dessen Engagements in der „Sturmschar“, wie die handschriftliche Fassung noch festhält. Am 23. Juli wurden Schulverwaltung und Oberpräsident von der Entscheidung noch einmal formal informiert. In der Zwischenzeit hatte Wenner auch die am 18.7.1935 erberene Auskunft der Liebfrauenschule erhalten. Danach machte wie Schulrat Hellermann nun sogar Herr Thiet „Gr. nicht unmittelbar verantwortlich“ für die „bedauerlichen Vorgänge“ am Abend des 23. Juni. Allerdings soll Grindel nach der feierlichen Aufnahme neuer Jungscharmitglieder in der Kirche nachmittags den Marsch der Kinder und Jugendlichen über das Kirchengelände mit „entrollten Fahnen“ zum Jugendheim geleitet haben: „Parteigenossen“ und HJ hätten „daran Anstoß genommen.“ Die Schlußbemerkung des Briefes, „daß die Werbetätigkeit der Schule in R.-Ost durch das bisherigen Wirken Gr. in den Jungscharen und die Beeinflussung der kath. Elternschaft völlig abgeschnitten ist,“ offenbart wie bei Wenners Entscheidung den Kern des Konflikts. Die Resistenz des katholischen Milieus u.a. durch Ludwig Grindels erfolgreiche Jugendarbeit sollte durch diese spektakuläre Verhaftung gebrochen werden.

Während Ludwig Grindel zunächst in eine „Einzel-Schutzhaft“ genommen wurde, hatte die Schule bereits am 29. Juli 1935 mit mitleidloser Konsequenz nachgesetzt:

Herrn
Reichsbahn-Rottenmeister Grindel
Recklinghausen-Ost
Maybachstr. 16

29. Juli [3] 5

Aufgrund des Erlasses des Reichs-Erziehungsministers über die Schülersauslese an den höheren Schulen verweise ich Ihren Sohn Ludwig vom Gymnasium Petrinum, da er trotz meiner Verwarnung, die ich Ihnen am 18.6.35 schriftlich mitteilte, weiterhin und wiederholt durch sein Verhalten den Schulfrieden an der Liebfrauen-Schule gestört hat. Das Abgangs- und Führungszeugnis füge ich bei.

Heil Hitler
k. Studiendirektor

Gegenüber dem Oberpräsidium Münster las sich die lapidare bürokratische Bilanz der seit dem 1. April von der Anstalt „verwiesenen“ Schüler am 22. November dann so:

1. Am 5. April 1935 N.N.

Klasse Untertertia

Er hat das Ziel der U III a nicht erreicht

2. Am 20. Juli 1935 Ludwig Grindel

Klasse Oberprima

Er hat wiederholt die Volksgemeinschaft geschädigt und wurde von der geheimen Staatspolizei in Schutzhaft genommen.

Damit war Ludwig Grindel der „Auslese“ der „Ungeeigneten und Unwürdigen“ im Sinne des Ministererlasses vom 27. März 1935 zugeordnet worden, wobei die „Volksgemeinschaft oder den Staat wiederholt zu schädigen“ der Rubrik „völkische Auslese“ zuzuordnen ist.²¹

Die Verhaftung und spätere Einweisung in ein Konzentrationslager, die sich langsam herumsprach, verfehlte auch an der Schule nicht ihre Wirkung. Nachdem schon 1934 zwei Mitgliedern des ND ihre Hochschulreife nicht zuerkannt worden war,²² die Schikanen zugenommen hatten, scheute sich Direktor Wenner jetzt nicht einmal, unter Hinweis auf Ludwig Grindel einem Schüler zu drohen, „er gehe den gleichen Weg, wenn er noch einmal einen Jungen für Neudeutschland zu werben versuche“.²³ Fügt man hinzu, daß im Zuge der Entkonfessionalisierungskampagne Fricks städtische und staatliche Bedienstete aufgefordert wurden, ihre Zugehörigkeit und die ihrer Familie zu konfessionellen Verbänden offenzulegen, so erscheint die Nachricht von der „freiwilligen Auflösung“²⁴ des ND im September 1935 in ihrem spezifischen Licht. Hatte doch Klemm, vormals Polizei- und mittlerweile Regierungspräsident, dem Bürgermeister am 27. Juli 1935 mitgeteilt: „Eltern allgemein handeln aber kurzsichtig und belasten die Berufsaussichten und damit die Zukunft ihrer Kinder, wenn sie diese absichtlich von dem Eintritt in die Staatsjugend fernhalten.“²⁵

Mit der Auflösung des ND, der insgeheim aber noch bis 1937 weiterarbeitete, „war der zähste Widerstand gegen die nationalsozialistischen Jugendorganisationen gebrochen“.²⁶ Schon wenige Tage später, am 28.9.1935, berichtete Wenner dem Oberpräsidenten, der Anteil der „Staatsjugend“ – offiziell wurde dies die HJ erst am 1.12.1936 (!) – sei seit Juli von 51 % auf 72 % gestiegen. Immer noch gebe es Mitglieder anderer katholischer Verbände, vor allem aber nun 15,5 % Unorganisierte, was er auf „Angriffe gegen den katholischen Glauben“ in der HJ-Reichszeitung zurückführte. Der Schulleiter, den man ja wegen seiner Linientreue 1934 als Nachfolger des strafversetzten Dr. Hülsen an die Schule geholt hatte, setzte seinen Ehrgeiz nun in die totale Erfassung der Schülerschaft. So erhielten Anfang November die Eltern der Unorganisierten ein persönliches Schreiben, in dem sich Wenner selbst zur Beilegung der „Schwierigkeiten“ anbot:

1138/35

2. November [3] 5

Aus den mir vorgelegten Übersichten ersehe ich, daß Ihr Sohn sich noch nicht der Staatsjugend angeschlossen hat. Es ist für mich von großer Wichtigkeit zu erfahren, welche Gründe Sie veranlassen, Ihren Jungen von dem Eintritt in die Hitlerjugend zurückzuhalten. Schwierigkeiten kann ich nur lösen, wenn mir die ernsthaften Bedenken der Eltern bekannt sind. Aus zahlreichen Berichten ersehe ich, daß in unserem Bezirk kaum Bedenken aus religiösen Gründen erhoben werden können. Ich bitte Sie daher um eine kurze schriftliche oder mündliche Antwort.

Mit deutschem Gruß

Heil Hitler, k. Studiendirektor

Selbst nach Ludwig Grindels Entlassung aus dem KZ ist der unversöhnliche Verfolgungsansatz des Schulleiters im Schularchiv des Gymnasium Perrinum noch einmal nachweisbar: Am 12. November 1936 findet sich nach Recherchen Ludwig Grindel, Maybachstr. 10 auf der Liste von Menschen, die Schülern Privatunterricht erteilten. Mit der Zusendung der Liste an das Schulverwaltungsamt verband Wenner die Aufforderung nach dem Entzug der Unterrichtserlaubnis: „Es scheint mir aber nicht erwünscht, daß der von der Schule verwiesene Grindel in Nachhilfestunden noch nähere Beziehungen zu den Schülern unterhält.“³⁰ Wenners Aktion hatte auch diesmal Erfolg; Am 09.12.1936 informierte die Schulverwaltung über das ausgesprochene Verbot der Erteilung von Privatunterricht.³¹

In Essen soll er mit Hilfe des Kaplans von Liebfrauen einen Arbeitsplatz gefunden haben, doch der Zynismus des totalitären Systems bestimmte sein weiteres Schicksal: Zunächst als „wehrunwürdig“ erklärt, „durfte“ er im Arbeitsdienst am Bau des „Westwalls“ mitarbeiten. Bei Kriegsausbruch 1939 wurde er, den das Regime gedemütigt und dessen berufliche Zukunft man zerstört hatte, zur Wehrmacht eingezogen, um für „Führer, Volk und Vaterland“ zu kämpfen und zu sterben. Am 11. März 1944 kam er in Nikolajew/ UdSSR um.³²



Ludwig Grindel, hier nach der KZ-Haft, mit seinem Vater, Angehörigen und Freunden
Foto: Archiv G. Möllers

Der „Fall Grindel“ 1946/47

In den nun aufgefundenen Schriftstücken findet sich die oben erwähnte „Richtigstellung der Niederschrift der Klassenkonferenz v. 17.7.35“, verfasst und unterschrieben durch den neuen Schulleiter Dr. Josef Sprenger am 21.5.1946. Als Grund für die Hinzufügung zu den Akten gibt er an, die Niederschriften erst zur Kenntnis genommen zu haben, als Ende Oktober 1945 Herr Wenner wegen seines Entnazifizierungsverfahrens Einsicht insbesondere in die Fälle „Feuerstein“ und „Grindel“ verlangte: Niederschriften seien zu Wenners Zeiten nie nach einer Verlesung genehmigt worden; diese sei nicht einmal im üblichen Protokollbuch abgeheftet worden: „Diese Aktennotiz halte ich für notwendig, weil in letzter Zeit Herr Oberstudiendirektor Wenner von mir verschiedene Abschriften von ihnen und seine Amtsführung betreffende Akten erbeten hat.“³³

Ein Jahr später beschäftigte sich die „Akteneinsichts-Kommission der Stadtvertretung“ mit den Schriftstücken dieses Schnellhefters. Sie kam am 3.4.1947 zu dem Ergebnis, dass der Fall Grindel durch Rektor Thier „aufgerollt wurde“, Wenner danach Schüler und Vater ermahnt und am 17. Juli den Oberpräsidenten über die Verhaftung informiert, sie aber nicht „veranlaßt“ habe. Wenner habe ihn nach der Verhaftung aber „nicht mehr als Schüler ... behalten können.“

Tatsächlich lassen sich die Letztentscheider für die Verhaftung des Schülers auch heute nicht mehr nachweisen; sie sind aber nicht ohne die Gemengelage des nationalsozialistischen Herrschaftsmilieus und seines unbedingten Willens zur Gleichschaltung denkbar. Dazu gehörten neben Partei- und HJ-Führung auch Gestapo und beide Schulleiter, die das HJ-Monopol an ihrer Schule durchzusetzen beabsichtigten. „*Parteigenosse Hans Thiet*“, so die Würdigung der Nationalzeitung am 30.4.1936, habe sich „*mit der ganzen Härte, Zielstrebigkeit und Konsequenz*“ eines „*Westfalen*“ als „*national-sozialistischer Erzieher*“ angesichts der „*schwierigsten Verhältnisse*“ in Ost erwiesen: Unter ausdrücklichem Verweis auf die Vorfälle lobt die NZ seine „*Unmachgiebigkeit*“ gegenüber „*Kräften*“, die glaubten, im „*Dunkeln und aus dem Hinterhalt heraus wühlen und hetzen zu können. Seiner persönlichen Initiative ist es zum guten Teil zu verdanken, daß heute dem Wirken der HJ ... der Boden geebnet ist.*“³⁴ Auch Wenner hat den Schulverweis erkennbar vor Erhalt belastbarer Information über die nach dem 23. Juni erhobenen Vorwürfe und auch bereits vor der Inhaftierung Grindels aktiv betrieben.³⁵ Er sollte auch später nach der durch diesen Gewaltakt geförderten Gleichschaltung aller Schüler in der HJ nicht davor zurückschrecken, Schülereltern mit der „*Verweisung von der Schule*“ zu drohen, wenn ihm Beschwerden über die unregelmäßige Teilnahme an HJ-Veranstaltungen erreichten. Adressat eines dieser Droh- und Disziplinierungsschreiben war am 7.2.1938 auch Studienrat Clemens Linge, Vater des Schülers Hermann Linge, selbst (ein nicht stromlinienförmig angepasster) Lehrer am Gymnasium.³⁶

Georg Möllers

Anmerkungen:

- 1 Dr. Aloys Köppen, Vorbilder, Solidarität und Mut ..., hier im Buch ab Seite 64.
- 2 Verwaltungsbericht 1932/33, bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt Recklinghausen, S. 49.
- 3 Schirach bei einer Großkundgebung in Essen und einer Rede in Berlin, lt. NZ, 1.4.1935 und 3.5.1935.
- 4 Beim Gauparteitag in Münster, lt. Michael. Wochenschrift junger Deutscher, 14.7.1935.
- 5 Beim Gautag in Essen, lt. Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. II, bearbeitet von B. Stasiewski, Mainz 1976, S. 305, Anm. 4.
- 6 Soweit nicht anders angegeben, stammen die Aktenstücke aus dem Schularchiv des Gymnasium Petrinum. Die „Übersicht über die Zugehörigkeit der Schüler(innen) zu den verschiedenen Jugendbünden“ gingen regelmäßig an den Oberpräsidenten in Münster. Das folgende Aktenstück befindet sich im Privatbesitz von Frau Lensker.
- 7 Georg Kalina, damals 15-jähriges Mitglied der Sturmchar, im Gespräch am 1.9.1987. Frau Rosenkranz erinnert sich daran, daß v. a. ein Angehöriger der HJ Ludwig Grindel mehrfach auflauerte, wenn er das Jugendheim verließ. Gespräch am 23.8.1987.
- 8 Das 1932 als „Junge Front“ gegründete katholische Massenblatt hatte am 1.7.1935 seinen als Provokation verstandenen Titel ändern müssen. Angesichts seiner publizistischen Bedeutung wurde es offenbar auch von der Schulleitung des Petrinum gelesen, die sich am 17.7.1935 wegen eines Artikels an die Schriftleitung wandte.
- 9 Herr L., damals Führer des HJ-Banns 252 Vest, im Gespräch am 29.5.1988.
- 10 Vgl. den abgedruckten Brief des Schulrates Seite 108f.
- 11 Dieses und andere Schreiben konnten jetzt im Schularchiv Petrinum, Aktenkiste 22, Schnellhefter „Politische Betätigung“ gefunden werden. Sie vertiefen und korrigieren unsere Kenntnisse über den „Fall Grindel“. Vgl. Tagebuch der Schule an der Liebfrauenstraße. Ausgänge, angefangen am 9.2.1935.
- 12 In den späteren Schreiben an die Gestapo am 15.7.1935 („*Grindel wurde von mir befragt, hatte aber alles nicht so gemeint, wie es Herr Rektor Thiet aufgefasst hat. Er hielt sich für völlig unschuldig.*“) und den Oberpräsidenten am 17.7.1935 („*Er gibt seine Betätigung in der Jungschar zu, bestreitet aber jegliche den Schulfrieden an der Liebfrauenschule störende Absicht.*“) gibt Wenner den Inhalt der Stellungnahmen des Schülers wieder, wertet sie nun aber ab.
- 13 NZ 27.6.1935.
- 14 Stadtarchiv Recklinghausen 111, 4556.

- 15 Das war auch die Ansicht des verantwortlichen Lokalredakteurs Kurt Parbel (lt. eigener Aussage vom 5.4.1988), weshalb Hellermann in seinem Brief mit einem Gegenangriff auf den jungen Mann reagiert.
- 16 Schularchiv Petrinum, Aktenbehälter 22 im Schnellhefter „politische Betätigung“.
- 17 Ebda. Schreiben an den Oberpräsidenten vom 17.7.1935. In Pfarrer Tensunders (Liebfrauen) Bericht 1946 ist von einer „fünfmönatigen Schutzhaft“ die Rede: Bistumsarchiv Münster A 101-15.
- 18 Gemeint ist, dass Jugendheim, Kirche und Pfarrhaus nebeneinander auf dem Kirchengrundstück liegen, also in diesem Sinne nicht öffentlich sind [Anm. d. Verf].
- 19 In der von Dr. Sprenger verfassten und unterzeichneten „Richtigstellung“ vom 21. Mai 1946 zur Niederschrift der Klassenkonferenz finden sich folgende Hinweise: Die Beratungsniederschrift sei nicht im üblichen Protokollbuch enthalten und auch nicht den Teilnehmern der Beratung zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Genehmigung von Niederschriften nach Vorlesen ist allgemein bei Herrn Oberstudiendirektor Wenner nicht Brauch gewesen. (Schularchiv Petrinum, Aktenbehälter 22, Schnellhefter politische Betätigung). Vgl. insgesamt dazu den Schluss-Exkurs.
- 20 Schularchiv Petrinum, Akte Abiturprüfung Ostern 1935.
- 21 Zur Förderung der „ Geeigneten und Würdigen“, so der Erlaß, sei außerdem „die ständige Prüfung ... (der) körperlichen, charakterlichen und geistigen ... Gesamteignung“ wesentlich. Nach: Jahrbuch der Lehrer an höheren Schulen, 1. Teil, 43 (1936), S. 65-68.
- 22 Vgl. Hans Werners, in diesem Buch ab Seite 59.
- 23 Klaus Anderbrügge, in diesem Buch vor diesem Aufsatz ab Seite 95.
- 24 Die Überschrift des NZ-Artikels vom 21.9.1935 lautete: „Der katholische Jugendbund Neu-Deutschland stellt die Arbeit ein. Die Vereinigung der katholischen höheren Schüler des Gymnasiums löst sich freiwillig auf. Ein begrüßenswerter Entschluß – Wann folgen die anderen Bünde?“
- 25 Stadtarchiv Recklinghausen 111, 1386. Titel des gesamten Aktenordners der Stadtverwaltung: „Entkonnfessionalisierung des öffentlichen Lebens“.
- 26 Kurt Gaertner, Festtage für unser altes Gymnasium, in diesem Buch ab S. 239ff.
- 27 NZ 12.12.1935: Der Festtag an der auch „Hitler-Oberrealschule“ genannten Anstalt begann danach mit der Hissung der „HJ-Traditionsfahne“ am Gymnasium und ihrer feierlichen Übergabe durch Direktor Wenner. Erinnert werden sollte damit an den denkwürdigen 25.04.1932, an dem Mitglieder des NS-Schülerbundes die Fahne nachts an beiden Schulen angebracht hatten.
- 28 Deutschland-Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), zitiert nach: Auf der Suche nach den Moorsoldaten. Emslandlager 1933-1945, Papenburg, 2. Aufl. 1986.
- 29 Die Angaben beruhen auf Aussagen von Herrn Berger, Herrn Dr. Husmann, Herrn Kalina, Herrn Dr. Köppen und Frau Rosenkranz. Aus einem Schreiben seines Mitschülers Dr. Aloys Köppen an Georg Möllers am 25.8.1987: *„Wie mir einmal Ludwig Grindel erzählte, der mir gegenüber nur einmal bei einem Gang von der weihnachtlichen Mitternachtsmesse in der Gymnasialkirche nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Papenburg gesprächsbereit war, hatte sein Vater, ein Eisenbahnbeamter, seinen Urlaub dazu verwendet, in der Nähe des damaligen Konzentrationslagers Papenburg umherzustrreifen, um vielleicht den Sohn zu sehen. Man hatte hintenherum gehört, daß er sich dort befinden soll. [...] Im Konzentrationslager wurde viel mit seelischer Folter gearbeitet, wie er mir an besagtem Abend auch mitteilte. Es gab dort verschiedene Gruppen [...], so Verbrecher, Homosexuelle usw.. Alle diese Gruppen mußte Grindel durchlaufen und vieles erleben. Genaues teilte er nicht mit [...] Aber alle ehemaligen Häftlinge waren im Allgemeinen von großer Verschwiegenheit [...]“*
- 30 Schularchiv Petrinum, Nr. 19, hier: Schnellhefter Dienstanweisungen, Betätigung im öffentlichen Leben, Nachhilfeunterricht, 8.11.1932-5.3.1980.
- 31 Diensttagebuch Gymnasium Petrinum, 10.9.1936-30.10.1937.
- 32 Auskunft der Deutschen Dienststelle (WASt) vom 15.11.1988.
- 33 Besonders Interesse habe Wenner bei der Entnazifizierung an den „Fällen“ Feuerstein und Grindel gezeigt.
- 34 Anlass des großen NZ-Beitrages mit einem Foto Thiets in Parteiuniform war seine „ehrenvolle Berufung“ als Rektor an die Volksschule in Oelde, „wo er allem Anschein nach ähnliche schwierige... Verhältnisse vorfinden wird.“ Der kommissarische (1.4.35), dann ernannte Rektor (1.7.1935) in Ost hatte offenbar seinen Auftrag erfüllt. Ab März 1936 ging er nach Oelde; die Ernennung zum Rektor erfolgte mit Wirkung vom 1.5.1936: StA RE IVa 205 Personalakte Johannes Thiet.
- 35 Pfarrer Tensunders (Liebfrauen) beurteilt in seinem Bericht 1946 die beiden Schulleiter als Hauptverantwortliche für das Geschehen: Bistumsarchiv Münster A 101-15.
- 35 Schularchiv Petrinum, Nr. 22, Schnellhefter politische Beteiligung.

Die Zerschlagung der katholischen Jugendbewegung

Der 1919 von Jesuiten gegründete katholische Schülerbund „Neu-Deutschland“, der die Ideale des Aufbruchs der Jugendbewegung mit denen der religiösen Grundhaltung verband, hatte 1933 ca. 22.000 Mitglieder. In Recklinghausen, um 1920 entstanden, war der ND unter Leitung jugendlicher Gruppenleiter und der Geistlichen Betreuung v.a. von Dr. Heinrich Große Boes an den beiden Oberschulen für Jungen vertreten, am Gymnasium Petrinum und Hittorf-Oberrealschule. Der folgende Textauszug stellt die ND-Geschichte im NS-Staat dar:

Schon der Beginn der 30er Jahre stand im Zeichen heftiger Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus. 1931 gelang es zwar einigen älteren Jungen der Gruppe, auf einer eigens dazu einberufenen Versammlung die Gründung des NS-Schülerbundes in Recklinghausen für ein Jahr zu verhindern. Es war aber nicht zu vermeiden, daß sich wenig später andere Jungen mit ihren Fähnlein von der Gruppe trennten und sich als „Schwarze Trucht“ neu konstituierten, um dann als reife Frucht den Nationalsozialisten in die Hände zu fallen. Sie waren mit dem deutschnationalen Gedankengut einiger bündischer Jugendgruppen in Berührung gekommen und lösten sich gleichzeitig aus der bewußten religiösen Einstellung, die den Bund Neudeutschland und besonders auch die Recklinghäuser ND-Gruppe damals charakterisierte. Trotz der Abspaltung hatte die Gruppe, an deren Spitze inzwischen Fritz Harten getreten war, dem dann später Heinz Echterhoff folgte, um 1932 über 220 Mitglieder. Die Zahl der Fähnleinführer war auf etwa 15 gestiegen. Dank einer Vielzahl engagierter Primaner besaß die Gruppe eine bedeutende innere Kraft, und auch das Schülerleben wurde namentlich am Petrinum wesentlich von ihr mitbestimmt. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten traf daher die Gruppe zu einem Zeitpunkt, als sie an einem Höhepunkt ihrer Entwicklung angelangt war.

Der politische Umbruch brachte das Gruppenleben trotz vieler Schwierigkeiten nicht sogleich zum Erliegen. Zwar wurde der Gruppe das Heim in der Rombergschule genommen, sie fand aber neuen Unterschlupf im Jugendheim von St. Peter und im Petrushaus am Kirchplatz. Im August 1933 fand noch wie in jedem Jahr zuvor das große Gruppenlager statt, und zwar diesmal in Klein-Reken, dem Heimatort des kurz zuvor verstorbenen Stu-



ND-Zeltlager in Klein Reken mit Dr. Heinrich Große-Boes (letzte Reihe, 1. v. l.), Heinrich Terwort (letzte Reihe, 2. v. l.)

Foto: Dr. Heinrich Große Boes

dienrats Bernhard Witte, der sich um die Gruppe große Verdienste erworben und ihr auch diesen Lagerplatz verschafft hatte, als es an anderer Stelle längst unmöglich geworden war. Auch 1934 folgte noch ein weiteres Lager an gleicher Stelle. Der letzte große Elternabend der Gruppe im Kolpinghaus unter der Leitung von Martin Schulte, der Heinz Echterhoff abgelöst hatte, wurde aber bereits so massiv durch die Hitlerjugend gestört, daß polizeilicher Schutz angefordert werden mußte. Von nun an wurde die Lage der Gruppe zunehmend schwieriger. Die Jungenführer waren jetzt auch in der Schule - vor allem nach dem Wechsel in der Schulleitung - ständigen Drohungen und Schikanen ausgesetzt. Unter dem steigenden Druck verließen manche Jungen die Gruppe und schlossen sich der Hitlerjugend an. Doch der weitaus größere Teil hielt aus, darunter - neben den genannten Gruppenführern - die meisten Fähnleinführer wie Willi Gertz, Paul Bolder, der zur Gruppe zurückgekehrt war, Willi Jansen, Heinrich Schänzer, Karl Bitter, Heini Terwort, Heinz Rüsing, Willi Husmann vom Petrinum, Hermann Mechlem, Hans Feldmann und Erich Jansen von der Oberrealschule, um nur einige von ihnen zu nennen. Andere, wie Ferdi Kolbe und Hans Werners, kamen jetzt erst hinzu. Das Gruppenleben konnte also selbst 1934 noch vollständig aufrechterhalten werden, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil Dr. Große Boes unbeirrt hinter den Jungen stand, ihnen für alle Besprechungen ohne weiteres seine Wohnung zur Verfügung stellte und - so Hans Werners - sogar sein persönliches Vermögen für die Gruppe einsetzte.

Besonders aufschlußreich sind Ferdi Kolbes Aufzeichnungen über diese Zeit. Er berichtet z. B., wie er eines schönen Juniabends 1933 in der Stadt auf einige Neudeutsche getroffen sei, die gerade - im Zusammenhang mit einer Sonnenwendfeier - eine Schlägerei mit der HJ hinter sich hatten, und wie er sich ihnen spontan angeschlossen habe. Schon bald übernahm er die Leitung einer der beiden Ritterrunden, die 1933/34 mit besonderer Begeisterung gearbeitet habe. Merkwürdigerweise sei aber bei allen behandelten Themen ausgerechnet die Politik zu kurz gekommen. Man habe damals versäumt, Zellen des Widerstandes vorzubereiten und diese theoretisch zu fundieren etwa durch Analysen der Zerstörung der Demokratie und des Rechtsstaates, der Vernichtung der Gewerkschaften, der Gefährdung des Friedens und des verhängnisvollen Nationalismus. Die Gruppengemeinschaft sei doch eher idyllisch als rational-kämpferisch gewesen. - Vielleicht glaubte man noch zu sehr an eine mögliche Synthese zwischen den eigenen Idealen und den „Ideen des neuen Reiches“ getreu der alten Losung: „Alles für Deutschland, aber Deutschland für Christus!“, an die sich bezeichnenderweise der Chronist E. D. gemahnt sah, als er in seinem Bericht für die Recklinghäuser Tagespresse über das Lager in Klein-Reken 1933 das gleichzeitige Aufziehen von Reichsfahne und Christusbanner in hohen Worten feierte und weiter anmerkte, daß die Lagergemeinschaft ein Spiegelbild des deutschen Volkes, die Nation im kleinen gewesen sei, wie sie sich im neuen Reich zu unzerstörbarer Einheit und Kraft erhebe, und daß die Neudeutschen nur als religiö-



ND-Ausweis von Heinrich Terwort

Besonders aufschlußreich sind Ferdi Kolbes Aufzeichnungen über diese Zeit. Er berichtet z. B., wie er eines schönen Juniabends 1933 in der Stadt auf einige Neudeutsche getroffen sei, die gerade - im Zusammenhang mit einer Sonnenwendfeier - eine Schlägerei mit der HJ hinter sich hatten, und wie er sich ihnen spontan angeschlossen habe. Schon bald übernahm er die Leitung einer der beiden Ritterrunden, die 1933/34 mit besonderer Begeisterung gearbeitet habe. Merkwürdigerweise sei aber bei allen behandelten Themen ausgerechnet die Politik zu kurz gekommen. Man habe damals versäumt, Zellen des Widerstandes vorzubereiten und diese theoretisch zu fundieren etwa durch Analysen der Zerstörung der Demokratie und des Rechtsstaates, der Vernichtung der Gewerkschaften, der Gefährdung des Friedens und des verhängnisvollen Nationalismus. Die Gruppengemeinschaft sei doch eher idyllisch als rational-kämpferisch gewesen. - Vielleicht glaubte man noch zu sehr an eine mögliche Synthese zwischen den eigenen Idealen und den „Ideen des neuen Reiches“ getreu der alten Losung: „Alles für Deutschland, aber Deutschland für Christus!“, an die sich bezeichnenderweise der Chronist E. D. gemahnt sah, als er in seinem Bericht für die Recklinghäuser Tagespresse über das Lager in Klein-Reken 1933 das gleichzeitige Aufziehen von Reichsfahne und Christusbanner in hohen Worten feierte und weiter anmerkte, daß die Lagergemeinschaft ein Spiegelbild des deutschen Volkes, die Nation im kleinen gewesen sei, wie sie sich im neuen Reich zu unzerstörbarer Einheit und Kraft erhebe, und daß die Neudeutschen nur als religiö-



Das ND-Wappen

se Menschen im höchsten Sinne der Kirche auch dem Vaterlande im Sinne der Regierung dienen.

Das wahre Gesicht der anderen Seite zeigte sich recht bald: Hans Werners und Ferdi Kolbe etwa wurde wegen ihres „politischen Versagens“ die Hochschulreife aberkannt. Den Primanern wurde mit Nichtzulassung zum Abitur gedroht. An der Ernsthaftigkeit solcher Drohungen war nicht länger zu zweifeln, nachdem Ludwig Grindel von der U I wegen seiner Tätigkeit in der Pfarrjugend von St. Liebfrauen für neun Monate inhaftiert worden war. Martin Schulte wurde vom Direktor bedeutet, er gehe den gleichen Weg, wenn er noch einmal einen Jungen für Neudeutschland zu werben versuche. Angesichts dieser Bedingungen war der Einstellung der öffentlichen Tätigkeit der Gruppe kaum noch auszuweichen. Unter dem Druck behördlicher Verfügungen faßte daher die gesamte Führerschaft der Gruppe Ende 1934 gegen eine Stimme den Beschluß sich aufzulösen, nachdem sich auch die Geistlichkeit der Altstadt hierfür ausgesprochen hatte. Insgeheim aber lebte die Gruppenarbeit noch bis etwa 1937 weiter.

Prof. Dr. Klaus Anderbrügge, Abiturientia 1959

Die Nationalzeitung feierte die Auflösung der örtlichen ND-Gruppe:

Der katholische Jugendbund Neu-Deutschland stellt die Arbeit ein

**Die Vereinigung der katholischen höheren Schüler des Gymnasiums löst sich freiwillig auf
Ein begrüßenswerter Entschluß - Wann folgen die anderen Bünde?**

-K.P.- Recklinghausen. Die Abteilung Pr. des Bannes 252 (Vest) der Hitler-Jugend teilt mit: Nicht nur die Führung der HJ, sondern auch maßgebende Männer der Partei und des Staates haben in den letzten Monaten ganz eindeutig den Standpunkt ausgesprochen, daß konfessionelle Jugendverbände im nationalsozialistischen Deutschland keineswegs eine Existenzberechtigung in der Lage nachzuweisen sind. Wenn dieser Standpunkt wiederholt eindeutig unterstrichen wurde, dann nicht deshalb, um gegen irgendeine der unter dem Schutz des nationalsozialistischen Staates stehenden Konfessionen vorzugehen, wie gewisse Kreise gar zu gerne darstellen. Es ist die Aufgabe der gottgewollten Sendung Adolf Hitlers, den Jahrtausende alten Traum der Deutschen nach der EINIGUNG DES VOLKES zu verwirklichen. Diese Einigung Deutschlands, die den Namen des Führers in der Geschichte unsterblich machen wird, verlangt die ÜBERBRÜCKUNG ALLER GEGENSÄTZE über Konfessionen und Stände hinweg zu einer Nation, die allein durch ihre innere Geschlossenheit allen äußeren Angriffen gegenüber gefeit ist.

Es ist das Ideal jeder deutschbewußten jungen Generation gewesen, in einem Staat geschlossener Einigkeit zu leben. DIESES SEHNEN HAT ADOLF HITLER VERWIRKLICHT. Und von jenem Tage an durfte es keine trennenden Schranken zwischen dem Arbeiterjungen und dem höheren Schüler, dem katholischen und evangelischen Jungen geben. Es war gerade jener Geist der Uneinigkeit, der konfessionellen Zerrissenheit, der klaffenden Standesunterschiede, die Deutschland bis an den Abgrund der „Vernichtung“ trieb. (...)

Zu jenen konfessionellen Verbänden, deren Existenz mit der Schaffung der deutschen Einheit hinfällig geworden war, gehörte auch der Bund „Neu-Deutschland“, die Vereinigung katholischer Jungen an den höheren Schulen in allen deutschen Gauen. Wir alten Hitlerjungen, die wir uns schon vor der Machtübernahme mit dem Bund „Neu-Deutschland“ geistig auseinandergesetzt bzw. teilweise aus ihm heraus zur Fahne Adolf Hitlers gestoßen sind, werden den Jungen des ND. nie den Vorwurf machen, sich politisch in einem Sinne beschäftigt zu haben, der im politischen Vertreter des Katholizismus, der Zentrumspartei, gepflogen wurde. Jahrelang war es so das Ziel des Bundes, die ihm anvertrauten Jungen aus der religiös-weltanschaulichen Haltung des Katholizismus zu starken sittlichen Charakteren heranzubilden. In einer Zeit des moralischen Tiefstandes wurde vom ND. gegen die auch auf den höheren Schulen zum Teil schon einsetzende moralische Verlotterung Front gemacht. (...)

Mit der beginnenden Erneuerung Deutschlands nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem, sondern vor allem auch auf geistigem Gebiet war der Zeitgeist des Niederganges ausgemerzt. Auf die Fahne der Hitler-Jugend, das Banner der deutschen Einigkeit, waren die Ideale geschrieben, sittlich starke Menschen im Glauben an Deutschland zu erziehen. Und hier mußten sich die konfessionellen Verbände zu der größeren und schöneren Aufgabe bekennen, junge Menschen über die Erziehung zum christlichen Denken hinaus zu aktiven Kämpfern für den Glauben, die Ehre und Freiheit der Nation zu formen.

Diese Notwendigkeit, die dem ungeschriebenen Gesetz der inneren Verantwortlichkeit gegenüber der Nation entspricht, ist in Recklinghausen insofern jetzt Rechnung getragen worden, als der Bund Neu-Deutschland seine Arbeit eingestellt hat. Die Eltern der Jungen, die der Gruppe des GYMNASIUMS PETRINUM angehören, haben ein Schreiben erhalten, in dem ihnen diese Tatsache mitgeteilt wird.

Die Hitler-Jugend begrüßt diesen Entschluß der örtlichen Gruppe des ND., und ist weit davon entfernt, ihn mit hämischer Freude zu quittieren. Es ist erfreulich, daß die jungen Kameraden des Bundes den Entschluß dieser Selbstauflösung gefaßt haben, denn - und das soll hier keineswegs verschwiegen werden - mit Sorge hat die HJ die Entwicklung in den örtlichen konfessionellen Jugendverbänden verfolgt. Jugendgruppen, die früher durchaus unpolitisch waren, versuchten gewisse Kreise in der letzten Zeit in das Fahrwasser des politischen Katholizismus zu ziehen. Es waren jene Kreise, an deren Adresse die Proklamation des Führers auf dem Reichsparteitag der Freiheit gerichtet war. Auf der anderen Seite war es eine Sorge der HJ, zu wissen, daß die geistigen Führer zumeist katholische Geistliche sind, von denen man weiß, daß sie keine POSITIVE Einstellung zur nationalsozialistischen Bewegung und zum nationalsozialistischen Staat haben.

Die Selbstauflösung des ND. am Gymnasium war auch aus sachlichen Gründen notwendig, denn der ND. sah als sein Ziel die religiöse Erbauung seiner Mitglieder an, die aber in der Schule durch drei Religionsstunden in den unteren und zwei in den oberen Klassen, ferner durch die zweimal in der Woche stattfindenden Schulgottesdienste, den Sonntagsschulgottesdienst und durch die religiösen Arbeitsgemeinschaften der Oberklassen gewährleistet ist.

Es ist zu hoffen, daß dem Beispiel des Bundes Neu-Deutschland noch die anderen katholischen Jugendverbände folgen. Es wird nicht der sofortige Übertritt in die Hitler-Jugend verlangt, aber der Jugendliche, der sich positiv zur Bewegung Adolf Hitlers und dem von ihm geschaffenen Staat einstellt, wird aktiv in der HJ für Deutschlands Ehre und Freiheit kämpfen. Die Hitler-Jugend nimmt jeden Jungen in ihre Reihen auf, der den ehrlichen Willen zur Mitarbeit mitbringt. Es geht nicht an, daß jeder Neueintretende sofort ein großes Wort führt, denn auch in der Hitler-Jugend kann nur der befehlen, der erst gehorchen gelernt hat.

aus der Nationalzeitung vom 21. September 1935

„Verlagsdirektor Bitter ist ein Staatsfeind“

Als Industrienation mit der größten Zeitungsvielfalt stellte sich Deutschland 1932 dar: 4703 Tages- und Wochenzeitungen konkurrierten miteinander. Typisch dabei waren die kleinen regionalen „Heimatblätter“, die zu 81% in Familienbesitz waren. Bereits im Sommer 1933 waren die in Parteibesitz befindlichen 49 KPD-Organen und 132 SPD-Zeitungen¹, darunter das „hoffentlich für immer verbotene rote Hetzblättchen 'Volksfreund'“ (NZ 15.3.33) enteignet worden. Die nationalsozialistische Gleichschaltung der Presse erfolgte ökonomisch durch die Bevorzugung parteieigener Zeitungen und Übernahme von Konkurrenzblättern in den sich entwickelnden NS-Pressetrust oder inhaltlich durch die Gleichschaltung mit Steuerungs- und Repressionsinstrumenten wie das Schriftleitergesetz und die sogenannten „Auflagenmeldungen“ des Propagandaministeriums. Zu den unabhängigen Verlagshäusern gehörten 1933 der Bauer-Verlag mit der „Recklinghäuser Zeitung“ und die Vestische Druck- und Verlags AG (Vesdruvag), die u.a. die „Recklinghäuser Volkszeitung“ und sieben weitere Tageszeitungen im Kreisgebiet herausgab. Die massiven Angriffe des NS-Gaueorgans National-Zeitung gegen beide bezog sich zuerst auf die politische Richtung vor 1933, zum einen die als

„Konjunkturrittertum“ des sogenannten „Nationalen Heimatblattes“ diffamierte bürgerliche Linie der RZ², zum anderen aber das eindeutig dem politischen Katholizismus zuzurechnende Engagement der RVZ. Gefährlich wurde die Kombination von wirtschaftlichem Konkurrenzkampf und dem Vorwurf politischer Unzuverlässigkeit. Zum „Judenelddorado“ (NZ 3.6.33) wurde die RVZ bereits gestempelt, als Verleger Bitter dem infolge der Judenboykottaktion vom 1.4.1933 beim Kaufhaus Althoff entlassenen Werbechef Christalla in der eigenen Inseratenabteilung eine neue Arbeit verschaffte. Bis 1935 waren die Anzeigen jüdischer Geschäftsinhaber in den Tageszeitungen RZ und RVZ immer wieder Thema von Angriffen, nach dem Anzeigenverbot dann auch Privatdrucke, wie Verlobungseinladungen o.ä. des Druckereibetriebes. Angesichts der „Totalität der nationalsozialistischen Weltanschauung“ forderte NZ-Schriftleiter Parbel alle Behörden offen zum Abbruch aller Beziehungen zum „wider den Geist [...] der Bewegung und des Staates handelnden“ „Judenknecht“ RVZ auf.³ Tatsächlich verlor die RVZ 1935 den Charakter eines städtischen Amtsblatts. Grund, so die offizielle Verlautbarung der städtischen Pressestelle, war das „würdelose Verhalten der Volkszeitung in der Judenfrage. Die Volks-



Löhrhofstraße 10

zeitung ist die einzige Zeitung in Recklinghausen, die noch Anzeigen jüdischer Inserenten aufnimmt.“

Mit dem gleichzeitigen Ausschluss vom Presse-

dienst aller städtischen und staatlichen Behörden hatte die NZ die „geschlossene Abwehrfront“ (27.8.1935) erreicht; Anzeigenverluste von Sparkassen, Straßenbahnen, Verkehrsbüros folgten.

„Verlagsdirektor Bitter ist ein Staatsfeind!“ titelte die NZ am 16.3.1934 und begann mit diesen und weiteren Beiträgen eine Kampagne wirtschaftlicher und persönlicher Existenzvernichtung. Darin wurden Bitter nicht nur staatsfeindliche Äußerungen im Betrieb „nachgewiesen“, sondern auch Vorwürfe gegen seine Betriebsführung erhoben. Die zweimalige Verhaftung 1934, zwei weitere folgten später, verfolgten das Ziel, den Verleger zur Übereignung von Zeitung und Verlag zu zwingen.⁵

Der Verlust der unternehmerischen Unabhängigkeit der wirtschaftlich schon angeschlagenen Zeitung war die Folge der Verordnungen des Reichspressekammerpräsidenten Amann Ende 1935. Sie untersagte nicht nur den Besitz von Zeitungen durch Gesellschaftsformen, wie GmbH, AG, Genossenschaften, sondern auch die „inhaltliche Gestaltung“ im Hinblick auf einen „konfessionell [...] bestimmbar Personenkreis“⁶. Die damit ausgelöste Enteignungsaktion gegen Verleger gilt nach der Arisierung jüdischen Besitzes als „umfangreichste Konfiszierung von Privatbesitz im Dritten Reich“⁷. Sie zwang auch im April 1936 zum Verkauf der „RVZ“ an die Vera-Verlagsanstalt GmbH, einer diskreten Tochter des NS-Pressetrusts, den Amann inzwischen aufzubauen begann. Immerhin durfte Bitter über die neue Bitter & Co. KG die Verlagsrechte für 14 Jahre pachten – ein Vertrag, der aber am 1.7.1940 bereits aufgelöst wurde, so dass die RVZ eingestellt werden musste. Die RZ überlebte, nachdem Verlegerin Antonie Bauer

1943 gezwungen worden war, 50% der Anteile an den parteieigenen Gauverlag abzutreten. In der Zwischenzeit hatte sich Bitters Verlag mit der am 7.1.1934 erfolgten Herausgabe von „Unser Kirchenblatt“, das als offizielles Bistumsblatt kirchlich anerkannt wurde, ein zweites Standbein geschaffen. Die Auflage von 45000 Exemplaren (1945 im Vest Recklinghausen) stieg bis 1937 auf 90000 Exemplare in über 270 Gemeinden des Bistums. Nach vielfachen Behinderungen erfolgte hier das Verbot 1937, nachdem sich der Verlag

Kampf den Feinden des Staates!

Verlagsdirektor Bitter sitzt in Schubhaft

Das Ergebnis der Untersuchungen der Staatspolizeistelle – Das Material der National-Zeitung war: Hoch- und Verräter – Herr Bitter misshandelt die feindselige Glaubenslehre

Politische Hetze und Konkurrenzkampf NZ 173.1934

geweigert hatte, eine der verpflichtenden „Aufgabendmeldungen“ abzudrucken.

Nach dem Ausschluss Wilhelm Bitters aus der Reichspressekammer

1935 und der Reichsschrifttumskammer 1939 überlebte das Druck- und Verlagshaus unter nomineller Leitung seiner Frau Käthe nur dank der Möglichkeiten, Adressbücher und religiöse Kleinschriften herzustellen. Überregionale Bedeutung erlangte es, als es am 1.9.1939 nach der Auflösung des „Jugendhauses Düsseldorf“, der Reichszentrale der katholischen Jugend, durch die Gestapo, den Schriftsteller Georg Thurmair und andere Redakteure übernahm. Mit dem Aufkauf und der Herausgabe der unverfänglichen Zeitschrift „Deutscher Kulturwart“ (1939 bis zum Verbot 1941) und einiger religiöser Schriften und Bücher – von denen allein 1940 im Verlagshaus über 60000 beschlagnahmt wurden – gelang der Aufbau eines Vertriebsnetzes quer durch den deutschsprachigen Raum; zum Teil wurden die Schriften in Druckereien in Colmar oder Hilversum hergestellt.

G.M.

1 Zahlen nach: *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts*, Berlin 1947, S. 47

2 So NZ-Schriftleiter Kurt Parbel in der Weihnachtsausgabe 1935. Die RZ hatte sich den Untertitel 1933 zugelegt und zuvor eine nicht parteigebundene, eher bürgerlich-konservative Linie verfolgt.

3 NZ 10.8.1935. Die NZ macht sich dabei Terminologie und Inhalt eines Memorandums von Rolf Rienhardt, Stellvertreter Amanns als Präsident des Verlegerverbandes zu eigen. Gerade in der Frage der Judeninserate sei es bei konfessionell orientierten Zeitungen zu „erschütternden Ergebnissen“ gekommen. Nach: Oron J. Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965, S. 159-163

4 RZ 16.8.1935

5 Vgl. Extra-Blatt

6 Oron J. Hale, a.a.O., S. 154-157

7 Oron J. Hale, a.a.O., S. 222



Die Vestische Druck und Verlagsanstalt (Vesdruvag) in den 20er Jahren, Löhrhofstraße 10

Recklinghausen 1928, Deutschlands Städtebau, Stadtarchiv Recklinghausen

Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, Palmsonntag 1937

„Schwere Angriffe auf das Wohl und Interesse des deutschen Staatswesens“, „feindliches Verhalten“, Herabsetzung der „Autorität der Reichsregierung“¹ – Auszüge aus dem Stakkato der Angriffe gegen die Bischöfe spiegeln den Aufschrei des NS-Regimes im März 1937 wider: Zwei Tage zuvor, am 21. März 1937, war das Rundschreiben von Papst Pius XI. „über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich“ in den Kirchen Recklinghausens wie in allen 11.500 katholischen Gotteshäusern Deutschlands verlesen worden. Getroffen fühlte sich das nationalsozialistische Regime nicht nur durch den deutlichen Inhalt, sondern mindestens ebenso durch die Tatsache, dass es mitten im medial gleichgeschalteten und politisch und weltanschaulich totalitär ausgerichteten Führerstaat gelungen war, in den Kirchen unkontrolliert für eine Stunde eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Erst in der Nacht vor der Verlesung der Enzyklika von allen Kanzeln hatte Gestapo-Chef Reinhard Heydrich oberste Parteiführung (Hitler, Goebbels, Göring, Himmler, Kerrl) und Gestapo-Stellen im Reich von der unmittelbar drohenden Verlesung von „hochverräterischen Angriffen gegen den nationalsozialistischen Staat“² unterrichten können. Das auf Terror und Zensur aufgebaute NS-Regime gab sich in seiner Empörung die Blöße, in einer offiziellen Protestnote an Kardinalsstaatssekretär Eugenio Pacelli die „größte Heimlichkeit“³ der Vorbereitung der Enzyklika zu kritisieren.

Tatsächlich sind nicht nur die Inhalte, sondern auch die Vor- und Verbreitungsgeschichte des Dokuments dieses singulären Schreibens aus Rom außergewöhnlich.

Zur Vorgeschichte: Das Konkordat mit dem „Teufel“

Die Vorgeschichte beginnt Anfang April 1933, als auf Initiative Hitlers Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Vatikan zur Unterzeichnung eines Konkordats begannen. Damit wurden Bemühungen aufgegriffen, die es schon in der Weimarer Republik gegeben hatte und zu Verträgen des Hl. Stuhls mit den Ländern Baden, Bayern und Preußen geführt hatten. Als das Reichskonkordat tatsächlich am 20. Juli 1933 unterzeichnet wurde, da geschah dies aus römischer Sicht, so rechtfertigt sich Papst Pius XI. jetzt vier Jahre später, trotz „mancher schwerer Bedenken“, um den Christen im Reich „im Rahmen des Menschenmöglichen die Spannungen und Leiden zu ersparen, die andernfalls unter den damaligen Verhältnissen mit Gewißheit zu erwarten gewesen wären“⁴.

Noch bis in die letzten Reichstagswahlen im März 1933 hatten die Bischöfe ihre Warnungen vor den radikalen Parteien wie NSDAP und KPD aufrecht erhalten und deren Funktionäre von den Sakramenten ausgeschlossen. Angesichts der Machtübergabe an Reichskanzler Hitler, des Sieges seiner Koalition bei den Reichstagswahlen im März 1933, der unmittelbar folgenden nationalsozialistischen „Gleichschaltungswelle“ mit der Übernahme aller Institutionen und Vereine durch NS-Mitglieder, des Terrors der Auflösung aller anderen Parteien und Gewerkschaften, des ersten Judenboykotts am 1.

¹ Schnellbrief von Reichskirchenminister Kerrl an die Bischöfe, 23.3.1937, zitiert nach: Heinz-Albert Raem (Hg.), *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, Paderborn 1980, S. 68

² Heydrich an alle Stapo-Leitstellen, 21.3.1937, 00.30 Uhr, nach: Raem (Hg.), S. 68

³ Botschafter Bergen an Pacelli, 12.4.37, nach: Raem (Hg.), S. 70. Ebda., S. 71 die ironisch-diplomatische Antwortnote Pacellis: „Angesichts dieser fortgesetzten Missbräuche einer schikanösen und offenbar parteiischen Polizeipraxis kann aus dem Vorgehen der Hochw. Herren Bischöfe Deutschlands lediglich das eine gefolgert werden, dass sie bemüht waren, das aufklärende, richtungsweisende und bei aller Freimütigkeit wohlwollende Hirtenwort des Papstes vor dem Schicksal zu bewahren, das viele Hirtenworte ungerecht gefunden hatten.“

⁴ „Mit brennender Sorge“, Abs. 4, zitiert nach: www.vatican.va/holy_father/pius_xi/encyclicals/documents/hf..., 10.08.2012

April, der Einrichtung erster Konzentrationslager und auch der Auflösung katholischer Verbände am 1. Juli 1933 hatte man in Rom gehofft, durch einen Vertrag wenigstens in einigen Bereichen die Selbständigkeit der Organisationen der katholischen Minderheit und der Kirche erhalten zu können. Dazu gehörten Garantien für katholische Verbände, den Religionsunterricht, die Bekenntnisschulen und die innere Selbstbestimmung der Kirche. Solche Sicherungen für Katholiken in totalitären Staaten zu erreichen, gehörte zu den Zielen der Vatikan, die auch zu drei vergeblichen Versuchen geführt hatte, mit der stalinistischen Sowjetunion zu einer vertraglichen Regelung zu kommen. Zur Not würde er zur Rettung jeder einzelnen Seele auch mit dem Teufel verhandeln, wurde als interne Äußerung des Papstes überliefert.⁵ Dabei war sein Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli - der spätere Pius XII. - von vornherein ohne Illusionen. Er ging angesichts der Art des deutschen Regimes davon aus, dass der Vertrag gebrochen werde. Immerhin habe man dann aber eine Basis, die Machthaber des offenen Vertragsbruchs anzuklagen.⁶ So begann die Kette vatikanischer Protestnoten gegen Übergriffe des Regimes auch prompt im September 1933 anlässlich der Überreichung der Ratifikationsurkunden.

Zu diesem Zeitpunkt war auch deutlich geworden, in welchem Ausmaß die NS-Führung den Konkordatsabschluss bereits im In- und Ausland propagandistisch als Prestigegewinn zu verwerten gewusst hatte. Mochte die Vatikanzeitung „*Osservatore Romano*“ bereits eine Woche nach Vertragsabschluss am 27. Juli 1933 in einem ungezeichneten Artikel - er war von Pacelli selbst - darauf hinweisen, dass ein Staatsvertrag keineswegs die Anerkennung eines Regimes bedeute, so nutzte die NS-Propaganda den Vertragsabschluss unverhohlen für ihre Zwecke. Damit gab der Abschluss innerhalb des Katholizismus für einige Monate jenen Auftrieb, die an eine Koexistenz, ja gar eine Zusammenarbeit mit dem „neuen Staat“ glaubten oder gerne glauben wollten.

Die Praxis: Kirchenkampf bis 1937

Solcherart Euphorie hatte aber kaum das Jahr 1933 überlebt, denn die Gegensätze traten unvermindert hervor: Dazu gehörten die grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit den germanisch-völkischen Theorien Alfred Rosenbergs, der zum weltanschaulichen schulungsleiter der NSDAP ernannt worden war einschließlich der antisemitischen Forderungen nach einem „*judenfreien Christentum*“, die innerhalb der evangelischen Kirche zur Spaltung in „Deutsche Christen“ und „Bekennende Kirche“ führten. Die Bemühungen des Regimes, die Kirchen überhaupt aus dem öffentlichen Leben Deutschlands zu verdrängen, fand in der Mordwelle während der sogenannten „Röhm-Revolution“ 1934 einen brutalen Höhepunkt. Unter den Opfern dieser angeblichen Aktion gegen einen SA-Putsch waren auch der Leiter der Katholischen Aktion Berlins (und ehemalige Recklinghäuser Landrat) Dr. Erich Klausener, der Leiter der katholischen Sportjugend DJK Adalbert Probst und der Journalist Fritz Gerlich, der sich in der katholischen Wochenzeitung „Der gerade Weg“ für die Demokratie und gegen die NSDAP eingesetzt hatte.

⁵ Vgl. Hubert Wolf, *Papst & Teufel. Die Archive des Vatikan und das Dritte Reich*, München 2008, S. 200

⁶ Aus einem Bericht des britischen Gesandten Ivone Kirkpatrick über ein Gespräch mit Pacelli am 19.8.1933: „*Kardinal Pacelli bedauerte ebenso das Handeln der Deutschen Regierung auf innenpolitischem Gebiet, deren Judenverfolgung, ihr Vorgehen gegen politische Gegner und ihre Terrorherrschaft [...] Diese Ausführungen [...] veranlassten den Kardinal zu verteidigen, weshalb er mit solchen Leuten ein Konkordat unterzeichnet habe: Ihm sei die Pistole an die Schläfe gesetzt worden, und er habe keine Alternative gehabt. Die Deutsche Regierung habe ihm Zugeständnisse angeboten, die zugegebenermaßen größer waren als die irgendeiner vorangegangenen Deutschen Regierung; und so habe er zu wählen gehabt zwischen einer Vereinbarung auf dieser Linie und der Auslöschung der Kirche im Reich. [...] Falls die Deutsche Regierung das Konkordat verletzen sollte – und das werde sie bestimmt tun – hätte der Vatikan einen Vertrag, auf den er einen Protest gründen könne.*“ (Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Second Serie, Vol. V: 1933, London 1936, S. 524f). Deshalb wurde der Vertragstext auch in Deutschland immer wieder gedruckt, so zum Einzelpreis von 10 Pfg. (500 Stck: 30,- RM) beim kath. Buchverlag Germania/Berlin im Jahr 1937



Dem politischen Katholizismus

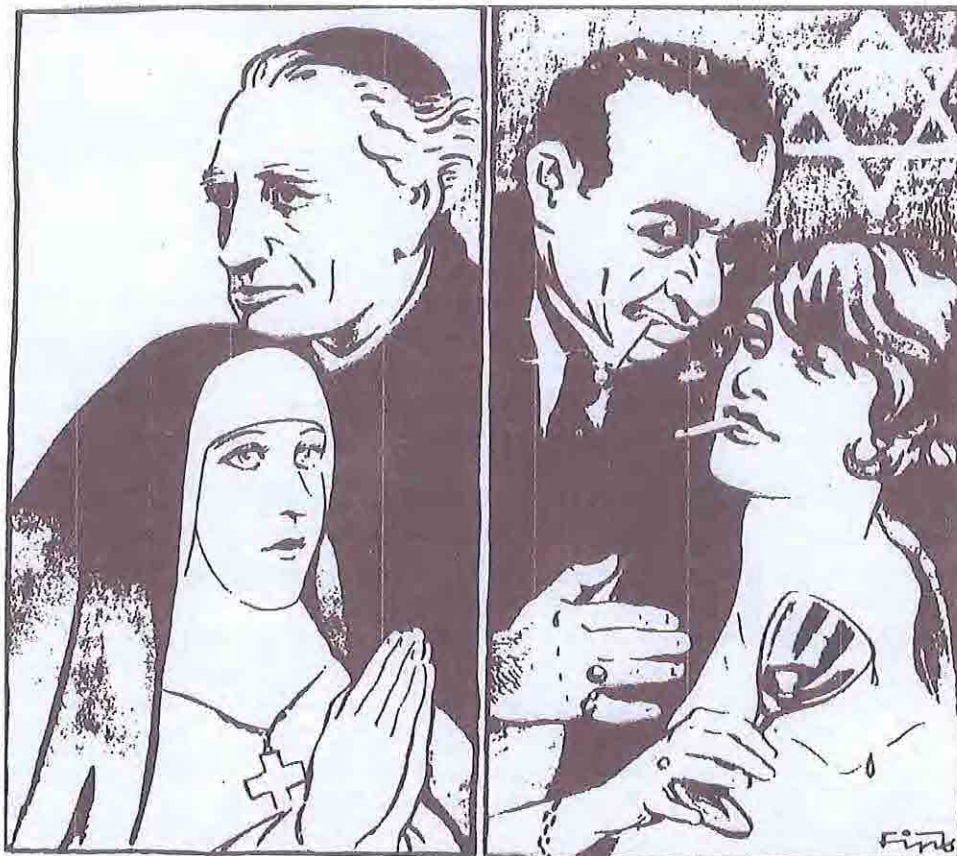
Sage mir, mit wem du Umgang pflegst und ich sage dir, wer du bist

„Der Stürmer“, 23.6.1938

Die „Entkonfessionalisierungskampagne“ als erste Kampfphase führte im katholischen Bereich zum massiven Unterdrückungsversuch der Arbeiter- und Jugendverbände und der Presse. Zu wesentlichen Stationen der Auseinandersetzung um die Jugend gehörten in Recklinghausen die Konflikte um die Teilnahme der Schüler an HJ-Weiheritualen, die Repressalien nach dem Erfolg der Romfahrt der katholischen Sturmscharen, die KZ-Haft des Jugendführers Ludwig Grindel aus der Liebfrauengemeinde 1935 und die Auflösung des Schülerbundes ND. Im Februar 1936 wurde mit Prälat Wolker und 57 weiteren Personen die gesamte Führung der katholischen Jugendorganisationen verhaftet. Mit Hans Niermann (1913-1940), seit 1935 Reichssturmscharführer, saß ein gebürtiger Recklinghäuser im hiesigen Polizeipräsidium in Haft.

Im Mittelpunkt der Pressegleichschaltung standen in Recklinghausen das katholische Druck- und Verlagshaus Bitter sowie reichsweit die erfolgreiche Wochenschrift „Michael“, die bis zu ihrem Verbot von der katholischen Jugend an die Haushalte verteilt wurde. Die nationalsozialistische Kirchaustritts-Propaganda führte nach ihrem Beginn 1935 (34.000 Austritte) im nächsten Jahr bereits zu 46.000 Austritten. Gemäß der ausgegebenen Parole „*nicht Märtyrer, sondern Verbrecher*“ zu schaffen, sah sich der Klerus zudem einem raffiniert eingefädelten Verleumdungsfeldzug durch eine Welle von Schauprozessen gegenüber, mit denen die Glaubwürdigkeit der Geistlichen unterhöhlt und so ein Keil zwischen Priester und Gemeinden getrieben werden sollte.

Unfruchtbar



**Der Kirche zu eigen dem Satan verschworen
Und beide der Volksgemeinschaft verloben**

„Der Stürmer“, Juli 1936

„Man will grundsätzlich und definitiv die Vernichtung des Christentums“⁷, lautete auch die Bilanz des Kölner Erzbischofs Schultes, als er am 16.1.1937 eine vertrauliche Stellungnahme für Pacelli schrieb. Damit fasste er das Ergebnis der Sitzung der Bischofskonferenz zusammen, die vier Tage zuvor wie üblich in Fulda getagt hatte. Unmittelbar danach waren er und vier weitere Bischöfe zu einer vertraulichen Besprechung nach Rom gefahren. Die Einladung aus Rom war erfolgt, nachdem die deutschen Bischöfe, nicht ohne entsprechende auffordernde Signale Kardinal Pacellis, den Papst während ihrer Tagung vom 18.-20. August 1936 um ein Wort an die deutschen Katholiken gebeten hatten.⁸

Die Rolle Bischof Galens im Kirchenkampf und bei der Enzyklika

Die Art und Weise, wie der Vatikan dann allerdings handelte, überraschte auch einen Teil der Bischöfe. Schon die Auswahl der Fünferdelegation war erstaunlich. So vertraten die Erzbischöfe Schultes (Köln), Bertram (Breslau) und Faulhaber (München) die wichtigsten Diözesen; alle drei waren zudem Kardinäle. Andere Erzbischöfe waren allerdings nicht vertreten, dafür aber die Bischöfe Konrad Graf Preysing (Berlin) und Clemens August Graf von Galen (Münster) - beide waren zudem erst wenige Jahre im Amt. Noch bemerkenswerter wird die Zusammensetzung angesichts der Tatsache, dass Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz noch versucht hatte, die

⁷ Auszug in: Klaus Gotto/Konrad Reppen (Hg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980, S: 132f

⁸ Vgl. Maria Anna Zumholz, Clemens August von Galen und der deutsche Episkopat 1933 bis 1945, in: Joachim Kuroпка (Hg.), Clemens August Graf von Galen. Neue Forschungen zum Leben und Wirken des Bischofs von Münster, Münster 1992, S. 189

Einladung der beiden rückgängig machen zu lassen oder wenigstens den Osnabrücker Bischof Berning auch einzuladen. Dieser hatte als „rechte Hand“ des Vorsitzenden dessen Politik der internen Eingaben und Proteste an die Regierung unterstützt und 1933 gar den Titel des „preußischen Staatsrates“ angenommen. Während für Preysing eventuell die eine Rolle als Bischof der Reichshauptstadt oder seine besondere Nähe zu Pacelli, dem früheren Nuntius in Deutschland, hätte sprechen können, war die Einladung Galens ein eindeutiges kirchenpolitisches Signal. Preysing, vor allem aber Galen repräsentierten die Bischöfe, die einen Kurs der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Regime forderten.



+ Clemens August
Bischof von Münster.

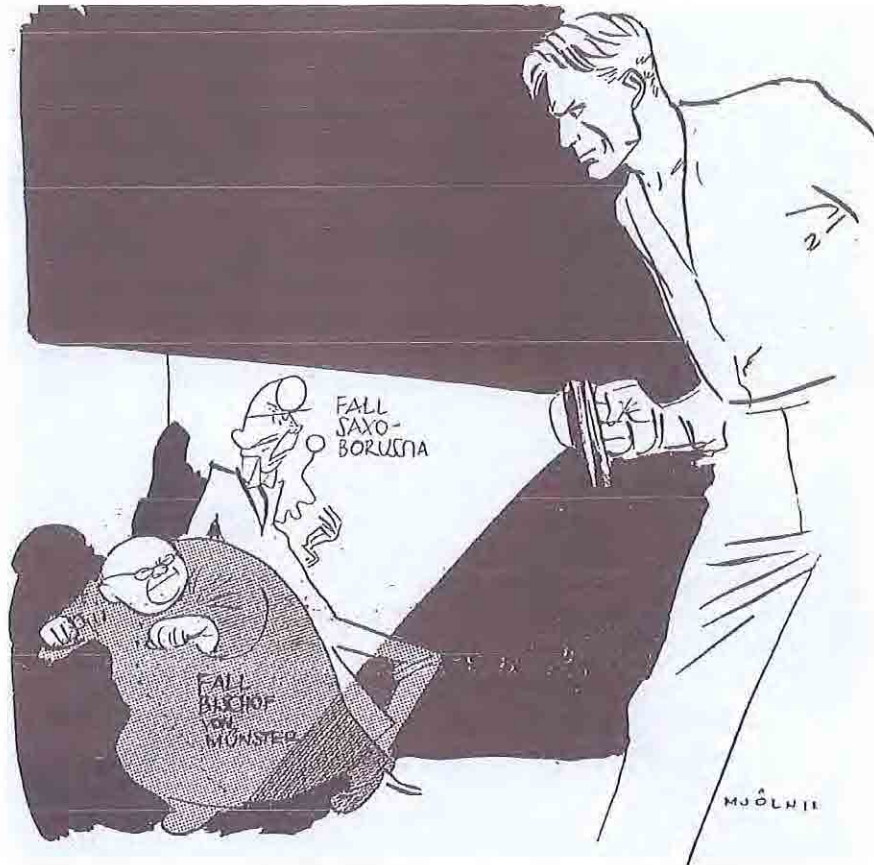
⁹ Das Bistum Münster, hg.v.Ferdinand Emmerich. Münster 1934

Clemens August von Galen, seit 1933 Bischof von Münster, hatte bereits mit seinem ersten Fasten-Hirtenbrief 1934 diese Linie vorgezeichnet. Nach der Ernennung des Rassen-Ideologen Alfred Rosenberg zum „weltanschaulichen Schulungsleiter“ im Januar 1934 hatte der Vatikan dessen zentrale Publikation „*Der Mythos des 20. Jahrhunderts*“ am 7. Februar demonstrativ auf den Index der verbotenen Schriften gesetzt.¹⁰ Unterdessen begannen auf der Basis der Lehre Rosenbergs bereits für Lehrer weltanschauliche Schulungen, die „*die orientalisch-jüdischen Lehren des artfremden Christentums*“ verantwortlich machten für den „*Untergang a) der germanischen Rasse, b) der Vernichtung Deutschlands und ihr die Schuld zuwiesen, c) an dem Aufstieg des Bolschewismus.*“¹¹ Trotz drohender Druckverbote stellte Bischof Galen nicht nur das offizielle Kirchliche Amtsblatt des Bistums Münster im Oktober 1934 als Plattform für

¹⁰ Vgl. Wolff (2008), S. 278ff.

¹¹ zitiert nach: Rudolf Padberg, Kirche und Nationalsozialismus am Beispiel Westfalen, Paderborn 1984, S. 166

eine Gegenschrift „deutscher Fachgelehrter“¹² mit der Entlarvung der Schriften Rosenbergs zur Verfügung, die weite Verbreitung auch im protestantischen Bereich fand¹³, sondern war auch mit einem Hirtenbrief an die Öffentlichkeit gegangen, der nach Einschätzung des NSDAP-Gauleiters von Oldenburg, „die übrigen bei weitem an Schärfe übertrifft. Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert.“¹⁴



„Das Schwarze Korps“ 17.7.1935

So hatte der Bischof von Münster auf der Basis der katholischen Naturrechts-Lehre eindeutig die Folgen der verderblichen Rasse-Ideologie formuliert:

„So greift die Fundamente der Religion und der gesamten Kultur an, wer das moralische Gesetz im Menschen zerstört. Das tun aber jene, die von der Sittlichkeit erklären, sie gelte nur insoweit für ein Volk, als sie die Rasse fördere. Offensichtlich wird hier die Rasse über die Sittlichkeit gestellt, das Blut über das Gesetz.

[...] Ist diese Grundlage beseitigt, so fällt damit auch das Sittengesetz, und es gibt keinerlei Mittel mehr, das den schrittweisen, aber unausweichlichen Untergang der Völker, der Familien, des Staates, der menschlichen Gesellschaft selber aufzuhalten vermöchte.“¹⁵

Der Rückhalt, den der Bischof für diese klare Frontstellung in seiner Diözese erhielt, prägte auch das „Treuebekenntnis der Zehntausend“¹⁶ im September 1934 anlässlich seines Besuchs in Recklinghausen zur Weihe der St. Elisabeth-Kirche. In einem politisch und medial bereits gleichgeschalteten Land bekannte er sich auf dem Kirchplatz vor St. Peter vor Tausenden zur Herstellung einer Gegenöffentlichkeit: „Ich habe eben ausgesprochen, was ich glaubte, der Öffentlichkeit sagen zu müssen.“ Dazu auch

¹² Vorwort Bischof Galens v. 15.10.1934 i: Studien zum Mythos des XX. Jahrhunderts. Amtliche Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster

¹³ Vgl. Padberg, a.a.O., S. 171

¹⁴ Brief des Gauleiters von Weser-Ems, Carl Röver, an die Reichskanzlei 6. April 1934, Faksimile in: Joachim Kuroпка, Clemens August von Galen. Sein Leben und Wirken in Bildern und Dokumenten, Cloppenburg 1992, S. 112f

¹⁵ nach Kuroпка, a.a.O., S. 109

¹⁶ Recklinghäuser Volks-Zeitung, 24. September 1934

gehörte sein Protest gegen das Verbreitungsverbot eines Hirtenbriefs der deutschen Bischöfe vom Juni 1934, aus dem er deshalb mehrfach demonstrativ zitierte:

„Wenn die Autorität Gottes, welche das Gewissen bindet, missachtet wird, dann wird die obrigkeitstaatliche Gewalt zu widerwillig ertragener menschlicher Willkür...“

Galen setzte auch in Recklinghausen ausdrücklich seinen Protest gegen das „Buch“ und seine „Weltanschauung“ fort, die er unverhohlen einen „Irrglauben“ nannte. Die massive Aufklärungskampagne des Bischofs erreichte 1935 in Münster beim Auftritt Rosenbergs auf der NS-Gaukundgebung einen konfrontativen Höhepunkt, als Galen schon im Vorfeld gegen den Auftritt protestierte und es bei der tags darauf folgenden „Großen Prozession“ mit der Rekordzahl von 20.000 Teilnehmern zu turbulenten Jubelrufen für die Haltung des Bischofs kam.

Hatte Galen schon 1934/35 bei verschiedenen Gelegenheiten seine Vorstellung von einem offensiven Auftreten gegenüber dem NS-Staat formuliert, so legte er – wie in der neueren Forschung bekannt wurde – anlässlich seines Rombesuches (27.5.-4.6.1936) zum 80. Geburtstag von Pius XI. eine eigene Denkschrift vor. In ihr verwarf er angesichts des Mangels an „Friedenswillen“ und „Rücksicht auf Gerechtigkeit“ der Regierung die bisher mehrheitlich vertretene Position der Bischofskonferenz einer „Taktik des Verhandeln hinter verschlossenen Türen“ und forderte stattdessen, „bei jeder sich bietenden Gelegenheit an die Öffentlichkeit [zu] treten.“¹⁷ Diese offensive Art der Auseinandersetzung – so seine Ansicht – sei nur mit „Billigung“ oder gar „Anweisung“¹⁸ des Heiligen Stuhls durchsetzbar. Damit hatte er seine Forderung vom Mai 1934 an Pacelli nach „einem öffentlichen Protest gegen Neuheidentum und Entsittlichung“¹⁹ wieder aufgegriffen. Ein überzeugendes „Praxisbeispiel“ erbrachte Galen im November 1936, als die massiven Proteste der Oldenburger Katholiken den Gauleiter zwangen, die Entfernung der Kreuze aus den Schulen rückgängig zu machen, eine Episode des Kirchenkampfes, die über Radio Vatikan weltweit publik gemacht worden war.²⁰ Dies hatte Rom zur bereits erwähnten Aufforderung zur Stellungnahme an die Bischofskonferenz veranlasst. Auch das Positionspapier Kardinal Schultes bezieht sich ausdrücklich auf den Kreuzkampf in „Cloppenburg“, der aber nicht überall wiederholbar sei. Das Regime weiche nur bei machtpolitisch bedenklichem „Widerstand“ zurück, der nur erreichbar sei, wenn „möglichst breite Schichten glaubensfreudiger und opferwilliger Katholiken einheitlich [...] die Rechte ihres katholischen Gewissens mutig reklamieren.“²¹

Entscheidung in Rom: Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“

In verschiedenen Gesprächen der Bischofsdelegation mit Pacelli und dem schwer erkrankten Pius XI. wurde ein öffentlicher Protest als Linie festgelegt und Kardinal Michael Faulhaber um einen Textentwurf gebeten. Welche Schatten das Spitzelsystem von NS-Staat und dem mit ihm verbündeten faschistischen System Italiens selbst in Rom warf, machen die Begleitumstände deutlich. Faulhaber verfasste den Textentwurf in drei Nächten unter strengster Geheimhaltung handschriftlich in seinem Quartier. Gliederung und Konzeption dieses Entwurfs wurden übernommen. Allerdings erweiterte und ergänzte die eine kleine vatikanische Redaktion unter Pacellis Federführung und Beteiligung des Jesuitenoberen Ledochowski ihn auf das Zweieinhalbfache des

¹⁷ zitiert nach Wolf (2008), S. 244

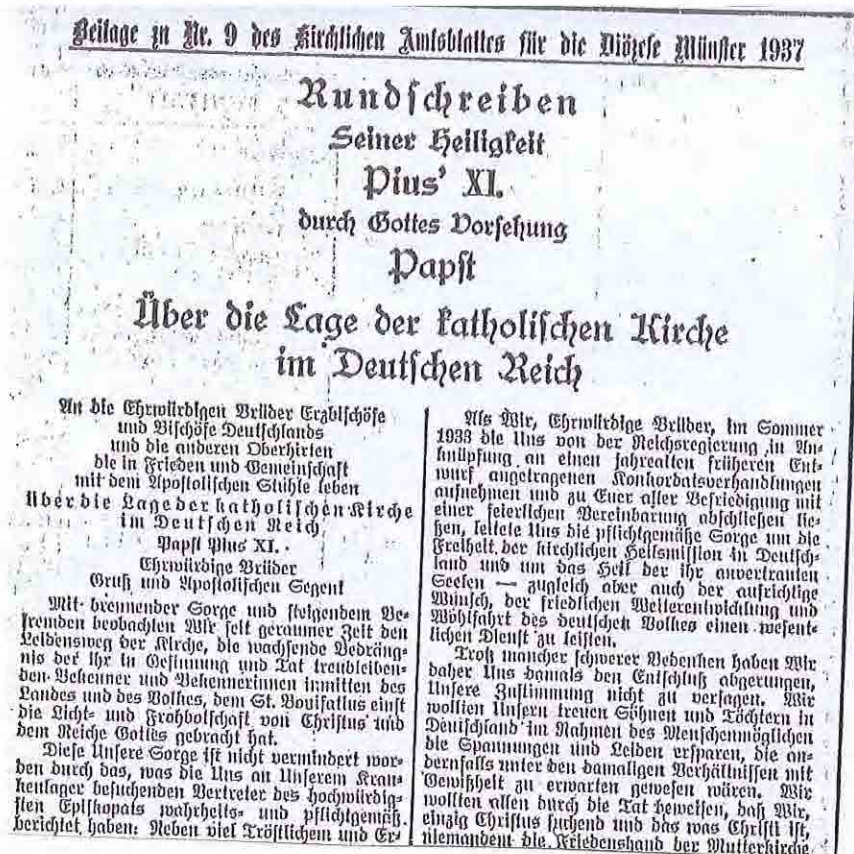
¹⁸ Zumholz, S. 188f; auch Hubert Wolf, Clemens August von Galen. Gehorsam und Gewissen, Freiburg/Basel/Wien 2006, S. 102f sieht in dieser Denkschrift Galens den Impuls, der zur Enzyklika führte.

¹⁹ Zitiert nach Wolf (2006), S. 102

²⁰ Zu den Bestätigungen, die Galen von Pius XI. erhielt: vgl. Zumholz, S. 191; zur Ermutigung durch Pius XII. nach seinen öffentlichen Predigten 1941: Wolf (2008), S. 240-50

²¹ Gotto/Reppen, a.a.O., S. 133

Umfangs, unterteilt in 53 Absätze. Verändert wurde der Charakter des Entwurfs in zwei entscheidenden Punkten: Was als pastoral-dogmatisches Lehrschreiben in der weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem „sogenannten Mythos von Blut und Rasse“²² und dem „angriffslüsternden ... Neuheidentum“²³ sowie als Ermutigung zum Durchhalten angesichts der „physischen Gewalt der Kirchenbedränger“²⁴ geplant war, wurde nun im umfangreichen Einleitungsteil durch die offene Anklage gegen „Vertragsumdeutungen, die Vertragsumgehungen, die Vertragsaushöhlungen“ bis hin zu „öffentlichen Vertragsverletzungen“²⁵ des Konkordats, also eines völkerrechtlichen Vertrages, auch politisch verschärft.



„Mit brennender Sorge“ – so die Einleitungsworte und damit der Titel der Schrift – „und steigendem Befremden beobachten wir seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kirche“. Wenn Pius XI. weiter schreibt: „Der Anschauungsunterricht der vergangenen Jahre klärt die Verantwortlichkeiten. Er enthüllt die Machenschaften, die von Anfang an kein anderes Ziel kannten als den Vernichtungskampf“²⁶, so reißt er damit dem Regime die Maske der Legalität und Vertrauenswürdigkeit vom Gesicht. Aus dem Hirtenwort an die deutschen Katholiken wurde nämlich, dies war die zweite Änderung, eine Enzyklika, d.h. ein päpstliches Rundschreiben an die gesamte Weltkirche – und damit an die Weltöffentlichkeit. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da Hitler außenpolitisch auf Erfolgskurs lag, sich zum akzeptierten politischen Gesprächspartner in Europa entwickelt hatte und ein Jahr zuvor mit den Olympischen Spielen in Berlin einen großartigen Prestigeerfolg für das Regime hatte verbuchen können.

²² „Mit brennender Sorge“, Abs. 20

²³ Ebda., Abs. 17

²⁴ Ebda., Abs. 51

²⁵ Ebda., Abs. 6

²⁶ Ebda., Abs. 5

Die am 21. März verlesene Enzyklika *Mit brennender Sorge* stand zudem im Kontext zweier weiterer Weltrundschreiben, den Enzykliken *Divini Redemptoris* (19. März) gegen den Kommunismus und „*Firmissimam Constantiam*“ (28. März) angesichts der massiven Kirchenverfolgung in Mexiko. In allen Fällen brachte Pius XI. den Gegensatz zu den Prinzipien des Christentums und des Naturrechts zur Sprache. Wie schon Galen in seinem Fastenbrief 1934 vertrat auch Pius XI. gegenüber die Bischöfen Galen und Preysing die Auffassung: „*Nationalsozialismus ist nach seinem Ziel und seiner Methode nichts anderes als Bolschewismus.*“²⁷



Papst Pius XI.

Papst Pius XI., 1933²⁸

Dem Einleitungsteil folgten vier dogmatische Kapitel zu Gottes-, Christus-Kirchenglauben sowie zur Bedeutung des Petrusamtes.

Bereits zum Auftakt bezieht die Enzyklika im Kapitel „Reiner Gottesglauben“ eindeutig Stellung:

„Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung [...] aus ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie zum Götzenkult vergöttert,

²⁷ nach Joachim Kuroпка, „Etwas Teuflisches“. Clemens August von Galen und der Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.), Streitfall Galen. Clemens August Graf von Galen und der Nationalsozialismus. Studien und Dokumente, 2. Aufl., Münster 2007, S. 115-140, S. 139. Im Fasten-Hirtenwort 1934 hatte Galen die Anti-Kommunismus-Propaganda der NSDAP durch die Formulierung entlarvt, dass Gedanken „*der bolschewistischen Gottlosenbewegung [...] jetzt unter nationalen Vorzeichen wieder auftauchen*“: zitiert nach Wolf (2006), S. 86

²⁸ Volk im Glauben. Ein Buch vom katholischen Deutschen, hg. v. Max Horst/Richard Hebig, Berlin 1933

Ad

der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene [...] Ordnung“²⁹.

Als „Irrlehre“ wird der Versuch gebrandmarkt, „den Schöpfer aller Welt, den König und Gesetzgeber aller Völker, vor dessen Größe Nationen klein sind wie Tropfen im Wassereimer (Jes 40, 15), in die Grenze eines einzelnen Volkes, in die blutmäßige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen.“³⁰

Im Kontext des „Reinen Christusglaubens“ weist Pius XI. die nationalsozialistische Agitation für die Abschaffung des „sogen. Alten Testaments als Religionsbuch“, das versuche, „uns geistig zu Juden zu machen“³¹, zurück:

„Wer die biblische Geschichte und die Lehrweisheit des Alten Bundes aus Kirche und Schule verbannt sehen will, lästert das Wort Gottes, [...] macht enges und beschränktes Menschendenken zum Richter über göttliche Geschichtsplanung.“³²

Der klaren Absage an Nationalismus, Rassismus und Totalitarismus setzt die Enzyklika im Kapitel „reiner Kirchenglaube“ die Universalität der christlichen Gemeinschaft gegenüber - eine Passage, die auf die Redaktion Pacellis zurück geht:

„Die von dem Erlöser gestiftete Kirche ist eine – für alle Völker und Nationen. Unter ihrem Kuppelbau, der wie Gottes Firmament die ganze Erde umwölbt, ist Platz und Heimat für alle Völker und Sprachen, ist Raum für die Entfaltung aller von Gott dem Schöpfer und Erlöser in die einzelnen und in die Volksgemeinschaften hineingelegten besonderen Eigenschaften, Vorzüge, Aufgaben und Berufungen.“³³

Die folgenden drei Kapitel setzten sich mit der NS-Ideologie, ihrem Missbrauch von „Worten und Begriffen“ und ihren Widersprüchen zur christlichen Auffassung von „Sittenlehre und sittlicher Ordnung“ und der „Anerkennung des Naturrechts“ auseinander.

Der Gottesglaube als Grundlage des Sittengesetzes durch die „geoffenbarten Gottesgebote“ und das „Naturrecht, das vom Finger des Schöpfers selbst in die Tafeln der Menschenherzen geschrieben wurde (Röm 2, 14-15)“ stehe im Gegensatz zur Parole „Recht ist, was dem Volke nützt“. In ihrer Konsequenz, so die Warnung der Enzyklika, bedeute dies „im zwischenstaatlichen Leben den ewigen Kriegszustand zwischen verschiedenen Nationen und verletze „die Menschen als Persönlichkeit gottgegebenen Rechte [...], die jedem auf ihre Leugnung, Aufhebung und Brachlegung abzielenden Eingriff von Seiten der Gemeinschaft entzogen bleiben müssen.“³⁴

Wenn Papst Pius IX. schließlich in den letzten drei Kapiteln zuerst die Jugend, dann Priester und Gläubige direkt anspricht und zum Durchhalten angesichts der „düsteren Zeiten [...] der Schmähung“³⁵ und der Gründung einer „Staatsjugend“ mit „christentums- und kirchenfeindlichem Geist“³⁶, die Geistlichen dann „zum Dienst an der Wahrheit“ und somit zur „Entlarvung und Widerlegung des Irrtums“³⁷ ermutigt, so waren heftige Reaktionen des totalitären Regimes vorauszusehen.

²⁹ „Mit brennender Sorge“, Abs. 12; Heinz-Albert Raem, Pius XI. und der Nationalsozialismus. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937, Paderborn/München/Wien/Zürich 1979, S. 80 zitiert einen Nachkriegskommentar des Autors Eugenio Pacelli/Pius XII. zu dieser zentralen Passage: „In diesem Satz [...] gipfelt der aufs Letzte gehende Widerstreit zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der katholischen Kirche. Wo es so weit gekommen war, konnte die Kirche, ohne ihrer Sendung untreu zu werden, nicht länger darauf verzichten, vor der ganzen Welt Stellung zu beziehen.“

³⁰ „Mit brennender Sorge“, Abs. 15

³¹ Alfred Rosenberg, Mythos des 20. Jahrhunderts, München 1938, S. 603 [Im Buch wird dies als „125-128. Auflage“ vorgestellt, die Gesamtauflage wird mit 643.000 Exemplaren; weitere Bücher Rosenbergs mit 1,9 Mio. Exemplaren angegeben.]

³² „Mit brennender Sorge“, Abs. 19

³³ ebda., Abs. 21; vgl. Wolf (2008), S. 301

³⁴ ebda., Abs. 35

³⁵ ebda., Abs. 41

³⁶ ebda., Abs. 42

³⁷ ebda., Abs. 44

Die Veröffentlichung – Ein Wettlauf mit der Gestapo

Das warf die Frage der Art der Veröffentlichung auf. Auf der einen Seite sollte das Dokument ja gerade einen hohen Grad öffentlicher Verbreitung finden, auf der anderen Seite drohte der Eingriff der Gestapo, die schon in den Jahren zuvor verschiedene bischöfliche Hirtenbriefe verboten und beschlagnahmt hatte. Am 14. März 1937 in Rom unterzeichnet, wurden die ersten Exemplare noch am selben Tag per Diplomatenpost in die Nuntiatur, die päpstliche Vertretung, nach Berlin gebracht. Bis zur geplanten Verlesung am Palmsonntag blieb noch genau eine Woche. Von Berlin aus gingen zwei Kuriere auf „Deutschlandtournee“, so dass zwei Tage später jedem Bischof ein Exemplar zur Verfügung stand. Der Art der Verbreitung wie auch der Verlesung blieb nun den Bistümern überlassen. Vier Diözesen veröffentlichten den gesamten Text im Amtsblatt, elf gaben zusätzliche Sonderdrucke in einer Gesamtauflage von 300.000 Exemplaren heraus. Bischof Galen war der einzige Bischof, der sowohl eine ungekürzte, komplette Verlesung der Enzyklika in allen Kirchen, als auch den Abdruck im Amtsblatt (2200 Stück) und dazu einen Sonderdruck mit einer Auflagenhöhe veranlasste, die 40% der Gesamtstückzahl aller Bistümer ausmachte.

Am Morgen des 15. März ließ Galen beim Druck- und Verlagshaus Regensburg in Münster anfragen, äußerte aber zugleich Verständnis, wenn Inhaber Dr. Lucas in Abwägung der zu erwartenden Repressalien ablehnen würde.³⁸ Bis dahin waren schon fünf Hirtenworte der Bischöfe und mehrere Ausgaben des Amtsblattes beschlagnahmt worden; erst zwei Wochen zuvor war das „Kirchenblatt“ endgültig verboten worden. Trotzdem sagte Inhaber Dr. Lucas nicht nur den Druck der 2200 Amtsblätter für die Pfarreien zu, sondern auch den von 100.000 Broschüren zur Verteilung an die Gottesdienstbesucher. Angesichts der relativ geringen Druckkapazitäten hieß das, dass ein Drittel der 32köpfigen Belegschaft ab Donnerstagmorgen voll mit dieser Aufgabe beschäftigt war – und Stillschweigen bewahrte.

Während die Gestapo am 21. März reichsweit nach der „erschütternden Kundgebung des Papstes an die Katholiken“ – so ein Funkspruch der Gestapo Regensburg – fahndete, in verschiedenen Verlagshäusern, wie in Berlin und München, bereits Razzien stattfanden, wurde in Münster noch eine zusätzliche Sonderauflage von 20.000 Stück für die Stadt selbst gedruckt. Dabei hätte die Unbekümmertheit des Pfarrers von Nordwalde die Front der Verschwiegenheit fast doch noch scheitern lassen. Er hatte nämlich die heimlich überbrachten Broschüren bereits am Samstagmorgen nach der Messe verteilen lassen, so dass Exemplare an diesem Vormittag bereits auf dem Wochenmarkt in Münster von Hand zu Hand gingen.

So konnte die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ am Palmsonntag 1937 nicht nur in allen Kirchen verlesen werden, sondern schlagartig kamen auch die gedruckte Exemplare zur Verbreitung. Während die Verlesung selbst zwar überwacht, von Ausnahmen abgesehen aber nicht behindert wurde, hatte die Gestapo Anweisung, alle außerhalb der Kirche auffindbaren Broschüren zu konfiszieren, Verteiler zu verhaften und strafrechtlich abzuurteilen. Im bereits zitierten Schnellbrief versuchte Reichskirchenminister Kerrl den Bischöfen „*Druck, Vervielfältigung und Verbreitung*“ wegen der „*schweren Angriffe auf das Wohl und Interesse des deutschen Staatswesens*“, der Schädigung des Ansehens im Ausland und der Gefährdung des „*inneren Friedens*“ zu verbieten, ein Ansinnen, das Kardinal Bertram angesichts der „*notorischen Tatsachen*“ eines „*offenen Kampfes gegen das Christentum*“³⁹ für die Bischofskonferenz schriftlich zurückwies.

³⁸ Vgl. Hans Schlömer, Die Gestapo kam zu spät, in: kirche und leben, 3. April 1977

³⁹ Kardinal Bertram an Kirchenminister Kerrl, 26.3.1937, nach: Raem (Hg.), S. 68f

Berlin, den 27. März 1937.

n. 6 IX 1502.

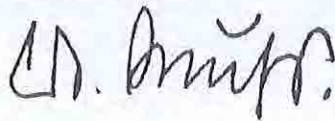
Schnellbrief

Das päpstliche Rundschreiben an die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands vom 14. März 1937 stellt eine schwere Verletzung der im Reichskonkordat festgestellten Vereinbarungen dar. Es steht in kräftigen Widerspruch mit dem Geist des Konkordats und seinen ausdrücklichen Bestimmungen.

Das Rundschreiben enthält schwere Angriffe auf das Wohl und Interesse des deutschen Staatswesens. Es versucht die Autorität der Reichsregierung herabzusetzen, das Wohl des deutschen Staatswesens nach außen zu schädigen und vor allen Dingen durch den unmittelbaren Appell des Vertragspartners der Reichsregierung an die katholischen Staatsbürger den inneren Frieden der Volksgemeinschaft zu gefährden. Für ein derartiges feindseliges Verhalten bietet das Reichskonkordat keine Freistatt. Es wird weder durch seinen Geist noch durch die ausdrücklichen Bestimmungen gedeckt.

Daher werden den Bischöfen und sonstigen Ordinarien unter Berufung auf Artikel 16 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 Druck, Vervielfältigung und Verbreitung des Rundschreibens in jeder Form verboten.

In Vertretung



Le Herren Bischöfe der

Faksimile Schnellbrief des Reichskirchenministers

Die Wirkungsgeschichte – eine ambivalente Bilanz

Die Enzyklika war ein singuläres und spektakuläres Ereignis, ein Weltrundschreiben des Papstes gegen das deutsche NS-Regime, dazu mit der erfolgreichen Strategie, die Öffentlichkeit der Sonntagsgottesdienstbesucher, damals knapp 60% der Katholiken, direkt und unmittelbar zu erreichen. Um so ernüchternder wirkt auf den ersten Blick die Wirkungsgeschichte.

In Deutschland traf die Rache, möglicherweise auf unmittelbare Weisung Hitlers⁴⁰, zuerst die 13 beteiligten Druck- und Verlagshäuser. Mochten die Bischöfe auch die „moralische Verantwortung“ für „strafrechtliche Nachspiele“⁴¹ – so Kardinal Faulhaber an den Münchener Verleger Dr. Mayer – nachdrücklich reklamieren, der Staat beschlagnahmte in der folgenden Karwoche alle Verlagshäuser, so am Karsamstag das Verlagsgebäude auf dem Horsteberg in Münster. Die nächsten Monate nutzte das Regime zur entschädigungslosen Enteignung der Inhaber u. a. aufgrund von Gesetzen „über die Einziehung kommunistischen Vermögens“ oder „die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ und damit als geeigneten Anlass zur Fortsetzung der nationalsozialistischen Übernahme von Medienhäusern.

⁴⁰ So die Informationen des Berliner Bischofs: Walter Adolph, Kardinal Preysing und zwei Diktaturen - Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht, Berlin 1971, S. 82

⁴¹ Faulhaber an Dr. Mayer, 3.4.1937, nach: Raem (Hg.), S. 72

Ansonsten wurde das Ereignis in der gelenkten Medienlandschaft des Reiches auf Weisung des Propagandaministeriums verschwiegen; selbst in der ehemals katholischen Recklinghäuser Volks-Zeitung findet sich kein Hinweis. Die parteieigene National-Zeitung machte am 22. März 1937 auf der Titelseite – ohne Hinweis auf die Enzyklika – gleich mit zwei Beiträgen auf, die als klare Antwort des Regimes aufgefasst werden konnten:

Der Reichskommissar der Saarpfalz meldete als „*ein Bekenntnis zu Ihrem Kampf, mein Führer, um die Volksgemeinschaft*“ das Ergebnis der Abstimmung gegen die Konfessionsschulen, die mit angeblich 97% Zustimmung erfolgreich durchgeführt worden sei. „*Eine Erziehung – einiges Volk*“ lautete der Aufmacher der Tagung von 4700 HJ- und SA-Führern, die mit Aufmärschen demonstrativ Domplatz und Marienplatz der Bischofsstadt Paderborn besetzten. Ausgerechnet Alfred Rosenberg wurde als Redner der Großkundgebung vorgestellt, auf der er reklamierte, dass sich die NS-Weltanschauung die „*Totalität der Erziehung nicht streitig machen*“ lasse.

Der offene Protest führte auch keineswegs zur Rücknahme kirchenfeindlicher Maßnahmen, geschweige denn zur Akzeptanz der eingeforderter menschlicher Rechte. Hitler reagierte öffentlich in seiner Rede auf der Großkundgebung zum „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1937 im Berliner Lustgarten, die alle Tageszeitungen abdrucken mussten:

„*Wir können es nicht dulden, dass diese Autorität, die Autorität des deutschen Volks ist, von irgendwelcher Seite angegriffen wird. Dies gilt auch für die Kirchen (Stürmische Zustimmung). [...] Wenn sie versuchen, durch irgendwelche Maßnahmen, Schreiben, Enzykliken usw. sich Rechte anzumaßen, die nur dem Staate zukommen, werden wir sie zurückdrücken in die ihnen gebührende geistlich-seelsorgerische Tätigkeit (erneute stürmische Zustimmungskundgebungen).*“⁴²

Tatsächlich war für ihn selbst diese Herausdrängung aus Gesellschaft und Öffentlichkeit nur der erste Schritt. Hinter verschlossenen Türen hatte er schon 1933 sowohl das Ziel der Ausrottung des Christentum mit „*Stumpf und Stiel*“ angekündigt, wie auch die Vorgehensweise: „*Ich werde bestimmt keine Märtyrer aus ihnen machen. Zu simplen Verbrechern werde ich sie stempeln. Ich werde ihnen die ehrbare Maske vom Gesicht reißen. Und wenn das nicht genügt, werde ich sie lächerlich und verächtlich machen.*“⁴³ So waren bereits im April 1937 auf Anordnung von Hitler und Propagandaminister Goebbels die Prozesswelle gegen Geistliche, der Schauprozess gegen die 1936 inhaftierten Leiter der katholischen Jugendorganisation und die mediale Agitationsmaschinerie angeworfen worden. Mit 104.000 Kirchenaustritten nahm gerade das Jahr 1937 einen nicht wieder erreichten Spitzenrang ein. Das Eintreten des Papstes für die doch vermeintlich konkordatsgeschützten Verbände und Bekenntnisschulen wurde noch 1937 mit dem Verbot der katholischen Jugend im Bistum Münster und der endgültigen Auflösung aller Bekenntnisschulen bis April 1939 – in Oldenburg übrigens bereits 1938 – beantwortet.

Die mediale Weltöffentlichkeit z.B. in den USA, Frankreich und der Schweiz reagierte durchaus auf „*das revolutionärste Dokument, dass man bisher im Dritten Reich zu Gesicht bekommen hat*“⁴⁴; Tageszeitungen wie *Times* (London) und *Figaro* (Paris) analysierten mehrere Tage lang die Lage. Katholische Bischöfe und Verbände in aller Welt solidarisierten sich; die undiplomatisch ironische Kritik des Erzbischofs von Chikago, Kardinal George Mundelein im Mai 1937 an der Beherrschung einer Nation „*intelligenter Menschen*“ durch einen „*österreichischen Tapezier, und wie mir gesagt wird – einem*

⁴² Unter den Titeln „Volk ist ein gemeinsames Schicksal“ (NZ 3.5.1937) und „Dieser 1. Mai ist der Festtag der neuen deutschen Volksgemeinschaft“ (RVZ 3.5.1937)

⁴³ Hitler vor Parteifunktionären, 6.4.1933, nach: Raem (Hg.), S. 24f

⁴⁴ Baseler Nachrichten 23.3.1937 nach: Raem, Pius XI., S. 121

schlechten dazu“ führten in den USA und – in konträrer Diktion – in Deutschland zu breiten Presseschlachten. Politische Folgen hatte die Demaskierung des Regimes, dem der Vatikan öffentlich permanente Vertragsbrüche völkerrechtlich verbindlicher Dokumente vorhielt, allerdings nicht. Unbeeindruckt setzten die Demokratien Frankreich und Großbritannien ihre „Appeasement-Politik“ fort, den Versuch des Entgegenkommens und der Einbindung des NS-Staates in ein Vertragssystem. Im April 1938 gestanden sie dem Deutschen Reich nicht nur den militärischen Einmarsch, sondern auch den „Anschluss Österreichs ans Reich“ zu. Am 29. September 1938 zwangen sie im Münchner Abkommen mit Deutschland und Italien die Tschechoslowakei zur Abtretung der Sudetengebiete an das Reich; am 7.3.1939 marschierte Hitler unter Bruch eben dieses Vertrages in Prag und der „Rest-Tschechei“ ein.



(SS-Wochenzeitung „Das schwarze Korps“, August 1938)

Das Fanal der offenen Kritik an staatlicher Willkür und einer menschenverachtenden Ideologie hat allerdings den Selbsterhaltungswillen organisatorisch und geistig nicht gleichgeschalteter Bevölkerungskreise gestärkt. Der naturrechtlich begründete Einsatz für menschliche Rechte unabhängig von rassischer oder nationaler Zugehörigkeit stieß auf positive Resonanz über den Kreis der katholischen Minderheit hinaus auch bei evangelischen Christen oder sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland oder im Exil.⁴⁵

Viele der verteilten Druckexemplare wurden nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ wieder hervor geholt; sie waren in den Familien aufbewahrt, weiter gegeben, gelesen und im Gedächtnis bewahrt worden, so dass die Nachfrage in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu Nachdrucken führte.⁴⁶ Für den totalitären Macht- und Gesinnungsanspruch des Nationalsozialismus war diese Resistenz mit Langzeitwirkung politischer Widerstand, dessen Wirkungen sie sogar zuzugeben gezwungen war: *„Schließlich ging der Ortsgruppenleiter ein auf die Stellungnahme des Papstes zur Rassenfrage, die bei allen rassebewussten Völkern Enttäuschung und Empörung ausgelöst hat. Die Argumente des Papstes seien so absurd, dass sie für einen nationalsozialistischen Menschen einfach unvorstellbar wären. Die gottgegebenen rassistischen Wertunterschied der Menschheit werden einfach geleugnet und der Arier mit dem Buschmann und Hottentotten auf eine Stufe gestellt.“*⁴⁷

hieß es einige Wochen nach dem Pogrom vom 9./10. November gegenüber der jüdischen Minderheit in Recklinghausen über eine Veranstaltung der NSDAP-Ortsgruppe

⁴⁵ Wie „ein Lauffeuer“ habe sich der Text herumgesprochen, „freudige Erregung“ die Anhänger erfasst und eine „Stimmung“ wie „vor einer Revolution“ erregt berichtet die Aprilausgabe 1937 der Deutschlandberichte der Exil-SPD nach Kuroпка [Anm. 27], S. 134; vgl. auch Raem, Pius XI., S. 127f, 238ff.

⁴⁶ Die Broschüren der Enzykliken von 1937 gegen NS-Regime und Kommunismus wurden, hg. vom Bistum Berlin, 1946/1951 im Morus-Verlag/Berlin und Paulus-Verlag/Recklinghausen [Verlagshaus Bitter] verlegt.

⁴⁷ RZ, 2. Dezember 1938

Mitte. Auch im Kameradschaftsheim an der Große Geldstraße war angekommen, dass offizielle Propagandaversion der „spontanen Volksempörung“ sich in Recklinghausen angesichts der spürbar kritischen und ablehnenden Resonanz großer Bevölkerungskreise offenbar als nicht tragfähig erwiesen hatte.

Die ambivalente Gesamtbilanz verhinderte auch innerkirchlich eine konsequente Fortsetzung des mit der Enzyklika eingeschlagenen Kurses, die Öffentlichkeit in Proteste gegen staatliche Übergriffe auf universale Werte und Rechte einzubeziehen. Allerdings griffen viele Bischöfe bei verschiedenen Anlässen bewusst und öffentlich auf die Enzyklika und die in ihre formulierten Grundsätze zurück, so auch Bischof Galen, als er – so der Gestapobericht - bei „*einer hochverräterischen Rede*“ am 30.5.1937 in Münster vor 9000 Menschen „*die Massen gegen den Staat fanatisierte*“⁴⁸, Kardinal Michael Faulhaber und andere 1938.

Die Uneinigkeit und Ratlosigkeit der Bischofskonferenz über das nötige und erfolgreiche Vorgehens angesichts der unvorstellbaren Herausforderungen durch eine totalitäre Ideologie führten Bischof Galen bekanntlich im Sommer 1941 zu den berühmten und wirkungsgeschichtlich bedeutsamen Predigten gegen Euthanasieprogramm, Gestapo-Terror und Klostersturm. Als es 1942 zum gemeinsamen Bischofsbrief der rheinischen und westfälischen Kirchenprovinzen zum Thema Menschenrechte kam, wurden dazu ebenso Zitate der Enzyklika entnommen wie 1942/43 bei den gemeinsamen Hirtenworten der deutschen Bischöfe.

Im Einsatz für die universale Gültigkeit menschlicher, in Gott gegründeter Rechte und ethischer Maßstäbe sowie in der klaren Herausarbeitung des Gegensatzes christlicher Überzeugungen zur nationalsozialistischen Ideologie liegt die besondere Bedeutung der Enzyklika. Die dramatische Vorgeschichte, der Entschluss zu einer Veröffentlichung in in Form einer Enzyklika und dabei in deutscher Sprache, die klare Diktion, die konsequente und erfolgreiche Art ihrer Verbreitung und Verlesung unter den Bedingungen eines Überwachungsstaates und die Rezeption durch einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung geben diesem Weltrundschreiben seinen singulären Charakter.



Der Kirchenstaat
*Asyl für manchen Tunichtgut,
Im Schutz des Papstes hetzt der Jud
Im Bunde mit Jesuitenlist –
So triumphiert der Anti-Christ
„Der Stürmer“, Februar 1939*

⁴⁸ zitiert nach Raem, Pius XI., S. 188, Anm. 105

Ausschaltung „der Pollacken auf die eine oder andere Art und Weise“

Zu den charakteristischen Merkmalen der Industrialisierung in Recklinghausen hatte die Zuwanderung polnischsprachiger Arbeiter gehört. Zu Beginn des Jahrhunderts war ein Viertel der Bevölkerung polnischsprachig. Nationale Selbstbewahrung und Ausgrenzung durch die deutsche Bevölkerung trugen zu einem vielfältigen Vereinsleben in eigenen Gewerkschaften, Kulturorganisationen und kirchlichen Verbänden bei.¹ Bei der ersten Nachkriegswahl 1919 erhielt die eigenständige Polenliste 4689 Stimmen, was 24,6% der Wähler Recklinghausens vor den Eingemeindungen 1926 entsprach. Mit 12 Ratsmandaten wurde sie nach dem Zentrum zweitstärkste Fraktion. Danach sank ihr Anteil durch den Wegzug polnischer Arbeiter als Folge der Wiederbegründung des polnischen Staates nach dem 1. Weltkrieg, der wirtschaftlichen Krisen Mitte der 20er Jahre aber auch durch die wachsende Assimilation.

Bei der Kommunalwahl am 12. März 1933 erhielt nur noch der Stadtverordnete Stanislaus Skrzypczak, Lippestraße 38, ein Mandat für 1152 Wählerinnen und Wähler (2,7%). Die publizistischen Drohungen in der Nationalzeitung gegen ihn zeigten den gewünschten Erfolg. Dort war bereits am 16.3.33 unter Hinweis auf die „unglaublichen Vorkommnisse... im kerndeutschen Danziger Gebiet“ die Ausschaltung „der Pollacken auf die eine oder andere Weise aus dem deutschen öffentlichen Leben“ gefordert worden. Am Morgen des 19. April titelte sie: „Fort mit den Polenvertretern aus deutschen Kommunalparlamenten!“ Die offenere Pression angesichts der Ratssitzung des Tages war aber auch politisch kalkuliert: Das Fehlen des eingeschüchterten Stadtverordneten führte dazu, dass NSDAP und „Nationale“ den Anteil ihrer Magistratsvertreter gegenüber einer erwarteten Listenverbindung Zentrum/Polen steigern konnten. Dass Skrzypczak sich am 10.5.1933 doch wieder ins Rathaus wagte, hatte auch mit der außenpolitischen Annäherung an Polen zu tun.

Von nun an gehörten die Wechselwirkungen von Außen- und Innenpolitik zum Schicksal der polnischen Minderheit, so dass der deutsch-polnische Nichtangriffspakt 1934 die Lage zunächst verbesserte. Zwar verbot der Höhere Polizeiführer West in Recklinghausen 1933 ausdrücklich die identitätsstiftende Teilnahme geschlossener polnischer Vereine an den Fronleichnamsprozessionen, „da dieser stillschweigend geduldete Brauch schon immer den Unwillen nationaler Kreise erregt“² habe, doch gelang der Minderheit mit der Weiterexistenz von

Vereinen, der Genehmigung polnischsprachiger Gottesdienstveranstaltungen und der Befreiung von der DAF zunächst die Wahrung von Sonderrechten, wenngleich Einschränkungen aller Art die Mitgliederzahlen der Vereinigungen sinken ließen.

Als Hitler am 1.9.1939 die selbst inszenierte Krise um Danzig und andere Konflikte zum Anlass für den Überfall auf Polen nahm, gehörte die polnischsprachige Minderheit zu den ersten unmittelbaren Opfern in Recklinghausen. In St. Joseph (Grullbad) und St. Marien wurden die polnischkirchlichen Vereine verboten.³ In der Süder Pfarrei wurden zudem die Leiter des Rosenkranz – und des St. Michaels-Vereins nach einem Erlass Himmlers „betr. Festnahme von Führern der polnischen Minderheit“ vom 11.9.1939 verhaftet und mit 249 Vereinsvertretern aus dem Ruhrgebiet in Konzentrationslager eingeliefert.⁴ Während Stanislaus Quisiszewski nach einjähriger Haft frei kam, wurde Martin Olejnik, ein 58jähriger Berginvalid von der Ruhrstraße 35, am 23.12.1939 in einem KZ ermordet. Erst knapp einen Monat später konnte er, „überführt aus Berlin“ – so das Sterberegister von St. Marien – in seiner Heimatstadt beerdigt werden.



Lippestraße 38

Recklinghäuser Zeitung

Grgr. 1831
Nationales Heimatblatt
für den Stadt- und den
Landkreis Recklinghausen
Zeltung für Rechl. Lüd
Hertener Volkszeitung



Ältestes und meistverbreitetes Blatt des Westes Recklinghausen
Amtliche Bekanntmachungen werden veröffentlicht

Scheint täglich
7.25 Hll. (incl. Porto) ...
Anzeigen: ...
Verantwortlicher: ...

Anzeigen: ...
Verantwortlicher: ...

Abgelegt am Montag 8 Uhr 10 abends 1 Uhr.
Preis 10 Pf. ...

Recklinghausen, Freitag, 1. September

Postfachnummer: Recklinghausen, Postamt 1
Nr. 4917 u. 4918. Postleitzahl: Recklinghausen 1

So hätte das Danzig-Korridor-Problem gelöst werden können! Deutschlands friedliche Vorschläge Polen will nicht verhandeln!

Zwei Tage vergebliches Warten auf einen bevollmächtigten polnischen Unterhändler
Die Reichsregierung betrachtet ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt

(Wiederholung des bereits Donnerstag abend durch Extrablatt der „Recklinghäuser“ veröffentlichten Berichtes)

Ihr Konnen wir nicht tun!

aus Berlin, 31. August.
3. August 1939. ...

Wenn eine bevollmächtigte polnische Unterhändler
kam, so...

Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung
auch bereit, ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt
anzusehen, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der
Form, in der sie auch die englische Regierung bekannt-

gegeben werden sind, mehr als sonst, sehr nah an der
Lösung stehen.

Die Reichsregierung hält es für unglücklich, der
Ostentation des Anspruchs von Seiten des britischen
Sonderbots durch den Reichsambassadeur von Warschau
keine weitgehenden Verhandlungsvoraussetzungen zu geben.

Unerantwortlich

Der polnische Reichstag ist in unglücklicher
Krisis zu den letzten Stunden eines Un-
ternehmens. Die Polen haben die Aufgabe der
britischen Weltöffentlichkeit übertragen. Die Polen
sind auf den Gedanken gekommen, den Reichstag zu...

Krieg gegen Polen

Bei Pfarrer Bernhard Klapheck (St. Antonius), bis dahin auch Präses eines polnisch-katholischen Jugendverbandes, kam es wegen der Abhaltung „polnischer Messen“ zu Gestapoverhören. Besonders schwierig wurde die Lage der nach Deutschland verschleppten polnischen Zwangsarbeiter, zumal sie als Slawen der rassenideologischen Repression der Nationalsozialisten ausgesetzt waren. Seelsorge für sie wurde Pfarrer Klapheck im November 1940 ausdrücklich untersagt. Einer seiner Vorgänger in St. Antonius, August Wessing (geb. 1880), damals als „Polenkaplan“ für die fremdsprachigen Gemeindeglieder zuständig, wurde als Pfarrer von Hoetmar wegen seiner seelsorgerischen Kontakte zu slawischen Fremdarbeitern 1942 verhaftet und starb am 4.3.1945 im KZ Dachau.

1 Vgl. Werner Burghardt, „Die polnischen Arbeiter sind... fleißig und haben einen ausgeprägten Erwerbssinn...“ - Zur Geschichte polnischer Bergarbeiter in Recklinghausen 1884-1924, in: Klaus Bresser/Christoph Thier (Hg.), Recklinghausen, S. 401-424
2 Adolf Vogt, Ein Stadtrat, a.a.O., S. 130 nennt auf der Basis mündlicher Überlieferung hier neben kirchlichen Vereinen noch den Turnverein Sokol und den Gesangsverein Fiolek. Die bei ihm zitierten Überfälle und Beschlagnahmeaktionen der SA sind schwer zu datieren; entweder beziehen sie sich auf die SA-Gewalt im Frühjahr 1933 oder auf die systematischen Beschlagnahmeaktionen 1939.
3 Nach Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945, Göttingen 1978, S. 178

Hort mit Polenvertretern in deutschen Kommunalparlamenten!

Recklinghausen. Von jeher hat Recklinghausen als eine Hochburg des Polentums gegolten. Wenn auch in der Nachkriegszeit erfreulicherweise eine große Reihe dieser Leute mit dem Abziehen der Franzosen entweder nach Frankreich oder zum Polentum abgewandert ist (aus verständlichen Gründen, um dem verdienten Spagatgericht zu entgehen), so ist dennoch die Zahl der in Recklinghausen verbliebenen Polen so groß, daß sogar in der heutigen Zeit der nationalen und sozialen Erhebung aus deren Reihen ein Vertreter für das Stadtparlament gewählt werden konnte. Wenn selbstverständlich auch wir Nationalsozialisten das Minderheitenrecht respektieren, so müssen wir doch angefochten der Deutschenverfassungen, die augenblicklich in ganz Polen mit amtlicher Duldung und Unterstützung in der brutalsten Weise von unheimlichsten Bänden durchgeführt werden, fordern, daß dieser Polensohn - Strzyppal ist sein ehrenwerter Name - aus Gründen der Gerechtigkeit unseren leidenden Brüdern gegenüber, sofort aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgeschlossen wird. Solange in Polen die Rechte der deutschen Minderheiten mit Füßen getreten werden, ist es nicht anständig, daß ein Vertreter der Polen im Recklinghäuser Stadtparlament sein Mandat ausüben kann. Wir wollen noch dazu bemerken, daß Recklinghausen die einzige Stadt nah und weit ist, in der es einen polnischen Stadtverordneten gibt, und daß diesem Mann beim Zusammentritt des Kollegiums kein Haar gekrümmt worden ist.

Angeichts der Lügenmeldungen in polnischen Blättern, die in der unglaublichen Weise von Polenmißhandlungen in deutschen Gemeinden reden, muß diese Befestigung geradezu sensationell wirken. Daß unter den deutschen Stadtverordneten Recklinghausens nunmehr eine starke Erregung Platz gegriffen hat, ist mehr als begreiflich. Auf das Konto der polnischen Lügenmeldungen ist es zu setzen, wenn aus dieser Erregung heraus irgendwelche Handlungen dem polnischen Stadtverordneten gegenüber entstehen.

Hetze gegen die Minderheit NZ 19.4.1933

Von der Paulus- zur Ernst-vom-Rath-Schule

„Mit der nationalsozialistischen Staatsführung zog auch ein neuer Geist in den gesamten Unterricht ein“¹. Die Chronik der Paulusschule konnte bereits am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“ die erste einer unablässigen Folge politischer Indoktrinationsfeiern vermelden, die den Prozess der Gleichschaltung der Bildung begleiten sollte: Während die jüngeren Jahrgänge der „Führerrede“ im Vorführraum der Schule lauschten, zogen Lehrer und die Jahrgänge 5-8 zur zentralen Feierstunde der Volksschulen in den Saalbau und nahmen abends am Fackelzug teil. Von nun an gehörten „Tag der Machtergreifung“, „Führergeburtstag“ und Rundfunkübertragungen zentraler Ereignisse des Regimes ebenso zum Schulalltag, wie die Hissung der Hakenkreuzfahne zu Schuljahresbeginn und andere Rituale. „Durch nationalpolitische Unterweisung in dem nationalsozialistischen Gedankengut geschult“ werden sollten ab Schuljahr 1934/35 im Samstagunterricht diejenigen, die noch nicht der HJ angehörten, während HJ-Mitglieder außerhalb der Schule „Dienst“ taten. Für den inhaltlichen Wandel standen etwa die Einführung der Stunden für „Vererbungslehre, Familien- und Rassenkunde und Rassen-

hygiene im Schuljahr 1933/34, die Erhöhung des Sportunterrichts auf fünf Wochenstunden für die Klassen 5-8 im Schuljahr 1937/38 und die gleichzeitige Rückstufung des Religionsunterrichts.

Mit einer jüdischen, zwölf evangelischen und 22 katholischen Volksschulen hatte die NSDAP beim Machantritt eine konfessionell geprägte Schullandschaft vorgefunden. In den Volksschulen wurden 1936 über 2/3 der 18810 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Auf einer Großkundgebung des NS-Lehrerbundes im Saalbau erklärte Gauobmann und Regierungsrat Reimpell Anfang Februar 1934 dazu: „Christentum muß heldisch sein. Es wurde in Knechtschaft umgedeutet... In der Religionsstunde muß der Pfarrer, der Kaplan, der Lehrer mit seinen Kindern die Hände falten, gemeinsam mit ihnen für Deutschland beten, ihnen den Glauben an Deutschland geben, das ist wahre Religion.“² Mit seiner Kampfansage gegen die „Priesterherrschaft“ zielte er also genau auf diese religiös geprägte und sozialisierte Erziehungskultur. Enge personelle Verzahnungen unterstützten die ja nicht zufällig bereits topographisch erkennbare Nähe von Schulen und Kirchen in vielen Stadtteilen. Die unterrichtliche Präsenz der



Paulusschule

Pfarrgeistlichkeit, das Engagement von Lehrkräften auch in der Jugendarbeit der Gemeinde und die aktive Teilnahme der Schule an Veranstaltungen im Kirchenjahr gehörten bis 1933 zu den prägenden Elementen des Schulalltages. 1935 begann deshalb die systematische Verdrängung der Geistlichen aus den Schulen; 1937 war das Ziel erreicht. Gleichzeitig nahm der Druck auf die Lehrerschaft zu, zunächst ihr Engagement in kirchlichen Jugendverbänden, dann auch für den Religionsunterricht einzustellen. 1938 waren bereits 92% der Schülerschaft der Klassen 4-8 der Paulusschule im separaten Religionsunterricht der benachbarten Kirchengemeinde St. Paul erfasst. Einen Tag nach der Pogromnacht 1938 rief der NSLB die Lehrer erneut zur „sofortigen Niederlegung“ des Religionsunterrichts auf, „da wir eine Verherrlichung des jüdischen Verbrechervolkes nicht mehr dulden können“ und schickte gleich die entsprechenden Formblätter mit.³

An der Paulusschule hatte der Grundsatzstreit um das NS-Erziehungsmonopol bereits 1935 zum offenen Konflikt geführt. Eine Auseinandersetzung um den „Deutschen Gruß“ zwischen Kaplan Günter Wewels und einigen Schülern und HJ-Mitgliedern, darunter einem Neffen des Ortsgruppenleiters, führte zum Verbot für Wewels, im Regierungsbezirk Religionsunterricht zu erteilen. Gleichzeitig wurde auch Schulleiter Ernst Harten zwangsversetzt, da seine Rückenstärkung für den angegriffenen Kaplan als weiterer Beleg für die „unverständliche Opposition gegen die Staatsjugend“ (NZ 10.7.35) gewertet wurde.

Wie ausgehöhlt die Situation der christlichen Bekenntnisschulen bereits war, zeigte ein Konflikt an einer Schule in Suderwich. Dort war im Zuge der nationalsozialistischen Kirchenaustrittskampagne 1937 nach einem Lehrer nun auch der Schulleiter – „Parteigenosse“ bereits seit August 1932 – aus der Kirche ausgetreten. Der gemeinsame Protest von evangelischer Frauenhilfe, evangelisch-kirchlichem Männerdienst, evangelischer Schulgemeinde und Kirchengemeinde unter Führung von Pfarrer Walter Zillessen am 10. März 1937, die einen bekenntnistreuen evangelischen Christen als Rektor der Evangelischen Volksschule an der Schulstraße verlang-



Zeugnis-Zeichnung

für

Hans Staven

Allgemeine Beurteilung:

Arbeitswille und Einsatzbereitschaft waren stets gut.
Der Schüler bewies Kameradschaft und Gemeinschafts-
sinn. Er war körperlich widerstandsfähig.

Körperliche Leistungen:

Turnen } gut
 Leichtathletik }
 Schwimmen } : : : :

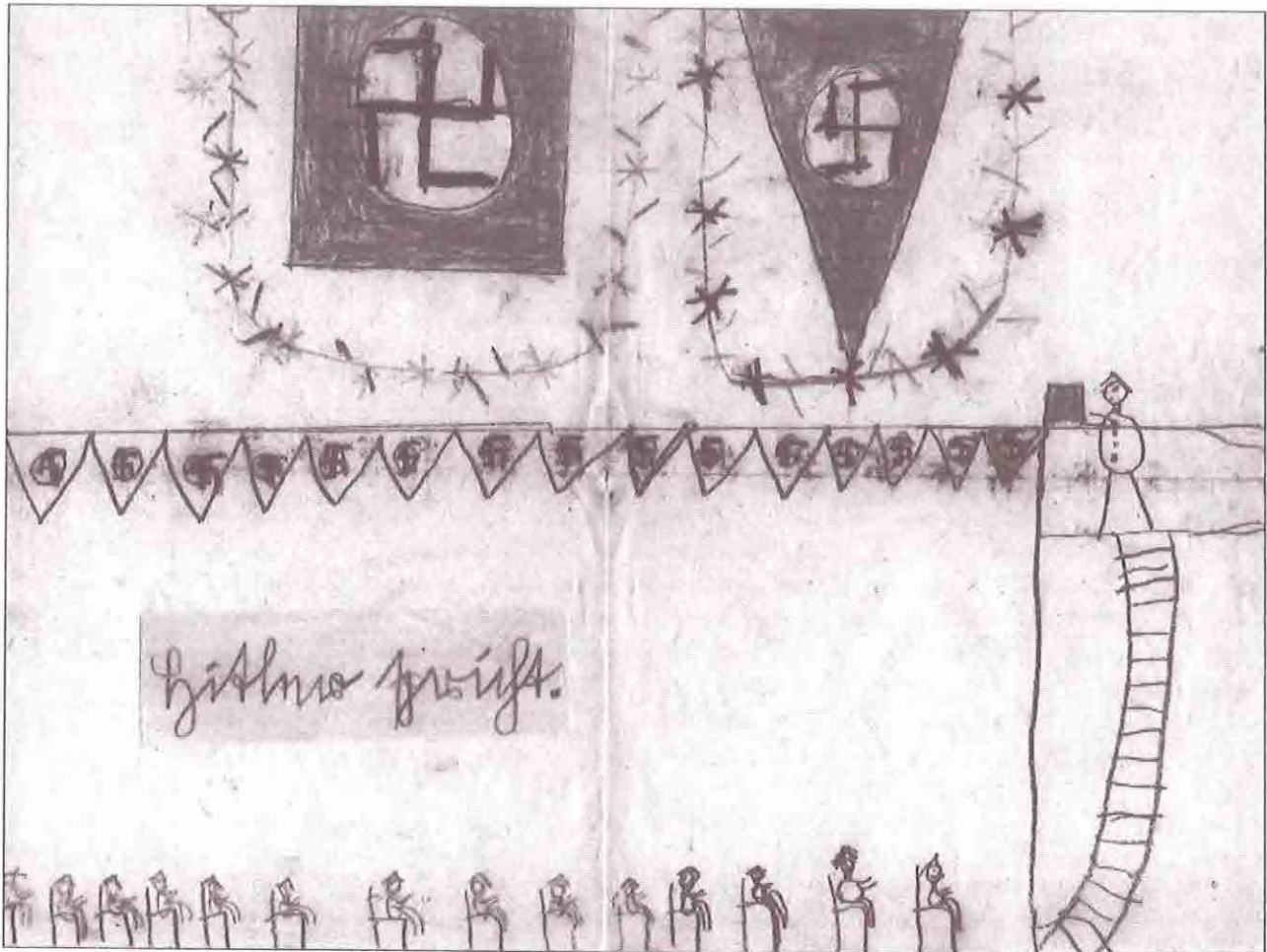
Adolf Hitler fordert:

**Treue / Gehorsam / Disziplin /
 Opferwillen / Kameradschaft /
 Bescheidenheit / das sollen die
 Prinzipien sein / die immer
 mehr unser Lebensgebot zu
 werden haben**

Gleichgeschaltete Schule, Entlasszeugnis 1937

Luitgard Nolte, Chronik der Paulusschule 1908-1968, Recklinghausen 1997 S. 48

ten, war vergeblich.⁴ 1936/37 hatte bereits eine Kampagne zur Abschaffung der Bekenntnisschulen begonnen. Im April 1937 ließ der Rektor der Katholischen Rombergschule in Zusammenarbeit mit dem Konrektor und NS-Ortsgruppenleiter eine Abstimmung durchführen und hängte die Kreuze in der Schule ab, während Regierungsrat Reimpell gegen die Opposition in der Lehrerschaft disziplinarisch vorging.⁵ Der Kanzelprotest der Recklinghäuser Geistlichkeit wie auch in anderen Teilen des Münsterlandes 1936/37 führte zunächst zur



Kindereindrücke: „Hitler spricht“, Ludwig Boese, Klasse 2a, 1940

Nolte S. 55

Einstellung der Kampagne. 1939 wurde die „Deutsche Gemeinschaftsschule“ dann auf administrativen Wege ohne formelle Abstimmungen gegen die Proteste der Kirchen durchgeführt. Die gemeinsame Erklärung der Pfarrer am 22. Januar reklamierte vergeblich „die Pflicht und ein natürliches von Gott gegebenes Recht“ der Eltern auf eine schulische Erziehung im „christlichen Geiste“. Der kirchlichen Aufforderung, schriftlich Einspruch zu erheben, folgten in der Stadt immerhin 2400 Eltern. Am 26.2.1939 kam es nach der Verlesung eines Hirtenwortes Bischofs von Galen in den Kirchen zu einem Plebiszit für die Bekenntnisschulen – eine einmalige Herausforderung an die Staatsparole der Einheit von Volk und Führer. Mit dem Ergebnis von 98,7% Zustimmung der 824122 Gottesdienstbesucher im Bistum wandte sich Galen am 8. März an Hitler.⁶

Der feierte eine Woche später mit dem Einmarsch in die „Rest-Tschechei“ einen neuen militärischen Erfolg, so dass innenpolitische Rücksichten keine Rolle mehr spielten.

Mit der völligen Zerschlagung der gewachsenen Lehrerkollegien – an der Paulusschule verblieben nur drei Lehrkräfte, sieben andere kamen hinzu, darunter zwei sogenannte „Gottgläubige“, wie die offizielle Bezeichnung nach dem Kirchenaustritt lautete, wur-

de die Ostern 1939 die Einführung der Gemeinschaftsschulen verbunden. Prägnantes und aussagekräftiges Symbol der geistigen Gleichschaltung war die stadtweite Umbenennungsaktion der Volksschulen zum 50. Geburtstag Hitlers im selben Jahr.⁷ Statt Paulus, den Alfred Rosenberg bekanntlich für die „Verbastardierung, Verorientalisierung und Verjudung des Christentums“⁸ verantwortlich gemacht hatte, wurde Ernst vom Rath, dessen Ermordung den Vorwand für die Reichspogromnacht geboten hatte, neues Vorbild als Namensträger dieser schulischen Bildungseinrichtung nahe der St. Pauluskirche.

G.M.

1 Luitgard Nolte (Hg.), *Chronik*, S. 35; vgl. auch Joachim Schieb, *Der Einfluss der Kirche auf das Schulwesen*, in: Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), *1200 Jahre*, S. 107-121

2 Wilhelm Damberg, *Der Kampf um die Schulen in Westfalen 1933-45*, Mainz 1986, S. 80

3 Vgl. Wilhelm Damberg, *Der Kampf*, a.a.O., S. 206

4 11 Sta IV, Nr. 225

5 BAM A 101-115 (St. Elisabeth)

6 Vgl. Wilhelm Damberg, a.a.O., S. 218ff.

7 Überblick bei: Gerd Dieter Dunke, *Schul-Sachen*, Bd. 2, S. 121ff

8 Alfred Rosenberg, *Mythus des 20. Jahrhunderts*, München 1938, S. 75

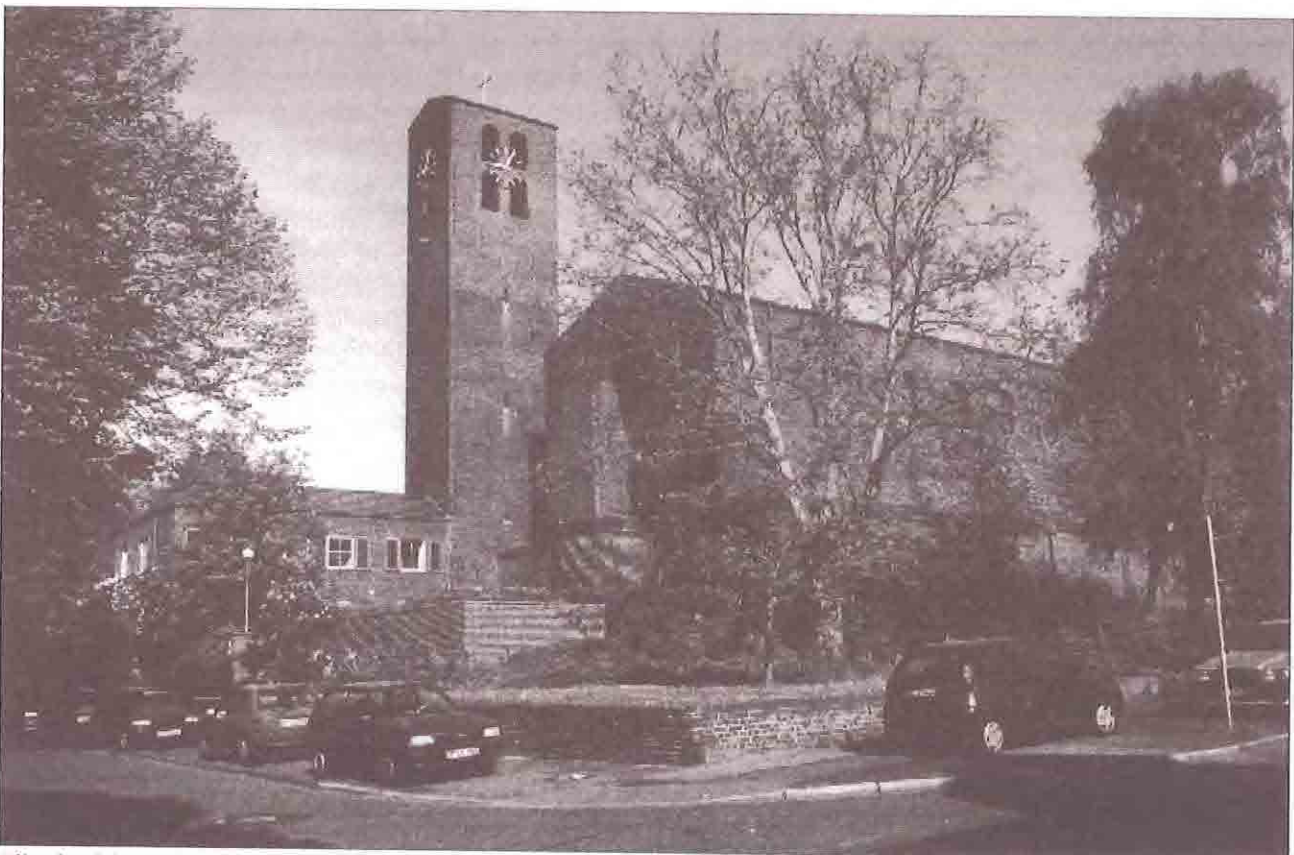
„Treu deutsch – und treu katholisch“

Am 24. September 1934 wurde die neu erbaute Pfarrkirche St. Elisabeth der Stadt konsekriert. Dazu war am Tag zuvor Clemens August Graf von Galen, seit 1933 Bischof von Münster, in die Stadt gekommen. Der konservative Westfale schien zunächst ein Garant für ein konfliktfreies Miteinander von Kirche und neuem Staat zu sein. Hatte er doch bei der ersten Volksabstimmung im November 1933 zur Stimmabgabe als „vaterländischer Pflicht“ aufgerufen. Dabei war der Adelige kirchlicherseits ausdrücklich als Gegengewicht zu seinen rechtskonservativen Standesgenossen um Franz von Papen nach Münster geholt worden.¹ Bereits der Osterhirtenbrief 1934 mit seiner Anklage gegen diejenigen, „die von der Sittlichkeit erklären, sie gelte nur insofern für das Volk, als sie die Rasse fördere,“ und gegen die Überordnung von „Rasse“ und „Blut“ über das „moralische Gesetz im Menschen“ wurde parteiintern als „Haß gegen den Nationalsozialismus“² und kaum getarnter Angriff auf die NS-Ideologie selbst verstanden.

Galens offensive Haltung gegen das germanisch-rassistische Pamphlet „Mythus des 20. Jahrhunderts“ von Alfred Rosenberg, des von Hitler ernann-

ten NS-Reichsschulungsleiters, hatte ihn bei den bekenntnistreuen Katholiken rasch populär gemacht. Nach der Begrüßung zu seinem Antrittsbesuch, zu der traditionell auch der Oberbürgermeister am Lohtor erschienen war, nutzte Galen die anschließende Predigt vor St. Peter erneut zum Protest gegen die Verbreitung dieser „neuheidnischen Irrlehrer“ in „Schulen, Lehrerkreisen, in Führerkursen und beim Arbeitsdienst“, wobei er demonstrativ aus dem beschlagnahmten Hirtenbrief der Bischöfe vom 7.6.1934 zitierte. Der monatelange Konflikt gipfelte in Rosenbergs Auftritt auf dem NS-Gauparteitag in Münster im Juli 1935, bei dem sich die gesamte NS-, SA- und DAF-Prominenz angesichts des „brennenden Interesses“ der „deutschen Öffentlichkeit“ zur „unmissverständlichen Abfuhr“³ gegen den Bischof versammelte. Galen und die Bevölkerung reagierten mit einer Art katholischer „Gegenkundgebung“ mit 20000 Teilnehmern an der traditionellen „Großen Prozession“, so dass die Gauparteitage 1936-1938 nach Gelsenkirchen verlegt wurden.

Die von Propst Heiermann zur Begrüßung beschworene „heilige Begeisterung“, das Phänomen religiöser Massenmobilisierung bei Auftritten des Bischofs



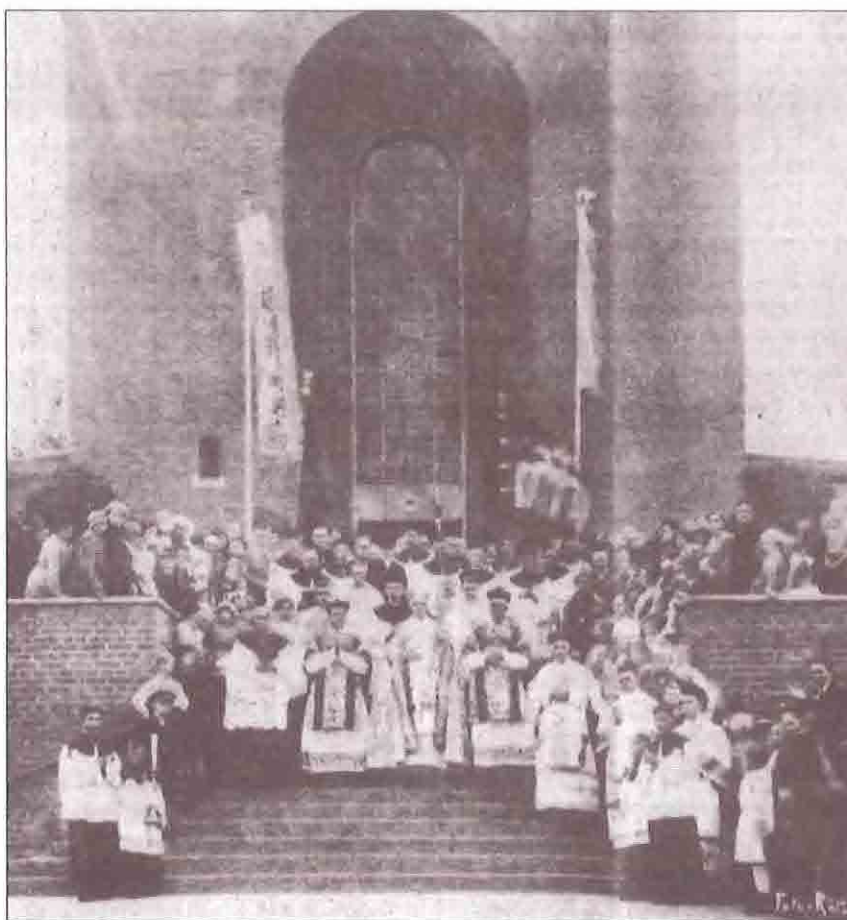
Elisabethkirche

wurde auch in Recklinghausen im „Treuebekenntnis der Zehntausend“ (RVZ 24.9.34) unüberseh- und unüberhörbar. Selbst die Ortspresse vermerkte immer wieder Beifallskundgebungen, ja „stürmische Heilrufe“, die der Rede am Vorabend der Kirchweihe auf dem überfüllten Petruskirchplatz Kundgebungscharakter verliehen. „Treu deutsch sind wir, wir sind auch treu katholisch“.⁴ Dieser häufig zitierte Kernsatz der Recklinghäuser Rede verdeutlichte zugleich kirchliches Selbstverständnis und die künftigen Konfliktlinien zum totalitären Staat: Gehörte demonstrativer Patriotismus seit dem Vorwurf der Reichsfeindlichkeit im preußischen Kulturkampf mit zum Grundrepertoire der katholischen Minderheit in Deutschland, so galt die prinzipielle Loyalität zur „obrigkeitlichen Gewalt“ als Grundpfeiler „christlicher Staatsphilosophie“. Von gleicher Bedeutung war aber Galens

Einforderung der Selbstbehauptung des katholischen Glaubens. Allein dieser Anspruch auf Selbständigkeit der Kirche unter Einschluss ihres gesellschaftlichen Engagements musste in Widerspruch zur „nationalsozialistischen Totalität im Staate“ (NZ 25.9.1933) geraten, so dass diese NS-Zeitung in der Stadt deshalb Galens Protest gegen die „Zurücksetzung treuester Katholiken und die Knebelung der christlichen Vereine“ auch sofort zurückwies.

Zum katholischen Selbstverständnis gehörte für Galen aber auch der Einsatz für die Grundsätze einer Universalethik, die er in Gott gegründet sah. Wie er die Kirchweihe im Nordviertel dazu nutzte, um ostentativ am Beispiel der ungarischen Königstochter Elisabeth den Vorrang „christlich deutscher Erziehung“ vor „zweitrangigen Blutwerten“ zu betonen, so wandte er sich damit unausgesprochen gegen den Grundsatz im NS-Parteiprogramm vom „Sittlichkeitsgefühl der germanischen Rasse“.

Entgegen der kirchlichen Praxis interner Eingaben gehörte Galen später innerhalb der Bischofskonferenz – zunächst erfolglos – konsequenterweise zu den Protagonisten des Protests und der Mobilisierung zumindest der kirchlich erreichbaren Öffentlichkeit. Im Juli/August 1941, auf dem Höhepunkt militärischer Siegesmeldungen, trat Galen in öffentlichen Predigten gegen „Gestapoteror“ und die Tötung sogenannter „unproduktiver



*Bischof Clemens August von Galen bei der Konsekration von St. Elisabeth
Pfarrarchiv St. Elisabeth*

Mitmenschen“ auf. Die Häufung von Nachrichten über die Verlegung und den plötzlichen Tod psychisch Kranker hatte Galen zu Strafanzeigen wegen Mordes und zur öffentlichen Anklage in drei Predigten geführt. Die Wirkungsgeschichte dieser handschriftlich oder auf Schreibmaschinen abgeschrieben und weiter verbreiteten Demaskierung des Terrorregimes war singulär und konfessionsübergreifend. Hatte Galen als Beispiel willkürlicher Verhaftungen auf den BK-Pfarrer Niemöller verwiesen, so wurde der katholische Protest nun vor Ort auch beim „evangelischen Prediger und der Gemeindegewester“⁵ weiterverbreitet. Die durch Galen und den evangelischen Bischof Wurm erreichte öffentliche Durchbrechung der Geheimhaltung führte zur, wenn auch nur vorübergehenden, Einstellung des NS-Euthanasieprogramms. Zu den Reaktionen des Regimes gehörte z.B. im August 1941 die Verhaftung von Maria Bachem und drei weiteren Verkäuferinnen im Kaufhaus Althoff, die ihr Büro zu Vervielfältigungszwecken genutzt hatten, sowie des Präfekten der Männerkongregation (MC) in St. Peter. Zum Glück für die Betroffenen war die Gestapo vor allem daran interessiert, Geistliche als Anstifter zu entlarven.⁶ Galen selbst wäre nach dem Willen von Gauleiter Meyer festgenommen, nach einer Parteivorlage für Bormann sogar öffentlich erhängt worden, vor allem als hektographierte Texte auch die

Der Bischof weihet die St.-Elisabeth-Kirche

Gott zum Gruß allen Angehörigen
der Propsteipfarre St. Peter!

Wohl und Dank dem Herrn, der mich zu diesem hohen Ehrenamt ernannt hat, und dem Herrn, der mich zu diesem hohen Ehrenamt ernannt hat, und dem Herrn, der mich zu diesem hohen Ehrenamt ernannt hat.

Es ist mir eine große Freude, mich heute zu diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben.

Ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben.

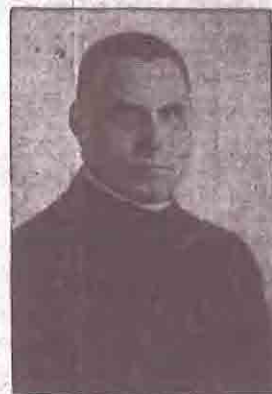
Es ist mir eine große Freude, mich heute zu diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben.

Ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben.

Ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben, und ich bin dankbar für die vielen Jahre, die ich diesem hohen Ehrenamt ernannt zu haben.



Die St.-Elisabeth-Kirche



Ein herzlich willkommen
dem hochverehrten,
geliebten Oberhirten
Bischof Clemens August
von Münster!

Das ist der selbste Herr, den die katholischen Recklinghäuser dem hochwirdigen Herrn Bischof Clemens August, ihrem Bischof, willkommen heißen. Wie ihn so mit einem Herzen und Bewunderung gegen Gott, der ihnen einen Oberhirten gab, der sich seiner großen Verantwortung als Herr der neuen, unerschütterlichen Wahrheit des katholischen Glaubens voll bewusst ist. In dieser Hinsicht enthält Bischof Clemens August in seinem ersten Hirtenbriefe folgende Worte:

Ich will in keiner Beziehung jemandem noch nur ein Wort absprechen von der Höhe der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, welcher die Seele und Grundstein der Menschheit ist. Ich will nur sagen, daß kein Irrtum und keine Verkehrung sich in die Lehre und den Glauben der katholischen Kirche einschleichen.

Der Bischof kommt zu seinen Recklinghäuser Bischöfen, auf den Gipfen der Wahrheit, in der Hand des Segens, in Segen die Liebe. Seine Worte und Ermahnungen werden alle lebendigen Herzen hören und befolgen, seinen bischöflichen Segen wird er allen heuchen, wie an den bevorstehenden Feiertagen teilnehmen, aber auch allen, die nicht dabei sein können. Wie er diesen Segen auszubringen wissen will, das jagt er in seiner ersten Rede an Aterns und Welt mit folgenden Worten:

Wenn ihr abdreht, um den bischöflichen Segen zu empfangen, so laßt die nicht vor dem armen Verlangen, das Gott anserhöht, um seinen Segen auch zu empfangen, indem ihr werdet mit, von dem die ersten Träger ausbreiten abzuziehen, als er jemand von ihnen abblende, wenn er zum Himmel aufliegt.

Der Herrgott des Reiches hat demselben Herrn in Recklinghausen in über dem Herrn die Segnung, die ihm zuhört der St. Elisabeth, eine neue Freude des Herrn, dessen Bekehrung für die katholischen der Propsteipfarre und besonders des Pfarrbezirks St. Elisabeth und die ihre Gesänge eine große Freude bedeutet, die in der feierlichen Weise ihren Gesangern anzuheißt. Dieser Reuewille in St. Elisabeth wird in den Monaten des Jahres mit gelassen Doffers eingetragen werden.

Der Bischof kommt mit einem Segen voll warmer Liebe zu seinen Bischöfen. In der Sprache ausbreiten Reuewille an Aterns und Welt gab es in dieser Beziehung seinen Willen mit folgenden Worten:

Ich will auch stehen mit allen Kräften, mit selbstverleugender, anerkennungsgewürdigter, opferwilliger Liebe, nach dem Vorbilde Christi, der die Kirche liebt und sich für sie hingegen hat.

Nach dem hochwirdigen Herrn Reuewille die Armen und Notleidenden in sein Herz einschließen hat, bewillt das Reuewille in seinem ersten Hirtenbriefe:

Stadtarchiv

Soldaten an der Front erreichten – aus Recklinghausen etwa verschickt von Mitgliedern der Kolpingsfamilie – und die alliierten Kriegsgegner sie per Rundfunk weiter verbreiteten. Hitler und Goebbels entschieden angesichts des Rückhalts des Bischofs in der Bevölkerung, nach dem Endsieg die „Rache kalt“ zu genießen.⁷ Es waren in der Tat die von Propst Heiermann 1934 unter demonstrativem Beifall beschworene „geschlossene Einigkeit“, das von niemandem auflösbare „Treueverhältnis“ zwischen Bischof und „treugläubigem katholischen Volk“, das zur spezifischen Einschränkung der Durchschlagskraft nationalsozialistischer Ideologie und totalitärem Herrschaftsanspruch im Münsterland beitrug. Die von Galen betriebene Bewahrung einer geistigen und organisatorischen „Gegengesellschaft“ war in den Augen des NS-Selbstverständnisses zweifelsohne Widerstand, auch wenn er selbst den gewaltsamen Umsturz eines Regimes wie bei der Predigt in Recklinghausen grundsätzlich ablehnte und ihn auch nicht als den Auftrag der Kirche verstand. Im berühmt gewordenen Bild von „Amboß“ und „Hammer“ fasste er in der Predigt vom 20.7.1941 sein Verständnis des Verhältnisses Kirche und Staat

zusammen: Unter den „Hammerschlägen der Glaubensfeindlichkeit“ galt es, als „zäher, fester, unerschütterlicher Amboß“ standzuhalten, so die Entwicklung mitzuformen und vor allem „länger als der Hammer“ zu halten.

G.M.

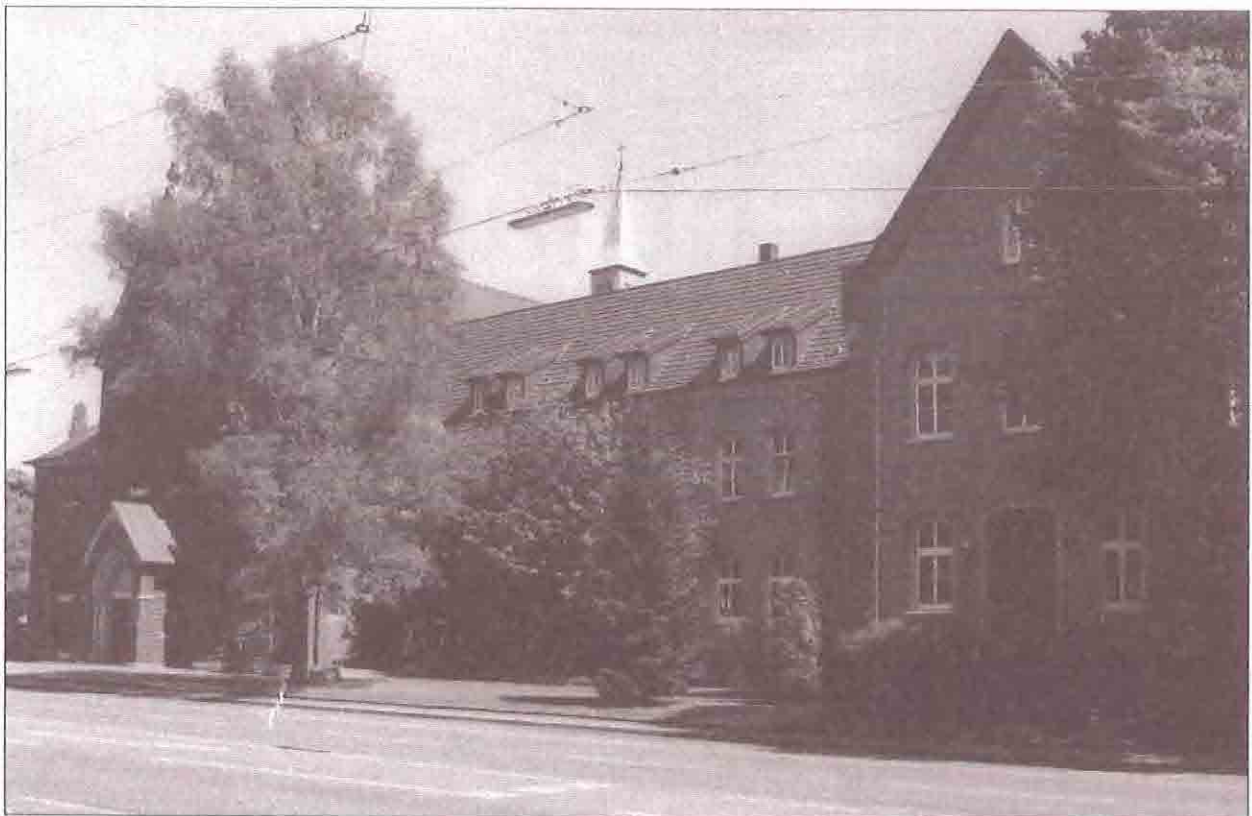
- 1 Vgl. Joachim Kuroпка (Hg.), Clemens August Graf von Galen. Neue Forschungen zum Leben und Wirken des Bischofs von Münster, Münster 1992
- 2 Joachim Kuroпка/Maria-Anna Zumholz, Clemens August Graf von Galen. Sein Leben und Wirken in Bildern und Dokumenten, Cloppenburg 1992, S.109 und 111; vgl. auch Rudolf Padberg, Kirche und Nationalsozialismus am Beispiel Westfalens, Paderborn 1984, S. 164-175
- 3 Völkischer Beobachter. Norddeutsche Ausgabe, 10.7.1935
- 4 Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Bd. I 1933-39, bearbeitet von Peter Löffler, 2. erweiterte Auflage, Paderborn/München/Wien/Zürich 1996, S. 124-130. Lt. RZ und RVZ 24.9.1934: „Treu deutsch sind wir; wir sind auch deutsche Katholiken. (Lebhaftes Bravo)“
- 5 Vermerke in der Pfarrchronik St. Paul
- 6 Vgl. Georg Möllers, Der nationalsozialistische Kirchenkampf, S. 236f, sowie die Berichte aus den Pfarren im Bistumsarchiv Münster Nr. A 101-115. Materialsammlung Drittes Reich
- 7 Joachim Kuroпка/Maria-Anna Zumholz, Clemens August, a.a.O., S. 151ff.

„Staatsfeinde im Priesterrock“

Nach der erfolgreichen Ausschaltung von Parteien und Gewerkschaften, der Gleichschaltung von Bürokratie, Verbänden und Organisationen und dem Ausbau des totalitären Machtapparats wandte sich das Regime zunehmend gegen die letzten konkurrierenden und weltanschaulich konträren Großgruppen, die Kirchen. Damit gerieten die „politischen Geistlichen“, neben Juden, Kommunisten und Freimaurern für SD-Chef Reinhard Heydrich die „wichtigsten Volks- und Staatsfeinde“ ins Visier.¹ Am 17. Juli 1935 hatte Hermann Göring, preußischer Ministerpräsident und Gestapo-Chef öffentlich einen Erlass mit „Maßnahmen gegen Staatsfeinde im Priesterrock“ (NZ-Titelseite, 19.7.1935) angekündigt, die „unter dem Deckmantel religiöser Betätigung“, zum Teil „in hinterhältiger und verlogener Form“ ihre Stellung „zu politischen Zwecken missbrauchen“. Bereits neun Tage später verfügte Heydrich die systematische Überwachung von Geistlichen. Der Überwachungsapparat reichte reichsweit von der Gestapo bis hin zu den örtlichen Parteiorganisationen. So begann ein detaillierter Lagebericht der NSDAP-Ortsgruppe Recklinghausen-Ost für Juni 1937 mit der Feststellung: „Große Gegner, und zwar auf allen

Gebieten, sind die Geistlichen der Liebfrauen-gemeinde“.² Reichskirchenminister Kerrl hatte als Ziel des Vorgehens des nach Judentum und Reaktion „mächtigsten Feindes“, die katholische Kirche, zunächst die Zurückdrängung auf ihr „eigentliches Feld“, anschließend „das Vorgehen gegen die Kirche selbst“ angegeben. Da angesichts dieser Zielsetzung zunehmend auch originär seelsorgerische Tätigkeiten, wie Predigten, Beichte, Hausbesuch, Jugendseelsorge unter den Vorwurf „politischer Tätigkeit“ gerieten, waren es schließlich 10315 katholische Priester, die ein- oder mehrfach von Maßnahmen des Regimes betroffen waren.

Mit seiner spektakulären Inhaftierung als „Hetzkaplan Bombitzki“ war der Geistliche der St. Paulus-Pfarrei 1933 der erste von 32 Priestern in Recklinghausen, die in Konflikt mit Gestapo oder Gerichten gerieten. Dabei war das Konfliktfeld, nämlich die Auseinandersetzungen um das Existenzrecht katholischer Jugendverbände typisch auch für eine Reihe späterer Fälle, wie bei den Kaplänen Autering (St. Joseph), Nordhues (St. Paul), Smeets (St. Johannes) oder Osliso (St. Michael). Andere Konfliktfelder waren Verstöße gegen das Reichsflaggengesetz vom



Pfarrkirche St. Franziskus

Hektaplan Bombitzki wegen Beleidigung Der Regierung festgenommen

Von der Kanzel unterschob er dem preußischen Staat bolschewistische und spanische Methoden

Nealinghausen. Der Polizeipräsident teilt mit: Der Kaplan Bombitzki von der Pauluskirche in Nealinghausen hielt am Sonntag eine Predigt, in der er sich mit der Aktion des preußischen Staates gegen die katholisch-politischen Vereine kritisch befaßte. Aus Anlaß dieser Predigt, die eine starke Erregung in der Bevölkerung ausgelöst hatte, wurde Kaplan Bombitzki von der Staatspolizeistelle vernommen. Nach dem Wortlaut seiner Predigt, die er, soweit es sich um den katholischen Jungmännerverein handelte, selbst aufzeichnete und übergeben hat, hat Kaplan Bombitzki in der Predigt den Satz gebraucht: „Man kann es uns nicht verübeln, wenn wir bei solchen Methoden an Mexiko, Spanien und Rußland denken müssen.“ Dieser Satz enthält eine unzulässige und die Bevölkerung stark erregende Kritik an den staatlichen Maßnahmen, weil sie die Methoden des preußischen Staates mit denen des bolschewistischen Rußland gleich stellt. Der Kaplan

wurde wegen dieser, das Maß einer kirchlichen Kritik weit überschreitenden Worte in sofortige Schutzhaft genommen. Der Festgenommene sprach dem Staat jedes Recht des Eingriffs in die Verhältnisse der katholischen Kirche ab, und bewies damit, daß er für jene reinliche Scheidung von parteipolitischen Hege und Seelsorgerischer Tätigkeit, für die die nat.-soz. Revolution mit unnachlässiger Schärfe eintritt, nicht das mindeste Verständnis besitzt. Darum wird diesem Hege, der selbst das geistliche Aeid durch seine Verleumdungen beleidigt hat, die Mühe der stillen Zelle sicherlich Zeit zum Nachdenken über den Unterschied zwischen einem Staat der öffentlich propagierten Gottlosigkeit und einem Staat, dessen Führer sich immer wieder zum positiven Christentum bekannt hat, lassen. Wir machen zwischen roten und schwarzen Hege keinen Unterschied.

NZ 4.7.1933

15.9.1935, das auch die Kirchen zur Hissung der Hakenkreuzflagge verpflichtete, die Verlesung verbotener Bischofsbriefe, die illegale Herstellung oder Vervielfältigung von Schriften oder verbotene Seelsorge an Ausländern. Die 1933 noch spektakulär wirkende Inhaftierung eines Priesters hatte mit einer 24-Stunden-Schutzhaft und einer Verwarnung für Erich Bombitzki als politischer Einschüchterungsversuch ihren Zweck erfüllt. Günther Osliro wurde nach einem „illegalen“ Ausflug mit Jugendlichen 1939 über drei Monate inhaftiert, dann aus dem Regierungsbezirk Münster ausgewiesen und in die Wehrmacht eingezogen.

Ein entscheidender gesetzlicher Baustein für die Maßnahmen war das sogenannte „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiformen“ vom 20.12.1934, das mit der beliebig auslegbaren Strafordrohung gegen jede „Schädigung des Ansehens“ von Partei und Staat der Willkür Tür und Tor öffnete.

Auf dieser Basis wurde am 3.6.1940 Pfarrer Joseph Althoff „wegen feindseliger Haltung gegen das Dritte Reich“ verhaftet. Auch hier hatten Bespitzelungen durch die NS-Ortsgruppe und ihren Leiter „belastendes Material“ gesammelt. Die Tatsache, dass „ehemalige Katholiken“³ gegen den Gemeindepfarrer vorgegangen waren, zeigten hier, dass dem Nationalsozialismus ein Einbruch ins katholische Milieu gelungen war. Seine Haftentlassung sechs Monate später konnte Althoff nur durch Verzicht auf seine Pfarrstelle St. Gertrudis erreichen. Gerade die Anfangsjahre des Krieges ab 1939 wurden vom Regime zum massiveren Vorgehen genutzt. Am 8. März 1941 kam es in der katholischen Kirchengemeinde Essel zur Verhaftung des Priesters

Reinhold Friedrichs. Friedrichs hatte nach seiner Entlassung als Religionslehrer begonnen, bistumsweit „religiöse Wochen“ durchzuführen. Dazu hatte er auch in Hl. Geist/Essel täglich sechs Predigten gehalten, die steigende Besucherzahlen aufwiesen. Nach einem Gedenken für inhaftierte Priester wurde er am 6. März von der Gestapo verhaftet. Die Reaktion der Bevölkerung, die nach der Nachricht in der Kirche zusammenströmte, unterstreicht zwar den Zusammenhalt von Klerus und katholischem Milieu, verdeutlicht aber auch die Entschlossenheit des Regimes, das ihn dessen ungeachtet elf Tage später in das KZ Sachsenhausen, im September dann in das KZ Dachau verbrachte: In der inzwischen sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen Regime und Volkskatholizismus im Münsterland wurden in einem gezielten „Stellvertreterkrieg“ gegen Bischof Galen gerade hier weniger prominente Kleriker getroffen; der Zusammenhang wurde bei Friedrichs Begrüßung im Gestapogefängnis Münster als „Propaganda-Chef von Clemens August“⁴ auch offen angesprochen.

Bereits 1939 hatte eine religiöse Woche ebenfalls in Essel zu einem Verfahren wegen des Verstoßes gegen das „Heimtückegesetz“ geführt. Pater Alkuin Gassmann (1890-1966) hatte in einer Predigt am 3.9.1939 – also zwei Tage nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen – im Gegensatz zur inszenierten Kriegspropaganda über den „Heldentod auf dem sogenannten Feld der Ehre“⁵ gesprochen. Mit seiner Kritik an Heroenpathos und Kriegsverherrlichung konnte Pater Alkuin auf eigene Erfahrungen zurückgreifen.⁶ Als Theologiestudent und Franziskanernovize 1914 eingezogen, hatte er die Kämpfe in Ostpreußen miterlebt und war 1915 in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Erst im August 1919

entkam er unter abenteuerlichen Umständen aus dem sibirischen Gefangenenlager Kurgan. 1922 zum Priester geweiht, kam er Anfang 1931 in das Franziskanerkloster Stuckenbusch. Als Volksmissionar und Organisator religiöser Wochen war der engagierte, für offene, satirische, ja bissige Worte bekannte Franziskaner ein vielbeschäftigter Prediger im ganzen Bistum geworden.

Ende 1939 entging er noch knapp einer Verurteilung durch das Sondergericht Dortmund, stand allerdings jetzt unter ständiger Bespitzelung.⁷

Am 11. August 1942 wurde er wegen „herausfordernder“ Hetzreden und fortgesetzter „defaitistischer Hetz- und Wühlarbeit“ erneut verhaftet. Anlass war erneut eine kritische Predigt über den Krieg in der Pfarrei Hoetmar: „Davon, ob Deutschland den Krieg gewinnt oder verliert, hängt es ab, ob Deutschland in Zukunft christlich oder heidnisch wird,“ hatte der Spitzel den Predigttext notiert. Alkuin hatte nach eigenem Bekunden erklärt: „Daneben tobt ein Kampf, von dem mehr abhängt als Sieg oder Niederlage des Krieges. Es ist der Kampf der Geister gegen Christus.“

Die Predigt auf dem Höhepunkt des deutschen Siegeszuges in der UdSSR entzog nicht nur der offiziellen antibolschewistischen Kreuzzugs-ideologie der Nationalsozialisten den Boden. P. Alkuin stellte damit auch den Staatspatriotismus seiner katholischen Zuhörer infrage, der sie angesichts des Krieges trotz Ablehnung von NS-Ideologie und Regime aus Patriotismus, Staatsloyalität oder der Solidarität mit Familienmitgliedern, die an der Front standen, den Sieg erhoffen liess.

Reinhard Friedrichs, Pater Alkuin und August Wessing, der frühere Kaplan von St. Antonius trafen 1941 im KZ Dachau zusammen und gehörten dort zu den 441 inhaftierten deutschen Priestern. Mit 38 Inhaftierten bildete das Bistum Münster unter den 411 katholischen Priestern dabei die größte Gruppe. Ab Winter 1940/41 war die Zahl so gestiegen, dass die mittlerweile 2700 Geistlichen aus 21 Nationen in eigenen „Priesterbaracken“ zusammengefasst wurden. Pater Alkuin, der unmittelbar nach seiner Festnahme bereits Verfügungen für seinen Todesfall niedergelegt hatte, überlebte Lagerhaft, Epidemien und Zwangsarbeit, wurde 1945 befreit und wirkte 1958-1966 noch einmal als Hausoberer im Kloster Stuckenbusch.

G.M.



Pater Alkuin Gassmann (1890-1966)

Archiv der sächsischen Franziskanerprovinz, Werl

- 1 Vgl. dazu Ulrich von Hehl/Christoph Kösters (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*, 2 Bde., Paderborn-München-Wien-Zürich, 4. durchgesehene und ergänzte Auflage 1998
- 2 Eine Kopie des Schreibens, unterzeichnet vom Ortsgruppenleiter befindet sich im Pfarrarchiv Liebfrauen.
- 3 Pfarrbericht. Die kirchenpolitischen Geschehnisse der Gertrudis-Gemeinde im Dritten Reich, 25.9.1945 (Bistumsarchiv Münster A 101-115 Materialsammlung Drittes Reich). Der Bericht erwähnt den Ortsgruppenleiter namentlich und fügte bitter hinzu, Pfarrer Althoff habe das frühere Vorstandsmitglied des Jünglingsvereins „wiederholt karitativ betreut“.
- 4 Vgl. Christian Frieling, *Priester aus dem Bistum Münster im KZ*, Münster 1992, hier S. 91
- 5 Frieling, a.a.O., S. 94
- 6 Zum Folgenden: P. Benno Nordberg, P. Alkuin (Hubert) Gassmann, in: *Vita Seraphica. Anregungen und Mitteilungen der Sächsischen Franziskanerprovinz vom Hl. Kreuz*, Nr. 48 (1967), S. 149-151
- 7 Alkuin selbst führt den Umstand auf die „hilfreiche Zuvorkommenheit eines Gestaposekretärs in Recklinghausen“ zurück. Der habe nämlich schriftlich vermerkt, „dass bei den Zeugen ein Hörfehler vorliegen müsste. Daraufhin kam ich unter die Amnestie, die zu Anfang des Krieges für alle politischen Straffälle erlassen worden war, bei denen nicht mehr als 1/4 Jahr Gefängnis zu erwarten war.“ Handschriftlicher Vermerk auf der Einladung der Oberstaatsanwaltschaft Bochum zum Verfahren am 12.12.1939 (Archiv der Sächsischen Franziskanerprovinz, Werl)

Wahrung „religiöser Tiefenschichten“ 1933-1945

von Georg Möllers

Mit „Petrinum unterm Hakenkreuz“ erschien 2001 eine umfangreiche Publikation zum Thema, so dass hier nur eine kurze Skizzierung erfolgen soll. Zu den Besonderheiten der Schule im Zuge der NS-Machtübernahme gehörte 1934 die Amtsentfernung des Schulleiters Dr. Wilhelm Hülsen. Hülsen stand als Zentrumsmann sowieso auf der Überprüfungsliste und war von einer kleinen Gruppe von HJ-Überzeugungstätern aus der Schülerschaft denunziert worden, sich der geistigen Gleichschaltung des Petrinum zu widersetzen. Unter seinem Nachfolger Wenner wurde systematisch diese weltanschaulich-organisatorische Vereinnahmung durch die HJ betrieben, und dabei wurden die starken katholischen Schülergruppen bekämpft; allein der Schülerbund Neu-Deutschland hatte 1932 ca. 220 Mitglieder an Petrinum und Oberrealschule. 1934 war den Spitzenschülern Hans Werners und Ferdinand Kolbe wegen ihres Engagements in katholischen Organisationen die Hochschulreife nicht erteilt worden. Ein Jahr später traf es den Oberprimaner Ludwig Grindel, einen aktiver Sturmscharführer, noch brutaler: Er wurde wegen „Schädigung der Volksgemeinschaft“ im Juli 1935 aus dem Unterricht heraus ins KZ eingeliefert. Wenner scheute sich nicht, dem Schüler und ND-Leiter Martin Schulte mit dem gleichen Schicksal zu drohen. Unter diesem Druck von HJ, Partei und Schulleitung löste sich der katholische Schülerbund Neu-Deutschland im September 1935 „freiwillig“¹ auf, wie die Nationalzeitung am 21.9.1935 meldete. Der „begrüßenswerte Beschluss“ auf dem Weg „zur Schaffung der deutschen Einheit“ wurde in dem Artikel doppelbödig begründet. Einerseits wurde den Geistlichen als ND-Betreuern² attestiert, „keine positive Einstellung zur nationalsozialistischen Bewegung“ gezeigt zu haben. Andererseits leugnete die NZ einen Anschlag auf die religiöse Freiheit und verwies dazu auf den Religionsunterricht und „ferner [...] den zweimal in der Woche stattfindenden Schulgottesdienst und den Sonntagschulgottesdienst“ als Garanten.

So sahen sich die weiterhin gefeierten Schulmessen einem merkwürdigen Spagat zwischen politisch-tolerierter Fassade und dem Anspruch eines eigenständigen



Abiturjahrgang
1938 mit
StR Cantauw

religiösen Bekenntnisses ausgesetzt, das letztlich vom totalitären Regime nicht gewünscht werden konnte. Ein eher internes Signal war die Streichung der geringen Aufwandsentschädigungen für Pastor, Organist und Hausmeister durch die Stadt zum 1.4.1938³ und das Angebot von Oberbürgermeister Irrgang 1944, die Kirche an St. Peter zu verkaufen: „Was soll die Stadt mit einer Kirche? Genau so wenig, wie wenn eine Kirche eine Badeanstalt unterhält.“⁴

Noch auf dem Totenzettel des am 13.1.1982 verstorbenen Domkapitulars Alexander Cantauw wurde ausdrücklich an die Jahre als Rektor der Gymnasialkirche und als Deutsch- und Religionslehrer am Petrinum ab 1934 erinnert, die „unter den damaligen politischen Verhältnissen und im Krieg keineswegs einfach“ gewesen seien und die Cantauw „in Treue“ zu „Bischof Clemens August Graf von Galen“⁵ bestanden habe. Schulleiter Wenner jedenfalls scheute sich nicht, auch die sonntägliche Schulmesse seinen disziplinarischen Vorstellungen anzupassen. Am 8. Februar 1935 hieß es in einem Rundschreiben an alle Klassen⁶:

Aus Elternkreisen wird Klage geführt über die Unordnung beim Betreten der Kirche zum Gottesdienst. Ich ordne daher an, dass an allen Sonntagen die kath. Schüler 5 Minuten vor Beginn des Gottesdienstes ihren Platz eingenommen haben müssen.

Wer später kommt, bleibt hinten stehen und geht nicht mehr zu seinem Platz. Diese Regelung ist ein Versuch, der sich an das eigene Ordnungsgefühl aller Schüler wendet. Sollte er keinen Erfolg haben, so muß stets vor dem Gottesdienst auf den Schulhofe angetreten werden.

Mit zunehmender Häufigkeit der Bombenangriffe wurden die Sonntagsmessen von 8 auf 10 Uhr verlegt: „Dieser Gottesdienst hatte es überhaupt in sich: Wir Petriener saßen rechts, die Mädchen vom (Ober-)Lyceum, an dem Herr Cantauw auch unter-



richtete, auf der linken Bankseite [...]. „Der schöne Alex' Cantauw zelebrierte, ich darf so sagen, nicht nur die Messe, sondern auch, ja besonders, seine Predigt, sogar die Vorbereitungen dazu: am Altar das sorgfältige Ablegen des Messgewandes, das gesammelte Schreiten zur und das die Stufen einzeln messende Steigen auf die Kanzel, der Aufmerksamkeit heischende Blick fest auf die (andächtig?) lauschenden Schülerinnen und Schüler. Was er sagte, war geradezu Unterrichtsstoff!“⁷

Bruno Rosner erinnert sich, die Predigten daheim zu Papier gebracht zu haben, da sie in der nächsten Religionsstunde besprochen wurden. Die Worte des Predigers wurden aber wohl auch von anderen aufmerksam verfolgt. Unbemerkt von der Schülerschaft verbot der Schulleiter das Verlesen von regimekritischen Bischofsbriefen und versah dies mit der Drohung, die Gottesdienste abzuschaffen.⁸

Wie bei den Schulgottesdiensten war auch gegenüber dem Religionsunterricht die „ambivalente Haltung“ des Regimes erkennbar, das ihn „wohl aus Opportunismus“⁹ nicht verbot, aber zunehmenden Kontrollen unterwarf

Notausgang Kirche
Gymnasialkirche
1944

Oberschule für Mädchen, Recklinghausen

ZEUGNIS

über die Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht

Klasse *4a*

Schuljahr *1942/43*

3. Schuljahresdrittel.

[Redacted Name] hat am ~~evangelischen~~ - katholischen Religionsunterricht teilgenommen.

Ihre Leistungen waren *sehr gut*.

Recklinghausen, den *9. Juli* 1943

Cantauw
Religionslehrer(in).

H. H. Hittorf
Klassenlehrer(in).

Sonderdokument
für den
Religionsunterricht

und ihn ab 1941 aus den Zeugnissen strich und in den Status einer Arbeitsgemeinschaft herabstufte.

Solche Konflikte setzten sich im Rahmen der Kinderlandverschickung (KLV) der unteren Klassen fort. Die Geistlichen Studienräte Cantauw und Große-Boes (Hittorf) waren mitgeschickt worden, um religiös begründeten Widerständen der Elternschaft gegen eine Lagererziehung entgegenzutreten. So führten sie ab November 1943 im bayrischen Lager den Religionsunterricht wieder ein, und Cantauw richtete „in der katholischen Pfarrkirche von Seehausen einen eigenen Gemeinschaftsgottesdienst für uns Petriener ein. Es ist schön, die heimatlichen, bekannten Advents- und Weihnachtslieder zu singen und zu hören.“¹⁰ Für Wenner, inzwischen Dezernent für die KLV-Lager in München, war die Übernahme der Fastenpredigten in der Pfarrkirche durch Alexander Cantauw der Vorwand, den Priester aus dem Lager zu entfernen und auch den Religionsunterricht innerhalb des Lagers zu verbieten: „Die Lehrpersonen der verlegten Oberschulen standen geschlossen zu ihrem geistlichen Kollegen. Sie sorgten für den Besuch der Seelsorgestunden und für die Teilnahme an Gottesdiensten. Jedenfalls gestatteten sie keinen Appell seitens der HJ während der Zeiten der Gottesdienste.“¹¹

Dieser petrinische „Lagergeist“ blieb auch nach der Verlegung in das Hotel Bachmayer in Maria-Dorfen erhalten: „Wir hatten schon öfter KLV Lager hier“, heißt es in der pfarramtlichen Bestätigung nach dem Krieg, „alle waren auf das angenehmste enttäuscht, als wir die Knaben aus Recklinghausen und ihre Lehrer kennen lernten. H.H. Cantow[sic!] als Religionslehrer führte das Lager beim Pfarramt ein. Die Herren Professoren kamen und es entwickelte sich ein sehr schönes Vertrauensverhältnis. Die Haltung, Gesang und Gebet wurde von der ganzen Pfarrgemeinde als musterhaft empfunden. Das Alles verriet einen durchaus feinen katholischen Geist, der trotz aller Wirrnisse der Zeit in dieser Mittelschule [sic!] erhalten worden war.“¹²

Den Spagat eines Pimpfs und Messdieners, zwischen HJ-Märschen mit dem Horst-Wessel-Lied und dem Tedeum im Hochamt zitiert Rosner aus dem Tagebuch eines Mitschülers, der dann 1943 „alles Erfreuliche und Unerfreuliche“ Revue passieren lässt:

„Die Oberschule hatte nicht so gute Lagermannschaftsführer [...] Einer der LMf wollte das Kreuz, welches im Schlafsaal hing, zerschlagen. Er war Erznazi [...]“ Rosner: „Ich leugne nicht: Noch heute, im Februar 2002 [...] bin ich über jene Wertung eines damals knapp Zwölfjährigen verblüfft. Sie spiegelt das Empfinden vieler: Ohne zu ‚hinterfragen‘, machten wir mit, so lange man unsere religiösen Tiefschichten nicht aufrührte.“¹³

Anmerkungen:

- 1 National-Zeitung 21.9.1935: „Ein begrüßenswerter Beschluss“
- 2 Es waren seit der ND-Gründung 1920 Dr. Rensing und Prof. Carlé (Petrinum), dann Prof. Dr. Reumont und Dr. Große Boes (Oberrealschule).
- 3 Dies betraf die Vergütungen von Rektor, Organist und Hausmeister (vgl. Paffhausen, SchGP. Akte Gymnasialkirche)
- 4 Das Gespräch OB Irrgang-Propst Walgern wurde nach Dr. Göllmann von Kaplan Kösters überliefert. Der Propst wollte allerdings mitten im Bombenhagel nicht noch eine Kirche übernehmen (vgl. SchGP. Akte Gymnasialkirche). Ein Freibad als kirchlich-soziale Einrichtung kennen die Petriner durchaus. Die Franziskanerpfarrei Santa Terezinha in Bacabal hat es für Favela-Bewohner gebaut, die im heißen Klima kein fließendes Wasser besitzen und keinen Zugang zu den Bädern der Privatclubs haben; eine städtische Anlage gibt es nicht.
- 5 Totenzettel (Bistumsarchiv Münster); vgl. Kirche und Leben 24.1.1982
- 6 Mitteilungen für Schüler 1934 bis 1936, Schularchiv Petrinum
- 7 Dr. Bruno Rosner, Erinnerungen an meine Schulzeit auf dem Petrinum 1938-1944 und 1946/47, in: Petrinum 34-2002, S. 80-92, S. 80f
- 8 Bericht von Pfr. Pasch, St. Paul vom 30.7.1946 (BAM Nr. A, 101-115. Materialsammlung Drittes Reich)
- 9 Burghardt, Barbara, S. 165; ebd., S. 167 das folgende Sonderdokument zum Religionsunterricht
- 10 Klaus Hagemann, Flucht vor den Bomben, in: PuH, S. 77-84, S. 79
- 11 BAM Nr. A 101-115. Materialsammlung Drittes Reich
- 12 Pfr. Hermann Menke am 20.7.1945, beglaubigt 2.8.45 von der Stadt Recklinghausen (Schularchiv), vgl. das Dokument aus Seehausen vom 10.7.1945 in: PuH, S. 84
- 13 Rosner, a.a.O., S. 82 Anm. 7

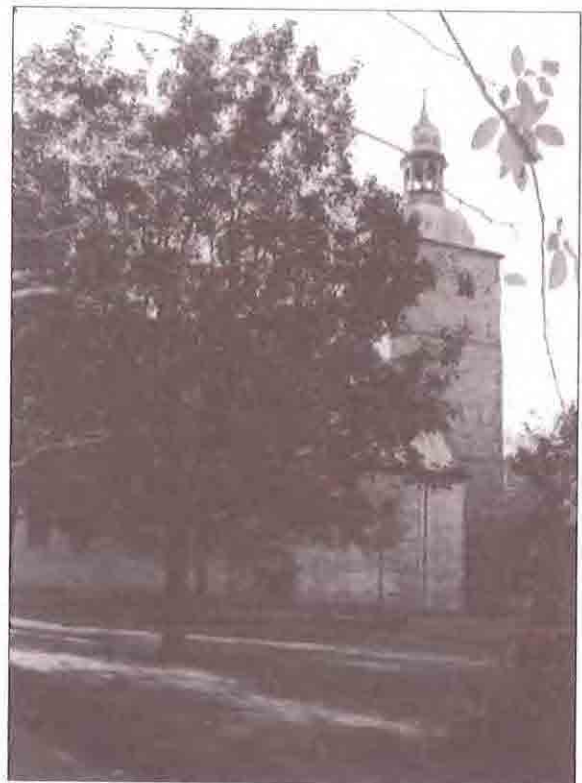
St. Peter: Die Sprache der Trümmer

Als Integrationssymbol Recklinghäuser Stadtgeschichte hat der langjährige Stadtarchivar Dr. Werner Burghardt die Propsteikirche St. Peter bezeichnet.¹ Religiös war sie der Kristallisationsort der katholischen Bevölkerung, die 68 Prozent der Einwohnerschaft ausmachte und etwa zur Hälfte durch den sonntäglichen Kirchgang als besonders bekenntnistreu galt. Der Nationalsozialismus war seit 1930 in bischöflichen Erklärungen, die von den Kanzeln verlesen und in katholischen Tages- und Verbandszeitungen abgedruckt wurden, als christentumsfeindliche Irrlehre abgelehnt, aktive NSDAP-Anhänger gar vom Sakramentenempfang ausgeschlossen worden.²

Unmittelbar nach dem Wahlsieg der Hitlerkoalition waren die SA-Formationen demonstrativ in die Kirchen gedrängt, um so der offiziellen Linie des NSDAP-Programms vom „positiven Christentum“ Nachdruck zu verleihen. Der Versuch, in geschlossener Formation am Volkstrauertag, dem 12. März, am Sonntagsgottesdienst teilzunehmen, scheiterte zwar in St. Peter, doch sahen sich nun „Zentrumspropst Heiermann“ und andere Geistlichen öffentlichen Angriffen ausgesetzt, zumal sich Reichskanzler Hitler selbst öffentlich als „Abtrünniger der Kirche bezeichnet“ sah, der deshalb „zu seinem Leidwesen“³ von Gottesdiensten ausgeschlossen sei. Der zunehmende Druck blieb nicht ohne Wirkung: Am 23. März 1933 kam es in Liebfrauen erstmalig zu einem kirchlichen Begräbnis eines Nationalsozialisten. Die Angst, dass ihnen angesichts der nationalen Aufbruchsstimmung die Entwicklung aus der Hand glitt, führte zusammen mit der Wirkung der Regierungserklärung, die die Rolle der Kirchen hervorgehoben hatte, am 28. März zur Erklärung der Bischöfe, die bisherigen „Warnungen nicht als notwendig“ zu betrachten. Hinzu kam die Wirkung des Konkordatsabschlusses vom 20. Juli 1933. Mochten kirchliche Befürworter darin die Rettung der Unabhängigkeit der Kirche und der Existenz der Verbände, die bereits am 1. Juli verboten worden waren, sehen, so war für das NS-Regime die Unterzeichnung des Vertrages mit dem Vatikan ein Prestigegewinn, der zudem die Gegner im katholischen Lager entmutigte. Die zeitweilige Phase der Illusion mündete nach Auseinandersetzungen um Rosenbergs „Neuheidentum“ (ab 1934), den NS-„Entkonfessionalisierungs“-Kampagnen (1935) und den sogenannten Devisenschieber- und Sittlichkeitsprozessen gegen Priester schließlich in der offenen Kirchenaustrittspropaganda der NSDAP (ab 1936). Wenn sich die Austrittsquote in den

Altstadtgemeinden St. Peter und St. Paul selbst auf ihrem Höhepunkt zwar verdoppelt hatte, so war mit 0,7% doch kein dramatischer Einbruch in die Glaubensgemeinschaft gelungen. Die Mobilisierungskraft der katholischen Bevölkerung hatte schon 1935 zum Verbot einer „Buß- und Bittprozession“ in der Altstadt geführt, die erstmals ein Jahr zuvor unter Teilnahme von 2500 Männern stattgefunden hatte.

Die offene Konfrontation zwischen Kirche und Regime – in Recklinghausen wurde die Errichtung der NSDAP-Kreisleitung direkt am Kirchplatz von vielen so verstanden – wurde ein Jahr nach dem Propagandacoup der Olympischen Spiele vor der Weltöffentlichkeit ausgetragen. Papst Pius XI. wandte sich mit seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“ in einem Rundschreiben an die ganze Weltkirche gegen die „physische Gewalt der Kirchenbedränger“. Auf dem Höhepunkt außenpolitischer Erfolge klagt der Vatikan unter Berufung auf das Konkordat das Regime der „Vertragsumdeutungen, der Vertragsumgehungen, der Vertragsaushöhlungen“ an. Am Palmsonntag 1937 wurde das Schreiben in St. Peter und allen Pfarrkirchen nicht nur verlesen, sondern in der Text auch verteilt, wobei im Bistum Münster mit



Propsteikirche St. Peter



Die zerstörte Petruskirche 1945.

Foto: Archiv St. Peter

einer Auflage von 120000 heimlich hergestellter Schriften 40% aller Drucke verteilt wurden.⁴ Das Regime reagierte auf die „schweren Angriffe“ auf Staat, Regierung und das Ansehen im Ausland mit der Enteignung aller 13 beteiligten Druckereien. Dies auch deshalb, weil im Schreiben unmissverständlich in sieben Kapiteln die grundsätzlichen weltanschaulichen Gegensätze herausgestellt wurden: „Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder den Träger der Staatsgewalt....zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie zum Götzenkult vergöttert, der verkehrt und verfälscht die gottgeschaffene....Ordnung.“ Die Ersetzung allgemeingültiger Menschenrechte durch die Parole „Recht ist, was dem Volke nützt“, so die eindeutige Warnung, bedeute in der Konsequenz „im zwischenstaatlichen Leben den ewigen Kriegszustand zwischen verschiedenen Nationen“. Das päpstliche Rundschreiben oder Hirtenbriefe, wie der der rheinisch-westfälischen Bischöfe vom 20.3.1942 mit dem Bekenntnis zu „natürlichen Rechten“ jedes Menschen, wie die auf „persönliche Freiheit“ und „auf Leben“ und dem Protest „gegen die Tötung

Unschuldiger“⁵ trugen zur Immunisierung und zur Stabilisierung einer Gegenöffentlichkeit im totalitär organisierten Staat bei.

Trotz dieser Mobilisierung der Öffentlichkeit im In- und Ausland war das Regime aber bei Kriegsausbruch 1939 auf dem Weg zur Ausrottung der Kirchen mit ihrem „jüdischen Christenglauben und seiner weichlichen Mitleidsmoral“ „mit Stumpf und Stiel“⁶ erheblich fortgeschritten. Die Zurückdrängung aus dem gesellschaftlichen Leben war weitgehend erreicht; Bombenkrieg und Materialbewirtschaftung wurden in den nächsten Jahren zu Eingriffen selbst in das religiöse Leben genutzt.

Der in den Kirchen verlesene Erklärung Bischof Galens zum Kriegsausbruch, in der der Hoffnung auf „einen ehrenvollen Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit“⁷ Ausdruck verliehen wurde, fehlte wie auch in den Fürbittengebeten der Gottesdienste in den Augen des NS-Regimes der entschiedene Wille zum Endsieg wie überhaupt die Kriegsbegeisterung. Andererseits entschieden sich Kirchenführung und die Mehrzahl der Katholiken im Dilemma zwischen patriotischer Pflichterfüllung gegenüber dem Staat



Das zerstörte Petrushaus am Kirchplatz 1945.

Foto: Archiv St. Peter

und Ablehnung des Nationalsozialismus zur Teilnahme am Krieg, ohne die Rechtmäßigkeit des Angriffskrieges offiziell in Frage zu stellen. Aktiver Widerstand gegen das Regime oder Verweigerung der Kriegsmaschinerie gegenüber waren der Gewissensentscheidung Einzelner überlassen und kirchenamtlich nicht gedeckt.

„Gebe Gott, dass die ganze Gemeinde die Sprache der Trümmer verstehe“⁸, notierte Kaplan Köster, als der entfesselte Bombenkrieg am 13. September 1944 auch St. Peter zerstörte. Sechs Menschen fanden dabei im zerstörten Petrushaus und anliegenden Häusern des Tod. Wie Köster den Schlusssatz seines internen Berichts vom November verstand, wurde einen Monat später deutlich, als der Präses der Kolpingsfamilie wegen seiner Kriegskritik von der Gestapo in Haft genommen wurde, aus der ihn erst die Amerikaner später befreiten.

So standen die Recklinghäuser am Kriegsende vor den Trümmern ihres Stadtsymbols, unübersehbares Mahnmal der Folgen einer totalitären Gewalt Herrschaft und des von ihr entzettelten „totalen Krieges,“ – von vielen aus ideologischer Verblen-

dung gestützt oder aus Angst oder Anpassung mitgetragen.

G.M.

¹ Werner Burghardt, *St. Peter – Zur Geschichte der Stadtkirche Recklinghausens*, in: Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), *1200 Jahre*, S. 9-39, S. 38

² Vgl. insgesamt: Georg Möllers, *Der nationalsozialistische Kirchenkampf und Helmut Geck, Katholiken und Protestanten in Recklinghausen*, in: Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), *1200 Jahre*, S. 122-152, S. 144ff.

³ *Völkischer Beobachter*, 22.3.1933: In dieser offiziellen Erklärung anlässlich des Tages von Potsdam kündigte Hitler deshalb an, mit Goebbels statt des Gottesdienstes „Gräber ermordeter SA-Kameraden“ zu besuchen.

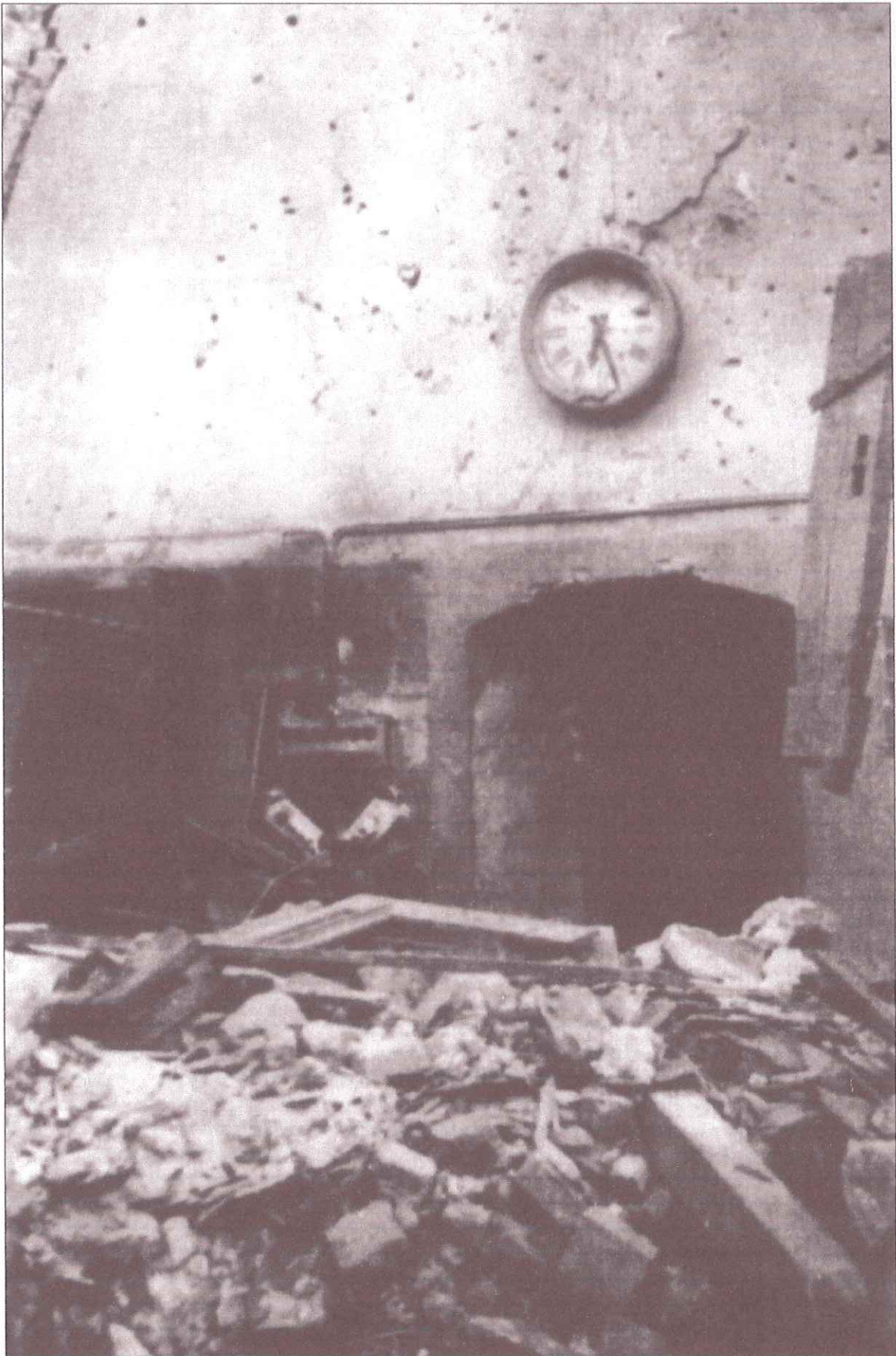
⁴ Zur Sonderrolle des Bistums Münster: Vgl. Georg Möllers, *Vor 50 Jahren*

⁵ Klaus Gotto/Konrad Repgen (Hg.), *Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus*, Mainz 1980, S. 143f

⁶ *Hitler in internen Gesprächen mit Parteifunktionären am 6.4.1933*, veröffentlicht in: Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler*, Zürich 1940, S. 50ff.

⁷ Vgl. Wilhelm Damberg, *Moderne und Milieu 1802-1998 (= Geschichte des Bistums Münster, hg.v. Arnold Angenendt, Bd. V)*, Münster 1998, S. 281-312

⁸ *Authentischer Bericht über die Bombenwürfe an der Propsteikirche Recklinghausen und deren Auswirkung*, 10.11.1944, Pfarrarchiv St. Peter



Die Uhr der Sakristei blieb zum Zeitpunkt des Angriffs am 13. September 1944 auf 18.27 stehen. Sie ist noch heute in der Petruskirche zu sehen.

Foto: Archiv St. Peter



Firmung 2013 in der Pauluskirche

Bild: privat

Am **18. Oktober 1906** als Pfarrkirche für das neue „Paulusviertel“ geweiht, entworfen vom Recklinghäuser Kirchenarchitekten **Franz Lohmann** (1870-1952). Dreischiffiger Monumentalbau (60m lang, 22m breit) mit 26m breitem Kreuzschiff. Der Westturm an der Portalseite (61m) prägt das Quartier; sein geplanter „Zwilling“ wurde aus Kostengründen nicht gebaut. Neoromanische Kirche mit beindruckend klarem Raumkonzept, reicher Gliederung, ornamentaler Gestaltung der Würfelkapitelle und künstlerisch gestalteten, modernen Fenstern. 1944 Zerstörung der dreigeschossigen Apsis des Chorraums, Aufbau nur eingeschossig. Altarinsel 1970 im Rahmen der konziliaren Erneuerung provisorisch, 1989 endgültig künstlerisch gestaltet. Besondere Ausstattungen: Triumphkreuz (1931), romantische **Breil-Orgel** (1930), Chororgel (ehemals alte Prosper-Kapelle), Kreuzigungsaltarbild (16. Jh., Augustinessenkloster), Kreuzweg (1917, Gymnasialkirche).

Zu den Pfarrern gehörten auch Dechant und Prälat **Theodor Pasch** (1886-1969), Träger der Großen Stadtplakette, und Stadtdechant **Dr. Wilhelm Schlagermann** (1910-1974).



Luise Löwenfels, 1935
in Recklinghausen

1935 lebte an der Paulusstraße im Haushalt der Familie Aron für wenige Monate **Luise Löwenfels** (1915-1942). Die jüdische Kinderpflegerin kam hier über **Schwester Veronis** (Rüdel) im Paulusstift und Familie **Eppmann** in Kontakt mit dem Orden der Armen Dienstmägde Jesu in Mönchengladbach. Nach ihrer Taufe 1935 und ihrer Flucht in die Niederlande trat sie dort 1937 in den Orden ein. Auf den Protest der holländischen Bischöfe gegen die Deportationen der Juden reagierte die deutsche Besatzungsmacht am 2. August 1942 mit der Verhaftung aller katholischen „Nicht-Arier“. Wie Sr. Edith Stein und andere wurde auch **Sr. Aloysia** (Löwenfels) aus ihrem Kloster verschleppt, am 7. August vom Lager Westerbork aus nach Auschwitz deportiert und dort zwei Tage später ermordet.

**Luise Löwenfels:
Aus dem Kloster deportiert nach Auschwitz**



Luise Löwenfels, vermutlich in Recklinghausen 1935 (Foto: Archiv G. Möllers)

Zu den vielen persönlichen Schicksalen gehört der Leidensweg von Luise Löwenfels¹, der wegen der zahlreichen Ortswechsel und der gelungenen Flucht ihrer Familienmitglieder in die USA fast in Vergessenheit geriet.

Wenn Recklinghausen im Sommer 1935 auch nur eine kurzfristige Lebensstation war, wurde sie doch eine entscheidende: Im fränkischen Trabelsdorf am 5.7.1915 als elftes von zwölf Kindern des Ehepaars Salomon und Sophia Löwenfels geboren, wuchs sie dort nur 200m neben der Synagoge auf. Die gläubige Familie des Metzgers Löwenfels zog fünf Jahre später nach Buxheim, wo der Vater 1923 im Alter von 53 Jahren verstarb, einen Tag nach Luisens 8. Geburtstag. Drei Jahre später zogen Mutter und die jüngeren Geschwister nach Ingolstadt, wo Luise die Höhere Handelsschule in Kloster Gnadenenthal besucht. Hier wie am Kindergärtnerinnen-Seminar des Klosters „Maria Stern“ in Nördlingen, wo sie 1933-35 ausgebildet wurde, kam sie in einen engen und sie sehr berührenden Kontakt mit dem Christentum.

1935 im Jahr der „Nürnberger Rassegesetze“ arbeitete sie zunächst in einer jüdischen Sozialeinrichtung in Frankfurt am Main, ehe sie vor dem zunehmenden politischen Druck im Mai nach Recklinghausen zog. Hier arbeitete Luise Löwenfels für kurze Zeit als Kindermädchen im Privathaushalt der Familie Adolf und Else Aron und ihrer Söhne Rolf (*1927) und Hans-Fred (*1932). Das Wohn- und Geschäftshaus des Tabakgroßhändlers lag an der Paulusstr. 6. Haus und Familie mit dem jüngsten Sohn Günther (*1936) wurden 1938 auch Angriffsziel in der Reichspogromnacht²; ab 1941 wurde es eines der fünf „Judenhäuser“ der Stadt, in dem die jüdischen Einwohner der Stadt zwangsweise ghettoisiert wurden. Am 24. Januar 1942 wurde Familie Aron mit den anderen jüdischen Familien der Stadt deportiert und am 27. Januar mit dem Zug ab Dortmund ins Ghetto Riga verschleppt. Nur der älteste Sohn Rolf überlebte.

Die Chronik der Pfarrei St. Paulus wurde erst nach dem Ende der NS-Herrschaft weiter geführt. Dort heißt es:

„Unserem Kindergarten wurde Auflösung angedroht, wenn wir länger das Kind eines jüdischen Anwohners unserer Paulusstraße, Hans Aron, im Kindergarten duldeten. Diese Familie wurde mit vielen anderen jüdischen Familien, auch einigen jüdischen Personen unserer Pfarre, zwangsmäßig von der Geh.-Staatspolizei abgeführt. Der Sohn, der durch Flucht entkommen ist [gemeint ist Rolf Aron], hat uns mitgeteilt, daß seine Eltern mit seinen Brüdern irgendwo im Walder grausam ermordet seien. Viele Juden wurden getötet durch

¹ Vgl. dazu Georg Möllers/Natanya Hüttenmeister, Ortsbeitrag Recklinghausen, in: Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe, hg. v. Susanne Freund/Franz-Josef Jakobi/Peter Johaneck, Münster 2008, S. 574-595, S. 585; Georg Möllers/Jürgen Pohl, Abgemeldet nach „unbekannt“ 1942. Die Deportation der Juden aus dem Vest Recklinghausen nach Riga, Essen 2013, S. 72-75; ausführlich: Michael Westerholz, Luise Löwenfels und ihre Familie, in: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt, 111. Jg. (2002), S. 189-270 [mit ihrem Foto auf der Titelseite]; Elisabeth Pregardier/Anne Mohr, Passion im August (2.-9. August 1942). Edith Stein und ihre Gefährtinnen, Essen 1995

² Pogrom in Recklinghausen. Recklinghäuser Bürger erinnern an den 9./10. November 1938, hg. v. Georg Möllers und Horst D. Mannel aus Anlaß der 40-Jahr-Feier der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, 5., verbesserte und ergänzte Auflage, Recklinghausen 2001

Vergasung oder mußten selbst ihr Grab schaufeln und wurden dann erschossen. Die Feder sträubt sich, die mitgeteilten Grausamkeiten schriftlich festzuhalten.“

Die Paulusstraße wurde im Jahr 1939 zum 50. „Führergeburtstag“ 1939 im Zuge der „Entjudung“ und „Entchristlichung“ von Straßennamen ausgerechnet nach Ernst vom Rath benannt, jenem Legationsrat, dessen Erschießung in Paris 1938 den Vorwand zur organisierten Reichspogromnacht gebildet hatte, in der auch Familie Aron in ihrer Wohnung überfallen wurde:

„Da waren Leute in das Haus eingedrungen und hatten sogar das Klavier aus dem Fenster geworfen, wie mir erzählt wurde. Wie sie das gemacht haben, ist mir zwar rätselhaft; jedenfalls hat es unten im Garten gelegen. Alles war zerstört und in den Garten geworfen worden. Und dann ist Frau Aron noch in der selben Nacht bei dem Kaplan [...] gewesen und hat um Tassen gebeten, damit sie ihren Kindern überhaupt etwas zu trinken geben konnte. Sie hatte kleine Kinder. Da war alles zerstört; da war nichts mehr heil.“³



Untere Paulusstraße (Haus Nr. 6 unten rechts) mit Blick auf die Pauluskirche (Foto: Stadtarchiv Recklinghausen)

Luise Löwenfels hatte 1935 als Kindermädchen der Familie Aron Kontakt zur benachbarten Pauluspfarre auf, da Hans Aron den Kindergarten besuchte. Schwester Veronis Rüdell und die anderen Mitglieder des Konvents der Schwestern von der Göttlichen Vorsehung wohnten dort im Paulusstift und leiteten den Kindergarten, die Näh- und Handarbeitsschule, die Suppenküche und andere Sozialeinrichtungen. Die Schwestern verwiesen sie aus

³ Pogrom in Recklinghausen. Recklinghäuser Bürger erinnern an den 9./10. November 1938, hg. v. Georg Möllers und Horst D. Mannel aus Anlaß der 40-Jahr-Feier der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, 5. Verbesserte und ergänzte Auflage, Recklinghausen 2001, S. 70

Sicherheitsgründen an einen Privathaushalt, die Familie Eppmann, Hohenzollernstraße 1. Die Eheleute Heinrich und Maria Katharina Eppmann waren engagierte Gemeindemitglieder. Der Bauingenieur und Städtische Oberinspektor hatte im Juli 1935 im Zuge der „Entkonfessionalisierungs“- Kampagne der NSDAP gegen die Kirchen in einem Fragebogen Auskunft über sein kirchliches Engagement zu geben müssen.⁴



- *Paulusstift der Vorsehungsschwestern ab 1913, im Krieg zerstört und nicht wieder aufgebaut (Foto: Stadtarchiv)*

Nachdem Luise Löwenfels schon zu Jahresbeginn vergeblich um Aufnahme in das Benediktinerinnenkloster Eichstätt gebeten hatte, stellte Heinrich Eppmann⁵ über seine Schwester, die als Sr. Cortonensis im Krankenhaus in Eltville arbeitete, die Verbindung zu deren Ordensgemeinschaft der Armen Dienstmägde Jesu Christi (Dernbacher Schwestern, benannt nach dem Gründungskloster in Dernbach) her. Über einen kurzen Aufenthalt in Frankfurt kam sie so im Kloster des Ordens in Mönchengladbach-Hehn unter.

Die dortige Ordensgemeinschaft bestimmte ihr weiteres Leben; dort empfing sie am 25.11.1935 die Taufe und blieb sieben Monate im Klosterinternat. Hier waren inzwischen

⁴ St A III, Nr. 1386 Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens. Danach war er in Kirchenchor und der Marianischen Männerbruderschaft, sie im Frauen- und Mütterverein aktiv. 1936 wurde er pensioniert und engagierte sich anschließend im Kirchenvorstand.

⁵ Personalakte St A. IVa, Nr. 18/146: Familie Eppmann: Heinrich Eppmann, geb. 3.10.1871 in Ueckendorf/Krs. Gelsenkirchen, 1904-1936 in Recklinghausen in städtischen Diensten, 1915-18 Kriegsteilnehmer, ab 1917 Stadtbauingenieur, [Streichen: wie seine Familie engagiert in katholischen Vereinen der Kirchengemeinde St. Paul, Kirchenvorstandsmitglieder], verstorben am 18.05.1956; Ehefrau Maria Katharina, geb. Köster (1876-1962) und die Kinder Hedwig Eppmann (1903-1966), Mathilde (1904-1993), Maria (1906-1980) und Heinrich (1909-1943).

erfolgreich Kontakte zur Aufnahme in ein Kloster in Großbritannien aufgenommen worden, als am 2. März 1936 eine Schülerin Frau Löwenfels lauthals als „Jüdin“ beschimpfte und mit einer polizeilichen Anzeige drohte.

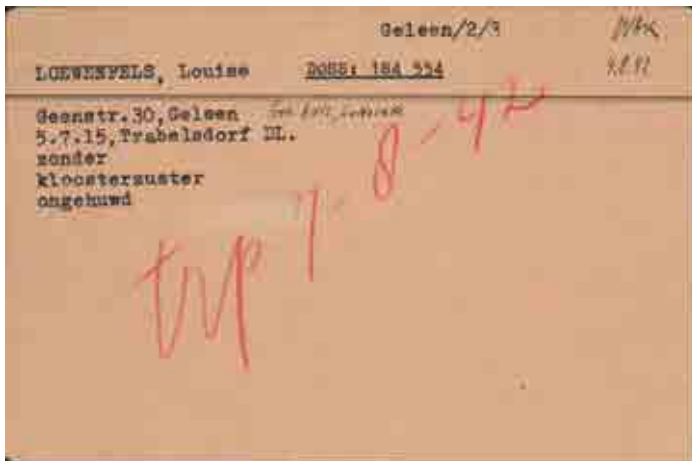


Stadtbauingenieur Heinrich Eppmann (1871-1956), Mitbegründer und Vorsitzender des Cäcilienchors der Pfarrei St. Paulus (Foto: Archiv G. Möllers)

Bereits einen Tag später brachten Herr Heinrich Eppmann und seine Tochter Hedwig die geschockte Luise Löwenfels über die holländische Grenze in das Kloster Lutterade-Geelen. Hier trat Luise Löwenfels Ende 1937 in die Ordensgemeinschaft der Armen Dienstmägde ein und nahm am 17.09.1938 als Postulantin das Ordensgewand an; die Recklinghäuser Freundin Hedwig Eppmann (*24.10.1903) war dabei ihr einziger Gast aus Deutschland.⁶ Luises Mutter gelang Ende 1938 die Emigration die die USA, wie auch acht Brüdern und Schwestern.

Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die neutralen Niederlande am 10. Mai 1940 wurden nicht nur die einst geflohenen Emigranten, sondern auch die niederländischen Juden Geiseln des NS-Rassismus. Sr. Maria Aloysia – so ihre Ordensname – hatte inzwischen Niederländisch gelernt und wieder als Kindergärtnerin gearbeitet. Dies wurde ihr sofort untersagt; ab April 1942 musste auch sie in der Öffentlichkeit den Judenstern tragen.

⁶ Die ersten Information über den Aufenthalt gab ihre jüngere Schwester Luise Eppmann in einer Zeitzeugengruppe zur Vorbereitung des Jubiläums der Paulusgemeinde: Georg Möllers, 75 Jahre Gemeindeleben in St. Paulus, in: Festschrift 75 Jahre St. Paul, Recklinghausen 1981, S. 26f



Karteikarte des Judenrats Amsterdam (ITS Arolsen Archives)

Inzwischen hatte die Besatzungs-macht mit Verhaftungen und ersten Deportationen in das KZ Mauthausen begonnen. In einem Gespräch am 17. Februar 1942 und einem gemeinsamen Fernschreiben am 11. Juli 1942 protestierten die niederländischen Kirchen „tief erschüttert durch die Verordnungen gegen die Juden in den Niederlanden [...], wodurch Männer, Frauen, Kinder und ganze Familien weggeführt werden sollen ins Deutsche Reich und die besetzten Gebiete.“ Daraufhin waren sie am 14. Juli informiert worden, dass die vor dem 1. Januar 1941 getauften Juden von den Deportationen ausgenommen würden. Trotzdem ließen sich die Gereformeerde und die Katholische Kirche nicht davon abbringen, das Fernschreiben in allen Gottesdiensten am 26. Juli 1942 bekannt zu geben. Die katholischen Bischöfe verbanden dies mit einem Hirtenbrief u.a. mit der ausdrücklichen Fürbitte, „dass ER das Volk Israel, das in diesen Tagen so bitter geprüft wird, stärken möge“. Bereits am nächsten Tag beschloss die SD-Führung deshalb, „sämtliche katholische Juden noch in dieser Woche abzuschieben. Interventionen sollen nicht berücksichtigt werden.“⁷ Bei der nun einsetzenden Großrazzia gegen die jüdische Bevölkerung am Sonntag, den 2. August 1942 wurden auch 244 katholisch Getaufte verhaftet und deportiert. Unter den Ordensleuten befanden sich Sr. Teresia Benedicta a Cruce/Edith Stein OCD, die aus dem Kloster Echt deportiert wurde und Sr. Aloysia/Luise Löwenfels ADJC, die um 6.30 Uhr von zwei SS-Männern und niederländischen Gendarmen verschleppt wurde. Ziel der Inhaftierten war zunächst Amersfort; von dort aus wurden sie in das Barackenlager Westerbork verbracht, ausgerechnet an jenen Ort, der ab 1939 als Flüchtlingslager für Migranten aus Deutschland genutzt worden war. Im achten von 86 Deportationszügen, in dem am 7. August 987 Häftlinge in Viehwaggons nach Auschwitz gebracht wurden, waren auch Luise Löwenfels und die anderen Ordensleute. Zwei Tage später wurden sie unmittelbar nach der Ankunft an der berühmten Rampe selektiert und in der Weißen Baracke vergast. Erst 1947 erfuhren ihre Geschwister, denen bis auf ihren Bruder Heinrich⁸ zwischen 1924 und 1939 die Emigration in die USA gelang, vom Schicksal ihrer Schwester.

⁷ Elisabeth Pregardier, a.a.O., S. 43f

⁸ Ihr Bruder Heinrich wurde vermutlich drei Wochen nach seiner Schwester in Auschwitz vergast; seine Frau Recha kam an einem unbekanntem Ort ums Leben. Während des Transports im Güterwaggon gelang es Heinrich, den vierjährigen Sohn Ernst an einem Bahnübergang Ordensfrauen zu zuwerfen. So überlebte Luisens Neffe in einem Kloster und konnte 1946 von ihrem Bruder Ludwig adoptiert werden. (Michael Westerholtz, a.a.O., S. 209, 241)

In Recklinghausen wurde erstmals im Jahr der 75-Jahr-Feier der Pauluskirche 1981 an ihr Schicksal erinnert und dies im großen Sammelband anlässlich der 1200-Jahr-Feier der christlichen Gemeinde Recklinghausen 1990 aufgegriffen.

1995 fand im Paulushaus eine Gedenkveranstaltung des Katholischen Deutschen Frauenbunds zur „Passion im August 1942“, der Deportation der katholischen „Nicht-Arier“, mit Elisabeth Pregardier statt. Im August 1998 wurde ihrer beim Gottesdienst in der Gastkirche gedacht.

2015 griff die Katholische Frauengemeinschaft im Dekanat Recklinghausen zusammen mit der VHS das Schicksal von Luise Löwenfels in der Ausstellung „Vergessene Frauen“ auf. Sie zeigte das Schicksal von 14 „Vergessenen Frauen“ in der NS-Zeit auf: Diese „Frauen zwischen Verfolgung und Widerstand“ gehörten verschiedenen Weltanschauungen und Religionen und unterschiedlichen politischen Richtungen an. Die vielbeachtete Ausstellung wurde in der Volkshochschule eröffnet und danach in St. Peter gezeigt. Zur Eröffnung sprach die Recklinghäuserin Barbara Schieb, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin über die NS-Zeit und die Gedenkkultur vor 120 Besuchern. Im selben Jahr wurde das Verfahren zur Seligsprechung von Luise Löwenfels/Sr. Aloysia vom Bistum Limburg mit Unterstützung der Ordensgemeinschaft der Armen Dienstmägde Jesu eingeleitet und das Mutterhaus in Dernbach veranstaltete dazu ein hochkarätiges und gut besuchtes zweitägiges Symposium. Schwester Christiane Humpert, die seit Jahren den Lebensweg von Luise Löwenfels recherchiert, Dokumente und Erinnerung sammelt, kam auf Einladung des Stadtkomitees der Katholiken am 27. Januar 2019 in die Paulusgemeinde nach Recklinghausen.

Am Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus erinnert das Stadtkomitee der Katholiken alljährlich in einem Gottesdienst aller Opfer der Terrorherrschaft, insbesondere auch derer, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer angeblichen Rassenzugehörigkeit verfolgt und ermordet wurden. Zwei im Gottesdienst geweihte Kerzen werden als Symbole einer „Gedenk- und Gebetsbrücke“ zu Karmelitinnenklöstern nach Berlin und Riga gebracht. Die Gemeinschaft in Berlin nahe der Hinrichtungsstätte Plötzensee gedenkt der dortigen Opfer und insbesondere auch des 1934 von der SS erschossenen Dr. Erich Klausener, dessen Asche in der Krypta beigesetzt wurde. Zur Spiritualität der Karmelitinnen von Ikskile bei Riga gehören Gebet und Erinnerung an die in den Wäldern von Riga ermordeten lettischen und aus Deutschland ins Ghetto deportierten jüdischen Menschen. Im Anschluss an die Messe wurde eine Erinnerungstafel an der Kirche angebracht.

(© Georg Möllers)

Diese PDF-Datei ist ein Anhang zur biographischen Datei („Opferbuch“) im „Gedenkbuch Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945“ – Link: www.recklinghausen.de/gedenkbuch

Elisabeth Cohaupt

Christina Maria Elisabeth Cohaupt wurde am 13.08.1913 als Tochter von Paul und Amalie Elisabeth Mathilde Cohaupt, geb. Koch in Recklinghausen geboren. Im Alter von neun Jahren verlor sie früh ihre Mutter, die am 7. Februar 1922 verstarb. Sechs Monate später heiratete der Vater Maria Gertrud Cohaupt. Elisabeth lebte mit dem Vater, seiner zweiten Frau und zahlreichen Geschwistern und Halbgeschwistern im Stadtteil Hillerheide, zunächst im Haus Heidestraße 24, ab 1920 am Gertrudisplatz 26. Bis Dezember 1932 wohnte sie im elterlichen Haus.



Elisabeth Cohaupt (2.v.r.) mit der Familie vor dem Haus Gertrudisplatz 26

Von hier wurde sie bis zum 20. März 1933 zur Sentruper Straße 29 nach Münster abgemeldet.¹ An der heutigen Robert-Koch-Straße befand sich damals ein Erziehungsheim der Katholischen Fürsorge GmbH des Antonius-Stifts, das auch eine Abteilung der Heilerziehung besaß. Das 1906 an dieser Stelle errichtete und 1912 erweiterte Antonius-Stift der Katholischen Fürsorgeheim GmbH war eine Gründung des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen (heute: Sozialdienst katholischer Frauen). Schwerpunktmäßig nahm die Schwesterngemeinschaft von Hl. Kreuz, die 1930 ca. 145 „Pflegerlinge“² betreute, hilfsbedürftige Mädchen auf, die hier „Unterweisung und Ausbildung“ in handwerklichen Tätigkeiten erhielten.

¹ Vgl. Kartendatei des Einwohnermeldeamtes Recklinghausen, Elisabeth Cohaupt

² Heinrich Weber, Die katholische Anstaltsfürsorge im Bistum Münster, Düsseldorf (1930), S. 337f

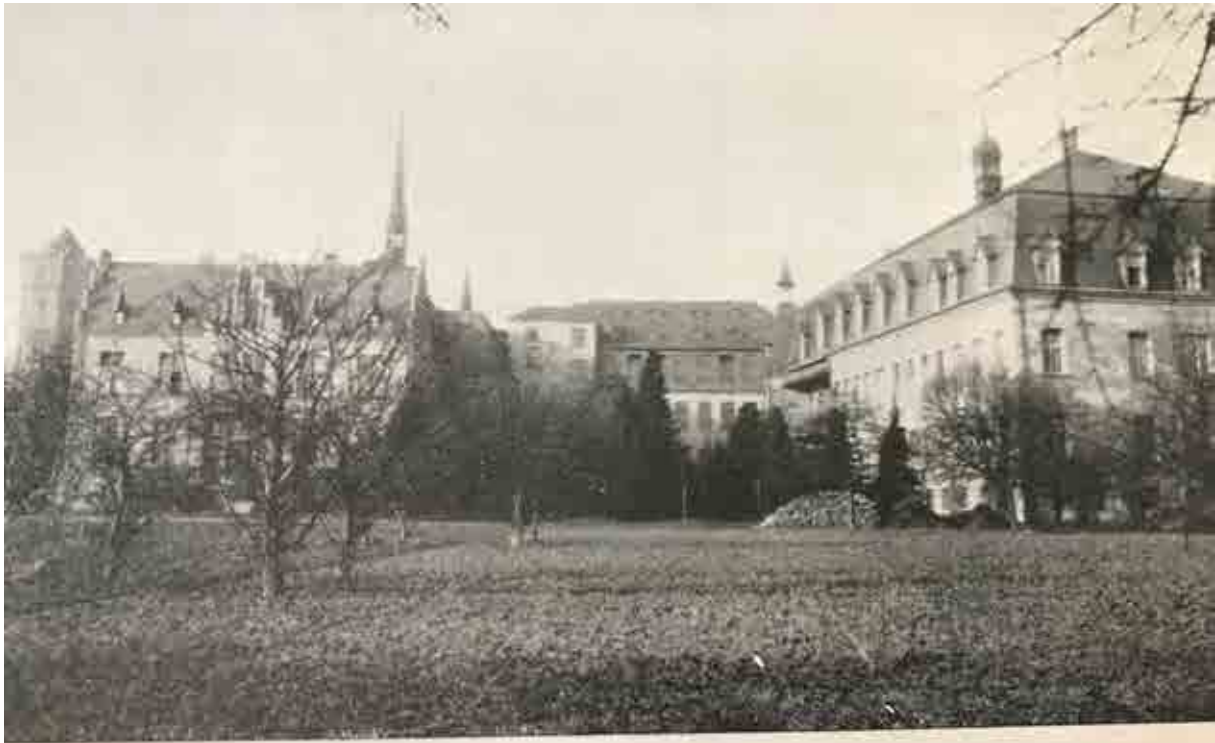


Antonius-Stift Münster 1930, aus: Heinrich Weber, a.a.O.

Der Rückkehr nach Hause folgte – vermutlich 1934 - die „amtliche Abmeldung“ nach Tillbeck (Stift Mariahilf).³ Das 1881 gegründete Stift Maria Hilf war eine „Heil- und Pflegeanstalt für weibliche epileptische Kranke“ mit dem Einzugsbereich den preußischen Provinzen Hannover, Rheinland, Westfalen sowie aus Oldenburg. Betreut wurden hier 500 Kranke (1930) durch Mauritzer Franziskanerinnen, ein Orden, der auch die Krankenpflege im Elisabethhospital in Recklinghausen-Süd übernommen hatte. Auch aus Tilbeck sollten im Zuge der Euthanasie-Aktion 228 Menschen deportiert werden.⁴

³ Die Datei des Einwohnermeldeamtes vermerkt 1934 als Datum des Abgangs, aber den 14.12.1936 als Datum der Abgangsmeldung.

⁴ Vgl. „Tilbeck erinnert an Opfer der NS-Euthanasie“, in: Kirche und Leben, 04.02. 2018



9a. Stift Maria Hilf Tilbeck. Hauptgebäude.

Hauptgebäude von Stift Tilbeck 1930, aus: Heinrich, Weber, a.a.O.

Am 5. Mai 1937 wurde Elisabeth Cohaupt in die 1864 eröffnete Provinzialheilanstalt Lengerich aufgenommen. Damit sollte sie in das System des organisierten Mordes geraten, dem insgesamt 440 Patientinnen und Patienten der Anstalt zum Opfer fallen sollten.

Auch im Stadtteil Hillerheide setzte das Regime seinen totalitären Anspruch immer demonstrativer durch. Dazu gehörten auch Serien von Straßenumbenennungen. Elisabeth Cohaupts Familie lebte inzwischen am „Otto-Planetta-Platz“. Gerade diese Umbenennung von Gertrudisstraße und -platz im Zuge der großen NS-Straßenumbenennungen wirkt nachträglich wie ein Menetekel für das Schicksal von Elisabeth Cohaupt und anderer Opfer der NS-Massenmorde. Gertrud von Nivelles (625-659), die Pfarrpatronin der Pfarrkirche St. Gertrudis im Stadtteil Hillerheide, war in der christlichen Tradition Namensgeberin vieler mittelalterlicher Spitäler. Die Ordensfrau hatte diesen „Ruf der Heiligkeit“ gerade durch ihre Menschenfreundlichkeit und Nächstenliebe erworben. In der nationalsozialistischen Ideologie galten diese Werte als Schwäche und Gefühlsduselei. An ihre Stelle setzte die Ideologie das Recht der Stärkeren und der Gewalt im „Kampf ums Dasein“: Otto Planetta war ein eklatantes Symbol dieses mitleidlosen „Heldentums“. Der überzeugte Nationalsozialist war als Mörder verurteilt und hingerichtet worden. Er hatte beim nationalsozialistischen Putschversuch in Österreich 1934 den damaligen Bundeskanzler Dollfuß angeschossen und mitleidlos verbluten lassen.

Datum der Meldung		des Zu- oder Abganges		Abmeldung seitens des Meldestellen		als	bei	Ort	Straße	Nr.
12.12.1932				Adr.			Eltern	I	Gertrudispl.	26
31.12.32	2.1.33					nach Münster, Sentrauerstr.			29	Adr.
23.11.34	20.11.34			Adr.			Eltern		Jordanstraße	26
19.11.36	1934			Adr.		auf Tillbeck, (Stift Marienfeld) Amt Abnating				

Einwohnerkarte, Stadtarchiv Recklinghausen

Elisabeth Cohaupt wurde Opfer der „Aktion T4“, benannt nach dem Sitz der Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4. Im Sinne der „Rassenhygiene“ ging es darum, „erbkranken Nachwuchs“ zu verhindern und „lebensunwertes Leben“ zu beseitigen. Dabei konnte die sozialdarwinistische und rassistische NS-Ideologie in diesem Bereich die „Eugenik“-Diskussion nutzen, die nach der Entdeckung der Vererbungslehre schon in der Zeit der Weimarer Republik in ganz Europa Anhänger gefunden hatte. Prof. Dr. Heinrich Weber, Vorsitzender des Caritasverbandes im Bistum Münster und gebürtiger Recklinghäuser, hatte schon 1928 in einer Rede gewarnt: „Man will die Berechtigung des Lebens Unwertiger abschaffen.“⁵

Am 14. Juli 1933 hatte mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das Zwangssterilisationen ausdrücklich vorsah, offiziell und öffentlich die Umsetzung der Politik der „Rassenhygiene“ begonnen. Die folgende systematische Ermordung „lebensunwerten Lebens“ wurde dagegen unter strengster Geheimhaltung in Gang gesetzt, weil das Regime mit dieser moralischen Grenzüberschreitung mit Ablehnung und Widerstand rechnete. Dazu wurden gezielt „gemeinnützige“ Tarnorganisationen gebildet. Es war auch kein Zufall, dass das Programm mit dem Kriegsbeginn einsetzte.

⁵ Bernhard Frings, Zu melden sind sämtliche Patienten.... NS- 'Euthanasie' und Heil- und Pflegeanstalten im Bistum Münster, Münster 1994, S. 11

Einerseits erwartete man, dass die Bevölkerung sich auf das Schicksal der engsten Angehörigen „im Feld“ konzentrierte; andererseits konnten die anstehenden Transporte als „kriegsbedingt“ deklariert werden. Im Juni 1940 begann in Westfalen die zentrale Erfassung der Patienten durch Meldebögen. Gemeldet werden sollten u.a. Menschen, die länger als fünf Jahre in einer Anstalt waren, nicht „deutschen oder artverwandten Blutes“ waren oder bestimmte Krankheitsbilder aufwiesen (z.B. Epilepsie, Schizophrenie).



Provinz-Heilanstalt Lengerich (Postkarte 2_1935, LWL-Archiv)⁶

Die großen Transporte aus der Provinzialheilanstalt Lengerich mit jeweils über 200 Patienten erfolgten am 1. Juli 1941 nach Eichberg und am 26. August 1941 in die Heil- und Pflegeanstalt Weilmünster in Hessen. Die beiden Anstalten galten als Zwischenstation für den Weitertransport in die für Westfalen, das Rheinland und den Raum Hannover zentrale Einrichtung Hadamar bei Limburg in Hessen, eine der sechs Tötungsanstalten. Die meisten der nach Eichberg Deportierten wurden in der Zeit vom 20.-28. August in Hadamar vergast.⁷ Elisabeth Cohaupt gehörte zu den 115 Frauen und 96 Männern, die nach Weilmünster überstellt wurden. Wenige Tage nach ihrer Ankunft in Weilmünster wurde die Tötungs-„Aktion T4“ durch einen Befehl Hitlers abgebrochen; Hintergrund war die seit 1940 nachweisbaren Proteste aus dem kirchlichen Bereich, die im Sommer 1941 in die Öffentlichkeit getragen wurden. Dies galt insbesondere für den Hirtenbrief der Bischöfe im Juni 1941, vor allem aber die drei Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, im Juli/August 1941, die durch Abschriften einen hohen Verbreitungsgrad erhalten hatten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 70.000 Menschen der zentralen Mordaktion zum Opfer gefallen.

⁶ Für die Unterstützung mit Bildmaterial danken wir Herrn Prof. Dr. Franz-Werner Kersting und Frau Westerkamp.

⁷ Bernd Walter, *Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime*, Paderborn 1996, S. 946f

Elisabeth Cohaupt und den anderen Patienten blieb der Gastod erspart, doch bedeutete dies nur einen Aufschub. Der systematische und zentral organisierte Massenmord wurde durch andere perfide „Lösungen“ ersetzt. Dazu gehörte vor allem die systematische Unterernährung der Patienten durch geringe und nährstoffarme Kost: *„Im Winter 1943 gab es zeitweise Rüben statt Kartoffeln im darauf folgenden Winter wurde die Kartoffelration erst auf 250 g pro Tag, dann auf 150 g pro Tag und Kopf festgesetzt. Diese Mangelernährung erzeugte einen Wirkungsmechanismus, der dem Hungersterben im Ersten Weltkrieg sehr nahe kam. Die Anstaltsstatistik verzeichnete bei einer Durchschnittsbelegung von 1500 bis 1700 Kranken 1941 348 Todesfälle, 1942 mit 733 mehr als das Doppelte, 1943 und 1944 dann mit 689 bzw. 736 Toten eine Beibehaltung dieser extrem hohen Sterberate.“*⁸

In der Gedenkfeier des Bundestages zum Tag der Opfer des Nationalsozialismus 2017 wurde der erschütternder Brief von Ernst Putzki, einem der Patienten der Anstalt Weilmünster, vom 3. September 1943 verlesen:

*„Liebe Mutter! [...] Die Stachelbeeren bekam ich nicht. Das angekündigte Paket erhielt ich erst gestern und wurde wahrscheinlich zu Fuß hierhin geb[racht.] Der Inhalt, 2 Pfund Äpfel u. eine faule matschige Masse von stinkenden [sic] Birnenmus[,] wurde mit Heißhunger überfallen. Um eine Hand voll zu faulem Zeug rissen sich andere Todeskandidaten drum. [...]. Wir wurden nicht wegen der Flieger verlegt sondern damit man uns in dieser wenig bevölkerten Gegend unauffällig verhungern lassen kann. [...] Die Menschen magern hier zum Skelett ab und sterben wie die Fliegen. Wöchentlich sterben rund 30 Personen. Man beerdigt die hautüberzogenen Knochen ohne Sarg. Die Bilder aus Indien oder Rus[s]land von verhungerten Menschen, habe ich in Wirklichkeit um mich. Die Kost besteht aus täglich 2 Scheiben Brot mit Marmelade, selten Margarine oder auch trocken. Mittags u. abends je $\frac{3}{4}$ Liter Wasser mit Kartoffelschnitzel u. holzigen Kohlabfällen. Die Menschen werden zu Tieren und essen alles was man eben von anderen kriegen kann so auch rohe Kartoffel und Runkel, ja wir wären noch an derer Dinge fähig zu essen wie die Gefangenen aus Rus[s]land[.] Der Hungertot sitzt uns allen im Nacken, keiner weiß wer der Nächste ist. Früher ließ man in dieser Gegend die Leute schneller töten und in der Morgendämmerung zur Verbrennung fahren. Als man bei der Bevölkerung auf Widerstand traf, da ließ man uns einfach verhungern. Wir leben in verkommenen Räumen ohne Radio, Zeitung und Bücher, ja, ohne irgend eine Beschäftigung. Wie sehne ich mich nach meiner Bastelei. Wir essen aus kaputtem Essgeschirr und sind in dünnen Lumpen gekleidet [...].“*⁹

Von den mit Elisabeth Cohaupt aus Lengerich nach Weilmünster transportierten Patienten wurden 167 (79 Männer, 88 Frauen) Opfer der brutalen und unmenschlichen Verhältnisse in Weilheim; 21 wurden 1943/44 nach Hadamar weiter transportiert und dort ermordet. Elisabeth Cohaupts Tod wurde am 8. März 1944 in Weilheim festgestellt. Als offizielle Todesursache im „Kurhaus Weilmünster“ wurde „Lungentuberkulose“ notiert und den Verwandten ebenso mitgeteilt wie die „Beerdigung“.

⁸ Ebda., S. 741f

⁹ Protokoll des Bundestages, 27. Januar 2017; vgl.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw04-de-gedenkstunde/490478>, 4.7.2018

† Dienstag, 7. März, starb
im Weilmünster Kurhaus
unsere lb. Tochter, Schwester
und Schwägerin

Elisabeth Cohaupt

im 31. Lebensjahre. Nach lan-
gem, mit großer Geduld ertra-
genem Leiden, vorbereitet durch
den Empfang der Sterbesakra-
mente, ging sie ein in die
ewige Heimat.

Paul Cohaupt u. Frau Maria
geb. Dortmann, **Otto, Paul,**
Willi, August, Marianne, Mat-
hilde und Käthe Cohaupt.

Recklinghausen (Otto-Planetta-
Platz 26) und z. Z. im Felde.
im März 1944.

Beerdigung: Dienstag, 14. 3.,
von Weilmünster Kurhaus aus.
Seelenamt: Dienstag, 21. März,
9 Uhr in der Gertrudiskirche
zu Hillerheide.

Todesanzeige in der RZ vom 12. März 1944

Recklinghäuser Zeitung, 12. März 1944

Eine Überführung in die Heimat war nicht vorgesehen. Mit den anderen Opfern, die zwischen dem 17.11. 1943 und dem 24.03. 1945 den unmenschlichen Bedingungen zum Opfer fielen, wurde Elisabeth Cohaupt im Massengrab 12 in Weilmünster beigesetzt. Der Familie blieb nur die Beisetzungsmesse für die „nach langem, mit großer Geduld ertragenen Leiden“ verstorbene 31-jährige in der Pfarrkirche St. Gertrudis.

In der Lengerich erinnert heute eine Gedenktafel an die Opfer der Euthanasieaktionen; unter den Namen befindet sich auch der von Elisabeth Cohaupt.



Gedenken in Lengerich, LWL-Archiv

Johann Byschewski
Martha Capari
Margareta Chlupka
Elisabeth Cohaupt
Heinrich Czwalina
Walter Dangendorf
Auguste Danielzik

In Weilmünster entstanden 1991 ein Gedenkstein auf dem Friedhof und ein Mahnmal vor dem Verwaltungsgebäude auf dem Klinikgelände; 2003 wurde eine Gedenkstätte oberhalb des Klinikgeländes auf dem Friedhof in Weilmünster errichtet, die auch die Namen der Ermordeten dokumentiert.



Gedenkstätte Weilmünster vor dem Verwaltungsgebäude (Ausschnitt), Vitos Weilmünster

Die Inschrift lautet:

„Von 1934-1939 wurden 278 Männer und Frauen zwangsweise sterilisiert.

Seit 1937 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Kranken durch staatlich verordnete Sparmaßnahmen, was ab 1940 zu einem Massensterben führte.

1941 wurde die Anstalt als Durchgangsanstalt missbraucht: 735 Menschen aus der Anstalt Weilmünster und 1773 aus anderen Anstalten wurden nach Hadamar verlegt und dort getötet. Die jüdischen Patientinnen und Patienten wurden 1941 deportiert und an unbekanntem Ort ermordet.

Das Schweigen ist durchbrochen. Wir gedenken der Opfer.“

In Recklinghausen wurde 2018 ein „Stolperstein“ vor dem Haus der Familie, Heidestr. 26 verlegt.

Georg Möllers

© Diese PDF-Biographie ist ein Anhang zur biographischen Datei („Opferbuch“) im „Gedenkbuch Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945“ – Link: www.recklinghausen.de/gedenkbuch

Heinrich Kroes, Heinrich Köster und die Kolpingsfamilie

Opfer einer Kampagne gegen den „politischen Katholizismus“



„*Deutsches Volk horch auf*“ lautete der Aufmacher eines großformatigen Plakats (1,4 m x 0,65 m), das die NSDAP-Propagandaleitung Westfalen-Nord mit der Unterschrift von NDSADP-Gauleiter Alfred Meyer Anfang August 1935 groß herausbrachte. Das auch optisch auffällig orange Propagandaprodukt fuhr fort: „*Gewissenlose Hetzer sind am Werke, Dich in einen Kulturkampf hineinzutreiben! Sie mißbrauchen die Religion zu schmähhlichen politischen Zwecken!*“¹

Als „Beweise“ führt das Plakat einen Brandanschlag auf eine Kirche in Borken an, den ein „*eifriger Kirchenbesucher, bekanntes Mitglied des katholischen Cäcilienvereins*“ durchgeführt habe. Tatsächlich waren es aber österreichische SA-Männer aus einem SA-Lager in Borken.

¹Abdruck: Anschläge. Politische Plakate in Deutschland 1900-1970, hg. u. kommentiert von Friedrich Arnold, Frankfurt/Wien/Zürich 1981, S. 102 sowie Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster.

2. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten, hg. v.J. Kuropka, Münster 1978;

Die ausführlichste Darstellung der Vorgänge bei: Gegen das Vergessen. Erinnerungen des Kolpingbruders Johann Heinrich Kroes. Die nationalsozialistischen Angriffe auf die Kirche und unsere Kolpingsfamilie, hg. von Benno Jäger im Auftrag der Kolpingsfamilie Werne an der Lippe, Werne 2017.

https://vor-ort.kolping.de/kolpingsfamilie-werne-an-der-lippe/wp-content/uploads/sites/987/Kolping-Gegen-das-Vergessen_compressed-1.pdf

Zudem seien in Werne „9 Mitglieder des katholischen Kolping-Vereins“ gefasst worden, die „gemeine Spottlieder auf den Bischof von Münster“ enthielten, um den Verdacht auf die NSDAP zu lenken. Der spektakulären Verhaftung am 2. August 1935 in Werne konnte sich übrigens einer durch Flucht in die Niederlande entziehen. Heinrich Kroes (*07.09.1914) und die anderen Mitglieder des Gesellenvereins wurden in die Gestapo-Zentrale ins Polizeipräsidium Recklinghausen verbracht.

Wie alle katholischen Verbände war auch der Katholische Gesellenverein Ziel der Gleichschaltungswelle der NSDAP. Bereits am 5. Juni 1933 hatten SA-Verbände das Zeltlager des Deutschen Gesellentages in München überfallen, Teilnehmer misshandelt und den Abbruch erzwungen. Unter den Opfern der Gewaltaktion waren auch die Suderwicher Fritz Isselstein, Walter Ludwig, Heinz Monreal und Hans Ostkamp.² Im anschließenden Konkordat war zwar die Existenz der Verbände vereinbart worden, doch hatten sie sich auf rein „religiöse Betätigungen“ zurück zu ziehen. So kam es im September 1933 zur Umbenennung in „Deutsche Kolpingsfamilie“, trotzdem blieb das Engagement angesichts der offenen Feindschaft des Regimes risikobelastet.

Die Aktionen 1935 waren aber auch Bestandteil der sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen Katholischer Kirche und NS-Führung in Westfalen. Gerade der Bischof von Münster hatte mit seiner offenen Kritik an der Unterdrückung katholischer Verbände und am von ihm so bewerteten „*Neuheidentum*“ der NS-Ideologie offensiv auf den Kampf der NSDAP um die Gleichschaltung der Kirche reagiert. Im Juli 1935 war es anlässlich des NSDAP-Gauparteitags in Münster mit dem Auftritt des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg zum massiven Konflikt gekommen, als Bischof von Galen sich öffentlich gegen die „*Ideologie des Neuheidentums*“ wandte. Die traditionelle „Große Prozession“ wenige Tage später wurde als demonstratives Bekenntnis der Münsteraner zu ihrem Glauben und für ihren Bischof gewertet; es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Im anschließenden Propagandakampf gegen die Kirche spielten auch Spottgedichte eine Rolle, die in Münster – von NS-Gruppen (!) produziert - und dort verteilt wurden. Tatsächlich kursierten sie bereits im Juli auch in NS-, HJ- und SA-Kreisen, z.B. in Dortmund und Neuwied.

So begann das „Lied vom August in Münster“ mit der Strophe³ :

*O, wie schön ist mein Westfalen,
besonders Münster, diese Stadt,
denn nur diese kann sich rühmen,
daß sie einen August hat,
der anstatt als Seelenhirte
sich mit Politik befasst,
und die bösen,
bösen Heiden aus tiefster Seele
christlich hasst.*

² 50 Jahre Kolpingfamilie Suderwich 1927-1977, Recklinghausen 1977, S.22

³ Annika Wentker, „Auch für uns kommt die Zeit ...“ Protest des Katholiken Heinrich Kroes gegen die nationalsozialistischen Angriffe auf die Kirche und die Folgen (Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1998/1999), Hittorf-Gymnasium Münster, S. 12. I

Im Spott-Text anlässlich der umfangreichen NS-Kampagne gegen angebliche „Devisenschieber“ hieß es in der zweiten Strophe:

*„Ach, sprach Oberin Dollarlinde,
Fromme Schwestern, seht ich finde,
daß, obwohl das Volk in Not,
Mose kündet kein Gebot:
Du sollst nicht Devisen schieben!
Deshalb können nach Belieben
Wir betreiben sündenfrei
Reichsbanknotenschieberei.“*

Der Versuch der Kolpingbrüder aus Werne, aus Protest gegen diese Diffamierungskampagne, die Bevölkerung aufzuklären, wurde von der NS-Propaganda in das Gegenteil verkehrt. Schon beim ersten Verhör durch den Gestapo-Vertreter Tenholt aus Recklinghausen in Werne, stand dieser Tatbestand fest. Dass der Angeklagte Consten den Text in Münster über einen SA-Mann erhalten hatte, kam nicht in die Vernehmungprotokolle.



Bereits zwei Tage nach der Inhaftierung widmete Reichspropagandaminister Joseph Goebbels sich persönlich den „Mitgliedern des katholischen Kolpingvereins“ als „Kulturkampfhetzern“ und Verfassern und Vertreibern von „Schmählflugblättern gegen den Bischof“ in seiner Rede beim NSDAP-Gauparteitag in Essen am 4. August 1935 und kündigte die Folgen an:

„Wir rotten jede Staatsfeindschaft aus, wo immer sie sich zeigen mag [...] Wir werden dafür sorgen, daß diese inneren Unruhestifter einer so drakonischen Strafe zugeführt werden, daß ihnen und ihresgleichen die Luft zu ähnlichen Experimenten vergeht (Stürmischer Beifall).“⁴

⁴ Recklinghäuser Zeitung, 5. August 1935

Die Plakatkampagne ab 5. August wurde durch Gestapo-Presseerklärungen unterstützt, wonach „ein versteckter Angriff gegen SA und andere NS-Formationen“ habe abgewehrt werden können. Die geständigen Täter hätten als „Hersteller und Vertreiber“ der Flugblätter bewiesen, „mit welchen heimtückischen und hemmungslosen Mitteln der politische Katholizismus seinen Kampf gegen Staat und Bewegung führt.“⁵

Die Frage der Konfessionen

Auf die Frage der Konfessionen eingehend, erklärte Dr. Goebbels: Die nationalsozialistische Bewegung steht und bleibt stehen auf dem Boden eines positiven Christentums. Wir wünschen und verlangen aber, daß genau so, wie wir religiös positiv christlich sind,

daß wir vergangene Sünden so leicht vergessen hätten. Wir achten jede religiöse Überzeugung. Der Ton liegt auf jeder Seite. Wir dulden keine Inquisition. Wir eignen uns nicht dazu, wie im Mittelalter Scheiterhaufen aufzurichten. Bei uns kann jeder nach seiner Fassung selig werden. Die Jugend zur Religiosität zu erziehen, mag Sache der Kirchen sein. Die Jugend politisch zu erziehen, ist unsere

Heimtückischer Angriff gegen die SA

Die Wühlarbeit des politischen Katholizismus

Gewissenlose Hehe

Münster, 4. August.

Die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster teilt mit: „Es ist gelungen, einen versteckten Angriff, der von der Kolding-Familie in Werne an der Lippe gegen SA und andere NS-Formationen gerichtet wurde, aufzuklären. In der Nacht zum 1. August wurden in Werne an der Lippe an katholische Einwohner Flugblätter verteilt, die ein Spottlied auf den Bischof von Münster und ein Hehlied gegen die Devisenverbrechen enthielten. Der Verdacht gegen die Verteiler des Flugblattes richtete sich seitens der katholischen Bevölkerung gegen die Mitglieder der SA und die NS-Formationen. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß als Hersteller und Verbreiter dieses Flugblattes neun Mitglieder der Kolding-Familie aus Werne in Frage kamen. Acht Täter konnten festgenommen werden, während der neunte nach Holland flüchtete. Alle Beteiligten haben ein Geständnis abgelegt und gaben an, daß sie die Flugblätter verteilt haben, um die katholische Bevölkerung in Werne über die angebliche kirchenfeindliche Einstellung der NSDAP und ihrer Gliederungen aufzuklären. Aus dieser Tatsache ergibt sich klar und

deutlich, mit welchen heimtückischen und hemmungslosen Mitteln der politische Katholizismus seinen Kampf gegen Staat und Bewegung führt.

Es ist in unserem engeren Bezirk innerhalb von wenigen Tagen bereits das drittemal, daß wir von der Wühlarbeit dunkler Elemente berichten müssen, die konfessionell getarnt und gewissenlos in der Wahl ihrer Mittel, nichts unversucht lassen, um die katholischen Volksgenossen gegen die Partei und ihre Gliederungen, damit gegen den Staat, aufzuheben. In Bocholt zerstörten sie Heiligenbilder, in Borken schändeten sie Altar und Kirche, in Werne verteilten sie Spottlieder auf den Bischof und Hehlieder gegen die Devisenverbrechen. — Immer waren die gleichen Kräfte am Werk, und fälschlich beschuldigt wurden in allen Fällen Mitglieder der SA und sonstiger NS-Formationen. Man weiß, wo man die trägen Seelen zu finden hat, die überlaut das Schreckgespenst eines neuen Kulturkampfes an die Wand malen. Sie geben vor, die Religion sei in Gefahr, haben aber nur das im Sinn, den nationalsozialistischen Staat zu unterminieren und harmlose Reichsgläubige von dem Gottlob für immer abgefahrenen Zentrumswagen zu spannen. Auch für die Drohtreiber ist die Zeit vorbei. Im deutschen Volk lebt ein feines Gefühl für solche Machenschaften und ein sicheres Empfinden für alles, was geeignet ist, die glücklich gewonnene Einheit und Geschlossenheit zu zerstören.

Die systematisch eingeleitete Propagandaaktion war Teil der großen Kampagne gegen den sogenannten „politischen Katholizismus“, d.h. die Existenz organisatorischer und gesellschaftlich aktiver Gruppen und Verbände, die sich der ideologischen Gleichschaltung entzogen hatten. Als Hauptagitatoren in Westfalen traten mit Propagandaminister Joseph Goebbels, Hermann Göring und Gauleiter Dr. Alfred Meyer einflussreiche Vertreter der NSDAP-Führung auf. So musste die Goebbelsrede in der gesamten gleichgeschalteten Presse auf der Titelseite abgedruckt werden. Die „National-Zeitung. Organ des Gaues Westfalen der NSDAP“ titelte am 5. August: „Man sieht, wo die Kulturkampfhetzer sitzen!“ und hob besondere Passagen der Goebbelsrede im Fettdruck hervor, so: „**Auch eine konfessionelle Presse ist überflüssig**“.

⁵ Recklinghäuser Zeitung, 5. 8.1935

Unter der Überschrift „Zurück zu den Kanzeln!“ zitierte sie eine ganze Passage: **Es gibt im Staat nur e i n e n Träger des politischen Willens, das ist unsere Bewegung. Sie repräsentiert Staat und Volk [...]. Soweit neben dieser Bewegung andere Verbände und Organisationen existieren, sind sie d i e n e n – d e G l i e d e r d e r P a r t e i. Es gibt neben der Partei keine Organisation, die das Recht auf ein politisches Eigenleben hat. Die Macht gehört ganz uns.“**



In den nächsten Tagen ging die NZ-Hetzkampagne weiter. So war beispielsweise der Text des inzwischen herausgegebenen Propagandaplakats auf der Titelseite der Ausgabe vom 6. August platziert: **„Dunkelmänner im Schafspelz! Deutsches Volk, horch auf!“** Dem Beitrag **„Die Kolping-Volkverräter“** auf der Titelseite des Folgetages folgte im Recklinghäuser Lokalteil an diesem 7. August 1935 der Aufruf zum Austritt aus katholischen Verbänden, wie es Göring in seiner Rede zur **„Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens“** einen Monat zuvor propagiert hatte. Als vorbildlich hervorgehoben wurden Schreiben der Bürgermeister an ihre „Gefolgschaft“ - gemeint sind alle Mitarbeiter der Stadtverwaltungen, diese Austritte zu vollziehen.

Der NS-Propagandafeldzug wurde als so gefährlich eingeschätzt, dass Kolping-Generalpräses Hürth selbst den Werner Verband auflöste, um weiteren Repressionsmaßnahmen zuvor zu kommen. Trotzdem nutzte die Gestapo den Anlass zum Verbot aller Gesellenvereine im Kreis Lüdinghausen. Gestapo-Beamte mit Kriminalrat Tenholt an der Spitze kamen aus Recklinghausen und begannen die Verhöre, wobei die gesamte NS- und SA-Führung Wernes die Überzeugung vertrat, die Texte seien von den Mitgliedern des Gesellenvereins verfasst worden, um die NSDAP zu diffamieren. Die Bevölkerung allerdings reagierte sofort mit einem Menschaufmarsch, so dass Heinrich Kroes (*07.09.1914) und die anderen in „Schutzhaft“ Genommenen abends mit einem Feuerwehrfahrzeug ins Polizeipräsidium nach Recklinghausen transportiert wurden.⁶

⁶ Franz-Josef Schulte-Althoff, Die Stadt Werne im Dritten Reich, Münster 2014, S. 112f

Deutsches Volk horch auf!

**Gewissenlose Heher sind am Werke,
Dich in einen Kulturlampi hineinzutreiben!**

Sie mißbrauchen die Religion zu schändlichen politischen Zwecken!

Folgende Zeilen dienen als Beweismittel:

Münster, den 6. Juli 1933

In der Pfarrkirche zu Vorteln, 1933, besann in der Kreuzkirche Versammlung eine Missions-Gesellschaft mit dem Ziel in aller Unvorsichtigkeit Ziele zu verfolgen.

Der Täter ist ein als eifriger Kirchenbesucher bekanntes Mitglied des katholischen Cäcilienvereins. Er beging die Tat, um damit den Verdacht auf Angehörige der SA-Schule Velen zu lenken.

Münster, den 22. Juli 1933

Geleitwortern Heeren werden förmlich Zeitschriften mit ein Nationalsozialist beifolgt. Heeren werden einsehend, daß die Täter Mitglieder der NSDAP seien. Die beiden Täter aber nicht.

Der Zentrumshänger Bernhard Köpper und der Kommunist Witing. Absicht und Zweck der Tat sind, die nationalsozialistische Bewegung in den Augen des katholischen Volksteiles zu kompromittieren.

Münster, den 3. August 1933

In Münster am 3. August werden Zeitschriften verteilt, die gegen die NSDAP mit dem Titel von Zeitschriften mit der Bezeichnung enthalten. Der Verdacht richtet sich gegen Mitglieder der NSDAP, die Verfasser sind Mitglieder der Zeitschriften werden keine 6 Mitglieder der katholischen Cäcilien-Verein sind.

Die liegen in ihrer Verantwortung an.

daß sie die nationalsozialistische Bewegung schädigen wollten. In der Bevölkerung sollte der Eindruck erweckt werden, als kämen die Flugblätter aus den Reihen der NSDAP.

Das ist Sabotage am inneren Frieden der Nation!!

Während der Führer den inneren politischen Frieden der Reichsteile für Arbeit und Freiheit des deutschen Volkes zu Ende führt, arbeiten sie

Zentrumsbonzes Arm in Arm mit dem Bolschewismus

und werden ihre Mittel zur Arbeit des nationalsozialistischen Staat an, der Frieden und ihre Arbeit, der der nationalsozialistischen Bewegung erreicht hat!

Gebt die Volkstäter, die ihre schändlichen politischen Geschäfte unter der Mäule der Religion betreiben wollen, der allgemeinen Verachtung preis!

Die ewigen Feinde des Reiches wollen die deutsche Einheit zerstören!

Regierung und Partei werden dem schamlosen Treiben ein Ende machen!

Du, deutsches Volk, hab acht und hüte dich

vor den Dumelmännern, die im Schafspelz

kommen, intwendig aber reißende Wölfe sind!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Reichsleiter

Alfred Heener

Geleitwort



(Foto: Benno Jäger, Kolping Werne)

Über seine Ankunft berichtete Heinrich Kroes:

„Im Flur vor den Zellen mussten wir uns mit ziemlichem Abstand von einander aufstellen, mit dem Gesicht zur Wand. Nachdem man uns alle Selbstmordinstrumente wie Taschenmesser, Hosenträger usw. abgenommen hatte, wurden wir in den Zellen untergebracht. Heinrich Consten, Anton Jansen und ich kamen in eine Zelle, die schon überbelegt war. Außer den vier Betten waren noch mehrere Strohsäcke belegt. Wir packten unsere Strohsäcke dazu auf die Erde, damit war die Zelle restlos gefüllt [...]. Am nächsten Tag wurden wir nochmals einzeln vernommen. Kriminalrat Tenholt leitete das Verhör. Bei ihm waren außer dem Schreiben noch zwei Assistenten, von welchen es hieß, sie hätten schon manches Mal nachgeholfen, um ein Geständnis zu erreichen [...]. Umstände, die für uns sprachen, wurden nicht berücksichtigt. So wurde auch dort ganz übersehen, dass das Blatt schon von Münster kam.“⁷

Über den Anstaltsfriseur erfuhren die Inhaftierten von der Propagandawelle, die durch die Plakataktion, Zeitungsartikel und die Goebbelsrede organisiert worden war. Beim einzigen Besuch seines Vater konnte dieser Heinrich Kroes informieren, dass der Recklinghäuser Anwalt Dr. Joseph Borchmeyer die juristische Vertretung zugesagt habe: *„Ohne dass der diensthabende Wachtmeister recht wusste, worum es ging, unterschrieben wir sieben Verhafteten in Eile den Antrag an Dr. Borchmeyer, unsere Verteidigung zu übernehmen.“*

Einen Gesprächskontakt mit ihrem Anwalt erhielten die Inhaftierten in der dreimonatigen Haftzeit in Recklinghausen allerdings nur einmal. Dr. Borchmeyers Versuche, aufgrund eigener Recherchen einen schnellen Termin beim Sondergericht Dortmund zu erwirken, scheiterte. Stattdessen wurden die Inhaftierten ohne Prozess am 12. Oktober 1935 vom Bahnhof in einem vergitterten Gefängniswagen nach Münster und bereits drei Tage später in das KZ Esterwegen verbracht. Dort erhielten sie die grüne Häftlingskleidung und damit die Kennzeichnung als „Politische“.

Borchmeyer setzte auch in dieser Zeit seine Nachforschungen fort; in einem Briefwechsel mit seinem Münsteraner Kollegen Dr. Drolshagen, teilte er diesem am 28. Oktober 1935 mit, der inhaftierte Heinrich Consten (nun: *Konzentrationslager Esterwegen, Baracke 9*) habe das Flugblatt bei einem Krankenbesuch im Franziskus-hospital in Münster durch einen Kollegen erhalten: *„Wie ich ihnen streng vertraulich*

⁷ Vgl. das Gedächtnisprotokoll von H. Kroes (1945), in: Gegen das Vergessen. Erinnerungen des Kolpingbruders Johann Heinrich Kroes. Die nationalsozialistischen Angriffe auf die Kirche und unsere Kolpingsfamilie, hg. von Benno Jäger im Auftrag der Kolpingsfamilie Werne an der Lippe, Werne 2017; S. 7-40

*mitteilen kann*⁸ – so Borchmeyer - habe dieser dies gegenüber der Gestapo auch zugegeben. Der Text sei auf einem „*Vervielfältigungsapparat*“ in einer Münsteraner Behörde abgezogen worden: „*Diese Kenntnis darf ich aber aus besonderen Gründen, die ich Ihnen gelegentlich einmal mündlich mitteilen werde, nicht verwenden.*“ Auch seine Intervention in Berlin führte nicht zu einem positiveren Ergebnis.

Die Entlassung der Gefangenen erfolgte am 15. April 1936. Heinrich Kroes hatte bereits 1934 nach dem Abitur sein Studium wegen des Reichsarbeitsdienstes nicht aufnehmen können; nun wurde es dem KZ-Häftling verwehrt. Er fand nur eine Stelle im Pfarrbüro, dann als Kirchenkürster. Erst nach dem Krieg, in dem vier der Inhaftierten später für „Führer, Volk und Vaterland“ ihr Leben verloren, konnte er nach einem Studium den Lehrerberuf ergreifen und war Neubegründer der Kolpingsfamilie Werne an der Lippe.

Heinrich Kroes über den Terror im KZ Esterwegen:

Wie viele andere Häftlinge aus Recklinghausen, die das KZ Esterwegen überlebten, so Ludwig Grindel, der 1935 unmittelbar vor dem Abitur wegen seines Engagements als Jugendleiter in der LiebfraueNGemeinde, verhaftet worden war, wagte es auch Heinrich Kroes nicht, mit anderen Menschen über das Schreckensregime zu sprechen. Zu massiv waren die Drohungen, die Häftlingen vor ihrer Entlassung von der SS mit auf den Weg gegeben wurden, falls sie ihr Schweigen brächen. Erst unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes hielt Heinrich Kroes 1945 seine Erfahrungen schriftlich fest.

„Am nächsten Morgen wurden wir dem Lagerarzt vorgeführt, der natürlich auch ein SS-Mann war. War jemand krank, so schrieb dieser Arzt, wenn er gut gelaunt war, wohl Bescheinigungen aus, dass der Kranke „leichten Dienst“, „Innendienst“ oder „sitzende Arbeit“ leisten solle. In den ersten Wochen wurden diese Anweisungen von den verantwortlichen SS-Leuten in keiner Weise beachtet, da es ihnen nur darauf ankam, zunächst die Neuen fertig zu machen.

So wurden wir „Kolpingsjünger“ dem Arbeitskommando Straßenbau zugeteilt. Durch das SS-Lager wurde eine Betonstraße gebaut. Dafür wurde zur Zeit unserer Einlieferung die Packlage hergestellt. Dicke Bruchsteine mußten wir zunächst zur Arbeitsstelle holen. Doch statt die Schubkarren über bereitliegende Bretter zu fahren, mußten wir sie schwer bepackt durch tiefen, weichen Sand neben den Brettern herschieben. Dann wurden die Bruchsteine in immer kleinere Stücke zerschlagen. Die Hammerstiele waren „wie gewachsen“. Die Neuen hatten zunächst die dicken Steine zu zertrümmern. Wenn man bedenkt, dass wohl alle Eingelieferten schon längere Zeit nicht mehr körperlich gearbeitet hatten, – wir waren schon 12 Wochen in Schutzhaft, wodurch die Hände weich geworden waren, – kann man sich vorstellen, wie nach einem Tag solcher Arbeit unter dauernder unmenschlicher Hetze der SS-Posten, die sich der Neuen besonders annahmen, unsere Hände aussahen.

Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß am Abend des ersten Arbeitstages in Esterwegen in unseren Händen mehr Blut und rohes Fleisch zu sehen waren als Haut, von gesunder Haut ganz zu schweigen. Das Verbinden der Hände am Abend in der Krankenstube nützte natürlich nichts, da am nächsten Morgen dieselbe Arbeit von neuem begann, wobei vom Verband schon bald nichts mehr vorhanden war.

⁸ Abdrucke der Briefwechsel: ebda., S. 202ff.

Aber unbarmherzig wurden wir trotz der blutenden und entzündeten Hände immer wieder an die Arbeit gehetzt. Glaubte jemand auch nur einen Augenblick verschlafen zu können, wurde er gleich von einem der SS-Männer angefahren: „Du glaubst wohl, nicht mehr arbeiten zu müssen, Du willst lieber etwas Sport machen!“ und dann gab es Esterwegener Sport. Mit Laufschrift hin und her begann es. Dann hieß es dabei „Hinlegen“ und „Auf“, schließlich in solch einem Tempo, daß gepfiffen wurde, statt die Befehle zu rufen. Einmal pfeifen „hinlegen“, zweimal Pfeifen „auf“, war dann die Methode. Einen Pfiff zu überschlagen, konnte als Befehlsverweigerung ausgelegt werden. Was daraus folgte, werde ich später erläutern. Eine besondere Sportübung war das Rollen. Man mußte sich hinlegen und sich auf der Erde weiterrollen durch Dreck und Pfützen, über Steine, in Gräben hinein, wobei von der SS-Wache Sand und Steine ins Gesicht getreten wurden. Dabei konnte es auch vorkommen, daß sich der Posten in den Weg stellte. Dann mußte man zunächst aufspringen, um ihn zu bitten, vorbeirollen zu dürfen. Rollte man dem Posten auf die Stiefel, bekam man bestimmt einen Tritt, denn er mußte sich ja gegen den Angriff verteidigen. Es gibt wohl kaum jemand, der in Esterwegen gewesen ist und nicht Kilometer gerollt ist. Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß wohl jeder von uns sieben im Laufe des halben Jahres wenigstens 15 km gerollt ist. Allein das Rollen auf der Lagerstraße, wenn beim abendlichen Zählappell etwas nicht klappte, machte eine gute Strecke aus.

Man stelle sich vor: Etwa 2000 Menschen liegen auf einer 300 m langen und 8 m breiten Straße in fünffacher Reihe und rollen bei grellem Scheinwerferlicht vorwärts und rückwärts oft wohl eine halbe Stunde lang. Daß Leute mit einem empfindlichen Magen ein wiederholtes Erbrechen nicht verhindern konnten, ist selbstverständlich. Und doch wurde dieser Massensport im Vergleich zu dem Quälen von Einzelnen als Vergnügen angesehen. Eine raffinierte Form des Rollens war das Weiterrollen über Kopf, welches besonders für ältere Gefangene eine besondere Qual war. Dazu kam noch das Drehen im Stand, rechts und links herum, bis einem schwindlig wurde. Weiter gab es das Hüpfen mit einem Spaten oder Hammer in den Händen. Auch in Hockstellung mußte man oft bleiben, bis alle Knochen und Muskeln schmerzten. Eine besonders teuflische Sportübung war folgende: Man mußte auf der Erde knien, die Hände auf dem Rücken falten und sich dann vornüber fallen lassen. Wehe dem, der im Fallen die Hände vornahm oder den Kopf drehte, um nicht auf das Gesicht zu fallen. Er wurde gezwungen, dieses immer zu wiederholen, bis der Posten schließlich befriedigt war. War man noch jung und beweglich, beugte man sich weit zurück und schaukelte so nach dem Fallen auf dem Bauch ohne mit dem Gesicht Erde oder Steine zu berühren. Doch die Älteren zerschlugen sich unweigerlich dabei das Gesicht. Ein besonders wohlwollender Posten konnte aber uns Jungen noch einen Stoß geben, so dass das Zurückbeugen auch nichts nutzte. Dazu kam dann noch der Hohn: „Davon habe ich nichts gesagt.“

Auch nächtlichen Sport gab es. Ein besonderes Vergnügen der SS-Leute war es, nachts in eine der Baracken einzubrechen, alle Schlafenden aus den Betten zu treiben und durch folgende Befehle in beliebiger und wiederholter Folge in Bewegung zu halten: „Aus den Betten, in die Betten, unter die Betten, langsam weiterkriechen, auf die Betten des 3. Stockes, auf die Balken unter dem Dach der Baracke usw.“ All das wurde von 180 Menschen verlangt, die nur mit dem Hemd bekleidet aus dem Schlaf kamen, darunter Alte und Schwache. Auf Sauberkeit und Ordnung wurde größtes Gewicht gelegt. Häufig waren angebliche Unordnung und angeblich schlechter Bettenbau der Vorwand für Sport und Schikane. Oft fanden wir nach der Rückkehr von der Arbeit den Schlafraum in einem wüsten Durcheinander. Von allen 180 Betten stand kaum noch eines. Strohsäcke und Bettwäsche lagen auf dem

Boden. Später wurde dieses „Auf den Kopf-Stellen“ der Schlafräume verboten, weil zuviel dabei zerstört wurde.

Mit nervösen Gefangenen machten sich die SS-Leute oft folgendes Vergnügen: Ein Posten ging in das Lager, während ein zweiter mit dem Gewehr hinter dem Drahtverhau stand. Der SS-Mann im Lager gab dem Gefangenen den Befehl, auf den Todesweg zu gehen, worauf der andere sein Gewehr anlegte und mit Erschießen drohte. Ging der so Bedrohte wieder zurück, wurde er angefahren, er werde auf den Bock kommen, wenn er den Befehl, auf den Todesweg zu gehen, nicht ausführe. An der Angst des armen Opfers weideten sich die Unmenschen. Daß durch diese Behandlung die Nerven schon Nervöser zu Grunde gerichtet wurden, ist klar. Es sage nun niemand: „Das hätte ich alles nicht mitgemacht“. Man bedenke, in jeder Weise waren wir rechtlos. Ohne gerichtliches Urteil in das Lager gekommen, waren wir vollkommen schutzlos den SS-Horden ausgeliefert. Einen Gefangenen, der sich beschwerte, gab es nicht, weil er doch kein Recht bekam und später nur noch mehr zu leiden gehabt hätte. Eine falsche Beschuldigung eines lumpigen SS-Mannes genügte, und man machte Bekanntschaft mit dem Bock.

In Esterwegen war die Prügelstrafe von 25 Hieben eingeführt. Vor allen Lagerinsassen musste der Unglückliche selbst den Prügelbock aus dem Bunker in den Kreis tragen, den die SS in der Mitte des Lagers bildete. Darauf wurde er unbeweglich an Händen und Füßen auf dem Bock gefesselt. Dann wurden die SS-Leute vom Lagerkommandanten Oberführer Weiss oder SS-Sturmführer Tarey aufgefordert, sich freiwillig zu melden, um die Prügelstrafe auszuführen. Immer fand sich ein solcher Lump, der dazu bereit war, mit einem Ochsenziemer aus Leibeskräften die 25 Schlag auszuteilen. Dabei musste das Opfer jeden Schlag laut zählen, sonst wurde er nicht angerechnet. War nach einigen Schlägen die Haut geplatzt, wurde oft das Gesäß noch gerieben, so dass sich die Kleidung in die Wunden drückte. Stöhnte der Geprügelte dann auf vor Schmerz, war ein teuflisches Johlen der SS die Antwort. Wie uns bei dieser Strafe zu Mute war, kann nur der ermessen, der solches selbst ansehen oder gar erleben musste. Bevor alle 25 Schläge ausgeteilt waren, war das Opfer gewöhnlich bewusstlos. Was die vorgeschriebene Anwesenheit des Arztes zu bedeuten hatte, weiß ich nicht, denn in keinem Fall hat er in irgendeiner Form eingegriffen. Eine andere Strafe war Dunkelhaft bei Wasser und Brot. Dazu konnte das Krummschießen kommen. Dann wurden Hände und Füße mit Ketten zusammen gefesselt, so dass der gesamte Körper wie ein Bogen in Spannung war. Das konnte Tage und Wochen lang dauern. Nur zu den knappen Mahlzeiten wurden die Fesseln gelöst. [...]“⁹

Die Inhaftierung von Präses Heinrich Köster in Recklinghausen

Bereits die gewaltsame Auflösung des 1. Deutschen Gesellentages des Kolpingwerkes am 5. Juni 1933 in München hatte auch Recklinghäuser Mitglieder unmissverständliche die Folgen der „nationalen Erhebung“ spüren lassen. Das Verbot der Doppelmitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der NS-Zwangvereinigung nach Auflösung der Gewerkschaft, am 28. April 1934 hatte den Druck auf jeden Einzelnen verschärft. Der Zusammenhalt in den Kolpingsfamilien wurde unter

⁹ Erster Abdruck in: Heinrich Kroes, „Aufrechtes Handeln Werner Kolpingssöhne – die Auflösung der Kolpingsfamilie im Jahr 1935 durch die Nationalsozialisten (NS), in: Festschrift 100 Jahre Kolping Werne 1993, S. 65- 81, S. 75ff.

diesen Repressionen des Regimes und dem Monopolanspruchs der HJ als „Staatsjugend“ immer schwieriger. Die Präsides Josef Stohldreier (bis 1938), Heinrich Köster (1938-48) und Senior Hermann Lis bei Kolping-Zentral Recklinghausen versuchten die kleiner werdende Gruppe durch religiöse Vorträge und unauffällige Freizeitgestaltungen zusammen zu halten.¹⁰

Die Vereinnahmung gerade der jungen Leute durch den Reichsarbeitsdienst, die Einführung der Wehrpflicht und vor allem der Kriegsausbruch 1939 ließen viele Kontakte abbrechen.

Präses Köster führte einen regen und für die Parteiführung „verdächtigten“ und uner-



wünschten Briefkontakt mit den Kolpingbrüdern an der Front. Köster war schon 1935 als Berufsschullehrer und -pfarrer in Duisburg in Konflikt mit der NSDAP geraten, so dass er ein Berufsverbot als Lehrer erhalten hatte. Auch bei anderen Gelegenheiten kam es in Recklinghausen zu Auseinandersetzungen:

Im Sommer 1941 hatte Bischof Clemens August von Galen mit seinen drei Predigten gegen den „Klostersturm“ der Partei, den Gestapoterror und die heimlich eingeleitete Euthanasie-Mordaktion das totalitäre Staats- und NSDAP-Parteisystem öffentlich angeklagt. Das Medienmonopol der Partei wurde durch die heimlichen Abschriften und die Weiterverbreitung der Predigten durchbrochen.

Heinrich Köster (Foto: Kolping-Zentral Recklinghausen)

Auch in Recklinghausen hatte es dazu Verhaftungen gegeben, so gegen Mia Bachem, die die Predigten heimlich auf Schreibmaschinen im Kaufhaus Althoff abgetippt hatte und gegen Mitglieder der Marianischen Männerkongregation der Propsteigemeinde St. Peter.

Auch Köster wurde vorgeladen, zumal die Gestapo die Inhaftierten aufforderte, ihn als Anstifter zu denunzieren.¹¹

¹⁰ Vgl. Mit der Idee Kolpings ins nächste Jahrhundert. 120jähriges Jubiläum der Kolpingsfamilie Recklinghausen-Zentral, Recklinghausen 1975; Festschrift zum 150. Jubiläum der Kolpingsfamilie Recklinghauser-Zentral, Recklinghausen 2005

¹¹ Bistumsarchiv Münster, GV NA, Büro GV, A 101-15. Umfrage zu einer Materialsammlung zur Geschichte des Dritten Reiches im Bistum Münster, S. 85f

Nach dem verheerenden Bombenangriff auf den Kirchplatz am 13. November 1944 organisierte Köster die Aufräumarbeiten. An der zerstörten Propsteikirche St. Peter halfen ihm wenige ältere Gemeindemitglieder, die Ordensschwwestern des Waisenhauses und einige Jugendliche.

Zu den Arbeiten an der beschädigten NSDAP-Kreiszentrale (heute: Ikonenmuseum) waren dagegen 100 Jungen eines „Wehrtüchtigungslagers“ abkommandiert worden waren, die auch mit Essen versorgt wurden. Als die jugendlichen Helfer der Petruskirche danach fragten, hieß es: „Seht zu, wo ihr was her bekommt!“

Stattdessen wurden diese Helfer danach zum „Schanzen“ abkommandiert, was zum heftigen Konflikt zwischen Kaplan Kösters und der HJ-Führung führte.¹² Er organisierte auch den Umbau des Kolpinghauses am Herzogswall zur „Ersatzkirche“ für St. Peter.

Wenige Wochen später wurde Köster verhaftet. Der Vorwurf lautete „Defaitismus“, er habe im Luftschutzbunker kritische Äußerungen über den Krieg von sich gegeben. Der Verhaftung durch die Gestapo am 13. Dezember 1944 folgte angesichts der näher rückenden Front seine Verschleppung nach Bielefeld. Dort konnte er 1945 von US-Truppen befreit werden.

Andere Geistliche Leiter von Kolpingsfamilien wurden ermordet, darunter Josef Lenzel (Gelsenkirchen-Zentral) im KZ Dachau sowie Heinrich Richter (Köln-Zentral) und Theodor Babilon, der Geschäftsführer des Kölner Kolpinghauses, im Außenlager Ohrdruf des KZ Buchenwald.

(©Georg Möllers)

Diese PDF-Datei ist ein Anhang zur biographischen Datei „Opferbuch“ im „Gedenkbuch Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945“.
Link: www.recklinghausen.de/gedenkbuch

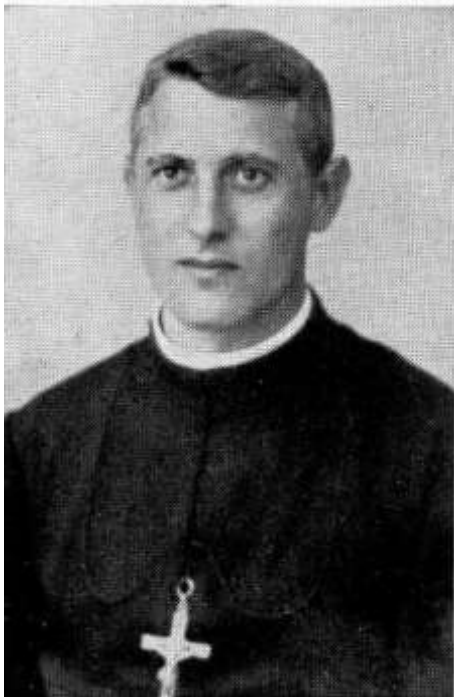
¹² Vgl. die Erinnerungen von Köster, in: Georg Möllers/Jürgen Pohl (Hg.), „Die vorderste Linie der Heimatfront“. Recklinghausen im Zweiten Weltkrieg (= Recklinghäuser Bildungsbaustein Nr.8), hg. in Kooperation von Stadt und dem Verein für Orts- und Heimatkunde, Recklinghausen 2020, S.19f

Verhaftungswelle im Internat: Frater Johannes Goebels

Als Frater Johannes Goebels 1943 in die Verhaftungsaktion gegen die katholisch geprägten Lehranstalten in Lüdinghausen geriet, lagen bereits die Erfahrungen der Schließung mehrerer Einrichtungen der Maristen-Schulbrüder hinter ihm.

Der spektakulären Verhaftung von gleich fünf Lehrkräften der Höheren Landwirtschaftsschule und des Internats Canisianum Lüdinghausen am 15.09.1943 und ihrer Verbringung in das Polizeipräsidium Recklinghausen 1943 gingen langjährige Auseinandersetzungen voraus. Die Landwirtschaftsschule wurde von zahlreichen Schülern aus dem ganzen Münsterland, aber auch Oldenburg oder dem Rheinland besucht.

Dies war der Anlass für den Priester und Religionslehrer Dr. Bernhard Hürfeld, ab 1925 das Canisianum als Internat für die Schüler aufzubauen, das ab 1932 um das Paedagogicum Canisianum als Vorbereitungsanstalt für Abschlüsse (Abitur) erweitert wird.



(Archiv Maristen-Schulbrüder)

Die offensichtlichen pädagogischen Erfolge der katholischen Einrichtung führen seit 1933 zu staatlichen Maßnahmen zu ihrer Einschränkung oder Abschaffung. Dr. Bernhard Hürfeld werden erst die Unterrichtserlaubnis in Deutsch und Geschichte entzogen, dann die Stunden als Religionslehrer eingeschränkt, ehe er 1936 die Schule ganz verlassen muss. Ab 1938 wird der Abbau des Paedagogicums eingeleitet, das Ostern 1941 eingestellt werden musste. Ab 1942 erfolgen Eingriffe in die innere Gestaltung des verbliebenen Internats, im Juni 1943 wird die Beschlagnahme „für Wehrmachtzwecke“ angekündigt.

Am 15.09.1943 rückten mit Gestapobeamten, SA-Mitgliedern, dem NSDAP-Kreisleiter, der HJ-Bannführer und dem Landrat die gesammelte Staats- und Parteimacht an Internat und Schule an.

Inhaftiert wurden Dr. Bernhard Hürfeld als Leiter und Frater (Bruder) Johannes als Präfekten des Internats, Schulleiter Dr. Kleinsorge, der Geschichtslehrer Dr. Wilhelm Brockhoff und der Religionslehrer und Kaplan Anton Bornefeld. Den Vorwand bildeten Auseinandersetzungen unter einigen Schülern, die nach der Nachricht der Kapitulation Italiens angesichts der alliierten Invasion ihre HJ-Abzeichen weggeworfen und Hitlerbilder entfernt hatten.



*Frater Johannes mit Schülern am Canisianum (Archiv Canisianum Lüdinghausen)*¹

Am 15.09.1943 rückten mit Gestapobeamten, SA-Mitgliedern, dem NSDAP-Kreisleiter, der HJ-Bannführer und dem Landrat die gesammelte Staats- und Parteimacht an Internat und Schule an, um Dr. Bernhard Hürfeld als Leiter und Fr. Johannes als Präfekten des Internats, Schulleiter Dr. Kleinsorge, den Geschichtslehrer Dr. Wilhelm Brockhoff und den Religionslehrer und Kaplan Anton Bornefeld zu inhaftieren. Den Vorwand bildeten Auseinandersetzungen unter einigen Schülern, die nach der Nachricht der Kapitulation Italiens nach der Invasion alliierter Truppen HJ-Abzeichen weggeworfen und Hitlerbilder ent-ernt hatten.

Elisabeth Bey, die Schwester von Frater Johannes Xaverius Goebels, erinnerte sich später an die Verhaftung ihres Bruders aus der Sicht der Angehörigen²:

Ich war zu der Zeit aus Duisburg in Gescher evakuiert und habe im Büro des dortigen Krankenhauses gearbeitet. Zur gleichen Zeit wohnte auch eine Frau Schröder mit zwei Kindern im dortigen Domhotel. Einem Sohn hatte Frau Schröder im Internat des Canisianums. Wir hörten eines Tages von den Unruhen in Lüdinghausen. Daraufhin habe ich sofort meinen Bruder, Frater Johannes Xaverius Goebels angerufen und ihn gefragt, was das zu bedeuten habe. Er hat mich beruhigt und mir gesagt, es sei alles in Ordnung, sie habe nichts zu befürchten. Ich sollte mir nur keine Sorgen machen. Mit meinen Worten: "Die Nazis bringen doch alles fertig", habe ihn gewarnt und ihm geraten, nach Liechtenstein zu fahren, dort ist eine Niederlassung des Ordens der

¹ Das Material aus dem Archiv des Canisianum Lüdinghausen wurde freundlicherweise von Dr. Georg Schütz zur Verfügung gestellt.

² Archiv des Canisianum Lüdinghausen

Maristen-Schulbrüder, dem er als Lehrer angehörte. Doch er wollte in der schweren Zeit in unserer Nähe bleiben, - ich hätte keinen Grund, mir Sorgen zu machen.

Die Schließung der Schule wurde aber zur Gewißheit, Frau Schröder ist dann mit mir nach Lüdinghausen gefahren, um ihren Sohn abzuholen. Dort herrschte große Aufregung. Es waren wieder zwei SS-Leute gekommen, ich lief sofort nach oben, um mit ihnen zu sprechen. Beide waren höchstens 25jährig, in Uniform, mit einem arroganten Auftreten. Meine direkte Frage: "Wo ist mein Bruder, Herr Goebels" beantwortete einer von ihnen mit den Worten: "Ach, es geht im gut, es fehlt ihm an nichts, - vielleicht kommt er morgen oder übermorgen schon nach Hause." Dann wollte ich noch wissen: "Und weshalb sind die Herren verhaftet worden - wegen dummer Jungen-Streiche?", worauf er mir höchst ungehalten und frech antwortete: "Dafür sind die Lehrer verantwortlich." Gern hätte ich noch gesagt, dann ist wohl auch ein Arzt verantwortlich für den Tod eines Patienten, doch in diesem Fall war es besser zu schweigen.

Die Schüler wurden bereits am nächsten Tag in ein Umerziehungslager verbracht. Die Eltern wurden anschließend (!) am 20.9.1943 auch schriftlich unterrichtet, dass „sämtliche Schüler der Oberschule und des Schülerheims Canisianum in Lüdinghausen einer staatspolizeilichen Erziehung zuzuführen“ seien: „Die Schüler wurden daher für die Zeit vom 17.9.-9.10.43 zu einem Schulungslager HJ. in Haldem Post Dielingen einberufen.“³



Mit Internatschülern in Lüdinghausen (Archiv Canisianum)

³ Die Tragödie der Oberschule Lüdinghausen 1943. Die Maßnahmen der Nationalsozialisten und der Gestapo gegen die Oberschule in Lüdinghausen im September 1943. Ein Zeitzeugenbericht von Dr. Werner Hülsbusch mit Beiträgen von Hubert Kleinsorge, Lüdinghausen 2005, S. 48f

Johannes Goebels war am 27. August 1896 in Duisburg-Meiderich als ältester von neun Geschwistern geboren. Seine Eltern waren Kornelius, ein Volksschullehrer, und Gertrud Goebels, geb. Linfert.

1913 trat er in die Gemeinschaft der Maristen in Arlon (Belgien) bei. Die 1817 gegründete und 1863 offiziell unter dem Namen Frates Maristae a Scholis (Maristen-Schulbrüder) als selbständig anerkannte Gemeinschaft war ursprünglich eine französische Gründung.

Erst am 3. Februar 1914 wurde in Deutschland die erste Ordensniederlassung eröffnet. Diese Gründung in Recklinghausen hängt eng mit der Person des Initiators zusammen. Josef Koop (1882-1957)⁴ wurde in Alt-Oer geboren und besuchte das Gymnasium Petrinum in der Nachbarstadt Recklinghausen, an dem er das Abitur ablegte. Auch er war 1899 in Arlon in den Orden eingetreten und konnte über persönliche Kontakte erreichen, dass am 3. Februar 1913 die ersten Brüder in das ehemalige Bischöflichen Josephs-Konvikt auf der „Wilhelmshöhe“ an der Hertener Straße in Recklinghausen einzogen.

Hier legte auch Frater Johannes-Xaver am 1. November 1914 seine erste Profess, das erste vorläufige Ordensversprechen ab. Danach wurde er nach Landshut versetzt und im Krieg als Sanitäter eingesetzt. Nach Kriegsende kam er erneut ab 1918 nach Recklinghausen, wurde als Lehrer ausgebildet und legte im hiesigen Kloster am 18. August 1922 sein endgültiges Ordensversprechen („ewige Profess“) ab.⁵



Maristenkloster in Recklinghausen (Foto: Stadtarchiv)

⁴ Vgl. Augustin Hendlmeier, Von Hermitage nach Deutschland. Studien zur Geschichte der Maristenbrüder, Furth/Landshut 2017, S. 79ff.

⁵ 100 Jahre Maristen-Schulbrüder Deutschland (1914-2014), Furth 2014, S. 107ff

Was ihm vorgeworfen wurde und auch Grundlage des Urteils war, schrieb er in seinem letzten Brief am 11. Januar 1944. Danach habe er dem „*staatsfeindlichen Treiben der Schüler Vorschub*“ geleistet und zur „*Beunruhigung der Bevölkerung*“ beigetragen. Der Vorwurf, die 300 Internatsschüler gegen das NS-Regime negativ beeinflusst zu haben, galt der Einrichtung wie auch Schulen oder Internaten des Maristenordens generell.

Frater Johannes Xaver hatte bereits die Schließung mehrerer Schulen seiner Ordensgemeinschaft durch die Nationalsozialisten miterlebt: 1937, damals im Kloster Bad Reichenhall, unterschrieb er am 15. Februar ein (vergebliches) Protestschreiben gegen die Schließung der acht Maristenklöster und -schulen in Bayern.

Nach dem Klosterverbot in Bayern wurde er im Schülerheim des Ordens in Innsbruck eingesetzt, ehe er ab Oktober 1937 mit einer Neugründung in Graz beauftragt wurde. Doch ein Jahr später 1938/39 musste er nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich auch die Schließung der Schulen und Klöster in Innsbruck und Graz miterleben.⁶

So kehrte er im Juli 1939 nach Recklinghausen zurück und übernahm von dort aus ab September die neue Aufgabe in Lüdinghausen. In Recklinghausen war 1940 das Juvenat (Ausbildung junger Leute) staatlich geschlossen worden. Zu den Klosteraufhebungen durch die Gestapo gehörte am 15. Mai 1941 auch die Niederlassung in Meppen, deren Oberer Heinrich Wolterkessen nach Recklinghausen übersiedelte. Der Beschlagnahmung in Recklinghausen entgingen die Maristen 1941, indem sie das Haus an die Stadt verkauften.

Für den Herbst 1943 war die Rückkehr von Johannes Goebels in das Gründungskloster der Maristen nach Recklinghausen an der Hertener Straße geplant; hier sollte er Oberer der Gemeinschaft werden.

Stattdessen wurden er und die anderen Verhafteten am 15. September 1943 zwar nach Recklinghausen verbracht, aber in das dortige Polizeipräsidium, den Sitz der Gestapo. Seine Schwester erinnert sich, dass die Inhaftierten in „Einzelhaft“ gehalten wurden und Familienangehörige sie einmal in der Woche besuchen konnten.

Am 10. Januar 1944 wurde für alle fünf Inhaftierten das Urteil gesprochen.

Am 2. Februar 1944 informierte Johannes Goebels aus dem Recklinghäuser Gefängnis seine Familie in Duisburg über die geplante Deportation nach Dachau⁷:

⁶ Bernhard-K.Kletzmeier/Helmut Moll, Bruder Johannes Xaver (Johannes) Goebels, in: H. Moll (Hg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, 3. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, S. 817-819

⁷ Archiv des Canisianum, zur Verfügung gestellt von Dr. Georg Schütz



Polizeipräsidium Recklinghausen, Sitz der Gestapo Anfang 1939: Der Bauzaun links verdeckt das Gelände der am 9./10. November 1938 zerstörten Synagoge (Foto: Institut für Stadtgeschichte)

Maria Lichtmess 1944

Ihr Lieben alle! Trotz aller Ahnung traf es uns hart, als gestern die Entscheidung von Berlin (11. Januar 1944) vorgelesen wurde, wonach wir alle 5 unter den gleichen Begründungen in Schutzhaft genommen werden, d.h. in ein Konzentrationslager, wahrscheinlich Dachau, verbracht werden. Es ist eine schwere Prüfung, die ich mannhaft trage und aus Gottes Hand und im Vertrauen auf seinen Beistand und die Hilfe meiner himmlischen Mutter annehme. Da er nur einmal verlesen wurde, kann ich den Wortlaut des Urteils nicht wiedergeben: der Sinn war ungefähr folgender: "Über den ... wird Schutzhaft verhängt, weil er durch pflichtwidriges Verhalten und grobe Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht als Lehrer bzw. Leiter der An-stalt dem staatsfeindlichen Treiben der Schüler Vorschub leistete und zur Beunruhigung der Bevölkerung beitrug." Ihr wißt, daß ich nicht die leiseste Ahnung hatte von dem, was zwei Jungen, eigentlich nur einer, anstifteten, um den unbeliebten Bannführer zu ärgern. Dieser machte uns aber keine Mitteilung davon, so daß wir nicht einschreiten konnten und bereitete still diesen Schlag gegen Schule und Internat vor. Mein großer Trost ist, daß Ihr alle von meiner vollkommenen Schuldlosigkeit überzeugt seid, und ich wünsche, daß Ihr es mitteilt allen, die mir nahestehen. Ich stehe vor Gott und jedermann reich da! Ich kannte nur gewissenhafte und opferbereite Pflichterfüllung! Bei einer einwandfreien Untersuchung wäre das auch fest-gestellt

worden. Wir sind geschlagen ob eines solchen Unrechtes. Nur Gott weiß, warum er uns solches Leid schickt. Sein Wille geschehe! (...)

Vom Lager aus werde ich schreiben, so oft es erlaubt ist. Das ist dann, wie auch dieser Brief für alle. Ich glaube wohl, daß ich es dort ganz gut aushalte. Arbeit war mir ja immer das Liebste. Die Kraft, alles zu tragen, gibt mir einzig mein Glaube! Wie bin ich seinem Schöpfer dankbar dafür! Mein ganzes Leben war eine Kette von Gnaden, und das Endglied wird von allen das schönste sein! Gebe Gott, daß ich noch viele Jahre in seinem Weinberge wirken kann. Darob bin ich voll Zuversicht und guten Mutes, und so grüße ich Euch Lieben mit einem frohen "Auf Wiedersehen" als Euer dankbarer Hans

Am 5. Februar 1944 folgte von Recklinghausen aus der Sammeltransport in das KZ Dachau bei München, das 1933 zu den ersten Konzentrationslagern überhaupt gehört hatte. Die Unterbringung erfolgte in Block 15 zusammen mit Schwerkriminellen. Johannes Goebels ist schon während der Gefängnishaft durch eine Stirnhöhlenvereiterung und ein Magenleiden gesundheitlich geschwächt. Die mangelhafte Ernährung und die häufigen Appelle unter freiem Himmel in dünner Kleidung, zudem ohne Strümpfe und Kopfbedeckung, ruinierten seine Gesundheit. Sein Zustand verschlechterte sich weiter, ohne dass er ausreichend ärztlich versorgt wurde. Erst am 7. März 1944 wurde er in das Krankenrevier aufgenommen und operiert. 10 Tage

später verstarb Frater Johannes am 17. März 44:

Sterbeurkunde

(Standesamt Dachau II Nr. 1 140/1944)

Der Lehrer Johannes Goebels

----- katholisch -----

wohnhaft in Recklinghausen, Unterstraße 32

ist am 17. März 1944 ----- um 12 Uhr 20 Minuten

in Dachau verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 27. August 1890

in Duisburg-Meiderich.

Der Verstorbene war -- nicht -- verheiratet.

Dachau, den 17. März 1944

Der Standesbeamte

[Signature]

"Stirnhöhleneiterung" wird lapidar im Schreiben der KZ-Kommandantur als Todesursache angegeben.

„Auf geheimen Wegen wurde uns durch den Besuch unseres Pfarrers in Duisburg-Meiderich die schonende Mitteilung vom Leiden und Sterben unseres Bruders gemacht. Wie wir erfahren haben, hat mein Bruder von Herrn Dr. Hürfeld noch die Sterbesakramente erhalten. Die Nachricht aus Dachau kam erst zwei Wochen später, lediglich amtlich.“⁸

(Archiv Canisianum)

⁸ Erinnerung von Elisabeth Bley, Schwester von Frater Johannes Goebels (Archiv des Canisianum)



Verlegung des „Stolpersteins“ vor der Maristen-Realschule am 16.12. 2019 durch Bruder Robert Thunus, Provinzial der Maristenbrüder für Europa und Bürgermeister Christoph Tesche (Foto: Stadt Recklinghausen)

LITERATUR: Archiv Canisianum Lüdinghausen, Materialien von Dr. Georg Schütz

Christian Frieling, Priester aus dem Bistum Münster im KZ, Münster 1992;

Bernhard-K.Kletzmeier/Helmut Moll, Bruder Johannes Xaver (Johannes) Goebels, in: H. Moll (Hg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, 3. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, S. 817-819;

J.A.Metzger, Chronik der Deutschen Ordensprovinz der Maristen-Schulbrüder FMS, Erster Teil – Von der Ordensgründung bis zum Wiederaufbau im Jahr 1946, Furth 1975 (Archiv der Dt. Ordensprovinz, Furth i.W.);

100 Jahre Maristen-Schulbrüder Deutschland 1914-2014, Furth 2014, S. 107ff

Augustin Hendlmeier, Von Hermitage nach Deutschland. Studien zur Geschichte der Maristenbrüder, Furth/Landshut 2017

(© *Frater Alois Engel/ Georg Möllers*)

© Diese PDF-Datei ist ein Anhang zur biographischen Datei („Opferbuch“) im „Gedenkbuch Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933 – 1945“ – Link: www.recklinghausen.de/gedenkbuch

Joseph Althoff

„Der Angeklagte bildet nach wie vor eine Gefahr“

Der Bericht des Regierungspräsidenten Münster an das Reichskirchenministerium vom 7. Januar 1941¹ über das Gerichtsurteil vom 24. September 1940 zieht das oben zitierte eindeutige Resümee. Attestiert wird dem verurteilten Joseph Althoff eine grundsätzlich „*niederträchtige Gesinnung*“ – als staatlich-nationalsozialistische Bilanz der jahrelangen Auseinandersetzungen des Pfarrers von St. Gertrudis mit Ideologie und Machtanspruch der NSDAP im Stadtteil Hillerheide.

Die Aufbauphase der Pfarrei St. Gertrudis

Joseph Althoff, geb. am 27. September 1876 in Havixbeck als Sohn eines Landwirts in einer Familie mit fünf Geschwistern, wurde am 9. Juni 1900 im Dom zu Münster zum Priester geweiht. Nach Stellen als Kaplan in Kessel/Kreis Kleve und als Vikar in Marl, Heek und Datteln wurde er 1920 Pfarrer von St. Gertrudis im Stadtteil Recklinghausen-Hillerheide.



Die Gemeinde war 1908 als Pfarr-Rektorat gegründet worden. Im selben Jahr war die erste Kirche fertiggestellt worden. Als sie 1924 ihren Glockenturm erhielt, war St. Gertrudis bereits seit 12 Jahren als selbständige Pfarrei von St. Peter abgepfarrt worden, im selben Jahr wie die neuen Pfarreien Liebfrauen, St. Paulus und St. Suitbert. Der Kohlebergbau und die Industrialisierung hatten Recklinghausen in wenigen Jahrzehnten ein Wachstum gebracht, dass auch die kirchliche Infrastruktur völlig veränderte².

¹ Landesarchiv NRW Abt. Westfalen. Staatsarchiv Münster, Regierung Münster, Nr. 29694

² Vgl. dazu Theo Kemper, Die katholische Kirche in Recklinghausen unter preußischer Herrschaft, in: Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), 1200 Jahre Christliche Gemeinde Recklinghausen, Recklinghausen 1990, S. 170-184

Auf der Hillerheide entstand Wohnraum für die Bergleute und Arbeiter der Zechen General Blumenthal, König Ludwig und das Eisenwerk Stolle. Joseph Althoff war erst der zweite Pfarrer der jungen Gemeinde und setzte sich intensiv für die Festigkeit der wachsenden und sich verändernden Gemeinschaft, die Aufbau der kirchlichen Infrastruktur und die religiösen und caritativen Aufgaben der Gemeinde ein³:

Der von der Gemeinde erworbene Friedhof am Bruchweg wurde von der Stadt wegen des projektierten Zentralbahnhofs benötigt. Im Tausch er-



hielt St. Gertrudis dafür ein Grundstück nahe der Tiroler Straße. Die Toten wurden umgebettet und Pfarrer Joseph Althoff weihte am Allerheiligentag 1930 den noch heute bestehenden Gemeindefriedhof ein.⁴

(Porträtfotos Pfarrer Althoff: Bistumsarchiv Münster)

Niemand ahnte, dass im Angesicht des großen Friedhofskreuzes des Künstlers Alex Frerichsmann, das Pfarrer Althoff am selben Tag segnete, Konflikte mit den NSDAP-Machthabern ausbrechen sollten, die schließlich zu seiner Haft und Amtsenthebung führten.

Der bereits 1914 projektierte und begonnene Pfarrhaus-Neubau (Heidestr. 21) neben der Kirche konnte aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Krisen (Weltkrieg, Inflation) erst 1926 fertiggestellt werden. Nun war es auch möglich, das alte Pfarrhaus, Heidestr. 33 als „Gertrudisstift“ den seit 1920 in der Gemeinde wirkenden Schwestern zur Verfügung zu stellen. Die vier bis sechs „Schwestern von der Göttlichen Vorsehung“ unterhielten einen Kindergarten, eine Handarbeitsschule und waren in der ambulanten Krankenpflege aktiv. Die Sozialarbeit in der wachsenden Industriestadt mit ihren wachsenden Problemen wäre ohne diese

³ Vgl. insgesamt dazu: Heiner Uhe, 1. Heimatbuch – Von der Hillener Heide zur Hillerheide – Geschichte der Hillerheide von 1721 bis zum Jahre 2010, Recklinghausen 2010

⁴ Funk

Schwesternhäuser der neu entstehenden Pfarreien nicht denkbar gewesen.⁵ Unterstützt wurde ihr Engagement durch den ebenfalls 1920 gegründeten „Elisabethverein“, einen Zusammenschluss ehrenamtlich arbeitender Frauen der Gemeinde zur Unterstützung von Wöchnerinnen, ihren Familien und Bedürftigen der Gemeinde, den Johanna Brendgens, die Haushälterin des Pfarrers ab 1920 erfolgreich und engagiert leitete.

Gemeindemitglieder erinnern sich in „Pionierzeit“ an Pfarrer Joseph Althoff als „Mann des Volkes“. Johanna Brendgens wurde bei dessen Hausbesuchen immer von der Sorge verfolgt, was er denn diesmal wieder einfach so verschenkt habe.

Pfarrer und NSDAP: Eine konfliktreiche Beziehung ab 1933

Nach der Auflösung aller Parlament durch die am 30. Januar 1933 von Reichspräsident von Hindenburg einsetzte Regierung Hitler, den bereits unter SA-Terror und staatlichen Verboten stehenden Reichstagswahlen und den folgenden Ratswahlen im März 1933 hatte die NSDAP zusammen mit ihren rechtskonservativen Bündnispartner auch in Recklinghausen die Mehrheit erreicht. Damit hatten sie sich durchgesetzt gegen die letzten Verteidiger der Demokratie, die katholisch geprägte Zentrumspartei und die SPD.

Dass Althoff wie nahezu der gesamte Klerus dem „*Zentrum nahe*“ stand, wurde noch 1940 unter den biographischen Daten des Gerichtsurteils vermerkt. Die Zentrumspartei hatte, weltanschaulich gestützt durch den Klerus und eingebunden in ein engagiertes und weitverzweigtes katholisches Verbandswesen, in Kaiserreich und Republik als Vertretung der Grundsätze der katholischen Minderheit in Deutschland Gehör verschaffen können. Ab 1933 war es das erklärte Ziel der NSDAP, gerade in den Gebieten mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil, in dem sie unterdurchschnittliche Zustimmungswerte erhalten hatten, „Überzeugungsarbeit“ zu leisten, sei es durch Propaganda und Lippenbekenntnisse oder durch subtile und schließlich unverhüllte Gewalt.

⁵ Vgl. dazu Georg Möllers, Milieubildung und politischer Katholizismus sozialer Prägung: Die Entwicklung des sich formierenden Katholizismus im Zeitalter der Massenzuwanderung, in: in Klaus Bresser/Christoph Thüer, Recklinghausen im Industriezeitalter, Recklinghausen 2000, S. 371-400,

Eklat und Konflikte 1933/34

Bereits im April 1933 kam es in St. Gertrudis und anderen Recklinghäuser Kirchen zu ersten Eklats, als SA-Formationen in Uniform geschlossen in Sonntags-Gottesdienste einzurücken versuchten. Ab 1930 hatten bischöfliche Verlautbarungen die nationalsozialistische wie der kommunistische Ideologie als mit dem Christentum unvereinbar gekennzeichnet, die auch den Ausschluss von den Sakramenten bedeutete. Das betraf auch Hitler selbst. Der hatte im März in offiziellen Reden die Bedeutung der Kirchen hervorgehoben und die Bischöfe hatten positiv darauf reagiert, wenn sie auch die weltanschaulichen Vorbehalte beibehielten. Der demonstrative SA-Gottesdienstbesuch zeigt exemplarisch die Ambivalenz ihrer Taktik. Einerseits spielte die NSDAP auf der Klaviatur der „Kirchenfreundlichkeit“ (Gläubige Menschen strömen zur Messe, wer kann es ihnen verwehren?). Andererseits war es eine inszenierte Machtdemonstration. Pfarrer Althoff verbot - wie die anderen Priester in Recklinghäuser Kirchen - der SA den Einzug in den Gottesdienst.

1934 wurde Pfarrer Althoff die Erteilung des Religionsunterrichts an der damals noch Katholischen Volksschule untersagt. Im November 1935 ist ein Strafverfahren wegen Missachtung des „Reichsflaggengesetzes“ dokumentiert, weil er das Hissen der „Reichsflagge“ – inzwischen die Hakenkreuzfahne – bei der Beisetzung einer Nazi-Größe verweigert hatte.

Der Friedhof als Konfliktfeld

Die ersten Konflikte im Zusammenhang mit Beisetzungen auf dem Katholischen Friedhof wurden gerichtlich 1937 fixiert. Im Herbst machte Pfarrer Althoff die Beisetzung eines „Parteigenossen“ (Pg.) davon abhängig, dass das religiöse Begräbnis nicht durch Absingen von Deutschland- und nationalsozialistischem „Horst-Wessel-Kampflied“ politisiert werde. Anlässlich der Beerdigung eines 16-Jährigen, der wie alle inzwischen der Hitlerjungen (HJ) angehörte und angehören musste, verhinderte er zudem den geschlossenen Aufmarsch von HJ-Formationen in Uniform.

Der Konflikt im folgenden Jahr 1938 füllte die inzwischen „gleichgeschaltete“ Ortspresse und führte im Frühjahr zu einem Ermittlungsverfahren gegen den standhaften Pfarrer: Der *„seltsamen Haltung eines Pfarrers bei der Beerdigung des Pg. Möcklinghoff“* widmete die Recklinghäuser Zeitung, damals *„Nationales Heimatblatt“* (22.02.1938), einen Beitrag über die *„Begleitumstände [...] die den höchsten Unwillen der gesamten*

Bevölkerung hervorgerufen haben.“ Nach einem schweren Unfall sei der Pfarrer der Bitte der Angehörigen nachgekommen und habe die „*letzte Ölung*“ gespendet. Danach habe er aber ein kirchliches Begräbnis verweigert, da Anton Möcklinghoff geschieden und danach wieder verheiratet gewesen sei. Tatsächlich sah das kanonische Recht den Bruch des Ehesakraments als Ausschlusskriterium für die Spendung weiterer Sakramente wie auch einer kirchlichen Beerdigung vor.

Das wusste auch der RZ-Redakteur, der unter der ironischen Überschrift „*Pfarrer Althoff übt christliche Nächstenliebe*“ dann die „*Inkonsequenz*“ anprangerte, „*dem Sterbenden zwar noch ein Sakrament der Kirche*“ zu spenden und dann die Beisetzung zu verweigern. Der Konflikt weitete sich aus, weil damit auch die Beisetzung auf dem katholischen Friedhof nicht stattfinden konnte.

Die „National-Zeitung. Organ des Gaus Westfalen-Nord der NSDAP“ vom gleichen Tag holte in ihrem Beitrag über den „*in nationalsozialistischen Kreisen unangenehm bekannten Pfarrherrn*“ noch weiter aus und erinnerte daran, dass ihm „*die staatliche Aufsichtsbehörde seinerzeit schon die Ermächtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts entziehen mußte.*“

Im Ergebnis habe sich die „*gesamte Bevölkerung der Hillerheide mit der Partei vereinigt*“ und der Verstorbene sei unter „*überwältigend starker Beteiligung*“ auf dem benachbarten Kommunalfriedhof, dem späteren „Zentralfriedhof“ beigesetzt worden: „*Der Tote ruht jetzt, wie ein Sprecher der Partei am Grabe sagte, weder in katholischer noch in protestantischer, sondern in heiliger, deutscher Erde.*“



Zwei Wochen später, am 6. März 1938, setzte die National-Zeitung noch einmal nach. Inzwischen war in allen katholischen Kirchen des Dekanats Recklinghausen eine Erklärung des Bistums verlesen worden, die der Presse eine Verdrehung der Tatsachen vorwarf.

Die NZ reagierte unter dem Titel *„Notwendige Stellungnahme zu einem Kanzelbrief im Falle des Pg. Möcklinghoff“* mit der Schlagzeile: *„Bei der Wahrheit bleiben, Pfarrer Althoff!“* Ihre Wiederholung der Vorwürfe gegen *„die herausfordernde Entgleisung dieses seltsamen Kirchendieners“* mündete in einer unverhohlenen Drohung:

„Was sich dabei vor allem zu einem unerträglichen Zustand auswächst, ist die Verweigerung der Grabstätte auf dem Friedhof, ein Problem, das in unserem Gebiet um so mehr zu einer klaren Entscheidung drängt, als erst wieder in diesen Tagen im Fall des verstorbenen Ehrenzeichenträgers K e i m e l erneut offenbar wurde, daß auch evangelische Geistliche gewillt sind, ihre Besitzmachtstellung in der Frage der Friedhöfe rücksichtslos zu gebrauchen und auszunutzen.“

Dass es der NS-Propaganda nicht um ein menschliches Schicksal ging, sondern der Vorwurf gegen den Pfarrer einen machtpolitischen Hintergrund hatte, macht die Urteilsbegründung vom 24. September 1940 deutlich, die seine „Vergehen“ summiert.

Als Gastwirt der Traditionswirtschaft „Zum Kronenwirt“ war „Pg.“ Möcklinghoff für die NSDAP von besonderer Bedeutung. Dem Pfarrer sei es *„in Wirklichkeit“* darum gegangen, *„die große Anteilnahme der Partei“* auf dem Friedhof zu verhindern.

Eskalation, Haft und Verurteilung 1940

Auch für die Festnahme, das Strafverfahren und die Haftstrafe 1940 von Pfarrer Althoff war der Streit um die politische Instrumentalisierung bei einer Beisetzung der Auslöser. Die Unterlagen lassen aber keinen Zweifel daran, dass es der Partei jetzt um eine endgültige Schlag gegen einen unbequemen Mahner ging.

Im Frühjahr 1940 wurde ein Belegschaftsmitglied des Reichsbahnausbesserungswerks begraben. Das Areal an der Maybacher Heide war seit der Gründung 1909 der bedeutendste Arbeitgeber im Stadtteil Hillerheide

und der Umgebung und als Eigentum einer staatlichen Einrichtung schnell „gleichgeschaltet“ worden.

Nach der Beisetzung, der Grabrede und dem Segen auf dem katholische Friedhof hatte Pfarrer Althoff wie üblich die Trauergemeinde verlassen. Daraufhin ergriff der NSDAP-Ortsgruppenleiter Bialek zu einer großen Ansprache das Wort.

Einige Wochen später traf Pfarrer Althoff ihn am 26. April auf dem Gertrudisplatz. Der war inzwischen wie die Gertrudisstraße von den Nationalsozialisten umbenannt worden - ein Menetekel der besonderen Art: Die Erinnerung an St. Gertrudis, die menschenfreundliche Patronin der Nächstenliebe, war ersetzt worden durch den Namen einer Symbolfigur brutaler Gewalt. Der österreichische Nationalsozialist Otto Planetta hatte 1934 beim gescheiterten NSDAP-Putsch in Wien den damaligen Bundeskanzler Dollfuß angeschossen und mitleidlos verbluten lassen. Auch die NSDAP-Ortsgruppe Hillerheide hatte ihr Domizil nun am Otto-Planetta-Platz 8.



NZ-Schlagzeile vom 10. April 1940 (Presseauszüge aus: Zeitungsarchiv Institut für Stadtgeschichte Recklinghausen)

Hier trafen nun Priester und Ortsgruppenleiter aufeinander. Der Pfarrer warf ihm den Missbrauch einer religiösen Veranstaltung und „Hausfriedensbruch“ auf dem katholischen Friedhof vor. Für Franz Bialek war es wichtig, die persönlichen Äußerungen des Pfarrers bei ihrem Disput zu

notieren und weiterzuleiten. Es sei ihm, so notierte er Althoffs Worte, „*unverständlich, daß Leute einem Phantom und einzelnen Menschen [...] nachliefen.*“ Angesichts des am 1. September 1939 begonnenen Weltkriegs hatte er geäußert: „*Ich kann nicht verstehen, dass die heutige Reichsregierung herkommt und einen grausamen Krieg in ein unschuldiges Land hineinträgt. Wir sehen es im Norden.*“ Hatte der Krieg am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnen, waren nun drei Wochen zuvor auch Dänemark und Norwegen überfallen und besetzt worden. Was die Gemeinde so erschütterte, war, daß bis zum Regimeende 235 Mitglieder aus der Kirche austraten: „*Hitlergeist, Hitlergruß und Hitlerbilder waren auch in unserer Gemeinde an der Tagesordnung.*“⁶ Einige leisteten Spitzeldienste, darunter auch der Ortsgruppenleiter, ehemals ein Vorstandsmitglied des Katholischen Jünglingsvereins.

Verfahren wegen „Heimtücke“

Das Gespräch führte im Mai 1940 zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen „Heimtücke“. Am 4. Juni 1940 wurde der Pfarrer durch die Gestapo verhaftet und dem Amtsrichter vorgeführt. Danach nahm ihn die Gestapo bis zur Hauptverhandlung in „Schutzhaft“. Althoff saß im Polizeigefängnis im Polizeipräsidium Recklinghausen ein. Erst über drei Monate später, am 24. September 1940, folgte die Verhandlung vor dem Sondergericht Dortmund.

Dabei stellte sich heraus, dass die NSDAP inzwischen weitere Straftatbestände gesammelt hatte: So habe der Pfarrer im Februar 1940 einen Pg. aufgesucht, der den Kirchenaustritt seiner Kinder erklärt habe. Auf die Frage, ob er dies mit seinem Gewissen vereinbaren könne, habe der darauf verwiesen, wie viel er Hitler verdanke. Der Pfarrer wird dann in den Gerichtsakten mit den Worten zitiert. „*Warum können Millionen Menschen, die dem Führer nachlaufen, nicht unserem Herrgott nachlaufen.*“ Danach soll er – in Anspielung auf den „*Kulturkampf*“ des preußischen Staates gegen die Kirche – erklärt haben: „*Adolf Hitler geht es genauso wie Bismarck. Bismarck hat sich auch das Genick gebrochen.*“ Althoff bestritt dieses Zitat, das vom Zeugen erst bei der Verhandlung vorgetragen wurde, doch das Gericht sah es als erwiesen an.

Auf die inzwischen begonnene Kirchenaustritts-Kampagne der Partei scheint Pfarrer Althoff mit Hausbesuchen reagiert zu haben. So habe er

⁶ Bericht der Pfarrei St. Gertrudis am 25.09.1946, Bistumsarchiv Münster GV NA, Büro GVm A 101-15

auch im März einen Pg. und Blockleiter aufgesucht. Erstes Vergehen: Auf den Gruß „*Heil Hitler*“ antwortete der Pfarrer mit „*Guten Tag*“ und fragte dann: „*Was habt Ihr da für Dummheiten gemacht?*“ Auf seine Nachfragen nach der Erziehung der Kinder und dem Glauben an Gott antwortete das NSDAP-Mitglied mit der Gegenfrage nach dessen Einstellung zum Nationalsozialismus: „*Davon halte ich nicht viel*“, lautete die klare und offene Antwort des Pfarrers.

Auch die aufgezählten Erfolge Hitlers für die Arbeitslosen hätten ihn nicht beeindruckt: „*Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Einführung des Arbeitsdienstes und die Schaffung von Autobahnen waren von der Regierung vor der Machtübernahme fertig. Hitler brauchte diese Pläne ja nur auszuführen.*“ Das war zwar eine sachlich zutreffende, aber auch sehr mutige Aussage. Denn gerade die Propaganda um die „*Straßen des Führers*“ (NZ 19.05.1935) waren auf der Hillerheide auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Spatenstich für die A 2 war am 21.03.1934 von Gauleiter Dr. Meyer bei Schloss Berge zelebriert worden. Unter den 800 Arbeiter des Streckenabschnitts, der auch durch den Ortsteil Hillerheide ging und hier eine Abfahrt erhielt, befanden sich 300 Recklinghäuser Erwerbslose, die gegen einen kleinen Lohn und eine unentgeltliche Mahlzeit die schwere Arbeit verrichteten.

Das Reichsbahnausbesserungswerk auf der Hillerheide war dann am 17. Dezember 1937 Ort der Großkundgebung mit 3500 „*Schaffenden an den Straßen des Glaubens*“ zur Einweihung, bei der Meyer den Bau als „*Weihnachtsgeschenk*“ Hitlers vorstellte. Kaum ein Jahr später folgte am 12.11.1938 eine grandios inszenierte Feier der Fertigstellung des Abschnitts bis Bielefeld mit Generalinspekteur Fritz Todt, der durch Jubelspaniere der Hitlerjugend durch die Stadt fuhr.⁷

Die Verurteilung Althoffs erfolgte aufgrund von §2, Absatz 2 und 3 des „*Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform*“ vom 20.12.1934. Darunter fielen laut Absatz 2 die „*öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen...*“.

⁷ Vgl. Helmut Geck, Georg Möllers, Jürgen Pohl, *Wo du gehst und stehst... Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933 bis 1945*, hg. vom Verein für Orts- und Heimatkunde und der VHS Recklinghausen, Recklinghausen 2002, S. 98-100

Entsprechend „würdigte“ das Urteil den Angeklagten als „*ausgesprochenen Gegner der NSDAP. Und damit auch der Reichsregierung*“, der ein „*erträgliches Verhältnis*“ zur NS-Ortsgruppe „gestört“ habe. Seine Äußerungen wurden als „*böswillig, gehässig und hetzerisch*“ gewertet, zumal er den Führer „*in ungehöriger Weise herabgewürdigt*“ habe. Dies in allen drei Fällen, in Bezug auf den Krieg, den Bismarckvergleich, den Krieg und das „*Große Aufbauwerk*“. Bei der Strafbemessung wurden die Wertung des Krieges mit 5 Monaten, die Gespräche mit den beiden Zeugen mit jeweils drei Monaten Haft berechnet. Unter Berücksichtigung des Alters wurde Pfarrer Althoff zu sieben Monaten Haft verurteilt. Bemerkenswert für die „Unabhängigkeit der Richter“ ist auch der Hinweis in der Urteilsverkündung, dass das Reichsministerium der Justiz die Strafverfolgung angeordnet habe.

Mit Ausbruch des Krieges waren offiziell zunächst kirchenfeindliche Übergriffe zurückgeführt worden. Im Gegensatz zur Pressekampagne 1938 werden Verhaftung und Verurteilung nun totgeschwiegen. Deutschland hat den Westfeldzug begonnen. Am 4. Juni 1940 fand sich in beiden Zeitungen die Todesanzeige des 21-jährigen Günter Ehling aus Suderwich, der bei Sedan gefallen war.



RZ-Schlagzeile, 5. Juni 1940

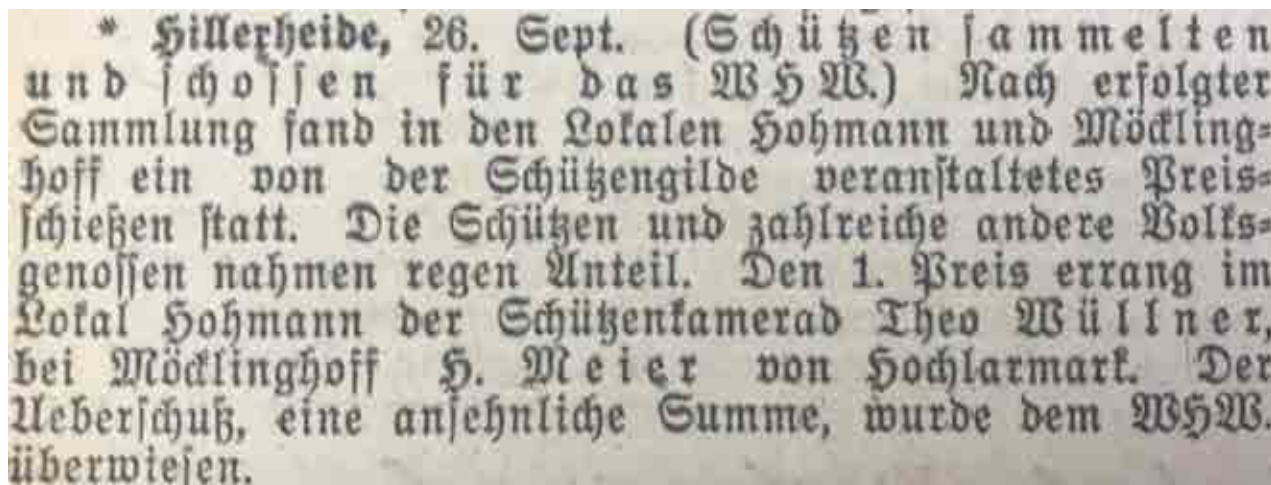
Am Tag nach der Verhaftung verkündet die RZ einen Sieg geradezu „biblischen Ausmaßes“. Die Armeen Frankreichs und Belgiens sind geschlagen; die Briten hatten ihre Truppen bei Dünkirchen mit knapper Not über

den Ärmelkanal retten können. Die Leserschaft der RZ sollte mit dem Titel offenbar an das alttestamentliche Exodus-Ereignis („*Ross und Reiter warfer ins Meer*“, Ex 15,1) erinnert werden. Dazu passte die Notiz über das 25jährige Priesterjubiläum von Pfarrer Wähning im Prosper-Hospital besser in die gewollte Stimmung.



NZ-Schlagzeile am Urteilstag, 24.09.1940

In den Wochen um den Prozesstag jubelte die Propaganda die „Luftschlacht um England“ hoch. Der Sieg über den letzten Feind war danach in Sichtweite. Eine kleine Notiz über den Ortsteil Hillerheide war dem Preisschießen der Schützen für das Winter-Hilfswerk (WHW) gewidmet.



Recklinghäuser Zeitung, 26.06.1940

Prozess und Verurteilung fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die „Schutzhaft“ für den nunmehr Verurteilten wurde formell aufgehoben und umgehend in die angeordnete Haftstrafe umgewandelt. Diese Haftzeit im berüchtigten Gestapo-Gefängnis Recklinghausen, die Schikanen und Demütigungen und der Prozess hatten den 64-jährigen müde gemacht. Als er den Forderungen der NS-Führung nach Aufgabe der Pfarrstelle nachgab, wurde er im Laufe des Dezembers aus der Haft entlassen.

Die NSDAP hatte die „Machtfrage“ im Ortsteil eindeutig entschieden. Pfarrer Josef Althoff musste Recklinghausen verlassen, wurde Hilfspfarrer in der kleinen Gemeinde Herongen am Niederrhein und 1952 Seelsorger im Franziskus-Hospital. Er starb am 08.11.1952 im Alter von 76 Jahren.

Das unübersehbare Hochkreuz auf dem Katholischen Friedhof Hillerheide, vor dem sich alljährlich Gläubige und Angehörige der im Jahr Verstorbenen am Fest Allerheiligen zum Totengedächtnis und zur Gräbersegnung versammeln, wirkt zugleich wie ein Vermächtnis von Pfarrer Althoff.



Er hatte es am Allerheiligentag 1930 geweiht, konnte aber nicht dort neben den anderen Pfarrern und Gemeindegewestern beigesetzt werden.

Hochkreuz auf dem Katholischen Friedhof (Foto: G. Möllers)

Vor dem Aufgang zum Kreuz mahnen Namenstafeln der Gefallenen an das Grauen des Zweiten Weltkrieges.

Der offene und mutige Protest von Pfarrer Joseph Althoff, der entgegen der propagandistischen Euphorie von Hitlers „Blitzkriegen“ die

Gewaltakte als „*einen grausamen Krieg*“ kritisiert hatte, der „*in ein unschuldiges Land*“ getragen wurde, hatte ihn vor Gericht und ins Gefängnis gebracht. So sind die Toten zugleich eine Erinnerung an den Pfarrer, der auch sie vor dem Schicksal hatte bewahren wollen.

© *Georg Möllers*

Diese PDF-Datei ist Bestandteil des Online-Gedenkbuchs der Stadt Recklinghausen „Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945“:

www.recklinghausen.de/gedenkbuch

Reinhold Friedrichs: Verhaftet in Essel – KZ Dachau

Der 7. März 1941 ist eine weitere Zäsur für die Esseler Bevölkerung und die katholische Gemeinde Heilig Geist.

Um 9.00 Uhr morgens wird Reinhold Friedrichs im Pfarrhaus von zwei Beamten der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet. Eingeladen hat die Gemeinde den charismatischen Priester und überzeugenden Prediger zu einer „religiösen Woche“. Die mehrmaligen Predigten und Gottesdienste pro Tag waren mehr als gut besucht.

Ein engagierter Priester ...

Was viele Esseler nicht ahnen: Reinhold Friedrichs steht seit Jahren auf der Gestapo-Überwachungsliste. Am 8. Mai 1886 in Hüls bei Krefeld geboren, begann er nach dem Besuch von Gymnasien in Kempen, der Gaesdonck und in Viersen mit dem Theologiestudium und wurde am 1. Juni 1912 in Münster zum Priester geweiht. Nach mehreren Stationen übernimmt er in Münster St. Ägidien die Jugendarbeit. Er war eine charismatische Persönlichkeit: *„Krumme Str. 46: für wen war diese Anschrift kein Begriff, für den einen Zuflucht in der Not, für den anderen eine Stätte moralischer Aufrichtung und Auffrischung, für andere eine Heimat, und für viele, für sehr viele eine Möglichkeit materieller Hilfe...“*¹, erinnerte sich ein Arbeitsloser: Gerade wegen seines guten, unmittelbaren Kontakts zu jungen Menschen wurde er auch Religionslehrer an den Berufsschulen der Stadt und war Geistlicher Beirat der großen katholische Sportorganisation DJK.

... im Konflikt mit dem NS-Regime



Bereits 1935 war das Regime gegen den bekannten Priester vorgegangen. Der Regierungspräsident entzog ihm am 6. September 1935 zunächst die Unterrichtserlaubnis, *„da Sie nicht die Gewähr dafür bieten, die religiöse Betreuung der berufstätigen Jugend im Sinne des nationalsozialistischen Staates durchzuführen...“*² Weiter hieß es, dass er *„im Gegensatz zu den Richtlinien des Erlasses vom 16. Juni 1934“* *„alles unterlassen“* habe, *„was die Erziehung der Jugend zum Dienst an Volk und Vaterland im nationalsozialistischen Geist fördert.“*

(Foto: Bistumsarchiv Münster)

Der NS-Führung genügte dies nicht. Schul- und Regierungsrat Friedrich Reimpell, zugleich Gauamtsleiter den Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), ging nun

¹ Zitiert nach Christian Frieling, Priester aus dem Bistum Münster im KZ, Münster 1992, S. 90

² BAM, Nachlass Friedrichs, A2

konspirativ und systematisch gegen ihn vor. Am 5. Februar 1934 hatte der Staats- und Parteifunktionäre Reimpell bei einer Großveranstaltung mit Lehrkräften im Recklinghäuser Saalbau seine Gesinnung offen formuliert:

„Durch falsches Christentum suchte man den germanischen Menschen in seiner Seele zu töten. Seit 2000 Jahren besteht der Kampf zwischen Germanentum und jener Clique, die in falscher Beurteilung ... oder aber im Mißbrauch des Christentums Eine Priesterherrschaft errichten wollen, um das deutsche Volk beherrschen zu können.“³

In Friedrichs sah er genau diese Gegnerschaft personifiziert und so forderte er am 10. Oktober 1935 in einem Rundschreiben unter der Überschrift *„Persönlich !!! Vertraulich !!!“⁴* dazu auf, den *„wegen politischer Unzuverlässigkeit“* suspendierten Friedrichs zu denunzieren und die Berufsschüler auszufragen, was er bei seinen Vorträgen und Treffen mit katholischen Jugendverbänden gesagt habe.

Unter den Rückmeldungen findet sich immer wieder *„seine systematische und ich muß sagen sogar manchmal raffinierte Umgehung des Hitlergrußes“* und sein Einfluss auf die Jugend: *„Die verhältnismäßig geringe Zahl von ca. 40 Prozent Hitlerjungen an der Berufsschule ist m.E. auf das Konto von Friedrichs zu schreiben.“* Eine (übrigens ebenfalls katholische) Ex-Kollegin kritisierte, dass er ihre von System und Schulleitung geforderte Werbeaktion für den BdM (Bund deutscher Mädel) als *„geistigen Terror“* bezeichnet habe.

Besonders aussagekräftig sind vor allem auch ihre Offenlegung des Konflikts um weltanschauliche Grundsätze. Ein akuter Gegensatz betraf das sogenannte „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. Es legalisierte offiziell Zwangssterilisierungen und traf auf den Widerstand der Kirchen: *„Friedrichs gab mir noch eine Broschüre „Sterilisation und Seelsorge“ (Beuroner Kunstverlag)⁵, die ich Sabotage des Sterilisierungsgesetzes bezeichnen mußte und dem Direktor unserer Schule ausgehändigt habe.“*

Auch der Rassismus, eine Kern der NS-Ideologie, wurde von ihm offen verurteilt: *„Friedrichs stellte klar, daß der Katholik nie den Primat des Blutwertes annehmen könne.“* Deshalb habe er auch ihre direkte Frage, ob man als Katholik Nationalsozialist sein könne, klar beantwortet: Die NS-Ideologie sei eine *„Häresie“*, eine Irrlehre, die konträr zur christlichen Botschaft stehe.

Für die NSLB-Gauamtsführung stand als Ergebnis am 6. November 1935 fest, dass das ehemalige Mitglied der katholischen Zentrumspartei (1922-33) als einflussreicher *„Spiritus rector“* der katholischen Jugend im Widerstand gegen die Gleichschaltung auch aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen war.

Das Mittel dazu hatte sich die NSDAP am 7. April 1933 mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ geschaffen hatte. Auf dieser Basis wurden

³ Zitiert nach: Georg Möllers, Der nationalsozialistischen Kirchenkampf und der Recklinghäuser Katholizismus, in: 1200 Jahre Christliche Gemeinde in Recklinghausen, hg. von Georg Möllers und Richard Voigt, Recklinghausen 1990, S. 221-240, S. 226

⁴ BAM, Nachlass Friedrichs, A5 auch zu den folgenden Dokumenten. Sie sind z.T. abgedruckt in: [Reinhold Friedrichs – Blockvater im KZ Dachau auch für Karl Leisner \(33\) | IKLK - Internationaler Karl-Leisner-Kreis](#) (15.02.2022)

⁵ Der Verlag gehörte der Benediktinerabtei Beuron.

politische Gegner und Juden aus dem Dienst entfernt, so nun auch Reinhold Friedrichs am 21. Januar 1936.

Das Jahr 1935 hatte im Zeichen der reichsweiten „Entkonfessionalisierungskampagne“ gestanden. Ziel war es, die Kirche und ihre gesellschaftlich, sozial und politisch aktiven Aktivitäten und Verbände aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Im Jahr 1941 waren die katholischen Verbände längst der Mischung aus NS-Propaganda, Ausgrenzung und Gewalt erlegen. Die Kirche wurde weitgehend auf den „rein religiösen Raum“, das „Sakristeichristentum“ zurückgedrängt, aber immer noch nicht ideologisch gleichgeschaltet. Da sich das Reich 1941 auf dem Höhepunkt seiner militärischen Erfolge befand, ging die Gestapo nun gegen verschärft gegen Priester vor; allein im Bistum Münster kamen 17 Geistliche ins KZ, im Jahr 1942 weitere zwölf. Dass er von der Gestapo in Münster als „*Propagandachef von Clemens August*“⁶ begrüßt wurde, macht noch ein weiteres Dilemma deutlich. Während die NSDAP die Zugriff auf die Bischöfe auf den „Endsieg“ verschob, wurden sie durch die Inhaftierung ihrer Priester unter moralischen Druck gesetzt.

Insofern ist nicht eindeutig geklärt, ob die Esseler Predigt vom 8. März 1941 den Ausschlag gab. Franz Hüls (1900-1979), ab 1940 dritter Pfarr-Rektor der Gemeinde Hl. Geist und 1949-1953 erster Pfarrer in Essel, bezweifelte später, dass diese letzte Predigt oder die Religiöse Woche „*der unmittelbare Anlass zu der Verhaftung*“ war: „*Die Gestapo-Beamten wussten nicht, dass Friedrichs in Essel war. Sie sind zuerst in Recklinghausen St. Peter gewesen und haben sich bei dem damaligen Propst Walgern nach Friedrichs erkundigt.*“ Auch seine Haushälterin vermutete hinter der Kritik an der Predigt einen Vorwand. Am 21. März 1941 schrieb Katharina Niehaves nach Essel: „*Das Maß sei jetzt voll gewesen, also musste er verschwinden, damit er nicht mehr so viel Gutes wirken konnte.*“



*Esseler
Notkirche
Hl. Geist
1921-52*

*(Foto:
Stadtarchiv)*

⁶ BAM Bilderkartei, Beschriftung auf der Rückseite

Möglicherweise suchte die Gestapo zur geplanten Festnahme einen Ort, wo ihre Aktion weniger Aufsehen erregte als in Münster oder auch in Bocholt, wo Friedrichs acht Jahre als Kaplan gewirkt hatte und nun im direkten Anschluss an die Tage in Essel eine „religiösen Woche“ hatte abhalten wollen.

Verhaftung bei der „religiösen Woche“ in Essel

Was das Aufsehen angeht, war die Rechnung auch in der Bauernschaft nicht aufgegangen.⁷ Erst am 24. Juli 1921 hatte in Essel eine ehemalige hölzerne Militärbaracke als „Notkirche“ eingeweiht werden können; eine Schiffsglocke in einem Holztürmchen rief zum Gottesdienst. Ihr Rektor Franz Hüls erinnerte sich an die außerordentliche Ausstrahlung von Reinhold Friedrichs:

Seine Ankündigung von sechs (!) Predigten und einer Andacht täglich im Zeitraum vom 2.-9. März 1941 „erregte viel Kopfschütteln“. Tatsächlich habe die Zahl der Teilnehmer aber täglich zugenommen. „Auf meine Frage, ob er [Friedrichs] das die ganze Woche so wohl durchhalten würde, sagte er: `Wir wissen nicht, wie wenig Zeit wir noch haben` Am Samstag, dem 8. März, hielt Friedrichs eine ergreifende Predigt über das Priestertum. Inhalt der Predigt waren die Kreuzwegstationen eines Priesters im Gefängnis. Es war seine letzte Predigt. Um 9.00 Uhr wurde er verhaftet.“

Rektor Hüls weiter: „Bei meinem Eintritt sagte (Friedrichs): `Ich will mich noch eben verabschieden. Diese beiden Herren sind von der Gestapo aus Münster. Ich muss sofort mit ihnen nach Münster fahren.` Die beiden Männer wiesen sich dann auch mir gegenüber als Beamte der Geheimen Staatspolizei aus und sagten, die Sache müsse möglichst unauffällig gemacht werden. Darum sei die sofortige Abreise notwendig. Ich sagte zu Friedrichs, dann möchte er noch eben mit in den Unterrichtsraum gehen und sich von den Kindern verabschieden. Das wurde nicht gestattet. Ich konnte auch kein weiteres Wort mehr mit Friedrichs sprechen, er wurde ohne Säumen abgeführt. Ich benachrichtigte sofort den Dechanten das Generalvikariat und den Pastor von Bocholt St. Georg, wo Friedrichs an jenem Abend eine Religiöse Woche beginnen sollte.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht durch die Gemeinde. Allgemeine Bestürzung ergriff die Leute. Zur Schlussfeier der Männer, die am Abend um 19.00 Uhr stattfinden sollte, war die Kirche mit Männern ganz gefüllt. Als ich aus der Sakristei kam und die große Schar der Männer sah, kam es mir von neuem mit voller Wucht zum Bewusstsein, was die Verhaftung Friedrichs‘ bedeutete. Ich habe den Männern kurz das Geschehen mitgeteilt [...]. Wir haben dann den schmerzhaften Rosenkranz⁸ und die Litanei vom Leiden Christi gebetet. Mit dem priesterlichen Segen habe ich die

⁷ BAM: Generalvikariat NA, Büro GV, A 101-15: Recklinghausen-Essel

⁸ Das Rosenkranzgebet bedenkt in verschiedenen Schwerpunkten das Leben Jesu. Der „schmerzhafteste Rosenkranz“ erinnert in fünf Stationen seinen Leidensweg bis zum Tod am Kreuz. Mit diesem Gebet nach der Verhaftung von Friedrichs setzte die Gemeinde in eindrucksvoller Weise seine Predigt über den „Kreuzweg“ inhaftierter Menschen fort.

*Männer entlassen. Am andern Morgen war die Kirche zur Frühmesse ganz mit Männern gefüllt. Alle gingen zu hl. Kommunion.*⁹

Er hielt auch die Reaktion der Bauernschaft fest: *„Die Religiöse Woche hatte einen jähen Abschluss gefunden. Aber Friedrichs blieb in ehrender Erinnerung. Die Nazis waren zuerst sehr kleinlaut. Die Leute wagten aber nicht, ausserhalb der sicheren vier Wände Missfallen zu äußern. Die Leute sind hier viel furchtsamer als ich es in Duisburg gewohnt war.“* Er erwähnt aber auch messbare Indikatoren für die Reaktion der Bevölkerung: Die Zahl der sonntäglichen Kirchenbesucher stieg von 400 auf 500, die Werbung für das St. Paulus-Blatt, die Nachfolgezeitung des 1937 verbotenen Kirchenblatts steigerte die Auflage in Essel um 100 auf dann 270 Exemplare. Übrigens wurde im Juli 1941 wurde auch dieses letzte kirchliche Druckerzeugnis verboten.

Noch Jahrzehnte später beim Ortsjubiläum im Jahr 2000 war die Verhaftung im Gemeindegedächtnis präsent: *„In Essel und im Münsterland rief dieses furchtbare Ereignis große Empörung hervor. Als Bekenner der Kirche nahm Friedrichs während der Missionswoche 1941 Stellung zu den Missständen der Nazis, zu ihren sittlichen und moralischen Verfehlungen. Dies brachte die Geheime Staatspolizei in Wut und sie entledigten sich ihm durch Verhaftung und Einlieferung ins KZ.“*¹⁰

Nach vier Jahren KZ-Haft wieder in Essel 1946

Der inhaftierte Reinhold Friedrichs wurde zuerst zunächst von der Gestapo in Münster am Syndikatsplatz verhört. Am 17. März um 5.58 Uhr erfolgte der Transport in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg, wo er am 22. März eingeliefert wurde. Am 12. September 1941 wurde er in das KZ Dachau überstellt, zuletzt in Block 26/2, einem der „Priesterblocks“. Denn seit 1940/41 wurden in Dachau über 2700 Geistliche aus 21 Nationen inhaftiert, darunter zu einem Großteil katholische Priester aus Polen. Unter den 441 deutschen Geistlichen waren 411 katholisch. Friedrichs überlebt die KZ-Haft und wird am 5. April 1945 entlassen.

Bischof Clemens August von Galen ehrte ihn am 4. Oktober 1945 stellvertretend für die Priester in der KZ-Haft mit der Ernennung zum Domkapitular. Die Esseler Gemeinde lud ihn erneut ein. Bei dieser „Religiösen Woche“ vom 17.-24. Februar 1946 waren sie beeindruckt von der *„Ausdruckskraft seiner im KZ verfassten Verse“*. Auch Friedrichs selbst hatte ausdrücklich den Wunsch geäußert, seine Mission nach vier Jahren fortzusetzen.¹¹ An seiner Beisetzung nach dem Tod am 28.07.1964 nahmen Tausende Münsteraner teil.

(© Georg Möllers)

Diese PDF-Datei ist Teil des Opferbuches im Städtischen Gedenkbuch „Herrschaft, Verfolgung und Widerstand 1933 – 1945 in Recklinghausen“: www.recklinghausen.de/gedenkbuch

⁹ Die Teilnahme an der Kommunion war vor dem II. Vatikanum sehr selten, da die Ehrfurcht im Vordergrund stand und damit eine innere Vorbereitung (Nüchternheitsgebot, Beichte). Insofern war auch dies ein deutliches Zeichen – in einer religiöser Ausdrucksform.

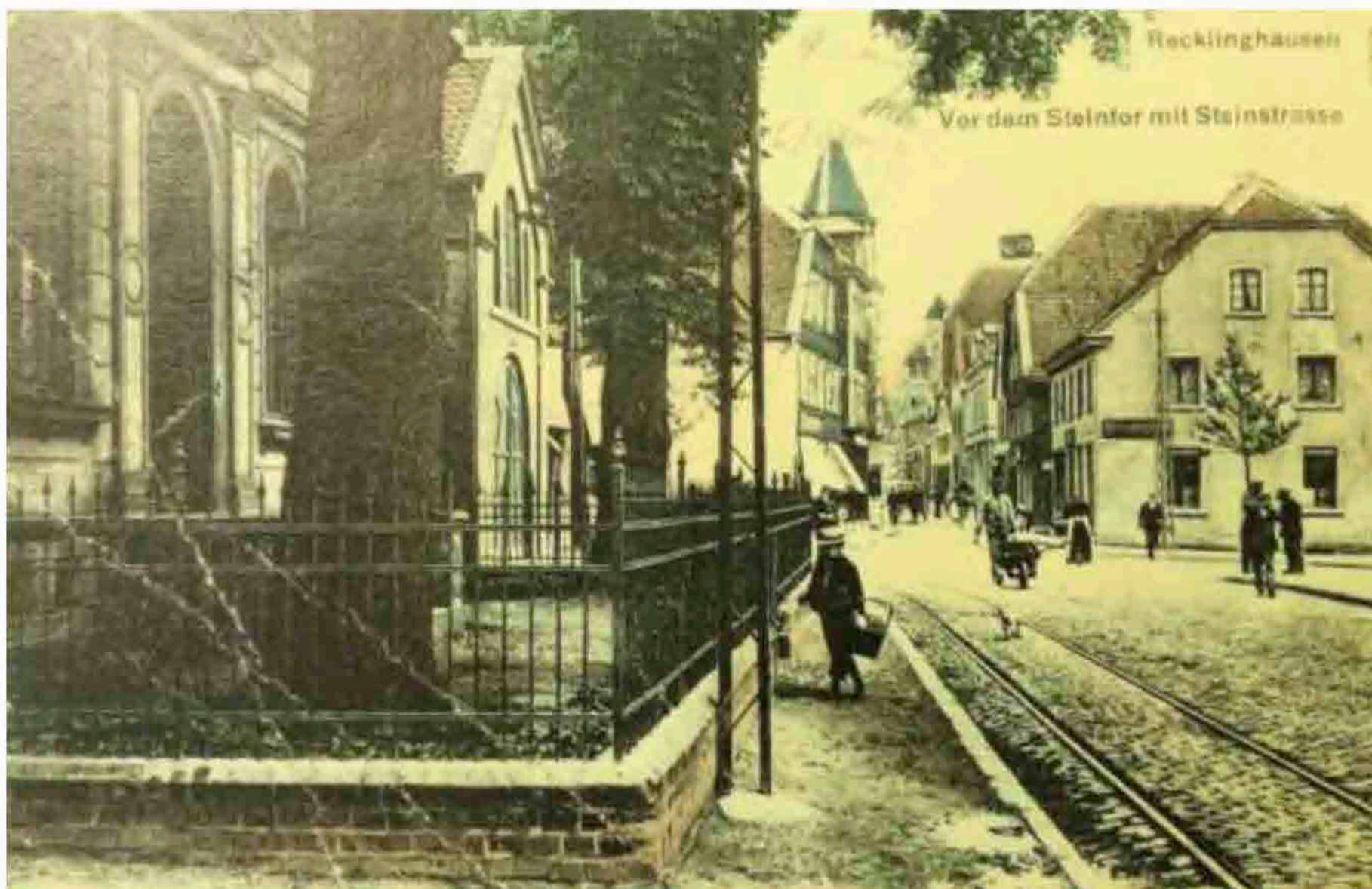
¹⁰ 850 Jahre Bauernschaft Essel. Chronik, hg. v.d. G. Hilbring im Auftrag der Interessengemeinschaft 850 Jahre 850 Jahr Essel, Recklinghausen 2000, S. 117

¹¹ Vgl. 850 Jahre Bauernschaft, a.a.O., S. 117

Biographie:

Gertrud Schüermann – „gestorben fern von ihren Angehörigen“

Die mutige Todesanzeige der Brüder von Gertrud Schüermann ist das letzte Zeugnis ihres „Erdenwanderns“, das der Totenzettel als „für sie und ihre Nächsten eine harte Prüfung und ernste Mahnung, voll Kummer und Leid“ beschreibt. Auch die Abbildung des Christus am Ölberg aus dem Dom zu Münster auf der Vorderseite gibt einen Hinweis auf die letzte Lebensprüfung: „Als Jesus in Todesangst überfiel, betete er noch inständiger: Vater, nicht mein, sondern dein Wille geschehe“ (Lk 24,5).



Haus Hertener Str. 2 (vorne links): Blick von der Hertener Straße über das Steintor in die Steinstraße mit der Gastwirtschaft Fegeler rechts (heute: Kath. Jugendzentrum Areopag) um 1909 (Sammlung Wissmann, Institut für Stadtgeschichte Recklinghausen)



Ehemalige **Hertener Str. 2**
Heute: Hertener Str. / Herzogswall

Gertrud Schüermann in Warstein (Foto: Bundesarchiv)

Dass Gertrud Schüermann „*in Todesangst*“ und „*fern von ihren Angehörigen*“ sterben musste, hatten ihre Brüder Johannes (*1904) und Hermann (*1905) nicht verhindern können. Gertrud war am 18. September 1910 als jüngstes Kind der Eheleute Gustav (*1848) und Maria Schüermann, geb. Bödeker (*1868), Hertener Str. 2 geboren worden. Die Mutter starb 1924 in ihrem 14. Lebensjahr. Dieser Verlust belastete sie sehr¹, zumal ihr Vater deutlich älter war. Er starb 1939 im hohen Alter von 91 Jahren 1939, als bei ihr die Krankheit schon ausgebrochen war.

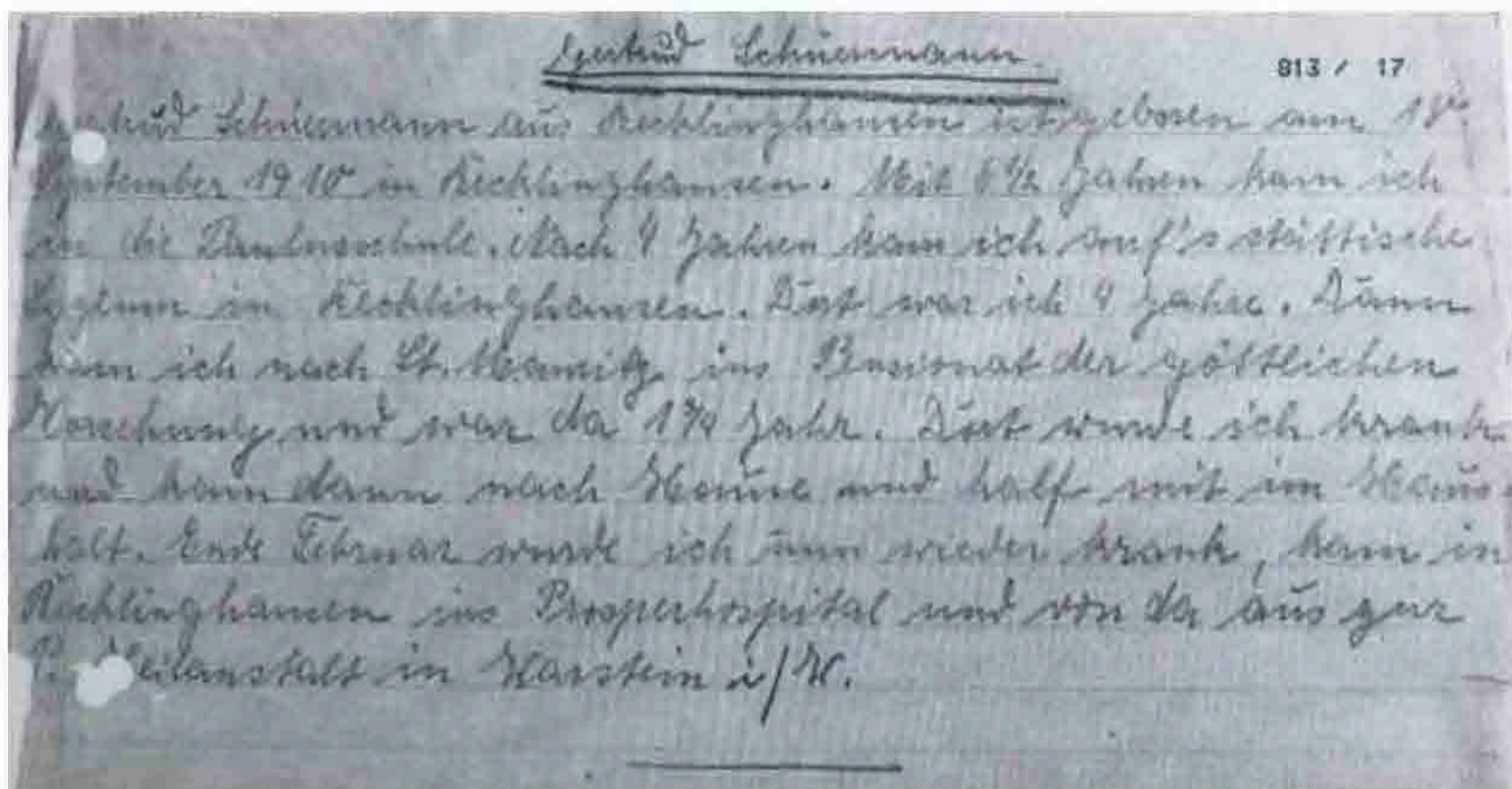
Als Kind galt sie gesundheitlich als „unauffällig“, hatte auch keine Kinderkrankheiten und gute Schulerfolge. Erste, als „leicht“ eingestufte, kurzfristige Symptome traten 1926 – 1927 auf. In einem handschriftlich verfassten Lebenslauf schrieb sie:

Gertrud Schüermann

Gertrud Schüermann aus Recklinghausen ist geboren am 18. September 1910 in Recklinghausen. Mit 6 ½ Jahren kam ich in die Paulussschule. Nach 4 Jahren kam ich auf's städtische Lyzeum in Recklinghausen. Dort war ich 4 Jahre. Dann kam ich nach St. Mauritz ins Pensionat der Göttlichen Vorsehung² und war da 1 ¾ Jahre. Dort wurde ich krank und kam dann nach Hause und half mit im Haushalt. Ende Februar wurde ich immer wieder krank, kam in Recklinghausen ins Prosperhospital und von da aus zur P.Heilanstalt in Warstein i.W.

¹ Das dokumentieren auch die Krankenakten aus Warstein; Bundesarchiv R 179/813

² Die Ordensgemeinschaft der Schwestern von der Göttlichen Vorsehung unterhielten in Münster- St. Mauritz ein Pensionat und eine Schule; heute ist dort das Bischöfliche Gymnasium St. Mauritz.



Provinzialheilanstalt Warstein i.W., Bundesarchiv R 179/813Akte

Am 20. März 1928 wurde Gertrud im Alter von 18 Jahren erstmalig in die Provinzialheilanstalt Warstein eingewiesen, im September 1928 wieder versuchsweise entlassen, dann wieder aufgenommen und am 17. August 1929 als geheilt „endgültig entlassen“³. Eine zweite Aufnahme in Warstein erfolgte am 7. Mai 1930, nachdem sie ab 9. Dezember 1929 in der Heilanstalt Hildesheim gewesen war. Ende Juni 1930 wurde sie als „geheilt“ entlassen. Danach besuchte Gertrud die „Waldschule“ der Ursulinenschwestern in Duderstadt, „wo sie sich als Haushaltungsschülerin in absolut unauffälliger, einwandfreier Weise betätigte.“ Im Anschluss an den mehrwöchigen Weihnachtsurlaub 1930 zuhause kam es wieder zu Verhaltensauffälligkeiten, die zum Aufenthalt in Warstein vom 20. März 1931 bis Januar 1932 führten. Erneut besuchte sie die „Waldschule“ in Duderstadt, ohne dass es zu Komplikationen kam. Dem Besuch zu Hause folgte die erneute Aufnahme in Warstein am 27. Januar 1933. Am 17. Februar 1933 wurde sie versuchsweise entlassen und am 6. Mai 1934 erfolgte der Befund „endgültig als vom Anfall geheilt“, Sie wurde am 17. Mai 1934 entlassen, lebte bei ihrem Vater und besuchte auch Verwandte in Iburg. Ihr fünfte Aufnahme in Warstein erfolgte am 28. Juni 1935.

Im Juni und Juli 1936 vermerkt die Krankenakte nicht nur ein „völlig unauffälliges“ und „geordnetes“ Verhalten, sondern am 22. Juli auch eine Entlassung als „gebessert“ – mit Ziel Münster „zur Sterilisation“: „Diese wurde am 23.VII. 36 dort ausgeführt.“

Gertrud Schürmann war damit erstmalig direkt in das Gefüge der nationalsozialistischen Rasseideologie geraten. Bereits am 14. Juli 1933 war das sogenannte „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beschlossen und ab 1.1. 1934 in Kraft gesetzt worden. Damit sollte, wie es in der amtlichen Begründung im Jargon der NS-Ideologie hieß, „der fortschreitende Verlust wertvoller Erbmasse“ durch „biologisch minderwertiges Erbgut“ verhindert und die „Reinigung des Volkskörpers“ erreicht werden. Es ermöglichte

³ Ebda.

ausdrücklich auch die Zwangssterilisation durch Gerichte oder Amtsärzte und Anstaltsleitungen von Heilanstalten oder auch Gefängnissen. Als „erbkrank“ wurden nicht nur psychische Krankheiten (z.B. Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressive Symptome), sondern z.B. auch erbliche Blind- oder Taubheit definiert. Die Schätzungen über die Zahl der Betroffenen liegen bei ca. 400.000. Wer die Sterilisation von Gertrud Schüermann angeordnet hat, ist nicht bekannt. Sie fand in der Universitäts-Frauen-Klinik in Münster statt, in der sie drei Wochen stationär behandelt wurde, um danach nachhause zu fahren.

Am 13. Februar 1937 wurde sie nach Krankheitssymptomen auf Wunsch des Vaters von einer Cousine nach Warstein gebracht, wo sie bis zum 27. Juni 1941 behandelt wurde.⁴



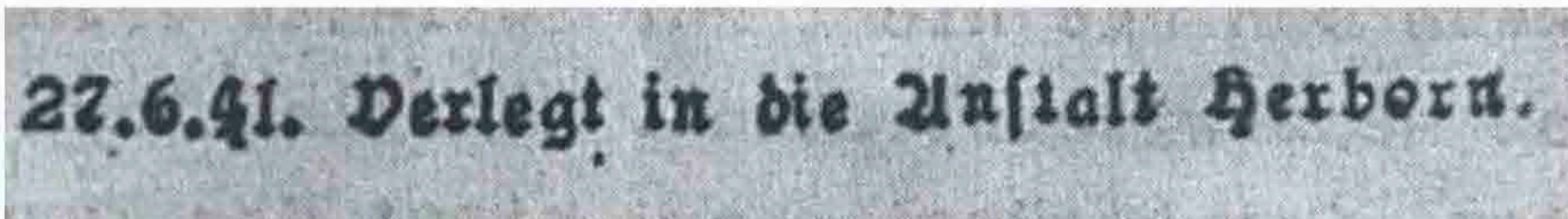
Kaffeetafel in der Frauenabteilung der Provinzial- Heilanstalt Warstein, um 1928 (Foto: W. Löwenstein, LWL-Medienzentrum für Westfalen)

⁴ Auskunft von Hans-Jürgen Höötman/LWL-Archivamt für Westfalen auf der Basis der Aufnahmebücher im Bestand 660/379 (LWL-Klinik Warstein) des Archivs des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, 07.04.2021



Patientenhaus. Frauenabteilung der Provinzial-Heilanstalt Warstein (Foto: W.Löwenstein, LWL-Medienzentrum für Westfalen)

Die dramatischen Begleitumstände ihrer letzten Lebenswochen dokumentieren erhaltene Briefdokumente ihres Bruders Johannes Schüermann, der um ihr Leben kämpfte.⁵



Am 4. Juli 1941 war er von der Provinzial-Heilanstalt Warstein über die Verlegung seiner Schwester in die Landesheilanstalt Herborn informiert worden. Die Krankenakte in Warstein endete allerdings bereits eine Woche vorher mit dem Vermerk „**27.6.41. Verlegt in die Anstalt Herborn.**“ Dieser Vermerk ist fett hervorgehoben, wirkt wie ein Stempel – das schreckliche bürokratische Signal der Endgültigkeit.

⁵ Die durch Pfarrer Theodor Pasch/St. Paulus Recklinghausen am 1.8.1946 beglaubigten Abschriften wurden dem Bericht der Pfarrei an das Bistum Münster beigefügt: Bistumsarchiv Münster A 101-15 Materialsammlung Drittes Reich

Was die Familie nicht wusste: Es handelte sich um einen Sammeltransport von 112 Männern und 123 Frauen, von denen 11 in Herborn starben.⁶ Am selben Tag schrieb Johannes Schürmann einen Brief an den „Direktor der Prov. Heilanstalt Warstein i./W.“:

„Betr.: Fräulein Gertrud Schürmann jetzt in der Landesheilanstalt Herborn (Dillkreis)

Heute erhalte ich von der Landes-Heilanstalt Herborn (Dillkreis) eine gedruckte formularmäßige Mitteilung vom 27.6.41, (das Couvert ist vom 3.7.41. abgestempelt) folgenden Inhaltes:

„Die Kranke Schürmann, Gertrud, geboren am 18.9.10 in Recklinghausen ist am 27.6.41 unserer Anstalt zugeführt worden. Die Verlegung erfolgte auf Grund einer Anordnung des zuständigen Herrn Reichsverteidigungskommissars.

Der Anstaltsdirektor

(ohne Unterschrift)

Es liegt ferner ein kleiner Zettel in Maschinenschrift vervielfältigt mit dem Inhalt:

„Wir teilen Ihnen mit, dass die aus kriegswichtigen Gründen bei den Landesheilanstalten angeordnete Besuchssperre auch weiterhin bis auf weiteres anhält. Landesheilanstalt Herborn/Dillkreis“

Ich erhebe gegen diese Ueberführung Einspruch und beantrage die sofortige Entlassung meiner Schwester aus der Anstalt Herborn zu veranlassen. Das aufzunehmende Krankenhaus, bzw. Der Aufenthaltsort meiner Schwester wird noch von uns bestimmt. Gleichzeitig teile ich mit, dass mein Bruder, Hermann Schürmann aus Recklinghausen, im Einverständnis mit dem Vormund und mir meine Schwester von der Heilanstalt Herborn abholt.“

Am selben Tag ging auch ein vergleichbarer Brief an die Landes-Heilanstalt Herborn mit dem Ersuchen, eine Abschrift der erwähnten Anordnung des zuständigen Reichsverteidigungskommissars an Familie Schürmann zu versenden. Das Schreiben war auch für den ausgebildeten Juristen außerordentlich risikoreich. Dr. jur. Johannes Schürmann war der am 8. Juni 1936 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Universität verliehene Dokortitel auf Beschluss von Rektor und Dekan in seiner Sitzung vom 3.5.1940 entzogen worden. Als Begründung wurde eine Verurteilung wegen eines sogenannten „Devisenvergehens“ am 11.05. 1938 zu 14 Monaten Haft in Münster herangezogen worden. 1951 wurde diese Aberkennung durch das Land Niedersachsen „auf den Gnadenwege“ aufgehoben. Erst 2004 beschloss der Senat der Universität einstimmig, 70 solcher „Willkürakte“ – darunter auch die Maßnahme gegen Dr. Schürmann – wegen „Nichtigkeit“ zu suspensieren.⁷

⁶ LWL- Archiv, Akte 840-22/7

⁷ www.ns-zeit.uni-goettingen.de/umsetzung-von-ns-Unrecht/Entziehung (04.032015)

Die Schreiben blieben unberücksichtigt. Angesichts „*angeordneter Besuchssperre*“ aus „*kriegswichtigen Gründen*“ erhielt die Familie keine Besuchserlaubnis und sah Gertrud Schürmann nie wieder.

Herborn war lediglich eine der „Zwischenanstalten“, in denen die Menschen zum Transport in die Tötungsanstalten gesammelt wurden, denn die kranke Gertrud Schürmann war mitten in das brutale Räderwerk der NS-Euthanasieaktion geraten: 224 Patienten und Patientinnen aus Warstein wurden vom 17.-21. Juli in drei Transporten von Herborn aus weiter nach Hadamar verlegt. Gertrud Schürmann und 73 weitere Opfer wurden am 21. Juli 1941 nach Hadamar verlegt.⁸

Mit einem auf den Kriegsbeginn (1.9.1939) datierten Brief hatte Hitler persönlich Reichsleiter Bouhler und Dr. Brandt mit der Organisation des „Gnadentodes“ für „*nach menschlichem Ermessen unheilbare Kranke*“ beauftragt. Gemäß der NS-Ideologie gehörte dazu „*lebensunwertes Leben*“, wie psychisch Kranke. Nach dem Sitz der Zentraldienststelle an der Tiergartenstraße 4 in Berlin erhielt sie in der Nachkriegszeit die Bezeichnung „T4“. Die Opferzahl wird auf 70.000 geschätzt. Dabei wurde die Aktion durch vier Tarnorganisationen mit unverfänglichen Namen konspirativ durchgeführt; selbst der Justizminister erfuhr erst Ende 1940 davon. Dazu gehörte seit Sommer 1940 gehörte auch die „Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg“ (statt: Brandenburg) zum System der Tötungsanstalten. Die weiteren waren Grafeneck, dann Hadamar sowie Sonnenschein/Pirna und Hartheim bei Linz.

Die Ankunft Gertrud Schürmanns in der Tötungsanstalt Hadamar bedeutete auch für sie und die anderen Patienten das Todesurteil. Die Einrichtung war zwischen Januar und August 1941 Bestandteil der „Aktion T4“. In Hadamar wurden die Opfer sofort nach ihrer Ankunft in Gaskammern umgebracht und in Verbrennungsöfen verbrannt.

So erhielt Johannes Schürmann, Düren-Rheinland, Wirtelstr. 1 mit Datum vom 29. Juli 1941 ein Schreiben – allerdings aus der Heil- und Pflegeanstalt Bernburg an der Saale, Postschliessfach 266. Unter dem Aktenzeichen „Gesch.Z. Be 24/180 Mi“ hieß es darin:

Sehr geehrter Herr Schürmann

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass Ihre Schwester Fräulein Gertrud Schürmann am heutigen Tag infolge Ruhr mit darauffolgender Kreislaufstörung unerwartet verstorben ist. Die Verlegung in unsere Anstalt erfolgte vor kurzem aus Gründen, die mit der Reichsverteidigung im Zusammenhang steht.

Nachdem unsere Anstalt nur als Durchgangsanstalt⁹ für diejenigen Kranken bestimmt ist, die in Kürze in eine andere Anstalt unserer Gegend verlegt werden sollen, dient der Aufenthalt hier lediglich zur Feststellung von Bazillenträgern, die sich erfahrungsgemäß immer wieder

⁸ Mitteilung von Claudia Stul, Gedenkstätte Hadamar am 22.04.2021

⁹ Tatsächlich befand sich auch hier in einem abgetrennten Bereich eine Tötungsanstalt, in der vom November 1940 bis Juli 1943 über 9300 Kranke („Aktion T4“) und ca. 5000 KZ-Häftlinge („Aktion 14f13“) in einer Gaskammer ermordet wurden.

unter derartigen Kranken befinden. Die Ortspolizeibehörde Bernburg-Gräne hat, um den Ausbruch und die Verschleppung übertragbarer Krankheiten zu verhindern, im Einverständnis mit den beteiligten Stellen und gemäss § 22 der Verordnung der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten die sofortige Einäscherung der Leiche und Desinfektion des Nachlasses verfügt. Eines Einverständnisses seitens der Angehörigen bedurfte es in diesem Falle nicht.

Der in die Anstalt eingebrachte Nachlass der Verstorbenen wird nach erfolgter Desinfektion hier zurückgelegt und Ihr Entscheid, was damit geschehen soll, abgewartet.

Falls Sie die Urne auf einem bestimmten Friedhof beisetzen lassen wollen, - die Überführung der Urne erfolgt kostenlos – bitten wir um Mitteilung der entsprechenden Friedhofsverwaltung. Sollte uns diese innerhalb 14 Tagen nicht eingehen, würden wir die Beisetzung der Urne veranlassen. Wir nehmen auch an, dass Sie auf den Nachlass verzichten, wenn Sie uns innerhalb der gleichen Frist keine Nachricht zukommen lassen. In diesem Falle überlassen wir dieselbe der NSV.

Anbei 2 Sterbeurkunden zur gefl. Bedienung.

Heil Hitler

gez. Moll [Unterschrift]

Diese Schreiben waren Bestandteile der konspirativen Mord-Aktion¹⁰. Einen „Dr. Moll“ gab es in Bernburg nicht. Es war der Tarnname von Dr. Theodor Steinmeier, wenn dieser vertretungsweise in der Euthanasie-Anstalt Bernburg eingesetzt war. Auch die Sterbeurkunden des Standesamtes Bernburg-Gröna oder Bernburg II waren Fälschungen. Zur Verschleierung der Mordaktionen wurden Patientenakten nach Bernburg weiter geschickt und von dort aus die Korrespondenzen mit den Angehörigen geführt.

Tatsächlich wurde Gertrud Schüermann in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet. Auch diese Einrichtung war 1940 der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“, einer der Tarnorganisationen der federführenden Reichskanzlei übergeben und entsprechend umgebaut und mit Gaskammer und Krematorium ausgestattet worden. Zu ihren neun Zwischenstationen, in die Kranken zunächst verbracht wurden, gehörte auch die Landes-Heilanstalt Herborn. Die Zahl der in Hadamar im Rahmen der T4-Aktion Ermordeten im Jahr 1941 wird auf über 10.000 Opfer geschätzt.

Erst nach dem Fall der Mauer konnten die Schicksale von ca. 2500 – 3000 von ihnen geklärt werden. Ihre Patientenakten, die wie alle zentral in der Tiergartenstraße gesammelt und dort der Vernichtung vor Kriegsende entgingen, wurden dann vom Staatssicherheitsdienst

¹⁰ Zum Folgenden: Auskunft von Frau Dr. Ute Hoffmann, Leiterin der heutigen Gedenkstätte Bernburg, am 24.02.2021

archiviert. Nun befinden sie sich im Bundesarchiv Berlin, darunter die Akte R 179/813 von Gertrud Schüermann.

Nur wenige Wochen nach Gertrud Schürmanns Ermordung wurden die Vergasungsaktionen auf Hitlers Anordnung am 24. August eingestellt. Trotz der Geheimhaltung waren Nachrichten über die Krankenverlegungen und die Steigerung der Todeszahlen bekannt geworden und hatten Proteste ausgelöst.

Die Gedenktafeln an die Mordaktion auf dem heutigen Gelände Tiergartenstraße 4 in Berlin erinnern auch an Clemens August von Galen, den Bischof von Münster, zu dessen Bistum auch Recklinghausen gehörte.¹¹ Nachdem er heimlich Informationen erhalten hatte, u.a. von der Clemensschwester Laudaberta, Stationsleiterin der Provinzialheilanstalt Marienthal¹², die über die verdächtige Abtransporte berichteten, klagte er in drei Predigten im Juli und August 1941 öffentlich Gestapogewalt und Mordaktionen an und stellte Strafanzeigen:

Seine Reden wurden handschriftlich und mit Schreibmaschinen abgeschrieben und erlangten weiteste Verbreitung. Auch der Limburger Ortsbischof Antonius Hilfrich hatte sich aufgrund von Informationen der ortsansässigen Bevölkerung am 13. August 1941 schriftlich an das Reichsjustizministerium wegen systematischer Mordaktionen (§ 211 Strafgesetzbuch) gewandt. Sein Brief ist ein anschauliches Zeitdokument, welche Beobachtungen trotz strenger Geheimhaltung möglich waren.

Brief des Bischofs von Limburg vom 13. August 1941 an den Reichsjustizminister, Abschriften an Reichsinnenminister und Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten:

vorgelegt und verlesen als Dokument 615-PS, US-717 von US-Ankläger Kempner beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess am 16 Januar 1946¹³

„Etwa 8 km von Limburg entfernt ist in dem Städtchen Hadamar, auf einer Anhöhe über den Städtchen, eine Anstalt, die früher zu verschiedenen Zwecken, zuletzt als Heil- und Pflegeanstalt gedient hat, umgebaut bzw. eingerichtet worden als eine Stätte, in der nach allgemeiner Überzeugung obengenannte Euthanasie seit Monaten – etwa seit Februar 1941 – planmäßig vollzogen wird. Über den Regierungsbezirks Wiesbaden hinaus wird die Tatsache bekannt, weil Sterbeurkunden von einem Standesamt Hadamar-Mönchberg in die entsprechenden Heimatgemeinden gesandt werden. [...]

Öfter in der Woche kommen Autobusse mit einer größeren Anzahl solcher Opfer in Hadamar an. Schulkinder der Umgegend kennen diese Wagen und reden. „Da kommt wieder die Mordkiste.“ Nach Ankunft solcher Busse beobachten dann die Hadamarer Bürger den aus dem Schlot aufsteigenden Rauch und sind von dem ständigen Gedanken an die armen Opfer

¹¹ Die Gedenkstätte T4 in Berlin war Teil einer Führung beim „Riga-Symposium“ der Mitgliedsstätte des „Riga-Komitees“ im Herbst 2020, an dem die Stadt Recklinghausen durch Dr. Sebastian Sanders, Jürgen Pohl und Georg Möllers vertreten war.

¹² Vgl. „Sie war Galens heimliche Information“, in: kirche und leben, 21.03.2021

¹³ Nürnberger Prozess, 16. Januar 1946, zeno.org, (24.02.2021)

erschüttert, zumal wenn sie je nach Windrichtung durch widerliche Gerüche belästigt werden.

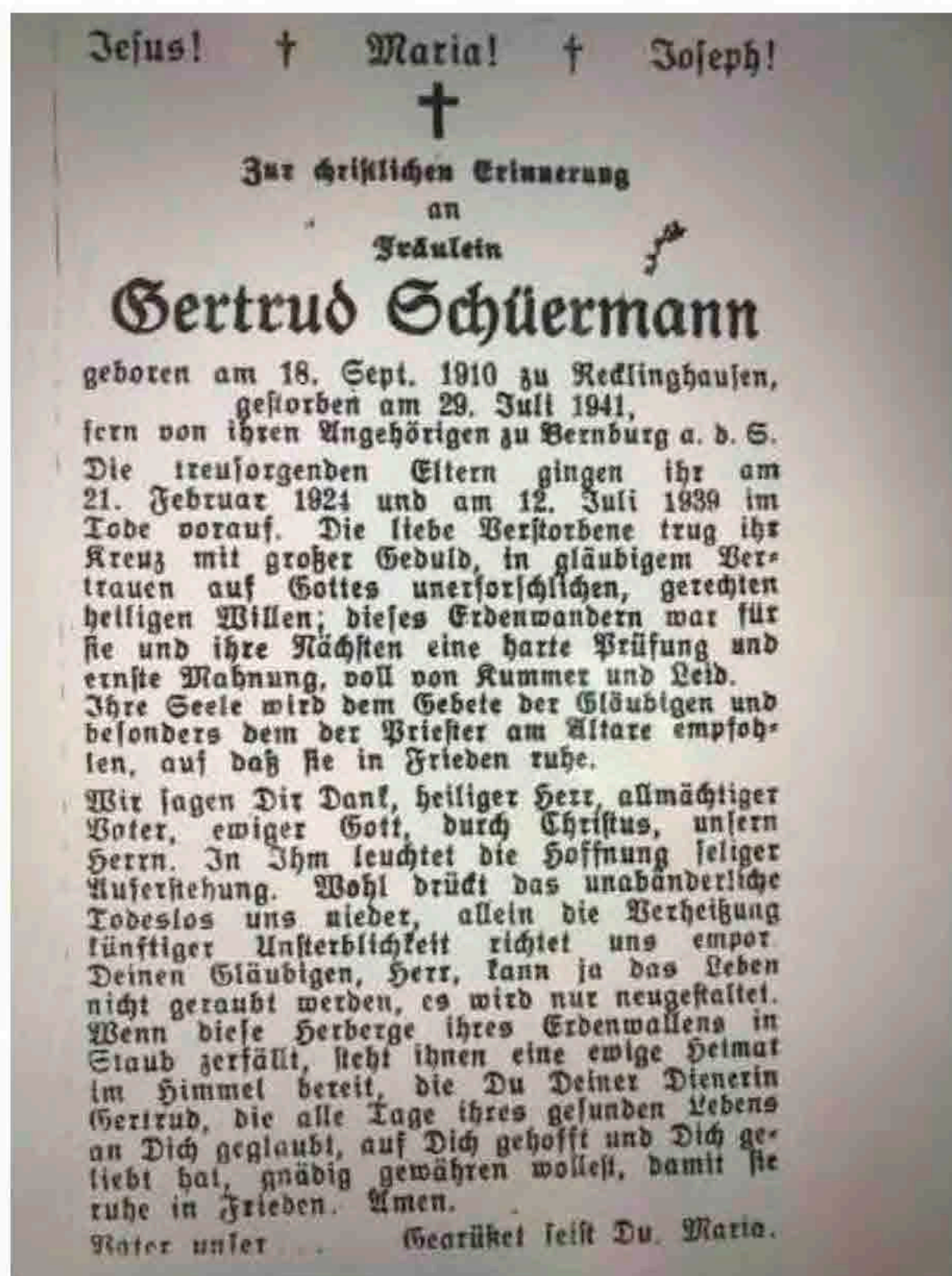
Die Wirkung der hier getätigten Grundsätze: Kinder, einander beschimpfend, tun Äußerungen: „Du bist nicht recht gescheit, du kommst nach Hadamar in den Backofen“; solche, die nicht heiraten wollen oder keine Gelegenheit finden: „Heiraten? Niemals! Kinder in die Welt setzen, die dann in den Rex-Apparat!“ Alte Leute hört man sagen: „Nur ja kein staatliches Krankenhaus! Nach den Schwachsinnigen kommen die Alten als unnütze Esser an die Reihe.“ [...]

Es ist der Bevölkerung unfaßlich, daß planmäßig Handlungen vollzogen werden, die nach Paragraph 211 StGB mit dem Tod zu bestrafen sind. [...]

Beamte der Geh. Staatspolizei suchen, wie man hört, das Reden über Hadamarer Vorgänge mit strengen Drohungen zu unterdrücken. [...]

Auch Gertrud Schüermann war wohl mit einem der grauen Busse, den „Mordkisten“, nach Hadamar transportiert, dort in der Gaskammer ermordet und anschließend verbrannt worden. Während des Krieges wollte das Regime den öffentlichen Konflikt mit den Kirchen nicht und stellte daraufhin die systematischen Vergasungen ein. Der Bischof von Münster erging der von vom zuständigen NSDAP-Gauleiter Alfred Meyer geforderten öffentlichen Hinrichtung nur aus taktischen Gründen – die Rache des Regimes sollte nach dem Krieg erfolgen. Ersetzt wurden die Vergasungsaktionen allerdings langfristig durch subtilere Formen der Tötung – durch Hungerrationen und Erkrankungen durch unhygienische Zustände.

An Gertrud Schüermann erinnerte die Gläubigen von St. Paulus in Recklinghausen der Totenzettel, der zur Erinnerung herausgegeben wurde.



In Warstein wurde die sogenannte „Treise-Kapelle“ auf dem Gelände im Jahre 1985 zur Gedenkstätte für Gertrud Schüermann und die ca. 1575 Patientinnen und Patienten, die aus Warstein abtransportiert und ermordet worden waren. Jährlich findet am Totensonntag eine Gedenkfeier statt. In Hadamar wurde 2008 eine Gedenkstätte mit einer Stele errichtet und der Aufschrift: „Mensch, achte den Menschen“. In Recklinghausen wurde am 18. Juni 2021 an der Hertener Str. 2 ein „Stolperstein“ verlegt.

© Georg Möllers

Diese PDF-Datei ist Teil des OPFERBUCHES im Online-Gedenkbuch „Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung des Widerstandes 1933 – 1945“ der Stadt Recklinghausen (www.recklinghausen.de/gedenkbuch)

Geboren auf der Hillerheide – Ermordet im Hungerbunker

Thadäus Wilutzki/Tadeusc Wilucki, Pater Edmund

Der Lebensweg der Familie Wilutzki/Wilucki ist geprägt von der Arbeitsmigration des Industriezeitalters und den großen politischen und territorialen Umwälzungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs.

Vater Alexander wurde 1877 in Modzele nahe des Flusses Narew geboren, das damals zum russischen Zarenreich gehörte: Heute ist es in der Woiwodschaft Masowien, Kreis Ostrole(n)ka in Polen. Der Staat Polen war nach den Zerschlagungen



durch die benachbarten Großmächte Österreich-Ungarn, Preußen, Rußland in der Jahren 1772-1795 erst als Folge des Ersten Weltkrieges 1918 wieder entstanden.

Notkirche St. Gertrudis, Taufkirche von Thadäus Wilicki

Der „Zechenschmied“ zog ins Ruhrgebiet, zunächst nach Sodingen und Bochum. 1908 bis 1911 lebte er in Röllinghausen und Suderwich, die zum Amt und erst ab 1926 zur Stadt Recklinghausen gehörten. Vermutlich arbeitete er damals auf der Zeche König-Ludwig, deren Belegschaft zu 62% aus Zuwanderern aus dem Osten bestand¹. Dabei bildeten polnischsprachige Arbeiter die Mehrheit. Mit der Gründung der ersten Zeche Clerget 1869 hatte die Industria-

lisierung der Stadt begonnen und damit ein immer größerer Zuzug von Arbeitskräften. Zu Beginn des Jahrhunderts war ca. 25% der Einwohner Polen mit verschiedenen Staatsanhörigkeiten. Ab 1911 lebte die Familie in Recklinghausen, Maybachstraße 21 im Stadtteil Hillerheide. Alexander Wiluckis Berufsbezeichnung in der Einwohnerdatei lautete nun „Eisenbahnschmied“. Im Stadtteil war 1905 das große Eisenbahn-Ausbesserungswerk auf einer 200.000 qm Fläche errichtet worden, einer der größten Arbeitgeber der Stadt.

Der jüngste Sohn Thadäus wurde am 20. Dezember 1913 in Recklinghausen geboren. Getauft wurde er in der am 8. Dezember 1908 eingesegneten damaligen Notkirche St. Gertrudis im Stadtteil Hillerheide. Mit dem Bau von zehn provisorischen „Not-

¹ Vgl. Werner Burghardt, „Die polnischen Arbeiter sind ...fleißig und haben einen ausgeprägten Erwerbssinn....“ Recklinghausen im Industriezeitalter, hg. v. Klaus Bresser und Christoph Thüer, Recklinghausen 2000, S. 401 - 424

oder Barackenkirchen“ 1904 – 1929 und der Gründung neuer Pfarreien reagierte die katholische Kirche auf das massive Wachstum der Bevölkerung und die Entstehung neuer Stadtteile.² Getauft wurde Thadäus von Pfarrer Anton Borgmann, ab 1911 erster Pfarrer von St. Gertrudis. Patronin der Kirche war die Hl. Gertrud von Helfta (1256-1302), eine Zisterzienserin und berühmte Mystikerin. Ihre bekanntestes Werk war der „*Bote der göttlichen Barmherzigkeit*“.

Die Familie lebte in einer Pfarrei, in der seit der Gründung 1911 Kapläne in der Seelsorge eingesetzt wurden, die gut polnisch sprachen. Sie feierten Messen und Andachten in der Muttersprache, gründeten auch einen Kirchenchor, einen Rosenkranzverein und den Arbeiterverein St. Adalbert und nahmen gemeinsam in Trachten an der Fronleichnamsprozession der Gemeinde teil.³

Im Dezember 1919 verließ die Familie Recklinghausen und zog nach Dirschau südlich von Danzig in das ehemalige Westpreußen, das als Tczew ab 1920 zum wieder gegründeten Staat Polen gehörte. Später besuchte Thadäus das Internat der Missionare von der Heiligen Familie in Wielun, jener Kleinstadt, die beim Überfall der deutschen Truppen auf Polen am 1. September 1939 erstes Angriffsziel der Luftwaffe wurde. Auf der Grundlage eines geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Pakts hatten beide totalitären Großmächte zuvor ihre territorialen Interessen abgesprochen. Dazu gehörte auch die nunmehr vierte Teilung Polens, dessen staatliche Existenz ab September 1939 nach den Invasionen deutscher und russischer Truppen aufhörte.

Auf der Suche nach seinem Lebensweg fand Thadäus erst Kontakt zu franziskanischen Gemeinschaften, so zum Kapuzinerorden in Krakau, dann zu den Franziskanerkonventualen in Łagiewniki bei Łódź. Schließlich nahm er Kontakt zur Erzengel Michael Kongregation in Pawlikowice bei Wieliczka auf.⁴ Am 30. August 1933 trat er schließlich in das Augustinerkloster St. Katharina von Alexandria in Krakau ein und nahm den Ordensnamen Edmund an. Dort legte er am 5. September 1937 die ewigen Gelübde ab. Nach den Studienabschlüssen in Philosophie und Theologie wurde er 20. Juli 1940 in Krakau zum Priester geweiht. Im von der Wehrmacht besetzten Teil Polens war Krakau seit dem 26. Oktober 1939 Sitz des sogenannten „Generalgouvernements“. Dessen Leiter, der berühmte Hans Frank, nahm seinen Sitz demonstrativ auf dem Wawel, dem ehemaligen Schloss der polnischen Könige und damit direkt neben der St. Stanislaus und St. Wenzelaus-Kathedrale, der Grablege angesehener polnischer Adelige und Künstler.

Zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik gehörte die systematische wirtschaftliche Ausbeutung sowie die rassistisch motivierte Verfolgung. Sie betraf sowohl die jüdische wie die ebenfalls als minderwertig diskreditierte polnische Bevölkerung.

² Vgl. Georg Möllers, Mileubildung und politischer Katholizismus sozialer Prägung: Die Entwicklung des sich formierenden Katholizismus im Zeitalter der Massenzuwanderung, in: Recklinghausen im Industriezeitalter, a.a.O., S. 371-400

³ Vgl. Heiner Uhe, 1. Heimatbuch. Von der Hillener Heide zur Hillerheide. Geschichte der Hillerheide von 1721 bis zum Jahre 2010, Recklinghausen 2010

⁴ <http://www.augustianie.pl/how-did-servants-of-god-live-biographies-of-the-augustinian-martyrs/> 18.01.2020

Zur Unterdrückungspolitik gehörte die Tötung der polnischen Intelligenz, wie Professoren der berühmten Krakauer Jagiellonen-Universität, Schriftsteller und Priester. Angesichts dieser Repressalien bot das Augustinerkloster in Krakau Menschen Unterschlupf, darunter auch denen, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt werden sollten oder den besonders gefährdeten jüdischen Menschen.

Am 19./20. September 1941 wurden acht Augustinermönche, darunter Pater Edmund Wilucki, verhaftet und in das Gefängnis in Krakau eingeliefert, dort tagelang verhört und gefoltert. Über die grausamen Verhörmethoden berichtete ein Überlebender:

„Nach einigen Tagen wurden wir einzeln zum Verhör geholt. In der Mitte des Verhörraums war ein Tisch

Der Gestapo-Offizier Siebert stand im Raum, sagte kein Wort, bewaffnet mit einer langen Peitsche und schlug uns damit mehrfach. Danach begann er Fragen zu stellen... Andere unserer Brüder wurden ebenso zu Verhören gebracht. Auch die „Unschuldigen“ unter ihnen wurden so geschlagen, dass sie Dinge gestanden, die sie nicht getan hatten.“



Pater Edmund als Häftling Nr. 21863

Der Gefängnishaft folgte am 14. Oktober 1941 die Deportation in das Konzentrationslager Auschwitz. Dort nahm man ihm den Namen und er galt ab jetzt als „Häftling Nr. 21863“; die Nummer wurde ihm eintätowiert. Das Stammlager Auschwitz stand vom 14.06.1940 - 1.2.1942 unter Leitung des SS-Hauptsturmführers Karl Fritsch, der 1941 zur Tötung erstmalig die Vergasung durch Zyklon B einsetzte. Berüchtigt waren auch seine überlieferten Ansprachen, vor allem bei der „Begrüßung“ von Neuankömmlingen, die die Menschenverachtung des Systems unverhüllt zur Sprache brachten:

„Es gibt für einen Häftling nur zwei Wege, aus diesem Lager zu entkommen. Entweder er wird entlassen [...] oder er wandert durch den Kamin. Den letzteren Weg werden die meisten von Euch gehen.“

„Mit großem Vergnügen werden wir Euch durch die Verbrennungskammern des Krematoriums jagen.“

„Wenn es Euch nicht gefällt, könnt ihr wählen, zum elektrischen Zaun zu marschieren.“

„Falls sich irgendwelche Juden im angekommenen Transport befinden, haben sie ein Lebensrecht nicht länger als 14 Tage, katholische Priester nicht länger als einen Monat, der Rest – drei Monate.“

Es war auch Karl Fritsch, der die Grausamkeit des Hungertodes in engsten Stehbunkern verhängte und auch den Franziskaner-Minoritenpater Maximilian Kolbe

im August 1941 in den Tod schickte, der sich anlässlich einer Straf-Selektion anstelle eines bereits ausgesuchten Familienvaters gemeldet hatte.

Die Misshandlungen, die grausamen Lagerbedingungen und die dadurch ausgelöste Typhuserkrankung führten nach einem guten Monat am 22. November 1941 auch zum Tod von Pater Edmund zu seinem Tod im Alter von 27 Jahren. Von den mit ihm verhafteten und im selben Jahr in die Lager Auschwitz und Dachau verschleppten Augustinermönchen wurden 1941 Wilhelm Gaczek, Jozef Gociek, Edmund Wilucki sowie 1942 Krzysztof Olszewski und Kazmierz Lipka getötet. Eine Gedenktafel vor dem Kloster in Krakau erinnert an die Ermordeten:



Literatur:

Einwohnerdatei, Institut für Stadtgeschichte Recklinghausen

Taufregister der Pfarrei St. Gertrudis Recklinghausen

www.augustianie.pl/how-did-servants-of-god-live-biographies-of-the-augustinian-martyrs/ 18.01.2020

(© Georg Möllers)

Diese PDF-Datei ist ein Teil des „Opferbuches“ im Online-Gedenkbuch der Stadt Recklinghausen „Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933 – 1945“

(www.recklinghausen.de/Gedenkbuch)

HANS NIERMANN (1913 – 1940)

Am 10. August 1913 wurde in der elterlichen Wohnung Bochumer Str. 186 Johannes Matthias Niermann geboren. Seine Eltern waren der „Hülfsseeichensteller“ Heinrich Ludwig Niermann und seine Frau Josephine Johanna, geb. Wedy. Hans Niermann entwickelte sich zu einem aktiven Mitglied der katholischen Jugendbewegung. Trotz einer neunmonatigen Unter-suchungshaft im Zuge der Unterdrückung der katholischen Verbände durch die Nationalsozialisten setzte er sein Engagement unbeirrt fort. Bereits zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eingezogen, fiel Niermann am 18. Juni 1940 in Frankreich.



*Johannes Niermann (Foto:
Jugendhaus Düsseldorf)*

Als Zwölfjähriger war er mit seiner Familie nach Rheine umgezogen. Nach seinem Schulabschluss an der Ludgerus-Schule arbeitete er als Weber bei der Firma Kümpers in Rheine. Niermann, der aus einer katholisch geprägten Familie stammte, schloss sich der katholischen Jugend seiner Pfarrgemeinde St. Antonius an und bekam Kontakt zu der Sturmschar, einer besonders aktiven Gruppe innerhalb des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands (KJMVD). Der Zusammen-

schluss älterer Jugendlicher, darunter vieler Jugendleiter, entwickelte sich zur „Sturm Spitze“ der katholischen Jugendverbände ab 1932. Zunächst aktiv auf Pfarrebene wurde Niermann 1934 Diözesanführer der Sturmschar im Bistum Münster.

Für diese hauptamtliche Tätigkeit gab er seinen Arbeitsplatz als Weber auf. In dieser Zeit wurde sein Kontakt zu der Führung des KJMVD und der Sturmschar enger. Dazu zählten vor allem der Generalpräses des KJMVD Ludwig Wolker, der Reichsführer der Sturmschar Franz Steber und der Generalsekretär des KJMVD Jakob Clemens. Bereits kurz nach

seiner Amtsübernahme in Münster wurde Niermann 1935 zum Nachfolger Stebers als Reichsführer der Sturmschar gewählt.

Der Amtswechsel erfolgte am 18. April 1935 während der spektakulären Rom-Wallfahrt der Sturmschar, an der auch die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg und der Bund Neudeutschland teilnahmen. Etwa 1.600 Jugendlichen war die Fahrt gelungen und ihr gemeinsames Auftreten mit den inzwischen in Deutschland verbotenen Klüften und Vereinswimpeln in Rom und vor Papst Pius XI. erregte nicht nur weltweites Aufsehen, sondern auch das nationalsozialistische System.



Zeltlager vor den Toren Roms 1935 (Privatfoto Lenfers)

Der Durchsetzung des ideologischen und organisatorischen Monopolanpruchs des Nationalsozialismus und der Hitlerjugend standen 1935 inzwischen nur noch die katholischen Jugendverbände entgegen. Bei der Rückkehr von Rom bekamen viele Jugendliche die unterdrückende Hand der nationalsozialistischen Machthaber deutlich zu spüren: Beschagnahmungen bei den Grenzkontrollen, Schikanen oder Verlust des Ausbildungsplatzes nach der Rückkehr waren die Antworten auf die Teilnahme. In Recklinghausen gehörte Hermann Lenfers aus der Paulusgemeinde zusammen mit dem Busunternehmen Wessels zu den Organisatoren der Fahrt. Daraufhin wurde in einer Art von „Sippenhaft“ seine Schwester am 16. Mai 1935 als Schulsekretärin entlassen.¹

¹ Georg Möllers, Der nationalsozialistische Kirchenkampf und der Recklinghäuser Katholizismus, in: Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), 1200 Jahre Christliche Gemeinde Recklinghausen, Recklinghausen 1990, S. 221-240, S. 228f

Niermanns Arbeit war geprägt von einem klaren Bekenntnis zum christlichen Glauben und zur katholischen Kirche. Unermüdlich war er in Deutschland unterwegs, nahm leitend an Fortbildungsveranstaltungen teil und betreute die Mitglieder, die in ihrem Alltag den Repressalien des Regimes immer wieder ausgesetzt waren.

Am 6. Februar 1936 wurde Niermann mit 57 Mitstreitern Opfer einer Massenverhaftung von Vertretern der katholischen Jugend. Ihnen wurde Kooperation mit Kommunisten vorgeworfen, was auch in den Medien starken Widerhall fand.



*Rom-Wallfahrt 1935
(Privatfoto Lenfers)*

Niermann saß in den Untersuchungsgefängnissen Düsseldorf und ab Oktober 1936 Berlin-Moabit ein, zeitweise zum Teil in Einzelhaft.

Sein Amtsvorgänger Franz Steber wurde beim „Berliner Katholikenprozess“ zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Bei seiner Entlassung aus jahrelanger Einzelhaft 1941 war Franz Steber erblindet.

Hans Niermann nahm nach seiner Entlassung aus der neunmonatigen Untersuchungshaft am 6. November 1936 umgehend seine Arbeit als Reichsführer wieder auf, obwohl die Repressionen zunahmen. Auch nach dem endgültigen Verbot der Sturmschar 1937 und der Reste des KJMVD durch die Schließung des Jugendhauses Düsseldorf am 6. Februar 1939 führte er wie alle anderen, wenn auch vermindert, die Arbeit im Untergrund fort.



den 19. August 1936
i/k.

An den

Herrn Untersuchungsrichter beim Volksge-
richtshof, Herrn Landgerichtsdirktor
W i n n e r

B e r l i n NW 40

Kurstr. 91.

In dem Strafverfahren

gegen

Rossaint u.a.

- 8 J. 72/36 -

lege ich namens des Beschuldigten Hans
Niermann gegen den Haftbefehl des Amts-
gerichts Düsseldorf, der die Untersuchungshaft gegen den Beschuldigten Niermann an-
ordnet,

B e s c h w e r d e

ein mit dem Antrage,

den Beschluss aufzuheben und den
Beschuldigten Niermann aus der Un-
tersuchungshaft zu entlassen.

Begründung.

Die abgeschlossenen Vernehmungen der
Beschuldigten in der Voruntersuchung ha-
ben ergeben, dass der dringende Tatver-
dacht gegen den Beschuldigten Niermann
nicht aufrecht erhalten werden kann. Wie
bei anderen Mitbeschuldigten hat sich
auch bei dem Beschuldigten Niermann er-
geben, dass es sich bei der Versammlung
am Allerheiligen-Tag, die in der Wohnung

Haftbeschwerde, Auszug (Archiv Jugendhaus Düsseldorf)

aach und nach reifte in Niermann der Entschluss, Priester zu werden. Ab September 1938 absolvierte er innerhalb eines Jahres fünf Gymnasialklassen, um das für das Theologiestudium nötige Abitur zu erlangen.

Mit der Einberufung zum Kriegsdienst am 14. Dezember 1939 konnte er diesen Weg jedoch nicht mehr weiter beschreiten. Nach einer kurzen militärischen Ausbildungszeit in Eylau und Nürnberg kam er an die Front. Seine Einheit rückte über Luxemburg und Belgien weiter nach Frankreich vor. Am Abend des 18. Juni 1940 fiel Hans Niermann in der Nähe des Dorfes Doncourt-sur-Meuse. Seine Kameraden setzten ihn nach einer Totenwache in der Dorfkirche zunächst auf dem Dorffriedhof bei; später erfolgte die Umbettung auf den Soldatenfriedhof Noyers-Pont-Maugis Block 8, Reihe 5, Grab 665 in der Nähe von Sedan.²

Bereits kurz nach seinem Tod wurde das Heft *„Der Weg des Soldaten Johannes. Aus seinen Briefen und Tagebuchblättern“* veröffentlicht und stieß auf großes Interesse, was die zahlreichen Abschriften bezeugen, die von Hand zu Hand weitergereicht wurden. Das Heft gibt einen eindrucksvollen Einblick in das Erleben und die Gedankenwelt des jungen Katholiken Johannes Niermann.

In einem Brief vom 15. April 1940 an seine Mutter schreibt er: *„Mein Leben kann nur eine Aufgabe haben. Diese Aufgabe heißt, Christus zu künden!“*

(©Maria Wego/Jugendhaus Düsseldorf/Georg Möllers)

Diese PDF-Datei ist ein Anhang zur biographischen Datei („Opferbuch“) im „Gedenkbuch Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945“: www.recklinghausen.de/gedenkbuch

Jüdin – „Halbarierin“ – Deutsche - Katholikin Johanna Eichmann und ihre Familie

Schwester Johanna Eichmanns Biographie aus dem Jahre 2011 erhielt von ihr den Titel „*Du nix Jude, Du blond, Du deutsch*“. Sie zitiert damit die Entgegnung eines russischen Soldaten nach der Eroberung Berlins, wo sie den Krieg im Untergrund überlebt hatte. Als Überschrift ihres Lebens in der NS-Zeit verdichtet sich darin eines „Leben zwischen den Welten“.



*Familie Rosenthal um 1918, v.l.n.r.: Martha (1903-91, überlebte ein Arbeitslager), Else (1898-1918), Lina (1869-1933), Fritz (1905-96, emigriert in die USA), Siegmund (1901-18), Albert (1973-1943, ermordet in Auschwitz), Paul (1899-1942, ermordet in Auschwitz)
(Privatfoto J. Eichmann)*

Ihr Großvater mütterlicherseits Albert Rosenthal¹ (geb. 1.4.1873), gelernter Metzger, hatte mit Ehefrau Lina (1869) fünf Kinder: Martha (1903), Fritz (1905), Paul (1899) sowie Else und Sigmund, die beide 1918 der „spanischen Grippe“ zum Opfer gefallen waren. Sie fanden ihr Grab auf dem Jüdischen Friedhof, wie auch Mutter Lina, die bereits 1933 starb. Wohnorte waren Herten, dann Recklinghausen, zuletzt an der Rochusstraße und ab 1929 am Börster Weg 18. Hier unterhielt Lina Rosenthal einen koscheren Mittagstisch für Angestellte des Textilkaufhauses Alsberg, das Herrn Isaacson gehörte.

¹Insgesamt dazu: Johanna Eichmann, „*Du nix Jude, Du blond, Du deutsch*“. Erinnerungen 1926 – 1952, Essen 2011; Albert und Lina Rosenthal waren ihre Großeltern mütterlicherseits; vgl. Georg Möllers/Jürgen Pohl, Abgemeldet nach „unbekannt“ 1942. Die Deportation der Juden aus dem Vest Recklinghausen nach Riga, Essen 2013, S. 75-80; vgl. die Biographie Rosenthal/Eichmann im Online-Gedenkbuch (www.recklinghausen.de/gedenkbuch)



*Albert Rosenthal in der Kaserne Metz um 1914
(Privatfoto J. Eichmann)*

Familie Rosenthal lebte ein bürgerlich-jüdischen Leben, in dem die Bräuche der deutschen Kultur, wie der Weihnachtsbaum, ebenso ihren festen Platz hatten wie das religiöse Chanukkafest. Albert Rosenthal war Mitglied im 1921 gegründeten Reichsverband jüdischer Frontsoldaten und stolz darauf, im Weltkrieg „Kaisers Rock“ getragen zu haben. 1935 verbot die NSDAP diese Vereinigung.

Wenige Jahre später wurde Albert Rosenthal in Zuge der Konzentration der jüdischen Bürger auf wenige Häuser die Wohnung am Börster Weg gekündigt. Hauseigentümer war die Stadt Recklinghausen. Daraufhin mietete er sich, inzwischen verwitwet, ein Zimmer im Haus Kellerstr. 21 in der Altstadt, einem der späteren „Judenhäuser“.

Unmittelbar nach dem Terror der Pogromnacht floh Albert Rosenthal mit seinem Sohn Paul, der bereits am 1. April 1933 nach Bochum verzogen war², nach Belgien.³ Vermutlich flüchtete Paul

zusammen mit seiner geschiedenen ersten Frau Rosa, geb. Simon. Ihr gemeinsamer Sohn Günther (geb. 1928) war von ihr am 14.1.1938 in die Obhut des Jüdischen Waisenhauses Dinslaken gebracht worden, wurde aber vermutlich später nach Belgien nachgeholt, denn am 18.8.1942 findet sich auch sein Name auf der Transportliste von Mechelen in das Vernichtungslager Auschwitz.⁴

Am 13.06.1939 wurde „Arthur Israel Abrahamsohn“ aus Marl in Brüssel in der *43 rue du Lavoir* registriert.⁵ Er fand eine gemeinsame Wohnung mit Albert Rosenthal. Über ihr Leben schrieb Albert Rosenthal, dessen Sohn Fritz nach dem gewaltsamen Überfall auf seine Wohnung in Düsseldorf am 9./10. November 1938 in die USA geflohen war, am 18. März 1940 in einem Brief an die in die USA emigrierte Verwandtschaft:⁶

*„Ich bewohne unter den primitivsten Wohnverhältnissen mit meinem Kameraden Abrahamsohn aus Marl bei Recklinghausen eine Mansarde.[...] Wer hätte vor sieben Jahren gedacht, dass wir Juden landflüchtig werden und unter der Knute eines Hitler unser bisschen Hab und Gut, ja selbst das Leben einbüßen bzw. verlieren. In Europa wird für uns Juden auf die Dauer keine Bleibe sein. Jeder, der den Weg nach Übersee gefunden hat, soll Gott danken [...] dankbar sein.
Jetzt lebt man nur noch in der Erinnerung. Was bisher war, ist ausgelöscht.“*

²Sta RE III 6520

³„Unbekannt wohin verzogen“ notiert der Nachweis der jüd. Familien (1938) lt. StA RE III 6519; StA RE III 6520 verzeichnet die Abmeldung von Albert und Lina Rosenthal nach „Brüssel“ am 26.1.1939; dabei war die Ehefrau bereits 1933 verstorben. Das Familiengrab mit der Inschrift für Lina befindet sich auf dem Jüdischen Friedhof; die rechte Seite der Inschrift blieb leer – Ehemann Albert fand sein Grab in Auschwitz. Eichmann (2011), S. 46 gibt als Datum der Flucht von Paul Rosenthal den 19.1.1939 an.

⁴Vgl. Eichmann (2011), S. 38ff.; Pauls zweite Frau Hanna wurde 1941 von Essen aus ins Ghetto Minsk deportiert: ebda., S. 56

⁵Klaus Mohr, Sowas passiert in Deutschland nicht. Jüdische Menschen in Marl, Essen 2012, S. 72

⁶Laudatio von Sr. Johanna Eichmann anlässlich der Verleihung der Vestischen Ehrenbürgerschaft an Rolf Abrahamsohn, 18.11.2011, jetzt abgedruckt in: Vestischer Kalender 2013, S. 41

Der Briefauszug gibt einen tiefen Eindruck in die empfundene Hoffnungslosigkeit und die Zukunftsängste der Emigranten, die getrennt von ihren Familien ausharrten. Keine zwei Monate später bewahrheiteten sich Rosenthals Befürchtungen. Nach der Eroberung Polens 1939 begann am 10. Mai 1940 mit dem Einmarsch in die Niederlande, Belgien und Luxemburg die deutsche Westoffensive. Damit rückt der nationalsozialistische Gewaltapparat auch in Brüssel ein und bedroht die jüdische Bevölkerung in der belgischen Hauptstadt und Antwerpen:

Im Oktober 1940 wurden Paul Rosenthal und Hans Abrahamsohn ins Lager Camp de Gurs in Südfrankreich als Internierte verschleppt. In dieses Sammellager im Vichy-Frankreich, das nach der militärischen Niederlage mit dem Dritten Reich kollaborierte, waren in diesen Monaten neben 23.000 Juden aus Frankreich und Belgien auch in der ersten Massendeportation im Reichsgebiet auch 6000 Juden aus Süddeutschland verschickt worden. Die hygienischen Verhältnisse in dieser primitiven Barackenunterkunft am Fuße der Pyrenäen und die Gesundheits- und die Ernährungslage waren furchtbar. Hans wurde am 25.7.1941 weiter in das Lager Rivesaltes bei Perpignan transportiert, wo bis zu 18.000 Menschen auf 13 ha zusammengepfercht waren.⁷ Er wurde von dort nach Paris-Drancy, dem Umschlagplatz für Deportationen verbracht und am 26.8.1942 in das Vernichtungslager Auschwitz gebracht.

Paul Rosenthal war von Gurs aus über Drancy transportiert worden; am 7. August 1942 verließ der Transport Nr. 16 Drancy und traf drei Tage später in Auschwitz ein. Paul gehörte zu den 203 Opfern, die nicht sofort in die Gaskammern kamen. Sechs Wochen später war aber auch er den Strapazen im KZ Auschwitz nicht mehr gewachsen:

„Der Schneider Paul Rosenthal – mosaïsch – wohnhaft Brüssel, 35, rue Poincaré, ist am 18. September um 08 Uhr 20 Minuten in Auschwitz, Kasernenstraße verstorben.“⁸

Eintragen ließ die Todesursache – *„Darmkatarrh bei Körperschwäche“* – und Tod am 18.9.1942 ein Dr. Paul Kremer. Der Professor für Vererbungslehre, NSDAP und SS-Mitglied selektierte Menschen und entschied über den Tod der Geschwächten. Paul wurde durch eine Phenolspritze in Herz ermordet.

Albert Rosenthal und Arthur Abrahamsohn waren zu diesem Zeitpunkt bereits in den Gaskammern von Auschwitz ermordet worden. Ende Juni 1942 erhielten sie in Brüssel von der SS die Aufforderung, sich auf den „Arbeitseinsatz“ im „Osten“ vorzubereiten. Die Liste der Ausrüstungsgegenstände war mit deutschen Präzision vorbereitet und umfasste Arbeitskleidung, Gummistiefel, Decken, Unterwäsche, Bettwäsche etc...: *„Die Täuschung war perfekt.“⁹* Vom SS-Sammellager Mechelen aus wurden in 28 Zügen ca. 25.000 Juden und 350 Sinti nach Auschwitz deportiert, davon allein zwischen August und Oktober 1942 über 17.000 Menschen; lediglich 1200 Deportierte überlebten. Die Deportation von Albert Rosenthal erfolgte am 31. Juli 1943. Beide gehörten zu den Opfern, die direkt nach ihrer Ankunft in die Gaskammern von Auschwitz ermordet wurden.

Ihre Mutter Martha Rosenthal, die Tochter von Albert und Lina, hatte Paul Eichmann geheiratet, den sie als Angestellten der befreundeten jüdischen Familie Boldes in Marl kennengelernt hatte. Die Heirat mit einem „Goj“, einem Nichtjuden, war wohl eher von Lina, als von Albert Rosenthal unterstützt worden. Das Enkelkind **Ruth, die spätere Schwester Johanna**, galt nach der jüdischen Gesetzgebung als Tochter eine Jüdin als jüdisch. Sie wurde mit Zustimmung des katholischen Vaters jüdisch erzogen, feierte die Chanukkafeier

⁷ Vgl. Mohr, S. 78ff

⁸ Zitiert nach: Eichmann (2011), S. 46f

⁹ Sr. Johanna Eichmann anlässlich der Verleihung der Vestischen Ehrenbürgerschaft an Rolf Abrahamsohn, 18.11.2011

im Jüdischen Gemeindehaus und besuchte mit den Nachbarskindern den katholischen Kindergarten der St. Elisabeth-Gemeinde:

„Man kaufte unterschiedlos beim Juden wie beim Christen; denn nicht der Glaube, sondern der Preis entschied. Man ging ins Kaufhaus Althoff, dem Nachfolger des ersten großen Etagengeschäfts „C.M.“ Cosmann am Markt; man kaufte Schuhe bei Studinskis, Korsettagen bei den liebenswerten Gottliebs, Gemüse bei Markus, Fleisch beim Metzger Issen an der Herner Straße oder bei Frankenberg an der Kunibertstraße, und wer krank war, ließ sich gern von den Ärzten der Familie Schönholz behandeln. Das bedeutet aber nicht, daß die Unterschiede zwischen Juden und Christen unwichtig gewesen wären. Es gab ja allgemein strenge Konfessionsgrenzen, die nicht nur Juden und Christen trennten, sondern ebenso Christen von Christen: Katholiken von Protestanten.“¹⁰

Ostern 1932 wurde Ruth eingeschult. Wie viele jüdische Kinder ging sie aber nicht in der nur einklassigen Israelitischen Volksschule am Steintor, sondern wurde an der Katholischen Petruschule am Kurfürstenwall angemeldet. Doch im September 1933 wurde alle die gesamte jüdische Schülerschaft zum Besuch der Jüdischen Schule verpflichtet. Dies war der Anlass für den Familienbeschluss, den die inzwischen schwerkranke, jüdische Großmutter Oma herbeigeführt hatte, Ruth taufen zu lassen. Der Taufe in St. Peter folgte in aller Heimlichkeit die kirchliche Bestätigung der Trauung der Eltern. Sie erfolgte durch Propst Heiermann, der auch eine Dispens besorgt hatte, weil die Mutter, Martha Eichmann, ja nicht getauft war. Getauft konnte sie damals noch an der Schule bleiben, doch mussten alle 1934 zur Kath. Rombergschule wechseln. Hier änderte sich das Klima; vor allem die Jungen, darunter der Sohn des NS-Ortsgruppenleiters, begannen mit Übergriffen und Beschimpfungen.

Angesichts des zunehmenden Antisemitismus und der Nürnberger Rassegesetze von 1935, die auch Ruth zur „Halbjüdin“ gemacht hatten, meldete die Familie das Kind Ostern 1936 im Internat des Ursulinenordens in Dorsten an, nachdem die Oberin Petra Brüning sofort zugestimmt hatte.¹¹

In Ordensinternat und -schule fühlte Ruth sich geschützt, bis im Juli 1941 die Aktion gegen Kloster, Internat und Klosterschule durchgeführt wurde. Nach den drei großen Predigten von Bischof Clemens August von Galen im Juli und August 1941 gegen den Klostersturm, den Gestapo-Terror und das geheime mörderische Euthanasieprogramm, hieß *„katholisch zu sein [...] im Widerstand zu sein. Unser Mut zum Widerstand wurde durch die Predigten unseres Bischofs gestärkt.“¹²*

Zwar scheiterte der Versuch zur Vertreibung der Schwestern, weil die Wehrmacht den Klosterbereich zum Lazarett erklärte, doch die Schule wurde verstaatlicht. Die „Nazifizierung“ durch die neue Schulleitung traf auch Ruth. Sie wurde als *„Mischling 1. Grades“* vom Schulbesuch ausgeschlossen. Zum Glück fragte in der privaten Berlitz-Sprachschule in Essen niemand nach dem Ariernachweis, doch bei der Arbeitsplatzsuche mit einer Freundin in Berlin scheiterte Ruth mehrfach. Hier überlebte sie mit viel Glück als Dolmetscherin bei einer Dienststelle des französischen Vichy-Regimes, dann als Zwangsarbeiterin in einem kriegswichtigen Betrieb die nationalsozialistische Herrschaft.

¹⁰ Johanna Eichmann OSU, Juden und Christen im Vest Recklinghausen, in: 1200 Jahre Christlicher Gemeinde in Recklinghausen, hg. v. G. Möllers und R. Voigt, Recklinghausen 1990, S. 96-106, S. 96f

¹¹ Die dortige Oberin, Mater Petra Brüning, stand im persönlichen Kontakt mit der Philosophin Edith Stein, die vom Judentum zum Katholizismus konvertierte und in den Karmelitinnenorden eingetreten war; sie wurde wie Luise Löwenfels/Sr. Aloysia aus ihrem Kloster in den Niederlanden deportiert und in Auschwitz ermordet.

¹² Eichmann (2011), S. 61



Paul Eichmann, um 1945

Paul Eichmann hatte in all diesen Jahren dem zunehmenden Druck widerstanden, sich scheiden zu lassen, was die Ehefrau in ihrer sogenannten „privilegierten Mischehe“ – der Haushaltsvorstand galt ja als „Arier“ - und ihre Tochter vor Deportationen schützte.

Am 19. September 1944 wurde ihre Mutter, Martha Eichmann, frühmorgens um 5 Uhr zu Hause verhaftet und ins Polizeipräsidium verbracht; der Haftbefehl gegen Ruth konnte wegen ihrer Abwesenheit nicht exekutiert werden. Sofort kam der Vater nach Berlin, um ein Versteck im Westerwald anzubieten – doch Ruth wollte sich mithilfe von Freunden in Berlin verstecken.

Name: Recklinghausen	
Kennnummer: <i>A. 00039</i>	
Gültig bis: <i>10. Januar 1946</i>	
Name	<i>Gefmann geb. Refanthal</i>
Nachname	<i>Martha Sara</i>
Geburtsort	<i>10. Januar 1903</i>
Schulort	<i>Gefmann geb. Recklinghausen</i>
Beruf	<i>Hausfrau</i>
Umschreibende Kennzeichen	<i>Hausfrau</i>
Durchsicht Kennzeichen	<i>Hausfrau</i>
Bemerkungen:	



1. März 1945
W. Recklinghausen
(Unterschrift des Verhaftenden)

Recklinghausen *19. Jan 1945*
Der Polizeipräsident in Recklinghausen
Das Amt
(Unterschrift des aufnehmenden Beamten)

Kennkarte von Martha „Sara“ Eichmann (Privatfoto J. Eichmann)

Zurück in Recklinghausen, versuchte Paul Eichmann den Verbleib seiner Frau zu erforschen: Im Rahmen der Gestapo-„Mischlingsaktion“ war sie zusammen mit anderen jüdischen Ehefrauen „arischer“ Männer nach Gelsenkirchen und von dort nach Kassel gebracht worden. Unter ihnen befand sich auch Edith Hillbrenner, geb. Boldes aus Marl. Nach der Unterbringung im Zuchthaus Kassel ging der Transport weiter in ein provisorisches Zeltlager in einer Tongrube der kleinen Ortschaft Elben. Wegen der Empörung der Dorfbevölkerung über die miserable Lage der 120 Frauen wurde sie dann beengt in einer Gaststätte im Ort untergebracht, bis Baracken in der Tongrube errichtet worden waren. Als Zwangsarbeiterinnen wurden sie von der Organisation Todt zum Aushub von Großstollen am Hardtkopf eingesetzt, wo Teile der Flugmotorenwerke

Henschel untergebracht werden sollten. In der Schlussphase lebten die Frauen in der ständigen Angst, zur Tötung abtransportiert zu werden, ehe die US-Truppen einrückten. Bis zur Rückkehr von Frau und Tochter lebte Paul Eichmann in der Ungewissheit über ihr Schicksal. Als seine Frau zurückkehrte, hielten beide ihr Tochter für tot. Ruth überlebte das Inferno des Kriegsendes in verschiedenen Unterkünften in Berlin. Chaotisch verlief unter diesen Umständen auch der Versuch, in die Heimat zurück zu kehren. In Erfurt fand sie für drei Tage Unterschlupf im dortigen Ursulinenkloster. Als sie Recklinghausen später erreichte, fand sie die zerstörte Wohnung am Oerweg vor mit der Kreideaufschrift „Paul Eichmann, Marl“. Was sie erst dort erfuhr, war, dass die einrückenden US-Truppen ihn am Karfreitag, dem 1. April 1945, zum „Oberbürgermeister“ von Marl ernannt hatten.

Erst 1945 konnte Ruth Eichmann das Recklinghäuser Lyceum besuchen, auf das sie unter „normalen Umständen“ 1936 gegangen wäre und hier am 2. Oktober 1946 nach einem Förderkurs das Abitur ablegen. Nach dem Studium 1946-1952 in Münster und Toulouse trat sie 1952 in den Konvent der Ursulinen ein und war seit 1956 Lehrerin und 1964 - 1991 Direktorin des St. Ursula-Gymnasiums in Dorsten und 1995 - 2007 Oberin der Ursulinengemeinschaft.



Schwester Johanna Eichmann (Foto: Ursulinen Dorsten)

Seit 1982 engagierte sie sich als Mitbegründerin der Arbeitsgruppe „Dorsten unterm Hakenkreuz“ mit mehreren Buchveröffentlichungen. Daraus ging auch die Initiative zur Gründung des Jüdischen Museums Westfalen in Dorsten hervor, das sie 1992 - 2006 leitete.

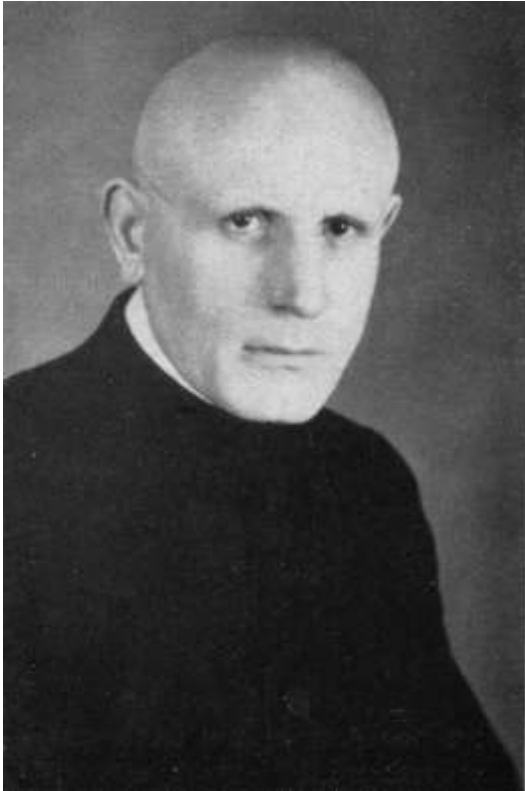
In ihrer eindrucksvollen Rede im Recklinghäuser Rathaus anlässlich der Gedenkstunde zum Tag der Opfer der NS-Herrschaft 2001 verwies sie auf das „*Erinnere Dich!*“ (Dtn 25,17) als Grundforderung der Tora.

Sie deutete diese Forderung als *„moralische und religiöse Dimension, nicht um moralische Entrüstung, nicht um rhetorische Betroffenheit und schon gar nicht um eine Pflichtübung, sondern um Einkehr und Umkehr, um die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und zu handeln wo es Not tut.“*¹³

Ihr Lebenswerk wurde unter anderem mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Dorsten und des Kreises Recklinghausen gewürdigt. Die engagierte Mahnerin Schwester Johanna starb einen Tag vor Heiligabend 2019.

(Georg Möllers)

¹³ Zitiert nach: Georg Möllers/Jürgen Pohl, Zeitenwende beim kulturellen Gedächtnis? Zu Entwicklung und Stand der Erinnerungskultur in Recklinghausen, in: Vestische Zeitschrift 106 (2016/17)



Ermordet als „Polenkaplan“.

August Wessing (1880-1945)

(Foto: Bistumsarchiv Münster)

August Wessing wurde am 18. Januar 1880 im münsterländischen Gescher geboren, wo er mit sechs Geschwistern aufwuchs. Nach dem Abitur in Coesfeld studierte er Theologie und wurde am 25. Mai 1907 in Münster zum Priester geweiht.

„Polen-Kaplan“ in Süd ab 1907

Seine erste Stelle als Kaplan trat er 1907 in Recklinghausen-Süd an, wo nach der Gründung der selbständigen Pfarrei St. Marien 1896 am 6. Dezember 1904 auch die erste Kirche St. Antonius für das neue Pfarrrektorat im Stadtteil König-Ludwig geweiht werden konnte.¹ Der ab 1913 selbständigen Pfarrei St. Antonius gelang erst 1938 der Bau einer dauerhaften Kirche. Die Gemeinde im Stadtteil König-Ludwig war vom Bergbau geprägt. Die Anwerbung der dringend benötigten Arbeitskräfte hatte dazu geführt, dass viele polnischsprachige Zuwanderer aus dem Osten des damaligen Reichsgebiets und Tschechen aus Österreich-Ungarn angeworben wurden. Von den mittlerweile bereits 53.700 Einwohnern der damaligen Stadt Recklinghausen im Jahr 1900 lebten 27.500 in den südlichen Stadtteilen. Das Zusammenleben und -wachsen war nicht unproblematisch. 1902 erlangte eine Wahlliste polnischsprachiger Katholiken bei der Wahl in St. Marien eine Mehrheit und ein Jahr später wurde die Pfarrei „dem Wunsche der Pfarrkinder polnischer Zunge nach einem polnischsprachigen Seelsorger gerecht“, als die vierte Kaplanstelle eingerichtet wurde. Die Einführung einer sonntäglichen Messe in polnischer Sprache 1906 wurden im kaiserlichen Reich durchaus angefeindet.

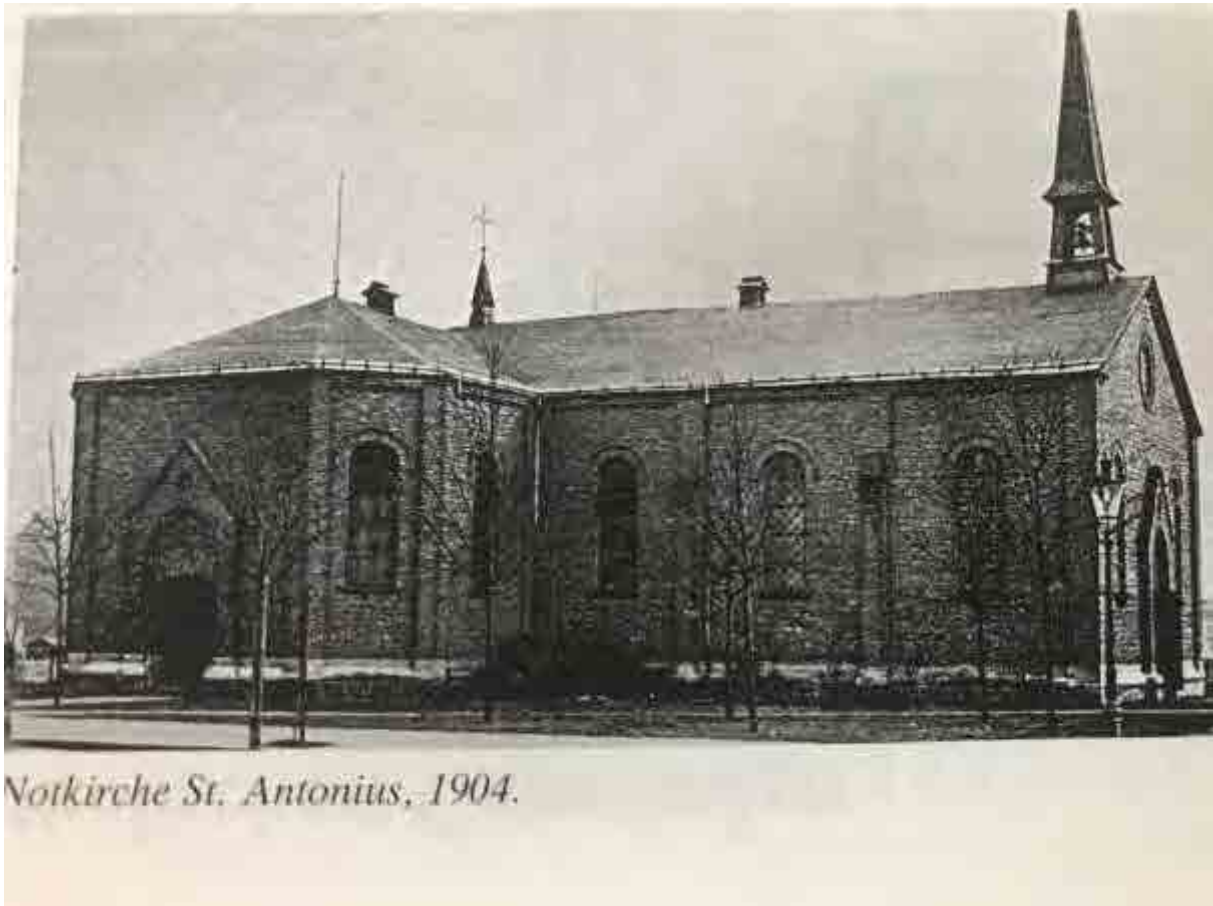
Übrigens ist die neugotische Marienkirche bis heute ein Zentrum der polnischsprachigen Seelsorge in Recklinghausen. Die dort beheimatete polnisch - katholische Mission feiert regelmäßig dort Gottesdienste und Sonntagsmessen.

Damals kommentierte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ am 7.9. 1906: „Statt den großsprecherischen Polen zu zeigen, daß der Deutsche noch Herr im Hause ist, kriecht der der katholische Klerus lieber zu Kreuze und erfüllt eine Forderung, die nicht nur nicht berechtigt, sondern in dieser Form sogar eine Beleidigung war.“² Auch die

¹ Vgl. zum Folgenden: 25 Jahre St. Antonius-Kirche 1938-1963, Recklinghausen 1963

² Zitiert nach: Werner Burghardt, „Die polnischen Arbeiter sind... fleißig und haben einen ausgeprägten Erwerbssinn...“ – Zur Geschichte polnischer Bergarbeiters in Recklinghausen 1884-1924, in: Recklinghausen im Industriezeitalter, hg. v. Klaus Bresser und Christoph

preußische Obrigkeit betrachtete die Gründung polnisch-katholischer Vereine mit Mißtrauen und Ablehnung. Seit der Zerstückelung und Zerstörung des polnischen Staates im 18. Jahrhundert versuchten die Großmächte mit einer Germanisierungs- bzw. Russifizierungspolitik eine Wiedergründung Polens zu verhindern. So taucht der Namen Kaplan Wessing/ Recklinghausen-Süd 1911 in einem Bericht des Landrats über die Aktivitäten katholischer Priester in diesen Vereinen auf.



Seelsorge für Zuwanderer in der neuen Pfarrei St. Antonius 1913 - 1924

Gerade auf der Zeche König Ludwig stammten 1907-1914 über 80 Prozent der zugezogenen Arbeiter aus der Provinz Posen. Unter den ca. 10.000 Einwohnern des neuen Seesorgebezirks im Stadtteil König Ludwig waren deshalb ca. 2/3 der Bevölkerung fremdsprachig. Neben Polen und Böhmen waren es Flamen und Niederländer. August Wessing, der von zuhause aus das Niederdeutsche kannte und sprach, hatte im Studium zudem gezielt polnische Sprachkenntnisse erworben. Dazu hatte er seine Semesterferien in einem Pfarrhaus bei Danzig und in einem Kloster bei Krakau verbracht. Außerdem lebte er eine Zeit lang auf dem Schloss eines polnischen Adligen in Westpreußen. In Recklinghausen begann er zusätzlich die tschechische Sprache zu erlernen, so dass er für alle fremdsprachigen Gemeindemitglieder der Ansprechpartner war. So hatte ihn der Bischof von Münster ausdrücklich mit dem Auftrag der Seelsorge für die Mehrheit der polnischsprachigen Gläubigen ernannt. In

St. Antonius unterstützt August Wessing die Gründung deshalb auch die Gründung polnisch-katholischer Verbände.

Durch die Wiedergründung eines polnischen Staates nach dem 1. Weltkrieg wurde das deutsch – polnische Verhältnis keineswegs entspannt. Die neue Grenzziehung wurde auch von der Weimarer Republik nie anerkannt und im oberschlesischen Industriegebiet war es zu bürgerkriegsähnlichen Gewaltakten gekommen.

Auch während seiner folgenden achtjährigen Amtszeit als Kaplan in St. Felizitas in Lüdinghausen (1924-1932) zeichnet sich August Wessing gerade für sein Engagement für die Armen der Gemeinde aus, ehe er am 9. März 1940 in der kleinen Pfarrei St. Laurentius in Hoetmar bei Warendorf zum Pfarrer ernannt wird.

Konflikte mit dem nationalsozialistischen Regime

Seine erster Prozess vor dem Sondergericht Dortmund erfolgte aufgrund der Anzeige des evangelischen Ortsgruppenleiters und eines Polizisten (In Hoetmar waren nur sechs von 1600 Einwohnern nicht katholisch.). Danach soll er in der Osterpredigt 1937 ausgeführt haben:

„Parlamente, öffnet eure Tore, damit auch dort der Heiland wieder einziehe! Den Schulen, wo die Kruzifixe entfernt worden seien, rufe er [Wessing, Anm. d. Verf.] zu: `Ihr höheren und niederen Schulen, öffnet eure Tore, damit der Heiland dort einziehe!` In der heutigen Zeit sollten die Männer oft beten, kommunizieren und beichten, damit sie stark genug seien, um die katholische Kirche verteidigen zu können. Die katholische Kirche sei keine Nationalkirche, sondern eine Universalkirche. Die Eltern möchten nicht für die Gemeinschaftsschule stimmen, wenn jemand an sie herantreten sollte, sondern für die katholische Bekenntnisschule. Er habe sich einmal erzählen lassen, daß viele Kinder vom Glauben abgefallen seien. Die Eltern seien dann zu ihren Priestern gekommen und hätten diesen erzählt, daß ihre Kinder vom Glauben abgefallen seien. Dieses sei nur darauf zurück zu führen, daß der Lehrer auch keine Glauben gehabt habe.“³

Dieses Mal wurde das Verfahren aus Mangel an Beweisen eingestellt. Als es tatsächlich zur Abschaffung der Bekenntnisschulen und zum Ende des Religionsunterrichts kam, gelang es Pfarrer Wessing, in einer umgebauten Scheune einen pfarrlichen Unterricht aufzubauen, um der ideologischen Gleichschaltung entgegen zu wirken. Auch weitere Verwarnungen 1939 und 1941 konnten ihn von seiner gradlinigen Haltung nicht abschrecken. In den Auseinandersetzungen um die Predigten von Bischof Clemens August von Galen gegen Gestapo-Terror und das Euthanasieprogramm gab es eine Hausdurchsuchung.

Zum endgültigen Verhängnis wurde dem inzwischen 62jährigen seine offen gezeigte Zuneigung zu russischen und polnischen Zwangsarbeitern. Am 1. September 1939

³ Christian Frieling, Priester aus dem Bistum Münster im KZ. 38 Biographien, Münster 1992, S. 198

waren deutsche Truppen in Polen eingefallen, russische Truppen griffen kurz darauf von Osten an und der Hitler-Stalin-Pakt führte erneut zu Eliminierung Polens durch die Großmächte. Mit der Kriegserklärung gegen die UdSSR wurde auch die russische Bevölkerung nicht nur Opfer von Kriegshandlungen, sondern eines Vernichtungskampfes.

Denn unter dem Blickwinkel der Rassenideologie des Nationalsozialismus galten Polen, Russen wie Slawen insgesamt nicht nur als Feinde, sondern als „rassisch Minderwertige“ oder „Untermenschen“. [galten]. Nach seiner Verhaftung durch die Gestapo am 18. Juli 1942 erklärte er auf die Vorhaltungen der „Feindbegünstigung“:

„Ich bin Seelsorger und kann in dieser Eigenschaft keinem Menschen, auch keinem Polen, Russen oder Juden gegenüber feindselig eingestellt sein.“⁴

Trotz der Intervention der Gemeinde während des Gefängnisaufenthalts in Münster wurde August Wessing am 2. Oktober 1942 in das KZ Dachau überführt, wo er als Häftling 37138 eingeliefert wurde. Hier waren ca. 2700 katholische Priester inhaftiert, darunter 411 aus Deutschland. Ende Februar 1945 erkrankte er an Fleckfieber und starb am 4. März 1945 in Dachau. Seinem Mithäftling Dr. Bernhard Hürfeld gelang es, wenigstens die Asche des Verstorbenen aus dem Lager zu schmuggeln.



Opfer der NS-Diktatur an der Marienbasilika in Kevelaer (Ausschnitt): KAB-Redakteur Nikolaus Groß (li) und August Wessing (Foto: G. Möllers)

Hürland berichtete später: „Dechant August Wessing, gebürtig aus Gescher, lange Zeit als Kaplan in Lüdinghausen, amtierte zuletzt in Hoetmar, Kreis Warendorf. Dort zog er den Groll der Partei auf sich. Als er einem armen ukrainischen Mädchen, das nichts anzuziehen hatte, durch eine Ordensschwester ein Kleid schenkte, hatte die Gestapo Münster einen „Grund“ gefunden, den eifrigen, heiligmäßigen Seelsorger trotz seiner 62 Jahre nach Dachau zu schicken. Er trug sein Schicksal männlich

⁴ Aussage von Pfarrer Johannes Sonnenschein, zitiert in: Frieling, Priester aus dem Bistum Münster, a.a.O., S. 199

heldenhaft. Er betete und opferte im Lager weiter für seine Pfarrkinder, ohne jede Bitterkeit gegen die, welche ihm solches Leid angetan hatten.

Als Wessing mit dem Todeskeim schon fieberkrank danieder lag, stand er noch auf, um einem italienischen Rechtsanwalt ein Stückchen Brot über die Umzäunung unseres Blocks zu reichen. Am 4. März, morgens 6 Uhr, setzte der Tod diesem edlen Priesterleben ein Ende. Wessing starb an Flecktyphus.

Es gelang wenigstens, seine Asche heimlich für die Heimat zu retten. In einem Leinensäckchen auf der Brust brachte sie ein Freiburger Priester aus dem Lager, und der katholische Pfarrer von Dachau bewahrte das Heiligtum auf, bis es nach dem Zusammenbruch der Gewaltherrschaft möglich war, die Asche des lieben Freundes in seiner Pfarrgemeinde beizusetzen. Sehr sinnig wurde sie in dem Sockel des großen Friedhofskreuzes zu Hoetmar eingelassen: Der gute Hirt zu Füßen des besten Hirten am Kreuze. Auch August Wessing gab nach seinem göttlichen Vorbild sein Leben hin für seine Schafe.“⁵

In Recklinghausen wurde gemäß Ratsbeschluss vom 16. Juni 1997 zwischen Overberg- und Alte Grenzstraße im Stadtteil König-Ludwig die „Dechant-Wessing-Straße“ nach ihm benannt. Die Enthüllung des Straßennamens für den „Polen-Kaplan“⁶ fand 1998 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Anwesenheit von



Regionalbischof Dr. Josef Voß, und Bürgermeister Jochen Welt statt. Der Bürgermeister stellte Wessing in eine Reihe „aufrechter Nazi-Verfolgter“ wie Walter Wenthe, August Kaiser, Dietrich Bonhoeffer und die Geschwister Scholl. Besonders eindrucksvoll war der Gedenkgottesdienst, den Pfarrer Aloys Wiggeringloh zusammen mit Pfarrer Hermann Scheipers, einem Mitgefangenen von Wessing im KZ Dachau feiern konnte.

Gedenkplakette in der St. Antonius - Kirche Recklinghausen (Foto: A. Wiggeringloh)

⁵ Bernhard Hürfeld, Mit der Asche zweier Freunde heim aus Dachau, Die Tragödie der Oberschule Lüdinghausen 1943. Die Maßnahmen der Nationalsozialisten und der Gestapo gegen die Oberschule in Lüdinghausen im September 1943. Ein Zeitzeugenbericht von Dr. Werner Hülsbusch mit Beiträgen von Hubert Kleinsorge, Lüdinghausen 2005, S. 68f

⁶ „Straßenname erinnert an Polen-Kaplan“, Recklinghäuser Zeitung 16.03.1998

An seine Kaplanszeit (1907- 1924) in St. Antonius erinnert heute eine Plakette in der 1929-1938 errichteten zweiten St. Antonius - Kirche. Der heutige Pfarrer Aloys Wiggeringloh von St. Antonius stammt selbst aus Hoetmar, wo die Bevölkerung den Priester bis heute in Erinnerung behalten hat:

„Was ich im Elternhaus und in der Schule von ihm, der ein Opfer der Nazidiktatur wurde, erzählt bekam, begleitet mich seit Kindheitstagen.“ Er erhielt 1994 diese Kopie der Gedenkplakette in der Kirche in Hoetmar als Geschenk seiner Heimatpfarrei. Eine Erinnerungstafel im Recklinghäuser Gotteshaus formuliert den Verfolgungsgrund so:

„Im Wort und Werk widerstand Wessing der gottlosen Herrschaft des Nationalsozialismus. Weil er notleidenden „Volksfeinden“ half, brachten ihn seine Widersacher im Juli 1942 ins Gefängnis und im September 1942 in das Konzentrationslager Dachau.“

Für Pfarrer Aloys Wiggeringloh gab August Wessing „sein Leben in Freiheit und aus Liebe“.⁷

(© Georg Möllers)

Diese PDF-Datei ist ein Auszug aus dem Online-Gedenkbuch der Stadt Recklinghausen „Opfer und Stätten der Herrschaft, Verfolgung und des Widerstandes 1933 – 1945“, Abteilung OPFERBUCH

www.recklinghausen.de/gedenkbuch

⁷ Aloys Wiggeringloh, Weder Helden noch Heilige. August Wessing 1945 sowie Guiseppe Berardelli 2020, in: geistREich. Kirchenzeitung für Recklinghausen, Mai 2020, S. 18f; Vgl. insgesamt: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, hg. von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 7. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Paderborn 2019

Erich Klausener – Staatsdiener und Kirchenmann

Worte des Gedenkens in Recklinghausen¹

von **Dr. Tilmann Pünder**

I.

Der 30. Juni 1934 war ein heißer Sommertag. Ferien standen vor der Tür. Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener stellte sich auf den Sommerurlaub mit der Familie ein. Die Koffer waren gepackt, die Bahnbillette gekauft. Anstrengende Tage lagen hinter ihm, vor allem der 32. Märkische Katholikentag, den er wenige Tage zuvor, am 24. Juni 1934, als Chef der „Katholischen Aktion Berlin“ in der Galopprennbahn Hoppegarten geleitet hatte. Dort hatte sich das katholische Berlin wieder einmal präsent gezeigt und dem totalitären Regime getrotzt. Klausener, ein Mann der freien Rede, hatte dafür treffende Worte gefunden. Sie hatten Zehntausenden neuen Mut gemacht. Die Antwort des Regimes blieb nicht aus: Sechs Tage später traf eine SS-Kolonnie im Reichsverkehrsministerium ein; ihr Anführer verschaffte sich Eintritt in Klauseners Büro und bedeutete diesem, daß er wegen staatsfeindlichen Verhaltens verhaftet sei. Beim Verlassen des Raumes schoß er, hinter Klausener stehend, diesen mit seiner Pistole in die hintere rechte Schädelseite. Nach einem Telefonat mit dem Gestapochef Reinhard Heydrich ließ der Mörder die Leiche so zurück, als habe das Opfer Selbstmord begangen.

An jenem 30. Juni 1934 zeigte sich das Regime erstmals von seiner brutalen Seite. Kaltblütig ließ Adolf Hitler in Bayern Mitglieder der obersten SA-Führung liquidieren. Hermann Göring, der Ministerpräsident des ruhmreichen Preußen, sekundierte ihm von Berlin aus: Hier fielen der Mordaktion weitere Personen zum Opfer, solche, die dem Regime im Wege standen bzw. gestanden hatten. Darunter war der ehemalige Chef der Preußischen Polizei Erich Klausener.

Über sieben Jahrzehnte sind seit jenem 30. Juni vergangen. In den ersten Nachkriegsjahren waren Name und Schicksal des Ermordeten vielen ein Begriff. Aus dieser Zeit tragen in nicht wenigen deutschen Städten Plätze und Straßen, Einrichtungen von Staat und Kirche

¹ Gedenkfeier des Stadtkomitees der Katholiken Recklinghausen anlässlich des 125. Geburtstages und des 75. Jahrestages der Ermordung von Erich Klausener am 30.01.2010 im Rathaus Recklinghausen

Klauseners Namen. Inzwischen ist die Erinnerung an ihn merkwürdig verblaßt. Die 75. Wiederkehr des Verbrechens vom 30. Juni 1934 und die 125. Wiederkehr seines Geburtstages geben Anlaß, sich der Bedeutung dieser herausragenden Persönlichkeit der deutschen Zeitgeschichte wieder zu erinnern.²

II.

Dr. Erich Klausener war kein Berliner und auch kein Westfale, sondern Rheinländer - durch und durch. Väterlicherseits war er Aachener, mütterlicherseits Düsseldorfer Abstammung. Sein Vater hatte sich als Stellvertretender Landeshauptmann um den Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Rheinlanden verdient gemacht. Der Vater seiner Mutter, ein renommierter Advokat in Düsseldorf, war eine Schlüsselfigur der dortigen Zentrumspartei gewesen. Im Preußischen Abgeordneten zählte Klauseners Großvater Gustav Biesenbach im Kulturkampf zu den Säulen der katholischen Fraktion. Beide Familien waren treue Diener ihrer Kirche, wurzelten im katholischen Milieu. „Sentire cum ecclesia“ gehörte zur Realität ihres Alltags. Dies war kein Widerspruch zu ihrer politischen Gesinnung; man dachte - trotz noch wacher Erinnerung an den „Kulturkampf - nationalbewusst und patriotisch.

Wie seine Vorfahren wurde Klausener Jurist; sein Wunsch war es, preußischer Landrat zu werden. Schon 1917, nach dreijährigem Fronteinsatz als Ulanen-Offizier, ging dieser Wunsch in Erfüllung: In Adenau, im kleinsten Kreis der preußischen Monarchie, war es seine Aufgabe, die Bevölkerung der Hocheifel vor den zivilen Drangsalen der letzten Kriegsjahre zu schützen. Der Verlust des Krieges und der revolutionäre Wechsel der Staatsform brachten neue Herausforderungen. 1919 wird Klausener nach Recklinghausen, in den größten Kreis der jungen Republik, versetzt. Die Rahmenbedingungen seines landrätlichen Wirkens im nördlichen Ruhrgebiet waren turbulent: Kapp-Putsch, Generalstreik, Bürgerkrieg, Inflation, Besetzung des Reviers durch die Alliierten, „Passiver Widerstand“, Verhaftung, Verurteilung und Ausweisung. Dennoch gab es viel Fortschritt, vor allem in der Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise des damaligen „Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes“ Der heute noch segensreich nachwirkende „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“ bot eine ideale Plattform. Im Vordergrund seines Wirkens aber stand die Verbesserung der sozialen Infrastruktur des Kreises durch Aufbau von beratenden, ambulanten und stationären Diensten und

² Vgl. die Aufsätze des Verfassers in der Vestischen Zeitschrift, Band 97/98 - 1998/99, S. 255-301; Erich Klausener - Staatsdiener und Kirchenmann, in Band 10 der von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher herausgegebenen Reihe "Zeitgeschichte in Lebensbildern - Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts"; Münster 2001, S. 43-59 und Festschrift zur Gedenkveranstaltung für Dr. Erich Klausener in Hoppegarten am 24. Juni 2009, S. 5-9.

Einrichtungen für Gefährdete, Behinderte und Kranke. Wer Klausener ob seiner Leistungen für die Wohlfahrtspflege deshalb als „roten Landrat“ bezeichnete, missverstand seine Motivation. Sie wurzelte in der christlichen Weltanschauung, nicht im Sozialismus.

1924 begannen Klauseners letzten zehn Berufsjahre, die Zeit in Berlin. Aus dem preußischen Landrat wurde ein hoher Ministerialbeamter, zunächst im Wohlfahrtsministerium, 1926 im Innenministerium als Chef der Polizeiabteilung. Preußen, der größte Gliedstaat des Deutschen Reichs, wurde während der Weimarer Zeit von einem Dauerbündnis dreier Parteien regiert - der SPD, des Zentrums und der (links-) Liberalen (DDP).³ Diese so genannte „Weimarer Koalition“ machte Preußen zu einem Bollwerk der jungen Demokratie. Für die Zentrumspartei, der Erich Klausener zugehörte, war es eine staatsbürgerliche Pflicht, die neue Republik ohne Vorbehalt zu unterstützen, mit ihr durch dick und dünn zu gehen. In der Preußischen Staatsregierung besetzte sie neben dem Justiz- und dem Landwirtschaftsministerium das Sozialressort. Durch Beamte ihres Vertrauens war sie aber auch in anderen Ressorts vertreten. Diese fungierten in einer Art Grauzone zwischen Politik und Verwaltung für die Parlamentarier der anderen Koalitions-Couleur als Kontakt- und Ansprechstellen. Insgesamt war die preußische Ministerialbürokratie in ihrer politischen Ausrichtung alles andere als homogen, gleichwohl von hoher Qualität.

Der Polizei im preußischen Freistaat vorzustehen, war eine große Aufgabe. Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung in der jungen Republik musste auf eine rechtsstaatlich solide neue Basis gestellt werden. Klausener gelang dies mit der Schaffung des „Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes“ auf geniale Weise. Der Kern des von ihm vorbereiteten Gesetzes, die berühmte Generalklausel des § 14 PVG, gehört noch heute, länderübergreifend, zum Grundbestand des deutschen Ordnungsrechts.⁴ Im Mittelpunkt des Wirkens von Erich Klausener als preußischer Polizei-Chef aber stand der Kampf gegen die Feinde der Republik von rechts und links. Klauseners Credo, die Polizei sei der stärkste Schutz der Republik, wurde in deren Schlußphase auf eine harte Probe gestellt. Konjunkturabschwung und Weltwirtschaftskrise hatten die Arbeitslosenzahlen sprunghaft anschwellen lassen. Die desolante wirtschaftliche Situation hatte in Verbindung mit dem Frust über die Weltkriegsniederlage und einen als ungerecht empfundenen Friedensvertrag einen Sog zu den radikalen Massenparteien ausgelöst. Deren Privatarmeen, die „SA“ und der „Rote-Frontkämpfer-Bund“, trugen ihre Auseinander-

³ Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919 - 1932, Düsseldorf 1985

⁴ Vgl. Stefan Naas, Die Entstehung des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes – ein Beitrag zur Geschichte des Polizeirechts in der Weimarer Republik, Tübingen 2003.

setzungen nicht nur verbal in Presse und Versammlungen, sondern mit Gewalt auch auf der Straße aus.

Das Reich und Preußen versuchten, dieser schlimmen Entwicklung mit den Mitteln des Rechtsstaates Herr zu werden. Das Reich verfügte über keine eigene Polizeikräfte und war auf den Erlaß genereller Rechtsakte beschränkt. Diese äußerten sich vor allem in Verboten, die von den Polizeien der Länder durchzusetzen waren. Da der Machtkampf unter den Radikalen vorwiegend in der Reichshauptstadt ausgetragen wurde, lag die Hauptverantwortung für den Schutz der Republik arbeitsteilig bei der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums und dem Berliner Polizeipräsidium. Klausener war Verfechter einer, wie man heute sagen würde, „wehrhaften Demokratie“, also eines entschlossenen Kampfes gegen alle Feinde der Republik. So trug denn auch so mancher Erlaß gegen radikale Kräfte der NSDAP aus jener Zeit seine Unterschrift.⁵ Er bemühte sich sogar darum, den deren aus Österreich stammenden Führer, Adolf Hitler, aus dem Reich auszuweisen.

Vergebens - am 30. Januar 1933 wurde eben dieser Hitler vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Damit war ein Prozeß der Machteroberung in Gang gesetzt worden, der in rascher Folge zu einer „Gleichschaltung“ aller staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung führte. Das alte „System“ - es wurde hinweggefegt. Zu den ersten Maßnahmen des neuen Reichskanzlers gehörte es, seinen alten Kampfgefährten Hermann Göring mit der kommissarischen Leitung des preußischen Innenministeriums zu betrauen. Görings Aufgabe sollte es sein, die Schaltstellen der Macht, vor allem die der Polizei mit ihren 50.000 Beamten zu besetzen. Jeder, der im Verdacht stand, ein Gegner des Nationalsozialismus zu sein, sollte aus den Diensten der Polizei entfernt werden. Angesichts dieser Umwälzungen hielt Klausener selbst sich im Innenministerium für fehlplaziert. Mitte Februar 1933, anläßlich einer erbetenen Rücksprache mit Göring, entband dieser Klausener von allen Dienstpflichten. Den zurückliegenden Kampf der preußischen Regierung gegen die NSDAP, den Klausener an vorderster Stelle mitgetragen hatte, charakterisierte Göring bei dieser Gelegenheit mit markigen Worten: *„Ihr Bürgerlichen habt uns ja nur mit Nadeln gestochen. Wir, die Nationalsozialisten, werden mit der Faust zuschlagen“*. Wie ernst gemeint diese Drohung war, sollte sich mit Bezug auf die Person Erich Klauseners 16 Monate später in grausamer Konsequenz zeigen!

⁵ Z.B. der Erlaß des Preußischen Innenministeriums vom 11. 01. 1927 über das "Auftreten Hitlers in Versammlungen" (Stadtarchiv Dorsten, Dr. Erich Klausener. Spurensuche. Ein Projekt der Erich-Klausener-Realschule Dorsten).

treuester Arbeit für Volk und Vaterland“. Als die Reichsregierung wenige Monate nach ihrer „Machtergreifung“ den „1. Mai“ zum „Tag der Nationalen Arbeit“ deklarierte, reagierte Klausener blitzschnell: Er rief die Katholiken Berlins zum Besuch festlicher Gottesdienste auf und beschrieb den Wert der Arbeit aus christlicher Sicht: *„Alles Tun des Menschen muß hingeordnet sein zum letzten Ziel und Ende aller Dinge, zu Gott dem Allmächtigen“*.

Klausener war kein Leisetreter. Als die NSDAP die katholischen Arbeitervereine verunglimpfte, konnten diese auf Unterstützung durch die „Katholische Aktion“ rechnen⁶. Vor Zehntausenden erklärte Klausener: *„Wir müssen uns alle klar werden, daß mit äußeren Mitteln allein die sittliche Wiedergeburt unseres Volkes nicht bewerkstelligt werden kann. Wenn die Revolution der nationalen Erhebung (hiermit war die „Machtergreifung“ gemeint) nicht begleitet ist von einer Revolution der inneren, geistigen Erneuerung, dann sind alle Kraft und alles Mühen vergebens gewesen.“*

Mit dieser Art des Widerspruchs bewegte sich Klausener damals auf schmalstem politischen Grat. Alfred Rosenberg, der Chefideologe der Partei, verbat sich im „Völkischen Beobachter“⁷ weltanschauliche Einmischungen und drohte Konsequenzen an. Aber Klausener ließ sich nicht einschüchtern. Noch zweimal fand er Gelegenheit, in Massenveranstaltungen Werte und Rechte einer freien Kirche in einem weltanschaulich geprägten Staat hervorzuheben, zuletzt am 24. Juni 1934, beim 32. Katholikentag der Diözese auf der Galopprennbahn in Hoppegarten vor mehr als 60.000 Katholiken. Das dort in freier Rede und religiös-politischem Pathos Vorgetragene war das Schlusswort seines Lebens.

IV.

Die Nachricht vom Tode des Berliner Kirchenführers verbreitete sich in Windeseile. Die offizielle Version vom Selbstmord stieß auf völlige Ablehnung. Ein Selbstmord dieses engagierten Katholiken, der seine Überzeugung stets glaubwürdig und vor Tausenden bekundet hatte, war eine absurde Vorstellung. Unbegreiflich war, daß sein eigener Minister, ein praktizierender Katholik adeligen Geblüts, die Selbstmord-Legende verbreitete. Wer allerdings das Gegenteil behauptete und ein Fremdverschulden ins Spiel brachte, ging ein hohes Risiko ein. Frei waren in diesem Zeitpunkt nur der Vatikan und die nichtdeutsche Presse. Sie lehnten die Selbstmordthese ab und wiesen auch die Verdächtigung als unreal zurück, Klausener sei in Putschpläne gegen die Staatsführung verwickelt gewesen. Solcherart Verhalten hätte ja gegen

⁶ Vgl. Walther Adolph, Erich Klausner, Berlin 1955, S. 84 ff.

⁷ Ausgabe vom 27.06.1933

Im Unterschied zu vielen anderen aus ihren Ämtern gejagten republikanischen Beamten wurde Erich Klausener nicht ins Nichts abgeschoben. Unter Beibehaltung seines Status als Ministerialdirektor wurde er in das Reichsverkehrsministerium versetzt und dort mit der Leitung der Schifffahrtsabteilung betraut. Solcherart glimpfliche Behandlung hing offensichtlich mit den Funktionen des Ex-Polizeichfs als Leiter der „Katholischen Aktion“ in Berlin zusammen.

III.

Entsprechend der Tradition seiner Familie hatte sich Klausener in Berlin der kirchlichen Laienarbeit zur Verfügung gestellt. Hauptplattform seines Wirkens war die „Katholische Aktion“, eine von Papst Pius XI. 1922 weltweit ins Leben gerufene Laienbewegung, die dem deutschen Katholizismus auf dem Magdeburger Katholikentag 1928 vom Nuntius Eugenio Pacelli nahe gebracht worden war. Als Teil der kirchlichen Hierarchie sollte die „Aktion“ dazu beitragen, das Christentum in den Alltag einzubringen und diesen christlich zu beseelen. Erich Klausener wurde zum Leiter der „Katholischen Aktion“ in Berlin berufen. Als in der Politik Erfahrener kannte er die Instrumente, um Einfluß auf die Öffentlichkeit zu nehmen. Er setzte sie ein, um eine säkular eingestellte Gesellschaft mit kirchlichen Themen zu befassen und das 1929 zum Bistum erhobene katholische Berlin nach Vorne zu bringen - mit gezielter Pressearbeit und perfekt inszenierten Großkundgebungen, zu denen Zehntausende strömten. Auf dieser Ebene gab es sogar Berührungspunkte mit der zur Macht strebenden NSDAP, der es mit raffinierter Propaganda immer wieder gelang, Massen zu bewegen.

Als nun im Januar 1933 aus der radikal-oppositionellen Hitlerbewegung eine Staatspartei geworden war, deren Führer das Amt des Regierungschefs und Reichskanzlers bekleidete, änderten sich die Rahmenbedingungen jeglichen gesellschaftlichen Handelns total, auch innerhalb der „Katholischen Aktion“. Klausener entschloß sich in christlicher Gesinnungsethik, „dem Kaiser zu geben, was dem Kaiser gebühre“: Bewußt wurde daher die neue Staatsführung in die Ablaufplanung der Veranstaltungen der „Katholischen Aktion“ einbezogen - in Gestalt von Einladungen, Grußadressen, Fürbitten und nationalen Liedern. Wie viele andere Christen sah Klausener in diesen ersten Monaten der neuen Ära Chancen für ein partnerschaftliches Miteinander - hier einer sozial engagierten Kirche, dort eines Staates, der entschlossen nationale Aufgaben aufgriff, die seit Jahren der Lösung harrten. Klausener beteuerte: *„Mit dem Bekenntnis ihres Glaubens verbinden die Katholiken das feierliche Gelöbniß*

die Philosophie der „Katholischen Aktion“ verstoßen, die von der Anerkennung aller Obrigkeit durchdrungen war.

Bischof und Domkapitel verabschiedeten sich von ihrem Laienführer in der Pfarrkirche und auf dem Gemeindefriedhof St. Matthias. Indirekt brachten sie damit ihre ablehnende Auffassung zur offiziellen Sprachregelung über einen Selbstmord des Laienführers zum Ausdruck. Einer Ehrenerklärung kam auch die Juli-Ausgabe des „Katholischen Kirchenblattes“ gleich, die in hoher Auflage speziell als Gedenkausgabe für Erich Klausener gestaltet worden war. Im Übrigen war die Reaktion der Kirche eher verhalten. Den Gemeinden wurde empfohlen, *„gegenüber den Ereignissen der letzten Woche die gebotene Zurückhaltung zu beobachten und das Gesamtwohl der Kirche nicht aus dem Auge zu lassen“*. Klartext sprachen damals nur wenige. Erinnert sei an Albert Coppenrath, den Pfarrer von St. Matthias, der in einer Kanzelvermeldung von der „Erschießung“ seines Kirchenvorstandsmitgliedes sprach und drei Monate später sogar den Schneid aufbrachten, der neuen, noch mit Klauseners Unterstützung geschaffenen Walderholungsanlage in Lichtenrade den Namen „Erich Klausener-Platz“ zu geben. Gedacht sei auch der Rechtsanwälte Werner Pünder und Erich Wedell, die es in Wahrnehmung der Interessen von Witwe und Sohn wagten, Klage auf finanzielle Absicherung gegen den Reichskanzler und den Preußischen Ministerpräsidenten, also gegen Hitler und Göring, zu erheben. Nur mit großem Glück entgingen diese Rechtswahrer dem Tod. Schließlich erinnere ich an Clemens August Graf von Galen, den Bischof von Münster, der zwei Jahre später in Xanten über dem Grab des Märtyrer-Heiligen Viktor an die noch frischen Gräber jener Christen erinnerte, die das katholische Volk für Märtyrer des Glaubens halte⁸.

Der Mörder wurde 17 Jahre später gefasst und abgeurteilt. Hedwig Klausener, die Witwe, besaß den Großmut, sich für eine Begnadigung des in der Haft schwer erkrankten Mörders ihres Mannes zu verwenden.

IV.

Sein nur 49 Jahre dauernder Lebensweg hat Dr. Erich Klausener auf viele Felder der Verantwortung geführt - als Offizier im Weltkrieg und als königlich preußischer Landrat im kleinsten, später als Landrat der jungen Republik im bevölkerungsreichsten Landkreis Preußens, schließlich als hoher Ministerialbeamter in der Reichshauptstadt. Die Staatsformen wechselten, mit ihnen die Dienstherren. Klausener diente dem Staat in Loyalität. Er war ein Mann der

⁸ So jetzt offiziell: Hellmut Moll (hrsg. Im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz), Zeugen für Christus – das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, Paderborn u.a. 1999.

Ideen und ein Mann der Tat, nicht des gelassenen Zuwartens. Mit dieser Gabe hat er vieles erreicht und geschaffen - in der kargen Hocheifel, im pulsierenden Industriekreis, zuletzt in Berlin an den zentralen Schalthebeln von Politik und Verwaltung. Als Mitschöpfer eines modernen Polizeirechts zählt Klausener zu den herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Verwaltung. Die nationale Sache war ihm zeitlebens wichtig. Radikalen Tendenzen hat er, wo immer sie auftauchten, keinen Raum gegeben. In Treue stand er zum Staat und dessen Verfassung.

Als Mann der Tat hat er sich auch in *seiner* Kirche bewährt. Er war stolz auf seine Konfession. Von dem hierarchischen Strukturprinzip der Kirche war er durchdrungen. Bischöfe konnten also auf ihn zählen. Mit charismatischer Ausstrahlung, Wortesmacht und Organisationstalent hat Erich Klausener im Dienst des Laienapostolats vor Tausenden Zeugnis für Christus abgelegt. Die Nationalsozialisten sahen darin einen Einbruch in ihr Monopol zur Versammlung von Massen. Sowohl als Kirchenführer als auch als Feind aus der „Kampfzeit“ stand er ihnen im Wege. Radikalität und Brutalität des Regimes hat Klausener wie viele seiner Zeitgenossen im In- und Ausland verkannt und unterschätzt. Deshalb mußte sein Versuch, den Laien-Katholizismus in das „neue Deutschland“, das so genannte Dritte Reich, zu integrieren, scheitern.

Das Fundament seines Wesens und Handelns lag im Glauben und in den Traditionen seiner Familie. Später, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, wurde diese Linie durch seine engsten Angehörigen fortgeführt: Hedwig Klausener präsierte 1952 als erste Frau in der hundertjährigen Geschichte der deutschen Katholikentage das 75. Laientreffen in Berlin,⁹ Sohn Erich diente der von seinem Vater miterbauten Diözese Berlin, medienerfahren und weltgewandt, als hoher Prälat und Domkapitular.

Erich Klausener war ein treuer Staatsdiener und überzeugter Kirchenmann. Treue und Überzeugung wurden ihm, einem Mann aus dem frühen Widerstand gegen Hitler und Blutzegen der Kirche,¹⁰ zum Verhängnis. Erich Klausener kann uns, sollte uns Vorbild sein.¹¹

[Dr. Tilmann Pünder, Bussardweg 7b, 48 155 Münster]

⁹ Vgl. Rheinische Post vom 12. 06. 1952; zur Persönlichkeit Hedwig Klauseners vgl. Marianne Pünder, In memoriam Hedwig Klausener, in: Prisma der Frau 9-10/1971, S. 99.

¹⁰ Vgl. Helmut Moll, „Wenn wir nicht unser Leben einsetzen ...“ - Märtyrer des Erzbistums Köln aus der Zeit des Nationalsozialismus, S. 54

¹¹ Vgl. die Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl zum 50. Jahrestag der NS-Morde vom 30. Juni 34 im Bulletin der Bundesregierung vom 29. 06. 1984 Nr. 77/S. 687.

Predigt des Bischofs zur Enzyklika "Mit brennender Sorge"

Recklinghausen. Am Mittwoch (12.12.2012) wurde bei einer Vesper in Recklinghausen an die Enzyklika "Mit brennender Sorge" erinnert. – kirchensite.de dokumentiert die schriftliche Fassung der Predigt von Bischof Felix Genn.

Verehrter Herr Apostolischer Nuntius, liebe Mitbrüder, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den pastoralen und geistlichen Diensten, liebe Schwestern und Brüder! "Mit brennender Sorge" – mit diesen Worten beginnt die Enzyklika von Papst Pius XI. vom 14. März 1937, damals als Passionssonntag gefeiert, an dem die Kirche intensiv in die Betrachtung des Leidens Christi einsteigt. Es ist ein Rundschreiben, das schon dadurch außergewöhnlich ist, weil es nicht in der lateinischen Sprache, sondern in Deutsch verfasst wurde. Mit brennender Sorge sieht der Papst die Situation in Deutschland, die sich zur damaligen Zeit mehr und mehr zu einem Kirchenkampf ausweiten musste. 75 Jahre danach gedenkt das Stadtkomitee von Recklinghausen dieses Datums und verbindet damit die Erinnerung an die Auseinandersetzungen, die hier in der Stadt in den Jahren 1933 bis 1945 engagierte gläubige Christinnen und Christen geführt haben. Ich danke dem Stadtkomitee ganz herzlich, dass es diesen Rückblick ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stellt und somit gleichzeitig das engagierte Zeugnis von Christen hier vor Ort dem Vergessen entreißt.

Für mich persönlich ist dieser Abend deshalb auch eine Freude, weil ich wieder einmal hier in Recklinghausen sein kann, um in dieser ehrwürdigen Propsteikirche St. Peter mit Ihnen zu beten und damit in der zweitgrößten Stadt des nordrhein-westfälischen Teils unseres Bistums ein gemeinsames Glaubenszeugnis für unsere Gegenwart zu setzen. Es ist mir eine Ehre, dies zusammen mit dem Vertreter des Heiligen Vaters in der Bundesrepublik Deutschland, Ihnen, sehr verehrter Herr Apostolischer Nuntius Erzbischof Dr. Jean-Claude Pérriset, das Abendgebet der Kirche zu singen und diese Enzyklika des Papstes vor 75 Jahren zu würdigen. Ich grüße Sie, verehrter Herr Nuntius, sehr herzlich.

Liebe Schwestern und Brüder, in den zurückliegenden Jahren haben Sie sich hier vor Ort zusammen mit dem Kreisdechanten, den Priestern, Diakonen, Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten und vielen engagierten ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern bemüht, eine Struktur der Pfarreien zu finden, die für die Zukunft tragbar ist. Zugleich aber haben Sie nicht aus dem Auge gelassen, sich zu bemühen und darum zu ringen, wie diese Struktur inhaltlich gefüllt und wie diese Struktur mit christlichem Geist, Leben und Zeugnis gefüllt werden kann. Ein solcher Rückblick, wie es der heutige Abend darstellt, ist damit zugleich auch ein Akzent, der einen Ausblick auf das Morgen hin setzen kann und uns verbinden mag mit der brennenden Sorge, der heute unser christliches Engagement zu gelten hat.

Die Veranstaltung an diesem Abend gliedert sich ein in eine Reihe verschiedener Gedenkveranstaltungen der letzten Jahrzehnte, in denen vor allem das Wirken des

ehemaligen Landrats Dr. Erich Klausener, eines überzeugten Demokraten und engagierten Christen, gewürdigt wurde. So benennt sich die Brücke über den Dortmund-Ems-Kanal ebenso nach ihm wie das Zentrum der Kath. Gemeinden und Organisationen der Stadt und des Kreisdekanates Recklinghausen. Darüber freue ich mich besonders, schlägt doch dieser Name eine Brücke in meine eigene Biographie. Dies will ich wenigstens kurz benennen. Der Name Erich Klausener ist mir seit Kindertagen vertraut, weil es durch meine Familie Beziehungen in die Stadt Adenau am Nürburgring gegeben hat, in der Erich Klausener bis heute unvergessen ist, obwohl er nur zwei Jahre als Landrat dort gewirkt hat, nämlich von 1917 bis 1919. Das dortige Gymnasium ist nach ihm benannt. Für uns als Kinder allerdings galt er als einer der vielen Persönlichkeiten, die dem NS-Regime ebenso widerstanden haben wie der Pfarrer meiner Heimatgemeinde, der zusammen mit dem Pastor des Nachbarortes sich 1940 dem deutschen Groß Hermann Göring gegenüber verweigerte, der an einem gewöhnlichen Montagnachmittag während des Krieges ein Ausflugslokal unweit meines Heimatdorfes besuchte, in dem zufällig diese beiden Priester sich zu einem Austausch getroffen hatten. Weil sie nicht begrüßt hatten, mussten sie im KZ Dachau ihr Leben lassen.

Als Bischof von Münster ist es mir ein großes Anliegen, vor allem das Zeugnis meines berühmten Vorgängers in diesem Amt, des Bischofs Clemens August Kardinal Graf von Galen in Erinnerung zu halten. Wir haben im vergangenen Jahr seiner großen Predigten, die er im Sommer 1941 in der Lamberti- und Überwasserkirche in Münster gehalten hat, gedacht. Es ist klar, dass er zu den Beratern Papst Pius' XI. gehörte, um die Enzyklika "Mit brennender Sorge" vorzubereiten. Wir wissen, dass für unser Bistum ausdrücklich auf seine Initiative hin, allein 120.000 Exemplare dieser Enzyklika gedruckt und in den Kirchen verteilt wurden.(1)

Das Gedächtnis an solche Frauen und Männer des Widerstandes bedeutet auch eine Verpflichtung. Hierzu kann uns ein Blick auf den Text der Lesung helfen, die wir in der Vesper an diesem Abend gehört haben.

Liebe Schwestern und Brüder, die eben gehörten Verse aus dem 2. Timotheusbrief ordnen sich ein in eine Botschaft, die der Verfasser dem Apostel Paulus in den Mund legt. Eindringlich beschwört der Apostel seinen Schüler Timotheus, das Wort Gottes zu verkünden, "ob man es hören will oder nicht" (2 Tim 4, 2). Paulus weist darauf hin, dass es eine Zeit geben wird, "in der man die gesunde Lehre nicht erträgt, sondern sich nach eigenen Wünschen immer neue Lehrer sucht, die den Ohren schmeicheln; und man wird der Wahrheit nicht mehr Gehör schenken, sondern sich Fabeleien zuwenden" (ebd. 3 -4). Das Wort Gottes zu verkünden, ob gelegen oder ungelegen, gehört zum apostolischen Auftrag, dem besonders der Träger des Petrusdienstes und damit der Papst in seinem Amt verpflichtet ist. Papst Pius XI. hat vor 75 Jahren mit seiner Enzyklika diesen Auftrag wahrgenommen und in Klugheit und Weisheit, ohne diplomatische Winkelzüge die Botschaft des Evangeliums, den Glauben an Gott und die daraus sich ergebenden Konsequenzen den deutschen Katholiken und dem gesamten Volk vor Augen gestellt. Mit brennender Sorge hat er die Situation gesehen, die sich ergibt, wenn dieser Glaube durch falsche Lehren ersetzt wird, und Fabeleien in den Mittelpunkt treten, die Rasse, Volk, Staat geradezu als Götzenkult ansehen und damit die von Gott geschaffene Ordnung der Dinge verkehren. Die Lage der Kirche im Deutschen Reich sieht er dadurch gefährdet, dass

"viele den Weg der Wahrheit verlassen". Da ihm daran gelegen ist, nur das zu suchen, was Christi ist (Enzyklika Nr. 4), betont er, dass Gott "in souveräner Fassung seine Gebote gegeben hat, die unabhängig von Zeit und Raum, von Land und Rasse gelten" (ebd. 14). Von ihnen geht ein Anspruch aus, der "alle Lebensbereiche erfasst, in denen sittliche Fragen die Auseinandersetzung mit dem Gottesgesetz fordern und damit die Einordnung wandelbarer Menschensatzung in das Gefüge der unwandelbaren Gottessatzung" (ebd.). Ausdrücklich wendet er sich nicht nur an die Bischöfe, denen die Aufgabe zukommt, "alles zu tun, damit die Gebote Gottes als verpflichtende Grundlage des sittlich geordneten privaten und öffentlichen Lebens beachtet und befolgt werden" (ebd. 16), sondern auch an die Laien, und hier vor allem an die Eltern, die angesichts der nationalsozialistischen Ideologie geradezu in einem Kampf stehen, "wie er schicksalsvoller kaum gedacht werden kann" (ebd. 48).

Liebe Schwestern und Brüder, da dieser Abend nicht nur dem Rückblick, sondern auch der Ortsbestimmung für unsere Gegenwart gilt, dürfen wir mit Recht fragen, was uns heute mit brennender Sorge erfüllen kann, ja erfüllen muss, wo wir das Wort Gottes zu verkünden haben, "ob man es hören will oder nicht"? Wo sind heute die Lehrer, "die den Ohren schmeicheln, so dass wir der Wahrheit kein Gehör mehr schenken, sondern uns Fabeleien zuwenden?"

Dies, liebe Schwestern und Brüder, ist genau die Herausforderung, wenn wir unsere pastoralen Strukturen mit Inhalt und Leben füllen wollen. Wir sind hineingestellt in eine Krise, in die Unterscheidung der Geister, die uns immer wieder neu fragen lässt, was dem Evangelium und dem Gebot Gottes entspricht und damit dem Leben dient, und was dem Leben nicht förderlich ist, weil es gottwidrig ist. Das bedeutet aber auch für uns Christinnen und Christen, ganz gleich in welcher Aufgabe wir stehen, selbstverständlich vor allem für uns als Verkünder des Evangeliums, eine hohe Sensibilität für das, was Christus eigen ist und Ihm gemäß. Es bedeutet auch die Bereitschaft, darauf zu brennen, dass wir in aller Nüchternheit und treuer Erfüllung unseres Dienstes (vgl. 2 Tim 4, 5) auch bereit sind, Widerstand zu leisten. Ich denke hier an die heftigen Auseinandersetzungen, die wir als Kirche immer wieder führen müssen, um die Heiligkeit des Lebens zu verteidigen, vom Augenblick der Empfängnis an bis zum letzten Atemzug. Muss es uns nicht mit brennender Sorge erfüllen, dass in diesen Fragen der gesellschaftliche Konsens bröckelt und aus vermeintlich dem Menschen dienlichen Gründen Ausnahmen sowohl im Sterbeprozess als auch in der Entwicklung des menschlichen Lebens von Anfang an in den Blick genommen werden? Kann nicht viel mehr das Evangelium in der Kraft des Heiligen Geistes unsere Fantasie beflügeln, Wege aus vermeintlichen Notlagen zu suchen, die Tötung in jedem Fall ausschließen? Hier sind wir doch als Frauen und Männer, als getaufte, gefirmte, geweihte und beauftragte Personen in besonderer Weise herausgefordert! Wir sind auch herausgefordert, uns selbst zunächst einmal in der Überzeugung zu festigen, dass Gott mit der Gabe des Lebens uns eine hohe Verantwortung anvertraut hat. Bisweilen können uns die Diskussionen um die kirchlichen Strukturen dazu verleiten, unser gesellschaftspolitisches Engagement in die zweite Reihe zu stellen. Vielmehr ist, ich möchte dieses starke Wort gebrauchen, auch ein Kampf nötig, um eine Umkehr der Mentalität und des Denkens zu wagen. In diesem Zusammenhang stelle ich auch die Frage, warum es einem Wohlstandsstaat wie dem unseren so schwer fällt, menschenwürdige Bedingungen zu schaffen, damit alle, die hier eine Bleibe suchen, auch eine Bleibe finden und nicht abgeschoben werden müssen unter

unwürdigen Bedingungen und in eine Zukunft hinein, die nur schlimmer werden wird.

Liebe Schwestern und Brüder, bisweilen sprechen wir von bestimmten "brennenden" Themen in der innerkirchlichen Debatte. Ist die Sperrigkeit, die diesen Themen anhaftet nicht auch dadurch bedingt, dass in ihnen Wahrheiten verborgen sind, die eine bloß oberflächliche Betrachtung und ein erster Blick gar nicht wahrnehmen kann? Selbstverständlich ist es immer wieder eine Herausforderung, diese Themen nicht einfach bloß abzuwiegeln oder mit einer Gegenthese zu bedenken, die sich jeder Kommunikation verweigert. Ich denke hierbei an die Familie, die gegründet ist auf der Ehe von Mann und Frau, und deren Wert es auf jeden Fall zu verteidigen gilt. Ich denke an die Sakramentalität der Ehe als Darstellung des Liebesbundes Christi mit Seiner Kirche. Ich stelle die Frage, ob die Geschlechterdifferenz nur eine soziologische oder biologische Größe ist, die keine Tiefenbedeutung hat, oder ob sie nicht doch auch eine tiefe anthropologische Dimension anzeigt. Selbstverständlich müssen wir in der Weise unserer Kommunikation noch manches lernen. Aber zugleich gilt auch, nicht nachzulassen in der Auseinandersetzung mit der Frage, welche Tiefen die Wahrheit Christi enthält, die wir "in unermüdlicher und geduldiger Belehrung" immer wieder in das Gespräch mit der Gegenwart einbringen müssen. Dabei spielt noch schärfer als vor 75 Jahren die Frage nach Gott die entscheidende Rolle. Sie zeigt sich weniger als ein theoretisches Problem denn als ein praktisches. Leben, als ob es Gott nicht gibt, ist für uns Christen eine große Herausforderung, weil offensichtlich viele unserer Zeitgenossen zeigen, dass sich damit gut leben lässt. Was ist aber dann der Mehrwert des Gottesglaubens? Hat er einen Mehrwert und deshalb einen Nährwert? Hier kann uns brennende Sorge erfüllen, dass wir als Kirche den Konflikt zwischen Anpassung und Widerstand bisweilen aus Ängstlichkeit oder der Sorge zu verlieren nicht genug aushalten. Der Christ braucht doch vor keiner Frage Angst zu haben!

Kürzlich hat Kardinal Walter Kasper bei einem Kongress in Salamanca zum Gedenken an das Konzilsjubiläum deutlich unsere Position benannt: "Eine Kirche, die sich an den gesellschaftlichen "Mainstream" anlehnt, wird im wörtlich verstandenen Sinn gleichgültig und letztlich überflüssig. Interessant wird sie nicht, wenn sie sich mit fremden Federn schmückt, sondern wenn sie ihre eigene Sache glaubwürdig und überzeugend zur Geltung bringt und als Widerlager zur weithin gleichgeschalteten öffentlichen Meinung auftritt. Mut zur Gesellschaftskritik in kluger Form steht ihr gut an".(2)

Liebe Schwestern und Brüder, einen geschichtlichen Rückblick zu tun und Gedenkveranstaltungen zu halten, haben einen großen Sinn, weil sie Vergangenes lebendig werden lassen. Aber zugleich will dieses Vergangene uns vergegenwärtigen, wie gut es um der Menschen willen tut, das bleibend Gültige des Evangeliums in unsere Zeit zu übersetzen. Insofern bleibt das erste Wort aus der Lesung der heutigen Vesper in seiner Eindringlichkeit auch uns und nicht nur Timotheus gesagt: "Ich beschwöre dich bei Gott und bei Christus Jesus" (2 Tim 4, 1). Die Zeugen der Vergangenheit beschwören uns bei Gott und bei Jesus Christus, mit brennender Sorge und trotzdem in aller Nüchternheit, das Evangelium zu verkünden. Amen.

DIE ENZYKLIKA „MIT BRENNENDER SORGE“ VON PAPST PIUS XI. (14. März 1937)

Vortrag des Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Jean-Claude Périisset

Recklinghausen, 12. Dezember 2012

Sehr geehrter Herr Bischof,
meine Damen und Herren!

Wenn Sie heute Abend gekommen sind, um den Apostolischen Nuntius in Deutschland über die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ Papst Pius' XI. vom 14. März 1937 zu hören, bedeutet das, dass Sie das Wort und die Ermahnungen dieses Papstes über die Lage der katholischen Kirche im Dritten Reich auch für uns heute als bedeutsam betrachten. Am Ende meiner Darlegungen werde ich Ihnen sagen, warum das zutrifft. Aber ich möchte Sie schon jetzt auf die fortwährende Gültigkeit dieser Enzyklika aufmerksam machen.

I. Vorbemerkungen

Bevor wir über Beweggründe, Ursprung, Verfasserschaft und Inhalt der Enzyklika sprechen, möchte ich einige Vorbemerkungen machen – und das in Form von vier Fragen:

1. Was ist eine Enzyklika?

Die deutsche Übersetzung „Rundschreiben“ lässt uns sofort wissen, dass es sich um einen offenen Brief handelt, der so zu verbreiten ist, dass eine möglichst große Zahl von Menschen von ihm Kenntnis bekommt. Der Begriff Enzyklika wird heute besonders für lehrmäßige Dokumente des Papstes verwendet, die ein bestimmtes Thema möglichst umfassend behandeln. Der erste Papst, der ein solches Dokument „Enzyklika“ genannt hat, war Papst Benedikt XIV., der sich am 3. Dezember 1740 mit seiner Enzyklika „Ubi primum“ über Pflichten und Amtsführung der Bischöfe an alle Bischöfe wandte. Auch andere Konfessionen wie die Orthodoxen Kirchen und die Anglikaner nennen lehramtliche Grunddokumente Enzykliken.

2. Wozu dient eine Enzyklika?

Obwohl eine Enzyklika keine Unfehlbarkeit beansprucht, ist sie doch eine Stellungnahme des Oberhauptes der Kirche in dogmatischen, disziplinarischen, gesellschaftlichen oder ethischen Fragen, die nach der Norm des Kirchenrechts „fest anzuerkennen und zu halten ist“ (Kan. 750, § 1 CIC – am 18. Mai 1998 in den Kodex eingefügt). Durch eine Enzyklika übt der Papst sein Lehramt in einer breiten und auf ein Thema ausgerichteten ausführlichen Weise aus. Deshalb gehören Enzykliken zu den Grunddokumenten des Lehramts der Kirche. Nicht ohne Grund werden bestimmte Enzykliken immer wieder zitiert – wie z. B. „Mystici corporis“ von Pius XII. (vom 29. Juni 1943) über die Kirche, „Pacem in terris“ von Johannes XXIII. (11. April 1963) über den Frieden unter den Völkern und „Ut unum sint“ von Johannes Paul II. (25. Mai 1995) über die Ökumene.

3. Wie wird eine Enzyklika vorbereitet?

Eine Enzyklika ist das Werk des Papstes und von ihm unterschrieben. Die zwei oder drei ersten lateinischen Wörter geben ihr den Titel, wie es an den gerade genannten Beispielen zu sehen ist. Wie bei vielen großen Werken – auch in der Literatur und in der Musik – wird der Titel erst am

Ende gegeben, weil er wie ein Portal zum Ganzen ist. Deswegen wird in gewissen Fällen ein Abschnitt – der erste des Rundschreibens – bei der letzten Revision hinzugefügt. Für unsere Enzyklika hat der Staatssekretär, Eugenio Kardinal Pacelli, der ein Meister der deutschen Sprache war, die Formulierung „Mit großer Sorge“ verstärkt durch die dann endgültige Fassung „Mit brennender Sorge“.

Die Verfasser einer Enzyklika sind normalerweise Mitarbeiter der römischen Kurie, z. B. des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen im Falle der Enzyklika „Ut unum sint“. Es werden auch Experten im Bereich der Theologie oder der Sozialwissenschaften gebeten, über dieses oder jenes Thema für den Papst ein Dokument vorzubereiten, das dann als Enzyklika veröffentlicht wird. Sicher ist der Papst selber an dem ganzen Prozess beteiligt und bringt seine Gedanken und Anweisungen ein, und öfter schreibt er einen ganzen Teil selbst. Es ist bekannt, dass der Hauptverfasser der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ Kardinal Michael von Faulhaber war – seit dem 26. Mai 1917 Erzbischof von München und Freising und Kardinal seit dem 17. März 1921.

4. Welchen Zweck hat eine Enzyklika für das Volk Gottes?

Normalerweise sind die Rundbriefe des Papstes an die Bischöfe gerichtet, die ihren Inhalt an die Gläubigen weitergeben und kommentieren sollen. Papst Johannes XXIII. hat mit „Pacem in terris“ – eben wegen der Bedeutung des Rundbriefes für alle Völker – sich darüber hinaus „an den Klerus und die Christgläubigen des ganzen Erdkreises sowie an alle Menschen guten Willens“ gewandt. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ – bis jetzt die einzige, deren Original in Deutsch abgefasst ist – ist ausdrücklich „an die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands“ gerichtet. Ja, sie richtet sich zunächst und in erster Linie an die Kirche in Deutschland, sie hat aber auch über Deutschland hinaus Bedeutung, weil ihre Lehre Grundelemente enthält, die überall gelten.

Man sollte bei solchen Grunddokumenten den ursprünglichen oder Originaltext, die lateinische Übersetzung des Originals und immer mehr die Übersetzungen des Originals in den modernen Sprachen unterscheiden. Dabei gilt die italienische Fassung als der grundlegende Text. Nach dem Sprichwort „Traduttore – traditore“ („Übersetzer – Verräter“) ist es wichtig - besonders in dogmatischen und ethischen Fragen – alle Übersetzungen genau zu prüfen, was für die Mitarbeiter der verschiedenen Sprachsektionen des Staatssekretariats ein echter Kreuzweg ist.

II. Die Vorgeschichte der Enzyklika „Mit brennender Sorge“

Eine Enzyklika fällt nicht gleichsam unerwartet vom Himmel, sondern erwächst aus gesellschaftlichen und kirchlichen Bedingungen, d. h. – wenn man so will - aus der Erde. „Mit brennender Sorge“ ist das Ergebnis einer über Jahre zu beobachtende Zunahme von Angriffen des Nationalsozialismus, von Beschwerden der deutschen Bischöfe und des Heiligen Stuhls bei der deutschen Regierung jener Zeit.

Papst Pius XI. hatte schon am 6. Mai 1935 gegen die NS-Regierung Klage geführt, gegen das „positive Christentum“ der Partei, das das authentische Christentum Deutschlands nicht fördert, sondern zu einem neuen Heidentum führt. Danach folgte am 7. Juli 1935 in Münster eine Demonstration der Partei gegen die katholische Kirche mit einer Gegendemonstration der Katholiken unter Führung von Bischof Clemens August Graf von Galen am 9. Juli. Darauf erschien ein Dekret der Regierung, am 18. Juli von Hermann Göring unterzeichnet, das den „politischen Katholizismus“ verurteilte. Darauf reagierte der Heilige Stuhl mit einer scharfen Note an die Regierung, die am 26. Juli dem Botschafter Deutschlands beim Heiligen Stuhl überreicht wurde. In dieser Note ging der Heilige Stuhl Punkt für Punkt auf die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem „politischen Katholizismus“ ein (D. Albrecht, S. 259-268).

Die Hauptpunkte der Note sind folgende:

1. Falls die Regierung Beschwerden gegen Kleriker hat, die in Missbrauch ihres Amtes politisch gehandelt hat, soll sie ihre Beschwerde, wie im Reichskonkordat Artikel 32 vorgesehen, an die zuständigen Vorgesetzten dieser Kleriker richten.
2. Eine öffentliche Offensive der staatlichen Organe gegen die Kirche verstößt gegen das Reichskonkordat, so dass der Heilige Stuhl berechtigt ist, einen förmlichen Protest zu erheben.
3. Obwohl die Regierung das Reichskonkordat als Zeichen ihrer wohlwollenden Einstellung gegenüber der katholischen Kirche hinstellt, bezeugen die Fakten – wie in vielen Protestnoten belegt –, dass das Konkordat in vielen Punkten durch die deutschen Behörden nicht eingehalten wird.
4. Die führende Rolle im Kampf gegen die Kirche hat Alfred Rosenberg inne, dessen Hauptwerk „Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“ ist. Er bringt seine Verantwortung als Ideologe der Partei über die staatlichen Einrichtungen zur Geltung, so dass sich seine antichristliche Haltung mit Genehmigung der Regierung ausbreitet.
5. Mit einer solchen Haltung zeigt die Regierung eine Doppelzüngigkeit: Die Tätigkeit Rosenbergs wird zu seiner Privatsache erklärt, und andererseits werden die Protestaktionen der Bischöfe und der katholischen Gläubigen als politisch verurteilt.
6. Der Kern der Auseinandersetzung mit dem Atheismus ist Bestandteil der Sendung der Kirche, die sich auf alle Teile des menschlichen Lebens bezieht, auch die öffentlichen Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, der staatlichen Politik und der gesetzlichen Ordnung, insofern als sie ethischen Normen unterliegen. Nichts von all dem richtet sich gegen den Staat; es ist genau umgekehrt: es ist ein Dienst zum Wohle der Gesellschaft.
7. Der Heilige Stuhl hätte sicher seine Verantwortung überzogen, wenn er bei ihrer Prüfung nicht erkannt hätte, dass sie im Widerspruch zur Sendung der Kirche stehen.
8. Nach der Ratifizierung des Reichskonkordats wurde ein Zusammenwirken zwischen Staat und Kirche im Geiste und nach dem Wortlaut des Vertrages erwartet. Diese Erwartung wurde schon in den ersten Wochen durch Hindernisse von Seiten von Gruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und hauptsächlich durch den ideologischen Totalitarismus des Staates enttäuscht, der keine Zurückhaltung kannte und sich auch nicht von eindeutigen Übergriffen gegenüber Glaube und Kirche distanzierte.
9. Wenn der Ministerpräsident von Preußen auch erklärt, er wolle keinen Kulturkampf, so bezeugen doch die Fakten das Gegenteil, wie der Umgang mit dem Bischof von Münster kurz vorher zeigte.

Diese scharfe Protestnote enthält den Kern der Enzyklika „Mit brennender Sorge“. Die Note richtet sich an die Regierung, die Enzyklika an die katholische Kirche. Wenn sich auch die Formulierungen der beiden Dokumente unterscheiden – eben wegen ihres unterschiedlichen „Sitzes im Leben“ –, ist doch das grundlegende Anliegen dasselbe: die Sendung der Kirche zu gewährleisten, wenn die Ideologie – atheistisch in ihrem Wesen – ein neues Christentum ohne Christus, ohne Erlöser zu schaffen sucht.

In den Jahren vor dieser Protestnote vom 26. Juli 1935 sind andere Dokumente seitens des Heiligen Stuhles und der deutschen Bischöfe zu erwähnen, an die ich zurückblickend und nur in Auswahl erinnere:

- das Promemoria des Heiligen Stuhles vom 31. Januar 1934 als Antwort auf das Memorandum der deutschen Regierung vom 15. Januar, welches ausdrücklich bestätigt, dass die Regierung

keinen Kulturkampf führen, sondern das Konkordat erfüllen will. Das Promemoria des Heiligen Stuhles bringt aber Beweise, dass bestimmte Normen des Konkordats nicht erfüllt sind, besonders was die Jugend betrifft, und bezieht sich auf die Bildung in den Schulen und die Jugendverbände (Art. 31 und 32 des Reichskonkordats) sowie die Freiheit der katholischen Zeitungen;

- ein Memorandum von Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli vom 9. September 1933, dem Vortag der Ratifizierung des Konkordats, mit Erklärungen zur Bedeutung bestimmter Artikel des Konkordats;

- Kardinal Adolf Bertram, Erzbischof von Breslau und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, hatte sich mehrfach an die Regierung gewandt, um sich über Hindernisse zu beklagen, die an verschiedenen Orten der Erfüllung der Sendung der Kirche entgegenstanden. Dazu hatte er am 2. September 1933 einen ausführlichen Bericht an den Heiligen Stuhl gesandt, um konkrete Fälle zur Kenntnis zu bringen, damit das Staatssekretariat in den Verhandlungen mit der deutschen Regierung genaue Auskünfte verlangen konnte. Doch nie wurde die Existenz solcher Hindernisse anerkannt.

Die Geschichte der gespannten Beziehungen der Bischöfe mit der deutschen Regierung in der NS-Zeit ist in vielen Büchern beschrieben worden, so dass ich hier darüber nicht sprechen muss.

Eines bleibt klar: Es geht um eine direkte Konfrontation mit der NS-Partei – als atheistischer Ideologie -, ebenso wie - wenn auch mit anderen Motiven - mit dem Kommunismus, der der Kirche grundsätzlich die Erfüllung ihrer Sendung unmöglich machen will. Die Hauptpunkte des Gegensatzes sind die Bildung der Jugend und die Freiheit der Verkündigung christlicher Werte.

Wie Sie vielleicht wissen, hat Papst Pius XI. am 19. März 1937, dem Fest des heiligen Josef, d. h. drei Tage nach der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ eine Enzyklika über den atheistischen Kommunismus mit dem Titel „Divini Redemptoris“ veröffentlicht.

III. Die Entstehung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“

Die Enzyklika ist 1937 erschienen, d. h. kaum vier Jahre nach der Unterzeichnung des Reichskonkordats im Jahre 1933. Beide Akte sind eng miteinander verbunden, weil sie ihrem Wesen nach beide Mittel der Kirche sind, ihre Identität zu leben und die Erfüllung ihrer Sendung zu ermöglichen und zu stärken. Beide wurden auch auf Bitten der deutschen Bischöfe in Gang gesetzt, wobei der Heilige Stuhl trotz der Bedenken im Hinblick auf das Konkordat mitgemacht hat, um eben den Wünschen der Bischöfe zu entsprechen, die sich in einer durchgängigen Notsituation befanden.

Die Vorbereitung des Reichskonkordates ging ziemlich rasch voran, weil Pacelli, der jetzt Staatssekretär war, schon 1923, als er noch Nuntius in Bayern war und zugleich bevollmächtigt für das Reich, mit dem Außenministerium der Weimarer Republik das Projekt eines Konkordates für ganz Deutschland vorbereitet hatte. Kurz nach 1923 wurden die Konkordate mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossen.

Am Anfang der Verhandlungen über das Reichskonkordat äußerte die deutsche Regierung den Wunsch, dieses solle die Einheit Deutschlands unterstützen; deshalb sollten die drei Konkordate mit Bayern, Preußen und Baden abgeschafft und durch das neue Konkordat ersetzt werden. Der Heilige Stuhl hat diesen Vorschlag sofort abgelehnt und umgekehrt verlangt, dass diese für ihre jeweiligen Gebiete gültig bleiben sollten.

In diesem Sinne lautet der Artikel 2 des Reichskonkordats: „Die mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossenen Konkordate bleiben bestehen und die in ihnen

anerkannten Rechte der Katholischen Kirche innerhalb der betreffenden Staatsgebiete unverändert gewahrt.“ Für die Punkte, die in diesen drei Konkordaten nicht behandelt sind, gelten die Normen des Reichskonkordates. Diese sind für die drei Länder „verpflichtend, soweit sie Gegenstände betreffen, die in den Landeskonkordaten nicht geregelt wurden oder soweit sie die früher getroffenen Regelungen ergänzen“.

Die letztgenannte Bestimmung ist wichtig, wenn wir die Artikel 31 und 32 des Reichskonkordates betrachten, die Regeln für die katholischen Organisationen und Verbände enthalten und zudem über die Verantwortung der Kirche, Normen zu erlassen, die Geistlichen und Ordensleuten die Mitgliedschaft und die Betätigung in einer politischen Partei untersagen. Es zeigt sich, dass die meisten Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat sich auf diese beiden Artikel beziehen.

Ein Artikel im „L'Osservatore Romano“ vom 27. Juli 1933 – d. h. genau eine Woche nach der Unterzeichnung des Konkordates am 20. Juli 1933 – betont, dass das Konkordat mit dem Deutschen Reich – mit dem Staat – geschlossen wurde, nicht mit der NSDAP. Rechtlich besagt das, dass Konkordate einen Staat als Staat betreffen, der von unterschiedlichen Regierungen oder Regimen regiert werden kann. Internationale Verträge sind, was ihre Dauer und die räumliche Erstreckung angeht, auf Kontinuität angelegt. Regierungen gehen vorüber – der Vertrag, das Konkordat, bleibt, weil er zu dem Erbe gehört, das die Regierung in einem Land - oder einem Teil des Landes - von ihrer Vorgängerin übernimmt. So ist z. B. das Napoleonische Konkordat in den heutigen Bistümern Straßburg und Metz, die zu der Zeit, als Frankreich dieses Konkordat 1905 kündigte, zu Deutschland gehörten und erst 1918 wieder in das Territorium Frankreichs zurückkehrten, immer noch in Geltung. Ebenso ist das Reichskonkordat vom Dritten Reich auf die Bundesrepublik in der heutigen Form übergegangen.

Schon während der Verhandlungen über das Reichskonkordat hat der Heilige Stuhl mehrfach Klagen wegen bestimmter Handlungen der NS-Regierung gegen Einrichtungen der Kirche erhoben. So hatte es in Bayern durch Dekret vom 29. März 1933 die Schließung der katholischen Schulen verfügt und per Verbot „Lager“ für Jungen untersagt. Am 2. April 1933 ließ Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz der Regierung einen Protest wegen der Entlassung katholischer Beamter in Staatseinrichtungen zukommen, einen Protest, der am 4. April durch Nuntius Orsenigo im Namen und Auftrag des Papstes durch eine Protestnote bekräftigt wurde. Der Führer selber antwortete als Regierungschef Kardinal Bertram, die Kirche habe nichts zu befürchten, es gebe keine Auseinandersetzungen seitens der Partei.

Man versteht also, warum die Bischöfe – und mit ihnen der Heilige Stuhl – die Haupteinrichtungen für die Sendung der Kirche – Schule und Jugendverbände – durch ein Konkordat sichern wollten. Trotz der widrigen Maßnahmen der NSDAP gegen Schule und Verbände vor den Verhandlungen und während der Verhandlungen über das Konkordat hat die deutsche Regierung dank des starken Einflusses von Staatssekretär Eugenio Pacelli – er kannte ja Deutschland gut – den Artikel 23 über die katholische Bekenntnisschule und den Artikel 31 über die katholischen Organisationen und Verbände angenommen.

Wenn die Kirche immer wieder und immer stärker gegen die Schließung der Schulen protestierte, kam schon bald routinemäßig die Antwort, verantwortlich sei die Partei, nicht die Regierung. Und der Partei ließ die Regierung freie Hand. Im Bistum Münster haben Sie das besonders erlebt, als die Bekenntnisschulen der Jesuiten und der Missionsschwestern von der Unbefleckten Empfängnis im Juli 1941 von der Gestapo aufgelöst wurden. Die Predigt Ihres Bischofs Clemens August Graf von Galen am 13. Juli 1941 ist ein Musterbeispiel des Widerstandes der Kirche. Sich auf das Reichskonkordat zu berufen, war leider nicht genug, um die Haltung der Regierung zu ändern. Alle Proteste der Kirche – sei es vor Ort durch die Bischöfe oder von Rom her über den deutschen Gesandten – bezeugen, wie hart der Kampf gegen die Ideologie des Nazismus war.

Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ ist also der Höhepunkt dieses Protestes zu betrachten. Sie richtet sich aber nicht an die Regierung Deutschlands, sondern an die Hirten der Kirche und durch sie an alle Katholiken, die in ihrem Widerstand gegen das NS-Regime bestärkt werden sollten.

Als eine Art Vorentwurf darf man den gemeinsamen Hirtenbrief der Bischöfe Bayerns betrachten, der trotz polizeilicher Maßnahmen, die das verhindern sollten, am Sonntag, dem 21. Juni 1936, tatsächlich in allen Sonntagsmessen verlesen wurde. Auch der Brief der Fuldaer Bischofskonferenz von August 1936 ist eine Erinnerung und Ermahnung für die Eltern, ihr fundamentales Recht zu verteidigen, ihre Kinder durch die katholischen Schulen erziehen zu lassen.

Eine Maßnahme der Regierung, die alle vorausgegangenen Herausforderungen übertraf und den Protest des Heiligen Stuhls herausfordern musste, war eine ministerielle Anordnung vom 1. Oktober 1936, die der Gestapo und dem Propagandaministerium freie Hand gab, Hirtenbriefe der Bischöfe zu beschlagnahmen. Das war ein direkter Verstoß gegen Artikel 4 des Reichskonkordats, der ausdrücklich besagt, dass alle Schreiben der Hirten der Kirche (Bischöfe und Pfarrer) „ungehindert veröffentlicht und in den bisher üblichen Formen zur Kenntnis der Gläubigen gebracht werden können“. Einmal mehr wurde deutlich, dass eine Ideologie wie die des Nationalsozialismus kein anderes Bildungskonzept als das eigene in der Gesellschaft duldet. Der Heilige Stuhl ließ der Regierung am 24. November 1936 über den Nuntius eine Protestnote zukommen. In ihrer Antwort vom 17. Februar 1937 übergab die Regierung eine Liste von Hirtenbriefen und Dokumenten der Bischöfe, mit der sie ihr Verhalten rechtfertigen wollte. Diese Liste bezeugt heute, wie beharrlich und streng sich die deutschen Bischöfe gegen die Verfolgungen durch die Regierung gewehrt haben. Auch die Begegnung Hitlers mit Kardinal Faulhaber am 4. November 1936 in Berchtesgaden, die auf Wunsch Hitlers zustande kam und die Auseinandersetzung der Regierung mit der Kirche überwinden sollte, brachte keine Änderung. Der tapfere Kardinal machte Hitler klar, dass die Fakten im Widerspruch zu seinen Worten und Versprechungen stehen.

Die Zeit war jetzt reif, dass der Papst selber – wie schon die Bischöfe – sich direkt an die Katholiken in Deutschland wandte, um ihren Widerstand gegen die NS-Regierung zu bekräftigen. Es ging grundsätzlich um das „Katholik-sein“, um die Verteidigung des Glaubens gegen eine Ideologie, die zur Religion geworden war.

Papst Pius XI. hatte sich selber in seiner Weihnachtsansprache geäußert. Obwohl er schon krank war, hat er im Januar 1937 die wichtigsten Bischöfe Deutschlands empfangen: die Kardinäle Bertram, Faulhaber und Schulte (Köln) und die Bischöfe Berning (Osnabrück) und Preysing (Berlin), die ihm über die Lage in Deutschland berichten konnten. Bei dieser Begegnung wurde beschlossen, dass der Papst durch einen offiziellen, öffentlichen und wichtigen Akt seines Amtes eine Antwort auf die Verletzungen der guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche – diese „guten Beziehungen“ sollten durch das Konkordat gewährleistet werden - geben werde. Am Abend des 18. Januar bat Kardinal Pacelli Kardinal Michael von Faulhaber, die Federführung eines Entwurfs einer Enzyklika zu übernehmen. Mit einem Brief an Kardinal Pacelli, der am 21. Januar 1937 im Collegio dell' Anima geschrieben wurde, ließ Kardinal Faulhaber seine Arbeit Kardinal Pacelli mit den Worten zukommen:

„Später, als Ew. Eminenz erwartet, übersende ich ehrerbietigst einen unvollkommenen und wohl auch ganz unbrauchbaren Entwurf. Musste manches abändern. Beim Besuch hörte ich, dass ein Entwurf erwartet wird.

Ich gebe Ihnen eine Blankovollmacht – auch dem Beauftragten -, zu ändern und zu streichen, auch das Ganze beiseitezulegen. Niemand weiß von diesem Schreiben. Darum habe ich es in den Nachtstunden geschrieben, damit auch kein Maschinenschreiber davon erfahre. Alle Polemik fortgelassen, nur Andeutungen gemacht, keinesfalls Anlass, das Reichskonkordat zu kündigen.

Was am Rande rot gestrichen, sind Gedanken vom Hl. Vater. „Sagen Sie das zu Hause.“

Nachträglich beim Überlesen, 1/2 4 Uhr früh, sehe ich, dass das für einen bischöflichen Hirtenbrief in Deutschland vielleicht geht, aber für ein päpstliches Schreiben nicht würdig ist“ (L. Volk, S. 282).

Nach seinen stenographischen Aufzeichnungen über seinen Abschied von Pius XI. vor seiner Rückkehr nach Deutschland ist der Papst zu einer ganz anderen – positiven – Bewertung des Entwurfs gekommen. Er sagte ihm: „Sie haben mir sehr schöne Noten geschickt, das war sehr gut, sehr schöne Noten. Wir haben gelesen“ (ebd. S. 609).

Ein Vergleich zwischen dem Entwurf von Faulhaber und dem Text der Enzyklika lässt Folgendes feststellen (vgl. D. Albrecht, Anhang Nr. 7):

1. Es gab vier Redaktionen der Enzyklika mit Korrekturen und Ergänzungen von Kardinal Pacelli bis in die vierte Redaktion. Der Entwurf Faulhabers – handschriftlich – bestand aus elf Seiten, seine Gedanken bilden den Kern der Enzyklika.

2. Die Erweiterungen Pacellis betreffen die lange Einführung mit der Erwähnung des Reichskonkordats wie auch Präzisierungen, besonders da, wo es um die Frage geht, was Recht ist: hier geht es um die These „Recht ist, was dem Volke nützt“, einen Satz, der in verschiedenem Sinne verstanden werden kann (vgl. Nr. 35 der Enzyklika); auch der letzte Abschnitt ist hinzugefügt.

3. Die letzten Bemerkungen von Papst Pius XI. wurden am 10. März gemacht, am 12. März wurde dann der endgültige Text zu Nuntius Orsenigo zur Verteilung an die deutschen Bischöfe nach Berlin geschickt.

4. Die Haupteinteilung der Enzyklika entspricht dem Entwurf von Faulhaber:

- Reiner Gottesglaube
- Reiner Christusglaube
- Reiner Kirchenglaube
- Reiner Glaube an den Primat
- Keine Umdeutung heiliger Worte und Begriffe („Begriffe“ hinzugefügt)
- Sittenlehre und sittliche Ordnung
- Anerkennung des Naturrechts
- An die Jugend
- An die Priester und (alle getreuen) Ordensleute
- an die Getreuen aus dem Laienstand

Diese Gliederung bezeugt die Vision Kardinal Faulhabers und seiner Amtskollegen, ein Wort an die Bischöfe Deutschlands und über sie an die ihrer Seelsorge anvertrauten Gläubigen richten zu sollen, das die Grundelemente des Glaubens darstellt, um die authentische Sendung der Kirche zu bekräftigen, wenn eine Ideologie über die Staatsregierung sie zu vernichten sucht. Die Grundhaltung eines Seelsorgers wird aber mit Elementen ergänzt, die die Beziehungen zwischen Staat und Kirche mit einbeziehen.

Die Enzyklika wurde am 15. März durch Boten den Metropolitanebenen zugestellt, die sie dann weitergeleitet haben. Der Text wurde in acht der Kirche verbundenen Druckereien vervielfältigt – in gewissen Fällen getippt oder handschriftlich kopiert.

Wann und wie sollte die Enzyklika öffentlich verlesen werden? Nach dem Auftrag von Kardinal Pacelli, sie „möglichst gleichzeitig zur Kenntnis der Gläubigen zu bringen“, wurde nach Absprache der Bischöfe entschieden, es am folgenden Sonntag – am Palmsonntag – zu tun: Ein Teil – fünf Seiten – sollte in der Messe verlesen werden, die restlichen sieben Seiten am Nachmittag des

gleichen Tages. In einigen Pfarreien wurde der Text aus Sicherheitsgründen vom Priester bis zur Verlesung im Tabernakel aufbewahrt. Die Gestapo wusste erst am Vorabend von der Enzyklika - und das in München. Kardinal Faulhaber las den ganzen Text selber am Vormittag. Einige Pfarrer in Oberbayern machten es ebenso, weil sehr entfernt wohnende Gläubige nicht am Nachmittag noch einmal kommen konnten. Andere sagten, sie würden den Inhalt der Enzyklika in ihren Predigten näher erklären, weil die Sprache für manche zu schwer zu verstehen war.

IV. Die Reaktion des Nazi-Regimes auf die Enzyklika

Wie zu erwarten war, wurde die Partei wütend. Soweit es ihr möglich war, wurden die Exemplare der Enzyklika beschlagnahmt. In München wurde der Drucker, der 41.000 Exemplare gedruckt hatte, bestraft. Proteste kamen von den Bischöfen, weil alle acht Druckereien, die am Druck beteiligt waren, für mindestens drei Monate geschlossen wurden. Eine Anordnung der Stapoleitstelle München ordnete an, alle gefundenen Exemplare der Enzyklika außerhalb von Kirchen und Pfarrhöfen zu beschlagnahmen und alle Verteiler der Enzyklika „sofort festzunehmen und umgehend dem Gericht zur strafrechtlichen Aburteilung zu überstellen“ (a. a. O., S. 316, Anm. 2). Auch die Kirchenzeitungen, die die Enzyklika veröffentlicht hatten, wurden für drei Monate verboten. Ein Befehl des Ministeriums für kirchliche Angelegenheiten vom 23. März an Kardinal Bertram wurde am 26. März mit dessen Brief an Minister Kerrl beantwortet. Im Auftrag des Heiligen Stuhles ließ Nuntius Orsenigo am 5. April dem Auswärtigen Amt ein Promemoria mit einer Liste von Maßnahmen zukommen, die wegen der Enzyklika gegen die Kirche ergriffen worden waren.

Eine diplomatische Note der Regierung an den Staatssekretär erhebt den Vorwurf, die Enzyklika sei „ein politisches Dokument“, und beklagt sich, dass der Heilige Stuhl sich über die Behörden, die für die Überwindung von Meinungsverschiedenheiten zuständig seien, hinweggesetzt und sich direkt an die katholischen Bürger gewandt und sie so gegen die eigene Regierung aufgeregt habe (12. April 1937). Das Staatssekretariat gab am 30. April eine lange Antwort, die die Grundargumente der Kirche gegen den Nationalsozialismus darstellt.

In den Monaten nach der Veröffentlichung der Enzyklika hat die NS-Regierung neue Maßnahmen gegen die Kirche unternommen, besonders durch die Veröffentlichung von Verurteilungen von Priestern wegen unmoralischen Verhaltens. Der Erzbischof von Chicago, Kardinal George William Mundelein, wurde durch einen Vertreter Deutschlands beim Heiligen Stuhl wegen einer Ansprache vor seinem Klerus angeklagt, in der er die Behandlung der Kirche durch die Regierung in Deutschland streng verurteilt hatte. Dazu gab es verschiedene Noten zwischen der deutschen Botschaft und dem Staatssekretariat. Außerdem hat die Polizei - als Repressalie - verschiedene Ordinariate (Köln, Trier und Aachen) durchsucht und Dokumente beschlagnahmt. Protestnoten des Nuntius in Berlin ließen solche Durchsuchungen abnehmen. Bald aber wurde Predigern verboten, sich über gewisse Themen zu äußern, und P. Rupert Mayer SJ, der bekannte Jesuit aus München - er ist inzwischen seliggesprochen - erhielt Predigtverbot. Sogar der Führer hat sich in einer Ansprache im Lustgarten in Berlin am 1. Mai 1937 direkt scharf gegen die Kirche, den Papst und die Enzyklika geäußert, jedoch, ohne sie ausdrücklich zu nennen. Auf diesem Hintergrund versteht man, warum Papst Pius XI. in seiner Weihnachtsansprache Klartext gesprochen hat, wenn er sagte: „Wir wollen die Sache bei ihrem Namen nennen. In Deutschland gibt es eine Verfolgung der Religion.“

V. Der Inhalt der Enzyklika „Mit brennender Sorge“

Die Einteilung der Enzyklika in zehn Kapitel mit entsprechenden Titeln lässt uns sofort verstehen, was ihr Hauptziel und ihr Hauptinhalt ist. Es geht um den wahren Glauben, den es zu bewahren und zu schützen gilt, wenn eine Ideologie Götzen zur Verehrung durch das Volk einführen lässt. Deshalb zielt die Enzyklika „über die Kirche im deutschen Reich“ nicht so sehr darauf ab, über die

Verfolgung der Kirche durch die Regierung Klage zu führen, als darauf, die Kirche im Glauben zu stärken. Indem der Papst das tut, übt er das Amt aus, das Christus dem Petrus mit den Worten anvertraut hat: „Wenn du dich wieder bekehrt hast, dann stärke deine Brüder“ (Lk 22, 32).

Der Glaube muss das Hauptanliegen der Jünger Christi sein, wie die Antwort zeigt, die Jesus nach der Brotvermehrung am See von Tiberias den Leuten gibt, die ihn fragen: „Was müssen wir tun, um die Werke Gottes zu vollbringen?“ Er sagt: „Das ist das Werk Gottes, dass ihr an den glaubt, den er gesandt hat“ (Joh 6, 28 f.). Mir scheint, dass die Enzyklika eine konkrete Darstellung davon ist, wie die Jünger Jesu unter der NS-Regierung im Glauben das Werk Gottes verwirklichen sollen, um Gott, Christus und der Kirche treu zu sein. Es geht der Reihe nach um den Glauben an Gott, an Christus, an die Kirche und den Primat des Papstes. Um welchen Glauben geht es? Um den reinen Glauben. Dann soll man die Lehre der Kirche sorgfältig betrachten, kennen und bewahren, sowohl in heiligen Worten und Begriffen als auch in der Sittenlehre. Ein Fundament – gültig für alle Menschen – ist das Naturrecht, das alle Bürger einer Gesellschaft betrifft und sie im Einvernehmen miteinander das tägliche Leben bewältigen lassen soll. Schließlich kommen die Kapitel, die sich an die drei Hauptgruppen der katholischen Kirche wenden, die sich in ihrem treuen Glauben durch die neue Ideologie nicht beeinträchtigen lassen, sondern ihre eigene Mission erfüllen sollen. Jugendliche, die durch die Ausbildung unter größerem Druck der Nazi-Ideologie stehen, die Priester und die Ordensleute wegen ihrer Führungsrolle, die Getreuen aus dem Laienstand, besonders die Eltern.

Eine Zusammenfassung der gesamten Enzyklika wäre der zweite Abschnitt, in dem Papst Pius XI. den Grund seiner Sorge für die Katholiken in Deutschland erwähnt: für die Treuen, die viel Hartes und Schlimmes erleiden, für die Untreuen, die den Weg der Wahrheit verlassen (2).

Nach einigen Bemerkungen über die Auseinandersetzungen mit der Regierung - trotz des Reichskonkordates – ich werde später einiges darüber sagen – erklärt Papst Pius XI., was er von diesem Rundschreiben erwartet: „Der Zweck des gegenwärtigen Schreibens aber, Ehrwürdige Brüder, ist ein anderer ... Wir wenden uns an Euch und durch Euch an die katholischen Gläubigen Deutschlands ... In dieser Stunde, wo Ihr Glaube im Feuer der Trübsal und der versteckten und offenen Verfolgung als echtes Gold erprobt wird, haben Sie ein doppeltes Recht auf ein Wort der Wahrheit und der seelischen Stärkung von dem, an dessen ersten Vorgänger das inhaltsschwere Heilandswort gerichtet war: ‚Ich habe für dich gebetet, dass dein Glaube nicht wanke‘, und hinwiederum: ‚Stärke deine Brüder‘“ (Lk 22, 32) (Nr. 8).

Grundsätzlich bedeutet das, dass der Papst sich bewusst ist, welche Verantwortung er trägt, und sich ihr stellt: als Nachfolger des Petrus seine Brüder in Deutschland zu stärken, die in Gefahr sind, den Glauben zu verlieren. Deswegen ist die ausdrückliche Bezugnahme auf die Wahrheit wichtig; denn die sieben ersten Abschnitte sind eine Katechese über die Grundwahrheiten des Glaubens.

Der Gottesglaube wird angegriffen: „Wer in pantheistischer Verschwommenheit Gott mit dem Weltall gleichsetzt, Gott in der Welt verweltlicht und die Welt in Gott vergöttlicht, gehört nicht zu den Gottgläubigen“ (10). Dasselbe gilt für den, der „nach angeblich altgermanisch-vorchristlicher Vorstellung das düstere, unpersönliche Schicksal an die Stelle des persönlichen Gottes rückt...“ (11), und für den, der „die Rasse oder das Volk oder den Staat ... zur höchsten Norm aller - auch der religiösen - Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert ...“ (12).

Deshalb sind die Bischöfe dafür verantwortlich, den wahren Gott zu predigen:

„Unser Gott ist der persönliche, übermenschliche, allmächtige, unendlich vollkommene Gott, Einer in der Dreiheit der Personen, dreipersönlich in der Einheit des göttlichen Wesens, der Schöpfer alles Geschaffenen, der Herr und König und letzte Vollender der Weltgeschichte, der keine Götter neben sich duldet noch dulden kann“ (13).

Alle stehen unter seinem Wort und sind vor ihm verantwortlich. Dies zu predigen, ist Aufgabe der Bischöfe und Priester.

Der Christusglaube ist das notwendige Mittel, den Gottesglauben zu fördern – gemäß dem Wort der Heiligen Schrift: „Wer den Sohn leugnet, hat auch nicht den Vater, wer den Sohn bekennt, hat auch den Vater“ (1 Joh 2, 23) (18). Die ganze Heilige Schrift ist für einen solchen Glauben nötig; und wer das Alte Testament ausklammert, „lästert das Wort Gottes, lästert den Heilsplan des Allmächtigen ..., er verneint den Glauben an den wirklichen, im Fleisch erschienenen Christus, der die menschliche Natur aus dem Volke annahm, das ihn ans Kreuz schlagen sollte“ (19). Nur einer ist der Erlöser der Welt: Christus.

Der Kirchenglaube: Weil die Kirche die Vermittlerin der Wahrheit ist, entspricht sie dem Willen Gottes. Sie steht allen Völkern offen – unter Wahrung ihrer Besonderheiten. Diese können eine Bedrohung ihres Wesens und ihrer Mission werden, wenn „Unkraut unter dem Weizen des Gottesreiches durchwuchert“ (22). Der Papst ist klar und eindeutig, wenn er schreibt: „Und auch heute wiederholen wir mit tiefem Ernst: Es genügt nicht, zur Kirche Christi zu zählen; man muss auch lebendiges Glied dieser Kirche sein – im Geist und in der Wahrheit“ (22). In der Nr. 23 gibt Papst Pius XI. einen Schlüssel zur Unterscheidung zwischen einer wahren und einer scheinbaren Reform zu erkennen: „Jede wahre und dauernde Reform ging letzten Endes vom Heiligtum aus ...“ (23), was Liebe zu Gott und dem Nächsten und Demut voraussetzt. Dann ermutigt der Papst die Gläubigen, der Kirche treu zu bleiben – trotz des Drucks, aus der Kirche auszutreten.

Die Notwendigkeit des römischen Primats bezieht sich auf das Amt des Nachfolgers des Petrus, auf den Christus seine Kirche baut: „Echte und legale Autorität“, schreibt der Papst, „ist überall ein Band der Einheit, eine Quelle der Kraft, eine Gewähr gegen Zufall und Splitterung, eine Bürgschaft der Zukunft“ (25). Deshalb ist der Versuch, eine deutsche Nationalkirche zu schaffen, eine „Verneinung der einen Kirche Christi“ (25), und die Geschichte liefert dafür genügend Beweise.

Im Abschnitt über die Umdeutung heiliger Worte und Begriffe gibt es kurze Ermahnungen über das Wort Gottes, über einen lebendigen Glauben, über die Unsterblichkeit des Menschen, über die Erbsünde, über das Kreuz Christi, über christliche Tugenden – besonders die Demut – und über die Gnade Gottes.

Nach diesem dogmatischen Teil kommt der ethische mit der Darlegung über die Sittenlehre und die sittliche Ordnung, die aus dem Glauben erwachsen. Der Papst betont diesen Aspekt, da ohne ihn die Gesellschaft zugrunde geht. Ohne Gottesbezug ist der Mensch ohne Regel, es „ist eine Sünde an der Zukunft des Volkes, deren bittere Früchte die kommenden Geschlechter werden kosten müssen“ (34). Deshalb ist eine Beziehung zum Naturrecht nötig, besonders für „jedes positive Recht, von welchem Gesetzgeber es auch kommen mag“ (35). Es wäre ein erleuchtender Beitrag zu diesem Thema, die Ansprache Papst Benedikts XVI. am 22. September 2011 mit den hier von Papst Pius XI. gemachten Äußerungen zu vergleichen. Der Inhalt ist grundsätzlich gleich, wenn auch die Methode der Darlegung anders ist.

In dieser Enzyklika zur Förderung des Glaubens in Deutschland vergisst Papst Pius XI. nicht zu betonen: „Der gläubige Mensch hat ein unverlierbares Recht, seinen Glauben zu bekennen und in den ihm gemäßen Formen zu betätigen. Gesetze, die das Bekenntnis und die Betätigung dieses Glaubens unterdrücken oder erschweren, stehen im Widerspruch mit einem Naturgesetz“ (36). Dieses Recht gehört den Eltern für die Erziehung ihrer Kinder wie auch der Kirche in ihrem Eintreten für die Bekenntnisschulen.

Die drei letzten Kapitel sind Ermahnungen, erstens an die jungen Menschen, denen es durch das Nazi-Regime – trotz des Konkordates – unmöglich gemacht wird, in katholischen Vereinigungen ihren Glauben zu stärken. Ihre Zugehörigkeit zu staatlichen Verbänden darf nicht auf Kosten des Glaubens gehen. Zweitens gehen sie an die Priester und Ordensleute, denen es aufgegeben ist,

„der Herde Christi die rechten Wege zu weisen in Lehre und Beispiel, in täglicher Hingabe, in apostolischer Geduld“ (44). Betont wird ihre Verantwortung im „Dienst an der Wahrheit, und zwar der ganzen Wahrheit, und ihre freimütige Anwendung auf die sie umgebende Wirklichkeit“ (44). Sie wissen, wie einige Priester diesen Dienst bis zum Selbstopfer im Tod geleistet haben – wie die Kapläne von Lübeck, wie P. Andritzky in Dresden und Pfarrer Häfner in Würzburg, die alle im Jahre 2011 seliggesprochen wurden, und noch viele andere.

Die letzten Ermahnungen sind an die Getreuen aus dem Laienstand gerichtet. Bei ihnen handelt es sich um Mitglieder der Kirche aus allen Ständen und aus allen Altersschichten, „denen das Leid der Kirche in Deutschland und ihr eigenes Leid nichts geraubt hat von der Hingabe an die Sache Gottes“ (46). Der Papst erwähnt besonders die Mitglieder der kirchlichen Verbände und die Eltern, die sich für die Bekenntnisschule einsetzen.

Die letzten Abschnitte wirken wie eine Prophezeiung, dass die Kirche in Treue zu Christus den Sieg über ihre Verfolger erringen wird – auch mit der Hoffnung, dass diese sich durch die Liebe Christi bekehren lassen.

Am Schluss dieser Darstellung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI. darf ich noch zwei kurze Bemerkungen einfügen:

1. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ behält für die Katholiken in Deutschland, obwohl wir in keiner Verfolgung stehen, ihre volle Gültigkeit, weil der Glaube durch den Materialismus, den Konsumismus und heutzutage besonders durch den Zeitgeist ständig bedroht ist.
2. Nur durch Besinnung und Umkehr zu Christus sind wir als treue und aktive Mitglieder der Kirche in der deutschen Gesellschaft „Salz der Erde und Licht der Welt“.

Orientierungsdaten zum Kirchenkampf des NS-Staates

1933-39 Kampf gegen den gesellschaftlich aktiven Katholizismus

- 30.01.33 Hitler wird zum Reichskanzler ernannt
- 26.02.33 „Freiheitskundgebung“ kath. Verbände und christlicher Gewerkschaften auf dem Altstadtmarkt – letzte demokratische Großveranstaltung
- 28.02.33 „Reichstagsbrandverordnung“: Aufhebung aller Grundrechte
- 05.03.33 Letzte Reichstagswahl: Koalition: NSDAP 44%, DNVP 8%; „Weimarer Parteien“: SPD 18%, Zentrum/BVP 14%, DDP 0,8%; KPD 12%
- Gleichschaltung der letzten Landesregierung in Bayern (BVP)
- 18.03.33 SA-Sturm auf das Rathaus: Sozialdezernent Dünnebacke (Zentrum) und Amtsleiter Weißkirch (SPD) werden mit Gewalt vertrieben.
- 22.03.33 Dachau wird das erste KZ. Bis 1945 werden hier 2579 kath. Priester, davon 1780 Polen und 447 Deutsche eingeliefert.
- 23.03.33 Regierungserklärung Hitlers mit Zugeständnissen an das Zentrum und Versprechen an die Kirchen.
- Annahme des Ermächtigungsgesetzes: Regierung wird Gesetzgeber
- 01.04.33 Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte
- 07.04.33 Beamtengesetz: Grundlage für Entlassungen oder Degradierungen jüdischer, katholischer und sozialdemokratischer Beamter
- 25.04.33 Aufbau der Gestapo
- 01.05.33 Einführung des Feiertages „Tag der nationalen Arbeit“
- 02.05.33 Auflösung und Gleichschaltung der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften
- 01.07.33 Auflösung katholischer Verbände, u.a. Verhaftung von „Hetzkaplan“ Bombitzki in St. Paul
- 05.07.33 Auflösung des katholischen Zentrums als letzter Partei
- 20.07.33 Abschluss des Reichskonkordats Deutschland – Vatikan zum Schutz der religiösen Betätigung und der Verbände der kath. Minderheit
- 25.07.33 Veröffentlichung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 16.7.33
- 27.09.33 Auseinandersetzung innerhalb der evangelischen Kirchen. Die „Deutschen Christen“ setzen Müller als Evangelischer „Reichsbischof“ durch.
- Dez. 33 Adventspredigten von Kardinal Faulhaber über Judentum und Christentum gegen die Propaganda von der „Entjudung“ des Christentums
- 24.01.34 Alfred Rosenberg wird Beauftragter für weltanschauliche Schulung der NSDAP

- 18.03.34 Erste (von vier) Inhaftierungen Wilhelm Bitters, Verleger u.a. der kath. Recklinghäuser Volks-Zeitung und von „Unser Kirchenblatt“. Kampagnen gegen den „Judenknecht“ RVZ
- 26.03. 34 Fasten-Hirtenbrief von Bischof Galen gegen das „Neuheidentum“ und Rassismus
- 27.04.34 Verbot der Doppelmitgliedschaft in kath. Berufsverbänden und der Deutschen Arbeitsfront: Beginn der Auseinandersetzung um die KAB (Kath. Arbeiter-Bewegung)
- 31.05.34 Barmer Beschluss der Bekennenden Kirche
- Sommer 34 Amtsenthebung von Dr. Wilhelm Hülsen/Petrinum und sechs weiteren Schulleitern von Gymnasien in Westfalen
- 30.06.34 „Röhm-Putsch“: Mordaktion gegen SA-Führer und NS-Gegner (u.a. Klausener, Leiter Kath. Aktion Berlin; Probst, Leiter der katholischen Jugendsportorganisation DJK; Dr. Gerlich, kath. Journalist
- 02.08.34 Hitler wird auch Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Bildung des FÜHRERSTAATES.
- 24.09.34 Glaubenskundgebungen beim ersten Besuch Bischof Galens in Recklinghausen anlässlich der Weihe der St. Elisabeth-Kirche
- Okt. 34 Veröffentlichung des „Anti-Mythos“ gg. Rosenbergs Ideologie im Kirchl. Amtsblatt Münster
- 24.04.35 Verbot konfessioneller Tageszeitungen
- Ostern 35 Rom-Wallfahrt der katholischen Sturmscharen
- 17.05.35 Beginn der „Devisenschieber“-Prozesse gegen die Orden
- 07.07.35 Kreuzwallfahrt der KAB Recklinghausen auf den Annaberg / Haltern mit 10.000 Teilnehmern
- 07.07.35 Innenminister Frick kündigt öffentlich die „völlige Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ an.
- 16.07.35 Geheimerlass des preuß. Ministerpräsidenten Göring zur Zurückdrängung der Kirchen aus dem öffentl. Leben
- 7./8.07.35 Offener Konflikt bei NSDAP-Gauparteitag und „Großer Prozession“ in Münster mit großen Teilnehmerzahlen
- 16.09.35 Auflösung der KAB im Regierungsbezirk Münster
- 20.07.35 KZ-Einlieferung des katholischen Jugendleiters der „Sturmscharen“, Ludwig Grindel (Liebfrauen), Verhaftung im Unterricht
- 23.07.35 Weitere Einschränkungen kath. Jugendorganisationen in Preußen.
- 15.09.35 Nürnberger Rassegesetze
- Herbst 35 Auflösung des kath. Schülerbundes ND in Recklinghausen
- 1935-39 Kampf gegen die Bekenntnisschulen in den Ländern

1936-40 Die Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben

- 06.02.36 Verhaftung von Prälat Wolker und 57 kath. Jugendleitern
- Aug. 36 Olympische Spiele in Berlin
- 15.09.36 Protest-Hirtenbrief der Bischöfe gg. den Kirchenkampf
- 01.10.36 Generelle Beschlagnahmedrohung kritischer Verlautbarungen
- 01.11.36 Totales Publikationsverbot für den Kath. Jungmännerverband (KJMV),
Endgültiges Verbot der „JungenFront / Michael“ (Auflage: über 330.000),
- März 37 Verbot von „Unser Kirchenblatt“ - Recklinghausen, größte lokale
Kirchenzeitung im Bistum Münster
- 01.12.36 Hitlerjugend wird zur Staatsjugend erklärt
- 23.03.37 Verlesung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI.,
Verbreitungsverbot und Enteignung von 14 katholischen Verlags- und
Druckhäusern
- April 37 Reaktion: Wiederbeginn der Sittlichkeitsprozesse gegen Priester
- 27.10.37 Auflösung der Reste der kath. Jugendorg. im Bistum Münster
- 1 9 3 7 Höhepunkt der Kirchengaustritts-Kampagne: 108.000 Austritte
- 13.03.38 Deutscher Einmarsch und Anschluss Österreichs mit erfolgreicher
„Volksabstimmung“ für „Führer und Anschluss“ im April
- 29.09.38 Münchener Abkommen: Die Großmächte (GB, F, It., Dtl.) zwingen die
CSR zur Abtretung des Sudetengebiets an das Deutsche Reich.
- 15.08.38 Verbannung Bischof Sprolls aus Rottenburg als Abschluss einer Kam-
pagne wegen seiner Wahlverweigerung im April 1938
- 09.11.38 Pogromnacht: Organisierte Terroraktion gegen die Juden
- Ostern 39 Auflösung der ev. und kath. Bekenntnisschulen in Recklinghausen:
z.B. Widukind- (vormals: Liebfrauenschule), Ernst-vom-Rath- (vor-
mals Paulusschule)
- 01.09.39 Überfall auf Polen. Beginn des Zweiten Weltkriegs. Unterdrückung der
polnischen Nation und Kirche, Ghettoisierung der Juden
- 11.09.39 KZ-Haft für Vorsitzende kath.-polnischer Verbände; u.a. Ermordung von
Martin Olejnik (St. Marien, Recklinghausen)
Verhaftung von Kpl. Günter Osliso (St. Michael, Recklinghausen) wg. Jugend-
arbeit, später Einziehung zur Wehrmacht

1940-45 „Kriegsbedingte“ Aktionen und die „Endlösungen“

- 14.03.41 Das „Modell Warthegau“ (Westpreußen): Totale Entrechtung der Kirche. Vereine ohne Besitz, hauptamtl. Priester, Taufe, Caritas, im Status einer "Katakombengemeinschaft",
- Jan. 40 Beginn der geheimen, systematischen Euthanasie-Mordaktionen
- Okt. 40 Einschränkung von Gottesdiensten nach nächtl. Bombenalarm, Verbote von Wallfahrten, Prozessionen etc..
- Sommer 41 Klostersturm: Aufhebung von über 120 Klöstern, Anstalten etc.
- 06.03.41 Verhaftung von Reinhold Friedrichs nach seinen Predigten in Essel und Einlieferung in das KZ Dachau
- Juni 41 Einstellung sämtlicher kirchlicher Presseorgane
- Juli/Aug. 41 Predigten von Bischof Galen gegen Euthanasie und Gestapo-Terror; Verhaftungen von Vervielfältigern der Texte
- 1941 Abschaffung kirchl. Feiertage; dazu Gottesdienstverbote
- 24.01.42 Deportation der jüdischen Bürger Recklinghausens aus fünf „Judenhäusern" der Stadt in das Ghetto Riga
- 26.07.42 Hirtenwort der katholischen Bischöfe der besetzten Niederlande gg. die Deportation der Juden
- 02.08.42 Verhaftung aller katholischen „Nichtarier“ Hollands (darunter die Ordensfrauen Edith Stein und Luise Löwenfels), Deportation nach Auschwitz
- 11.08.42 Zweite Verhaftung von P. Alkuin Gassmann in Stuckenbusch („Defaitismus“): Einlieferung in das KZ Dachau
- Ende 42 Beginn der Treffen der Gespräche in der KAB-Zentrale über den politischen Umsturz
- 19.03.43 Hirtenbrief der Bischöfe gg. Tötungsaktionen an Kranken, Siechen, Geiseln, Kriegsgefangenen und Menschen anderer Rassen oder Nationen
- 20.07.44 Niederwerfung des Putsches gegen Hitler, Schauprozesse und Hinrichtungen vieler beteiligter Christen (z.B. Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp SJ, Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus, Graf Moltke, Prälat Müller, Graf Stauffenberg, Grafen Fritz Dietlof u. Friedrich Werner von der Schulenburg)
- 13.09.44 Bombenangriff auf Altstadt Recklinghausen und St. Peter
- 04.03.45 Tod von Pfr. August Wessing (früher Kaplan in St. Antonius) im KZ Dachau, inhaftiert wegen der Seelsorge an Fremdarbeitern
- 13.03.45 Bombenangriff auf das Nordviertel Recklinghausens
- Ostern 45 Befreiung Recklinghausens durch US-Truppen

Weiterführende Literatur (Auswahl)

Online-Gedenkbuch „Opfer und Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945“ mit a) Opferbuch, b) Stätten, c) Gedenkkultur incl. umfangreichem Literaturverzeichnis:
www.recklinghausen.de/gedenkbuch

Rolf Abrahamsohn, „Was machen wir, wenn der Krieg zu Ende ist?“ Lebensstationen 1925-2010, hg. vom Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte und dem Jüdischen Museum Westfalen, Essen 2010

Klaus Anderbrügge, Die Recklinghäuser Gruppe des ND, in: Linneborn/Möllers/Seifert (Hg.), Das Petrinum unterm Hakenkreuz. Zur Geschichte des Gymnasium Petrinum in Recklinghausen in der Zeit von 1933-1945, Recklinghausen 2001

Werner Burghardt (Hg.), Arbeitsbuch zur Geschichte des Nationalsozialismus in Recklinghausen, Recklinghausen 1995

Johanna Eichmann OSU, Juden und Christen im Vest Recklinghausen, in: Möllers/Voigt (Hg.), 1200 Jahre Christliche Gemeinde in Recklinghausen, Recklinghausen 1990, S. 96-106

Johanna Eichmann OSU, Du nix Jude, Du blond, Du deutsch! Erinnerungen 1926-1952, hg. v. Jüdischem Museum Westfalen, Essen 2011

Helmut Geck, Die Bekennende Kirche und die Deutschen Christen im Kirchenkreis Recklinghausen unter nationalsozialistischer Herrschaft (1933-1945), Recklinghausen 1984

Helmut Geck/Georg Möllers/Jürgen Pohl (Hg.), Wo Du gehst und stehst. Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des Widerstandes in Recklinghausen 1933-1945, Recklinghausen 2003

Ludger Linneborn/Georg Möllers/Heribert Seifert (Hg.), „Der Unterricht ging pünktlich weiter“. Zur Geschichte des Gymnasium Petrinum in Recklinghausen in der Zeit von 1933 bis 1945, Essen 2016

Georg Möllers, Sie hießen Hans. Nach 1933: Schicksalhafte Jahre für zwei Nachbarsjungen und ihrer Familien im Schatten von St. Johannes/Suderwich, hg. zum Gedenkgottesdienst 2022

Georg Möllers/Nathanja Hüttenmeister, Recklinghausen [Ortsbeitrag] in: Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Münster (= Quellen und Forschungen zur jüdischen Geschichte in Westfalen, Bd. 2), hg. von Susanne Freund, Franz-Josef Jakobi und Peter Johaneck, Münster 2008, S. 574 – 595

Georg Möllers/Horst D. Mannel, Zwischen Integration und Verfolgung. Die Juden in Recklinghausen. Eine Sammlung ausgewählter Dokumente (= Dokumentenmappen zur Kirchen- und Religionsgeschichte des Ruhrgebiets, hg. v. Helmut Geck, Bd. 2), Recklinghausen 1988

Georg Möllers/Horst D. Mannel, Pogrom in Recklinghausen. Recklinghäuser Bürger erinnern sich an den 9./10. November 1938, 5. erweiterte und verbesserte Auflage, hg. aus Anlass der 40-Jahr-Feier der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Recklinghausen 2001

Georg Möllers/Jürgen Pohl, Abgemeldet nach „unbekannt“ 1942. Die Deportation der Juden aus dem Vest Recklinghausen nach Riga, hg. v. der Gesellschaft für Christ.-Jüd. Zusammenarbeit, Essen 2013

Georg Möllers/Jürgen Pohl, Tisa und Fritzi von der Schulenburg. Auf den Spuren schicksalhafter Lebenswege im Vest Recklinghausen, Recklinghausen 2021

Georg Möllers / Jürgen Pohl, Zeitenwende beim kulturellen Gedächtnis? Zu Entwicklung und Stand der Erinnerungskultur in Recklinghausen, in: Vest. Zeitschrift (2016/17), S. 331 - 398.

Georg Möllers/Richard Voigt (Hg.), Dr. Erich Klausener (1885-1934). Überzeugter Christ - Engagierter Demokrat, hg. im Auftrag des Stadtkomitees der Katholiken, 4. Neu überarbeitete und ergänzte Auflage, Recklinghausen 2010

Jürgen Pohl, Die Deportation der Sinti und Roma von Recklinghausen nach Auschwitz-Birkenau am 10. März 1943, in: VZ 105 (2014/15), S. 283-311.

Tilmann Pünder, Erich Klausener – Staatsdiener und Kirchenmann, in: Vestische Zeitschrift 97/98 (1998/99), hg. v. Werner Burghardt, S. 255-302

Weit geöffnete Fenster und Herzen

Katholisches Zentrum bei feierlichem Gottesdienst in „Erich Klausener Haus“ umbenannt

Recklinghausen. Eine Befragung aller Recklinghäuser Gemeinden brachte es ans Licht. Für das katholische Zentrum an der Kemnastraße wünschte sich die Mehrheit den Namen „Erich Klausener Haus“. Ein Haus, das, wie der Vorsitzende des Stadtkomitees der Katholiken, Rudolf Kortemann, während der Feier zur Namensgebung des Gebäudes betonte, sich auszeichnen soll durch „weit geöffnete Fenster und Herzen. Ein Haus der Begegnung und Zuflucht und ein Zeichen der Verantwortung in dieser Stadt. Ein Ort des Engagements und des politischen Wachstums.“ All diesen Ansprüchen soll das Erich Klausener Haus auch in Zukunft gerecht werden.

Daß der Namenstag des katholischen Zentrums, sowie das Stadtpatronatsfest zusammenfielen mit dem Abschluß der Visitationsreise von Weihbischof Dr. Josef Voß in der Westmetropole, hielt Voß nicht für einen Zufall. Vielmehr drücke sich darin das Bekenntnis zur einen Kirche Christi aus, unterstrich der Weihbischof und fuhr fort: „Und doch lebt der Glaube

nur vom Zeugnis des einzelnen. Dafür steht Erich Klausener ein, der Recklinghäuser Landrat und Märtyrer im nationalsozialistischen Regime war. Sein Leben ist Maßstab und Auslegung der Botschaft Christi.“

Einblick in die Lebenssituationen Klauseners gab Georg Möllers. Dabei verstand er es, in die biografischen Daten des „sozialen Landrates“, wie Klausener genannt wird, Fragen von aktuellem Bezug und kritischem Hintergrund einzuwirken.

Erich Klausener – der 1919 Landrat wurde und sich in eine Zeit hineinsetzt, die geprägt war von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, von Besetzung und Inflation – stellte zeitweilig die sozialen Nöte in den Vordergrund seines Wirkens. „Wie steht es heute mit dem sozialen Handeln angesichts des Nord-Süd Gefälles oder mit der gesellschaftlichen Akzeptanz des geborenen wie ungeborenen Lebens?“ schlug Möllers die erste Brücke zur Gegenwart.

Besondere Achtung zollte der Recklinghäuser Studenterrat einer Rede Klauseners, die dieser 1924 in Berlin gehalten hat, und in der er den Materialismus und Egoismus geißelte und Fragen an Moral und Glauben seiner Zeit stellte. Bis heute, meinte Georg Möllers, gehören Konflikte zum christlichen Glauben. Allerdings sah er in „Lösungen auf dem autoritären Weg“ lediglich einen „Weg der Angst“. Jesus setze dem Vertrauen entgegen.

In seinem Geist, fuhr der Sprecher des Stadtkomitees fort, gelte es bis heute viele Fragen zu klären. Für Klausener bedeute „katholisch sein“ Aktivität und Optimismus. Ein solches Leben in Verantwortung müsse „zum Greifen offen liegen“. Christsein sei keine Frage von Wochentagen und Einzelaktionen, sondern eine verbindliche Lebensentscheidung. Dieses Bekenntnis Klauseners, so Möllers, führte letztlich auch zu dessen Tod.

Buch über Erich Klausener

Recklinghausen. Eine 130 Seiten umfassende Dokumentation über das Leben Erich Klauseners haben Georg Möllers und Richard Voigt im Auftrag des Stadtkomitees der Katholiken aus Anlaß der Namensgebung des katholischen Zentrums verfaßt. Die Schrift, die schon kurz nach ihrem Erscheinen vergriffen war, soll jetzt in einer zweiten Auflage auf den Markt kommen. Im Anhang wird die Dokumentation erweitert um die Ansprachen, die am Tag der Namensgebung des Zentrums gehalten wurden. Das Buch ist zum Preis von acht DM im katholischen Stadtbüro, Erich Klausener Haus an der Kemnastraße erhältlich.

Als „gefährlicher Katholikenführer“ wurde er von der SS ermordet. Der Name des Landrates, betonte Möllers, stehe bis heute als Aufruf, der Resignation entgegenzutreten. Jeder müsse sich um der Menschen willen im Meinungsbildungsprozeß seiner Zeit engagieren – in einer Gesellschaft, die Gefahr laufe, „daß sich ihr Denken auf Mark, Markt und Meisterschaft reduziert.“

Die Glaubwürdigkeit des eigenen Lebenswortes, schloß Möllers unter dem Beifall der Gläubigen, erweise sich daran, daß andere ihn als glaubwürdig erführen. Auch Dr. Voß würdigte in einer kurzen Ansprache das Leben Klauseners als Garant dafür, daß sich Christsein nicht nivellieren lasse auf die Formeln „man tut“ und „man tut nicht.“

In dem feierlichen Gottesdienst, den die Jugendmusikgruppe „Veritas“ aus der St.-Paul-Gemeinde Recklinghausen gestaltete, erinnerte der Weihbischof zuletzt ausdrücklich an jene handschriftlichen Worte Klauseners, die man nach seiner Ermordung in seinem Schreibisch fand, und die einer Kurzbiographie zur Namensgebung des katholischen Zentrums zugrunde gelegt wurden: „Sei wahrhaftig in deinem Handeln; breche nie ein Wort; zeige kein falsches Prestige; komme zuerst – aber verschweide niemals deinen Zorn.“ Wegweisende Worte eines Mannes auch für unsere Zeit.

Hilene Wenker

B RZ 16/3/98



Feierlich enthüllt wurde gestern das Schild an der neuen Dechant-Wessing-Straße in König Ludwig. Regionalbischof Dr. Josef Voß (r.) ließ es sich nicht nehmen, persönlich der Zeremonie beizuwohnen. Foto: Gutzeit

Straßenname erinnert an Polen-Kaplan

Dechant Wessing wird in das Bewußtsein der Bevölkerung zurückgeholt

RZ 16.3.1998

RECKLINGHAUSEN. Die Liste der Straßen im Stadtgebiet, deren Namen an Menschen erinnern, die von den Nationalsozialisten deportiert und zu Tode gebracht wurden, ist um eine wichtige Persönlichkeit reicher geworden.

Im Rahmen eines kleinen Festaktes enthüllten nämlich gestern Regionalbischof Dr. Josef Voß, Pfarrer Alois Wiggeringloh und Bürgermeister Jochen Welt ein Straßenschild im Neubaugebiet zwischen Marien-, Overberg- und Alter Grenzstraße, das den Namen von Dechant August Wessing trägt. „Er war ein Mann, der uns drei Dinge lehrt: Gott im Blick zu behalten, die Sprache der Menschen zu lernen, mit denen wir es zu tun haben, und unsere Hände und Herzen den Nachbarn zu öffnen,“ sagte der Regionalbischof in seiner Ansprache.

Damit reflektierte er auf die wichtigsten Stationen, die August

Wessing in seinem Leben als Priester ausmachten. Denn im Jahr 1907 kam er als Kaplan in die Gemeinde St. Antonius, um in König Ludwig seine seelsorgerische Tätigkeit vor allem den Menschen zuzuwenden, die damals viel zu leiden hatten: Allen nämlich, die als polnische oder tschechische Arbeiter im Bergbau schufteten. „Ihnen galt seine besondere Aufmerksamkeit, was ihm damals nicht gut angerechnet wurde. Sein ursprünglicher Beiname Polen-Kaplan zeigt nämlich, daß die Gemeinde ihn erst später zu schätzen lernte,“ sagte Bürgermeister Jochen Welt, der in seiner Rede auch auf die spätere Verfolgung Wessings, seine Deportation durch die Nazis und schließlich den Tod im Konzentrationslager Dachau einging.

All dies, so der Bürgermeister, stelle August Wessing, der in seinem Leben auch durch das Vorbild

des „Löwen von Münster, Kardinal von Galen, geprägt war, in die Reihe anderer aufrechter Nazi-Verfolger, denen in Recklinghausen Straßen gewidmet sind. Dabei erinnerte Welt an Walter Wenthe, August Kaiser, Dieterich Bonhoeffer und die Geschwister Scholl.

Antonius-Pfarrer Alois Wiggeringloh, der an diesem Tag in den Gottesdiensten mit Pfarrer Hermann Scheipers einen Mithäftling August Wessings aus dem KZ Dachau willkommen heißen konnte, bat im Beisein zahlreicher Bürger aus König Ludwig alle Nachbarn, die neuen Hauseigentümer im Ortsrat herzlich zu begrüßen.

„Wir würden uns freuen, wenn alle Gemeindemitglieder mit den neuen Nachbarn und nicht neben ihnen her leben würden“, verband er mit seiner kurzen Ansprache die besten Wünsche für eine glückliche Zukunft in König Ludwig. -sek

Unbeirrbarer Glaube

Erich Klausener lebte seine christliche Überzeugung / Gedenkgottesdienst in St. Peter

RECKLINGHAUSEN. (alp) Er war ein großartiger Mann. Einer, der seinen Glauben lebte und schließlich für seine Überzeugung in den Tod ging. Das Stadtkomitee der Katholiken hält die Erinnerung an Dr. Erich Klausener über Jahrzehnte hinweg wach. Am 30. Januar gestalten die engagierten Christen einen Gedenktag zu Ehren des Mannes, der auch heute noch ein großes Vorbild sein könnte, in der Kirche wie in der Politik.

Anlass ist der 125. Geburtstag Klauseners Amtszeit als Landrat im Vest Recklinghausen (1919 bis 1924) war gekennzeichnet von seiner großen „sozialen Ader“. Er nahm sich der Armut im Nachkriegsdeutschland an, viele Fürsorge-Einrichtungen, die wir bis heute zu schätzen wissen, gehen auf seine Initiative zurück.

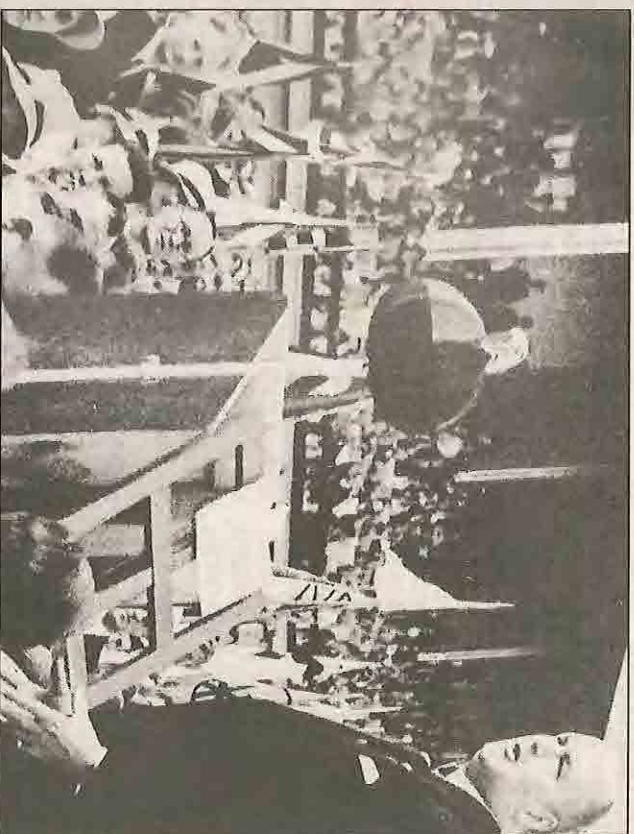
1924 wurde Erich Klausener nach Berlin berufen, zunächst ins preussische Innenministerium, später ins Reichsverkehrsministerium. Auch in Berlin engagiert er sich, wie er es immer getan hatte, als Christ auf vielen Ebenen, unter anderem als Vorsitzender der „Katholischen Aktion“. Im Ministerium geht er gegen Ausschreitungen der Nazis



Pünktlich zum Gedenktag legt das Stadtkomitee der Katholiken ein Buch über Erich Klausener vor, das die Autoren Richard Voigt und Georg Möllers (v.l.) mit Marcus Weber und Hans-Bernd Terbille vorstellten.

vor. Von der aufkommenden braunen Brut lässt er sich nicht einschüchtern. Gegen alle Warnungen hält er beim Berliner Katholikentag im Hoppengarten vor 60 000 Menschen eine Rede, die ihn das Leben kosten wird. Während nahezu das ganze Land schweigt, wendet er sich gegen die Ausgrenzung von Menschen anderer Weltanschauung durch die Nazis. Die SS setzt den „gefährlichen Ka-

tholiken“ auf ihre Mordliste. Sechs Tage später, am 30. Juni 1934, wird er von einem SS-Schergen in seinem Büro erschossen. Die Tat wird als Selbstmord getarnt. Kirchenkreise schweigen dazu. 1936 wagt es Bischof Clemens von Galen, öffentlich vom Märtyrer Erich Klausener zu sprechen und die perfiden Mächtschancen zu entlarven. In den Nürnberger Prozessen wird später festgestellt,



Vor 60 000 Menschen im Berliner Hoppengarten hielt Klausener die entscheidende Rede, die die Nazi-Würder auf den Plan rief. Sechs Tage später wurde er von der SS erschossen.

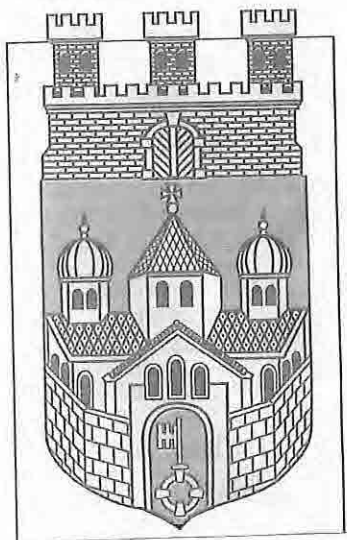
dass es Hermann Göring war, der Klausener auf die Todesliste setzen ließ. Der Mordschütze wird erst 1953 durch Zufall verhaftet und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Stadtkomitee legt Dokumentation vor

Die Lebensgeschichte Erich Klauseners und sein Wirken haben jetzt Georg Möllers und

Richard Voigt für das Stadtkomitee in einem 160 Seiten starken Buch und belegt durch zahlreiche Zeitdokumente zusammengetragen (Schützgebühr: 10 Euro). Es ist am Gedenktag zu bekommen und jederzeit beim Stadtkomitee der Katholiken im Erich-Klausener-Haus an der Kemnatsstraße erhältlich.

Der Gedenktag für Erich Klausener am Samstag, 30. Januar, beginnt mit einer Feier für geladene Gäste im Rathaus im Mittelpunkt steht jedoch der Gedenk-Gottesdienst um 18 Uhr in der Protestantische St. Peter, der von Schülern der Erich-Klausener-Realschule aus Herren geprägt mitgestaltet wird. Im Theaterszenen zeigen sie die entscheidende Situation im Leben Erich Klauseners. Für den musikalischen Rahmen sorgt ein 60-köpfiges Orchester der Schule.



Auf den Spuren von Erich Klausener

Bedrückende und beeindruckende Erlebnisse
bei einer **Begegnungswoche in Berlin**

RECKLINGHAUSEN / BERLIN. „Wie können, wie sollen wir in einer Diktatur den Glauben leben? Unser Lebensweg war ein Weg ständiger Abwägungen und Entscheidungen.“ Das intensive Gespräch mit Prof. Dr. Joachim Meyer, dem ehemaligen Landesminister in Sachsen, über Lebenswege in der damaligen DDR, bildete den Abschluss einer dichten Begegnungswoche von 30 Recklinghäusern in Berlin.

Meyer, früherer Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, war einer der Gesprächspartner der vom Katholischen Bildungswerk organisierten Fahrt in die Bundeshauptstadt. Unter dem Titel „Unser Lebensweg war ein ständiges Abwägen“ begaben sich die Recklinghäuser auf die Suche nach den Spuren von Dr. Erich Klausener, dessen Namen das katholische Zentrum an der Kemnastraße in Recklinghausen trägt.

Anlass war das Erinnerungsjahr an den vor 125 Jahren geborenen Dr. Erich Klausener, der am 30. Juni 1934 in Berlin von der SS ermordet worden war. In Berliner Hoppegarten wurde die Gruppe von Bürgermeister Klaus Ahrens und einer Gruppe engagierter Christen begrüßt, die 2009 eine große Gedenkfeier für Klausener initiierten und Gedenktafeln aufgestellt hatten.

Brigitte Siefert als Organisatorin der Fahrt: „Auf der dortigen Rennbahn hatte

der frühere Recklinghäuser Landrat sechs Tage vor seiner Ermordung vor etwa 60 000 Katholiken seine letzte öffentliche Rede gehalten. Dabei zeigte er Zivilcourage, denn er war schon vorher bedroht worden.“ Ebenso bewegend waren Gespräch und Teilnahme am Gebet der Karmeliterinnen in Regina Maria Martyrum. Die beeindruckende Gedenkkirche in Charlottenburg ist bewusst unweit der Hinrichtungsstätte Plötzensee zur Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur errichtet worden. Hier wurde in der Nachkriegszeit auch die Asche Klauseners beige-setzt.

„Erfahrungen verdichten sich“

Heinz Bernd Terbill, Vorsitzender des Stadtkomitees der Katholiken in Recklinghausen: „Uns geht es um die Würdigung von menschlichem Verhalten im Angesicht von Gewalt, Terror und Unrecht. Gerade in Berlin verdichten sich solche Erfahrungen.“

So gehörten zu den weiteren Stationen auch die Villa der berühmten „Wannsee-Konferenz“ und die Ausstellung über den Widerstand im Bendlerblock. Besonders bedrückend und beeindruckend waren auch persönliche Begegnungen mit Opfern in den Gedenkstätten der Stasi-Zentrale an der Normannenstraße sowie des Stasi-Gefängnisses in Hohenschönhausen.



Die Recklinghäuser Gruppe besuchte in Berlin auch das Grab Erich Klauseners.

—FOTO: VOIGT

Recklinghäuser Zeitung, 31. März 2012

„Hochverräterische Angriffe“ von der Kanzel

Stadtkomitee erinnert an Palmsonntag 1937 / „Mit brennender Sorge“

RECKLINGHAUSEN. Am Morgen Sonntag wird auch in Recklinghausen wieder in den katholischen Kirchengemeinden der Stadt mit besonderer Gottesdiensten Palmsonntag gefeiert. Das Stadtkomitee der Katholiken erinnert dazu passend an den 75. Jahrestag einer einzigartigen Protestaktion gegen das nationalsozialistische Regime in allen katholischen Kirchen Deutschlands.

Die „hochverräterischen Angriffe“ – so der Gestapo-Schnellbrief – konnten nicht mehr aufgehalten werden.

Am Palmsonntag 1937 – vor 75 Jahren – wurde von den Kanzeln aller katholischen Kirchen ein Text vorgelesen, den keine gleichgeschaltete Zeitung hätte abdrucken dürfen.

„Mit brennender Sorge“, so die Einleitung, die der Schrift den Namen gab, „und steigendem Bedremden beobachten wir seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kirche...“ Der Autor dieses Welttrudschreibens war niemand anderes als Papst Pius XI. selbst.



Bischof Clemens August von Galen wirkte an der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ mit.

Auch dass diese Enzyklika die bis heute einzige ist, die nicht in lateinischer Sprache verfasst worden war, hatte einen besonderen Grund. Von vornherein bestand die Absicht, mit dem Text un-

mittelbar die deutsche Öffentlichkeit zu erreichen. Das Schreiben sollte möglichst viele Menschen direkt und unzensuriert im Land von Gestapo-Bespitzelung und Reichspropagandaminister Goebbels erreichen. So wurde das deutsche Original heimlich ins Land geschleust, direkt an die Pfarreien gebracht und dazu in einer Auflage von 300.000 Exemplaren heimlich gedruckt. Gerade in Recklinghausen und anderen Teilen des Bistums Münster kam es an diesem 21. März zur Verteilung von 120.000 Exemplaren an den Kirchen. Im Nachhinein wurden alle beteiligten Druckereien vom Staat enteignet.

Die Zwangsmaßnahmen der Gestapo im Vorfeld der „erschütternden Kundgebung des Papstes“ waren allerdings zu spät gekommen. So hörten Millionen Deutsche in den Kirchen die Anklage gegen die „Vertragsumdeutung“. Verträge umdeutungen und Vertragsaushöhlungen“ des Regimes. Mit dieser Deutlichkeit, mit der sich Pius XI. auf die Unterminierung des Konkordats von 1933 bezog, griff er das Regime zu einer Zeit an, als es ein Jahr nach den glanzvollen Olympischen Spielen in Berlin auf dem Höhepunkt seiner außenpolitischen Anerkennung stand. Angesichts des „sogenannten Mythos von Blut und Rasse“ und dem „angriffslüsternden Neubehdendum“ rief er die Katholiken auf, sich gegen die „dunklen Absichten“ in den Diensten der „Entlarvung und Widerlegung des Irrtums“ zu stellen. Ausdrücklich warnte der Pius XI. bereits zwei Jahre vor dem Kriegsabbruch, die Parole „Recht ist, was dem Volke nützt“ bedeute in ihrer Konsequenz „im zwischenstaatlichen Leben den ewigen Kriegszustand zwischen verschiedenen Nationen“. Ausdrücklich lehnte der Papst die Verletzung „gottgegebener Rechte“ ab, in dem er sich gegen die Vergötterung von Rassismus, Volkstum und Staatskult wandte.

Das Stadtkomitee der Katholiken verbindet die Erinnerung an diese sowohl weltweit wie innerdeutsch angelegte Entlarvung des Regimes mit der Planung einer besonderen Gedenkveranstaltung. Sie wird im Dezember 2012 stattfinden; dazu hat auch Bischof Dr. Felix Genn bereits sein Kommen zugesagt.



Hoher Besuch in St. Peter: Mit einem Gottesdienst gedachten gestern Abend in der vollbesetzten Propsteikirche Bischof Felix Genn, Propst Jürgen Quante, der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Jean-Claude Périsset, und Weihbischof Dieter Geerlings (v.l.) der Enzyklika „Mit brennender Sorge“. In seiner Predigt erinnerte Genn an das Weltrundschreiben von 1937, in dem Papst Pius XI. kritisch Stellung zu Politik und Ideologie des Nationalsozialismus genommen hatte. Zudem würdigte der Bischof von Münster das Handeln seines Vorgängers Clemens August Kardinal Graf von Galen. Im Anschluss sprach Erzbischof Jean-Claude Périsset in der Aula des Gymnasiums Petrinum zum Thema. —FOTO: NOWACZYK

→ Einen ausführlichen Bericht über den Vortrag lesen Sie am Freitag in Ihrer Zeitung.

Mühsam erarbeitete Freiheit

Erzbischof Jean-Claude Périsset erinnert an die Enzyklika vor 75 Jahren

ALTSTADT. (art) Zum ersten Mal überhaupt kam ein päpstlicher Nuntius in die Stadt. So groß wie die Freude in der überfüllten Aula des Petrinum am Mittwoch war, so ernst war der Anlass: Erzbischof Dr. Jean-Claude Périsset erinnerte an die Enzyklika, mit der sich die katholische Kirche vor 75 Jahren gegen die Nazis stellte.

1937 wurde das Weltrundschreiben unter dem Titel „Mit brennender Sorge“ von allen Kanzeln in Deutschland verlesen. Die offiziellen Worte von Papst Pius XI. machten die Nationalsozialisten wütend, erzählte Nuntius Périsset. Klöster mussten schließen, Druckereien wurden ent-



Jean-Claude Périsset.

eignet. Schweigen. „Die Enzyklika behält bis heute ihre volle Gültigkeit, denn der Glaube ist immer noch ständig bedroht“, mahnte der Geistliche. Die Schrift fordere reinen Glauben zu Gott, Christus,



Georg Möllers.

Kirche und Primat. „Gesetze, welche die Ausübung des Glaubens einschränken, stehen gegen das Naturrecht“, sagte Périsset.

Organisiert wurde der Gedenktag vom katholischen

Stadtkomitee. Dort engagiert sich seit Jahren auch Dezerent Georg Möllers. Er erinnerte daran, wie mühsam unsere heutige Freiheit erkämpft wurde: „Wie nutzen wir unsere Rechte, kümmern wir uns um die Menschenrechte, wenn wir zum Beispiel auf Reisen sind?“ Möllers hatte in den vergangenen Jahren mehrere Schriften zum Kirchenkampf in Recklinghausen veröffentlicht. Anlässlich des Nuntius-Besuchs hat das Stadtkomitee eine Begleitschrift mit Aufsätzen zum Thema veröffentlicht.

Für den musikalischen Rahmen sorgten Chor und das Petrinum-Orchester mit Werken von Händel und Chopin.

Erschütternde Schicksale

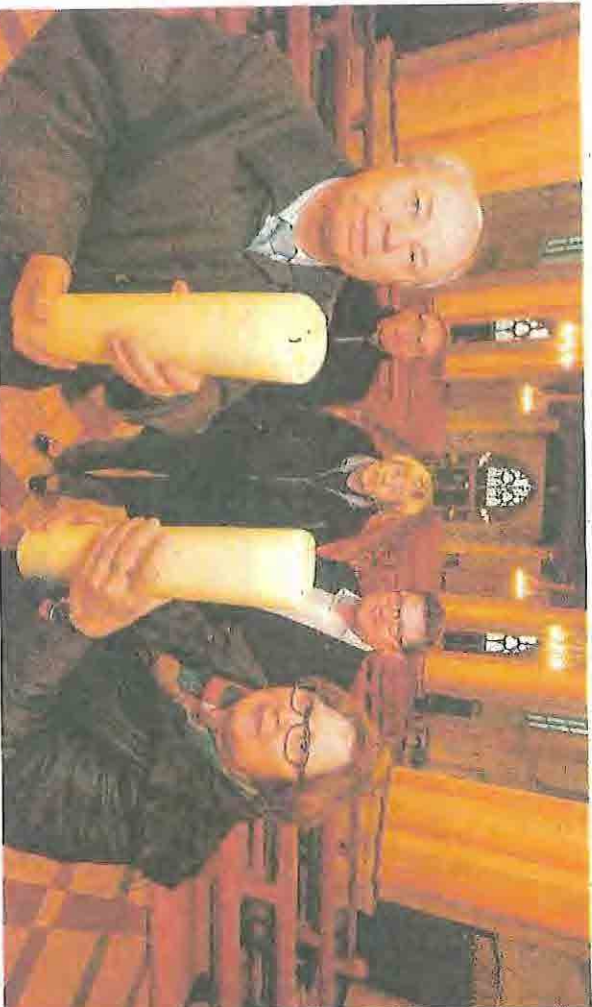
Rt
24.1.2015

Kfd erinnert in einer Ausstellung an Recklinghäuserinnen, die von den Nazis verfolgt wurden

VON SILVA SEIWETZ

RECKLINGHAUSEN. Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der russischen Armee befreit. Schwester Maria Aloysia lebte zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr. Die Nazis hatten die Recklinghäuserin zweieinhalb Jahre zuvor ermordet. Weil die Nonne für die Verbrecher immer die Jüdin Luise Löwenfels geblieben war, als die sie 1915 geboren wurde.

An sie und 13 weitere Recklinghäuserinnen, die vom nationalsozialistischen Terrorregime verfolgt wurden, erinnert die katholische Frauengemeinschaft im Dekanat RE mit einer Ausstellung. „Wir müssen die Erinnerung wachhalten“, sagt Teamsprecherin Inngard Schenk. „Nur wenn man um seine Geschichte weiß, kann man vorbeugen.“ Darum hoffen sie und ihre Teamkollegin Hildegard Stein, am Dienstag, 27. Januar, viele Besucher im Willy-Brandt-Haus am Herzogswall begrüßen zu können. Um 19.30 Uhr beginnt die Gedenkfeier mit anschlie-



Sie laden alle Bürger zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ein (v.l.): Georg Möllers vom Stadtkomitee der Katholiken, VHS-Leiter Jürgen Pohl, Inngard Schenk, Teamsprecherin der Kfd im Dekanat Recklinghausen, Pfarrer Oliver Paschke und Hildegard Stein, ebenfalls vom Kfd-Dekanatsteam.

Reiner Eröffnung der Ausstellung „Alles vergessen? Frauen zwischen Verfolgung und Widerstand“. Zunächst macht Barbara Schieb, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, einen Bestandsaufnahme „70 Jahre nach der Befreiung des Kon-

zentration- und Vernichtungslagers Auschwitz“. Auch Barbara Schieb hat Recklinghäuser Wurzeln. Sie ist hier aufgewachsen, ihr Vater war Rektor der Paulusschule. In den vergangenen Wochen hat das Kfd-Team, unterstützt durch Jürgen Pohl, die Biografien der 14 Frauen zusammengefasst. Der Leiter der Volkshochschule hat gemeinsam mit Georg Möllers in zahlreichen Büchern die NS-Vergangenheit der Stadt aufgearbeitet. „Es ist nur eine exemplarische Auswahl, wir könnten viele weitere Frauen nennen“, betont er. „Sie alle hatten erschütternde Schicksale.“

Wie Elisabeth Cohaupt, die wegen ihrer Behinderung ermordet wurde. Mit Clara Blum und Maria Hiltrop, geborene Bachem, werden Überlebende gewürdigt. Clara Blum wurde verhaftet, weil sie „Zigeunerin“ war. „Nur sie und ein Sohn kehrten aus dem KZ zurück. Neun ihrer Kinder, ihr Mann und drei Enkel starben. Dass das ein Massenmord an Katholiken war, ist den wenigsten bekannt“, sagt Pohl. Die junge Maria Bachem wurde von der Gestapo verhaftet, verhört und misshandelt, weil sie die Hirtenbriefe vervielfältigte, in denen Bischof von Galien die Euthanasie verurteilte.

Zum vierten Mal gestaltet das Stadtkomitee der Katholiken einen Gottesdienst zum Holocaust-Gedenktag. Beginn ist am morgigen Sonntag um 10.30 Uhr in der Liebfrauenkirche. Das Stadtkomitee pflegt eine Gebets- und Gedenkgemeinschaft mit den Karmelitinnen in einem Kloster in Berlin sowie in Ikskile nahe Riga. Beide Ordensgemeinschaften haben sich dem Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur verschrieben. Im Gottesdienst werden zwei Kerzen geweiht, die den Klöstern geschickt werden.

INFO

Gedenken

Zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar gibt es mehrere Veranstaltungen:

◆ Das Stadtkomitee der Katholiken lädt für Sonntag, 25. Januar, 10.30 Uhr, zum Gedenk-gottesdienst in die Liebfrauenkirche ein.

◆ Am Dienstag, 27. Januar, beginnt um 10 Uhr die offizielle Gedenkfeier der Stadt, die von der Käthe-Kollwitz-Schule an der Gneisenaustraße 49 ausgerichtet wird.

◆ Die katholische Frauengemeinschaft im Dekanat Recklinghausen lädt für Dienstag, 19.30 Uhr, gemeinsam mit der Volkshochschule zur Eröffnung der Ausstellung

„Alles verges-

sehen? Frauen zwischen Verfolgung und Widerstand“ ein. Nach einem Vortrag werden im Willy-Brandt-Haus, Herzogswall 17, die Biografien verfolgter Recklinghäuserinnen vorgestellt. So auch die von Luise Löwenfels (Foto), die im Auschwitz ermordet wurde.



Kirche und Leben. Bistumszeitung, 26. Januar 2020

„Stolperstein“ erinnert an mutigen Lehrer

NS-Opfer Die Stadt Recklinghausen hat zwei weitere „Stolpersteine“ verlegt, um an die Opfer der Nazi-Diktatur zu erinnern. Sie informieren über die jüdische Familie Aron und den Maristen-Frater Johannes Xaver Goebels, der im KZ Dachau starb.

Kul 26.01.2020

Mit der Verlegung weiterer Stolpersteine erinnert die Stadt Recklinghausen an die jüdische Familie Aron und den Maristen-Frater Johannes Xaver Goebels, die von den Nazis verschleppt und ermordet wurden.

„Wir pflegen in der Stadt eine intensive Gedenkkultur. Das Besondere daran ist, dass diese in der Stadtgesellschaft breit getragen wird“, sagte Bürgermeister Christoph Tesche (CDU) während des Gedenkens im Rathaus. „Mit den Stolpersteinen geben wir den Opfern eine Identität, ihre Namen und ihr Menschsein zurück.“

Zuvor hatte der Künstler und Initiator der Aktion, Gunter Demnig, die Steine verlegt. Mit dem Schicksal der Familie Aron hatten sich auch Schüler des Hittorf-Gymnasiums beschäftigt. Das Projekt stellte Ge-

Johannes Xaver Goebels. Der Pädagoge hatte sich den Nationalsozialisten mit viel Mut widersetzt und sich geweigert, seine Schüler in deren Sinn zu erziehen. Er wurde schließlich verhaftet, gedemütigt und gefoltert. Er starb am 17. März 1944 im KZ Dachau.

Frater Johannes musste es mit dem Leben bezahlen, dass er es wagte, das Nazi-Regime im Unterricht zu kritisieren: Am 15. September 1943 rückten mit Gestapo-Beamten, SA-Mitgliedern, dem NSDAP-Kreisleiter, dem HJ-Bannführer und dem Landrat die gesammelte Staats- und Parteimacht am Internat Canisianum in Lüdinghausen an, um Bernhard Hürfeld als Leiter, Frater Johannes als Präfekten des Internats, Schulleiter Kleinsorge, den Geschichtslehrer Wilhelm Brockhoff und den Religions-



Die Aufnahme zeigt Frater Johannes Xaver Goebels mit Schülern am Canisianum in Lüdinghausen. Foto: privat

schichtslehrer Nils Körner vor. Ein Stolperstein wurde an der Hertener Straße 60 direkt vor dem Eingang der Maristen-Realschule verlegt. Dieser erinnert an den Maristen-Frater

lehrer und Kaplan Anton Bornefeld zu inhaftieren. Den Vorwand bildeten Auseinandersetzungen unter einigen Schülern, die nach der Nachricht der Kapitulation Italiens HJ-Abzeichen weggeworfen und Hitler-Bilder entfernt hatten. Am 10. Januar 1944 wurde für alle fünf inhaftierten das Urteil gesprochen.

Die Schüler wurden bereits am nächsten Tag der Inhaftierung am 16. September 1943 in ein Umerziehungslager verbracht. Die Eltern wurden erst später unterrichtet, dass „sämtliche Schüler der Oberschule und des Schülerheims Canisianum einer staatspolizeilichen Erziehung zuzuführen“ seien: „Die Schüler wurden daher für die Zeit vom 17. September bis 9. Oktober 1943 zu einem Schulungslager HJ in Haltem Post-Dielingen einberufen.“ job/möl

Das Schicksal zweier Jugendlicher ab 1933

27. Januar: Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus. Auch bei uns Anlass für die Stadt und die Schulen, sich mit Projekten und Veranstaltungen zu engagieren – in diesem Jahr in Suderwich. Doch: Wie weit entfernt erscheinen in unserer freiheitlichen Gesellschaft diese „dunklen Jahre“? Ist unsere Vorstellungskraft nicht überfordert?



hannes erreicht
Die Schulfreunde Hans Aris und Hans Werners (Archiv G. Möllers)

Dem Schicksal zweier „ganz normale Nachbarsjungen“ war deshalb der jährliche Gedenkgottesdienst des Stadtkomitees der Katholiken gewidmet. Mit ihren Familien wohnten sie gegenüber der St. Johannes-Kirche:
Beide hießen Hans¹

„Das Jahr 1933 machte all meine Pläne zunichte“, zog Hans Aris (1916-1985) 1934 in seinem Lebenslauf Bilanz. Sein 17. Geburtstag am 21. März 1933 stand im Zeichen von Fackelzügen des NS-Regimes zum „Tag von Potsdam“. Sie wurden begleitet von Angriffen auf das „jüdische“ Kaufhaus der Karstadt AG. Bereits am 1. April folgte die erste Boykottaktion gegen alle Geschäfte jüdischer Besitzer.

Beide Kinder hatten nach der Volksschule das Petrinum besucht. „Die Schule kippt“, erinnerte sich Hans Werners an die Jahre 1933/34. Das ursprünglich katholisch geprägte Gymnasium geriet in den Sog von Partei, Hitlerjugend und NS-Staatsgewalt. Schulleiter Dr. Hülsen musste nun Listen führen, sowohl über jüdische Schüler wie über die Zahl der HJ-Mitglieder und der Schüler in der katholischen Jugend. 1934 ersetzte ein überzeugter Nationalsozialist den unangepassten Direktor. Die Abiturienten wurden aufgefordert, zur Prüfung auch die HJ-Mitgliedschaft einzureichen. Das Kollegium hatte Werners als Spitzenschüler für ein Stipendium vorgeschlagen, doch der bekannte sich im Lebenslauf zur katholischen Jugend und wollte Theologie studieren. Daraufhin wurde ihm die Hochschulreife verweigert, d.h. der Zugang zum Studium. Seine Pläne schienen ebenso zunichte, wie die von Hans Aris, dem als Juden das erwünschte Pharmaziestudium verwehrt war. Der Versuch des Schulleiters, ihn auch von der Abiturfeier 1936 auszuschließen, scheiterte aber. Die Mitschüler solidarisierten sich; die Feier wurde abgesagt. Nun musste er eine Lehre im elterlichen Textilgeschäft absolvieren und sollte es übernehmen. Doch die Hetze gegen die Kunden „jüdischer Geschäfte“ zeigte Wirkung. Der Überfall der NSDAP-Ortsgruppe in der Pogromnacht 1938 zerstörte die wirtschaftliche Existenz endgültig. Seine Mutter war nach der Gewalttat gesundheitlich geschädigt und Hans kam zwei Wochen in „Schutzhaft“, wie es zynisch hieß. Fast mittellos fand die Familie 1939 den einzig noch offenen Fluchtort am „Ende der Welt“: Shanghai.

Hans Werners war von Bischof von Galen zwar zum Studium zugelassen und wenige Wochen nach dem Überfall auf Polen am 1.9.1939 zum

Priester geweiht worden, doch dann geriet er als Sanitäter im Krieg in den Strudel von Gewalt, Leid und Sterben der Zivilbevölkerung und der Soldaten. Ab 1944 erlebte er den Schrecken der russischen Kriegsgefangenschaft; erst 1949 sah er die Heimat wieder.

Familie Aris blieb nur die Trauer um den Verlust der Heimat. Erst 1947 waren sie den erbärmlichen Lebensverhältnisse in Shanghai entkommen, erreichten San Francisco und Hans erhielt 1952 die US-Bürgerschaft. Als er Anfang der 80er Jahre erstmalig einen Besuch seines Geburtsortes wagte, ließ er sich mit einem Taxi durch die Straßen fahren. Zu belastend waren die Emotionen und zu groß die Furcht, ehemalige Peiniger zu treffen. Das Wiedersehen beider Schulkameraden und anderer Freund ermutigten ihn zu zwei weiteren Besuchen.

Auch Werners gab erst nach Jahren seine Erfahrungen in Krieg und Gefangenschaft preis: So die Lutherbibel, die er durch die Lagerhaft bewahren konnte – Geschenk eines sterbenden evangelischen Pfarrers. Und die Freundschaft einer russischen Lagerangestellten, der er wohl sein Überleben verdankte. Er wollte immer mit den Menschen ins Gespräch zu kommen; deshalb hatte er schon im Krieg Russisch gelernt. Nach 1949 widmete er sein Leben zeitlebens der Versöhnung mit dem russischen und dem polnischen Volk und der Unterstützung von Freiheitsbewegungen im Ostblock wie in Südamerika. Sein Engagement galt ebenso den Armen und dem Einsatz gegen das weltweite ungerechte Nord-Süd-Gefälle. Entsprechend formulierte er die besonderen Aufträge der deutschen Kirche im Grundsatzpapier „Unsere Hoffnung“ der katholischen Würzburger Synode (1975) mit: Die Solidarität mit den „armen Kirchen“, den Einsatz für die „lebenswürdige Zukunft der Menschheit“ und den Respekt des Judentums. Das Vermächtnis der beiden Freunde hat seine Aktualität nicht verloren.

■ Georg Möllers

¹So lautet auch der Titel der herausgegeben Publikation. An den Häusern Kirchstraße 4 und 8 wurden Gedenktafeln enthüllt.



Der Vorsitzende Gustav Peters und sein Stellvertreter Georg Möllers (v.r.) vom Stadtkomitee der Katholiken sowie Marc Gutzeit, Geschäftsführer des Stadtkomitees (l.), stellen das Programm des Gedenkgottesdienstes vor, der am Samstag von Pastor Oliver Paschke, Pfarrer in der Pfarrei St. Antonius, zelebriert wird.

FOTO KATHOLISCHES STADTBÜRO/MICHAEL RICHTER

RZ 22.01.2021

Katholiken gedenken der Opfer

HILLERHEIDE. In den dunklen Jahren des Nationalsozialismus starben Millionen Menschen wegen ihres Glaubens. Ihnen gedenken die Katholiken der Stadt am Samstag mit einem Gottesdienst.

Das Töten geht dabei auch in der Gegenwart weiter. Blutige Anschläge wie jener in Nizza im Jahre 2019 geschehen. Auch diesmal starben die Opfer aus religiösen Gründen. Deshalb sei das Thema des Gedenkgottesdienstes am Samstag, 23. Januar, um 18.30 Uhr in der Gertrudiskirche, Heidestraße 21, immer noch aktuell. „Die Täter dürfen nicht darauf vertrauen, dass die Opfer brutaler Verbrechen vergessen werden“, heißt es in einer Pressemitteilung des katholischen Stadtbüros.

Der Gottesdienst findet

unter besonderen Coronabedingungen statt. Er fällt zusammen mit der öffentlichen Gemeindemesse von St. Gertrudis. Eine Delegation des Stadtkomitees werde unter Hygienebedingungen die Erinnerung wachhalten.

„Diese Erinnerung an die ermordeten Menschen verbindet uns mit Gemeinschaften in Berlin und Ikskile bei Riga, wo an zwei Leidensorten der Opfer gedacht wird“, sagt Georg Möllers, stellvertretender Vorsitzender des Stadtkomitees. Gedacht wird der Ermordung von Dr. Erich Klausener. „An ihn erinnern in unserer Region, in der er als

„sozialer Landrat“ gewirkt hatte, nach ihm benannte Straßen, Brücken und Gebäude, so auch das Erich-Klausener-Haus.“ Am 30. Juni 1934 wurde Klausener durch ein SS-Kommando als „gefährlicher Katholikenführer“ (Hermann Göring) erschossen. Der überzeugte Christ hatte sich in Gesellschaft, Kirche und Staat eingesetzt.

Klauseners Leiche wurde verbrannt

Zur Vertuschung des Mordes wurde die Leiche sofort verbrannt. Heute ist die Asche in der Krypta der Gedenkkirche Regina Maria Martyrium in Berlin beigelegt, die bewusst unweit der Hinrichtungsstätte Plötzensee errichtet wurde.

Im Gottesdienst geht es aber auch um das Gedenken an die jüdischen Mitbürger, die am 24. Januar 1942 aus

Recklinghausen deportiert wurden.

„Die meisten verhungerten, wurden in den Wäldern erschossen oder weiter zur Ermordung in das Vernichtungslager Auschwitz gebracht“, berichtet Gustav Peters, Vorsitzender des Stadtkomitees.

Im Gottesdienst wird auch immer an Menschen aus der jeweiligen Gemeinde erinnert, so diesmal zum Beispiel an Elisabeth Cohaupt. Sie wurde Opfer der Euthanasie-Morde. Mit der alljährlichen Weihe von zwei Kerzen für die Klöster der Karmelitinnen in Berlin und Ikskile bei Riga soll eine Gebets- und Gedenkbrücke gebildet werden.

Öffentlicher Gedenkgottesdienst: Samstag, 23. Januar, 18.30 Uhr, Gertrudiskirche, Heidestraße 21



Die Verlegung der „Stolpersteine“:

Sonntag, 15. Dezember, 12.30 Uhr
Sitzungssaal des Rathauses, dann Paulusstraße 6

Montag, 16. Dezember, 12.30 Uhr
Maristen-Realschule, Hertener Straße 60

Recklinghausen setzt Zeichen

Gedenken an die Familie Aron und an Frater Johannes

Unser Grundgesetz und die Friedliche Revolution haben in diesem Jahr Jubiläen. Gute Gründe zu feiern angesichts der Unterdrückung der Menschenrechte weltweit. Doch sind drohende Anzeichen nicht zu übersehen: Populismus, Hassparolen im „Netz“, Intoleranz, Antisemitismus, Anschläge auf Synagogen, Weihnachtsmärkte, Volksfeste, Morddrohungen und -aktionen gegen „Andere“ oder „Andersdenkende“. Wieder einmal gilt es Zeichen zu setzen!

Dazu gehört die Erinnerung an eine Epoche, als zu wenige Menschen rechtzeitig die „Zeichen der Zeit“ verstanden und deshalb die Demokratie zerstört und durch eine brutale Ideologie des Hasses und der Ausgrenzung ersetzt wurde:

Solche Zeichen sollen am 15. und 16. Dezember gesetzt werden: Gesetzt werden als Denk- und Stolpersteine und veröffentlicht im Online-Gedenkbuch.

Die Erinnerung gilt am Sonntag, 15. Dezember, Familie Aron. Adolf Aron (*1894 in Westpreußen) war der älteste Sohn von Hermann und Dina Aron, die wie die Mehrzahl der Recklinghäuser während der Industrialisierung zugezogen waren. Adolfs jüngere Geschwister Kurt, Hildegard und Alfred waren gebürtige Recklinghäuser. Ihr Elternhaus galt als zugleich „religiös und sehr tolerant. Um die Osterzeit haben wir Matzen gegessen, um die Weihnachtszeit haben wir zusammen den Nikolaus empfangen und die Weihnachtsbäume in unsere christlichen Häuser getragen“, erinnerte sich später Dr. Helene Kuhlmann. Im Weltkrieg kämpften Adolf und Kurt für „Kaiser, Volk und Vaterland“.

Adolf und Else Aron hatten ein Geschäft aufgebaut. An ihrem Haus an der Paulusstraße 6, befanden sich das Tabaklager und Garagen für den Großhandel. Der erstgeborene Sohn Heinz (1924-25) starb früh. Rolf (*1927), Hans-Fred (*1932) und Günther (*1936) erlebten ihre kurze Kindheit bereits unter dem Druck und Eindruck der NS-Diktatur. Die Verdrängung jüdischer Kaufleute begann mit dem Boykott-Tag vom 1. April 1933. In der Presse erschienen Listen jüdischer Geschäfte; dort hieß es auch: „Die Zigarrenhändler und Gastwirte werden noch besonders darauf hingewiesen, daß die Zigarren-großhandlung Adolf Aron einem Juden gehört und auch boykottiert werden muss“ (RZ 3. April 1933). Diese Hetze sowie Aufrufe zur Denunzierung ihrer Kunden setzten sich in den nächsten Jahren fort.

1935 wurde als Folge der Nürnberger Rassegesetze der katholische Kindergarten im Paulusstift durch Androhung der Schließung gezwungen, dem kleinen Hans-Fred den Besuch zu verbieten. An ihr damaliges Kindermädchen Luise Löwenfels,

das über diesen Kindergarten Kontakt zur Pfarrei erhielt, später konvertierte und von einem Gemein-demitglied über die Grenze nach Holland gebracht wurde, erinnert heute eine Tafel an der Kirche. Als Schwester Aloysia war sie 1942 aus ihrem Kloster in den Niederlanden nach Auschwitz deportiert worden, nachdem die Bischöfe dort gegen die Deportation von Juden protestiert hatten.

Traumatisch für die Eheleute Aron und ihre zwei bis elf Jahre alten Söhne muss die Pogromnacht 1938 gewesen sein. Nachbarn erinnern sich an die Zerstörung der gesamten Wohnung, bei der Möbel und ein Klavier aus dem Fenster geworfen wurden. Adolf Aron wurde wie die meisten Männer im Polizeipräsidium „in Schutzhaft“ genommen. Seine Frau sei in der Nacht heimlich zum Kaplan gegangen, um wenigstens Geschirr für ihre Kinder zu bekommen. Sohn Rolf musste danach die Hittorf-Oberrealschule verlassen. Ein Jahr später wurde die Paulusstraße im Zuge einer großen NS-Umbenennungsaktion zum „Führergeburtstag“ ebenso wie die gerade „entkonfessionalisierte“, ehemals katholische Paulusschule nach Ernst vom Rath umbenannt. Es war der Legationsrat, dessen Erschießung in Paris den Vorwand für das reichs-weit systematisch organisierte Pogrom geboten hatte.

Dem Ruin folgte die Ghettoisierung in fünf „Judenhäusern“. Ab 1941 waren hier 25 Menschen zusammengepfercht. Am 24. Januar 1942, einem kalten Wintertag, wurden sie auf Lastwagen deportiert, ehe sie mit fast 1000 Juden aus dem Vest und dem Ruhrgebiet am 27. Januar mit dem Zug ab Dortmund nach Riga transportiert wurden. Unter schrecklichen Verhältnissen – Enge, Hunger, Gewalt, Kälte, Krankheiten – ging es hier täglich ums Überleben. Der brutalen Räumung des Ghettos am 3. November 1943 folgte die Deportation aller Familienmitglieder – mit Ausnahme von Rolf – nach Auschwitz. Elsa und die kleinen Söhne wurden sofort vergast; Adolf musste noch einige Monate Zwangsarbeit leisten, ehe auch er am 26. März 1944 ermordet wurde. Auch Sohn Rolf wurde noch „für die Kriegswirtschaft gebraucht“. Er konnte die Lager Stutthoff und Buchenwald überleben. Später emigrierte er nach England und verstarb in Israel.



Frater Johannes Xaver
Foto: Archiv Maristen-Schulbrüder



Familienfoto in glücklichen Tagen: Else und Adolf Aron mit den Söhnen – von links nach rechts: Hans Fred, Raphael Rolf und Günther Willi (Privatfoto der Familie Aron-Beller)

So können und wollen seine Nachfahren aus England und Israel an der Gedenkveranstaltung am 15. Dezember teilnehmen.

Die zweite Stolperstein-Verlegung gilt Johannes Goebel. Der Älteste von neun Geschwistern (*1896 Duisburg) trat 1913 in Arlon (Belgien) in die Gemeinschaft des Maristen-Schulbrüder ein. Nach Gründung des ersten deutschen Klosters in Recklinghausen legte Frater (Bruder) Johannes Xaver hier sein erstes Ordensversprechen ab, ebenso 1922 seine „ewige Profess“. In der Zwischenzeit war er im Weltkrieg als Sanitäter an der Front eingesetzt und danach in Recklinghausen als Lehrer ausgebildet worden. Als er 1943 in die Verhaftungswelle in Lüdinghausen geriet, hatte er bereits mehrere Gewaltakte miterlebt. 1937, in Bad Reichenhall, unterzeichnete er ein (vergebliches) Protestschreiben gegen die Schließung der acht Maristenklöster und -schulen in Bayern. Danach wirkte er in Innsbruck und wurde 1937 mit einer Neugründung in Graz beauftragt. Doch bereits 1938/39 folgte dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich auch dort das Ende der Schulen. Zurück in Recklinghausen übernahm er 1939 die Aufgabe eines Erziehers am Internat Canisianum

und der Landwirtschaftsschule in Lüdinghausen. Auch diese katholische Einrichtung stand schon seit Jahren unter der Beobachtung der NS-Führung und war zahlreichen Eingriffen (Teilschließungen, Entlassung von Lehrern etc...) und Bespitzelungen ausgesetzt. Am 15. September 1943 – kurz bevor Frater Johannes als Hausoberer in das Kloster Recklinghausen zurückkehren sollte – wurde bei einer Großrazzia durch Gestapo, Hitlerjugend-Führung, NSDAP-Kreisleitung und Landrat die gesamte Schulleitung verhaftet. Der gefährliche Einfluss der katholischen Pädagogen wurde so hoch veranschlagt, dass die gesamte „Schülerschaft einer staatspolizeilichen Erziehung zuzuführen“ war und deshalb in ein „HJ-Schulungslager einberufen“ wurde.

Unter dem Vorwurf, dem „staatsfeindlichen Treiben der Schüler Vorschub“ geleistet und zur „Beunruhigung der Bevölkerung“ beigetragen zu haben, wurde der Maristenbruder zusammen mit dem Internatsleiter und Priester Dr. Hürfeld, Schulleiter Dr. Kleinsorge, Kaplan Bornefeld und Geschichtslehrer Dr. Brockhoff im Polizeipräsidium Recklinghausen inhaftiert. Nach der Verurteilung der Inhaftierten am 10. Januar 1944 wurden alle am

5. Februar in das KZ Dachau überstellt. Dr. Kleinsorge und Fr. Johannes überlebten die grausame KZ-Haft nicht. Goebel wurde in Block 15 zusammen mit Schwerekriminellem eingewiesen. Zu den Erkrankungen während der Gefängnishaft kamen nun die mangelhafte Ernährung und die häufigen Appelle unter freiem Himmel in dünner Kleidung, zudem ohne Strümpfe und Kopfbedeckung. Zehn Tage nach der verschleppten Aufnahme in das Krankenrevier verstarb er am 17. März 1944.

■ Georg Möllers

Spendenkonto „Stolpersteine“:
c/o Jüd. Kultusgemeinde
Sparkasse Vest Recklinghausen
IBAN: DE 7142 6501 5000 9024 1076
BIC: WELADED1REK

Biographien im Online-Gedenkbuch:
www.recklinghausen.de/gedenkbuch



ELFRIEDE
RENTNERIN UND EHRENAMTLICHE
MITARBEITERIN BEIM MITTAGSTREFF

Auch im Rentenalter etwas Nützliches tun, das ist meine Motivation. Zu sehen, wie sich Menschen über eine warme Mahlzeit freuen ... unbezahlbar!

RECKLINGHÄUSER TAFEL
Nahrung für Leib und Seele



Da sein, Leben helfen

Sozialdienst Katholischer Frauen
Recklinghausen e. V.

Tel.: 02361 48598-0
Web: www.skf-recklinghausen.de

Spendenkonto:
Commerzbank AG Recklinghausen
IBAN: DE77 4264 0048 0528 7645 01
BIC: COBADEFFXXX

„Das wird mich nicht davon abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen Fasern das Christentum in Deutschland auszurotten [...] Für unser Volk ist es entscheidend, ob sie den jüdischen Christenglauben und seine weiche Mitleidsmoral haben oder einen starken, heldenhaften Glauben an Gott in der Natur, an Gott im eigenen Volke, an Gott im Schicksal, im eigenen Blute [...] Ich werde bestimmt keine Märtyrer aus ihnen machen. Zu simplen Verbrechern werde ich sie stempeln. Ich werde ihnen die ehrbare Maske vom Gesicht reißen. Und wenn das nicht genügt, werde ich sie lächerlich und verächtlich machen....“

Adolf Hitler im Gespräch mit Parteifunktionären, 06.04.1933

„Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform oder die Träger der Staatsgewalt [...] aus ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und verfälscht die gottgeschaffene und gottgewollte Ordnung der Dinge. Ein solcher ist weit von wahren Gottesglauben und einer solchem Glauben entsprechenden Lebensauffassung entfernt.“

Papst Pius XI., Enzyklika „Mit brennender Sorge“, verlesen und als Druck verteilt in allen Pfarrkirchen in Recklinghausen am Palmsonntag 1937

„Schließlich ging der Ortsgruppenleiter ein auf die Stellungnahme des Papstes zur Rassenfrage, die bei allen rassebewussten Völkern Enttäuschung und Empörung ausgelöst hat. Die Argumente des Papstes seien so absurd, dass die für einen nationalsozialistischen Menschen einfach unvorstellbar wären. Die gottgegebenen rassistischen Wertunterschiede der Menschheit werden einfach geleugnet und der Arier mit dem Buschmann und Hottentotten auf eine Stufe gestellt...“

Recklinghäuser Zeitung 02.12.1938 über die erste Sitzung der NSDAP-Ortsgruppe Mitte an der Gr. Geldstraße nach dem Pogrom vom 9./10. November 1938

„Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, daß diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden, daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sogenanntes „lebensunwertes Leben“ vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert. Eine furchtbare Lehre [...] Wenn einmal zugegeben wird, daß der Menschen das Recht haben, „unproduktive“ Mitmenschen zu töten, [...] Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher.“

Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, 3.8.1941, heimlich abgeschrieben und weitergegeben oder an die Front verschickt.